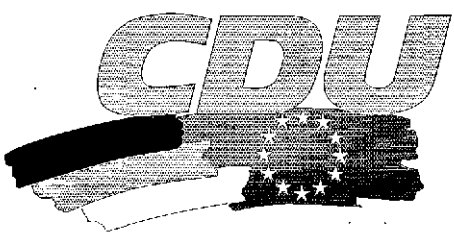
Protokoll

3. Parteitag der CDU Deutschlands

Düsseldorf, 26.–28. Oktober 1992



3. Parteitag

der

Christlich Demokratischen

Union Deutschlands

Niederschrift

Düsseldorf, 26.–28. Oktober 1992

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag und Gesamtherstellung:

Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75,
5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

INHALT Seite

Eröffnung und Begrüßung:
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB,
Vorsitzender der CDU Deutschlands 7

Wahl des Tagungspräsidiums 9

Beschlußfassung über die Tagesordnung 9

Bestätigung der Antragskommission 10

Wahl der Stimmzählkommission 10

Grußworte
- Oberbürgermeister Klaus Bungert 11
- Dr. Norbert Blüm 13
- Wilfried Martens 36
- Ministerpräsident Vaclav Klaus 235
- Dr. Theo Waigel MdB 311

Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands,
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB 16

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands,
Peter Hintze MdB 39

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag,
Dr. Wolfgang Schäuble MdB 46

Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands
sowie die nach § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
erforderliche Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1990,
Walther Leisler Kiep 54

Aussprache zu den Berichten 57, 102, 110, 124, 148

INHALT Seite

Bericht der Mandatsprüfungskommission 95

Bericht der Rechnungsprüfer
Entlastung des Bundesvorstands 95

Beratung und Beschlußfasssung über Änderungen des
Statuts der CDU, der Beitrags- und Finanzordnung,
der Parteigerichtsordnung und der
Geschäftsordnung der CDU 98, 364

Wahl des Bundesvorstandes
- Wahl des Vorsitzenden 100
- Wahl des Generalsekretärs 101
- Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden 106
- Wahl des Bundesschatzmeisters 107
- Wahl der 7 weiteren Mitglieder des Präsidiums 118
- Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes 137

Wahl der Rechnungsprüfer 109

Neuwahl des Bundesparteigerichtes
für die Zeit vom 7.11.1992 bis 6.11.1996 109

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe
in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments,
Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP 158

Beratung und Beschlußfassung über die
europapolitischen Anträge des Bundesvorstandes 162

- Grundsatzrede:
  Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB 162
- Beratung und Beschlußfassung über den Antrag:
  „Wie wir uns Europa denken" 176

INHALT Seite

- Beratung und Beschlußfassung über den Antrag: „Gemeinsam Verantwortung in Europa und in der Welt wahrnehmen" 225
- Beratung und Beschlußfassung über den Antrag: „Harte Währung – Stark im gemeinsamen Markt" 239
- Beratung und Beschlußfassung über den Antrag: „Grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung" 260
- Beratung und Beschlußfassung über den Antrag: „Asylpolitik" 267
- Zusammenfassung der Beratungsergebnisse: Dr. Egon A. Klepsch MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments 291

Wahl der Delegierten und ihrer Stellvertreter zum IX. EVP-Kongreß in Athen 295

Beratung und Beschlußfassung sonstiger Anträge 295, 371

Beratung und Beschlußfassung der Anträge zum weiteren Aufbau der neuen Bundesländer 321

Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB 378

ANHANG:

Beschlußprotokoll 381

Beschlüsse

- Beschlüsse zur Europapolitik (A1 bis E1) 401
- Beschlüsse zur Änderung des Statuts der CDU Deutschlands 413
- Beschluß G1: „Gemeinsam handeln für Deutschland" 416
- Sonstige Beschlüsse 423

Namensverzeichnis 445

Montag, 26. Oktober 1992

1. Plenarsitzung

Beginn: 10.09 Uhr

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (von den Delegierten mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde aus der Christlich Demokratischen Union Deutschlands!

Hiermit eröffne ich den 3. Parteitag der CDU Deutschlands und begrüße Sie alle sehr, sehr herzlich zu diesem Parteitag in Düsseldorf.

Mein erster Gruß gilt Ihnen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden, die stellvertretend für die vielen hunderttausend Mitglieder unserer Partei heute hierher nach Düsseldorf gekommen sind.

Ich begrüße sehr, sehr herzlich unsere in- und ausländischen Gäste. Wir freuen uns, daß Sie heute wiederum so zahlreich zu uns gekommen sind.

Sehr herzlich heiße ich schon jetzt auch diejenigen Gäste willkommen, die morgen mit uns über wichtige Fragen der Einheit Europas diskutieren werden.

Mein besonderer Gruß geht an die Repräsentanten und Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften.

(Beifall)

Ich danke ganz besonders Herrn Stadtsuperintendenten Erich Karallus und Monsignore Wilhelm Terboven für das geistliche Wort und den Ökumenischen Gottesdienst.

(Beifall)

Ich wünsche mir, daß dieses geistliche Wort, das wir heute früh gehört haben, Leitschnur für diesen Parteitag sein möge. Es wäre schön, wenn wir an jedem Sonntag von allen Kanzeln Deutschlands ein solches Wort der Ermutigung hören könnten.

(Beifall)

Ich begrüße sehr, sehr herzlich den neu gewählten Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Herrn Ignatz Bubis. Ich will Ihnen, lieber Herr Bubis, sagen: Wir wünschen Ihnen in diesem schwierigen Amt viel Glück und Erfolg.

(Beifall)

Ich freue mich, daß der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf heute bei uns ist. Wir sind gern hier in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt. Ich danke Ihnen sehr herzlich, Herr Oberbürgermeister, für die Unterstützung bei der Vorbereitung dieses Parteitages. Bitte übermitteln Sie unseren Dank auch allen Ihren Mitarbeitern für ihr freundliches Entgegenkommen.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich auch die große Zahl der Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Mein besonderer Wunsch ist, daß Sie sich unter uns wohl fühlen. Daß wir – wie immer – einer fairen Berichterstattung sicher sein können, steht ja außer Zweifel.

(Beifall)

Weil dies so ist, danke ich dafür schon im voraus sehr herzlich.

Ich grüße von hier aus unseren Freund Heiner Geißler, der in der Klinik in Karlsbad-Langensteinbach liegt. Wir wünschen ihm baldige und vollkommene Genesung.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, seit unserem letzten Parteitag vom 15. bis zum 17. Dezember 1991 in Dresden haben wichtige Wahlen stattgefunden. Als Bürgerpartei müssen wir alles tun, um dabei verlorenes Vertrauen der Menschen in unsere Politik zurückzugewinnen und unseren demokratischen Rechtsstaat gegen die Extreme von rechts und links zu verteidigen. Von diesem Parteitag wird das Signal ausgehen, daß die Christlich Demokratische Union als d i e große politische Kraft der Mitte am besten in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit konsequent und mit Mut zu lösen.

Liebe Freunde, dieser Parteitag steht unter dem Motto „Wir gewinnen mit Europa". Wir werden uns intensiv mit den Fragen beschäftigen, die im Zusammenhang mit der europäischen Einigung eine immer wichtigere Rolle spielen. Wir werden aber selbstverständlich auch eingehend die Fragen der deutschen Politik diskutieren. Unsere innenpolitische Aufgabe Nummer 1 sind der Aufbau der neuen Länder und die Gestaltung der Zukunft unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes.

Dieser Parteitag ist zugleich auch ein Wahlparteitag. Wir werden auf diesem Parteitag den Vorstand und das Präsidium neu wählen.

Meine lieben Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren, einer guten Tradition folgend, wollen wir auch am Beginn dieses Parteitags all jener gedenken, die seit dem letzten Parteitag verstorben sind.

(Die Anwesenden erheben sich)

Stellvertretend für die vielen will ich hier nur wenige nennen:

Ich nenne Professor Karl Carstens, geboren 1914, gestorben im Mai 1992. Er war eine der prägenden Gestalten der Bundesrepublik Deutschland und hat in höchsten Staatsämtern mit seinem hohen Verantwortungsbewußtsein und vor allem mit seiner vorbildlichen Pflichterfüllung bleibende Maßstäbe gesetzt. Er war ein Mitgestalter der Europäischen Gemeinschaft und hat sich als Wegbereiter der deutschen Einheit historische Verdienste erworben.

Ich nenne Hanna Gerig, geboren 1900, gestorben im Dezember 1991. Als Witwe des von den Nazis im KZ Buchenwald ermordeten Zentrumspolitikers Otto Gerig gehörte sie zu den Mitbegründern der CDU in Köln und war dort von 1946 bis 1964 Stadtverordnete.

Ich nenne Hans Beitz, geboren 1917, gestorben im Januar 1992. Er trat 1945 in Jena in die CDU ein. Wegen seines Einsatzes für die CDU war er sechs Jahre in Bautzen und Torgau inhaftiert. Von 1959 bis 1967 war er Bezirksverordneter in Charlottenburg. Er war Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und über viele Jahre Mitglied des Hauptvorstandes der Exil-CDU und des Landesvorstandes der Berliner CDU.

Ich nenne Willi Oesterlein, geboren 1909, gestorben im April 1992. Er war 1945 Mitbegründer der CDU in Leipzig, deren stellvertretender Kreisvorsitzender und Mitglied des CDU-Landesvorstandes Sachsen. Nach seiner Flucht 1948 nach Berlin war er lange Jahre Ortsvorsitzender, Kreisvorsitzender und Bezirksverordneter in Charlottenburg sowie Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses.

Ich nenne Dr. Lutz Georg Stavenhagen, geboren 1940, gestorben im Mai 1992. Er war seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1985 bis 1987 war er Staatsminister im Auswärtigen Amt und von 1987 bis 1991 Staatsminister beim Bundeskanzler.

Ich nenne Irma Tübler, geboren 1922, gestorben im Juni 1992. Sie war von 1962 bis 1972 stellvertretende Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Kiel und von 1962 bis 1969 Mitglied des Rates dieser Stadt. Von 1969 bis 1980 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie war stellvertretende Bundesvorsitzende der Senioren-Union von 1988 bis 1990.

Ich nenne Dr. Georg Kliesing, geboren 1911, gestorben im Juli 1992. Nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1945 war er kommunalpolitisch tätig, von 1953 bis 1976 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 1958 war er Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union.

Ich nenne Franz-Hermann Kappes, geboren 1938, gestorben im August 1992. Er war seit 1966 im höheren Verwaltungsdienst des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz tätig und von 1977 bis 1985 Landrat des Kreises Darmstadt-Dieburg. Von 1987 bis zu seinem Tod war er Mitglied des Deutschen Bundestages.

Liebe Freunde, ich habe diese wenigen Namen stellvertretend für viele genannt. Wir wollen unseren toten Freunden ein stilles Gebet widmen. – Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Tagesordnung ein, und ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Wahl des Tagungspräsidiums

Der Vorschlag des Bundesvorstandes liegt Ihnen in der Drucksache zu Punkt 2 der Tagesordnung vor. Wünscht zu dieser Vorlage jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Soweit ich es erkennen kann, ist der Vorschlag damit einstimmig genehmigt.

Ich darf nun darum bitten, daß die Mitglieder des Tagungspräsidiums hier oben Platz nehmen und daß der Tagungspräsident die Geschäfte übernimmt.

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, auch im Namen der weiteren Mitglieder des Tagungspräsidiums, die gleich noch hier oben Platz nehmen werden, bedanke ich mich für Ihr Vertrauen. Der Parteitag fängt gut an: mit einer einstimmigen Entscheidung. Ich bedanke mich dafür.

Wir wollen die Tagung fair, ordnungsgemäß und zügig abwickeln. Deshalb rufe ich ohne große Umschweife Tagesordnungspunkt 3 auf:

Beschlußfassung über die Tagesordnung

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zugegangen. Sie liegt in den Tagungsunterlagen bzw. bei den organisatorischen Hinweisen. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Die Tagesordnung ist so beschlossen.

Liebe Parteitagsdelegierte, nun muß ich noch einige geschäftsleitende oder technische Bemerkungen machen. Die sind immer sehr lästig; deshalb erledigen wir das gleich am Anfang.

Wir werden im Verlauf des späten Nachmittags die Neuwahlen des Bundesvorstandes durchführen. Wir schlagen Ihnen vor, daß wir gegen 17 Uhr mit den Wahlen beginnen. Für den Fall, daß die in der Tagesordnung vorgesehene Aussprache bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht beendet sein sollte, schlage ich vor, daß wir die Aussprache jeweils unterbrechen, also die Wahlgänge zwischen den Diskussionsbeiträgen plazieren. Wir gewinnen damit Zeit für den Ablauf unseres Parteitages. Ich bitte Sie also, damit einverstanden zu sein.

Für die Wahlvorschläge zur Wahl der Mitglieder des Bundesvorstandes können nach § 12 Abs. 5 der Geschäftsordnung Meldefristen auf Vorschlag des Tagungspräsidiums beschlossen werden. Wir schlagen Ihnen vor, die Frist für die Einreichung von

Kandidatenvorschlägen für die Wahl zum Bundesvorstand auf heute, den 26. Oktober, 15 Uhr festzulegen. – Ich sehe und höre auch hiergegen keinen Widerspruch und stelle Einverständnis fest.

Das Tagungspräsidium weist darauf hin, daß Kandidatenvorschläge nur schriftlich gemacht werden können. Eine Aufstellung aller bis zum 21. Oktober eingegangenen Kandidatenvorschläge liegt Ihnen vor. Für diese Kandidaten erübrigt sich eine weitere Nominierung.

Ein zweites Kapitel der geschäftsleitenden Bemerkungen betrifft die Initiativanträge.

Sie müssen von 30 stimmberechtigten Delegierten unterschrieben sein. Hierfür schlagen wir unterschiedliche Fristen vor, und zwar für Initiativanträge auf Änderung des Statuts, soweit sie die Zusammensetzung des Bundesvorstands betreffen, also Initiativanträge zu den Anträgen des Bundesvorstands S 1 und S 2, über die wir ja heute vor den Vorstandswahlen beschließen müssen: Antragsfrist 14.30 Uhr; für die Initiativanträge zu den Themen des Europatags, also zu jenen Themen, die wir morgen behandeln: Antragsschluß heute, Montag, 21.00 Uhr; für die Initiativanträge zu allen sonstigen Themen: Antragsschluß 27. Oktober, 14.00 Uhr.

Wenn Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sind, bitte ich Sie um Ihr Handzeichen mit der Delegiertenkarte. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – So beschlossen.

Noch etwas zu den Initiativanträgen. Sie werden im Tagungsbüro in das Textverarbeitungssystem geschrieben, aus dem auch ein Vordruck für die 30 Unterschriften gedruckt ist. Wir bitten Sie, diese Unterschriften mit der Delegiertennummer zu versehen; denn nur Delegierte haben ein Recht auf Initiativanträge.

Nun, meine Damen und Herren, zur Gästebegrüßung. Der Vorsitzende hat schon Gäste begrüßt. Ich möchte seinen Grüßen einen Gruß an Frau Hannelore Kohl hinzufügen, verbunden mit dem Dank dieses Parteitags und der CDU für ihre Arbeit, nicht nur für ihren Mann, nicht nur für die CDU, sondern für unsere Gesellschaft. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Wir drücken diesen Dank durch einen Blumenstrauß aus.

Liebe Frau Kohl, nehmen Sie auch unsere große Anerkennung für die Arbeit entgegen, die Sie den Behinderten, den Schwächsten in unserem Land, zugute kommen lassen.

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Bestätigung der Antragskommission

Die Vorlage liegt Ihnen vor.

Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Angenommen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die erste Sitzung der Antragskommission heute, Montag, 26. Oktober, um 15.30 Uhr beginnt und daß weitere Sitzungen für Dienstag, 7.00 Uhr und Dienstag, 19.00 Uhr vorgesehen sind.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Wahl der Stimmzählkommission

Der Vorschlag des Bundesvorstands für die nach der Geschäftsordnung zu wählende Stimmzählkommission liegt Ihnen vor.

Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden? Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Angenommen.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich zu einer Vorbesprechung um 15.30 Uhr im Sitzungszimmer der Stimmzählkommission im Radschlägersaal.

Ich mache darauf aufmerksam, daß der Bundesausschuß gemäß § 10 für den 3. Parteitag eine Mandatsprüfungskommission gewählt hat. Der Vorsitzende dieser Mandatsprüfungskommission ist der Geschäftsführer des Landesverbands Nordrhein-Westfalen, Erhard Hackler. Die weitere Zusammensetzung entnehmen Sie bitte der Vorlage.

Auch hierzu eine geschäftsleitende Angabe. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich um 15.00 Uhr im Büro des Organisationsleiters im Foyer des Radschlägersaals einzufinden.

Meine Damen und Herren, liebe Delegierte, das war das geschäftsleitende Pflichtprogramm.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Grußworte

Zu einem Grußwort erteile ich dem Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Düsseldorf, Klaus Bungert, das Wort.

Klaus Bungert, Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Exzellenzen! Herr Präsident! Verehrte Parteitagsgäste! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, daß Sie mir Gelegenheit geben, Ihnen zum Auftakt dieses Bundesparteitags der Christlich Demokratischen Union Deutschlands die Grüße der gastgebenden Stadt zu überbringen. Sie alle heiße ich hier in Düsseldorf sehr herzlich willkommen.

Die Bekanntgabe des Namens der Stadt, die den CDU-Parteitag 1992 beherbergen würde, traf diese Stadt, aber offensichtlich auch Ihre Düsseldorfer Freunde im vergangenen Frühjahr etwas unvorbereitet. Es ist nicht so, daß uns das aus der Fassung gebracht hätte. In dieser Stadt ist man selbstverständlich flexibel genug, sich auf überraschende Situationen einzustellen. Vielleicht ist es aber erlaubt, über die Gründe nachzudenken, die Sie zu Ihrem Votum für Düsseldorf bewogen haben mögen.

Ich denke, Sie haben kaum an die Altstadt Düsseldorfs und daran gedacht, daß sie Sie locken könnte, obwohl ich dafür sehr viel Verständnis hätte. Auch das hochkarätige Kulturangebot war gewiß kein Argument für Ihre Entscheidung. Davon Gebrauch zu machen, bleibt Ihnen bei dem zu bewältigenden enormen Arbeitspensum nach meinem Eindruck ohnehin leider keine Zeit.

Es waren eher praktische Erwägungen: ausreichend große Tagungsräume, die Nähe zur Bonner Zentrale, die vorhandene Infrastruktur und dergleichen mehr, die Ihre Entscheidung bestimmt haben.

Und immerhin waren Sie vor Ihrem heutigen Treffen ja schon dreimal bei uns in Düsseldorf zu Gast. Was die Zahl der Bundesparteitage in Düsseldorf anlangt, sind Sie damit einsame Spitze. Das schafft eine gewisse Tradition. Offenbar haben Sie mit dem Tagungsort Düsseldorf keine schlechten Erfahrungen gemacht.

Ich brauche Sie im übrigen nicht besonders daran zu erinnern, daß u.a. mit Robert Lehr, Karl Arnold, Josef Gockeln und Heinrich Köppler die Namen bedeutender Christdemokraten eng mit diesem Land und seiner Hauptstadt verknüpft sind.

Ein weiterer Aspekt erscheint mir schließlich in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Parteitage – wem sage ich das – haben im politischen Leben eine wichtige Funktion. Sie dienen der Standortbestimmung einer Partei und haben gleichzeitig die Aufgabe, die Linien der weiteren Arbeit abzustecken. Sie haben besondere Bedeutung in unserer Demokratie, in der die Parteien nach wie vor die staatstragenden Elemente darstellen, mag das in einer Zeit wachsender Parteien- und Staatsverdrossenheit mitunter auch vergessen werden.

Parteitage sind daher nicht nur eine interne Angelegenheit der sie jeweils durchführenden Parteien. Sie sind vielmehr von außerordentlichem Interesse auch für die Öffentlichkeit. Diesem Interesse tragen die Veranstalter durchaus bereitwillig Rechnung. So haben Sie sich unsere Stadt auch deshalb als Tagungsort gewählt, weil Sie erwarten dürfen, mit Ihrem Parteitag in der Landeshauptstadt des größten Bundeslands und damit an einem Brennpunkt des politischen und wirtschaftlichen Lebens unserer Republik in eine breite Öffentlichkeit hineinwirken zu können.

Düsseldorf freut sich jedenfalls, die gastgebende Stadt Ihres Parteitags sein zu dürfen, sehen wir unsere Stadt durch Ihre Wahl doch auch in ihrer Bedeutung als wichtiges politisches Entscheidungszentrum bestätigt.

Düsseldorf, meine sehr verehrten Damen und Herren, nimmt, was seine wirtschaftliche Stellung und Geltung angeht, auch auf europäischer Ebene einen vorderen Platz ein. Dabei wissen wir, daß unsere Stadt ihren heutigen Rang ganz wesentlich dem Bedeutungsverlust der nationalen Grenzen in Nordwesteuropa zu verdanken hat. Wir sehen daher der weiteren europäischen Integration mit großen Erwartungen entgegen, ohne die Größe der damit verbundenen Herausforderungen zu verkennen.

Am Vorabend der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes steht das Thema Europa auch im Mittelpunkt Ihres Düsseldorfer Parteitages. Sie dürfen sicher sein, daß wir das, was Sie zu diesem unsere Zukunft bestimmenden Thema zu sagen haben, gerade in dieser Stadt mit großer Aufmerksamkeit verfolgen werden. In diesem Sinne, meine Damen und Herren, grüße ich Sie nochmals sehr herzlich. Lassen Sie mich hoffen, daß Sie hier alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Abhaltung Ihrer Tagung vorfinden werden. Mögen Sie sich in diesen Tagen hier in Düsseldorf bei uns sehr wohlfühlen! – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister Bungert, für Ihre freundschaftlichen Begrüßungsworte! Wir werden in diesen Tagen die Gastfreundschaft Ihrer Stadt genießen. Wir sind auch deswegen besonders gern nach Düsseldorf gekommen, weil der Saal für uns groß genug ist und weil wir uns in diesen Tagen hier auch wohlfühlen werden.

Ich möchte Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf die Liste der Ehrengäste hinweisen, in der die zahlreichen Vertreter unserer europäischen Schwesterparteien aufgeführt sind. Ich möchte Sie alle hier sehr herzlich begrüßen. Wir freuen uns, daß Sie die Verbundenheit mit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands durch Ihre Anwesenheit dokumentieren.

(Beifall)

Ich möchte, meine Damen und Herren, aus Ihrer Mitte stellvertretend den Vorsitzenden der niederländischen CDA, Wim van Velzen,

(Beifall)

und ganz besonders den Vorsitzenden der EVP, also sozusagen unserer europäischen Mutterpartei, unseren Freund Wilfried Martens, sehr herzlich begrüßen.

(Beifall)

Ich möchte dann zu einem weiteren Grußwort dem Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, dem gastgebenden Landesverband, unserem Freund Bundesminister Norbert Blüm, das Wort erteilen.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm: Herr Vorsitzender! Herr Oberbürgermeister! Liebe Delegierte und Gäste! Meine Damen und Herren! Die CDU Nordrhein-Westfalens begrüßt Sie in ihrer Landeshauptstadt im schönen Nordrhein-Westfalen. Wir begrüßen die Delegierten und Gäste aus ganz Deutschland. Wie schön, daß wir wieder zusammen sind!

(Beifall)

Dies ist der 3. gemeinsame Parteitag der wiedervereinten Christlich Demokratischen Union. Der 3. ist noch genauso schön wie der 1., und das soll nie enden.

Wir freuen uns darüber, daß wir hier zusammen sind. Unser Vaterland hat wunderschöne Landschaften, fleißige Menschen in Ost und West, in Nord und Süd. Unser Deutschland hat viele Städte mit großer Tradition und kultureller Vergangenheit. Düsseldorf ist eine davon. Vor über 1200 Jahren gründeten Benediktinermönche von Kaiserswerth Düsseldorf – christliches Abendland. Vor über 700 Jahren bekam die Stadt ihre Stadtrechte. Deutschland war nie nur Deutschland, sondern immer Deutschland in Europa. Die Provinzen waren immer deutsche und europäische Provinzen und unsere Städte immer deutsche und europäische Städte. Dresden, Hamburg, Leipzig, München, Magdeburg, Frankfurt, Halle, Mainz, Münster, Schwerin, Bremen, Stuttgart, Berlin, Bonn – wie sie alle heißen. Gott sei Dank heißt Chemnitz wieder „Chemnitz" und nicht „Karl-Marx-Stadt".

(Beifall)

Die Städte legten immer Zeugnis ab von der gemeinsamen europäischen Vergangenheit. Sie waren Knotenpunkte eines europäischen Netzwerkes. Jan Wellem, der bedeutendste Bürgermeister Düsseldorfs, war Kurfürst von der Pfalz und mit einer Medici verheiratet. Ehen verwischten die lokalen Grenzen, Wittelsbacher und Preußen schrieben hier Geschichte, Geschichte schrieben leider auch Kriege.

Heinrich Heine, ein europäischer Bürger, Prototyp des spöttischen Intellektuellen, verletzlich und aggressiv, wurde 1797 in Düsseldorf geboren.

Handel und Wandel prägten Europa. Düsseldorf ist der Hauptsitz vieler großer Unternehmen mit Weltgeltung. Düsseldorf ist auch der Hauptsitz des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

(Beifall)

Karl Arnold und Franz Meyers regierten hier in Düsseldorf: gute Zeiten, nicht nur für die CDU, gute Zeiten für Nordrhein-Westfalen. Sie waren Pioniere des Aufbaus, und für Aufbau ist die CDU immer gut. – Herr Oberbürgermeister, vielen Dank noch einmal für Ihre freundliche Begrüßung! Wenn die CDU in Düsseldorf wieder regiert, wollen wir auch darüber hinwegsehen, daß ein so sympathischer Mann wie Sie als Sozialdemokrat Oberbürgermeister in Düsseldorf ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Der große Konrad Adenauer, von Köln über Düsseldorf nach Bonn, war der 1. Vorsitzende der Landtagsfraktion von 1946, bis er Bundeskanzler wurde. Dufhues, Köppler: große Männer unserer Partei! Volkspartei CDU an vielen Orten unseres Vaterlandes nach den Verwüstungen des Krieges und der Nazidiktatur, sproß sie an vielen Orten, brach sie sich Bahn an vielen Orten, ganz unabgesprochen, fast mit der Naturkraft einer Überflutung. Der Name für das neue Miteinander hieß „CDU": Klassen und Gräben überspringend, Konfessionsgrenzen überbrückend, nicht Zentrum, nicht Arbeiterpartei! CDU war der Name für den Neubeginn. Die CDU ist die erfolgreichste Parteineugründung nach dem Kriege. Wir waren immer gut für Aufbau, wir waren immer gut für Neubeginn.

(Beifall)

Partnerschaft statt Klassenkampf: Diese Idee ist 1992 so modern wie 1945. Hier in Düsseldorf, meine Damen und Herren, schmiedeten Hans Böckler und Konrad Adenauer das Bündnis gegen Demontage und für Wiederaufbau. Das ist ein früher „Vorfahre" des Solidarpaktes. Soziale Marktwirtschaft hier in Düsseldorf, das erste Programm, die Düsseldorfer Leitsätze, das Grundsatzprogramm der CDU, mit denen wir in den Wahlkampf 1949 zogen! Ich zitiere daraus zwei Sätze:

(Beifall)

„Die Soziale Marktwirtschaft steht in scharfem Gegensatz zum System der Planwirtschaft." Klare Abgrenzung, damals schwieriger als heute! 40 Jahre hatte der Sozialismus Zeit. Keines seiner Verpsrechen hat er gehalten. Der Sozialismus ist der Friedhof beerdigter Versprechen.

(Beifall)

Aber in diesen Düsseldorfer Leitsätzen steht auch: „Die Soziale Marktwirtschaft steht auch im Gegensatz zur sogenannten freien Wirtschaft liberalistischer Prägung." Gleich weit Abstand haltend zu Sozialismus und Kapitalismus. Die Partei der Mitte: Leistung und sozialer Ausgleich, Wettbewerb und Solidarität.

Meine Damen und Herren, die großen Markierungen unserer Zeit verbinden sich mit dem Namen der CDU: deutsche Einheit, europäische Einheit, – das eine nicht ohne das andere, zwei Wegweiser zum selben Ziel! Ohne europäische Abstützung hätte es keine deutsche Einheit gegeben und ohne deutsche Einheit nicht Überwindung der europäischen Spaltung. Europa: die größte Hoffnung am Ende dieses Jahrhunderts, das so vielen Kriegen das Schlachtfeld geboten hat.

Menschen, Europäer: über Jahrhunderte haben sie sich um Grenzen die Köpfe blutig geschlagen. Niemals soll es mehr so sein: Der Balkan ragt mit seinem Völkermord wie ein schlimmes Relikt aus der grausamen Vergangenheit Europas in unsere Zeit.

Aber, meine lieben Freunde, mit dem Fall der Mauer schwand aus Deutschland auch die Kriegsgefahr. Wir lebten auf einem Pulverfaß. Der nächste Funken, und Deutschland wäre ein Schlachtfeld gewesen. Die deutsche Einheit, die Überwindung der Teilung: das ist der größte Gewinn für den Frieden! Und wir reden viel zuwenig darüber: Frieden für die Deutschen in West, Frieden für die Deutschen in Ost! Die CDU ist die größte Friedensbewegung in Deutschland in der ganzen Nachkriegszeit.

(Beifall)

Ohne den Mut der Bürger in der DDR, aufzustehen gegen Unterdrückung, ohne die Treue der CDU zur Idee der Wiedervereinigung, ohne die Leistung von Helmut Kohl, im richtigen Moment richtig und ohne Zögern zugepackt zu haben, gäbe es nicht deutsche Einheit, und wir säßen hier nicht auf dem 3. gemeinsamen Parteitag zusammen.

(Beifall)

Ich finde, dieses Wissen, daß wir die Treibkraft zweier Projekte sind – Deutschland und Europa –, muß auch die Quelle unseres Selbstbewußtseins sein.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, warum denn so kleinmütig?! Wir haben den Mauerfall geschafft, wir haben den Sozialismus geschafft, Freiheit und Frieden gesichert; jetzt müssen wir auch noch Wohlstand und Gerechtigkeit schaffen. Gemessen an den Zielen, die wir erreicht haben, wird uns doch auch das noch gelingen! Ich meine, wir müssen mit größerem Selbstbewußtsein uns zutrauen, daß die Ziele, die man sich setzt, erreichbar sind. Das müssen wir auch auf diesem Parteitag deutlich machen.

Steuer ja, Steuer nein, alles wichtig – ich werde mich an dieser Diskussion beteiligen wie viele andere –; gemessen an den großen Zielen wird diese Frage in den Geschichtsbüchern nicht mehr auftauchen. Aber in den Geschichtsbüchern wird auftauchen, daß mit dem Namen „Christlich Demokratische Union" in Ost und West, mit dem Namen Helmut Kohl die deutsche Einheit und die europäische Einigung verbunden bleibt.

(Beifall)

Nicht als „Schilfrohr im Winde" werden wir die Herausforderungen bestehen. „Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch noch schwankend gesinnt ist, der vermehret das Übel und breitet es weiter und weiter. Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich. Nicht dem Deutschen geziemt es sich, die fürchterliche Bewegung fortzuleiten und zu wanken hierhin und dorthin." Ein europäisches Programm, geschrieben von einem Hessen, der seinen Arbeitsplatz in Thüringen gefunden hatte: Johann Wolfgang Goethe!

Ich wünsche uns spannende Diskussionen, selbstkritisch. Ich wünsche uns ein öffentliches gemeinsames Nachdenken, in das eingeschlossen istBewußtsein des Erreichten und das Bewußtsein dessen, was noch zu tun ist.

Fortschritt, die große Fahne unserer Zeit, ist immer eingespannt, indem er die Gegenwart mit der Zukunft vergleicht. Da schneidet die Gegenwart immer schlecht ab, unsere Wünsche sind immer größer. Fortschritt muß die Gegenwart auch bemessen im Vergleich mit der Vergangenheit. Und da wird doch niemand leugnen, wieviel in den letzten drei Jahren erreicht wurde. Niemand, niemand mit Verstand kann hinter das Jahr 1990 zurückwollen. Der wäre ein großer Reaktionär!

(Beifall)

Große Probleme, große Sorgen – jeder kennt sie: Arbeitslose, und wie erhalten wir unsere Natur –, aber auch große Möglichkeiten, Chancen zum Besseren wie nie zuvor: in einer solchen Zeit leben wir, in einer solch spannenden herausragenden Zeit gestalten wir unseren Parteitag, den Parteitag der CDU, der stärksten Regierungspartei, damit auch der Partei mit der größten Verantwortung. Von diesem Parteitag hängt viel ab: ob es uns gelingt, einen neuen Aufstand für Solidarität zu initiieren, eine Mobilisierung von Initiativen, Innovation und Investition, ob es uns gelingt, wirklich alle mitzureißen. Wir sind nicht die Partei der Besprecher, wir sind die Partei der Bearbeiter.

Ich grüße deshalb die Delegierten des 3. Parteitags der wiedervereinten CDU. Ich grüße Sie mit dem Gruß der Bergleute, eines schweren und schönen Berufs: Glückauf! In diesem Gruß sind zwei Wünsche enthalten: Fundglück und gut nach oben kommen. Glückauf dem 3. Parteitag der wiedervereinten CDU!

(Beifall)

Dirk Fischer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Norbert Blüm, für diese engagierte Rede, mit der Sie uns nicht nur in die Besonderheiten der Kulturlandschaft, in der wir mit diesem Parteitag zu Gast sind, eingeführt haben, sondern auch die politische Tradition und Überzeugung unserer Partei in Ihrer unverwechselbaren Art und Weise verdeutlicht haben. Wir alle können sicher sein, daß wir unter Ihrer Stabführung einen guten und einen erfolgreichen Verlauf dieses Parteitags haben werden.

Ich möchte neben Ihnen schon jetzt dem größten Landesverband der CDU Deutschlands danken, der diesmal der gastgebende Landesverband ist. Ferner danke ich allen Helfern, die uns als Mitglieder dieses Landesverbandes in diesen Tagen betreuen, die uns zur Seite stehen und die uns helfen werden. Ich glaube, daß wir schon jetzt Grund haben, für die Vorbereitung und im Vorwege für die Unterstützung und Betreuung in den nächsten Tagen sehr herzlich zu danken.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Abgabe der satzungsgemäß erforderlichen Berichte

Wir kommen zunächst zum

Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands.

Ich erteile dem Bundesvorsitzenden, unserem Bundeskanzler Helmut Kohl, das Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! In den vergangenen Tagen und Wochen ist viel über zehn Jahre Regierungsverantwortung in Bonn geschrieben und gesprochen worden. Manches davon war richtig und hat mir – warum soll ich es nicht sagen – auch gutgetan. Es gab aber auch kritische Worte. Auch davon war manches berechtigt – wie könnte dies anders sein?

Für einen Augenblick will ich auf diese zehn Jahre zurückschauen und meine heutige Rede hier vor Ihnen mit einem sehr persönlichen Wort beginnen. Ich habe in diesen Tagen zuallererst viel Dankbarkeit empfunden; Dankbarkeit für Freundschaft und Unterstützung, für Kameradschaft und Gemeinsamkeit in einer schwierigen Zeit. Mir wurde einmal mehr bewußt, wie sehr ich in dieser Union beheimatet bin, wie sehr sie durch Jahrzehnte hindurch für mich und die allermeisten von uns, wenn ich das so sagen darf, ein Stück Heimat geworden ist und auch bleiben wird. So verstanden ist eine Partei eben mehr als ein Interessenverband; sie ist politische Heimat im Auf und Ab des politischen Alltags.

Ich bin nunmehr im 20. Jahr Vorsitzender der CDU. Ich weiß besser als viele andere, was Niederlagen bedeuten, und ich kenne auch schwankende Stimmungen. Aber, liebe Freunde, eines weiß ich auch: Dies ist eine großartige politische Gemeinschaft. Wenn es darauf ankommt, handeln wir entschlossen und gemeinsam und haben damit Erfolg. Ich bin stolz darauf, in dieser Partei meine Pflicht tun zu dürfen.

(Beifall)

Auf diesem Parteitag müssen wir Christliche Demokraten einmal mehr deutlich machen, wer wir sind, wofür wir stehen und wohin wir unser Vaterland führen wollen.

Am Anfang dieses Monats war es gerade zwei Jahre her, daß das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine staatliche Einheit vollenden konnte – ohne Gewalt und ohne Blutvergießen, mit Zustimmung aller unserer Nachbarn, Partner und Freunde.

Dies ist und bleibt ein Grund zur Freude und zur Dankbarkeit für uns alle. Wir, die Union, haben die Chance des Jahrhunderts ergriffen, wir haben gehandelt, und wir haben Erfolg gehabt.

(Beifall)

Wir haben Erfolg gehabt, weil wir – im Gegensatz zu anderen – angesichts schwieriger Entscheidungen nicht weggetaucht sind. Wir sind nicht umgefallen, wenn es um entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft des Landes ging. Wir werden – jedem sei es gesagt – auch weiterhin Erfolg haben, wenn wir uns nicht opportunistisch treiben lassen.

Man kann sicher darüber diskutieren, was in den vergangenen zehn Jahren alles hätte anders oder besser gemacht werden können. Ich stelle mich dieser Debatte gerne. Eines steht für mich jedoch außer Frage: Bei der deutschen Einheit würden wir, würde ich noch einmal so handeln, wie wir es in den Jahren 1989 und 1990 getan haben.

(Beifall)

In diesen wenigen Jahren hat sich die Welt grundlegend, ja dramatisch verändert. Wir wollten diesen Wandel. Wir haben ganz entscheidend dazu beigetragen, daß er möglich wurde.

Ich selbst habe in dieser Zeit vor allem Kraft daraus geschöpft, daß ich von Ihrem Vertrauen getragen war, von einer starken politischen Gemeinschaft. Ich weiß, was ich auch persönlich dem Engagement unzähliger Parteimitglieder auf allen Ebenen unserer Partei – in den Städten, in den Gemeinden, in den Kreisen, in den Ländern und im Bund – zu verdanken habe. Herzlich danke ich den Mitgliedern des Parteipräsidiums und des Parteivorstandes, die in diesen Jahren schwierige Entscheidungen getroffen und mitgetragen haben.

Ich will besonders herzlich unseren hauptamtlichen Mitarbeitern danken, deren Arbeit meines Erachtens viel zu selten gebührend gewürdigt wird und die alle – ich meine hier stellvertretend für viele die Mitarbeiter im Konrad-Adenauer-Haus – unseren besonderen Dank verdienen.

(Beifall)

Ich nenne heute gerne einen von diesen Mitarbeitern, der bald in Pension geht, unseren Freund Karl Schumacher, den Organisationsleiter,

(Beifall)

der heute seinen 17. Bundesparteitag organisiert. Wer eine solche Veranstaltung auch nur einmal organisiert hat, der hat eine Vorstellung davon, was das heißt. Das ist ein Grund, aus dem Amt auszuscheiden.

(Heiterkeit)

Ich danke sehr, sehr herzlich Volker Rühe, der bis vor wenigen Monaten das Amt des Generalsekretärs inne hatte, und ich danke dem neuen Generalsekretär Peter Hintze für die Unterstützung und Hilfe.

(Beifall)

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen aus der CDU/CSU-Fraktion, ganz besonders herzlich unserem Freund, dem langjährigen Vorsitzenden der Fraktion, Alfred Dregger.

(Beifall)

Lieber Alfred Dregger, wir wissen, was Sie in diesen Jahren leisten und auch an Lasten tragen mußten. Dafür ein besonders herzliches Wort des Dankes und auch ein sehr persönliches Dankeschön von mir.

Ich danke besonders herzlich auch unserem Freund Wolfgang Schäuble.

(Anhaltender Beifall)

Ich danke Ihnen für den Applaus, der ja mehr bezeugt als Freundschaft. Er gilt einem Mann, der uns ein Beispiel gibt, und das wollen wir nicht vergessen.

Meine Damen und Herren, der Vorsitzende der CSU kommt am Mittwoch, aber ich will ihm schon heute danken, damit ihm dieser Dank rechtzeitig übermittelt wird und man Kommentare darüber macht.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe viel Grund, Theo Waigel zu danken, der als Nachfolger von Franz Josef Strauß in einer schwierigen Zeit den Vorsitz der CSU übernommen hat und der als Bundesfinanzminister eine der schwierigsten Aufgaben, die das Land zu vergeben hat, mit ganzer Leidenschaft und mit ganzer Kraft wahrnimmt. Als Vorsitzendem unserer Schwesterpartei gilt ihm ein ganz besonders herzliches Dankeswort. Ich sende es schon jetzt von hier aus nach München.

(Beifall)

Ich schließe in diesen Dank gerne den Vorsitzenden der Landesgruppe ein, Wolfgang Bötsch. Eingespannt zwischen Bonn und München hat er kein sehr dankbares Amt. Deswegen auch ihm ein besonders herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir dürfen gemeinsam auf das stolz sein, was wir geleistet und erkämpft haben. Diese erfolgreiche Politik ist unser gemeinsamer Erfolg. Wir haben keinerlei Grund, unser Licht in falscher Bescheidenheit unter den Scheffel zu stellen.

Man darf im Blick zurück auf die letzten Jahre schon fragen: Wie war es im Oktober 1982 eigentlich um die Zukunft des Landes bestellt, als wir die Regierungsverantwortung übernahmen?

„Keine Zukunft – no future" lautete damals eine der meistgebrauchten Parolen, die junge Leute auf viele Wände sprühten. Es herrschte ein Klima, in dem Fleiß und Leistungsbereitschaft wenig galten. Ja, eine der herausragenden Gestalten der deutschen Sozialdemokratie verspottete sie als „Sekundärtugenden". Unter den Jungen herrschte Zukunftspessimismus in einem bisher nie gekannten Ausmaß. Heute – Norbert Blüm hat es zu Recht gesagt – wissen die Jungen, daß ihre Aussichten für morgen und übermorgen so gut sind wie nie zuvor in der deutschen Geschichte. In knapp zehn Wochen öffnen sich die Grenzen zum Europäischen Binnenmarkt und Wirtschaftsraum. Dann leben 380 Millionen Menschen in einem Raum ohne Grenzen. Heute wissen junge Leute mit 18 bis 20 Jahren, daß sie alle Chancen haben, zeit ihres Lebens in Frieden und Freiheit zu leben. Wann je zuvor konnte man das jungen Leuten in Deutschland sagen?

Die Bundesrepublik Deutschland befand sich 1982 in einer wirtschaftlichen Talfahrt ohnegleichen. Die Beschreibung des Zustandes mit Vokabeln wie „Nullwachstum" und „Minuswachstum" galt als intellektuelle Leistung in der öffentlichen Diskussion. Wir waren es, liebe Freunde, die das Ruder herumgeworfen haben. Wir haben mit einer konsequenten Politik der Sozialen Marktwirtschaft Ernst gemacht. Ich betone: der Sozialen Marktwirtschaft. Es waren nicht wenige in Deutschland, die mir in diesen

Jahren gelegentlich geraten haben, „Thatcherismus" oder „Reagonomics" in der Wirtschaftspolitik zu betreiben. Ich fälle keine Urteile über Kollegen. Aber wenn ich die Ergebnisse betrachte, können wir uns mit unserer Sozialen Marktwirtschaft im Vergleich dazu sehr wohl sehen lassen.

(Beifall)

Unsere Politik führte zum längsten Aufschwung in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Wachstum und Stabilität sind die Markenzeichen dieser Politik. Das Bruttosozialprodukt ist seit 1982 real um 30 % gestiegen. Das sind, liebe Freunde, fast 57 Milliarden DM pro Jahr. Wir haben über drei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Sie alle kennen den durchschnittlichen Preisanstieg in den Jahren von 1983 bis 1991: Er betrug nur zwei Prozent.

Auch die Sozialpolitik – sie ist Teil unserer Politik der Sozialen Marktwirtschaft – trägt deutlich unsere Handschrift: Wir haben Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub durchgesetzt, Kinderfreibeträge und Kindergeld erhöht und für die Anrechnung von Erziehungs- und Pflegezeiten im Rentenrecht gesorgt. Anders gesagt: Wir haben das soziale Netz wieder tragfähig gemacht. Es ist unser Verdienst, daß die Renten wieder sicher sind. Wir haben die Familien entscheidend gestärkt. Familienpolitik ist immer ein Kernstück unserer Politik gewesen.

(Vereinzelt Beifall)

1982 standen im Bundeshaushalt für die Familien 23 Milliarden DM zur Verfügung. In diesem Jahr sind es 47 Milliarden DM. Das sind Zahlen, die für sich sprechen. Wir sollten sie häufiger nach draußen tragen.

(Beifall)

Ich frage Sie: Wäre unser Staat, wäre unsere Wirtschaft, wäre unsere Gesellschaft 1982 in der Lage gewesen, die ökonomisch-sozialen Herausforderungen der deutschen Einheit zu bewältigen, wenn sich damals die Chance dazu geboten hätte? Jeder kennt die Antwort. Ich sage das alles nicht, liebe Freunde, damit wir uns gegenseitig bejubeln. Ich sage es aus einem Grund, der mir Sorgen macht. Er heißt: Wir müssen jetzt gut aufpassen, daß die deutsche Geschichte der letzten Jahre nicht umgeschrieben wird. Denn nicht wenige sind heute wieder dabei, ihr historisches Versagen nachträglich zu vertuschen.

(Beifall)

Sie haben längst ihre akademischen und journalistischen Hilfstruppen in Marsch gesetzt, um die erneute Verfälschung der Geschichte vorzunehmen. Wir werden nicht dulden, daß sie damit Erfolg haben.

(Beifall)

In Wahrheit hatten viele Sozialdemokraten und etliche andere, auch solche, die sich gerne Intellektuelle nennen, schon längst das Ziel der deutschen Einheit aufgegeben. Sie hatten sich mit der sowjetischen Vorherrschaft über Mittel-, Ost- und Südosteuropa abgefunden. Sie waren bereit, die gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft aufzugeben. Das gemeinsame Grundwertepapier von SED und SPD aus dem Jahre 1987 – liebe Freunde, das war vor fünf Jahren – war doch kein Betriebsunfall. Es war der absolute Tiefpunkt einer opportunistischen Anpassung.

(Beifall)

Wir haben nicht vergessen und werden immer wieder daran erinnern, daß die Ministerpräsidenten der SPD-geführten Länder der alten Bundesrepublik die Doku-

mentation und Verfolgung von SED-Unrecht und Regierungskriminalität durch die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter abschaffen wollten. Sie waren bereit, auf eine Kernforderung von Honecker einzugehen.

Wir haben das Ruder herumgeworfen. Das Ergebnis hat uns Recht gegeben. Erst Hunderttausende und dann Millionen von Deutschen aus der ehemaligen DDR konnten uns im Westen besuchen. Wir haben das Bewußtsein für die Einheit unserer Nation aufrechterhalten und gestärkt. Wir sind der Idee des e i n e n Vaterlandes treu geblieben.

Liebe Freunde, 1982/83 – auch das gehört zum Bild – waren die Sozialdemokraten bereit, sich den sowjetischen Pressionen im Blick auf die Stationierung der Mittelstreckenwaffen zu beugen. Wir haben Deutschland zu einem verläßlichen Partner im Bündnis gemacht. Wir haben den NATO-Doppelbeschluß gegen alle Widerstände umgesetzt. Ich weiß aus nicht wenigen Gesprächen mit Michail Gorbatschow, daß diese Standfestigkeit des Westens und die Position der Deutschen, die das Bündnis gestärkt hat, wesentlich zur Entwicklung des Neuen Denkens in der damaligen sowjetischen Führung beigetragen hat. Das alles war eine entscheidende Voraussetzung für das Gelingen der umfassenden nuklearen und konventionellen Abrüstung. Wir dürfen nicht dulden, daß dieser gewaltige Erfolg – Frieden schaffen mit weniger Waffen – vergessen wird. Das war unsere Leistung. Das war unser Erfolg.

(Beifall)

Wie stand es um die Europapolitik? Das meistgebrauchte Wort in der ersten Hälfte der 80er Jahre war „Eurosklerose". Heute sprechen wir schon fast nicht mehr über die Öffnung der Grenzen in Europa und über den großen gemeinsamen Markt. So selbstverständlich ist das für uns geworden.

Unsere Europapolitik und unsere Bündnispolitik standen nach unserem Verständnis immer auch im Dienste der deutschen Einheit. Sie schufen jenes Vertrauen, das eine entscheidende Voraussetzung für die Zustimmung unserer Nachbarn, Partner und Freunde zur Wiedervereinigung Deutschlands war.

Heute, liebe Freunde, stehen wir erneut vor der Notwendigkeit, in Staat und Gesellschaft umzudenken, allerdings aus gänzlich anderen Gründen als 1982. Erneut sind wir, die CDU Deutschlands, gefordert. Die Sozialdemokraten haben auch heute nichts anderes anzubieten als Kleinmut und Schwarzmalerei. Selbst nach zehn Jahren Opposition bieten sie keine Alternative.

Liebe Freunde – das ist vor allem das Ziel meiner heutigen Rede –, machen wir uns keine Illusionen. Das wiedervereinigte Deutschland erfordert mehr als eine bloße Fortsetzung bewährter Politik.

(Beifall)

Wir wissen, daß der Wandel den Menschen in den neuen Bundesländern jetzt viel abverlangt. Aber auch für die Menschen in den alten Bundesländern gilt es jetzt umzudenken. Eine Neufestsetzung der Prioritäten ist dringend erforderlich.

Wir haben die Einheit gewollt. Wir haben sie gewollt im vollen Bewußtsein der historischen Dimension der damit verbundenen Aufgaben. Heute wissen wir, daß die Hinterlassenschaft des SED-Regimes weitaus verheerender ist, als irgend jemand zuvor angenommen hat. Den SED-Wirtschaftslenkern war spätestens im Herbst 1989 die Zahlungsunfähigkeit der damaligen DDR klar. In einer internen Vorlage der SED-Führung vom September 1989, die jetzt öffentlich ist, heißt es wörtlich: „Die Verschuldung ist auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt."

Alle Fachleute glaubten im Frühjahr 1990, daß das industrielle Vermögen der DDR mehr als ausreichen würde, die Schulden zu begleichen. Die Modrow-Regierung – ich erinnere mich noch sehr gut an den Besuch von Modrow in Bonn – bezifferte damals das Vermögen der DDR auf 1200 Milliarden DM. Später wurde diese Zahl nach unten korrigiert. Aber auch die Treuhandanstalt rechnete zu Beginn ihrer Arbeit noch mit einem Vermögenswert in dreistelliger Milliardenhöhe. Deshalb – das muß man immer wieder erwähnen - wurden auf Wunsch der DDR-Regierung im Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion den Sparern in der DDR noch verbriefte Anteilsrechte am staatseigenen Vermögen in Aussicht gestellt.

In Wahrheit stand die DDR im Herbst 1989 vor dem Bankrott. Als eigenständiger Staat hätte sie wirtschaftlich weder so, wie sie war, noch – das betone ich auch – in reformierter Form überleben können, und zwar mit allen sozialen Konsequenzen für jeden einzelnen. Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie die deutsche Einheit haben die Menschen vor einer ökonomischen und vor einer sozialen Katastrophe bewahrt.

Die wirkliche Lage ist erst nach und nach zutage getreten. Sie wurde, wie wir heute wissen, ganz erheblich dadurch verschärft, daß der Osthandel, insbesondere mit den Ländern der früheren Sowjetunion, fast völlig zusammengebrochen ist. Infolgedessen wird der Aufbau in den neuen Ländern länger dauern, und er wird auch teurer werden, als wir dies Mitte 1990 annehmen konnten.

Liebe Freunde, wir befinden uns heute mitten in einem dramatischen Wandel. Dabei liegen Licht und Schatten, Fortschritt und Defizit ganz dicht beieinander. Aber unbestreitbar ist, daß wir in den vergangenen zwei Jahren schon ein großes Wegstück vorangekommen sind. Deswegen dürfen wir nicht zulassen, daß unsere Erfolge ständig heruntergeredet werden, nicht zuletzt und vor allem von denen, die die Einheit gar nicht gewollt haben und noch vor kurzem die DDR als sozialistisches Musterland angepriesen haben.

(Beifall)

Die Bürger in den neuen Bundesländern spüren sehr wohl, daß sich ihre persönliche Situation verbessert. In den vergangenen zwei Jahren hat sich die Zahl derjenigen, die ihre private Wirtschaftslage als gut oder sehr gut beurteilen, auf über 75 % erhöht. Insgesamt bewerten 68 % der Menschen in Ostdeutschland die beiden Jahre seit der Wiedervereinigung als eine gute oder zumindest eher gute Zeit.

Diese Zahlen sollen nicht darüber hinwegtäuschen, daß viele Menschen sich verständlicherweise Sorgen machen. In den Städten und Dörfern der neuen Bundesländer gibt es mancherorts auch Ängste und Not. Menschen, die bisher unter der Vormundschaft des Staates und des Regimes standen, erleben jetzt eine völlige Veränderung ihrer Lebensverhältnisse. Sie müssen sich eigenverantwortlich in der neuen Freiheit zurechtfinden. Sie müssen mit dieser Freiheit aber auch Erfahrungen machen, die deprimierend sind. Das gilt auch für die Begegnung mit so manchem, der aus den westlichen Bundesländern in die neuen Länder gekommen ist.

Neben dem, was wir ökonomisch tun können – da bin ich ganz optimistisch –, müssen wir vor allem mehr als bisher aufeinander zugehen. Das Hauptproblem der deutschen Einheit sind aus meiner Sicht nicht die ökonomischen und sozialen Fragen - die werden wir lösen können -, das Hauptproblem ist, ob wir nach 40 Jahren der Teilung wieder zueinander finden, aufeinander hören, nicht übereinander, sondern miteinander sprechen. Wir, die wir das Glück hatten, im Westen großzuwerden, müssen dabei den größeren Schritt tun und auf unsere Landsleute in den neuen Ländern zugehen.

(Beifall)

Für alle Gruppen unserer Gesellschaft - auch für die politischen Parteien, auch für die Christlich Demokratische Union –, ist dies eine der wichtigsten Aufgaben dieses Jahrzehnts.

Meine Damen und Herren, Arbeitsverdienste und Renten in den neuen Bundesländern sind erheblich gestiegen. Diese Einkommenssteigerungen überwiegen die unvermeidlichen Preis- und Mieterhöhungen. Für die meisten Haushalte bleiben beträchtliche reale Einkommensgewinne. Es gibt einen deutlichen Anstieg des Lebensstandards. Natürlich ist das Bild sehr differenziert. Haushalte – ich sagte es schon –, die von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffen sind, haben Einbußen erlebt, auch wenn das Arbeitslosengeld der allgemeinen Lohnentwicklung angepaßt wird.

Trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse wird in den neuen Bundesländern in einem Umfang investiert, wie das in der modernen Wirtschaftsgeschichte weltweit ohne Beispiel ist. Die erwarteten zweistelligen Zuwachsraten in diesem und auch im nächsten Jahr zeigen, daß die Investoren Vertrauen in die Entwicklung in Ostdeutschland und in den Aufbauwillen der Menschen setzen.

Wir müssen alle Kraft dafür einsetzen, neue Perspektiven für die Menschen in den Regionen zu eröffnen, die besonders unter den Folgen einseitiger Industriestrukturen leiden. Ich nenne die Küstenregion, die Braunkohlegebiete, das Chemiedreieck und die Regionen mit einem hohen Anteil an Textilindustrie. Ich sehe hier eine besondere Herausforderung für uns, die Union, als die Partei der Sozialen Marktwirtschaft; denn es geht um beides: um die wirtschaftliche Zukunft von Regionen und um sozialen Ausgleich in einer schwierigen Phase des Strukturwandels.

Ich füge hinzu: Ich habe nicht den Eindruck, daß alle in den westlichen Bundesländern begriffen haben, auf welch dramatische Weise sich das Leben der Menschen in den neuen Bundesländern innerhalb weniger Monate und Jahre verändert hat.

Ich habe großen Respekt vor all denen, die dort in einem so grundlegenden Wandel Verantwortung übernommen haben als Bürgermeister, als Landrat, als Betriebsrat, als Mitglied einer Landesregierung.

Sie haben diese schwere Aufgabe häufig ohne jede Vorbereitung übernommen. Sie waren noch vor kurzem Krankenschwestern, Tierärzte, Pfarrer – Menschen aus verschiedensten Berufen –, und sie leisten jetzt vor Ort hervorragende Arbeit. Wenn sie gelegentlich Fehler machen, dann kann ich sie trösten: Alteingesessene Kommunalpolitiker im Westen machen auch ihre Fehler.

(Beifall)

Die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist nach wie vor schwierig, und kurzfristig ist eine Wende am Arbeitsmarkt nicht zu schaffen. Deshalb haben wir durch eine aktive Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik die Folgen des unvermeindlichen wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesses für die Menschen erheblich abgefedert. Wir arbeiten beispielsweise zusammen mit Gewerkschaften, Betriebsräten und Landesregierungen an einem integrierten Gesamtkonzept für die Braunkohle. Privatisierung, Rekultivierung und Beschäftigung sind die Eckpfeiler dieses Konzepts. Auch für andere Bereiche – ich nenne die Chemie – müssen entsprechende Lösungen gefunden werden. Dies alles muß schnell geschehen. Wir haben wenig Zeit.

Die wachsenden Investitionen, meine Damen und Herren, beweisen, daß unser wirtschaftspolitisches Förderkonzept richtig angelegt ist. Es setzt auf Investitionen, weil nur auf diesem Weg die erforderlichen neuen Arbeitsplätze entstehen können. Aber, und auch das muß jeder zur Kenntnis nehmen und wissen, der Aufschwung im

Osten ist ohne ein stabiles Fundament im Westen nicht denkbar. Wir müssen daher alles tun, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in ganz Deutschland zu stärken. Das gilt gerade in der gegenwärtigen Zeit, in der die konjunkturellen Risiken zunehmen und sich der erwartete weltwirtschaftliche Aufschwung verzögert. Diese Risiken müssen insbesondere jene bei uns beachten, die glauben, die Folgen der 40jährigen deutschen Spaltung seien in erster Linie durch Umverteilung von Lasten zu überwinden. Die innere Einheit in wirtschaftlicher Hinsicht wird nur erreicht werden durch Leistung und Leistungsbereitschaft in West und Ost.

(Beifall)

Liebe Freunde, diese Einsicht ist heute so akutell wie zu Zeiten von Ludwig Erhard. Wer sie verdrängt, setzt auch unsere Erfolge aufs Spiel. Zu diesen Erfolgen gehört die Stabilität der D-Mark. Sie darf auf keinen Fall gefährdet werden. Leistungskraft und Stabilität sind Voraussetzung, um solidarisch handeln zu können. Solidarität erweist sich daran, daß auf längere Zeit 4 bis 5 % des Bruttsozialprodukts – also gut 140 Milliarden DM jährlich – für den Aufbau in den neuen Ländern bereitgestellt werden. Der Bund trägt hierbei den weitaus größten Anteil. 4 bis 5 %, das ist nahezu der gesamte jährliche Zuwachs unseres nominalen Bruttosozialprodukts. Das bedeutet – und ich spreche dies aus –: Es bleibt kein Spielraum für zusätzliche Leistungen ohne entsprechende Einsparungen an anderer Stelle. Es ist nicht die Zeit des Verteilens angebrochen.

(Beifall)

Dies gilt für die Tarifpolitik ebenso wie für die Ausgaben der öffentlichen Hand in Bund, Ländern und Gemeinden.

Meine Damen und Herren, in den zehn Jahren seit 1982 haben sich viele in unserem Volk angewöhnt – wir sollten offen bekennen: Wir haben oft dabei Hilfestellung geleistet –, zunehmende Beschäftigung bei hoher Preisstabilität mit steigenden Realeinkommen als selbstverständlich anzusehen. Es hat kaum Verteilungskämpfe gegeben, weil aus dem jährlichen Zuwachs fast alle Ansprüche befriedigt werden konnten. Dies ist jetzt nicht mehr so.

Die Soziale Marktwirtschaft – ich wiederhole es – steht in einer neuen Bewährungsprobe. Die Gestaltung der inneren Einheit Deutschlands ist eine Aufgabe für alle Deutschen. Nicht nur der Bund, sondern ebenso Länder und Gemeinden, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie Kirchen und alle Gruppen unserer Gesellschaft müssen an unserer gemeinsamen Zukunft mitarbeiten. Es geht darum, die anstehenden Aufgaben auch bei verlangsamtem Wirtschaftswachstum zu erfüllen. Es geht um die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und die Sicherung des Standsorts Deutschland und um Anpassungen in den Sozialversicherungssystemen an die künftigen demographischen Verhältnisse. Erinnern wir uns einen Augenblick an die Aufbaujahre in der alten Bundesrepublik. Damals haben nur wenige abseits gestanden und zugeschaut, wie sich andere für den Aufschwung abrackerten. Das deutsche Wirtschaftswunder war kein Wunder. Es war das Ergebnis gemeinsamer harter Arbeit. Es war auch das Ergebnis der Hilfe des Marshallplans. Es war vor allem das Ergebnis des Willens unseres Volkes, zu überleben und nicht unterzugehen.

(Beifall)

Mir scheint dies in Teilen unserer heutigen Gesellschaft anders zu sein. Oft habe ich den Eindruck, es sitzen heute zu viele auf der Zuschauertribüne der deutschen Einheit und schauen zu, was die Akteure auf der Bühne treiben. Man hört und sieht zu wenig

von ihnen, wenn Taten gefragt sind. Ich finde, es ist höchste Zeit, daß wir alle – ich meine wirklich alle in unserem Volk – die gemeinsame Herausforderung angehen.

(Beifall)

Wer sich in einer solchen Zeit aus Bequemlichkeit darauf versteift, liebgewonnene Gewohnheiten und Besitzstände um jeden Preis zu verteidigen, wird den Weg in die Zukunft nicht schaffen. Deutsche Einheit und europäische Einigung sind Glücksfälle unserer Geschichte. Sie müssen unsere Kräfte wecken und uns aufrütteln. Deshalb brauchen wir dringend einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber, was notwendig ist, um die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Deshalb habe ich zu Gesprächen über einen Solidarpakt für Deutschland eingeladen. Es geht um bessere Bedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze in ganz Deutschland.

Liebe Freunde, die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Herausforderung der kommenden Jahre läßt sich in folgenden Eckpunkten zusammenfassen.

Erstens. Vor zwei Wochen hat die Treuhandanstalt die ökonomische Schlußbilanz der DDR vorgelegt. Das ernüchternde Ergebnis von 40 Jahren SED-Wirtschaft ist ein Schuldenberg von 250 Milliarden DM. Hinzu kommen 150 Milliarden DM Altschulden; insgesamt also eine finanzielle Erblast der DDR von mindestens 400 Milliarden DM.

Für Zinsen und Tilgung werden wir ab 1995 rund 40 Milliarden DM jährlich aufbringen müssen. Diese Erblast kann nur gemeinsam getragen werden, von Bund, Ländern und Gemeinden.

Zweitens. Unabweisbar – und im Einigungsvertrag festgelegt – ist die Neuordnung des Finanzausgleichs ab 1995. Hier geht es auch darum, für eine angemessene Finanzausstattung in den neuen Bundesländern zu sorgen und die dafür notwendigen Finanzierungslasten ausgewogen auf die alten Länder und den Bund zu verteilen. Es handelt sich um ein Finanzvolumen in der Größenordnung von 50 bis 60 Milliarden DM.

Drittens. Die dringend notwendige und schon beschlossene Bahnreform muß ohne Ausweitung der Neuverschuldung finanziert werden. Diese Reform ist Teil eines überfälligen Gesamtkonzepts, bei dem es darum geht, den drohenden Verkehrsinfarkt abzuwenden und unsere Verkehrssysteme umweltgerecht zu gestalten. Mit den bisherigen Einnahmen ist dies nicht zu schaffen. Wegen der schwierigen Finanzierungsfragen verhandeln wir zur Zeit mit unseren Partnern in der EG.

Viertens. Risiken für den Haushalt liegen in der Konjunkturentwicklung. Große Risiken ergeben sich aus der weltwirtschaftlichen Lage. Die konjunkturelle Schwäche bei vielen unserer wichtigsten Partner – insbesondere in den USA, in Japan und in Europa – ist unübersehbar. Eine Abschwächung des Wachstums bei uns in Deutschland um nur einen Prozentpunkt bedeutet für Bund, Länder und Gemeinden 10 Milliarden DM weniger Steuereinnahmen pro Jahr. Wer heute Vorschläge macht, muß also immer zugleich fragen, ob er damit unserer Konjunktur nützt. Das muß der Maßstab für unser Tun sein.

(Beifall)

Der alte Satz, daß die Kuh erst gefüttert werden muß, bevor man sie melken kann, gilt heute mehr denn je.

Liebe Freunde, viele in Deutschland fragen angesichts solcher Zahlen, ob wir diese Herausforderung überhaupt meistern können, ob wir uns nicht übernommen haben? Ich sage ganz einfach: Angesichts einer jährlichen Wirtschaftsleistung in Deutschland von rund 3 000 Milliarden DM können wir diese Herausforderung bewältigen. Voraussetzung dafür ist, daß wir dies gemeinsam tun und daß niemand abseits steht.

Für mich kommt es entscheidend auf die folgenden fünf Punkte an:

Erstens. Wir werden den Haushalt 1993 termingerecht verabschieden. Es bleibt bei den gesetzten Prioritäten. Die neuen Bundesländer haben weiterhin Vorrang. Der Ausgabenanstieg muß strikt begrenzt bleiben. Zusätzliche - auch einschneidende - Sparanstrengungen sind unvermeidlich. Denn Stabilität von Haushalt und Geldwert ist das Fundament, auf dem wir gemeinsam stehen. Wenn wir die Stabilität der Währung nicht erhalten, ist vieles von dem, was wir erreicht haben, in Frage gestellt. Man kann das nicht oft genug sagen.

(Beifall)

Zweitens. Wir brauchen einen Solidarpakt für Deutschland. Mein Angebot richtet sich nicht nur an die Gewerkschaften. Genauso gefordert sind die Unternehmer und alle Gruppen unserer Gesellschaft. Gefordert sind Bund, Länder und Gemeinden. Gefordert sind wir alle. Es geht dabei auch um eine sozial gerechte Verteilung der Lasten – einschließlich der Erblasten der DDR. Liebe Freunde, es geht um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Drittens. Die Länder und Gemeinden müssen den Konsolidierungskurs des Bundes durch eigene Anstrengungen unterstützen. Die Bundesregierung ist gerne bereit, zu helfen, wenn es etwa darum geht, Leistungsgesetze zu überprüfen, die vor allem im Bereich der Länder und Gemeinden ihre Wirkung haben.

Viertens. Wir wollen Verwaltungs- und Rechtsvereinfachungen durchsetzen. Es geht vor allem darum, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Auf diese Weise werden öffentliche Haushalte entlastet und die Bürokratiekosten für die Wirtschaft gesenkt. Bis Ende November - also in kurzer Zeit - wollen wir die dazu notwendigen Gesetzesinitiativen ergreifen. So sollen Bebauungspläne schneller genehmigt werden können, um die Schaffung von neuem Wohnraum und gewerblichen Anlagen zu vereinfachen.

(Beifall)

Dies alles soll zunächst und vor allem den Menschen in den neuen Ländern zugute kommen. Meine Hoffnung ist aber, daß wir - wie in vielem anderen auch - bei der Gestaltung der inneren Einheit in Deutschland, beim Prozeß des Zusammenwachsens voneinander lernen und daß manches von dem, was wir jetzt für die neuen Länder verwirklichen, auch zum Vorbild für die alten Länder wird.

(Beifall)

Ich bringe es auf eine sehr einfache Formel, die ich meinen Mitarbeitern jeden Tag predige. Diese Formel heißt: Wenn es in der Zeit Ludwig Erhards, in der Zeit der Gründung und des Aufbaus in der alten Bundesrepublik – damit meine ich die Zeit von 1949 bis etwa 1955, die entscheidenden sechs Jahre, die den Durchbruch brachten – die gleiche Regelungsdichte wie heute gegeben hätte, wäre es nie zu einem deutschen Wirtschaftswunder gekommen.

(Beifall)

Fünftens. Die Verhandlungen über den Bund-Länder-Finanzausgleich müssen rasch geführt und zu einem positiven Ergebnis gebracht werden. Die alten Länder - das geht nicht anders - müssen einen angemessenen Beitrag auch zur Finanzausstattung der neuen Länder sowie zur Bewältigung der finanziellen Erblasten leisten.

Liebe Freunde, dies ist ein ehrgeiziges Programm. Seine Durchführung fordert eine gewaltige Kraftanstrengung. Ich gehe davon aus, daß zur Bewältigung der finanziellen

Erblast Einnahmeverbesserungen zwingend notwendig sein werden. Sonst werden wir die 1995 anstehenden Belastungen aus dem Erblastfonds und der Einbeziehung der neuen Bundesländer in den Länderfinanzausgleich nicht schultern können. Auf die Frage, die viele in diesen Tagen stellen: Warum sagst du das gerade jetzt?, gebe ich eine klare Antwort: Weil ich denke, dies ist die Stunde der Wahrheit. Es macht keinen Sinn, den Bürgern gegenüberzutreten und ihnen zu sagen: Wir werden dies irgendwann einmal schultern, wenn ich ihnen auf Grund meiner Überzeugung und Kenntnisse sagen muß: Für die 1995 anstehenden Belastungen brauchen wir Einnahmeverbesserungen, anders ist die Erblast nicht zu finanzieren.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich will im Rahmen der Gespräche über den Solidarpakt und den Länderfinanzausgleich mit den Beteiligten über die Einzelheiten sprechen. Wir müssen aber sehr rasch und endgültig entscheiden, damit die Menschen in Deutschland wirklich wissen, wie die Dinge sich in den nächsten Jahren gestalten. Es ist keine gute Politik, wenn wir diese Fragen in der Schwebe lassen. Wir müssen den Mut und natürlich auch den Sachverstand haben, das Richtige jetzt zu tun. Dazu gehört ein Zweites - das will ich noch einmal unterstreichen -: Demjenigen, der jetzt, in diesen Wochen und Monaten, seinen Beitrag beispielsweise zu Einsparungen und Umschichtungen verweigert, antworte ich: Er trägt Verantwortung dafür, wenn die Belastungen für den Bürger dann früher und höher eintreten.

(Vereinzelt Beifall)

Das, was wir vorhaben, ist nur möglich, wenn wir einsparen und umschichten. Wenn Sie mir freundlichen Beifall zollen - der Beifall eben war ohnehin karg -,

(Heiterkeit)

dann sage ich Ihnen: Das wird viele Menschen betreffen. Wenn wir aber wollen, daß das Staatsschiff flott bleibt, müssen wir auch die Konsequenzen ziehen. Das ist mein Programm.

(Beifall)

Liebe Freunde, das ist ein mutiges Programm. Die Bürgerinnen und Bürger haben uns 1990 aber nicht gewählt, damit wir in einer dramatischen Situation einfach so in den Tag hinein leben. Sie haben uns vielmehr gewählt, damit wir jetzt mit Entschlossenheit das Richtige tun. In diesem Sinne wollen wir ans Werk gehen.

Wir haben im übrigen auch in anderen Bereichen in diesen Wochen und Monaten erhebliche Fortschritte erreicht. Ich nenne zwei wichtige sozialpolitische Fragen.

Mit den Beschlüssen zur Gesundheitsreform legen wir jetzt die Fundamente, damit unser freiheitliches und selbstverwaltetes Gesundheitssystem auch in Zukunft leistungsfähig bleibt. Bei den enormen Kostensteigerungen auf diesem Gebiet können wir doch nicht einfach weitermachen, ohne Konsequenzen zu ziehen. Es muß jetzt gehandelt werden. Man kann über die Details sehr wohl reden, aber es muß gehandelt werden.

Ich nenne noch ein anderes Thema, das - auch bei uns - heiß umstritten ist und das ich für außerordentlich wichtig halte: die Pflegeversicherung. Meine Damen und Herren, angesichts der demographischen Entwicklung, angesichts der Tatsache, daß immer mehr Menschen in Deutschland wesentlich älter werden, ist die anstehende Entscheidung zwingend. Wenn in acht Jahren in Deutschland rund 1,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger leben, die über 85 Jahre alt sind - ich nenne diese Zahl, um die Dimension

des Problems deutlich zu machen -, muß doch jeder erkennen, daß wir hier zu Lösungen kommen müssen. Eine Pflegeversicherung - auch das muß gesagt werden - ist jedoch nicht zum Nulltarif zu haben. Das muß man klar und deutlich aussprechen. Ihre Einführung darf nicht zu einer zusätzlichen Erhöhung der Lohnnebenkosten führen. Auch hier sind Einsparungen das Gebot der Stunde. Wir müssen, weil unsere Produkte zu teuer geworden sind, ohnehin Produkte auf dem Weltmarkt um unseren Rang als führende Exportnation kämpfen.

(Vereinzelt Beifall)

Und eines muß auch klar sein - ich spreche auch dies aus, obwohl es viele nicht gerne hören -: Ich bin dafür, daß wir die Pflegeversicherung, wie versprochen, in dieser Legislaturperiode verabschieden, aber ich sehe keine Chance, sie in dieser Legislaturperiode in Kraft zu setzen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, in wenigen Wochen wird der Europäische Binnenmarkt Wirklichkeit. Wenn wir seine Chancen voll nutzen wollen, sind zusätzliche Anstrengungen notwendig. Das Thema „Europa" ist für uns alle von einer schicksalhaften Bedeutung. Wir wollen diesem Thema aus diesem Grunde morgen einen ganzen Tag unseres Parteitages widmen.

Wir brauchen uns in diesen Tagen nur umzuschauen, um zu erkennen, welche Anstrengungen überall in der Europäischen Gemeinschaft und in der ganzen Welt unternommen werden, um im Standortwettbewerb bestehen zu können. Wir müssen in Deutschland erkennen, daß wir auch ohne die deutsche Einheit und die daraus resultierenden Herausforderungen vor dem Problem stehen würden, unseren Standort in der Welt zu behaupten.

Auch hier ist eine ehrliche Bestandsaufnahme zwingend. Ich nenne nur einige wenige Beispiele, die deutlich machen, daß wir die Probleme nicht mehr auf die lange Bank schieben können, sondern jetzt schnell handeln müssen - und zwar überall, wo wir in der Verantwortung stehen.

Ich nenne das Thema „Ausbildung". Wir haben in Deutschland extrem lange Ausbildungszeiten für Akademiker. Nicht wenige Naturwissenschaftler verlassen die Hochschule erst mit dem 30. Lebensjahr, um dann ins Berufsleben zu gehen. Eine andere Zahl ist geradezu alarmierend: Im Durchschnitt verlassen 27 % der Studenten die Hochschulen ohne einen Abschluß; in manchen Fachbereichen sind es fast 50 %.

Ich will noch eine andere Zahl nennen: Wir haben gegenwärtig 1,8 Millionen Studenten in Deutschland, die 1,6 Millionen Lehrlingen gegenüberstehen. Das kann auf Dauer nicht funktionieren!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, im Moment schütteln wir darüber den Kopf, aber dies genügt nicht. Wir müssen fähig sein, in der Bildungspolitik die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Es gibt eine Fülle von Aufgaben, die jetzt gelöst werden müssen!

(Beifall)

Dazu gehört eine Reform der Studiengänge. Es ist doch nicht einzusehen - und schadet auch den Zukunftschancen unserer jungen Generation in Deutschland -, daß die durchschnittlichen Ausbildungszeiten in wichtigen Bereichen der akademischen Ausbildung in unseren Nachbarländern vier oder fünf Jahre kürzer sind. Es ist

ebensowenig einzusehen – und hier bietet sich ja mit der deutschen Einheit die Chance zur Korrektur –, daß die Gymnasialzeit im Westen Deutschlands neun Jahre dauert, in den neuen Bundesländern wie in vielen Teilen der Welt aber nur acht Jahre. Eine Verkürzung der neunjährigen Gymnasialzeit ist ein altes Petitum unserer Partei, ein Petitum schon früherer Parteitage.

Zur Bestandsaufnahme gehören weitere Tatsachen:

– Wir haben ein Renteneintrittsalter von durchschnittlich 59 Jahren.

– Wir haben mit 37,7 Stunden die kürzeste Wochenarbeitszeit aller Industrieländer.

– Wir haben mit 42 Tagen die meisten Feier- und Urlaubstage.

– Als Folge davon haben wir mit 1 500 Stunden die niedrigste Jahresarbeitszeit.

Was ich persönlich als besonders negativ empfinde: Der Arbeitszeitnachteil wird nicht etwa durch längere Maschinenlaufzeiten in unseren Betrieben ausgeglichen. Unter den europäischen Ländern sind wir das Land mit den kürzesten Maschinenlaufzeiten je Woche.

Dies alles sage ich nicht, um schwarz zu malen. Aber als führende politische Kraft in Deutschland müssen wir uns, wo immer wir in der Verantwortung stehen, diesen Tatsachen jetzt stellen, und wir müssen versuchen, zu einer Politik der Mitte – man kann auch sagen: zu einer Politik der Vernunft – zurückzukehren. Das ist es nämlich, was wir brauchen!

(Zustimmung)

Liebe Freunde, dazu gehört mehr Flexibilität in der Arbeitszeit. Wir wollen die Lebensarbeitszeit auf freiwilliger Basis verlängern. Möglichkeiten und Anreize dazu haben wir mit der Rentenreform 1992 bereits geschaffen. Es darf auch kein Tabu sein, die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit in Frage zu stellen; zumindest müssen die Tarifparteien ernsthaft über ein Moratorium für weitere Arbeitszeitverkürzungen sprechen.

(Beifall)

Es gibt auch Erfreuliches zu berichten: Das Beispiel der Lufthansa zeigt, daß man auch in einer schwierigen Situation durch Zusammenarbeit der Tarifpartner vernünftige Lösungen finden kann. Wir müssen – das ist eine Grundvoraussetzung für eine gute wirtschaftliche und soziale Zukunft – den Trend zu immer höheren Lohnzusatzkosten bremsen. Das muß der Gesetzgeber ebenso tun wie die Tarifparteien.

Obwohl das manchem nicht gefällt, füge ich hinzu: Im Blick auf den großen europäischen Markt und - damit im Zusammenhang - die härter werdende Konkurrenz brauchen wir dringend die Reform der Unternehmensbesteuerung.

(Zustimmung)

Liebe Freunde, es ist nicht wahr, daß es sich dabei um ein Geschenk für die Reichen handelt. Es ist ein Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze von morgen und damit für die Zukunft der kommenden Generationen.

(Zustimmung)

Wer das nicht glaubt, soll sich in Europa einmal umschauen. Es muß doch nachdenklich stimmen, daß sozialistisch geführte Regierungen – nehmen Sie die Regierung von Felipe Gonzalez in Spanien – dies längst begriffen haben und entsprechend handeln.

(Beifall)

Liebe Freunde, viele in unserem Land machen sich zu Recht Sorgen wegen des anwachsenden massenhaften Zustroms von Asylbewerbern, die in ihrer überwältigenden Mehrheit in ihrer Heimat n i c h t aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt werden. Der Zustrom steigt von Monat zu Monat. Er führt zu unhaltbaren Zuständen in unseren Städten und Gemeinden. Allein für 1992 müssen wir mit weit über 400 000 Asylbewerbern rechnen. Nach allen Erfahrungen sind nur rund 5 % von ihnen wirklich Verfolgte.

Jeder weiß: Die Grenze der Belastbarkeit ist überschritten. Die Situation hat sich dramatisch zugespitzt. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, stehen wir vor der Gefahr einer tiefgehenden Vertrauenskrise gegenüber unserem demokratischen Staat, ja – ich sage es mit Bedacht –, eines Staatsnotstandes.

(Zustimmung)

Die Menschen erwarten von uns schnell Lösungen, und zwar Lösungen, die greifen, die dem Mißbrauch des Asylrechts wirksam einen Riegel vorschieben.

(Zustimmung)

Liebe Freunde, wiederum muß man sich die Zahlen klarmachen: Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft kommen rund 60 % aller Asylbewerber nach Deutschland. Das Problem des massenhaften Zustroms kann nur im Rahmen gemeinsamer europäischer Anstrengungen auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention gelöst werden. Hierzu ist – und dies kann doch eigentlich niemand mehr bezweifeln – eine Grundgesetzänderung zwingend erforderlich. Offensichtlich unbegründete Asylanträge müssen aus dem bisherigen komplizierten Verfahren herausgenommen und schnell entschieden werden. Das wird mehr als die Hälfte der Fälle betreffen. Aufenthaltsbeendende Maßnahmen müssen sofort vollzogen werden können, wenn keine irreparablen Nachteile drohen.

Ich füge hinzu: Die Sozialhilfe für Asylbewerber darf keinen wirtschaftlichen Anreiz mehr darstellen, nach Deutschland zu kommen.

(Beifall)

Deshalb meine ich, daß wir über Kürzungen sprechen müssen. Sachleistungen sollten Vorrang vor Geldleistungen haben.

(Beifall)

Bund und Länder müssen alle Möglichkeiten der Beschleunigung von Asylverfahren ausschöpfen, vor allem bei Asylbewerbern, die schwere Straftaten – beispielsweise Rauschgiftdelikte – begehen. Abgelehnte Asylbewerber ohne Aufenthaltsrecht müssen abgeschoben werden. Hier sind, wie jeder weiß, vor allem die Bundesländer gefordert.

Wir haben uns in den Koalitionsparteien endlich auf die notwendigen Maßnahmen geeinigt, und wir haben einen entsprechenden Entschließungsantrag im Deutschen Bundestag in namentlicher Abstimmung mit Mehrheit beschlossen.

Liebe Freunde, bisher hat sich die SPD einer vernünftigen Lösung verweigert, obwohl auch aus ihren Reihen zahlreiche in der Verantwortung stehende Kommunal- und Landespolitiker immer häufiger mit dramatischen Appellen auf die Unhaltbarkeit der Situation hinweisen.

Ich fordere die Sozialdemokraten auf, jetzt endlich den Weg für eine Verständigung über die nötigen Änderungen des Grundgesetzes freizumachen. Dabei – das

unterstreiche ich, liebe Freunde – muß allerdings klar sein, daß wir, die CDU und CSU, nur eine Änderung mitmachen werden, die entscheidende Verbesserungen bringt.

(Beifall)

Liebe Freunde, gerade weil unsere Position in dieser Frage so klar ist, verurteilen wir um so entschiedener und schärfer, daß einige in unserem Land zu Gewalt greifen. Wir verurteilen auf das schärfste Ausschreitungen, wie sie insbesondere in den letzten Wochen gegenüber bei uns lebenden Ausländern und Asylbewerbern vorgekommen sind.

(Anhaltender Beifall)

Solche Gewalttaten sind eine Schande für unser Land.

Im ersten Artikel unserer Verfassung heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt."

Wer das Leben von Menschen gefährdet, wer Ausländerhaß schürt, wer die gewalttätige Auseinandersetzung zum Mittel seiner Politik macht, der muß die Härte des Rechtsstaats zu spüren bekommen.

(Beifall)

Damit dies klar ist: Wir Christlichen Demokraten sind entschieden gegen jede Form von Extremismus und Radikalismus, ob von rechts oder von links. Wir sind auf keinem Auge blind.

(Beifall)

Mit den sechs Millionen Ausländern leben wir bis auf ganz wenige Ausnahmen friedlich und nachbarschaftlich zusammen. Wir vergessen nicht - und wir sagen dies auch -, daß wir, die Deutschen, es selber waren, die diese Menschen ins Land geholt haben, damit sie einen unentbehrlichen Beitrag zu unserem eigenen Wohlstand leisten.

(Beifall)

Es ist zutiefst ungerecht, den Bürgern unseres Landes, den Deutschen, egal ob im Osten oder im Westen, pauschal Fremdenfeindlichkeit zu unterstellen.

(Vereinzelt Beifall)

Deutschland wird auch in Zukunft politisch, rassisch oder religiös Verfolgten selbstverständlich Schutz und Asyl gewähren. Dies war immer unsere Meinung, und dies bleibt unsere Meinung.

Aber, liebe Freunde, wir müssen auch die Ursachen der Wanderungsbewegungen in der Welt bekämpfen. Das zeigt gerade auch die Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien. Dazu gehören unser Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Frieden und die Wahrnehmung aller Pflichten, die sich aus unserer Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen ergeben. Es ist gegen die Würde unseres Landes, und es kann auf Dauer für uns nicht erträglich sein, daß wir als Mitglied der Vereinten Nationen zwar die Rechte wahrnehmen, aber, wenn nach den Pflichten gerufen wird, abseits stehen.

(Beifall)

Da wir trotz aller Sorgen in einem der reichsten Länder der Welt leben, gehört es ebenfalls zu unserer moralischen Pflicht, unseren Beitrag zur Bekämpfung von Armut und Hunger in der Welt zu leisten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ein Staat, der das Recht nicht mehr durchsetzt, verliert das Vertrauen seiner Bürger. Für uns Christliche Demokraten sind Freiheit und Sicherheit keine Gegensätze. Deshalb verstehen wir die Sorge unserer Mitbürger über die steigende Kriminalität. Dies gilt sowohl für die sogenannte Alltagskriminalität, Drogendelikte und organisiertes Verbrechen als auch für politisch motivierte Gewalttaten.

Die Zunahme z.B. der Raubdelikte im Westen um rund 30 % ist genausowenig hinnehmbar wie die ernste Bedrohung unserer inneren Sicherheit durch die Mafia in Europa und in Deutschland. Das Treiben rechtsextremer Mörder, Steinewerfer und Brandstifter steht den Taten linksextremer Terroristen inzwischen in nichts mehr nach.

(Beifall)

Liebe Freunde, viel zu lange ist Kriminalität in Teilen der Öffentlichkeit bagatellisiert worden. Wer Rechtsbrechern wie z.B. Hausbesetzern mit Sympathie begegnet, trägt dazu bei, das Vertrauen in unseren Rechtsstaat zu untergraben.

(Beifall)

Wir alle wissen natürlich – und das will ich betonen –, daß die Androhung von Strafe allein nicht genügt, um Menschen zu rechtmäßigem Handeln zu bewegen. Noch viel wichtiger ist es, jene Institutionen zu stärken, die dem einzelnen Halt und Orientierung geben und an seiner Erziehung zur eigenverantwortlichen Persönlichkeit mitwirken. Die Bedeutung der Familie, der Schulen, der Kirchen, aber auch der Medien kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Erosion des Rechtsbewußtseins – man muß das so formulieren – in manchen Teilen unserer Gesellschaft hat auch dazu geführt, daß rechtsextremistische und linksextremistische Gewalttäter sich zur Konfrontation mit dem Staat ermutigt fühlen.

Der Rechtsstaat darf nicht aus falsch verstandener Liberalität an der Verfolgung politisch motivierter Terroristen gehindert werden. Durch strenge Anwendung der Gesetze muß dem Recht, das ja dem inneren Frieden dient, der nötige Respekt verschafft werden. Wo das gegenwärtig geltende Recht nicht ausreicht, müssen wir es vernünftigerweise ändern.

Ich will an dieser Stelle ein Wort des Dankes an unsere Polizeibeamten sagen. Ohne unser Vertrauen können sie ihren Dienst nicht leisten.

(Beifall)

Wir schulden ihnen Dank, Respekt und Anerkennung. Wir sollten das nicht nur bei Gelegenheit eines Parteitags äußern, sondern auch im Alltag überall dort, wo wir diesen Beamten begegnen.

Liebe Freunde, mit der Öffnung der Grenzen in Europa darf kein Sicherheitsdefizit einhergehen. In Maastricht konnte ich die Schaffung von EUROPOL durchsetzen. Diese neue Organisation der Polizei wird unter deutscher Federführung bis zum Ende dieses Jahres aufgebaut. Ich bin zutiefst davon überzeugt – einige meiner Kollegen im Kreise der EG-Staats- und Regierungschefs noch nicht –, daß EUROPOL zu einer echten übernationalen Europa-Polizei ausgebaut werden muß.

Es steht viel auf dem Spiel. Unsere freiheitliche Demokratie muß eine wehrhafte Demokratie sein. Sie muß fähig sein, sich gegen ihre Feinde kraftvoll zu verteidigen. Das muß das Ziel unserer Politik auf diesem Feld sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben Träume verwirklicht und wir stecken dennoch zugleich, wie jeder sieht, in Schwierigkeiten. Das gilt nicht nur für unsere Politik; das gilt auch für unsere Partei.

Wir sind wieder eine einheitliche große Volkspartei im geeinten Deutschland. Wir bestimmen die Richtung des inneren Zusammenwachsens unseres Vaterlands. Auf uns richten sich mehr als auf andere die Erwartungen der Menschen.

Unsere Partei haben immer ausgezeichnet: klarer Kurs, Standvermögen im Grundsätzlichen, Durchsetzungskraft auch in schwierigen Zeiten. Wir sind seit unserer Gründung stets die Partei gewesen, die neue Herausforderungen beherzt angeht.

Aber es ist auch wahr – und insofern sind wir typisch deutsch –, daß wir auch eine Partei sind, die allzu leicht vom Stimmungshoch ins Stimmungstief fällt. Natürlich trifft es auch uns, wenn die Parteien in ihren Hochburgen und Stammlanden an Boden verlieren und wenn traditionelle Bindungen schwächer werden. Der Weg führt für viele heute eben nicht mehr wie in meiner Jugendzeit fast selbstverständlich vom christlichen Jugendverband zur Christlich Demokratischen Union.

Die Individualisierung der Lebensverhältnisse in der Gesellschaft macht vor politischen Einstellungen nicht halt. Die Lockerung von Bindungen trifft vor allem alle Volksparteien, aber nicht nur sie. Auch die Gewerkschaften, die Kirchen und andere wichtige Institutionen des Landes sind betroffen. Aber von hoher Stelle mitgesungen und von Teilen der Medien verstärkt, erklingt am lautesten das Lied von der Krise der Parteien, besonders der Volksparteien. In der ersten Strophe heißt es: Machtgier und Populismus, und in der zweiten wird über mangelnde Führungskraft und selbstherrliches Überhören von Volkes Stimme gesprochen.

Die Parteien und auch wir, die CDU, haben allen Grund, uns selbst immer wieder zu prüfen, was wir richtig gemacht haben und was nicht. Aber wir haben auch allen Grund, uns gegen eine ungerechtfertigte Kritik oder gar gegen Diffamierungen zu wehren.

(Beifall)

Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates – ich wage zu sagen: Das war wohl, aus dem Ertrag geschichtlicher Erfahrungen schöpfend, das qualifizierteste Parlament der deutschen Geschichte – haben sich bewußt von der unseligen Tradition der Parteien-Verachtung abgewandt. Sie wußten, daß starke Parteien eine wichtige Voraussetzung für demokratische Stabilität sind.

Die meisten der weit über zwei Millionen Menschen in Deutschland, die einer demokratischen Partei angehören, sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Sie opfern aus Überzeugung Geld und Freizeit im Interesse des Gemeinwohls. Viel zuwenig wird ihnen dafür gedankt. Ich will das bei dieser Gelegenheit nachdrücklich tun.

(Beifall)

Insbesondere dann, wenn radikale Parteien am linken und rechten Rand des Spektrums wieder aus ihren Löchern kriechen, gilt es, die Bürger zur Mitarbeit in den demokratischen Parteien zu ermutigen. Denn auch als eine Minderheit können Extremisten demokratische Mehrheitsbildungen blockieren und vernünftige Weichenstellungen für die Zukunft unmöglich machen.

Der Umbruch in unserer Gesellschaft birgt aber nicht nur Risiken. Er bietet auch großartige Chancen, neue Mehrheiten zu gewinnen. Dies erfordert unseren Kampfgeist überall dort, wo wir uns dem Kampf zu stellen haben.

Wir dürfen nicht vergessen: Wir haben die Erfolge der vergangenen Jahrzehnte nur deshalb erreicht, weil es gelungen ist, unsere Politik in breiten Wählerschichten zu verankern. Der Wandel in unserer Gesellschaft war dabei unser Verbündeter, soweit wir unseren Grundsätzen treu geblieben sind und dem Aufbruch Ziele setzen konnten.

Dazu muß die Partei wach und lebendig bleiben. Auch hier kann die Union mit einigem Recht für sich in Anspruch nehmen: Wir sind dabei weiter als andere. Es ist doch nicht wahr, daß die Diskussion zu diesen Themen neu ist. Sie ist in unserer Partei seit Jahrzehnten zu Hause. Sie wird vor allem auch von denen gestaltet, die dazu berufen sind: den Verantwortlichen in der Partei vor Ort.

Liebe Freunde, organisatorische Veränderungen in der politischen Arbeit der CDU sind wichtig. Es ist wahr: Wenn man in die Partei hineinschaut – jeder weiß dies –, erkennt man: Wir vergeuden zuviel Zeit in der täglichen Praxis und auch zuviel Energie, um uns in Vorständen, Arbeitskreisen und Parteiversammlungen zuviel mit uns selbst zu beschäftigen.

(Beifall)

Ich will versuchen, das mit einem Schlagwort, das natürlich angreifbar ist, deutlich zu machen: Wir müssen uns auf den Weg machen von einer Gremien-Partei zur Bürger-Partei.

Wir dürfen uns nicht abschotten von den Sorgen und Nöten der Menschen. Für uns darf es auch kein „die da oben" und „wir da unten" geben. Wir können im Land und im Bund auf die Dauer nur stark und erfolgreich sein, wenn wir dies auch in den Städten und Gemeinden sind. Die Bürger sehen uns als Ganzes, und sie haben recht damit.

In den neuen Bundesländern haben wir mehr als 7.000 Mandatsträger und stellen überwiegend die Bürgermeister und Landräte. Dies ist eine große Chance für uns alle. Aber es ist auch ein Ansporn, in den westlichen Bundesländern die Rathäuser dort, wo wir sie verloren haben, wieder zurückzuerobern.

(Beifall)

Wir haben allen Grund, an die notwendige Überprüfung unserer Arbeit mit Selbstbewußtsein heranzugehen. Denn wir sind trotz der vergangenen fast 50 Jahre seit Gründung der Union eine junge Partei. Wir waren auch immer im besten Sinne des Wortes eine moderne Partei.

Die Gründung der Union – Norbert Blüm sprach davon – war ein revolutionärer Vorgang für die politische Landschaft in Deutschland – eine ganz klare und bleibende Absage an die Klassen-Partei und an die Klientel-Partei. Die CDU ist als Bürger-Partei entstanden und sie ist damit groß geworden. Mit ihr ist der Aufbau der Demokratie in den westlichen und jetzt auch in den neuen Bundesländern eng verbunden. Als Bürger-Partei haben wir allen Grund, mit Optimismus und mit Zuversicht in die Zukunft zu schauen.

Weil es immer wichtig ist, Standortbestimmungen selbst vorzunehmen, messe ich der Diskussion um die Fortschreibung des CDU-Grundsatzprogramms große Bedeutung bei. Wir bieten damit den Menschen Antworten auf die großen Fragen der Zukunft an.

Das jetzt geltende Grundsatzprogramm stammt aus der Zeit der deutschen Teilung. Die Wiedervereinigung und die inzwischen erreichten Fortschritte bei der europäischen Einigung haben die Anforderungen an das Grundsatzprogramm wesentlich verändert. Vieles von dem, was wir 1978 noch als Ziel formuliert haben, wurde durchgesetzt und eingeführt. Das Ludwigshafener Programm hat sich bewährt. Es ist eine in seinen Grundsätzen auch heute noch gültige Standortbestimmung christlich-demokratischer Politik.

Ich will dies an einem ganz zentralen Punkt verdeutlichen: Für mich bleibt das „C" Anspruch in erster Linie a n u n s s e l b s t. Wir gestalten Politik aus unserem christlichen Verständnis vom Menschen – wohl wissend, daß wir nicht immer und zu jeder Zeit diesem hohen Anspruch gerecht werden. Es bleibt dabei: Wir gestalten Politik aus christlicher Verantwortung. Jeder von uns weiß, wie schwer dies in einem Land zu vermitteln ist, in dem der Prozeß der Säkularsierung tiefe Spuren hinterlassen hat, in einem Land, in dem die Kirchen sich schwertun, ihre Botschaft zu verkünden. Liebe Freunde, der christliche Glaube gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser verbindlichen Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.

Liebe Freunde, seit dem Ludwigshafener Parteitag ist bei uns allen das Bewußtsein für unsere Verantwortung für den Erhalt der Schöpfung gewachsen. Das Ozonloch über der Antarktis, die Veränderung unseres Klimas, die Vernichtung der tropischen Regenwälder rühren an den Lebensnerv a l l e r Völker, auch an den Lebensnerv der Deutschen. Deshalb werden wir hier auch im Programm Veränderungen vorzunehmen haben. Deshalb trete ich dafür ein, daß die Formulierungen unseres Grundsatzprogramms zum christlichen Menschenbild ergänzt werden durch unser christliches Verständnis von der verantwortlichen Stellung des Menschen in der Schöpfung.

(Beifall)

A u c h d i e s muß bei unserem Eintreten für die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit Grundlage und Maßstab sein. Unser Bekenntnis zur Würde des Menschen gilt gleichermaßen am Anfang wie am Ende des Lebens, heute aber auch für künftiges Leben auf unserem Planeten.

Die Besinnung auf unsere Grundsätze und die Diskussion über unser Grundsatzprogramm werden in den kommenden Jahren unsere Parteiarbeit wesentlich beleben. Wir werden nicht nur innerhalb unserer Partei im Gespräch mit möglichst vielen unserer über 700.000 Mitglieder, sondern auch im Dialog mit möglichst vielen Bürgern außerhalb der Partei beweisen und beweisen müssen, daß unsere Grundsätze und die Grundwerte aktuell, gültig und tragfähig sind. Wir festigen damit gleichzeitig auch die programmatische Grundlage im Hinblick auf das Wahljahr 1994.

Meine Damen und Herren, eine führungs- und konzeptionsstarke Regierung ist unter den gegebenen Verhältnissen in Deutschland nur in einer Koalition möglich. Ich bekenne mich zur gemeinsamen Koalition zwischen CDU und CSU sowie FDP, und ich bin entschlossen, mit Ihrer Unterstützung die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der FDP auch nach der Wahl 1994 fortzusetzen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir, die CDU, haben unsere größten Erfolge seit jeher dort erzielt, wo wir dem opportunistischen Zeitgeist widerstanden haben. Auch heute gilt es, ihm zu widerstehen und ihm nicht nachzulaufen.

Wertkonservative Orientierungen haben in unserer Partei ebenso Platz wie christlich-soziale und freiheitlich-liberale Überzeugungen. Sie stehen nicht im Widerspruch zueinander, sondern sie ergänzen einander zu einer Position der Mitte. Wenn wir einen dieser drei entscheidenden geschichtlichen Traditionsströme aufgeben würden, wären wir nicht mehr die Christlich Demokratische Union Deutschlands.

(Beifall)

Von uns, der CDU, d e r großen deutschen Volkspartei der Mitte, wird zu Recht Orientierung erwartet.

Wir sagen ja zur Herstellung der inneren Einheit unseres Vaterlandes, und wir sagen ja zu den damit verbundenen Anstrengungen und Notwendigkeiten. Wir sagen ja zur Nation, und wir sagen ja zu Europa. Wir bleiben fest in unseren Heimatregionen verwurzelt, und wir bleiben in diesem Europa Deutsche, Italiener und Franzosen, – aber wir leben im gemeinsamen Europa.

Wir, liebe Freunde, haben gute Chancen, das Wahljahr 1994 mit all seinen Herausforderungen gut zu bestehen. Wir haben auch allen Grund im Blick auf das, was wir leisten durften und leisten konnten, selbstbewußt in die Auseinandersetzungen der beiden vor uns liegenden Jahre zu gehen.

Ich bin fest entschlossen, meine ganze Kraft im Dienste unserer gemeinsamen Sache einzusetzen, *mit Ihnen gemeinsam: für unser Vaterland und für das vereinte Europa.* Deshalb kandidiere ich erneut zum Bundesvorsitzenden der CDU und bitte Sie, meine Damen und Herren, um Ihr Vertrauen.

(Anhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Herr Parteivorsitzender, Herr Bundeskanzler, der Parteitag dankt Ihnen für diese Rede: nachdenklich und klar, perspektivisch und praktisch. Sie haben nicht nur die Ziele aufgezeigt, sondern auf Erreichtes, was leicht vergessen wird, hingewiesen. Ihre Rede war gekennzeichnet vom Mut zu unbequemen Wahrheiten. Es war immer Ihre Stärke, auch gegen den Wind segeln zu können, und es muß auch die Stärke der CDU sein, gegen den Wind zu segeln. Sie können sich auf die Unterstützung Ihrer Partei, unserer Partei verlassen!

(Beifall)

Damit, meine Damen und Herren, stehen wir am Ende der 1. Plenarsitzung. Der Parteitag hat gut angefangen.

Ich unterbreche unsere Tagung für eine Stunde und berufe die nächste Plenarsitzung für 13.15 Uhr. Sie brauchen die Halle nicht zu verlassen; Sie können auch innerhalb der Halle Ihr Mittagessen einnehmen. Nochmals: 13.15 Uhr mitteleuropäischer Zeit! Wir werden pünktlich beginnen. – Guten Appetit!

(Schluß der 1. Plenarsitzung: 12.15 Uhr)

Montag, 26. Oktober 1992

2. Plenarsitzung

Beginn: 13.20 Uhr

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 2. Plenarsitzung des Parteitages.

Ich begrüße nochmals Wilfried Martens, den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei.

(Beifall)

Lieber Herr Martens, es ist uns eine ganz besondere Freude, daß Sie eine Tradition stiften: Sie waren beim Vereinigungsparteitag in Hamburg, Sie waren in Dresden, und Sie sind heute hier in Düsseldorf. Die Europäische Volkspartei als treue Begleiterin der CDU: Dafür möchten wir Ihnen danken.

Wir wissen, daß die Europäische Volkspartei unter Ihrem Vorsitz eine wichtige Aufgabe im europäischen Integrationsprozeß übernommen hat. Wir danken Ihnen für Ihr europäisches Engagement. – Lieber Freund Martens, Sie haben das Wort.

Wilfried Martens (mit Beifall begrüßt): Verehrtes Präsidium! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren Delegierte! Liebe Freunde in der Christlich Demokratischen Union! Vor zwei Jahren konnte ich Ihnen bei Ihrem ersten gesamtdeutschen Parteitag in Hamburg die Glückwünsche der Europäischen Volkspartei zur Wiedervereinigung Deutschlands überbringen. Heute gratuliere ich der CDU zu der gewaltigen Leistung, die seitdem vollbracht wurde. Die Glückwünsche der Europäischen Volkspartei gelten vor allem ihrem Vorsitzenden, dem Bundeskanzler, meinem Freund Helmut Kohl.

(Beifall)

Zehn Jahre lang steht er an der Spitze der Regierung Ihres großen Landes. Er war dabei erfolgreich und hat insbesondere in schwierigen Situationen immer klare Orientierungen gegeben. Er hat die fälligen Entscheidungen durchgesetzt und umgesetzt. Seine Zuverlässigkeit und seine Weitsicht sind nicht nur Deutschland, sondern auch ganz Europa zugute gekommen. Wir alle haben viele Gründe dafür, ihm zu danken.

(Beifall)

Trotz aller großen bestehenden und noch voraussehbaren Schwierigkeiten sind Sie auf dem besten Wege, um mit den Folgen der jahrezehntelangen Teilung Ihres Landes fertigzuwerden. Ich bin fest davon überzeugt, daß es Ihnen nach und nach gelingen wird, die enormen Schäden zu beseitigen, die der Kommunismus durch seine heillose Menschenverachtung und seine grenzenlose Lieblosigkeit im östlichen Teil Ihres Vaterlandes angerichtet hat.

Als die Mauer fiel und der Prozeß eingeleitet wurde, der zur Befreiung von der Diktatur und zur Wiederherstellung der Demokratie und zur Einführung der Sozialen Marktwirtschaft führte, haben die meisten Menschen in Westeuropa wie in Mittel- und Osteuropa auf eine harmonisch verlaufende Gesundung des gesellschaftlichen und des politischen Lebens, der wirtschaftlichen und der sozialen Strukturen gehofft.

Dabei ist das tatsächliche Ausmaß der Zerstörung durch die jahrzehntelange Unterdrückung aller freiheitlichen Entfaltung unterschätzt worden. In ihrer Dimension und Wirkung ist diese Zerstörung mit derjenigen durchaus vergleichbar, die während

des Zweiten Weltkriegs angerichtet wurde. Schließlich hat der kommunistische Wahnsinn mehrere Generationen lang gewütet. Es ist diese Erkenntnis, die uns heute wieder – wie nach dem Zweiten Weltkrieg – eine große Anstrengung in Richtung auf die Einigung Europas abverlangt. Denn an den Wunden, die seinem Osten geschlagen wurden, leidet das ganze Europa. Für die Heilung müssen die Kräfte des gesamten Körpers mobilisiert werden.

(Beifall)

Der vielgescholtene, unverstandene und von manchen auch verteufelte Maastrichter Vertrag hat vor allem diesen Sinn: zur Mobilisierung der Kräfte Europas beizutragen und die Einigung und Heilung unseres Kontinents zu ermöglichen. Mit den Maastrichter Beschlüssen wollten wir die Gemeinschaft für die großen Aufgaben fit machen, vor denen wir heute und morgen in allen Bereichen der Politik stehen. Wir haben eine große Anstrengung unternommen, um dafür einen gemeinsamen Nenner zu finden. Die Europäische Volkspartei hat dabei eine wesentliche, vielleicht die entscheidende Rolle gespielt. In Maastricht haben wir zwar nicht alles erreicht, was wir gefordert hatten. Aber wir haben überall dort, wo wir hinter unseren Forderungen zurückgeblieben sind, die Türen zu einer bundesstaatlichen Entwicklung der Europäischen Union aufgemacht. Wir müssen nun die neuen Chancen nutzen.

Zunächst müssen wir unseren Erfolg gegen eine gegenläufige Stimmung verteidigen, die sich in allen unseren Ländern breitgemacht hat, leider auch in unserer eigenen Wählerschaft, hier und dort auch unter den eigenen Mitgliedern. Diese Stimmung macht sich in den verschiedenen Ländern an verschiedenen Punkten fest. Darin kommt zum Ausdruck, daß es mit Europa nun ernst wird: weil es konkret wird. Die Menschen fangen nun an zu verstehen, daß Europa sie selbst und ganz unmittelbar betrifft. Da es jetzt um die Währung geht, um das Kommunalwahlrecht für Mitbürger aus anderen EG-Ländern, um die Öffnung der Grenzen, um die soziale Dimension und um ähnlich sensible Fragen, die für unser Zusammenleben und für unsere Wirtschaften Änderungen ankündigen, ist es mit einem Schlag mit der wohlwollenden Interesselosigkeit vorbei, die allzulange geherrscht hat.

(Vereinzelt Beifall)

Darin besteht eine große Chance, sofern wir nicht vor der Verantwortung zurückweichen, unsere Mitbürger von der Richtigkeit der gefaßten Beschlüsse zu überzeugen, sie präzise über die damit verbundenen Vorteile zu informieren und ihnen den Sinn und die Konsequenzen zu erklären. Wir wären als christlich-demokratische Bewegung verloren, und wir würden die Zukunft verlieren, wenn wir jetzt der populistischen Versuchung unterliegen und in das Horn derjenigen blasen würden, die alles tun, um die entstandene Mißstimmung gegen die von uns mit guten Gründen und mit guten Erfolgen betriebene Politik der Einigung Europas zu instrumentalisieren.

(Beifall)

Die Zustimmung, die unsere Vision beim Referendum in Frankreich erzielt hat, ermöglicht es uns, im Sinne unserer christlich-demokratischen und europäisch-föderalistischen Überzeugungen weiterzumachen. Aber die Debatte, die während der Kampagne im Vorfeld dieses Referendums geführt wurde, und auch die große Zahl von Gegenstimmen, die dabei laut wurden, zeigen uns, daß noch viel zu tun sein wird, um die Menschen in der Gemeinschaft von der Richtigkeit unseres Weges zu überzeugen. Wir setzen uns dafür ein – und wollen diesen Einsatz in Zukunft noch deutlicher machen -, daß die politischen Entscheidungen in der Europäischen Union möglichst bürgernah getroffen werden

(Vereinzelt Beifall)

und daß erkennbar und verstehbar wird, was wie und von wem entschieden wird. Die Ausführung dieser Entscheidungen muß in korrekter Weise erfolgen und besser kontrolliert werden. Auch deshalb ist so wichtig und ganz unverzichtbar, daß das Europäische Parlament, das die Tätigkeit sowohl der Kommission wie des Ministerrats aus nächster Nähe verfolgt, mehr Kontrollbefugnisse erhält.

(Vereinzelt Beifall)

Ebenso wichtig ist, daß das Europäische Parlament, das sich in den manchmal sehr komplizierten europapolitischen Materien und Verfahren auskennt, neben dem Ministerrat an der Gesetzgebung mitentscheidend beteiligt wird.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, die Europäische Union muß auf jeden Fall in Gang gesetzt werden. Die Gründe dafür sind offenkundig. Denn unsere Europäische Gemeinschaft ist keine Insel der Seligen. Was um uns herum geschieht, wird unser Schicksal bestimmen, falls wir nicht in der Lage sind, auf die Verhältnisse einzuwirken und unser Schicksal selbst zu bestimmen. Denn Stillstand im Einigungsprozeß würde notwendigerweise zum Rückschritt und zum Zerfall der Gemeinschaft führen, mit all den damit verbundenen katastrophalen Folgen. Denn von dem anhaltenden Erfolg dieser Gemeinschaft und ihrer Politik hängt der innere Friede, die Sicherheit, Stabilität, Wohlstand und vieles mehr ab – nicht nur für uns, die wir das Glück haben, in dieser Gemeinschaft zu leben, sondern auch für die Europäer in Mittel- und Osteuropa, denen gegenüber wir eine historische Solidaritätsverpflichtung haben.

(Vereinzelt Beifall)

Denn wir müssen die Gemeinschaft rechtzeitig auf ihre Erweiterung vorbereiten, die notwendig ist, um den Raum des Friedens, der Sicherheit, der Stabilität und des Wohlstands, der innerhalb der Gemeinschaft geschaffen werden konnte, auszudehnen und zu sichern.

Liebe Freunde, wir Christliche Demokraten haben den historischen Auftrag, Europa zu einigen. Damit schaffen wir Frieden in Europa, damit schaffen wir Wohlstand, damit sichern wir die Freiheit der Europäer. Lassen wir uns nicht verrückt machen von dem Geschrei der Neonationalisten und Postkommunisten, die auch noch von den Schwierigkeiten profitieren wollen, die uns die Beseitigung der Trümmer bereiten, nachdem sie alles kaputtgemacht haben, was sie in ihre Hände bekamen.

(Beifall)

Setzen wir uns weiterhin mit Geduld und Augenmaß dafür ein, daß für ganz Europa bald Wirklichkeit wird, was wir alle unseren Vaterländern wünschen und was Sie in Ihrer Nationalhymne ausdrücklich auch für Deutschland erbitten: Einigkeit und Recht und Freiheit. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Wilfried Martens, der herzliche Beifall zeigt Ihnen die enge Verbundenheit: Europäische Volkspartei und Christlich Demokratische Union Hand in Hand. Wir brauchen diese Zusammenarbeit. Sehr zu Recht haben Sie davon gesprochen.

Ein demokratisches Europa braucht demokratische Parteien. Demokratische Parteien brauchen ein Parlament mit Bestimmungsrechten. Mit Ihnen kämpfen wir für ein stärkeres Europäisches Parlament als die Basis der Politischen Union.

Herzlichen Dank für Ihr Grußwort.

(Beifall)

Wir fahren nun in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 7.2 auf:

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands

Ich erteile zu seinem ersten Bericht dem Generalsekretär Peter Hintze das Wort und bitte um Ihre Aufmerksamkeit.

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Liebe Parteifreunde! Vor sechs Monaten hat mich Helmut Kohl gebeten, die Nachfolge von Volker Rühe im Amt des CDU-Generalsekretärs zu übernehmen.

Lieber Volker Rühe, Du warst Generalsekretär der CDU in der Zeit, als unsere Politik, geführt von Helmut Kohl, die Einheit Deutschlands brachte. Du hast den Ruf der Menschen „Wir sind ein Volk!" zum Slogan der CDU gemacht. Du hast den schwierigen Prozeß der Erneuerung und Vereinigung unserer CDU vorangebracht. Im Namen aller Delegierten hier in Düsseldorf möchte ich Dir für Deine Arbeit herzlich danken.

(Beifall)

Ich füge hinzu: Wir freuen uns auch, wie Du Dein neues Amt führst.

(Beifall)

In der Art, wie Du die Aufgaben anpackst, haben wir das Gefühl: Hier ist einer, der packt es.

Ich muß den Delegierten etwas gestehen: Ich habe meine Rede an diesem Punkt in der letzten Woche noch umgeschrieben. Bis vor einer Woche stand drin: Er macht das jetzt so behutsam, daß wir ein ganz neues Rühe-Erlebnis haben. Aber dann gab es ein paar europäische Diskussionen, und ich habe den Satz wieder herausgestrichen. Trotzdem alles Gute für Dich.

(Beifall)

Liebe Freunde, dieser Parteitag findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem wir Weichen stellen müssen. Wir müssen den Menschen in Deutschland klar sagen, wohin die Reise geht, welche Geschwindigkeit und auch welche Kosten zu erwarten sind. Wir dürfen nicht noch einmal zulassen, daß diejenigen, die mit ihren roten Mützen mit Vorliebe im Bremserhäuschen sitzen, damit gegen uns Stimmung machen können, wir hätten uns in der Strecke verschätzt.

Was die Einwendungen in den letzten Tagen angeht, sage ich: Ein klares Wort über notwendige Sparmaßnahmen und auch ein klares Wort über die Abtragung der Erblast durch Steuern lähmt unsere Wirtschaft nicht. Viel schlimmer wäre eine politische Sprachlosigkeit angesichts der für jedermann erkennbaren Lasten. Ungewißheit führt zum Attentismus, zum Abwarten. Das wäre das größte Hemmnis für Konjunktur, Arbeitsplätze und den weiteren Aufbau der neuen Länder.

Deswegen wollen wir auf diesem Parteitag den Deutschen klar sagen, was Sache ist. Helmut Kohl hat das in seiner Rede überzeugend getan.

(Beifall)

Was die Parteienlandschaft im Spätherbst 1992 angeht, möchte ich zwei Entwicklungen ansprechen, die für unsere Strategie von Bedeutung sind. Erstens: Meinungsumfragen, aber auch das jüngste Kommunalwahlergebnis im bayerischen Passau signalisieren eindeutig, daß wir weiter mit dem Versuch rechtsradikaler Parteien rechnen müssen, sich in der politischen Landschaft festzukrallen.

Eine Analyse, die wir im Konrad-Adenauer-Haus erstellt haben, kommt zu dem Ergebnis, daß dafür nicht allein die ungelöste Asylfrage als Begründung angeführt werden kann. Ende der 80er Jahre kamen ja die REP bei der Europawahl hoch, als das Thema Asyl einen zigfach geringeren Stellenwert auf der Skala der Themen hatte, die den Menschen wichtig sind. Unsere Untersuchung zeigt, daß der eigentliche Grund, rechtsaußen zu wählen, in einer tiefen Verunsicherung über die persönliche Situation im Blick auf die eigene wirtschaftliche und soziale Lage liegt.

Rechtsaußenwähler fühlen sich als Fortschrittsverlierer, die mit dem Tempo der Zeit nicht mithalten können. Deshalb reagieren sie besonders aggressiv auf den vermeintlichen Sündenbock, den Asylbewerber, den sie als Konkurrenten empfinden.

Nur ein kleiner Teil dieser Wähler ist rechtsradikal. Die große Mehrheit ist für die demokratischen Parteien rückgewinnbar, wenn wir erfolgreich der Angst dieser Wähler begegnen können, Fortschrittsverlierer zu sein. Eines aber muß klar sein und klar bleiben, und eines sind wir dem „C" in unserem Parteinamen ganz gewiß schuldig: Jegliche Zusammenarbeit mit rechts- oder linksradikalen Parteien ist und bleibt für uns ausgeschlossen.

(Beifall)

Zweitens: Unser direkter politischer Konkurrent, die SPD, befindet sich, jeder kann es beobachten und den Meldungen Tag für Tag entnehmen, in einer für unser Land bedrohlichen Identitätskrise. Das negative Votum der bayerischen SPD vom Samstag in der Asylfrage ist ein Menetekel für die Politikfähigkeit der Sozialdemokraten. Weite Teile in der SPD erliegen einer Wirklichkeitsverweigerung, die nicht mehr nachvollziehbar ist. Ich fordere hier in Düsseldorf die SPD-Abgeordneten im Deutschen Bundestag auf, unabhängig vom Ausgang des SPD-Parteitags allein ihrem Gewissen verantwortlich zu bleiben und die dringend notwendige Grundgesetzänderung zur Asylfrage gemeinsam mit der Koalition möglich zu machen.

(Beifall)

Deutschland kann in dieser drängenden Frage nicht warten, bis die SPD ihre Identität zurückgefunden hat. Wir müssen jetzt handeln.

Meine Damen und Herren, Churchill hat einmal davon gesprochen, es gäbe keine schlechtere Staatsform als die Demokratie, er kenne aber keine bessere. Ich will das Wort ein wenig wenden. Auch für die CDU gilt: Es ist nichts so gut, als daß es nicht besser werden könnte. Es ist eine Herausforderung für uns, wenn die Partei der Nichtwähler bundesweit immer mehr zunimmt. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir diese Menschen wieder erreichen können. Ich bekomme oft zu hören, wenn ich durch das Land fahre, unsere politische Arbeit würde die Menschen nicht mehr richtig erreichen, alle säßen nur vor dem Fernseher, unsere Möglichkeiten, mit unserer Arbeit politische Zustimmung zu gewinnen, sei nicht mehr da. All die, die das zur Begründung nehmen, die eigene Arbeit zurückzuschrauben oder einzustellen, möchte ich auf ein neues Gutachten über die Gründe der Wahlenthaltung hinweisen. Dort steht: Je umkämpfter ein Wahlkreis ist, je mehr es zwischen CDU und SPD Spitz auf Knopf bei der letzten Bundestagswahl stand, desto geringer fiel bei der Bundestagswahl 1990 der Nichtwähleranteil aus, desto niedriger war auch der Rückgang der Wahlbeteiligung gegenüber 1987. Je weniger umstritten ein Wahlkreis war, also je größer der Abstand zwischen CDU und SPD war, desto stärker nahm der Nichtwähleranteil zu, und desto stärker nahm außerdem die Wahlbeteiligung gegenüber 1987 ab.

Diese nüchternen Daten sagen doch folgendes: Ein Wahlkreis, der umstritten ist, zwingt zu besonderen Aktivitäten. Er zwingt zu neuen Formen der Veranstaltung. Er

zwingt zu neuen Formen der Veranstaltung. Er zwingt zu neuen Formen der Gespräche. Er zwingt zum Kümmern um die Sorgen der Menschen. Überall, wo dies geschieht, wo sich darum bemüht wird, hat es auch einen ablesbaren und abzählbaren Erfolg. Dies ist es ja, was wir von Bonn aus nicht so konkret leisten können. Es ist das Bemühen um das persönliche Schicksal des Einzelnen, um die Rente, um den Kindergartenplatz und um den Platz im Pflegeheim. Aus dieser Erkenntnis müssen wir Schlüsse für unsere Arbeit ziehen. Wir müssen auf die Menschen zugehen, vor Ort ihre Probleme lösen und ihnen Angebote machen, bei uns mitzuarbeiten. Ich freue mich, daß in vielen Landesverbänden an solchen Überlegungen gearbeitet wird. Wo die Menschen spüren, daß wir für sie da sind, da kommen sie auch zu uns. So haben wir die Wochen der CDU in den neuen Ländern angelegt, und so führen wir sie im Moment durch.

Ich möchte den westlichen Verbänden hier im Saal sagen, was es heißt, die neuen Landesverbände aufzubauen und was dahinter an menschlicher Kraft steht. Was sie zu leisten hatten, können wir ermessen, wenn wir bedenken, was es heißt, 227 Kreisverbände zu 87 Kreisgeschäftsstellen zusammenzuführen, 1 700 Mitarbeiter auf wenig unter 200 zurückzuführen sowie Mitglieder des Demokratischen Aufbruchs, der früheren Bauernpartei, alte und neue CDU-Mitglieder zusammenzuführen.

Hinter der CDU liegt eine oft schmerzliche Diskussion über die Aufarbeitung der Vergangenheit. Wir haben diese Diskussion nicht hinter verschlossenen Türen, sondern auf dem Bundesausschuß in Weimar und dem Parteitag in Dresden öffentlich geführt. Diese Diskussion hat Kraft gekostet, aber sie hat uns auch stark gemacht.

Tausende von engagierten Mitgliedern und Politikern der CDU leisten heute vor Ort eine schwere Aufbauarbeit. Stellvertretend für die vielen nenne ich hier unsere Ministerpräsidenten: Berndt Seite, Kurt Biedenkopf, Bernhard Vogel, Werner Münch und Eberhard Diepgen. Sie und die vielen anderen räumen den Schutt der SED-Diktatur weg. Sie machen die Zukunft in den neuen Ländern sicher. Ihnen gilt unser Dank.

(Beifall)

Was die SPD anbetrifft, meine Damen und Herren: Wir brauchen uns in dieser Phase der deutschen Einheit nicht ausgerechnet von denen kritisieren zu lassen, die dem SED-Regime Friedensfähigkeit und Wirtschaftskompetenz attestiert haben.

(Beifall)

Unsere Zeit ist schnellebig. Wir vergessen rasch. Aber, wenn es andere nicht tun, müssen wir daran erinnern: Wer noch vor wenigen Jahren mit der SED Absprachen im Blick auf Wahlen treffen und als Gegenleistung das System stabilisieren wollte, ist heute nicht berufen, uns Vorwürfe zu machen.

(Beifall)

Es wäre vielmehr ein Beitrag zur politischen Kultur in Deutschland, wenn Manfred Stolpe endlich Konsequenzen aus seinem Umgang mit der Stasi zöge,

(Beifall)

damit sich nicht weiterhin offizielle und inoffizielle Mitarbeiter dieser üblen Behörde hinter ihm verstecken können. Es ist für alle Menschen in den neuen Ländern bitter, zu erleben, wie der einfache Bürger für seine eigenen Kompromisse von gestern heute geradestehen muß, während das alles Manfred Stolpe ungerührt läßt.

(Beifall)

Noch ein Wort zu einem anderen Tarnversuch, der den schönen Namen „Gerechtigkeitskomitee" trägt. Es ist doch der größte Hohn der deutschen Nachkriegsgeschichte, daß die Wölfe von gestern heute im Schafspelz daherkommen und sich als Hüter der Gerechtigkeit in Deutschland aufführen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir übersehen nicht, daß es Schwierigkeiten gibt. Die Entwicklung in den neuen Bundesländern geht langsamer voran, als wir gedacht haben.

Die Umgestaltung von der sozialistischen Zwangswirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft baut zur Zeit noch mehr Arbeitsplätze ab, als neue geschaffen werden. Durch Arbeitslosigkeit sind viele Menschen verunsichert, und sie sind enttäuscht. Das alles verstehe ich, und ich nehme diese Entwicklung sehr ernst. Aber wenn ich draußen in Schwerin oder in Leipzig oder in Wittenberg gefragt werde, ob es zu schaffen ist, dann sage ich: Wir, die Bundesregierung, die Landesregierungen und die CDU, wir schaffen es gemeinsam. Dafür stehen wir, dafür steht Helmut Kohl.

(Beifall)

Am 1. Oktober war Helmut Kohl zehn Jahre Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. In der Feierstunde habe ich gesagt - und ich wiederhole es heute vor dem Parteitag -: Das sind zehn gute Jahre für Deutschland. - Ich füge hinzu: Von diesem Guten wollen wir mehr!

(Beifall)

Wir stehen jetzt vor der Bewältigung unserer größten Aufgabe: Die deutsche Einheit ist politisch hergestellt, aber noch nicht menschlich gemeistert. Wahr ist aber auch: Wäre es nach der SPD gegangen, würden wir wahrscheinlich heute noch darüber diskutieren, ob wir denn die politische Einheit überhaupt wollen.

(Beifall)

Liebe Freunde, bei allen kleinen und großen Sorgen darf das Wichtigste nicht aus dem Blick geraten: die Überwindung der unmenschlichen Teilung mit Mauer und Stacheldraht, das Ende der alten militärischen Bedrohung, die wir im Gegensatz zu anderen nie verdrängt haben, die Erringung der Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie für die Bürger in den neuen Bundesländern. Die große Anteilnahme der Westdeutschen an der Freiheitsbewegung in der damaligen DDR im Herbst 1989 bleibt eine wichtige Grundlage für die heute notwendige Solidarität. Wir sollten diesen Ausgangspunkt der deutschen Einheit nie vergessen: die Montagsdemonstrationen, die Kerzen in den Kirchen, die Hoffnungen und Befürchtungen in den Gesichtern der Menschen, als die Angst vor der Diktatur langsam wich. Für uns in der CDU waren es nicht nur einige Wochen und Monate der Freude, sondern der Ausgangspunkt für die Gestaltung der Einheit. Wir dürfen uns heute durch Stimmungen der Ermüdung und Überforderung von der grundlegenden Gestaltungsaufgabe nicht abbringen lassen.

Es geht dabei um die gemeinsamen Interessen aller Deutschen. Ich sage selbstkritisch zu uns, weil wir dies vielleicht nicht immer deutlich gemacht haben und es auch uns selbst vielleicht nicht immer deutlich gemacht haben: Es handelt sich bei dem, was wir jetzt angehen, nicht nur um Hilfe für die neuen Bundesländer, die wir im Westen unseres Landes in größerem oder kleinerem Umfang nach den jeweiligen Stimmungen gewähren könnten. Durch die deutsche Einheit sitzen wir alle in einem Boot, und wenn das Boot an der Ostseite leckt, bedroht das Leck das ganze Schiff. Der erfolgreiche Aufbau der neuen Bundesländer ist deshalb ein gemeinsames Interesse aller Deutschen.

(Beifall)

Wahr ist auch: An den Anfang der Lösung gehört die Einsicht, daß wir in Deutschland zur Zeit über unsere Verhältnisse leben. Wir müssen mehr sparen, Prioritäten neu setzen und den Bürgerinnen und Bürgern auch ein Stück Konsumverzicht abverlangen.

In Schweden haben sich vor einigen Wochen die Regierung und die sozialdemokratische Opposition zusammengesetzt, um ein Paket zu schnüren, mit dem das soziale Netz dauerhaft gesichert werden kann. Sie haben u. a. vereinbart, das Ruhestandsalter auf 66 Jahre anzuheben. Sie haben einen Karenztag bei Krankheit eingeführt; am zweiten Tag gibt es 65 und dam dritten Tag 80 % des Gehalts. Vom Jahresurlaub wurden zwei Tage gestrichen. Die SPD hat uns Schweden immer als Vorbild vorgehalten. Es wäre schön, wenn sie jetzt einmal selbst diesem Beispiel folgen würde.

(Beifall)

Nun will ich nicht sagen, daß wir es in allen Details genauso machen müssen, aber was ich sagen will, ist, daß wir vor einer ähnlichen Aufgabe stehen. Wir müssen Vorrang für die Eigeninitiative schaffen; sie muß gefördert werden. Wir müssen Überversorgungen abbauen und dafür den Vorrang für Familien mit Kindern ausbauen. Wir müssen bürokratische Schranken beseitigen, so wie es die Bundesregierung zur Zeit in bezug auf die neuen Bundesländer tut. Wir müssen zu einer Lohnentwicklung kommen, die unsere Volkswirtschaft stärkt.

Am 29. Juni 1990 formulierte der österreichische Verfassungsgerichtshof folgenden Leitsatz:

> Eine Norm ist verfassungwidrig, wenn sie überhaupt nur mit subtiler Sachkenntnis, außerordentlichen methodischen Fähigkeiten und einer gewissen Lust zum Lösen von Denksportaufgaben verstanden werden kann.

Ich denke, dies ist ein Satz, der auch bei uns in Deutschland Gültigkeit haben sollte. Vielleicht können wir ja die deutsche Einheit auch als Chance zur Gesetzes- und Verwaltungsvereinfachung in diesem Sinne nutzen.

(Beifall)

Dies ist nicht nur ein humorvoller Aspekt. Ich glaube, dies ist auch ein generelles Problem. Hier stellt sich noch einmal die Frage nach der Staatsverdrossenheit. Wer nichts versteht, bekommt Angst. Morgen werden wir uns einen Tag lang mit Europa befassen. Auch hier stellt sich die Frage nach der Verstehbarkeit dessen, was wir mit Europa wollen. Auch hier gibt es Ängste, die wir ernst nehmen müssen. Hier hilft nur gründliche Information. Das ist die beste Überzeugungsarbeit. Dem soll unsere Diskussion morgen dienen, und dem soll auch unsere Europaaktion in der Partei dienen. Dabei müssen wir deutlich machen: Wenn wir auf die Europäische Union zugehen, geben wir damit nicht unsere nationale Identität auf, sondern wir beschreiten dadurch den einzigen Weg zu ihrer dauerhaften Sicherung. Ob es um unsere Wirtschaft geht oder um die Umwelt, um die Wanderungsbewegungen oder Asyl - im nationalen Alleingang sind diese Probleme auf Dauer nicht mehr zu lösen. Das müssen wir den Menschen erklären.

(Beifall)

Die bösen Auswirkungen von nationalistischen Umtrieben erleben wir ja leider täglich über die Berichterstattung der Medien zum Thema Gewalt gegen Ausländer bei uns. Diese Gewalt und der damit zusammenhängende Haß auf Asylbewerber, jeder einzelne Angriff beschämen uns. Wir müssen alles tun, damit dieser Spuk bald ein Ende hat.

(Beifall)

Ich sage - gerade nach der Erringung der Freiheit für ganz Deutschland - auch dies: Wir werden nicht zulassen, daß der radikale Pöbel - egal, ob von rechts oder von links - die Freiheit und die Menschenwürde in unserem Land weiter beschmutzt.

(Beifall)

Nun haben sich Günter Grass, Rolf Hochhuth und andere Denker unserer Zeit gegen eine Änderung des Asylrechts ausgesprochen. Ich lasse einmal die Frage offen, woher etwa Rolf Hochhuth – denken Sie an seine literarische Aufarbeitung, um nicht zu sagen, seine Entgleisungen im Zusammenhang mit dem schlimmen Rohwedder-Mord – die moralische Legitimation nimmt, dem Deutschen Bundestag Ratschläge zu erteilen.

(Beifall)

Aber ich möchte die Unterstellung des sogenannten „Hamburger Manifests", wir würden mit unserem Vorschlag zur Grundgesetzänderung dem rechten Mob weichen, nicht unbeantwortet lassen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus:

(Zustimmung)

Die CDU hat lange vor den ersten Ausschreitungen eine Korrektur des Grundgesetzes um der Sache willen verlangt, aber die politische Linke hat sich einer solchen Änderung beharrlich widersetzt.

(Beifall)

Auch hier ist es wichtig – der Kanzler hat schon zum Thema „Geschichtsschreibung" gesprochen –, daß uns die Historie nicht in kürzester Zeit verfälscht wird, wie wir es so oft erlebt haben.

Wer langfristig das Asylrecht in der Bundesrepublik Deutschland retten will, muß es für diejenigen reservieren, die politisch verfolgt sind. Wolfgang Schäuble wird gleich dazu sprechen. Die Koalition hat Vorschläge gemacht. Unser Dank gilt unserem Fraktionsvorsitzenden, der die wahrlich nicht einfachen Verhandlungen mit unserem liberalen Koalitionspartner zu einem so überzeugenden Abschluß gebracht hat.

(Beifall)

Die Sozialdemokraten finden seit Monaten keine Linie. Björn Engholm will, kann zur Zeit aber nicht. Jeder sagt etwas anderes. – Ich sage den Sozialdemokraten: Wer so mit den Sorgen der Menschen umgeht, treibt sie in die Hände der rechten Rattenfänger.

(Beifall)

Denn eines ist sicher: Lösen wir das Problem als Demokraten nicht gemeinsam, so werden wir und die Demokratie gemeinsam noch lange darunter zu leiden haben.

Aber ich bin auch der Meinung, daß wir uns dem Problem der Gewalt grundsätzlicher stellen müssen. Wir müssen fragen, welchen Beitrag die Familie zur Erziehung der Kinder leisten kann und leisten muß. Wir müssen nach dem Beitrag der Schule fragen, und wir müssen uns überlegen, ob Gewalt in den elektronischen Medien einen so breiten Raum einnehmen darf, wie es zur Zeit geschieht.

(Beifall)

Über 1 000 gesendete Bluttaten pro Fernsehwoche hat eine Auszählung aller über Kabel empfangbaren Fernsehprogramme ergeben, ein großer Teil davon im Vorabendprogramm. Ich fordere – ich hoffe, in Ihrer aller Namen – die Mitglieder der CDU,

die in verantwortlichen Positionen in den Aufsichtsgremien sitzen, auf, sich hier massiv und kompromißlos für eine Änderung einzusetzen.

(Beifall)

Damit bin ich beim Stichwort „Wertewandel"; das gehört in diesen Zusammenhang. Ein wenig führt das Wort Werte-Wandel in die Irre; denn es wandeln sich ja nicht die Werte, sondern die Einstellung der Menschen zu ihnen. Das wird da kritisch, wo das Gemeinwohl zugunsten des Egoismus auf der Strecke bleibt. Dem zu begegnen ist auch eine politische Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Andere tun es nicht; dann müssen wir es tun. Wir müssen wieder Werte wie Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein, Opferbereitschaft, Toleranz und Dienst am Nächsten einfordern. Die Arbeit eines Vaters oder einer Mutter, die ihre Kinder erziehen, oder des Sohnes, der seinen kranken Vater pflegt, die persönliche Hilfe für den Nachbarn – kommt darin nicht etwas ganz Wertvolles zum Ausdruck? Und müssen wir das nicht auch öfter sagen?

(Beifall)

Eine Gesellschaft, die nicht durch solche sozialen Tugenden geprägt ist, verliert ihre Mitte. Das ist der eigentlich drohende Verlust der Mitte, nicht die von der politischen Linken behauptete Verschiebung nach rechts.

Liebe Freunde, die CDU muß sich auf das besinnen, was sie ausmacht. Unsere Politik ist dort stark, wo sie etwas von dem „C" spüren läßt, wo sie etwas von der menschenfreundlichen Kraft ausstrahlt, die den christlichen Glauben auszeichnet. Da liegt unsere Stärke, und ich fand es großartig, wie ein rheinischer Gottesmann wie Stadtdechant Terboven dies heute morgen in unserem Gottesdienst auf so ermutigende Weise klargemacht hat.

(Beifall)

Liebe Freunde, auf diesem Parteitag kandidiere ich auf Vorschlag von Helmut Kohl für das Amt des Generalsekretärs. Ich komme aus der kirchlichen Jugendarbeit und bin 1968 in die CDU eingetreten. Das war zur Zeit der marxistischen Protestbewegung an unseren Hochschulen, wo rote Fahnen den Campus beherrschten, als sich die marxistische Protestbewegung zum Marsch durch die Institutionen aufmachte. Im RCDS habe ich die Auseinandersetzung für unsere Sache geführt, im Satzungskonvent der Bonner Universität, aber auch an vielen anderen Hochschulen im ganzen Lande.

1977 bin ich nach meinem Studium der Evangelischen Theologie Vikar in Königswinter geworden, zwei Jahre später Pastor, im Jahr darauf Pfarrer. 1983 wurde ich mit einer Aufgabe betraut, die damals Gegenstand massiver öffentlicher Auseinandersetzung war: Als Bundesbeauftragter habe ich die Reform des Zivildienstes umgesetzt.

Mit dem Evangelischen Arbeitskreis habe ich 1990 im Kongreßzentrum am Alexanderplatz im Osten Berlins das erste Deutschlandforum zum Thema „Gerechtigkeit in Deutschland" durchgeführt. Veranstaltungen zum Frieden und zur Bewahrung der Schöpfung, den anderen Themen des konziliaren Prozesses, folgten.

Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl wurde ich Mitglied des Deutschen Bundestages. Der Bundeskanzler berief mich zum Parlamentarischen Staatssekretär in Angela Merkels Ministerium für Frauen und Jugend. Gleichberechtigungspolitik und Politik für die Jugend sind Aufgaben, die mir auch heute wichtig sind.

Liebe Freunde, dieser Parteitag findet zu einem Zeitpunkt statt, wo wir Weichen stellen müssen: für unseren Weg nach Europa, für die Vollendung der inneren Einheit

in Deutschland. Wir stehen vor der sinnvollsten Aufgabe, die deutscher Politik in diesem Jahrhundert gestellt ist. Daran möchte ich mitarbeiten – mit Helmut Kohl, für unsere CDU. Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Lieber Peter Hintze, das war eine gute Einstandsrede. Früher hieß das „Jungfernrede"; ich sage „Einstandsrede".

Sie brauchen ja die Rückenstärkung unserer Partei, und der Beifall hat Ihnen gezeigt: Sie können auf die Unterstützung der Partei rechnen. Sie haben ein schönes, aber auch schweres Amt. Der Hinweis auf Ihre Biographie zeigt: Sie haben eine gute Lehre für den Meisterkurs „Generalsekretär" absolviert.

(Beifall)

Wir begleiten Sie mit allen guten Wünschen.

Unter Tagesordnungspunkt 7.3 rufe ich nun den

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

auf. Mit großem Respekt für Amt und Person erteile ich Wolfgang Schäuble das Wort.

(Beifall)

Dr. Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir leben heute – zwei Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung und drei Jahre nach dem Umbruch im Osten Europas – in einer Zeit schneller, großer Veränderungen. Vieles, was uns in Jahrzehnten selbstverständlich geworden war, besteht nicht mehr, und neue Widersprüche tun sich auf. Der Eiserne Vorhang teilt Europa nicht mehr, und jetzt herrscht mitten in Europa Krieg.

Die Menschen ahnen, daß wir uns von den Problemen dieser einen Erde nicht abschotten können, nicht von den weltweiten Wanderungsbewegungen, nicht von dem Elend der Menschen in der südlichen Hemisphäre, nicht von den globalen Umweltproblemen.

Solche Veränderungen schaffen Unsicherheit, Ängste. Das wird verstärkt, weil wir im Westen nach 40 Jahren steigenden Wohlstands eher zu Besitzstandsdenken und Beharrung als zu Veränderungsbereitschaft und Flexibilität neigen, auch weil wir im Osten nach 60 Jahren totalitärer Unterdrückung – ob brauner oder roter Provenienz – Freiheit, Eigenverantwortung, Engagement erstmals erfahren und teilweise lernen müssen, wobei auf unsere Landsleute in den jungen Bundesländern ein Maß an Veränderungen zukommt, das man sich im Westen kaum vorstellen kann. Und vorbereitet ist man darauf nicht nach Jahrzehnten sozialistischem Zentralismus und Bürokratismus, wo sich wenig bewegte. So gering die Hoffnung war, so gering war auch die Unsicherheit, während heute alles offen scheint, so daß Wechselbäder zwischen Hoffnung und Enttäuschung die zwangsläufige Folge sind.

Im Westen haben wir – der Bundeskanzler hat davon gesprochen – Verteilungskonflikte bisher aus dem Zuwachs gelöst, und jetzt müssen wir lernen, zu teilen, aus dem Bestand, durch Umschichtung neu zu gestalten. Zeiten langanhaltenden wachsenden Wohlstands und wachsender sozialer Sicherheit fördern den inneren Zusammenhalt freiheitlicher Gesellschaften nicht notwendig. Neid ist eher eine Wohlstandsfrucht als Solidarität. Und mit dem Wegfall der in den Jahrzehnten des Ost-West-Konfliktes klar

definierten äußeren Bedrohung müssen wir auch die gemeinschaftstiftenden Grundlagen unserer Freiheitsordnung überzeugender definieren.

Andernfalls fördern Widerstände gegen jede Veränderung und Unsicherheiten die Sehnsucht nach scheinbar einfachen Antworten, Antworten, die aber in unserer komplizierten Welt immer in die Irre führen.

(Beifall)

Nur in der Mitte liegen für die freiheitliche Demokratie Stabilität und Sicherheit.

(Beifall)

Und diese Mitte scheint nicht nur bei Wahlen in Deutschland, sondern in fast allen europäischen Ländern schwächer zu werden. Hier, liebe Freunde, liegt die Integrationsaufgabe der großen Volkspartei CDU. Und hier liegt auch die tägliche Bewährungsprobe der gemeinsamen Bundestagsfraktion von CDU und CSU.

Jede Veränderung schafft in unserer von Besitzstandsdenken aller Gruppen geprägten Mediendemokratie zunächst mehr Widerstände und Kritik als Zustimmung, so daß es unter dem Gesichtspunkt der kurzfristigen politischen Zustimmung meistens besser wäre, nichts zu tun. Zehn Jahre Regierung Helmut Kohl sind, wie wir wissen, zehn Jahre unbestreitbar erfolgreichen Handelns gewesen. Aber es waren eben auch zehn Jahre ständiger, mühsamer, oft quälender politischer Auseinandersetzungen, wo am Ende der Erfolg oft schon zerredet war, bis die Sache erfolgreich zustande gebracht – von der Einführung schadstoffarmer Autos oder der Berücksichtigung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung der Frauen bis zur Gesundheitsreform. Aber die Alternative zu solchen Auseinandersetzungen, die wir ertragen müssen, wäre immer Nichtstun gewesen. Und das wäre die schlechtere Alternative gewesen.

Die 318 Mitglieder der großen Regierungsfraktion von CDU und CSU müssen diesen Zwiespalt zwischen gestaltender Politik und kurzfristigen Stimmungsschwankungen mehr als andere aushalten. Wir sind im Alltag mit dem Zusammenwachsen von Ost und West nach über 40 Jahren Teilung und ganz unterschiedlichen Lebenserfahrungen stärker beschäftigt, und wir kommen dabei gut voran. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit einmal bedanken für die große Bereitschaft meiner Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion, aufeinander zuzugehen, aufeinander zu hören, gemeinsame Lösungen zustande zu bringen: zwischen Ost und West, zwischen CDU und CSU, zwischen den vielfältigen sozialen Gruppierungen. Viele machen sich bei ihrer oberflächlichen Kritik an „denen in Bonn" kein Bild von den Arbeits- und politischen Belastungen der Abgeordneten in Zeiten solchen Umbruchs, und für unsere Freunde aus den jungen Bundesländern gilt das gewiß in ganz besonderer Weise.

(Beifall)

Wir haben bei der Gesetzgebung zum Schutze ungeborenen Lebens, in einer Frage, liebe Freunde, in der die Union nicht ein größeres Maß an Geschlossenheit leisten konnte, als die Wirklichkeit in unseren beiden Kirchen, mit der ganz großen Mehrheit der Fraktion gegen die Fristenregelung gestimmt, für eine Konzeption, die den Schutz ungeborenen Lebens und die Konfliktlage der Frauen menschenwürdig löst. Wir haben miteinander ertragen, daß wir nicht alle zu einem gemeinsamen Abstimmungsverhalten kamen. Aber wir haben miteinander genauso getragen, daß die große Mehrheit der Fraktion den Weg nach Karlsruhe beschritten hat, weil es in der Frage des Schutzes von Leben verfassungsrechtliche Zweifel nicht geben darf.

Integration in einer auseinanderstrebenden gesellschaftlichen Wirklichkeit, Führung in einer Zeit von Veränderungen und Ungewißheiten heißt Prioritäten setzen, heißt

Erwartungshorizonte realistisch definieren und Handlungszwänge ehrlich aussprechen, heißt Werte vermitteln und Überzeugungen durchsetzen, statt der Versuchung zu erliegen, immer nur kurzfristigen Stimmungsschwankungen nachzulaufen.

Für uns ist klar, daß erste und vorrangige Aufgabe unserer Politik bleiben muß, die deutsche Einheit zu vollenden. Wir sind die Partei der Einheit, wir haben am Ziel der Wiedervereinigung festgehalten, als andere, die politische und intellektuelle Linke, das längst aufgegeben hatten.

(Beifall)

Wir brauchen dazu die gemeinsame Anstrengung aller Verantwortlichen. Im Bundesstaat trägt der Bund nicht alleine Verantwortung, sondern genauso Länder und Gemeinden, und in der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht nur der Staat, sondern sind mindestens genauso Tarif- und Sozialpartner für Wachstum und Beschäftigung verantwortlich. Wir brauchen einen Solidarpakt für Deutschland. Wir sind dankbar, daß Helmut Kohl unseren Vorschlag aufgegriffen hat. Jetzt müssen alle Beteiligten rasch an einen Tisch.

Die Diskussion über Finanzierungslasten und -instrumente muß geführt, aber auch zur Entscheidung gebracht und damit beendet werden. Der Aufbau im Osten muß Vorrang vor dem weiteren Ausbau im Westen haben, und zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muß die Notwendigkeit zu Einsparungen und Umschichtungen angemessen verteilt und gemeinsam getragen werden. Das ist der Sinn der von Theo Waigel vorgeschlagenen föderalen Konsolidierungsstrategie.

Nur so können wir die wirtschaftlichen Folgen von über 40 Jahren Sozialismus bald überwinden. Liebe Freunde, wenn wir in diesem Jahr für die neuen Bundesländer auf ein reales Wachstum von 3 % statt der angestrebten 8 % kommen, dann beschreibt das die Dringlichkeit der Aufgabe.

Das alles vollzieht sich in einer Zeit, in der das konjunkturelle Klima nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Weltwirtschaft deutlich abgekühlt ist. Ich frage mich manchmal, ob die Weltwirtschaft schon den Umstellungsprozeß gemeistert hat, der nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in einer Verringerung des Anteils der Rüstungsindustrie liegt. Die Umleitung dieser Ressourcen in mehr Mitteleinsatz gegen Umweltprobleme und für die Entwicklung der Notstandsgebiete dieser Erde muß jedenfalls erst noch gelingen. Aber unmöglich kann sie nach den Regeln des gesunden Menschenverstandes eigentlich nicht sein.

Zusätzlich zu den weltwirtschaftlichen Problemen ist die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in wichtigen Schlüsselindustrien – ich nenne nur die Automobilindustrie und den Werkzeugmaschinenbau – vor ganz neue Herausforderungen und Belastungen gestellt. Deshalb müssen wir aufpassen, daß wir nicht über unsere Verhältnisse leben. Helmut Kohl hat das Notwendige dazu heute vormittag gesagt. Ich brauche das nicht zu wiederholen.

Jedenfalls müssen wir die Entscheidungen über den Haushalt 1993, über zusätzliche Mittel für den Aufbau in den jungen Bundesländern, über deren finanzielle Ausstattung über 1993 hinaus und ihre Einbeziehung in den Bund/Länder-Finanzausgleich ab 1995 sowie über die finanzielle Bewältigung der Altlasten des sozialistischen Systems bündeln und die Tarif- und Sozialpartner in die gemeinsame Verantwortung einbeziehen.

Einsparungen in einer Größenordnung, wie wir sie im Westen, liebe Freunde, nicht mehr gewöhnt sind, werden dabei unausweichlich. Diese Anstrengungen dürfen auch nicht durch die Einsicht geschwächt werden, daß am Ende auch zusätzliche

Einnahmen unvermeidlich sein werden. Je schneller die Entscheidungen getroffen werden, um so schneller beenden wir die politische Unsicherheit, die schließlich auch Gift für die Konjunktur ist.

(Beifall)

Auch die Bewältigung der politischen Lasten der Vergangenheit ist unsere gemeinsame Aufgabe. Die Teilung war gemeinsames deutsches Schicksal, und deshalb ist auch die Vergangenheit unser gemeinsames Erbe. Wir brauchen bei der Aufarbeitung dieser Vergangenheit mehr Ehrlichkeit und mehr historische Wahrhaftigkeit. Ich sage dies vor allem an die Adresse der Sozialdemokraten. Die drei SPD-Ministerpräsidenten Lafontaine, Rau und Engholm sind uns bis heute eine Antwort schuldig zu ihrer Kumpanei mit Honeckers SED, mit der sie ihre Wahlchancen bei freien Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland verbessern wollten.

(Beifall)

Aber keine Antwort ist schließlich auch eine Antwort. Nur, liebe Freunde, der Skandal, daß Sozialdemokraten bei Honecker um Wahlhilfe buhlten, darf nicht auf sich beruhen bleiben.

(Beifall)

Man muß bei der Diskussion über die Vergangenheit in 40 Jahren totalitären Sozialismus immer wieder vor Selbstgerechtigkeit warnen, und ich denke, man muß zur behutsamen Differenzierung fähig bleiben. Aber die Maßstäbe sollten für alle die gleichen sein, wenn Wahrhaftigkeit eine Chance haben soll. Und die Maßstäbe sind eben nicht die gleichen. Wenn Herr Stolpe – übrigens auch Herr Lafontaine – Mitglieder der CDU und nicht der SPD wären, dann wären sie jedenfalls längst nicht mehr Ministerpräsidenten.

(Beifall)

Ungleiche Maßstäbe sind Instrumente für Geschichtsfälschung, die viele auf der politischen Linken gerne betreiben. Wir müssen uns dagegen zur Wehr setzen. Deshalb ist die Enquete-Kommission, die der Deutsche Bundestag zur Aufarbeitung der Vergangenheit in der DDR eingesetzt hat, so wichtig, und deshalb möchte ich Rainer Eppelmann, Dorothee Wilms und allen Kolleginnen und Kollegen, die diese schwierige und verantwortungsvolle Arbeit leisten, von dieser Stelle aus einmal herzlich danken.

In einer Welt des Wandels, liebe Freunde, in einer Welt tiefgreifender Veränderungen brauchen wir Sicherheit für Deutschland. Es war eine Illusion zu glauben, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts werde in Europa der ewige Frieden ausbrechen. Die schrecklichen Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien, auch die gewalttätige Eskalation in den Auseinandersetzungen zwischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion, belehren uns eines Besseren. Vor unser aller Augen wird mitten in Europa, ein paar hundert Kilometer von uns hier in Düsseldorf entfernt, ein entsetzlicher Krieg geführt, ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung, gegen Frauen, Kinder und alte Menschen.

Bis heute ist Europa nicht imstande, einen solchen Krieg in unserer unmittelbaren Nachbarschaft zu verhindern oder zu beenden. Dabei kann es nicht bleiben.

(Beifall)

Wir müssen in Europa unsere Kräfte bündeln, um Frieden zu sichern und Krieg zu verhindern. Die Europäische Gemeinschaft muß dringend zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik finden.

Friedenssicherung muß deshalb auch in Zukunft für uns oberste Priorität haben. Frieden und Freiheit wird es auch in Zukunft nicht zum Nulltarif geben. Frieden und Freiheit werden wir auch in Zukunft nicht allein auf uns selbst gestellt erhalten können. Das wird uns nur gemeinsam mit unseren Nachbarn und Verbündeten in Europa und jenseits des Atlantik, in Amerika, gelingen. Deshalb heißt Friedenssicherung vor allem Bündnisfähigkeit. Wir müssen berechenbare und verläßliche Partner bleiben, in der politischen Zusammenarbeit wie in der Rüstungskooperation. Die Bundeswehr muß ihren vollen Beitrag zu friedenserhaltenden und friedenschaffenden Maßnahmen der Vereinten Nationen, der NATO, auch eines europäischen Streitkräfteverbundes leisten.

(Beifall)

Da bleibt noch viel Arbeit, und dazu brauchen wir eine verfassungspolitische Klarstellung, die wir durch eine Grundgesetzänderung, notfalls auch durch eine Entscheidung in Karlsruhe erreichen können. Aber jedenfalls können wir die notwendigen sicherheitspolitischen Entscheidungen nicht auf die lange Bank schieben, so wie uns dies die SPD ansinnen möchte. Sicherheitspolitik ist Vorsorge. Der Ernstfall, liebe Freunde, könnte schneller eintreten, als wir uns dies heute vorzustellen vermögen. Ein internationales Gewaltmonopol der Vereinten Nationen ist ein schöner Traum. Aber wir können unsere Sicherheit eben nicht von Träumen und Utopien abhängig machen, sondern wir müssen hier und heute verantwortungsbewußt handeln.

(Beifall)

Das ist für mich der entscheidende Grund, warum wir auf die europäische Einigung existentiell angewiesen sind. Gerade nach der deutschen Einheit und nach dem Ende der Ost-West-Teilung ist die Einigung Europas unser Auftrag und unser Schicksal. Unser Bundeskanzler Helmut Kohl hat das klarer als jeder anderer erkannt. Wie kein zweiter arbeitet er daran, dies durchzusetzen. Er verdient unseren Dank, und wir unterstützen ihn dabei.

(Beifall)

Der Maastricht-Vertrag soll noch in diesem Jahr ratifiziert werden. Nicht, daß Maastricht schon alle Probleme löst. Neben der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik brauchen wir eine demokratische Ausgestaltung der Europäischen Union – also mehr Rechte für das Europäische Parlament –, und ich denke, wir brauchen eine Verfassung für Europa, die die Zuständigkeiten zwischen Gemeinschaftsebene, Nationalstaat und Regionen klar regelt, weil ohne eine solche Verfassung am Ende das in Maastricht verankerte Subsidiaritätsprinzip eine papierene Worthülse bleiben könnte. Eine Europäische Gemeinschaft, die die Sitzfläche für landwirtschaftliche Zugmaschinen detailliert regelt und dazu dicke Richtlinienbände produziert, die aber den Krieg in Jugoslawien nicht verhindern, den Frieden in Europa nicht sichern kann, würde die Menschen auf Dauer nicht begeistern.

(Beifall)

Und deshalb muß der europäische Prozeß wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Ich habe davon gesprochen, liebe Freunde, daß Grenzen nicht mehr so sehr teilen und nicht mehr von den Problemen dieser einen Erde abschotten können. Das wird sichtbar auch in den weltweiten Wanderungs- und Flüchtlingsströmen, vor denen der Club of Rome in seinem Bericht 1991 gewarnt hat, daß sie zu einer Gefahr für die Stabilität der demokratischen Staaten Europas und Nordamerikas werden könnten.

In diesem Jahr kommen 450.000 Asylbewerber nach Deutschland; das sind mehr als zwei Drittel aller Flüchtlinge in der Europäischen Gemeinschaft insgesamt. Städte und Gemeinden sind mit der Unterbringung zunehmend überfordert. Unser Grundgesetz wird in der Verfassungswirklichkeit so ausgelegt, daß jeder Mensch auf dieser Erde für die bloße Behauptung, politisch verfolgt zu sein – und sei sie noch so offensichtlich unbegründet –, ein vorläufiges Aufenthaltsrecht in Deutschland mit entsprechenden Sozialhilfeansprüchen erhält. Das geht so nicht weiter.

(Beifall)

Wir wollen auch in Zukunft wirklich Verfolgten Schutz und Zuflucht gewähren – wie alle zivilisierten Länder auf der Basis der Genfer Flüchtlingskonvention, die ja auch einen persönlichen Schutzanspruch vorsieht. Aber den Mißbrauch unseres Asylrechts müssen wir beenden. Denn nur so werden wir fähig, den Schlepperbanden, diesen organisierten Menschenhändlern, die Grundlage ihres Geschäftes zu nehmen, Zuwanderung zu steuern und Milliardenbeträge nicht mehr für die einstweilige Unterbringung von Menschen, die doch nicht auf Dauer hierbleiben können, aufzuwenden, sondern für die Hilfe in den armen Herkunftsländern selbst, wo mit demselben Geld viel mehr Menschen geholfen werden kann als hier bei uns.

(Beifall)

Ich habe in diesem Sinne auch angeregt, die Flucht- und Katastrophenhilfe durch gemeinnützige Organisationen – vom Roten Kreuz bis zum Komitee Cap Anamur – und durch staatliche Stellen – vom Auswärtigen Dienst über die Entwicklungshilfe bis zur Bundeswehr und dem Technischen Hilfswerk – zu verstärken. Denn Bekämpfung der Ursachen der Wanderungsbewegungen durch Hilfe in den armen Regionen Europas, Afrikas und Asiens statt Mißbrauch des Asylrechts: das ist unsere Politik, – und dazu brauchen wir eine Änderung unseres Grundgesetzes, die uns insoweit überhaupt erst wieder politikfähig macht.

(Beifall)

Liebe Freunde, das ist die Verantwortung der Sozialdemokraten, ohne deren Stimmen wir das Grundgesetz nicht ändern können.

Ich bin froh, daß wir nun in der Koalition – endlich – einig sind, denn ohne eine gemeinsame Position der Koalition sind wir überhaupt nicht handlungsfähig. Aber jetzt, da wir einig sind, haben die Sozialdemokraten überhaupt keine Ausrede mehr. Sie mögen auf ihrem Parteitag entscheiden – innerparteilicher Diskussion und Willensbildung gebührt jeder Respekt –, aber kein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter kann sich seiner Verantwortung entziehen. Wir alle sind Abgeordnete des gesamten Volkes, nur unserem Gewissen verpflichtet und an Weisungen nicht gebunden. Und dieses Privileg ist eben auch eine Verpflichtung. Niemand kann sich hinter einem Parteitagsbeschluß verstecken. Noch in diesem Jahr muß gehandelt werden, wobei klar ist, daß die Verwaltungen von Bund und Ländern nach einer Grundgesetzänderung dann auch wirklich abschieben müssen. Nicht, daß am Ende etwas geschieht und doch nichts passiert!

Auch die Sozialhilfeleistungen für Asylbewerber sollen abgesenkt werden. Sozialhilfe dient auch der Integration in unsere Gesellschaft. Ein Asylbewerber aber, solange nicht feststeht, daß er hierbleiben kann, muß um der Vorläufigkeit seines Aufenthaltsstatus willen gerade nicht Integrationsleistungen beziehen.

Nur, liebe Freunde, Streit zwischen den demokratischen Parteien hilft uns in dieser Frage schon lange nicht mehr. Die Bürger sind es leid und wollen kaum noch unterscheiden. Streit hilft allenfalls noch den Radikalen und Extremisten am rechten wie am linken Rand.

(Beifall)

Unsere Bürger sind weder ausländerfeindlich noch wollen sie Extremisten nachlaufen. Aber sie erwarten von den in der Demokratie Verantwortlichen, daß als dringlich erkannte Probleme – so gut es geht – gelöst werden. Haben sie damit denn so ganz unrecht?

Das gilt genauso für das weite Feld der inneren Sicherheit. Die Gefahren der organisierten Kriminalität nehmen dramatisch zu. Weltweit werden allein im internationalen Drogenhandel mehrere hundert Milliarden Dollar jährlich erwirtschaftet, und die suchen und finden Anlage in den Industrieländern. Deshalb brauchen wir verbesserte gesetzliche, sachliche und personelle Mittel zu ihrer Bekämpfung.

(Beifall)

Und wir dürfen auch nicht zulassen, daß das Gewaltmonopol unseres Rechtsstaates auf den Straßen nicht mehr durchgesetzt wird. Kein normaler Mensch, liebe Freunde, kann verstehen und akzeptieren, daßdie Polizei quasi tatenlos zusehen muß, wie sich Abend für Abend am selben Ort eine Menschenmenge zusammenrottet, aus der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit schwere Straftaten begangen werden, die die Polizei abwarten muß, bis sie einschreiten darf. Und wenn dann die Polizeibeamten unter Gefahr für Leib und Leben endlich einschreiten dürfen, weil die Brandsätze wieder geworfen sind, dann müssen sie dem einzelnen Gewalttäter zur Überzeugung des Gerichtes nachweisen, daß er persönlich einen – am besten auch welchen – Brandsatz geworfen hat, weil andernfalls eine Bestrafung oder auch nur die Verhängung von Untersuchungshaft mangels gesetzlicher Grundlage nicht möglich ist.

So, liebe Freunde, wird Schindluder mit der Einsatzbereitschaft unserer Polizeibeamten getrieben.

(Beifall)

Das haben unsere Polizeibeamten nicht verdient, sondern sie haben unseren Dank und unsere fürsorgende Solidarität verdient. Deshalb müssen wir unser Demonstrationsstraf- und unser Haftrecht ändern. Und die Sozialdemokraten sollten auf diese Notwendigkeit verantwortbar eingehen, anstatt in einer Art von Pawlowschem Reflex schon wieder den liberalen Rechtsstaat in Gefahr zu sehen.

Der liberale Rechtsstaat ist heute nicht durch ein Zuviel an Polizei oder polizeilichen Eingriffsmöglichkeiten gefährdet. Der liberale Rechtsstaat läuft höchstens Gefahr, von den Bürgern nicht mehr ernst genommen zu werden, wenn er den inneren Frieden und die innere Sicherheit nicht gewährleisten könnte.

(Beifall)

Das Recht – und nur der Rechtsstaat – schützt eben den Schwachen, denn im Faustrecht kann am Ende nur der Stärkere sich selbst helfen.

Auch hier brauchen wir weniger Streit als vielmehr Lösungen in der Sache, und das heißt Einigkeit in der Koalition und, wo nötig, Konsens mit den Sozialdemokraten.

In der Koalition haben wir in den zurückliegenden Monaten in vielen schwierigen Punkten – von der Pflegeversicherung bis zum Asylrecht – gemeinsame Lösungen – oft genug nach qualvollen Diskussionsprozessen, aber immerhin – zustande gebracht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird auch in Zukunft ein verläßlicher Partner in der Koalition der Mitte bleiben, weil wir anders gar nicht handlungsfähig sein können. Und unsere Bürger erwarten Handeln. Gut handeln, sagt Nathan der Weise, ist bekanntlich viel schwerer als andächtig schwärmen. Unsere Bürger erwarten Taten statt Worte.

(Beifall)

Durch Worte – und seien sie noch so kräftig –, liebe Freunde, werden wir den Radikalen von links und rechts nicht das Wasser abgraben, sondern nur durch Taten, durch Problemlösungen und verantwortliches Erklären, was geht und was nicht geht. Wer die Luftherrschaft über Stammtischen erringen will – wenn das denn Maßstab für politische Effizienz sein soll –, der muß die Luft über Stammtischen reinigen. Anpassung an den Mief ist keine Luftherrschaft, sondern Unterwerfung.

(Lebhafter Beifall)

Und in Worten, liebe Freunde, werden Radikale allemal radikaler sein als Volksparteien, die zur Mitte hin integrieren müssen und die nur zur Mitte hin integrieren können.

Die Einheit vollenden, unser Volk zusammenführen und zusammenhalten, das ist die große Aufgabe der Union. Mit Ausgrenzen, mit Gesprächszirkeln, mit Profilierung und Streit ist das nicht zu schaffen, sondern nur mit Gesprächsbereitschaft und gegenseitiger Rücksichtnahme.

(Beifall)

Aus unseren Grundwerten heraus, auf der Grundlage unseres vom christlichen Glauben geprägten Bildes vom Menschen, der zur Freiheit und Verantwortung wie zur Schuld und zum Scheitern befähigt ist, müssen wir unsere Politik für gesicherte Freiheit entwickeln und immer wieder erläutern.

Wir haben nicht für alles eine Patentlösung, und wir können keine Wunder vollbringen. Aber wir kennen den einzuschlagenden Weg, und wir lassen uns über die erreichbaren Ziele nicht irre machen. Wir werden diese unsere Ziele mit Tatkraft und Optimismus verfolgen. Wir haben, liebe Freunde, die große Chance, in einer Zeit des Umbruchs die Zukunft zu gestalten; nutzen wir gemeinsam diese Chance!

(Langanhaltender lebhafter Beifall –
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl beglückwünscht den Redner.
Die Delegierten erheben sich.)

Prof. Dr. Klaus Töpfer, Tagungspräsidium: Lieber Wolfgang Schäuble, wir alle, dieser Bundesparteitag, die ganze CDU Deutschlands, danken Ihnen für diese Rede.

(Beifall)

Wir danken Ihnen für Ihre klaren, für Ihre ehrlichen, für Ihre zukunftsorientierten Worte, für diesen Rechenschaftsbericht über eine sicherlich schwere, aber genauso sicher auch erfolgreiche konstruktive Arbeit der Bundestagsfraktion. Vor allem aber, meine lieben Parteifreundinnen und -freunde, danken wir Wolfgang Schäuble für seine immense, für seine grundsatztreue Arbeit.

(Beifall)

Ich wiederhole das, was der Bundeskanzler heute morgen gesagt hat: Wolfgang Schäuble ist für uns alle ein Beispiel, er ist ein Wegweiser. Er ist ein Beispiel für tagtägliche Kärrnerarbeit, für Pflichterfüllung, für einen selbstlosen loyalen Dienst an und in unserer Partei, aber auch und gerade für das Gemeinwohl im wiedervereinten Deutschland. Wir danken Wolfgang Schäuble.

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 7.4 auf:

Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands sowie die nach § 23 Abs. 2 Parteiengesetz erforderliche Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1990

Hierzu erteile ich Herrn Walther Leisler Kiep das Wort.

Walther Leisler Kiep, Bundesschatzmeister (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Zum zehntenmal erstatte ich den Bericht des Bundesschatzmeisters über die Finanzen der Partei, nachdem ich dieses Amt seit 21 Jahren ausübe. Es ist mein letzter Rechenschaftsbericht, den ich Ihnen hier heute vorlegen darf, nachdem ich mich im Sommer mit dem Parteivorsitzenden dahingehend abgestimmt habe, daß ich auf diesem Parteitag für dieses Amt nach 21 Jahren nicht mehr kandidieren werde.

Ich berichte Ihnen heute über die Jahre 1990 und 1991, beziehe aber auch die ersten Monate des laufenden Jahres 1992 mit ein.

In aller Kürze die wichtigsten Ergebnisse, was die Finanzen der Bundespartei angeht: Für die Finanzierung des Bundestagswahlkampfs 1990 und für die finanzielle Unterstützung unserer Freunde in der ehemaligen DDR zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 brauchten wir glücklicherweise keine zusätzlichen Kredite aufzunehmen. Im Gegenteil, die guten Wahlergebnisse am 2. Dezember 1990 und die sparsame Ausgabenwirtschaft gerade auch im Wahlkampf haben uns in die Lage versetzt, Ende 1990 endlich eine namhafte Rückzahlung unserer Ende 1989 mit 75 Millionen DM extrem hohen Schulden vorzunehmen.

Die unmittelbar nach der Bundestagswahl 1990 aufgestellte Finanzplanung mit dem weiteren Schuldenabbau als Kernstück konnte 1991 eingehalten werden, und sie wird, meine Damen und Herren, auch 1992 eingehalten. Das bedeutet: Nach einer Kreditrückzahlung von 25 Millionen DM Ende 1990 wurden am 31.12.1991 weitere 17 Millionen DM Schulden getilgt und in der Bilanz zum 31.12.1991 noch Bankkredite in einer Höhe von 32 Millionen DM ausgewiesen. Das ist ein sehr hoher Verschuldungstatbestand, aber wir konnten zumindest per Ende 1991 die bilanzielle Überschuldung der Partei so abbauen, daß ein Reinvermögen der Bundespartei CDU von 4 Millionen DM ausgewiesen werden konnte.

Auf dem Weg zur Konsolidierung der Finanzen der Bundespartei sind wir in den letzten zwei Jahren ein erhebliches Stück weitergekommen. Ich kann Ihnen mit großer innerer Genugtuung heute sagen, daß wir in den wenigen noch verbleibenden Wochen dieses Jahres eine weitere Rückführung unserer Schulden in einer Größenordnung von 15 Millionen DM vornehmen werden. Das bedeutet, daß wir dann noch – also per Ende dieses Jahres – mit etwa 17 Millionen DM verschuldet sind. Sie erinnern sich vielleicht an frühere Vorträge von mir, in denen ich davon sprach, daß ich einen Plan vorgelegt habe, wie wir die Schulden der Partei insgesamt bis Ende 1993 abgebaut haben, damit wir dann in das Wahljahr 1994 mit all seinen gewaltigen Herausforderungen schuldenfrei eintreten können.

Dieser Abbau der noch verbleibenden Schulden von 17 Millionen DM soll vorgenommen werden, aber wir können im Augenblick eine Aussage dazu deshalb nicht treffen, weil mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. April 1992 zur Parteienfinanzierung in unserer Finanzierungsrechnung 7 Millionen DM fehlen; jene 7 Millionen DM, die wir auf Grund des Sockelbetrags in der alten Finanzierung mit einbezogen

hatten. Nachdem das Bundesverfassungsgericht diesen Sockelbetrag für verfassungswidrig erklärt hat, sind diese 7 Millionen DM weggefallen. Das ist der Unsicherheitsfaktor im Jahre 1993.

Ich muß daran erinnern, daß das Bundesverfassungsgericht in dem gleichen Urteil, in dem der Sockelbetrag gestrichen wurde, den Gesetzgeber legitimiert hat, die durch den Wegfall des Sockelbetrages entstandene Finanzierungslücke, an der die kleineren Parteien übrigens noch viel schwerer tragen als wir, durch eine Anhebung der Pauschale für die Wahlkampfkostenerstattung auf bis zu 6,50 DM anzugleichen. Das dazu notwendige Überleitungsgesetz ist ganz zweifellos – gerade im Lichte unserer heutigen Diskussion – nicht die vordringlichste aller in diesem Herbst anstehenden politisch-gesetzgeberischen Arbeiten. Aber ich möchte an dieser Stelle doch nachdrücklich dafür plädieren, daß dieses Überleitungsgesetz Anfang nächsten Jahres mit auf die Tagesordnung des Deutschen Bundestages gesetzt wird. Denn das Bundesverfassungsgericht hat in seinem schon zitierten Urteil in großer Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß das finanzwirtschaftliche Gleichgewicht der Parteien einen hohen politischen Stellenwert hat. Ich glaube, daß meine designierte Nachfolgerin zur Wahl als Bundesschatzmeister – ich sage das, ohne dem souveränen Delegiertenwillen vorgreifen zu wollen – hier eine besonders wichtige Aufgabe vor sich hat.

Ich darf zum Schluß in diese schatzmeisterliche Bilanz noch ein kleines Stück persönlicher Genugtuung einbringen, weil es für unsere Partei, also für uns alle hier, aber auch ganz persönlich für meinen Generalbevollmächtigten Uwe Lüthje und mich ein Punkt von besonderer Bedeutung ist: Der Bundesgerichtshof hat am 30. September 1992, also vor drei Wochen, das gegen mich am 8. Mai 1991 vor der dritten Großen Strafkammer des Düsseldorfer Landgerichts ergangene Urteil in dem Verfahren, in dem ich mich als Bundesschatzmeister unserer Partei auch der strafrechtlichen Verantwortung für die Vergangenheit gestellt habe, aufgehoben.

(Beifall)

Entscheidend, meine lieben Freunde, für diese Aufhebung war, daß wir, d.h. die Bundespartei, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni 1979, dem sogenannten niedersächsischen Normenkontrollverfahren, die Spendenfinanzierung der CDU-Bundespartei so umgestellt und so konsequent gehandhabt haben, daß es steuerliche Beanstandungen nicht mehr geben konnte.

Wir haben diese Umstellung seinerzeit gegen große Widerstände durchsetzen können. Ich erinnere mich besonders an die Unterstützung des Parteivorsitzenden in schwierigen Gesprächen, auf die ich jetzt im einzelnen nicht näher eingehen möchte. Wir haben es getan. Wir haben dadurch den Grundstein dafür gelegt, daß jetzt vom Bundesgerichtshof nach dreizehn Jahren höchstrichterlich anerkannt wird, daß die CDU Deutschlands bereits 1979 aus eigener Kraft und aus eigenem Entschluß den richtigen Weg zu einer glaubwürdigen Parteienfinanzierung gegangen ist.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, die Genugtuung, die ich empfinde, wird auch nicht dadurch geschmälert, daß es eine Reihe von bedeutenden Presseorganen, die sich in den zurückliegenden Jahren mit der Vorverurteilung nicht nur von Personen, sondern auch unserer Partei geradezu überschlagen haben, nach dem Vorliegen eines höchstrichterlichen Urteils offensichtlich überhaupt nicht mehr für notwendig halten, diesen Tatbestand auch nur in einer kleinen Meldung unter „Vermischten Nachrichten" zu erwähnen.

(Beifall)

Am Ende meiner Bundesschatzmeistertätigkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, bleibt mir das besondere Bedürfnis, meinem Weggefährten und Mitarbeiter Uwe Lüthje sehr herzlich zu danken,

(Beifall)

der 21 Jahre mit mir durch Höhen und Tiefen gewandert ist und der an meiner Seite auch 78 Tage vor Gericht gesessen bzw. gestanden hat. Mein besonderer Dank gilt ihm. Er gilt aber auch dem Vorsitzenden. Er gilt den Generalsekretären und den Bundesgeschäftsführern meiner Amtszeit und allen Mitarbeitern in jenen Jahren. Ohne ihre Unterstützung wäre die Durchsetzung einer Politik der sparsamen Haushaltsführung unserer Union nicht möglich gewesen.

(Anhaltender Beifall)

Prof. Dr. Klaus Töpfer, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Herr Leisler Kiep. – Ich erteile dem Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, das Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Liebe Freunde! Lieber Walther Leisler Kiep! Bevor ich ein Wort des Dankes sage, will ich eine Bemerkung zu deinem Hinweis auf jene Presseorgane machen, die ein uns bestätigendes höchstrichterliches Urteil verschwiegen haben: Tröste dich mit mir. Bei mir ist es umgekehrt, es werden zu viele Veröffentlichungen vorgenommen, und ich lebe trotzdem ...

(Vereinzelt Heiterkeit)

... und wie ich hoffe: ganz gut.

Ich bin ans Pult gegangen, um Walther Leisler Kiep zu danken. Das ist nicht so dahergesagt. Denn wer 21 Jahre Schatzmeister der CDU Deutschlands war, der hat 21 Jahre lang das Auf und Ab im Leben unserer Partei, in der Auseinandersetzung um deren Finanzierungsprobleme miterlebt. Lieber Walther, du weißt aus unseren gemeinsamen Schlachten, Ärgernissen und Betrübnissen, auch denen, die wir ganz persönlich erfahren mußten, wie schwer es oft war. Ich will es einmal zugunsten des jetzt scheidenden Bundesschatzmeisters, aber auch zugunsten der Landesschatzmeister, der Bezirksschatzmeister und der Kreisschatzmeister aussprechen: Das sind Ämter, die nicht viel Ruhm erbringen. Es gibt eine gewisse Grundstimmung bei uns in der Partei: Die einen sind für die Drecksarbeit da, und die anderen verkünden die reine Lehre.

(Beifall)

Deswegen will ich am Beispiel von Walther Leisler Kiep allen Schatzmeistern danken. Die Rechenschaftsberichte werden auf Parteitagen bis hin zum Kreisparteitag eher beiläufig abgegeben. Wenn es kritisch wird, hören die meisten am liebsten weg, damit sie später sagen können: Da waren wir nicht dabei gewesen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist eine harte Arbeit. Es ist eine notwendige Arbeit. Es ist eine Arbeit, bei der man viel Verdruß erfährt und in der man immer wieder neu versuchen muß, die Dinge in Ordnung zu halten. Walther Leisler Kiep hat das in einer phantastischen Weise getan: in der ihm eigenen eleganten Weise. Das ließ manche vermuten, daß er eigentlich gar nicht am Ball war. Aber er war am Ball. Daß wir heute nach den Schwierigkeiten, die wir hatten, eine solche Bilanz vorlegen können, ist nicht zuletzt sein Verdienst. Es ist auch das Verdienst unseres Freundes Uwe Lüthje, dem ich von meiner Seite in dieser Stunde ausdrücklich sehr herzlich danken möchte.

(Beifall)

Ich freue mich, daß Walther Leisler Kiep der Partei seine Dienste weiterhin zur Verfügung stellt, wenn auch in einer anderen Funktion: als der Beauftragte für die Kontakte der CDU Deutschlands in die Vereinigten Staaten und insbesondere zu den Parteien in den Vereinigten Staaten. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe. Viele bei uns in Deutschland kümmern sich im Moment nur noch um die Innenpolitik. Es besteht die Gefahr einer Verprovinzialisierung der deutschen Politik. Gerade weil wir zum Bau der Europäischen Union und zum Zusammenwachsen ganz Europas ja sagen, ist es wichtig, daß wir die atlantische Brücke nicht vergessen: Sie ist auch in Zukunft die Voraussetzung für Frieden und Freiheit in Europa.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist mehr denn je wichtig, daß wir den Kontakt zu unseren amerikanischen Freunden und Partnern halten. Ich bin sehr, sehr froh, daß Walther Leisler Kiep für unsere Partei diese wichtige Aufgabe jetzt übernimmt.

(Beifall)

Prof. Dr. Klaus Töpfer, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Herr Bundeskanzler. Noch einmal ganz herzlichen Dank vom gesamten Parteitag an unseren Bundesschatzmeister für seine Arbeit.

(Beifall)

Bevor ich zum Tagesordnungspunkt 8 komme, darf ich darauf hinweisen, daß die Antragskommission nicht wie vorgesehen um 15.30 Uhr tagen muß. Diese Sitzung entfällt ersatzlos. Die Antragskommission wird sich erst morgen früh um 7 Uhr – ich wiederhole: um 7 Uhr – treffen. Das ist ein Hinweis auf die Härte der Arbeit, die hier geleistet wird.

(Heiterkeit –
Peter Hintze, Generalsekretär der CDU:
Für die, die kommen, gibt es als kleinen Trost
ein Frühstück!)

– Das hatte ich als selbstverständlich vorausgesetzt. Sie sehen also: Nach dem Kassenbericht ist es notwendig, zu erwähnen, daß so etwas gereicht wird.

Ich komme dann zum Tagesordnungspunkt 8:

Aussprache zu den Berichten

Meine Damen und Herren, ich darf Sie darauf hinweisen, die Wortmeldungen in vollständig ausgefüllten Meldezetteln einzureichen. Sie finden diese Zettel in Ihren Tagungsunterlagen. Sie sollten bei den Mitarbeitern abgegeben werden, die an einem speziellen Tisch vor der Bühne sitzen. Er ist mit „Annahme Wortmeldungen" gekennzeichnet.

Ich darf Sie bitten, die Wortmeldezettel vollständig auszufüllen und gegebenenfalls auch anzugeben, von welchem der im Saal aufgestellten Mikrophone Sie sprechen wollen.

Wir haben bereits jetzt eine Vielzahl von Wortmeldungen, was sehr erfreulich ist. Ich darf alle Redner bereits jetzt sehr herzlich bitten, sich möglichst kurz zu fassen, damit wirklich viele die Möglichkeit haben, vor dem Parteitag ihre Meinung darzustellen. Ich habe im Augenblick noch nicht vor, nach § 18 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung eine Redezeitbegrenzung einzuführen. Ich wäre sehr dankbar, wenn das insgesamt nicht notwendig würde.

Also noch einmal die herzliche Bitte an alle Diskussionsteilnehmer, sich möglichst kurz zu fassen, damit alle die Möglichkeit haben, hier zu sprechen. – Als erster hat das Wort Herr Frank Baumeister.

Frank Baumeister: Liebe Parteifreunde! Sehr geehrter Herr Dr. Kohl! Zehn Jahre der CDU-geführten Bundesregierung waren zehn gute Jahre. Vor zehn Jahren war ich 20 Jahre alt. Viele in meinem Alter waren damals von der CDU begeistert und haben mitgeholfen, den Wahlsieg 1983 zu erringen. Es waren zehn sehr erfolgreiche Jahre.

Als wir zu Beginn der 80er Jahre studierten, waren auch schon damals die Unis überfüllt. Aber irgendwie hat man sich durchgekämpft, und die meisten von uns haben einen guten Job gefunden. Wir haben gut gelebt und sind viel gereist. Meine Generation hatte die Chance, als Jugendlicher Europa und die Welt kennenzulernen. Und wir haben den Sieg der Freiheit, die deutsche Einheit erlebt.

Diese zehn Jahre waren wahrscheinlich die bisher erfolgreichsten Jahre der Deutschen in diesem Jahrhundert. Und dennoch haben wir, die CDU, so wenig Zuspruch bei jungen Leuten wie nie zuvor. Neue Fragen sind aufgetreten, die wir 1982 so nicht kannten.

Erstens. Der Rechtsradikalismus bedrückt uns alle. Das hat es 1982 nicht gegeben. Warum schaffen wir es nicht, insbesondere Jugendlichen zu erklären, daß wir einen leistungsfähigen Sozial- und Rechtsstaat haben, der allen Chancen bietet? Wir alle müssen verstärkt das Gespräch mit Jugendlichen suchen, um den Rechtsradikalismus im Keim zu ersticken. Das sind wir auch unserer Geschichte schuldig.

Zweitens. Die internationale Verantwortung Deutschlands ist größer als 1982. Aber das darf sich nicht nur auf den Einsatz der Bundeswehr beschränken. Wie soll ich jungen Leuten eigentlich erklären, daß wir trotz unseres Wohlstandes noch nicht einmal in der Lage sind, den Hungertod der Kinder in Somalia zu verhindern? Wie viele Tränen müssen in Somalia noch fließen, bis die internationale Staatengemeinschaft wenigstens mithilft, daß dort Kinder wegen Verhungerns nicht sterben müssen? Das bedeutet auch gewachsene Verantwortung.

(Beifall)

Schließlich drittens. Die Auswirkungen der Krankheit AIDS hatten wir vor zehn Jahren ebenfalls nicht. Gerade viele junge Leute sind hier betroffen. Bedauern und Mitgefühl mit den Betroffenen und Angehörigen lösen nicht das medizinische Problem, aber stünden uns, der CDU, aus christlicher Nächstenliebe gut zu Gesicht.

Stellen wir uns auch solchen Fragen. Dann werden wir auch wieder mehr Jugendliche gewinnen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Klaus Töpfer, Tagungspräsidium: Vielen, herzlichen Dank, Herr Baumeister, für das, was Sie gesagt haben, und dafür, daß Sie sich an die von mir gewünschte Kürze gehalten haben. Das ist ein gutes Beispiel für die Diskussion. – Als nächster hat das Wort Herr Herbert Goliasch aus Sachsen.

Herbert Goliasch: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Bevor wir heute über noch zu lösende Probleme und Aufgaben reden, gestatten Sie mir, daß ich etwas tue, was in der Presse zu selten herüberkommt, obwohl wir es öfter tun. Ich möchte nämlich ein Wort des Dankes für all das vorwegschicken, was die Freunde in den alten Bundesländern für uns bisher schon getan haben.

(Beifall)

Ich möchte dabei ganz ausdrücklich unsere beiden Partnerländer Baden-Württemberg und Bayern erwähnen. Wir wären mit dem Aufbau einer funktionierenden Verwaltung in Sachsen noch lange nicht so weit ohne die Hilfe aus diesen beiden Ländern. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Als ich vor zwei Jahren für den Sächsischen Landtag kandidierte, war ich voll Hoffnung und Freude über den Neuanfang, den Sie, Herr Bundeskanzler, durch Ihr entschlossenes Handeln ermöglicht hatten. Ich hatte vor zwei Jahren nicht die blasseste Vorstellung davon, was auf einen Vorsitzenden einer Fraktion mit absoluter Mehrheit – 92 von 160 Abgeordneten – zukommt. Die Naivität und Ahnungslosigkeit sind in den letzten zwei Jahren sehr schnell verflogen.

Aber trotz aller Sorgen, Nöte und Probleme: Die Freude über die Wiedervereinigung mit den Möglichkeiten, daran weiter zu arbeiten, ist geblieben. Und so wie mir geht es vielen von uns. Es stimmt ganz einfach nicht, daß wir nur meckern und weinen. Wir sind bereit, die Ärmel hochzukrämpeln und anzupacken. Wir haben Hoffnung und Mut; denn wir wissen: Wir stehen dabei nicht allein, wir haben die Hilfe der alten Bundesländer.

Wenn ich Alpträume habe, dann nicht wegen der noch zu lösenden Probleme. Keine Frage, die werden wir meistern, auch wenn es etwas länger dauert und noch große Anstrengungen notwendig sind. Alpträume habe ich nur bei der Vorstellung, wir wären in den neuen Ländern mit den sozialistischen Erblasten allein, hätten nicht die alten Bundesländer an unserer Seite. Bei einer solchen Vorstellung könnte man wirklich verzagen.

Dank Ihrer Hilfe, liebe Freunde, und Ihrer Opferbereitschaft – die auch weiterhin notwendig ist – haben wir jedoch eine Zukunft. Es lohnt sich, dafür dankbar und frohen Herzens zu arbeiten und, wenn notwendig, auch zu streiten. Das wollte ich unserer Diskussion voranstellen.

(Beifall)

Prof. Dr. Klaus Töpfer, Tagungspräsidium: Vielen, herzlichen Dank, Herr Goliasch. – Das Wort hat jetzt Frau Annette Eisenhut.

Annette Eisenhut: Sehr verehrte Damen und Herren! Ich komme aus dem Kreisverband Enzkreis-Pforzheim in Baden-Württemberg. Als ehrenamtlich engagiertes Mitglied bin ich genau dort aktiv, was man im allgemeinen als Basis bezeichnet. Leider liegt über dieser Basisarbeit seit geraumer Zeit für mich und viele andere ein Schatten. Für uns in den Orts- und Kreisverbänden wird die Arbeit zunehmend schwieriger. Ursache dafür sind nicht zuletzt fehlende Entscheidungen in der Asylpolitik. Besonders Baden-Württemberg durfte bei der letzten Landtagswahl darunter leiden.

Dafür dürfen wir uns jedoch tagtäglich mit neuen möglichen Verordnungen auseinandersetzen, die unsere finanzielle Situation in fast allen Bereichen verbesseren sollen. Jedes Geplapper gelangt sofort und via Satellit an die Medien. Da standen und stehen z. B. in der Diskussion Karenztage ja oder nein, Abschaffung von Feiertagen ja oder nein, Solidaritätszuschlag hü oder hott und jetzt letztendlich auch noch die geplanten Steuererhöhungen ab 1995.

Durch die geplanten Steuererhöhungen werden wir jedoch alle als Lügner hingestellt. Waren wir es doch, die jedem erzählt haben, daß Steuererhöhungen für unsere Partei

nicht in Frage kommen. Dabei hat jeder auch ohne Politikstudium, volkswirtschaftliche Kenntnisse oder Doktorentitel ehrenhalber diese Entwicklung vorausgesehen.

Da eine vernünftige politische Arbeit zur Zeit nicht mehr möglich ist, werde ich mich für meinen Teil, solange sich nichts an der Glaubwürdigkeit ändert, auf keine politischen Diskussionen mehr einlassen, sondern statt dessen die Telefonnummer der Bundesgeschäftsstelle weitergeben.

Meine Damen und Herren Minister, wann haben Sie das letzte Mal mit kleineren Ortsverbänden – nicht nur mit eigenen – diskutiert? Wann haben Sie das letzte Mal an Info-Ständen gestanden? Ich möchte Sie hierzu recht herzlich einladen und Ihnen vorschlagen, sich besser warm anzuziehen.

(Beifall)

Denn die Stimmung in den Orts- und Kreisverbänden ist auf Grund der derzeitigen Slalompolitik kalt und aggressiv.

Wir müssen wieder das Gefühl bekommen, daß die Meinungsbildung in der richtigen Reihenfolge stattfindet und daß nicht der Kanzler allein die CDU ist, sondern daß alle Mitglieder die CDU sind. Erst dann wird sich auch ein Teil der Politikverdrossenheit abbauen lassen.

Ich möchte mich gern weiter für diese Partei einsetzen und engagieren, möchte jedoch nicht auf Grund einer handlungsunfähigen Parteispitze meine eigene Glaubwürdigkeit verlieren.

(Beifall)

Prof. Dr. Klaus Töpfer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Eisenhut, für Ihre kritischen Hinweise. – Ich darf das Wort an Gerhard Stoltenberg weitergeben.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Tagungspräsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, man kann über vieles in den Berichten, die wir gehört haben, die Überschrift setzen: Deutsche Politik gestalten in einer Zeit anhaltender und dramatischer Umbrüche in ganz Europa. Unsicherheit und Orientierungsprobleme – auch unter uns; das haben wir in dem letzten Beitrag sehr klar vernommen – beruhen letzten Endes darin, daß wir alle miteinander in Deutschland – und nicht nur in Deutschland – Schwierigkeiten haben, dem Wandel zu folgen und die richtigen Konsequenzen für unsere Politik zu ziehen.

Vor zwei Jahren war ja nicht nur bei uns der Höhepunkt des Erfolgs mit der deutschen Einheit; dies war die Grundstimmung in ganz Europa, auch in Osteuropa. Viele haben damals das Bild der konfliktfreien und harmonischen Welt, der einheitlichen Sicherheitszone und Lebensgemeinschaft von Vancouver bis Wladiwostok gemalt. Heute erleben wir nicht nur den schrecklichen Krieg in Jugoslawien, auf den schon hingewiesen wurde, sondern einen anhaltenden Niedergang, einen Verfall – vor allem in der früheren Sowjetunion –, wobei nicht zu erkennen ist, daß die Talfahrt bald endet. Die Gefahr aller möglichen schrecklichen Szenarien ist sehr real. Es ist wahr, daß das die Bedingungen für den wirtschaftlichen Aufbau vor allem in den neuen Ländern spürbar beeinträchtigt hat. Es ist wahr, daß wir seit ein bis zwei Jahren – vielleicht von manchen etwas zu spät wahrgenommen – einen Konjunkturabschwung in fast allen westlichen Industrieländern haben und von daher zu einer Neubestimmung unserer Politik, vor allem der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, kommen müssen.

Das gilt vor allem, wenn die Priorität des Aufbaus in den neuen Ländern unter schwierigeren Bedingungen die absolute und nicht nur die verbale Priorität bleiben soll. Deshalb ist es nicht zu vermeiden, daß Einschätzungen und Folgerungen, die vor ein oder zwei Jahren abgegeben wurden – auch von unserer Partei und der Regierung – ein Stück korrigiert werden. Wir müssen das glaubwürdig tun; denn wenn wir nicht auf diese gewaltigen Veränderungen hinweisen und wenn wir nicht eine gemeinsame Sprache in dieser Begründung finden, kommen wir in große Schwierigkeiten. Die Konsequenz ist natürlich der Zusammenbruch der außenwirtschaftlichen Beziehungen, vor allem zur Sowjetunion. Über die Neubestimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik sprechen wir – das müssen wir nach dem Medienbild der letzten Tage auch – eingehend heute und Mittwoch auf dem Parteitag. Den neuen Ländern helfen, den Aufbau voranzubringen, das bedeutet eine noch weitergehende Umleitung von öffentlichen Ressourcen und privaten Ressourcen über das hinaus, was schon entschieden wurde. Aber es bedeutet auch Klarheit und Wahrhaftigkeit.

Wir haben in Schleswig-Holstein mit dem Ministerpräsidenten Engholm auch den Parteivorsitzenden der SPD. Herr Engholm geht als Parteivorsitzender der SPD nach Frankfurt/Oder und in jedes andere neue Bundesland und kritisiert die Bundesregierung, daß sie die Zuführung von öffentlichen Mitteln nicht konsequent betreibe, daß sie zu Solidarität nicht bereit sei. Dann geht er nach Kiel in den Landtag und greift die Bundesregierung an, daß sie dem Land Schleswig-Holstein Sonderleistungen für das Land und die Kommunen meiner Heimat entzieht, weil diese in die neuen Länder gehen. Diese Doppelzüngigkeit und Doppelmoral dürfen wir nicht länger hinnehmen – in keinem einzigen Bundesland; weder im Osten noch im Westen.

(Beifall)

Aber auch für uns sind die Entscheidungen nicht einfach; denn die Aufgabe, die Politik für die neuen Länder so zu gestalten, daß sie erfolgreich wird, ist untrennbar verbunden mit der Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Dynamik für ganz Deutschland. Man kann beides nicht trennen. In diesem Zusammenhang erwähne ich: Wiedergewinnung von Stabilität und Vorrang der Investitionen; Neuorientierung, vor allem in der Lohnpolitik, die schicksalhaft ist; Solidarpakt sowie alles, was hier im einzelnen ausgeführt wurde. Die Diskussion, die in Wahrheit heute und auch morgen, wie ich vermute, die Presse stark bestimmt, die wir zur Zeit noch über Medien mit unseren Freunden der CSU und unseren Partnern der F.D.P. führen, ist ja folgende: Können wir auch unter den schwereren Bedingungen die notwendigen Mittel für die wirtschaftliche Belebung in ganz Deutschland und mit Vorrang für den Aufbau in den neuen Ländern in einer ungünstigeren Wirtschaftslage mobilisieren, und zwar nur durch Umschichten und Einsparen? Oder ist, wie es der Leitantrag des Vorstands und der Antragskommission vorsieht, ein Element Steuererhöhungen unvermeidbar? Meine und unsere Erfahrungen in den 80er Jahren in der alten Bundesrepublik waren, daß der Aufschwung, daß die Schaffung von 3 Millionen Arbeitsplätzen durch eine rückläufige Steuer- und Abgabenquote entscheidend gefördert wurde.

(Beifall)

Unsere Steuerreform und Steuerpolitik hat diesen Prozeß gefördert. Es ist natürlich auch für uns nicht einfach, unter diesen Vorzeichen das Thema Steuererhöhungen einvernehmlich zu diskutieren, vor allem, weil wir in Wahrheit in den letzten zwei

Jahren bereits Steuern und Abgaben erhöht haben. Ich bin auch sehr dankbar, daß Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble heute – und das kommt ja auch ganz klar in dem Leitantrag zum Ausdruck, den wir gestern vorbesprochen haben, und der, wie ich hoffe, bald allen Delegierten vorliegt – gesagt haben, daß die absolute Priorität in der Tat bei der Gewinnung zusätzlicher Mittel die Einsparungen haben müssen. Nur, Einsparungen in der Größenordnung, wie sie hier in den Reden angedeutet wurden, sind ein mühsamer, ein schwieriger und ein schmerzlicher Vorgang. Niemand sollte unterschätzen, was uns hier bevorsteht bzw. was wir hier gemeinsam zu leisten haben.

Wenn ich mich zu dieser Priorität bekenne, so sage ich zugleich: Die Größenordnung der Altlasten, die hier geschildert wurden, und der zusätzliche Finanzbedarf der neuen Länder und Kommunen sind spätestens ab 1995 so hoch, daß wir um ein Element Steuererhöhungen als letzten Schritt nicht herumkommen. Es fällt vielen nicht leicht, dies zu sagen. Das fällt auch mir nicht leicht. Aber es ist so; denn, meine lieben Parteifreunde, in einer wirtschafts- und finanzpolitischen Strategie muß das Haushaltsdefizit der öffentlichen Hände zurückgeführt werden. Wenn wir das nicht erreichen, dann kommen wir in ein Dauerspannungsverhältnis zur Politik der Bundesbank, und dann würde das ganze Szenario nicht funktionieren. In diesem Verständnis der Prioritäten bin ich der Meinung, daß wir aus Solidarität, vor allem mit unseren Freunden in den neuen Ländern, dieses Konzept im Grundsatz so beschließen müssen, um es in den kommenden Monaten dann so auszugestalten, daß wir es mit einer tragfähigen Mehrheit verabschieden können. Das ist eine neue, große und schwere Aufgabe, aber sie steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Erfolg der deutschen Einheit.

Auch folgendes will ich noch sagen: Wir sollten uns nicht nur auf dem Parteitag, sondern auch in den mühsamen Alltagsdiskussionen über die Folgeprobleme der kommunistischen Mißwirtschaft die Freude an der deutschen Einheit durch all die Leute, die jetzt herumgehen und meckern und miesmachen, nicht mindern lassen, die versuchen,

(Beifall)

uns im Westen gegen unsere Landsleute im Osten auszuspielen. Für uns alle gilt, daß wir diese Tage um den 3. Oktober niemals vergessen werden. Aber das muß auch eine Grundhaltung sein, die wieder über unsere Partei hinaus in unserer Bevölkerung in West und Ost wirkt. Es bleibt, bei allem, was mühsam und schwer ist – und es wird eine schwere Zeit in der Gestaltung dieser Dinge, die wir im Grundsatz wie ich erwarte, hier beschließen, sein – dabei, daß wir es in Deutschland unvergleichlich besser haben als unsere Nachbarn im Osten. Wer nach Polen und in die Tschechoslowakei geht, stellt fest, daß Menschen dort für Löhne arbeiten, die 60 % unserer deutschen Sozialhilfe betragen. Wer ein Stück weiter geht von Polen nach Belorußland hinein oder die Berichte von dort hört, stellt fest, daß dort der Lebensstandard nochmals um 30 % niedriger ist. Das Maß an Tapferkeit und Standfestigkeit, das unter extremsten Bedingungen, manchmal in der Sorge um das Überleben in den Krisengebieten Ost- und Mitteleuropas vielen zugemutet wird und von vielen bewiesen wird, das muß auch in Deutschland ein Bewußtsein erzeugen, in dem wir bereit sind, noch ein Stück mehr Solidarität zu üben und für eine gute Politik auch einen größeren Beitrag zu vollbringen.

(Beifall)

Wenn uns das gelingt, dann werden wir die Zukunft meistern.

Meine lieben Freunde, lassen Sie mich mit einer kurzen persönlichen Bemerkung schließen. Wenn ich heute nicht wieder für den Vorstandkandidiere, denke ich natürlich daran zurück – einige Freunde, die dabei waren, haben mich darauf angesprochen –, daß ich mit 26 Jahren, im Mai 1955, in Augsburg zum Vorsitzenden der Jungen Union Deutschland gewählt wurde. Damit wurde ich Mitglied des Bundesvorstands der Christlich Demokratischen Union. Das ist jetzt 37 Jahre her. Ich habe, obwohl sich manche Betrachtungen und auch Verhaltensweisen im Leben ändern, niemals das vergessen, was ich damals als junger Politiker vertreten habe. Unsere Partei braucht in ihren Führungsgremien die ständige Regeneration.

(Beifall)

Wir müssen und sollten jüngeren Parteifreunden immer eine Chance geben. Das will ich heute nach 37 Jahren Mitarbeit im Parteivorstand und 23 Jahren im Präsidium auch tun. Diese Zeit bedeutet auch, daß der Parteitag mich 14mal wiedergewählt hat. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken, meine Damen und Herren. Das sind alles keine Selbstverständlichkeiten.

(Beifall)

Im übrigen will ich Ihnen sagen: Es bleibt für mich in unserer Fraktion und bei anderen Aufgaben genug zu tun, um meinen Beitrag zu unserer gemeinsamen Sache zu leisten. Das will ich gerade in dieser schwierigen und faszinierenden Zeit nach Kräften deutlich machen. - Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall)

Prof. Dr. Klaus Töpfer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Gerhard Stoltenberg. Ich glaube, wir sollten immer darauf hinweisen: Ohne die erfolgreiche Stabilitätspolitik von Gerhard Stoltenberg nach 1992 wäre der Prozeß der deutschen Einheit heute viel, viel schwerer zu bewältigen. Er hat die Grundlagen für diesen Prozeß mit gelegt. Herzlichen Dank für diese Arbeit, um nur ein Beispiel herauszugreifen. Vielen Dank, Gerhard Stoltenberg! Nun hat Dieter Dombrowski aus Brandenburg das Wort.

Dieter Dombrowski: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Ich bin einer von denen, denen der Bundeskanzler vorhin gedankt hat, nämlich einer der kommunalen Mandatsträger aus den neuen Bundesländern. Ich bin Landrat im Landkreis Rathenow in Brandenburg. Der Herr Bundeskanzler hat sehr richtig bemerkt, daß die Bürger die CDU als Ganzes sehen. Das bedeutet, daß die kommunalen Mandatsträger für die Dinge im Guten wie im Bösen in Beschlag genommen und in die Verantwortung einbezogen werden, die die Bürger der CDU insgesamt zurechnen. Es gibt auch viel Lob von den Bürgern. Es ist nicht so - auch nicht in Brandenburg -, daß die Bürger der CDU in der Mehrheit unbedingt feindlich gegenüberstehen. Unsere Arbeit und vor allen Dingen die Verdienste der Union um die deutsche Einheit sind nicht vergessen.

Der Bundeskanzler hat aber auch gesagt, daß uns seitens der Bürger kritische Erwartung entgegengebracht wird. Deshalb müssen wir uns auch mit den unangenehmeren Dingen auseinandersetzen. Überall in den neuen Bundesländern - so auch bei uns - gibt es Probleme bei der Umstrukturierung der Betriebe. In der Region, in der ich Verantwortung trage, haben wir ein besonders großes Problem. Ich beziehe mich auf die Märkische Faser AG in Premnitz, die Ende vergangenen Jahres privatisiert wurde,

nachdem bereits unter der Verantwortung der Treuhand 4.000 Mitarbeiter entlassen werden mußten, was sowohl vom Betriebsrat als auch von den Betroffenen akzeptiert und als notwendig anerkannt wurde. Daß nun aber nach der erfolgten Privatisierung - der Betrieb hat jetzt noch 2.000 Beschäftigte -, nach fast einem Jahr privater Betreiberschaft der Betrieb wiederum vor dem Aus steht und erneut Kündigungen ins Haus stehen oder gar die Gesamtschließung ansteht, ist den Bürgern nicht verständlich zu machen.

Im Land Brandenburg haben wir Herrn Stolpe als „ausgezeichnete" Persönlichkeit, wie vorhin schon angemerkt wurde, der es zusammen mit seinem Kabinett weidlich ausnutzt, die Verantwortung für jedes Detail der Mißwirtschaft der Vergangenheit wie auch der Gegenwart Bonn und der CDU zuzuweisen. Wir haben als CDU bei uns in der Region Probleme, damit fertig zu werden. Natürlich gibt es auch Dinge, die wir nicht verstehen. Wir meinen auch, daß nicht jede Entscheidung, die die Treuhandanstalt trifft, automatisch weise und klug und bis ins letzte durchdacht ist. Hier muß auch Nachbesserung möglich sein.

Am nächsten Donnerstag werden 1.200 Bürger aus Rathenow nach Bonn fahren - in Potsdam waren sie schon -, um dort um Verständnis für ihr Anliegen zu werben, Arbeitsplätze und auch den Industriestandort zu erhalten. Ich möchte an dieser Stelle den Herrn Bundeskanzler, seine Kabinettsmitglieder und auch die Unionsfraktion bitten, sich der Sorgen und Nöte der Bürger, die aus Rathenow angereist kommen und die als Zeichen des guten Willens in ihrem Troß auch zwei Kapellen haben, um Stimmung zu machen, in angemessener Weise anzunehmen. Ich wiederhole: Die Bürger in Brandenburg sind der CDU gegenüber nicht automatisch feindlich eingestellt. Die Bürger erkennen unsere Leistungsfähigkeit als Partei der Sozialen Marktwirtschaft und der deutschen Einheit sehr wohl an. Es muß aber auch die Möglichkeit bestehen, daß auf die Sorgen und Nöte und auf die Fragen der Bürger von kompetenten Persönlichkeiten unserer Partei, die wichtiger sind als ein Landrat oder ein Bürgermeister, angemessen Antwort gegeben wird. - Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Klaus Töpfer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dombrowski. Das Wort hat nun Kurt Biedenkopf.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Herr Präsident! Herr Bundeskanzler, lieber Helmut Kohl! Liebe Delegierte! Ich möchte meinen Diskussionsbeitrag - ebenso wie unser Fraktionsvorsitzender Herbert Goliasch - mit einem Wort des Dankes beginnen. Wir sind jetzt zwei Jahre an der Arbeit. Am 14. Oktober 1990 waren die Landtagswahlen; am 8. November 1990 hat sich dann die Regierung konstituiert. Diese Arbeit hätten wir ohne drei Voraussetzungen nie leisten können: erstens ohne die Mitarbeit der Menschen im Land selbst, zweitens ohne die Mitarbeit vieler Hunderter, um nicht zu sagen: Tausender, die aus Westdeutschland in die ostdeutschen Länder gekommen sind, und drittens ohne die Steuerzahler im Westen.

(Vereinzelt Beifall)

Für diese Leistungen möchten wir danken.

Es wird viel über die Lasten geredet. Lassen Sie mich aber einmal einen anderen Aspekt ansprechen. Ich kenne inzwischen Hunderte und aber Hunderte Westdeutsche, die nach Ostdeutschland gekommen sind und überhaupt nicht wieder weg

wollen, weil sie der Meinung sind, daß es eine großartige Aufgabe ist, Ostdeutschland wieder aufzubauen, den Schutt wegzuräumen und aus Ostdeutschland eine der modernsten Regionen Deutschlands zu machen.

(Beifall)

Es sind diese Männer und Frauen, die ein ganzes Stück Motivation ins Land bringen.

Ich möchte mich bei den Steuerzahlern bedanken. Ich möchte mich aber vor allem auch bei der Versichertengemeinschaft, bei den Versicherten der Sozialversicherungssysteme bedanken. Dort wird über höhere Beiträge eine wesentliche Grundlage für die soziale Sicherheit im Osten gelegt. Wenn es heute ein Stück gelebte Solidarität im geeinten Deutschland gibt, dann ist es die Solidarität der Sozialsysteme mit rund 50 Milliarden DM Transfer von West nach Ost.

(Beifall)

Meine Freunde, Wolfgang Schäuble hat am Ende seiner Rede gesagt, die Einheit zu vollenden und unser Volk zusammenzuführen und auch zusammenzuhalten sei die große Aufgabe der Union. Dazu möchte ich wenige Sätze sagen. Wenn dies die Aufgabe ist, müssen wir sie zunächst richtig beschreiben. Ich höre in der Debatte über die deutschen Einheit ständig Worte wie Opfer, Verzicht, Belastung oder Einsparen. Ich glaube, wir sollten uns einmal überlegen, worum es wirklich geht. Wenn wir in unseren Haushalten einsparen, dann sparen wir doch für etwas ein. Das heißt, wir wollen mit dem Geld, was wir dort nicht ausgeben, etwas anderes bewirken. Wir sind der Meinung, daß das andere wichtiger ist. Wir sparen also etwas für einen wichtigeren Zweck ein. Dieser wichtigere Zweck ist die Vollendung der deutschen Einheit. Dies ist eine große nationale Aufgabe.

Ich höre immer wieder etwas von Opfer und Verzicht. Abgesehen davon - der Herr Bundeskanzler hat es schon mehrfach gesagt -, daß wir aus den Gründen der deutschen Einheit opfergebeugte Bürgerinnen und Bürger noch nirgends sehen können,

(Beifall)

ist zu sagen, daß es keine Opfer sind, wenn man sich für eine große Aufgabe in seinen bisherigen Möglichkeiten begrenzt. Denn man gewinnt etwas dafür.

Lassen Sie uns doch einmal darüber reden, was man gewinnt. Wir haben in den letzten anderthalb Jahren über die deutsche Einheit vorwiegend unter Gesichtspunkten der Wirtschafts- und Finanzpolitik diskutiert. Das ist auch richtig so. Aber in Ostdeutschland wird zunehmend gefragt, ob das Geld denn wirklich alles ist, oder ob wir nicht noch eine ganze Menge mehr gewonnen haben. Dazu will ich gleich noch etwas sagen.

Warum sollen wir diese Leistungen erbringen? Das müssen wir den Bürgern in Westdeutschland natürlich erklären. Daran hat es in letzter Zeit auch gefehlt. Wir reden von der Solidarität aller Deutschen. Wir haben die Einheit versprochen. Die Verfassung hat uns in ihrer Präambel, wie sie bis zum Einigungsvertrag gegolten hat, die Aufgabe auferlegt, die Einheit in Freiheit zu vollenden. Diese Aufgabe erfüllen wir jetzt. Es ist eine Aufgabe des ganzen deutschen Volkes.

Wir haben die Folgen eines verlorenen Krieges zu übernehmen, Folgen, die die Ostdeutschen sehr viel härter getroffen haben als die Westdeutschen. Aber vor allem erbringen wir doch diese Leistung, übernehmen wir doch diese Aufgabe, weil sie in

unser aller Interesse liegt. Sie liegt in unser aller Interesse, weil wir auf diesem Weg wieder zu einem gemeinsamen Volk werden und weil die Alternative zu dem, was wir hier gemeinsam tun, für uns alle unakzetabel wäre. Stellen wir uns doch einmal vor, was es bedeuten würde, wenn wir die Aufgabe nicht als eine gemeinsame Aufgabe annähmen, wenn wir uns nicht gemeinsam für den Aufbau Ostdeutschlands einsetzten!

Was haben wir zu leisten? Im wirtschaftlichen Bereich gibt es drei große Komplexe: erstens die Transferleistungen von West nach Ost. Diese Leistungen können wir nach unserer Überzeugung aus den laufenden Haushalten finanzieren. Wir haben zweitens den Aufbau der Infrastruktur zu leisten. Dafür kann man Kredite in Anspruch nehmen, wie wir es auch in Westdeutschland gemacht haben. Drittens haben wir die Erblast zu tragen, von der der Bundeskanzler bereits gesprochen hat. Aber wir haben auch große Investitionen im privatwirtschaftlichen Bereich zu leisten. Wir müssen eine ganze Wirtschaft wieder neu aufbauen. Das wird eine moderne Wirtschaft werden. Wir werden damit den Standort Deutschland verbessern. Wir werden in Ostdeutschland etwa so viel im privatwirtschaftlichen Bereich investieren müssen, wie wir in der westdeutschen Wirtschaft in anderthalb Jahren investieren, also rund 900 Milliarden Mark. Das wird eine Veränderung unserer Wirtschaftsstruktur auslösen. Die Investitionsgüterindustrie wird gestärkt werden. Wir werden neue Technologien entwickeln können, wir werden neue Methoden anwenden können. Wir haben in den ostdeutschen Bundesländern schon eine ganze Reihe von Investoren, die neue Wege gehen; und das bedeutet gleichsam eine Modernisierung unseres ganzen Volkes. An dieser Modernisierung haben wir alle ein Interesse, wenn wir wollen, daß unser Volk im weltweiten Wettbewerb Spitze bleibt. Das kann man auch ein Stück durch den Aufbau Ostdeutschlands leisten.

Die Frage, ob wir uns das leisten können, wird immer wieder gestellt. Die Antwort ist eindeutig: Ja. Die Aufgabe, vor der wir stehen, ist nicht, riesige Opfer im wirtschaftlichen Sinne zu bringen, sondern ist, den Konsum ein Stück zurückzunehmen und die Investitionen ein Stück zu steigern. Das haben wir in den 50er und 60er Jahren fertiggebracht, als wir Westdeutschland aufgebaut haben, und das werden wir wieder fertigbringen, wenn wir jetzt Ostdeutschland aufbauen.

(Beifall)

Was sind die Widerstände? Meine Freunde, die Widerstände sind nicht objektive wirtschaftliche Grenzen. Die Widerstände sind die Besitzstände, sind unsere bisherigen Gewohnheiten.

(Beifall)

Ich habe mir das modellhaft einmal so vorgestellt: Westdeutschland hat sich in 40 Jahren hervorragend entwickelt. Wir haben alles aufs feinste geordnet, wir haben alles aufs sorgfältigste verteilt. Wir haben sichergestellt, daß jeder nach seinem Anteil auch am Zuwachs einen Anteil hat. Man kann das mit einem Mobile vergleichen, an dem hunderte von Einzelteilen hängen. Immer mehr sind dazugekommen, sorgfältig austariert. Wenn ich an diesem Mobile dort ziehe, wo „Polizistenbezahlung" steht, geht ein Vibrieren durch die ganze Konstruktion, und die Staatssekretärsbezahlung wackelt auch. Denn es ist alles miteinander verbunden.

In dieses Mobile hängen wir jetzt die Aufgabe „deutsche Einheit", und damit kommt das ganze Mobile alter Gewohnheiten durcheinander. Wir müssen jetzt mit einer

großen Kraftanstrengung eine neue innere Ordnung im geeinten Deutschland schaffen, und nur die Union kann das. Sonst kann das niemand!

(Beifall)

Die Sozialdemokraten sind unfähig, diese Aufgabe zu lösen.

(Zustimmung)

Sie haben nicht an die deutsche Einheit geglaubt. Sie glauben nicht an die Soziale Marktwirtschaft. Sie glauben nicht an die Kraft in unserem Land, und sie glauben nicht an sich selbst.

(Beifall)

Wenn man in dieser Weise geschwächt ist, kann man eine solche Aufgabe nicht erfüllen.

Was ist schließlich die Perspektive? Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben gehört – und ich stimme dem zu; wir haben das schon lange so gesehen –, daß der ganze Prozeß sehr viel länger dauert, als wir ursprünglich eingeschätzt hatten. Ich sehe darin überhaupt kein Unglück. Meine Erfahrung ist: Die größte Aufgabe, die uns in Deutschland bevorsteht, ist nicht die rein ökonomische oder finanzpolitische. Wir müssen von der Vorstellung wegkommen, daß die Entwicklung der deutschen Einheit im wesentlichen ein finanz- und wirtschaftspolitisches Problem ist. Was wir im Begriff sind zu leisten, liebe Freunde, ist eine ähnlich große Aufgabe wie die Aufgabe in den 40er und 50er Jahren, ist die Ortsbestimmung und die Selbstbestimmung einer neuen Republik,

(Zustimmung)

die durch die deutsche Einheit aus zwei Teilen entstanden ist, die Ortsbestimmung des wieder geeinten Deutschland. In diesem wieder geeinten Deutschland spielt die Kultur, spielt unsere gemeinsame Geschichte, spielt unsere Verantwortung in Europa und für die Welt, spielt unsere von unseren Nachbarn eingeforderte Führungsleistung eine ebenso große Rolle wie die Fragen der Wirtschaft und der Finanzen.

(Beifall)

Lassen Sie uns nicht den Fehler machen – das ist eine dringende Bitte an uns alle –, daß wir das gebrochene Verhältnis zur Nation, das uns im geteilten Deutschland belastet hat und das uns veranlaßt hat, die wirtschaftlichen und sozialen Fragen ganz in den Vordergrund der Legitimation unseres Staates zu rücken, jetzt auf das geeinte Deutschland übertragen. Lassen Sie uns vielmehr die Chance der Einheit nutzen, um auch unser Verhältnis im Innern, unser Selbstverständnis von Deutschland neu zu definieren.

(Zustimmung)

Denn wenn wir das jetzt nicht machen, werden wir es nicht mehr fertigbringen.

(Beifall)

Deshalb möchte ich uns alle wirklich auffordern, von diesem Parteitag wieder in unsere Verbände zu gehen und allen, die zaudern und zögern, zu sagen: Die Wirtschaftskraft Deutschlands ist groß genug, um die Aufgabe zu lösen; es liegt an Euch, ob Ihr die Größe der Aufgabe begreift; fragt Euch einmal, wie wichtig die Besitzstände, für die Ihr Euch jetzt einsetzt, gemessen an dem sind, was zur Diskussion steht. – Dann sollten wir Botschafter der Zuversicht sein. Es geht nicht um Lasten, es geht um Herausforderungen. Es geht nicht um Mühen, es geht um Chancen.

Wenn wir diese Chancen nutzen, wenn wir um den richtigen Weg ringen, wenn die Menschen sehen, daß diese Union an die Kraft unseres Landes und an ihre Fähigkeit glaubt, dann werden wir die Schwierigkeiten überwinden, dann werden wir ohne Schaden für uns alle um den richtigen Weg streiten, und dann werden wir wirklich die Partei der deutschen Einheit werden. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Klaus Töpfer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kurt Biedenkopf. Das Wort hat Hans Filbinger, danach Volker Rühe, danach Angela Merkel.

Dr. Hans Filbinger: Herr Tagungspräsident! Lieber Helmut Kohl! Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte vor Ihnen über eine Zeiterscheinung sprechen, die Sie alle kennen. Es geht bei uns in der Bundesrepublik die Rede um, die Zeit der großen Volksparteien sei vorbei; die SPD bleibe bei ihren rund 30 %, aber auch die CDU bewege sich nach unten und werde möglicherweise ebenfalls in dieser Größenordnung landen. Daraus wird der Schluß gezogen, die große Koalition im Jahr 1994 sei gewissermaßen programmiert.

Hinter dieser Prognose, meine lieben Parteifreunde, steht natürlich Wunschdenken. Sie wird von bestimmten Medien mit Fleiß gepflegt. Sie dient natürlich auch zur Verunsicherung der CDU.

Wir sollten in unseren Reihen einem solchen Gerede und einer solchen Prognose unter keinen Umständen Vorschub leisten.

(Beifall)

Diese These ist nämlich grundfalsch und gefährlich. Denn die großen Probleme, die vor uns stehen und gelöst werden müssen, erfordern eine starke und große Volkspartei der Mitte, eine Partei, die sich zu den christlichen Grundsätzen bekennt, und die die Kraft hat, die Soziale Marktwirtschaft in die Wirklichkeit umzusetzen. Diese Partei ist in der Zukunft genauso nötig wie bisher.

Ich stelle die Frage: Wo wären wir denn in den letzten zehn Jahren geblieben, wenn wir eine große Koalition gehabt hätten und nicht die Koalition, die Helmut Kohl mit sicherer Hand handlungsfähig geführt hat?

Etwa bei der Nachrüstung im Jahr 1982: Heute wissen wir, sie war entscheidend dafür, daß der Ost-West-Konflikt und der Kalte Krieg beendet wurden, ja, daß der Abbau der Sowjetunion, dieses Vielvölkerimperiums, begonnen hat. Mit der SPD war das nicht zu machen. Sie hatte über dieser Frage ja ihren eigenen Kanzler, Helmut Schmidt, gestürzt.

Und wie war es bei der Herstellung der deutschen Einheit? Wer wagt, zu sagen, wir hätten sie auch mit der SPD so gut und so schnell bekommen? Die Antwort darauf ist: im Ernst doch niemand.

Also, meine lieben Freunde: In den großen Schicksalsfragen, die am Ende dieses Jahrhunderts zu unseren Gunsten entschieden werden konnten, wäre die SPD nicht der Träger der notwendigen politischen Entscheidungen gewesen. Aber die CDU war es.

Wieso sollten wir dann einem Gerede die Möglichkeit zur Ausbreitung geben, in der Zukunft könnte man das anders machen und die SPD hereinnehmen?

Es geht in der Zukunft ja um Riesenaufgaben, die hier beschrieben worden sind: die Vollendung der deutschen Einheit und die Weiterentwicklung Europas zur politischen Einheit. Mit einer Partei, die so zerrissen ist wie die SPD, ist das nicht zu schaffen.

Weil das so ist, ergibt sich für uns als Partei die notwendige Folge: Wir müssen so stark werden, daß wir eine große Koalition im Jahr 1994 nicht brauchen.

(Vereinzelt Beifall)

Das bedeutet, daß wir die Wähler zurückgewinnen müssen, die uns bei einigen Landtagswahlen ihre Stimme versagt haben. Ich kenne diese Kreise. Wahrscheinlich kennen auch Sie sie. Ich kenne sie besonders aus dem Land Baden-Württemberg. Die Motive sind in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich dieselben.

Diese Stimmen sind nicht endgültig verloren. Man kann sie zurückgewinnen. Aber das ist nicht leicht. Wir müssen dazu eine grundsätzliche Strategie entwickeln.

Dafür sehe ich zwei Voraussetzungen. Über die eine ist heute schon viel gesprochen worden: die Lösung der Asylfrage. Ich brauche in dieser Hinsicht dem nichts hinzuzufügen, was unser Bundeskanzler und Parteivorsitzender, was Freund Schäuble und was der Generalsekretär gesagt haben. Diese Frage muß gelöst werden. Jeder Mensch draußen in der Bundesrepublik erwartet ihre Lösung im Sinn der Bundesrepublik Deutschland und im Sinn dessen, was die CDU erarbeitet hat.

Als ich heute früh mit dem Taxi von meinem Hotel hierher fuhr, fragte mich der Taxichauffeur: Gehen Sie auch zu diesem Kongreß? Dann sorgen Sie doch einmal mit dafür, daß damit endlich Schluß ist und daß die Zuwanderung gestoppt wird! Das macht doch kein Mensch weiter so mit, wie es bisher läuft.

Die andere Folgerung geht dahin: Die CDU muß ihr Profil als christliche Volkspartei so deutlich machen, daß sich die Menschen draußen in dieser Partei wiedererkennen und daß diese Partei jeden Anschein vermeidet, sie mache Konzessionen an den Zeitgeist.

Dazu darf ich über etwas sprechen, liebe Parteifreunde, woran sich viele Menschen, vor allem wertkonservative Wähler, stoßen. Ich meine das Reden von der sogenannten multikulturellen Gesellschaft. Dieser Begriff, meine Freunde, ist unscharf und schillernd; er stiftet Verwirrung und Ängste. Und das ist unnötig.

(Vereinzelt Beifall)

Er enthält zum einen die Feststellung, daß wir Deutschen in unserem Land nicht allein sind. Das ist eine pure Selbstverständlichkeit. Dieser Begriff wird aber auch so verstanden, als lüden wir Menschen in anderen Ländern und Kontinenten gewissermaßen zur unbegrenzten Zuwanderung ein, ohne darüber zu wachen, daß das Maß nicht überschritten wird, das in Stadt und Land von den Bürgern getragen werden kann.

Meine Freunde, hier wird Verwirrung gestiftet. Wir sollten das unterlassen. Es ist kein Wunder, daß Mißverständnisse entstehen, daß sich Widerstand erhebt, daß Angst aufkommt, daß Bürger bei uns sagen: Wenn so viele Fremde unbegrenzt zu uns kommen, was wird dann aus uns? Was wird aus unserer Eigenart? Müssen wir unsere Sitten und Gebräuche einschränken? Verlieren wir möglicherweise sogar einen Teil unserer nationalen Identität? Diese Sorgen sind in der Welt, und wir müssen sie respektieren.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich noch etwas Grundsätzliches sagen. Wir Christdemokraten haben die Konsequenzen aus dem Zusammenbruch der sozialistisch-marxistischen Ideologie noch nicht ganz gezogen.

Der real existierende Sozialismus ist nicht nur an seiner maroden Wirtschaft gescheitert, nicht nur wegen seiner aggressiven Expansionspolitik, sondern auch wegen seiner Ideologie, die auf dem überholten materialistischen Denken beruhte. Diese Ideologie, meine Freunde, ist nicht auf die Länder des Ostblocks und der Sowjetunion beschränkt gewesen; der Marxismus hat auch bei uns Propaganda gemacht, er hatte auch bei uns Konjunktur, insbesondere nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die 68er-Bewegung war von marxistischer Ideologie gespeist. Der darauf vielfach gründende Zeitgeist hat die christliche Politik denunziert, als sei sie überholt, als sei sie eine Sache für Randgruppen, als sei sie letzten Endes eine Sache für Hinterwäldler.

Meine Damen und Herren, die Geschichte hat jedoch anders entschieden. Sie hat gegen die Marxisten und für die christlichen Grundwerte entschieden. Das darf ein Grund der Ermutigung für uns sein, meine Freunde.

(Beifall)

Das kann uns veranlassen, daß wir in der Zukunft mit voller Kraft, ohne jedes Wackeln mit dem Zeitgeist, die Positionen kämpferisch vertreten, die mit den Grundwerten zusammenhängen.

Unsere Partei hat sich den Kampf um das Lebensrecht der Ungeborenen weiß Gott nicht leichtgemacht. Aber ebenso wahr ist, daß die Abstimmung in der Fraktion bei Wertkonservativen große Mißverständnisse und Irritationen ausgelöst hat.

Meine Freunde, Schutz von Ehe und Familie ist auch ein neuraligscher Punkt für uns. Wenn dabei sogenannte Lebensgemeinschaften gleichgestellt werden sollen, trifft uns das empfindlich. Dann erfolgt eine Relativierung einer unserer Werte, die wir keineswegs preisgeben können.

(Beifall)

Wenn wir in der Öffentlichkeit von einer Lawine von Pornographie überschwemmt werden, meine Damen und Herren, ist das auch etwas, was im Grunde den Schutz der Jugend durchlöchert und was uns Christen daran hindert, eine Erziehung an die Jugend heranzubringen, die sich von einer solchen Dekadenz und zerstörerischen Macht, wie wir sie in bestimmten Medien vielfach erleben, frei weiß.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, lassen Sie mich das Fazit ziehen! Ich meine, wir sollten die großen Umbrüche als einen Sieg derjenigen Grundauffassungen verstehen, auf die die Christlich Demokratische Union gegründet ist. Wir haben allen Grund, in der Zukunft kämpferisch, offensiv unsere Positionen zu vertreten und jede Anpassung an den Zeitgeist zu vermeiden. – Danke schön.

Prof. Dr. Klaus Töpfer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Filbinger! Ich darf mit Respekt nur erwähnen: Unser Parteifreund Filbinger steht im 79./80. Lebensjahr. Er war Nachfolger von Kurt-Georg Kiesinger. Ich glaube, das ist ein Stück aus der Geschichte unserer Partei, die auch heute wieder deutlich gemacht hat, welche Positionen damit verbunden sind. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich darum bitten – ich weiß, was ich damit von den nachfolgenden Rednern erbitte –, daß man sich kurz faßt. Hier liegen jetzt nahezu 50 Wortmeldungen vor. Das ist ein gutes Zeichen, eine gute Sache. Aber

sie wird zu einer schwierigen Angelegenheit, wenn jeder zu lange spricht. Deswegen noch einmal die ganz herzliche Bitte, daß sich die jetzt folgenden Redner auch wirklich so kurz wie irgendmöglich fassen.

Ich gebe das Wort an Volker Rühe. Ihm folgt Angela Merkel.

Volker Rühe: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Es ist zwar schon ein gutes halbes Jahr her, daß ich aus dem Amt des Generalsekretärs ausgeschieden bin; aber dies ist der erste Parteitag danach. Deswegen möchte ich all denjenigen sehr herzlich danken, mit denen ich zusammenarbeiten konnte. Das war eine spannende Zeit, es war gelegentlich auch eine sehr schwierige Zeit; aber es war immer eine schöne Zeit. Mein besonderer Dank gilt Helmut Kohl für die enge Zusammenarbeit, vor allen Dingen auch im September/Oktober 1989, kurz nachdem ich das Amt übernommen hatte. Wenn wir ehrlich sind, ist es zwar richtig, daß die CDU die deutsche Frage immer offengehalten hat; aber gerade in den Köpfen derjenigen von meiner Generation und Jüngerer hat es Spuren der Nachkriegsordnung und zum Teil auch Kristalle gegeben. Deswegen war es faszinierend, mitzuerleben und mitzugestalten, wie im November 1989, als sich die historische Chance bot, die Wiedervereinigung zum ersten Mal wirklich als ein konkretes Ziel der deutschen Politik in Angriff genommen wurde. Heute haben wir es mit den Problemen zu tun, die wir uns immer gewünscht hatten.

(Beifall)

Peter Hintze, mein Dank für das, was du gesagt hast. Meinen Glückwunsch zu deiner Rede! Viel Freude an deinem Amt! Meine Unterstützung wirst du jederzeit haben. Alles Gute, lieber Peter Hintze!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die großen Probleme, vor denen wir stehen, verstellen uns manchmal den Blick dafür, wieviel sich in Europa in den vergangenen Jahren zum Positiven verändert hat. Wir erleben einen radikalen Umbruch, der unser Leben verändert hat. Nichts ist mehr so, wie es einmal war. Die Kräfte, die durch den Ost-West-Konflikt gebunden waren, sind jetzt für neue Aufgaben frei geworden. Die neugewonnene Freiheit eröffnet uns Europäern die einmalige Chance, unsere Zukunft ohne Bedrohung zu gestalten. Kein Volk in Europa hat so sehr von diesem Wandel profitiert wie gerade wir Deutschen. Deutschland ist nicht nur wiedervereint; es hat auch einen dramatischen Zugewinn an Sicherheit erfahren. Deutschland, unser Land, lebt heute nicht mehr in strategischer Reichweite eines zur strategischen Offensive und Landnahme befähigten Staates. Das deutsche Sicherheitsdilemma der Nachkriegszeit, der Widerspruch, auf der einen Seite die schützende nukleare Abschreckung, auf der anderen Seite die Gefahr, nukleares Schlachtfeld zu werden, dieses Sicherheitsdilemma der Nachkriegszeit hat sich aufgelöst. Deutschland ist kein Frontstaat mehr, sondern umgeben von Freunden und Partnern.

Unsere Chancen zu nutzen und dabei mitzuhelfen, die großen Hoffnungen der Menschen in Europa zu verwirklichen, dafür stehen wir jetzt auch in einer besonderen internationalen Verantwortung. Wer sich die heutige internationale Lage anschaut, der sollte nicht vergessen, wie viele Kräfte in der Vergangenheit unproduktiv im Kalten Krieg gebunden waren. Die Konfrontation in Europa war auch eine gigantische Kräfteverschwendung. Diese Kräfte sind jetzt frei, und wir müssen sie für den Aufbau des Europas nutzen, das wir uns immer gewünscht haben.

(Beifall)

Das heißt, wir müssen neben den Problemen viel stärker, wie Kurt Biedenkopf es soeben gesagt hat, auch die Gestaltungschancen sehen. Es ist gar keine Frage – die Nachbarn erwarten das von uns –: Deutschland muß eine Schlüsselrolle beim Aufbau des neuen Europas spielen.

Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands ist aber die Voraussetzung für Stabilität, für Wohlstand, für soziale Sicherheit und die internationale Handlungsfähigkeit des vereinten Deutschlands nach außen. Dieses Ziel zu erreichen, erfordert zuallererst Klarheit darüber, was sich verändert hat, was auf uns zukommt und was wir tun müssen. Ich meine, es zeigt sich, daß auf diesem Parteitag auch Signale in dieser Richtung kommen: Wir dürfen nicht dogmatisch am einmal eingeschlagenen Kurs festhalten. In den Grundfragen liegen wir richtig. Aber nach zwei Jahren Einheit brauchen wir auch den Mut zu einer Kurskorrektur, wo immer das nötig ist. Wir brauchen den notwendigen Abgleich mit der Realität. Das heißt, wir müssen uns immer wieder fragen: Wo können wir im Einheitsprozeß noch etwas schneller machen, wo können wir es richtiger machen? Wir schulden es unseren Mitbürgern, daß wir in dieser Weise undogmatisch eine neue Stufe in diesem Einigungsprozeß beginnen. Denn ich finde, wir sollten uns von niemandem dabei übertreffen lassen, die Schwierigkeiten, die immer noch vor uns liegen, offen anzusprechen:

Nur wenn wir klar sagen, was auf uns zukommt, können wir auch alle Kräfte der Gesellschaft mobilisieren. Politisch führen heißt auch immer, Schneisen des Verständnisses zu schlagen in eine Welt, die immer unübersichtlicher zu werden scheint. Nur wer so führt und handelt, kann als Partei auch glaubhaft die Frage stellen: Wem traut ihr denn am ehesten zu, mit diesen Schwierigkeiten fertig zu werden?

Wer regelmäßig in den Osten Deutschlands geht, für den ist es keine Frage: Es tut sich etwas in Deutschland; jeder kann das sehen und fühlen. Aber richtig ist auch: wenn wir diesen Einigungsprozeß beschleunigen wollen, dann muß noch einmal ein Ruck durch unsere Partei gehen, dann muß noch einmal ein Ruck durch Deutschland gehen, damit wir noch schneller die Schwierigkeiten auf diesem Wege beseitigen können.

(Beifall)

Das heißt, wir brauchen einen neuen Impuls für die finanzielle Absicherung des Einheitsprozesses. Gerade in unruhiger Zeit dürfen wir nicht nur auf Sicht fahren. Es geht um eine klare und verläßliche Perspektive, die über die ganzen 90er Jahre trägt, und es geht auch um eine gerechte Verteilung der Lasten, die damit verbunden sind.

Was wir auf dem Dresdner Parteitag beschlossen haben, muß endlich durchgesetzt werden. Jede Ausgabe in Deutschland muß neu gerechtfertigt werden. Im vereinten Deutschland müssen andere Prioritäten gelten als bisher. Und die größten Widerstände, mit denen wir es zu tun haben, liegen in der Tat in dieser „Weiter-so-Mentalität". Wir erleben das in den Wahlkreisen, auch in meinem eigenen: Da wird für 50 Millionen Mark der Rückbau einer Straße veranstaltet. Das ist die „Weiter-so-Mentalität" der Kommunen!

Aber wer an einem Jagdflugzeug festhält, das zum Höhepunkt des Kalten Krieges konzipiert war, dem muß man sagen: Du bist auch in einer „Weiter-so-Mentalität"!

(Beifall)

Deswegen war es richtig, hier einzugreifen.

(Beifall)

Es ist ja wohl auch richtig, daß uns allen in Europa das Geld fehlt. Ich glaube nicht, daß die Deutschen schon am ärmsten dran sind. Deswegen bleibt es dabei: Wir brauchen ein Flugzeug, das in die Zeit paßt, das sich auch einpaßt in den Einigungsprozeß in Deutschland und das wir militärisch neu gewichten müssen auf Grund der veränderten Lage in Europa. Wenn wir das tun, dann haben wir auch die Unterstützung für die neuen Aufgaben, die auf Deutschland zukommen.

Die Armee der Einheit zu formen, das war wohl eine der schwierigsten Aufgaben des Einigungsprozesses. Zwei Armeen, die sich in feindlichen Bündnissen gegenüberstanden, waren darauf vorbereitet, aufeinander zu schießen, und manchmal ist ja bezweifelt worden, ob die Deutschen aufeinander schießen. Wer sieht, was es im Osten Deutschlands an Präsenz, an Munition und an Material gegeben hat, der kann keinen Zweifel daran haben, was für eine Tragödie es gegeben hätte, wenn es uns nicht gelungen wäre, den Frieden zu erhalten. Aber seit dem 3. Oktober haben wir gelernt, gemeinsame Verantwortung für dieselbe Sache zu tragen.

Ich möchte hier auch einmal wirklich ein Wort des Respektes an meinen Vorgänger Gerhard Stoltenberg sagen, dem wir ganz entscheidend diesen erfolgreichen Verlauf des Einigungsprozesses der beiden deutschen Armeen zu verdanken haben.

(Beifall)

Die Zeit ist ja schnellebig, lieber Gerhard Stoltenberg, aber ich habe das ja damals verfolgt: Es gab Politiker, die waren bereit, Unterschiede zwischen Ost und West zu machen, sogar zu sagen, die Wehrpflicht bleibt in Westdeutschland, aber nicht in Ostdeutschland, die gesagt haben: keine westdeutschen Soldaten nach Ostdeutschland. All das ist damals von der CDU, von Gerhard Stoltenberg, von Helmut Kohl abgewehrt worden. Und heute ist diese Armee der Einheit weiter als weite Bereiche der Gesellschaft.

Wenn wir uns auf diese verfehlte Politik eingelassen hätten, wir hätten die Spaltung in wichtigen Bereichen besiegelt. Ich höre so manches in dieser Richtung, wenn ich heute Soldaten im Osten besuche und mit ihnen spreche; einer hat es – in Belitz – am besten zusammengefaßt: Wissen Sie, wenn wir im Leo II sitzen, dann gibt es keine Ossis und Wessis! – Ich weiß, in den Parteivorständen ist das schwieriger als in der Enge eines Panzers. Aber vielleicht können wir auch das eine oder andere aus dem lernen, wie die Soldaten in dieser Armee der Einheit miteinander umgehen, wie sie zueinander gefunden haben.

(Beifall)

Die Bundeswehr hat auch ernst gemacht mit der Forderung, die Teilung durch Teilen zu überwinden. Allein im kommenden Jahr 5 Milliarden D-Mark! Wenn Sie heute auf die Hardthöhe kommen – ich lade Sie alle sehr herzlich ein, da sehen Sie Gebäude, von denen denken Sie, Sie seien im Jahre 1946. Wir haben alle Bauarbeiten eingestellt. Dieses Geld wird im Osten Deutschlands eingesetzt. Das ist Teilung durch Teilen überwinden! Manche Kommune und manches Land können sich ein Beispiel nehmen an der Haltung der Soldaten!

(Beifall)

Die Einheit vollenden! Aber dennoch, wir dürfen uns nicht nur mit uns selbst beschäftigen. Unser Land muß seine Rolle auf der weltpolitischen Bühne neu bestimmen. Wir müssen genau die Verantwortung übernehmen, die uns als souver-

änem Mitglied der Völkergemeinschaft zufällt. Dazu gehört auch, daß wir unserer Verantwortung für die Sicherheit Europas gerecht werden.

Wenn es um wichtige deutsche und europäische Interessen geht, um Frieden, um Völkerrecht, wenn Menschenrechte gefährdet sind, dann können eben unsere deutschen Schiffe nicht aus dem fahrenden Verband ausscheren. Ich habe mich in diesem Sommer von der ersten Minute an dagegen gewandt, unserem deutschen Schiff „Bayern" den Befehl zu geben, nach Hamburg zu fahren, während alle anderen Schiffe der verbündeten Staaten in die andere Richtung fahren, um zu helfen, daß der Krieg in Jugoslawien erstickt wird. Das war das richtige Signal, – obwohl die Sozialdemokraten zum Verfassungsgericht gegangen sind. Und wenn es darum geht, daß Flugzeuge humanitäre Hilfe leisten: wenn andere weiterfliegen, dann dürfen unsere Flugzeuge nicht am Boden bleiben, wenn Menschenleben zu retten sind.

Es ist richtig: wir haben noch Defizite, und wir müssen klarstellen, daß wir Blauhelm-Aufgaben übernehmen, daß wir auch friedenschaffende Aufgaben auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen übernehmen. Aber ich muß doch denjenigen, die immer noch behaupten, die anderen halten ihren Kopf hin und die Deutschen zücken die Geldbörse, sagen, daß das so nicht mehr ganz stimmt. Unsere Piloten fliegen sehr gefährliche Aufträge nach Sarajewo, und sie retten das Leben von Hunderten von Menschen. Ich bin stolz darauf, daß sie dasselbe Risiko tragen wie ihre Kameraden aus England, aus Frankreich, aus den Vereinigten Staaten. Das sollten wir auch wissen und nicht mehr davon sprechen, daß wir nur die Geldbörse zücken. Nein, wir tragen dasselbe Risiko auf den Flügen nach Sarajewo!

(Beifall)

Und wir haben Soldaten in Kambodscha, die dort einen wichtigen und nicht ungefährlichen Auftrag durchführen. Wir haben Heeresflieger im Irak, und wir haben Soldaten, die versuchen, die Hungersnot in Somalia zu bekämpfen.

Wir wollen auf diesem Wege weitergehen, und die Frage, die wir uns als Europäer stellen müssen, ist doch: Kann ich es auf Dauer begründen, daß ein 19jähriger Deutscher ein geringeres Risiko für die Sicherheit Europas trägt als ein 19jähriger Franzose? Wie kann ich es denn begründen, daß der Abiturient aus Straßburg vielleicht sein Leben für die Sicherheit Europas riskiert, aber der Abiturient aus Kehl beiseite steht? Das kann nicht unsere Politik sein, und deswegen müssen wir auch an dieser Stelle klar sagen: Wer will, daß wir in Europa zusammenwachsen, der muß auch ja dazu sagen, daß deutsche Soldaten, daß deutsche Streitkräfte zusammen mit Franzosen und anderen dasselbe Risiko für die Sicherheit und für die Freiheit in Europa tragen. – Vielen Dank!

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Rühe! Sie haben sich zwar an die Empfehlung, kurz zu reden, nicht gehalten, aber trotzdem herzlichen Dank des Parteitages für Ihre Arbeit als ehemaliger Generalsekretär und als jetziger Bundesverteidigungsminister!

Es hat nun das Wort Frau Dr. Angela Merkel, Bundesministerin für Frauen und Jugend und stellvertretende Bundesvorsitzende.

Dr. Angela Merkel, Stellvertretende Vorsitzende der CDU (mit Beifall begrüßt): Frau Vorsitzende! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Ich bin in den letzten Monaten viel in den alten und neuen Bundesländern herumgefahren, habe an Veranstaltungen

mit Mitgliedern unserer Partei teilgenommen – in Ost und in West –, und ich habe neben dem Gefühl der Freude über die deutsche Einheit oft auch ein Gefühl der Unsicherheit über das, was kommt, gespürt und manchmal sogar ein bißchen Verdruß.

Ich möchte hier ganz zuerst von den jungen Leuten sprechen, mit denen ich mich in den letzten Wochen unterhalten habe, insbesondere in den neuen Bundesländern. Für viele dort ist es nicht so ganz einfach, ihre Identität zu finden, mit den Möglichkeiten und auch den Grenzen der Freiheit fertig zu werden, sie überhaupt erst mal kennenzulernen. Aus den in unserer gemeinsamen Gesellschaft vorhandenen Unterschieden entsteht bei ihnen oft Neid, und dann kommt es dazu, daß sie Gewalt gegen Schwächere anwenden.

Um es klarzustellen: Es gibt keine Entschuldigung oder gar Rechtfertigung für Gewalt. Jede Form von Gewalt zerstört die Grundlagen der Demokratie. Dennoch glaube ich, daß wir das Gespräch mit den jungen Leuten suchen müssen. Wir müssen uns mit ihnen über die Wurzeln von Gewalt unterhalten. Wir müssen ihnen vor allen Dingen – da sehe ich eine ganz herausragende Aufgabe der CDU – ein Wertesystem für ihr Leben vermitteln, das sie lehrt, mit ihren Ängsten und Unsicherheiten fertigzuwerden. Die meisten Jugendlichen suchen nämlich Orientierung.

Wir müssen ihnen klarmachen, daß Jugendpolitik, daß staatliches Handeln dies allein selbstverständlich nicht leisten kann, sondern daß es vor allen Dingen darauf ankommt, durch unsere Politik – Peter Hintze hat es schon gesagt – die Erziehungskraft der Familien zu stärken und Fortschritte durch ein Umdenken in unserer Bildungspolitik zu erreichen. Wir müssen den jungen Menschen deutlich machen: Individueller Lebensstil, Freiheit bedeuten nicht gleichzeitig Beliebigkeit. Deshalb meine ganz dringende Bitte an jeden von Ihnen: Halten Sie Kontakt zu jungen Menschen! Wir dürfen die jungen Leute nicht alleine lassen. Sie sind doch so etwas wie Seismographen für unsere Gesellschaft. Es reicht nicht, wie es im letzten Kinder- und Jugendbericht stand, daß Jugendliche am materiellen Wohlstand in unserer Gesellschaft teilhaben.

Wir Erwachsene müssen ihnen Zeit geben, Zuwendung zuteil werden lassen, wir müssen ihnen Orientierung geben.

Liebe Freunde, die Menschen in den neuen Bundesländern – es ist heute oft gesagt worden – mußten sich in fast allen Lebensbereichen umstellen. Manchmal werden sie auch ungeduldig. Auch im Westen wird selten gefragt: Wir haben doch nun die staatliche Einheit Deutschlands erreicht; wie lange müssen wir noch miteinander über die innere Einheit sprechen? Es ist heute auch gesagt worden: Zu einer ehrlichen Standortbestimmung gehört zuallererst, einmal zu sagen, was wir in den letzten beiden Jahren geschafft haben. Peter Hintze hat es auch gesagt: Wenn wir uns allein anschauen, was in der CDU in den neuen Bundesländern umstrukturiert wurde, dann, glaube ich, können wir stolz sein.

Wir können aus meiner Sicht vor allen Dingen stolz darauf sein, daß wir uns der Diskussion über die Vergangenheit gestellt haben. Es war ein schmerzhafter, aber unumgänglicher Prozeß. Ich muß Ihnen sagen: Ich bin stolz darauf, daß wir, die CDU, eigentlich die einzige Gruppe in der Gesellschaft sind, die das in aller Offenheit getan hat.

(Beifall)

Deshalb dürfen wir als Mitglieder der CDU auch die Frage stellen, was die Sozialdemokraten eigentlich betreiben, wenn sie immer noch einen Mann aus ihren Reihen nicht zu klaren Aussagen bewegen, wenn Ministerpräsident Stolpe immer noch scheinbar unberührt von allen Vorwürfen, Fragen und belastenden Hinweisen an seinem Amt festhält. Ich glaube, genau ein solches Verhalten ist es, daß die Glaubwürdigkeit von Politik und Parteien nachhaltig stört.

(Beifall)

Ich sage dies nicht aus parteitaktischen Gründen. Ich glaube vielmehr, daß mit einer solchen Haltung dem Verdrängen Vorschub geleistet wird. Dies wird uns spätestens von der nachfolgenden Generation sehr hart vorgehalten werden. Mich fragen heute schon 14- und 15jährige, was denn eigentlich so schlimm war an der DDR. Wenn wir nicht immer wieder ganz klar herausstellen, welch ein Unrechtsstaat diese DDR war, dann werden wir sehr viele Schwierigkeiten haben, den jungen Menschen die Probleme in unserer heutigen Zeit zu erklären.

(Beifall)

Warum tun wir uns an manchen Stellen so schwer mit der deutschen Einheit? Wir wissen, alles erfordert Zeit, vor allen Dingen die schwierige Beseitigung der Schäden aus 40 Jahren Diktatur, und es erfordert Geduld. Ich muß Ihnen sagen: Ich bin in den letzten beiden Jahren schon ein wenig zu der Erkenntnis gekommen, daß Geduld wohl nicht gerade eine der hervorstechenden deutschen Eigenschaften ist.

Aber was ich in den neuen Bundesländern für ausgesprochen wichtig halte, ist, daß wir jeden einzelnen Menschen am Erlebnis des Aufbaus der Demokratie und der Freiheit teilhaben lassen. Das bedeutet, daß es uns als CDU gelingt, die Menschen darin zu fördern, daß sie Initiative zeigen. Genau das war es, was ihnen 40 Jahre verboten wurde. Dies kann sich in einer Wirtschaftspolitik widerspiegeln, die eine ganz klare Mittelstandsförderung in den neuen Bundesländern zum Inhalt hat. Hier hat der einzelne dann die Möglichkeit, sich zu engagieren, sich zu beweisen. Daß uns das gelingt, setzt voraus, daß wir dort ansetzen, wo in den neuen Bundesländern die Bedingungen dafür gegeben sind.

Es reicht nicht, Bewährtes aus den alten Bundesländern einfach zu übernehmen. Wir müssen vielmehr schauen und fragen: Wie waren die Verhältnisse am Ende der DDR? Wo können wir mit den geeigneten Förderinstrumentarien ansetzen und die Initiative der einzelnen fördern?

Aber ich frage mich manchmal auch: Haben die Schwierigkeiten beim Aufbau nicht auch etwas mit Strukturen der alten Bundesrepublik zu tun? Sind Initiative, Leistungsbereitschaft, Gemeinwohlorientierung – die Grundprinzipien der alten Bundesrepublik – heute noch wirklich überall zu finden? Oder ist es nicht vielmehr so, daß nach 40 Jahren eigentlich ein eingespieltes und ausgewogenes Geben und Nehmen herrscht, daß alle, die an der Verteilungsdiskussion teilhaben, längst wissen, welchen Anteil sie in diesem oder jenem Jahr bekommen? Ich weiß, daß diese ausgewogene Stabilität des Verteilens ein ganz wichtiger Faktor ist, ohne den die deutsche Einheit überhaupt nicht hätte vollzogen werden können.

Ich möchte an dieser Stelle allen ganz herzlich danken, die im Zuge der deutschen Einheit und auch während der Trennung geholfen haben, immer wieder Kontakte in den neuen Bundesländern und in der ehemaligen DDR zu knüpfen. Wenn es nicht

diejenigen gegeben hätte, die unermüdlich Pakete gepackt haben, die Verwandtenbesuche gemacht haben, die Briefe geschrieben haben, dann würde uns heute die Schaffung der inneren Einheit noch sehr viel schwerer fallen, als es ohnehin schon der Fall ist.

(Beifall)

Ich möchte trotzdem noch einmal die Frage stellen: Ist diese alte Bundesrepublik an manchen Stellen nicht doch starr und unbeweglich geworden? Wenn wir zurückblikken, so stellen wir fest, daß es eigentlich die Christlich Demokratische Union war, die in den 40 Jahren Geschichte der Bundesrepublik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes fast alle wesentlichen Fragen der Entwicklung der Republik entschieden hat: die Soziale Marktwirtschaft, die Westintegration, die Wiederbewaffnung bis hin zum Festhalten an der deutschen Einheit.

Trotzdem hat sich jetzt vielleicht etwas eingeschlichen, was für mich immer an der Frage festzumachen ist: Wie ist es eigentlich mit der Freiheit, und wie ist es mit der Verantwortung? Ich habe oft den Eindruck, daß der einzelne für sich heutzutage in diesem Lande alle Freiheiten in Anspruch nimmt, daß aber dann, wenn es um die Verantwortlichkeiten geht, nach dem Staat gerufen wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, gerade dies ist es, was wir nicht zulassen dürfen. Bei einer Politik, die die CDU zu verantworten hat, muß bei jedem einzelnen Freiheit und Verantwortung zusammenkommen. Ansonsten werden wir scheitern.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir uns die Haltung der SPD in all den wichtigen Fragen ansehen, dann können wir nur zu der Erkenntnis kommen, daß wir die Partei sind, die die Gestaltung der deutschen Einheit übernehmen muß und übernehmen wird. Es liegt noch ein spannender Weg vor uns. Ich werde sehr häufig gefragt: Was kommt denn nun noch auf uns zu? Was müssen wir denn nun noch durchleben? Ich glaube, bei einer so wichtigen und spannenden Aufgabe, deren Erledigung uns auch niemand vorgemacht hat, ist es ganz klar, daß niemand bis ins letzte Detail die Frage beantworten kann, was noch auf uns zukommt.

Aber eines ist doch klar: Wir freuen uns über die deutsche Einheit. Wenn wir zusammenwachsen wollen, dann werden wir uns ab und an auch auseinandersetzen müssen. Ich halte das nicht für schlimm. Ich glaube überhaupt, daß ein freundschaftlicher Streit – Wolfgang Schäuble hat hier über Streit gesprochen – nichts Negatives ist. Lassen Sie uns in einer guten Kultur über den richtigen Weg zur deutschen Einheit miteinander streiten! Dann werden wir die innere Einheit auch bewältigen.

(Beifall)

Kurt Biedenkopf hat etwas gesagt, was ich zutiefst teile. Er sagte: Wir leben gemeinsam in einem neuen Land. Es gibt weder die alte Bundesrepublik noch – glücklicherweise – die ehemalige DDR. Außenpolitisch ist uns das in den letzten beiden Jahren ja längst klargeworden. In diesem Bereich hat sich sehr vieles verändert.

Aber innenpolitisch ist es immer noch ein schwieriger Weg.

Wenn wir die deutsche Einheit als das Leben in einem neuen Land wirklich alle miteinander wahrnehmen, werden wir die deutsche Einheit nicht ausschließlich als Belastung, als eine Form von Finanztransfers und Änderungen sehen, sondern dann

werden wir sie alle als eine Chance empfinden. Ich freue mich, daß ich bei dieser chancenreichen Arbeit mitmachen kann, und danke Ihnen recht herzlich.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Liebe Frau Merkel, wir danken Ihnen herzlich für Ihren Beitrag. Wir danken Ihnen vor allen Dingen für Ihre Arbeit für die Jugendlichen in den alten und in den neuen Bundesländern.

(Vereinzelt Beifall)

Nun spricht der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Erwin Teufel.

Erwin Teufel: Frau Präsidentin! Verehrte Damen! Liebe Parteifreunde! Mit Recht ist in diesen Tagen die außerordentlich erfolgreiche Arbeit von zehn Jahren Regierung Helmut Kohl gewürdigt worden. Zehn Jahre Regierung Kohl, das waren zehn Jahre Wirtschaftswachstum nach Jahren der Stagnation, zehn Jahre Politik für sichere Arbeitsplätze, für einen gerechten Familienlastenausgleich, für Erziehungsurlaub und Erziehungszeiten, für eine Sicherung der Renten. Diese Politik hat ihren Höhepunkt in der Wiedervereinigung Deutschlands gefunden. Das ist eine Bilanz, mit der wir guten Gewissens vor das deutsche Volk treten können und auf die die CDU insgesamt zu Recht stolz sein kann.

(Beifall)

Gleichwohl – darauf kommt es mir vor allem an – stehen wir jetzt vor einer Zeitenwende. Wir stehen vor Herausforderungen, die mit denen der Anfangszeiten unserer Republik und unserer Partei vergleichbar sind. Die Vollendung der deutschen Einheit, die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft in einer der schwierigsten konjunkturellen Lagen, die Neudefinition unserer Außen- und Sicherheitspolitik, die Schritte zur europäischen Integration, die Hilfen für die jungen Demokratien des Ostens, die nicht im wirtschaftlichen Elend versinken dürfen, die Armutsbekämpfung in der Dritten Welt: Das alles müssen wir praktisch gleichzeitig bewältigen. Ich glaube, daß der parlamentarischen Demokratie, daß den Parteien in Deutschland die härteste Bewährungsprobe bevorsteht.

Viele Bürger fühlen sich angesichts der Vielfalt und der Größe der Herausforderungen verständlicherweise überfordert. Sie sehen mit gemischten Gefühlen in die Zukunft. Wir spüren es alle: Die Tagesordnung der Politik hat sich in den letzten Monaten radikal geändert. Thema Nummer 1 ist die Lösung des Asyl- und Zuwanderungsproblems.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn der demokratische Staat und die ihn tragenden Parteien in dieser Frage nicht endlich ihre Handlungsfähigkeit beweisen, wenn die Zahl der Asylbewerber nicht drastisch zurückgeführt wird, wird dieses demokratische Gemeinwesen aus den Fugen geraten.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, für die CDU brauchte es die Erfahrungen der letzten Monate nicht. Seit mehreren Jahren kämpfen wir um eine Verfassungsänderung. Seit mehreren Jahren versagen sich SPD und FDP dieser Notwendigkeit. Die Folge ist, daß nicht nur die SPD und die FDP, sondern alle Parteien gleichermaßen in einen Topf geworfen und wegen der nicht gelösten Asylfrage mit Vorwürfen überschüttet werden. Die Schuld aber liegt bei der SPD. Sie muß endlich springen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Die Koalitionsfraktionen im Bundestag und die baden-württembergische Landesregierung haben Entschließungen verabschiedet, auf deren Basis ein Konsens aller Parteien zur Verfassungsänderung möglich sein müßte. Jetzt muß die SPD ihren Beitrag zu einer wirklichen Lösung des Problems leisten. Das Schlimmste, liebe Parteifreunde, was uns auf dem SPD-Parteitag passieren könnte, wäre ein Formelkompromiß, der in der Sache nichts bringt.

(Vereinzelt Beifall)

Die Enttäuschung der Bürger wäre noch größer. Wir brauchen auf diesem SPD-Parteitag keine Rettungsaktion Engholm, sondern eine Asyllösung, die greift.

(Vereinzelt Beifall)

Versagt die SPD hier, wäre das der Beweis für ihre Handlungsunfähigkeit und erst recht für ihre Regierungsunfähigkeit.

Liebe Freunde, natürlich steht es im Mittelpunkt der ganzen Aussprache, aber auch ich muß darauf zurückkommen: Die entscheidende Herausforderung, die jetzt vor uns liegt, ist die geistige, die wirtschaftliche, die finanzielle und die soziale Bewältigung der Erblast von 45 Jahren real existierendem Sozialismus. Alles, was wir dazu sagen, wird zunächst mit dem Bekenntnis beginnen müssen: Wir haben uns alle in der Dimension der Aufgabe geirrt. Der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern dauert ungleich länger, als von uns allen angenommen. Wir müssen den Menschen im Osten sagen, daß sie nicht in wenigen Jahren den Wohlstand erreichen können, für den wir im Westen vier Jahrzehnte gebraucht haben. Wir müssen den Menschen im Westen sagen, daß wir auf absehbare Zeit keine Einkommens- und Wohlstandszuwächse zu verteilen haben, weil wir denen solidarisch helfen müssen, die ohne eigenes Verschulden nur deshalb nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Schattenseite der Entwicklung waren, weil sie in die Sowjetische Besatzungszone geraten sind.

(Vereinzelt Beifall)

Was für die alten Bundesländer gilt, muß auch für die neuen gelten. Nicht jede finanzielle Forderung kann erfüllt werden. Aber jede Mark muß sinnvoll ausgegeben, und jede staatliche Ausgabe muß unter diesem Gesichtspunkt neu bedacht und kontrolliert werden. Angesichts der Krisenzeichen für die konjunkturelle Entwicklung und der beängstigenden Staatsverschuldung fürchte ich, daß wir in den nächsten Monaten zu Entscheidungen kommen müssen, die in ihrer Radikalität denen vergleichbar sind, die in Schweden binnen weniger Tage von der Regierung und der Opposition gemeinsam beschlossen wurden. Einsparungen müssen an erster Stelle stehen, bevor wir uns weiter verschulden und bevor wir in dieser Konjunkturlage Steuern erhöhen.

(Vereinzelt Beifall)

Aber niemand wird trotz der notwendigen Einsparungen am Hungertuch nagen müssen, meine Damen und Herren, und es wird auch keinen Stillstand der Politik geben. Deutschland wird weiter zu den führenden Industrie- und Wohlstandsnationen der Welt gehören, wenn wir jetzt zukunftsorientiert handeln.

Um die vor uns liegende Durststrecke überwinden zu können, brauchen wir einen neuen Anfang. Wir brauchen ein Gesamtkonzept, ein Stabilitäts- und Aufbauprogramm für Deutschland, das wirtschaftliches Wachstum im Westen und den wirtschaftlichen Aufbau im Osten fördert. Nur wenn wir selbst in unseren eigenen

Reihen und in der Koalition mit einem klaren Konzept in die Verhandlungen gehen, wird der Solidarpakt gelingen. Wir brauchen ihn dringend. Wir brauchen für den Solidarpakt keine Große Koalition. Aber wir brauchen eine Gemeinschaftsaktion aller Demokraten. Alle müssen an einen Tisch: die Bundesregierung, die Bundestagsmehrheit, die Bundesratsmehrheit, die alten und die neuen Länder, die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände, die kommunalen Spitzenverbände und die Bundesbank.

Das Schwarzer-Peter-Spiel, bei dem jeder dem anderen die Verantwortung zuschiebt, muß aufhören.

(Beifall)

Es geht auch nicht, daß der Bund weiterhin finanzwirksame Gesetze beschließt, deren Folgen die Länder und die Gemeinden auszubaden haben.

(Beifall)

Geschäfte zu Lasten Dritter darf es nicht mehr geben.

Es muß auch Schluß sein mit der täglichen Steuererhöhungsdebatte.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, ist es richtig, daß dieser Parteitag dem Grundsatz nach in dieser Frage eine Entscheidung trifft.

Meine Damen und Herren, die CDU steht nach meiner festen Überzeugung vor der zweiten großen Bewährungsprobe als Regierungspartei. Von uns wird es in erster Linie abhängen, ob unser Land der beschriebenen Herausforderung gerecht wird. Die CDU ist die größte Volkspartei. Sie ist die verantwortliche Regierungspartei. Sie stellt den Bundeskanzler. Sie vor allem steht in der Pflicht. Sie muß klare Entscheidungen fällen, die für die nächsten Jahre den Kurs bestimmen. Mit dem Zickzackfahren in der Koalition muß jetzt Schluß sein. Deshalb müssen wir auch an CSU und FDP in der Koalition appellieren, sich dem Ernst der Herausforderungen entsprechend zu verhalten und gemeinsam mit uns zu handeln.

(Beifall)

Diese Bundesregierung muß als handlungsfähige Gestaltungskoalition in Erscheinung treten. Gelingt uns dieser Kraftakt nicht, werden wir die vor uns liegenden Landtagswahlen und die Bundestagswahl nicht erfolgreich bestehen. Wer soll denn die Kraft zum Handeln haben, wenn nicht die CDU, die große Volkspartei der Mitte?

Wir erleben seit Monaten in der Asylfrage eine Handlungsblockade von links, und wir erleben schlimmste Ausschreitungen von rechts. Unser Platz ist in der Mitte. Als Volkspartei muß die CDU präsent sein an den Stammtischen, aber auch an den Werkbänken, in den Vereinen, in den Wohnstuben, in den Vorstandsetagen, in den Büros. Wir müssen dem Volks aufs Maul schauen, aber wir dürfen niemandem nach dem Mund reden.

(Beifall)

Wir sind Volkspartei und nicht Stammtischpartei.

Wir werden nicht mit den rechten Wölfen heulen und so unsere Seele verkaufen.

(Beifall)

Unser Land hat keinen Nachholbedarf an markigen Sprüchen, sondern Nachholbedarf an entschlossenem Handeln.

In dieser schwierigen Zeit ist eine Volkspartei, die alle Kräfte bündelt, nötiger als je. Unser Land braucht zwei Dinge: die Integrationskraft der CDU und entschlossenes Handeln.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Erwin Teufel, für Ihre Rede.

Der nächste Redner ist der Innenminister des Freistaates Sachsen, Herr Heinz Eggert.

Heinz Eggert: Liebe Delegierte! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Thema ist – das ist wahrscheinlich nicht verwunderlich, auch einfach aus meiner Biographie heraus verständlich – unser aller Thema, nämlich die deutsche Einheit. Es gibt Dinge, die wir, die wir aus dem Osten kommen, viel ungeschützter sagen können als jemand, der aus dem Westen kommt. Gerade in bezug auf die überhandnehmende Nostalgie sollte sich wirklich jeder einzelne aus der ehemaligen DDR einmal fragen, was aus ihm ohne die deutsche Einheit geworden wäre. Er soll sich einmal klarmachen, welche Konsequenzen es für den einzelnen gegeben hätte, wenn damals die Verfasser des Aufrufs „Für unser Land" Erfolg gehabt hätten.

(Beifall)

Wenn ich mit meinen Freunden – ich wohne ja im Dreiländereck Böhmen, Polen, Deutschland – in Polen oder in Böhmen zusammensitze, sagen sie oftmals: Eigentlich gönnen wir euch die deutsche Einheit gar nicht; ihr in der DDR seid immer kommunistischer gewesen als wir, aber ihr habt es wieder geschafft.

(Heiterkeit)

Das zeigt: Es ist nicht alles selbstverständlich, was sich heute trotz aller Probleme schon wieder von selbst versteht.

Ich wäre manchmal froh, wenn wir die Dankbarkeit und auch die Freude des Anfangs noch weiter als Kraftquell für die vor uns liegenden Aufgaben nutzen könnten; denn Schwierigkeiten und Aufgaben gibt es genug. Aber wir brauchen zur Bewältigung der Aufgaben Kraft. Die kommt im Grunde nur aus der Rückerinnerung daran, was einmal gewesen ist.

Es wird oft gefragt, inwieweit das C im Namen unserer Partei eigentlich Geltung und Bedeutung hat. Kann man das eigentlich besser illustrieren als an dem Fakt, daß die CDU 1989/90 eben nicht gefragt hat, wieviel es kosten darf, um 17 Millionen Menschen aus einem unwürdigen, totalitären und menschenverachtenden System herauszulösen?

(Lebhafter Beifall)

Ich sage noch einmal ganz deutlich – ich sage das auch voller Dankbarkeit –: Die CDU ist die Partei, die diese ganz kurze historische Chance genutzt hat, in der die deutsche Einheit vollzogen werden konnte. Man kann das legerer sagen: Es ist auch das Verdienst des Bundesvorsitzenden, der seinen breiten Fuß dazwischen gestellt hat, als die Tür zur deutschen Einheit einen ganz kleinen Moment einen Spalt weit offen war.

(Beifall)

Zur gleichen Zeit – auch das habe ich nicht vergessen – haben andere sehr laut und für viele ehemalige DDR-Bürger, nämlich für die meisten, angstbesetzt gerechnet, was die deutsche Einheit wohl kosten dürfe und wann eventuell davon Abstand zu nehmen wäre. Vielleicht wäre es besser gewesen, außer der Berechnung der deutschen Einheit auch die Berechnung des eigenen Gehaltszettels zu überprüfen.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber jetzt, liebe Freunde, habe ich den Eindruck, daß wir momentan selbst in einer für den Bürger angstbesetzten politischen Sprache über die deutsche Einheit sprechen. Die einen fordern öffentlich Milliarden, die anderen versagen sie öffentlich. Der einzelne Bürger, der diese Diskussion nicht durchschaut und nicht versteht, wird dadurch beunruhigt. Im Westen glaubt man, man müsse so viel geben, daß die eigene Lebensqualität darunter leiden werde, und im Osten glaubt man, die augenblicklichen Lebensverhältnisse würden festgeschrieben. Lassen wir uns nicht dazu verführen, die Diskussion um Deutschland mit einer gespaltenen Zunge zu führen, jeweils immer mit einem schielenden Blick auf die Wahlerfolge im Westen oder im Osten. Wir werden nur gewinnen in Deutschland.

(Beifall)

Wenn ein SPD-Ministerpräsident im Westen argumentiert, es gebe einen Aufstand im Westen, wenn noch mehr Geld in den Osten fließe, seine eigenen Genossen im Osten aber zu einer großen Demonstration aufrufen, um einzufordern, daß der Osten schon morgen so leben könne wie die Bundesrepublik heute, ist das einfach unredlich. Der Kanzler hat recht: Es ist die Stunde der Wahrheit.

(Beifall)

Jeder Politiker, der glaubt, er könne sich auf Kosten der Schwierigkeiten der deutschen Einheit profilieren, wird scheitern; denn die Menschen im Osten und im Westen Deutschlands haben ein ganz feines Gespür für Wahrhaftigkeit.

Wir wollen die deutsche Einheit, und wir sollten als die Partei der deutschen Einheit Gesamtkonzeptionen erarbeiten, die Schwierigkeiten benennen, die Erfolge nicht verschweigen, und im übrigen mit einer einheitlichen kraftvollen Sprache sprechen. Wer vom Sparen spricht, der sollte bei sich, nicht aber in den Büchern der anderen Streichungen vornehmen. Wer davon spricht, daß der Gürtel enger geschnallt werden soll, der muß natürlich am eigenen, nicht aber an dem Gürtel anderer ziehen.

(Beifall)

Die deutsche Einheit ist für mich schon ein Anlaß, Besitzstände jeglicher Art – politischer, finanzieller, sozialer, gesetzlicher, intellektueller und auch ideologisch-intellektueller Art – auf den Prüfstein zu stellen und ihre Angemessenheit zu bedenken. Ich bin Wolfgang Schäuble sehr dankbar, daß er heute das Thema der inneren Sicherheit angesprochen hat. Gerade als Innenminister erlebe ich in Fragen der inneren Sicherheit gegenwärtig die Folgen eines Mißbrauchs der Möglichkeiten des Rechtsstaats Bundesrepublik. Zu Recht ist die Bevölkerung erbost, wenn Sympathiebekundungen für Gewalttäter offenbar nicht strafrechtlich verfolgt werden können. Meine Frage ist: Wie angemessen sind unsere Gesetzlichkeiten, denn Gesetze sind ja wohl auch immer moralische Aussagen einer Generation, um den Gewalttätern von links und rechts angemessen abwehrend begegnen zu können? Es ist dem einzelnen Bürger nicht mehr klarzumachen, daß Verkehrsdelikte mit missionarischem Eifer verfolgt werden, wirkliche Delikte von Kriminellen aber eine Nachsicht erfahren, die nicht mehr nachvollziehbar ist.

(Beifall)

Die Sicherheit des einzelnen Bürgers muß gewährleistet sein. Es darf keine Entwicklung geben, die den Eindruck hervorruft, Finanzkräftige könnten sich zusätzlich privat Sicherheit kaufen, der einzelne Normalverdiener müsse aber in einem Unsicherheits-

feld verbleiben. Hier bedarf es all unserer Bemühungen. Das wird auch etwas kosten. Aber innere Sicherheit gehört ganz oben auf die Prioritätenliste unserer Überlegungen.

(Beifall)

Als ehemaliger Theologe weiß ich: Man kann über alles sprechen, nur nicht über die übliche Redezeit hinaus. Deswegen werde ich jetzt mit einigen Schlußsätzen meine Rede beenden. Wenn ich sage Schlußsätze, dann meine ich das wirklich ernst.

(Heiterkeit)

Liebe Freunde, Wirtschafts- und Finanzfragen im Vollzug der deutschen Einheit sind eminent wichtig. Es ist jedem von uns klar, daß der Osten nicht nur ein Warenumschlagplatz für das im Westen Produzierte werden darf. Wenn es nicht gelingt, den Wirtschaftsstandort Ost aufzubauen und zu stabilisieren, dann wird der soziale Friede in der Bundesrepublik Deutschland gefährdet. Das wissen wir alle.

Aber deutsche Einheit ist nicht nur Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sollten wir es nicht wirklich in einer selbstverständlichen Art und Weise, die niemandem Angst machen wird und soll, die aber uns auf unsere gemeinsame Geschichte und Wurzel zurückführt, versuchen, ein ganz selbstverständliches Nationalbewußtsein als identitätsstiftende Klammer für diesen Prozeß zu beleben?

(Beifall)

Wir bekennen uns zu Deutschland und zu Europa. Aber, nur wer eine Heimat hat, kann auch für Europa offen sein. Also bekennen wir uns zu Deutschland und zu Europa. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Heinz Eggert, wir danken für Ihre Rede und für den Inhalt der Rede. Wir wünschen Ihnen alles Gute.

(Beifall)

Der nächste Redebeitrag kommt von Herrn Rainer Eppelmann. – Bitte, Herr Eppelmann aus Brandenburg. – Ist Herr Eppelmann im Saal? –

(Zuruf: Er kommt!)

Rainer Eppelmann: Frau Vorsitzende! Sie hatten mich leider nicht vorgewarnt! Der Weg hierher war etwas weit. Dafür konnte ich mich ein wenig sammeln, liebe Freundinnen und Freunde. Es ist nicht ganz einfach, nach einer mit so viel Beifall bedachten Rede fortzufahren.

Ich möchte an eine andere Rede anknüpfen, die ebenfalls ihre Anerkennung gefunden hat. Sie war für mich eine sehr menschliche und ehrliche Rede und deshalb so ungeheuer sympathisch. Ich meine die Rede vom Bundeskanzler. An die möchte ich gern anknüpfen. Wir Ostdeutschen und ihr Westdeutschen – wir sind alle 1990 recht unvorbereitet und naiv in die deutsche Einheit gegangen. Wir haben diese deutsche Einheit gewollt, aber wir haben die Größe der Aufgabe unterschätzt sowie unsere eigene Kraft und Möglichkeiten überschätzt. Vor allem aber haben wir die menschliche Dimension des Zusammenwachsens zu Beginn dieses Prozesses zu wenig beachtet. Wir haben nämlich 40 Jahre lang in völlig unterschiedlichen Gesellschaften gelebt, gelernt, gearbeitet und manchmal auch gelitten. 30 Jahre lang haben wir nach dem Willen der Lagerkommandanten aus Ost-Berlin und ihren Helfershelfern brutal getrennt leben müssen. Wir Ostdeutsche sind auf der Suche nach neuen Wegen und Zielen. Wir sind auf der Suche nach uns selber, nach dem, was es aus den letzten 40

Jahren zu bewahren und zu lernen gilt. Wir Ostdeutsche wollen ähnlich gut leben wie Sie, nicht erst morgen oder übermorgen, sondern heute. Wir wollen ähnlich abgesichert sein wie Ihr, uns im gemeinsamen Haus Bundesrepublik Deutschland heimisch fühlen und an ihm mit Euch zusammen gleichberechtigt weiterbauen.

Sie haben gedacht, daß das sehr viel schneller geht, als wir das jetzt feststellen müssen. Wir sind – lassen Sie mich das in einem Bild sagen – vielleicht in der Situation von Kindern, die am 1. Weihnachtsfeiertag feststellen, daß von den 20 Wünschen, die vorhanden waren, nur drei in Erfüllung gegangen sind. Ihr Westdeutschen – ich glaube, Ihr müßt lernen, Geduld mit uns zu haben und zugleich unsere Ungeduld auszuhalten und sie zu verstehen. Gemeinsam als Ost- und Westdeutsche müssen wir begreifen, daß wir seit dem 3. Oktober 1990 gemeinsam in einer neuen Bundesrepublik Deutschland leben. Sie wird jeden Tag ein bißchen anders und ein bißchen neuer werden. Alle, aber auch wirklich alle müssen ihren angemessenen Teil an Einsatz und Verzicht, an Geld und Gedanken, an Risikogemeinschaft und an gegenseitigem Verstehen und Helfen einbringen.

Da unsere Erfahrungen in Ost und West so unterschiedlich waren und unsere Befindlichkeiten noch immer so anders sind, schlage ich erneut noch mehr sogenannte Tandembesatzungen – Ostler und Westler gemeinsam auf allen Bundes- und Landesebenen, besonders in den Verwaltungen – vor.

Auch wenn wir diese Probleme erst im Laufe der letzten Monate in ihrer ganzen Schärfe gesehen haben, sind wir nicht, wie mancher behauptet, die politischen Brandstifter der Nation. Wer so denkt, verdrängt die ökonomischen, die ökologischen und die politischen Folgen des Zusammenbruchs der DDR und des gesamten sozialistischen Lagers. Er leugnet die katastrophalen Folgen dieses Zusammenbruchs. Wer so redet, verwechselt bewußt oder unbewußt Brandstifter und Feuerwehr. Die von der CDU Deutschlands geführte jetzige Koalitionsregierung ist nicht Vernichter, sondern Aufbauer von uns Deutschen und der Republik, in der wir leben.

Es gibt Beispiele für solche gelungenen Ost-West-Verbindungen, die von Sachverstand und unterschiedlichen Erfahrungen geprägt sind. Es gibt Beispiele dafür, daß gute und hilfreiche Arbeit beim Zusammenwachsen der Deutschen geleistet wird. Ich denke z. B. an Kurt Biedenkopf, der in Sachsen regiert, an Werner Münch und Werner Schreiber in Sachsen-Anhalt, an Ulf Fink in Brandenburg, der dort in einer ausgesprochen komplizierten Situation die Führung unserer Partei übernommen hat. Ich denke an Bernhard Vogel in Thüringen, an Eberhard Diepgen in Berlin und an Angela Merkel und Günther Krause in Bonn. Das sind für mich Beispiele dafür, daß letztlich nicht der Geburtsort oder der Umstand, wo jemand von 1949 bis 1989 gelebt und gewirkt hat, entscheidend sind. Entscheidend ist vielmehr, was jemand damals tat und was er heute tut. Laßt uns darum endlich keinen Nährboden mehr für das Ossi-Wessi-Neidgerede bieten.

(Beifall)

Laßt uns denen entgegentreten - ich meine damit besonders Herrn Diestel und Herrn Gysi -, die den Eindruck vermitteln wollen, daß wir inzwischen zu einer Partei der Ungerechtigkeit und der neuen Spaltung geworden sind. Es ist nicht wahr, daß wir dazu geworden sind. Die Probleme, mit denen wir im Augenblick leben, sind nach meinem Eindruck ganz normale Probleme.

Wir haben 40 Jahre nebeneinanderher gelebt. Wir können uns auch nicht darauf verlassen, daß es jeweils kluge und weitblickende Parteitagsbeschlüsse und richtungsweisende Reden vom Bundeskanzler oder vom Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes gibt. Wir alle - jeder einzelne von uns - sind gefordert, wenn es darum geht, die Menschen im jeweils anderen Teil des Landes zu verstehen, die bisher so ganz anders gelebt haben. Machen wir uns auf den Weg. Versuchen wir uns zu informieren, wie das Leben der anderen gewesen ist. Wie sollen wir Ostler das Beharrungsvermögen der Menschen im Westen verstehen? Wie sollt ihr Westler die Ungeduld von uns im Osten verstehen, wenn ihr nicht wißt, warum wir so geworden sind, wie wir sind? Wir haben - dies gilt auch für die CDU in Deutschland - in den letzten 24 Monaten als Lehrlinge der deutschen Einheit viel Lehrgeld zahlen müssen. Laßt uns das Gesellenstück, das Zusammenwachsen der Deutschen, gemeinsam mutig und ehrlich, solidarisch und fair miteinander anpacken. - Danke schön.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Rainer Eppelmann, für Ihren Redebeitrag. – Zwischendurch möchte ich ganz kurz eine dpa-Meldung bekanntgeben, die dem Bundeskanzler eben auf den Tisch gelegt worden ist:

> FDP unterstützt Kohl in Steuerfrage
>
> (Beifall)
>
> Parteichef Otto Graf Lambsdorff betonte nach einer Sitzung des FDP-Bundesvorstandes am Montag in Berlin, die Liberalen seien angesichts der sich abzeichnenden großen Finanzschwierigkeiten bereit, Steuererhöhungen von 1995 an mitzutragen. Vorher wollten sie aber alle Einsparmöglichkeit in Bund und Ländern konsequent ausgeschöpft wissen. Diese Linie habe der Bundesvorstand der FDP einhellig beschlossen.

Ich glaube, wir können uns darüber auch freuen.

(Vereinzelt Beifall)

Als nächster Redner hat nun Herr Thomas Stritzl aus Schleswig-Holstein das Wort. Danach spricht der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Berndt Seite.

Thomas Stritzl: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich als einfacher Delegierter - ich kandidiere hier nicht für ein Amt; ich kann Sie insofern beruhigen - meinen beiden Vorrednern aus meiner ganz persönlichen Sicht danken. Ihre Ausführungen haben nachdenklich gemacht und sie haben zugleich Mut gemacht. Ich glaube, das zweite brauchen wir, denn der Wind bläst uns als CDU ins Gesicht. Die aktuellen Daten zeigen, daß er noch kälter werden wird. Daß es der SPD dabei nicht bessergeht, ist beileibe kein Trost. Wenn diese Entwicklung ungebremst so weitergeht, wird sich das Gesicht unserer Republik - darauf hat Bundeskanzler Kohl heute morgen hingewiesen - verändern. Dem müssen wir entgegentreten. Deshalb ist die Partei gefordert, sich trotz der geschichtlichen Erfolge der Regierung Helmut Kohl beschleunigt zu erneuern.

Wir in Schleswig-Holstein versuchen zur Zeit, diese Aufgabe anzunehmen, und zwar unter Führung unseres Landesvorsitzenden Ottfried Hennig, der sich ohne Wenn und Aber an die Spitze von Verjüngung und Erneuerung unserer Landespartei gestellt hat. Daß wir im Landesparlament heute sechs junge Kollegen unter 35 Jahren haben, ist, wie ich glaube, ein toller Erfolg.

(Beifall)

Er hat ein Weiteres getan. Er hat eine Kommission unter der Leitung des Vorsitzenden der Jungen Union eingesetzt, die sich Gedanken darüber machen soll, wie es besser gelingen kann, die Ideen, die Phantasie, die Träume und die Tatkraft junger Menschen in die Partei einzubinden. Dies ist ja die Frage, die sich die Menschen stellen - auch wenn wir uns die Europa-Diskussion vor Augen führen -: Wie können wir uns einbringen, bevor die großen Entscheidungen fallen? Unsere Ideen, unsere Tatkraft - das ist das Prinzip einer Volkspartei - sind gefordert, bevor über die großen Weichenstellungen entschieden wird. Das ist der Weg, auf dem wir versuchen, Ideen zu entwickeln. Diesen Weg zu verbreitern und diesen Prozeß zu vertiefen, halte ich für unabdingbar. Deshalb möchte ich anregen, bundesweit auf dem Feld der Erneuerung der Partei anzutreten. Nur dann, wenn es uns gelingt, diesen Prozeß voranzutreiben und zu sagen: Ihr könnt mitmachen, ihr könnt verantwortlich mitentscheiden, wird die CDU die Partei sein, die auch für junge Menschen die spannende Partei der Zukunft ist. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Stritzl für seinen Beitrag. Als nächster hat der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Herr Berndt Seite, das Wort.

Dr. Berndt Seite: Herr Bundeskanzler! Liebe Freunde! Auf diesem Parteitag wird über viel Geld und darüber gesprochen, wie wir mit viel Geld die innere Einheit verwirklichen können. Meine Damen und Herren, wo würden wir nach zwei Jahren stehen, wenn wir nicht die Hilfe von 25.000 bis 30.000 Menschen aus den alten Bundesländern erfahren hätten, die mit uns im Feld leben und die neuen Bundesländer aufbauen? Dafür ganz herzlichen Dank!

(Beifall)

Die europäische Integration und die deutsche Einheit haben gemeinsam, daß sie Menschen zueinander führen, die durch Mauern und Grenzen getrennt waren. Damit ist ein tiefer gesellschaftlicher und ökonomischer Umbruch in Gang gekommen, dessen Geschwindigkeit und Umfang viele in den alten und insbesondere in den neuen Bundesländern verunsichert. Der Aufbau im Osten kommt zwar gut voran, verschlingt aber weitaus mehr als angenommen. Standortfaktoren wie Umwelt, Verkehr, Energie, Lohn, Lohnnebenkosten müssen insgesamt neu bewertet werden. Darüber hinaus verlangen mangelnder Wohnraum oder auch wachsende Kriminalität, aufflammender Extremismus sowie die hohe Zahl der Asylbewerber nach Antworten. Die Menschen im Land wissen: Diese Antworten können nicht von Cliquen- oder Klientelparteien und auch nicht von Klassenparteien gefunden werden. Sie können nur von einer Volkspartei gefunden werden, die in der Lage ist, die mit diesem Prozeß notwendigerweise verbundenen sozialen Spannungen auszuhalten, auszutragen und produktiv zu gestalten. Darum haben die Menschen in den neuen Bundesländern CDU gewählt.

Uns haben sie zugetraut, den Schutt von 45 Jahren wegzuräumen, die Wirtschaft neu aufzubauen und Wohnraum zu schaffen - und das bei einem Höchstmaß an sozialer Gerechtigkeit. Uns haben sie zugetraut, die notwendigen Finanzen bereitzustellen und den Aufbau der neuen Bundesländer zur nationalen solidarischen Aufgabe zu machen.

Von uns erwarten sie, daß der Asylmißbrauch endlich gestoppt wird, damit die wirklich politisch Verfolgten Asyl genießen können.

Dabei nehmen die Menschen Fehleinschätzungen und Fehler, die in den vergangenen zwei Jahren beim Zusammenwachsen beider deutscher Staaten zwangsläufig auch geschehen sind, nicht übel; dann aber, wenn – wie beispielsweise beim Asylproblem – nichts passiert und die Sorgen der Bürger und Bürgerinnen nicht in politische Lösungen münden, nehmen die Menschen das übel. Es muß endlich Schluß sein mit dem Stille-Post-Spiel, mit dem Spiel, bei dem vorne Handlungsbedarf eingespeist wird, alle reden und hinten nichts mehr herauskommt. Es sind jetzt Lösungen gefragt, die die organisierte Kriminalität bekämpfen und auch den ungezügelten Zugang von Asylbewerbern bremsen. Diese Entscheidungen sind überreif. Spätestens jetzt müssen sich auch die anderen Parteien in der Asylfrage bewegen, und ich bin froh darüber, daß sich nun offensichtlich mehr und mehr Kräfte in der SPD und auch bei unserem Koalitionspartner finden, die dem politischen Kurs der Union folgen wollen.

Liebe Parteifreunde, gerade die neuen Bundesbürger sind vielfach noch auf der Suche nach ihrer Identität. Sie erwarten, daß der Staat ihnen dabei hilft, indem er Flagge zeigt. Wir sind auf einem neuen, guten Weg. Hört auf mit Euren Klagen, nehmt Euer Herz fest in die Hand, steht ein für unsere gemeinsame Sache!

Wenn aber die Autorität des Staates schwindet, wenn die Flagge der Republik nicht sichtbar ist, wenn die Nation sich selbst versteckt, weil sie sich selbst Angst einflößt oder sich einem überzogenen Liberalismus hingibt, dann droht die Gesellschaft zu zerfallen.

(Zustimmung)

Leider verstärken die Medien diese Verunsicherung noch, wenn sie ausschließlich über negative Entwicklungen berichten und auf diese Weise die Realität verzerren. Unsere Bürger schätzen nämlich persönlich die Lage sehr viel besser ein, als sie in der Öffentlichkeit dargestellt wird.

Vielen Menschen fallen allerdings oft die Neuerungen, die sie so lange herbeigesehnt haben, gar nicht mehr auf, weil sie sie schon als selbstverständlich hinnehmen. Um die positiven Ansätze weiter zu fördern, sind jetzt Lösungen gefragt. Wir brauchen einen breiten Konsens, um die einigungsbedingten Lasten zu bewältigen, um Arbeitsplätze und Wohnraum zu schaffen. Die Zeit der Schuldzuweisungen muß endlich vorbei sein. Unter dem Dach des Solidarpakts werden West und Ost, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Bund, Länder und Kommunen und die Bundesbank zu einer gerechten Lastenverteilung kommen müssen. Das sage ich gerade in Richtung auf einige Gewerkschaften, die selbst heute den Balken im eigenen Auge noch nicht sehen. Die Menschen wollen klare Entscheidungen wie jetzt bei der Gesundheitsreform. Sie verlangen die Wahrheit über die künftigen Belastungen für den Aufbau im Osten, und sie ertragen die Lasten auch, wenn diese gerecht verteilt werden. Wir haben dazu am 3. Oktober in Schwerin ja offene Worte gehört. Liebe Freunde, es geht doch nicht ausschließlich um das Geld. Es geht um die Werte, die unser Leben tragen.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Hausaufgaben der Union lauten, erstens Orientierung und begründetes Vertrauen in die Zukunft zu stärken, zweitens dieses Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit durch klare Standpunkte zu rechtfertigen und einsichtige Entscheidungen bei der Finanzierung des Ostens, bei Asyl und innerer Sicherheit durch entschlossenes Handeln umzusetzen und drittens eine gerechte

Lastenverteilung bei den einigungsbedingten Kosten unter dem Dach des Solidarpakts zu erreichen. Liebe Parteifreunde, fassen Sie uns in diesem Sinne weiterhin Motor und Herz der deutschen Einheit sein. Herr Bundeskanzler, mit dem Schiff Deutschland auf klarem Kurs, auch wenn es manchmal zu leichten Grundberührungen kommt!

(Beifall)

Elke Wülfing, Tagungspräsidium: Wir danken dem Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern.

Ich rufe nun Herrn Hörsken zu seinem Redebeitrag auf.

Heinz-Adolf Hörsken: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute häufig miteinander darüber geredet, daß wir eine erfolgreiche Politik betrieben haben. Wir haben festgestellt, daß es dazu keine Alternative gegeben hat. Die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland haben uns deshalb gewählt, haben Sie, Herr Bundeskanzler, und uns alle miteinander beauftragt, die Politik ähnlich wie nach 1945/49 zu bestimmen – eine Parallele, die erstaunlich, aber im Grunde logisch gewesen ist. Andere waren mit ihren Vorstellungen und ihren Alternativen dazu nicht in der Lage.

Nun aber erkennen wir, daß die Bewältigung der Probleme schwierig ist, und wir wissen: Dies kann eine Partei nicht allein machen, sondern dabei brauchen wir die Unterstützung der gesamten Gesellschaft. Deshalb, Herr Bundeskanzler, war Ihre Einladung an alle gesellschaftlichen Kräfte eine richtige Entscheidung, eine kluge Entscheidung. Bund, Länder und Kommunen, die Tarifpartner, also Arbeitgeber und Gewerkschaften, wie auch alle anderen Kräfte in dieser Gesellschaft sind aufgerufen und verpflichtet, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für ein besseres, ein geeintes, ein gemeinsames Deutschland zu schaffen. Wir brauchen einen, nein, wir brauchen d e n Solidarpakt in unserer Gesellschaft.

Ich persönlich bin den Gewerkschaften außerordentlich dankbar, daß sie sich grundsätzlich – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen – bereit erklärt haben – und das sollten wir hier auf diesem Parteitag auch dankbar feststellen –, an diesem Solidarpakt mitzuarbeiten. Ich glaube, daß dies eine anerkennenswerte Entscheidung der Gewerkschaften ist.

(Zustimmung)

Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen die Beteiligungshürden nicht so hochsetzen und insbesondere nicht künstlich so hochreißen, daß man nicht mehr darüber hinwegspringen kann. Deshalb müssen ein paar Bedingungen geklärt sein, die es den Gewerkschaften, die es der Arbeitnehmerschaft ermöglichen, diesen Solidarpakt auch mit vollem Herzen mitzutragen.

Deshalb, meine Damen und Herren, muß Schluß sein mit der Diskussion über gesetzlich festgelegte Tariföffnungsklauseln. Die Tarifautonomie, das Herzstück unserer gemeinsamen Gesellschaftspolitik, hat sich bewährt.

(Zustimmung)

Es gibt keinen Grund, an dieser Tarifautonomie auch nur zu zweifeln.

(Zustimmung)

Ein Beispiel dafür ist der Metalltarifvertrag Ost, der von den Metallarbeitgebern und der IG Metall geschlossen wurde. Er sieht, was nicht allgemein bekannt ist, eine Revisionsklausel vor. Das heißt, die Gewerkschaften und die Arbeitgeber werden das Ziel, das sie festgeschrieben haben, nicht automatisch erreichen, sondern sich im nächsten Jahr zusammensetzen und auf Grund der volkswirtschaftlichen Bedingungen und der sonstigen Rahmenbedingungen, unter denen so etwas stattzufinden hat, darüber beraten, ob die Schritte zur Lohnerhöhung die richtigen sind. Ich glaube, das ist ein Zeichen dafür, daß sich die Tarifautonomie nach wie vor bewährt.

Ein Zweites, meine Damen und Herren: Wir haben im sozialen Bereich einen großen Transfer vorgenommen; auch davon ist hier schon gesprochen worden. Die Größenordnung liegt bei 50 Milliarden DM. Zum größten Teil aber wird dies von den Beitragszahlern finanziert, und das ist nicht gerecht. Ich will mich hier einmal mit dem beschäftigen, was in dieser Hinsicht im Lande diskutiert wird, und wir sollten uns damit gemeinsam beschäftigen. Es wird nämlich gesagt: Diejenigen, die mehr verdienen, zahlen ja auch über die Steuern einen größeren Teil. – Das ist selbstverständlich so; das sind unsere Ordnungsvorstellungen. Wir haben die Steuerpolitik der Progression deshalb geschaffen, weil wir sagen: Das muß nach Leistungskriterien gehen, und diejenigen, die mehr leisten können, müssen auch mehr einzahlen. – Das ist eine Logik, die auch in unser Ordnungsbild paßt.

Bei der deutschen Einheit sieht das, gemessen an den Belastungen, allerdings anders aus.

Wir kennen die Studie, die besagt, daß Selbständige, Beamte und Landwirte etwa 1,5 bis 2 % ihres Einkommens zur Finanzierung der deutschen Einheit aufbringen, Angestellte 3,5 %, Arbeiter gar 4 %. Es mag sein, daß ein ganz bestimmtes Wort nicht gesagt werden darf. Aber ich sage eindeutig: Das hat mit Gerechtigkeit nichts zu tun. Nennen Sie es, wie Sie wollen. Deswegen muß das, was ich verlange, herbeigeführt werden.

Ich fordere die Gewerkschaften auf, Verantwortung zu übernehmen. Und als Christlich Demokratische Union fordere ich auf, die notwendigen Belastungen gerecht zu verteilen. Denn das ist die Voraussetzung, um das, was wir machen müssen, mit Akzeptanz in der Bevölkerung durchsetzen zu können.

Die Menschen in unserem Land müssen wissen, daß wir vor schwierigen Aufgaben stehen und daß die CDU die Partei der sozialen Gerechtigkeit ist. Deswegen fordere ich uns auf, das zu praktizieren.

(Beifall)

Prof. Dr. Gabriele Kokott-Weidenfeld, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hörsken. Als nächster spricht Herr Gröhe.

Zum Ablauf darf ich sagen: Wir werden jetzt noch drei Reden hören und dann zu den Wahlen übergehen. Die noch ausstehenden etwa 40 Reden kommen zwischen den Wahlen und danach. Es wird also keine Rede ausgelassen. Damit wir nach den nächsten Reden sofort mit den Wahlen beginnen können, bitte ich, daß Herr Hackler, der Vorsitzende der Mandatsprüfungskommission, und Herr Dreyer, der Vorsitzende der Rechnungsprüfungskommission, jetzt und damit rechtzeitig in den Saal kommen. – Herr Gröhe, Sie haben das Wort.

Hermann Gröhe: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man sich wie die Junge Union bemüht, junge Leute für politisches Engagement zu begeistern, ist man besonders über Bilder entsetzt, die wir in den letzten Wochen sehen mußten: 15-, 16-, 17jährige, den Kopf kahl geschoren, Gewalttaten gegen Ausländer begehend, oder junge Leute, die sich vermummen und als sogenannte Autonome Randale machen. Die Studie der IBM über Jugend in Deutschland weist ja leider auf wachsende Gewaltbereitschaft junger Menschen hin.

Zur gleichen Zeit müssen wir feststellen, daß die Zahl derer, die durch Drogenkonsum zu Tode kommen, steigt und daß immer mehr Menschen Sekten hinterherrennen. Da sagen wir: Das sind nur Minderheiten.

Aber auch die Mehrheit steigt, wie wir feststellen müssen, leise aus; sie hat sich aus der Gestaltung unseres Gemeinwesens mehr und mehr ausgeklinkt.

Tun wir wirklich alles, damit Radikale, Sektenführer, Dealer keine Chance haben? Finden wir uns wirklich nicht ab mit dem leisen Auszug aus unserer Gesellschaft?

Wir müssen uns viel mehr bewußt werden, daß jede Generation neu für dieses Gemeinwesen, für seine tragenden Wertentscheidungen, für seine Spielregeln gewonnen werden muß.

Politik ist nicht schon dann gut, wenn sie Probleme effizient löst. Vor diesem Hintergrund muß gute Politik auch einladende Politik sein. Ich bin überzeugt, daß einladend nur die Politik einer diskussionsfreudigen Partei ist. Da können wir nachlegen.

Dabei ist es nach meinem Eindruck gar nicht unser Problem, daß wir in einer Volkspartei ertragen müssen, daß die Meinung A und die Meinung B vertreten werden. Das Problem ist vielmehr, daß wir viel zu oft uns in der Sache längst einig sind, aber dann taktisch darüber hinundhergeredet wird, wann man mit dem als richtig Erkannten die Bevölkerung oder vielleicht zunächst nur die eigene Partei verwirren zu können meint.

Ich nenne aktuelle Beispiele zum Thema Europa. Ich nenne das Wahlrecht von Ausländern aus der Europäischen Gemeinschaft. Weite Teile der Partei sind noch in der politischen Abwehr dieses in Maastricht längst vereinbarten Tatbestands. Bereiten wir uns wirklich darauf vor?

Ein anderes Beispiel. Ich höre auch im Vorfeld dieses Parteitags, daß wir nicht über Zuwanderung und Einwanderung reden. Aber im Maastrichter Vertrag steht, daß Einwanderungspolitik ein Politikfeld der Gemeinschaft ist.

Wahrheiten müssen rechtzeitig gesagt werden. Deswegen bin ich dankbar, daß der CDU-Bundesvorstand in der Finanzfrage im Hinblick auf die deutsche Einheit nicht länger bei Tagesmeldungen zur augenblicklichen Haushaltslage stehenbleibt, die schnell als Entwarnung mißverstanden werden können, sondern daß das, was spätestens von 1995 an notwendig ist, jetzt gesagt wird. Dies dient unserer Glaubwürdigkeit. Wo der Eindruck aufkommt, daß Wahrheit in Salamitaktik scheibchenweise gesagt wird, entsteht Politikverdrossenheit. Wir brauchen die Kraft, Herausforderungen auf Fernziele rechtzeitig auszusprechen.

Herausforderung und Chance charakterisieren auch die Debatte über ein neues Grundsatzprogramm. Es ist mutig, in Regierungsverantwortung eine solche Diskussion zu wagen, bei der man sich immer wieder der Frage aussetzt: Wann setzt ihr das um?

Aber wenn nicht wir es sind, die Perspektiven setzen, werden es andere tun. Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß uns Karlsruhe zum Familienlastenausgleich einiges ins Stammbuch geschrieben hat.

Der Predigt heute morgen habe ich entnehmen dürfen, daß das christliche Europa mit einer Vision begonnen hat. Ich wünsche auch uns beim Grundsatzprogramm die Kraft zu Visionen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Gabriele Kokott-Weidenfeld, Tagungspräsidium: Vielen Dank dem engagierten Vorsitzenden der Jungen Union, Hermann Gröhe. Als nächster spricht der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Herr Münch.

Als übernächster Redner möge sich der Vorsitzende des RCDS, Herr Wälzholz, bereithalten.

Prof. Dr. Werner Münch: Frau Präsidentin! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Natürlich ist das Thema meiner kurzen Rede die deutsche Einheit. Nach meinen Jahren politischer Erfahrungen in einem westlichen Bundesland und nach zwei Jahren Erfahrung in Sachsen-Anhalt versuche ich, dies in vier kurze Leitsätze zu fassen, an denen mir bei der Debatte über dieses Thema liegt.

Der erste Leitsatz lautet: Wir müssen die einmalige historische Chance der deutschen Einheit begreifen.

Wir haben heute vielfältig davon gesprochen, wie kurz der Zeitraum war, in dem wir die Chance hatten, zur Verwirklichung der deutschen Einheit zu kommen. Aber in der öffentlichen Debatte vertreten wir dieses Geschenk der Geschichte viel zuwenig offensiv.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben nach zwei Jahren Aufbauarbeit überhaupt keinen Grund zur Weinerlichkeit. Wir haben allen Grund, für das dankbar zu sein, was die Geschichte und der Regierungschef, unser Bundesvorsitzender, dazu geleistet haben. Ich möchte Ihnen gern vermitteln, daß die Menschen in den neuen Bundesländern für das, was erreicht wurde, viel, viel dankbarer sind, als es leider in der veröffentlichten Meinung wiedergegeben wurde; diese Publikationen entsprechen nicht der Realität in den neuen Bundesländern.

(Vereinzelt Beifall)

Der zweite Leitsatz: Wir dürfen die deutsche Einheit nicht auf das Thema Finanzen reduzieren. Meine lieben Parteifreunde, natürlich hat die deutsche Einheit auch etwas mit Finanzen und Finanzierung und Aufbauproblemen zu tun. Das, was wir nicht richtig erkannt haben, übrigens zum großen Teil gar nicht erkennen konnten, bedarf der Korrektur. Sie betrifft übrigens nicht nur die Finanzpolitik, sondern auch die Rechtssystematik, den Verwaltungsaufbau und viele andere Bereiche. Es ist aber wichtig, auch die andere Seite der Medaille zu zeigen: Wir haben aufgehört, über die Gewinne der deutschen Einheit zu sprechen; es gibt Freiheit und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit; jeder darf tun und sagen, was er möchte; die Würde des Menschen spielt wieder eine Rolle. Das nehmen wir als so selbstverständlich hin, daß wir darüber leider nicht mehr sprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich stimme all denen zu, die sagen, daß die deutsche Einheit keine Last, sondern eine Lust ist.

Liebe Freunde, ich möchte Ihnen gern dies vermitteln: Meine drei ersten Besuche waren in der CSFR, in Bulgarien und in Polen. Diese Besuche waren deshalb gut, weil u. a. die Relation des Problemfalls Deutschland als eines Sonderfalls in Europa wieder richtig hergestellt worden ist.

Denn alle verantwortlichen Regierungsmitglieder haben mich mit ähnlichen Worten verabschiedet, die lauteten: „Was wären wir in der CSFR, in Bulgarien, in Polen froh, wenn wir nur die Probleme von Sachsen-Anhalt hätten!" Ich finde, das ist wichtig für unsere europäische Verantwortung, über die wir auch diskutieren.

Dritter Leitsatz, meine Freunde: Wir müssen jetzt die innere Einheit schaffen. Wir gehören wieder zusammen. Wir haben dieses gewünscht, wir haben es ersehnt. Ich finde, wir müssen mit falschen gegenseitigen Schuldzuweisungen aufhören. Natürlich ist die innere Einheit nicht nur ein politisches Problem. Sie ist auch ein mentales, ein menschliches, ein pädagogisches Problem. Wir brauchen Geduld, um die innere Einheit zu schaffen. Wir brauchen Verständnis füreinander und miteinander. Ich finde, wir dürfen auch nicht den Fehler machen, daß wir fast ausschließlich geneigt sind, alle Probleme, über die wir zur Zeit in Deutschland diskutieren, auf das Thema der deutschen Einheit zu bringen. Es gibt vieles, was damit überhaupt nichts zu tun hat.

Vierter und letzter Leitsatz, auf den es mir ganz besonders ankommt! Meine Freunde, wir haben allen Anlaß, auf die Menschen in den neuen Bundesländern stolz zu sein, nicht nur deshalb, weil sie die Wende geschafft haben, sondern auch weil sie in einem Zeitraum von zwei Jahren beachtliche, erstaunliche Leistungen erbracht haben. Sie haben sehr großes Verständnis für diese für viele existentiell bedrohliche Umbruch- und Veränderungssituation. Sie haben Verständnis für die damit zusammenhängenden Probleme. Wenn man öfter einmal darüber nachdächte, wie vielen Menschen aus dem Stand heraus nach 57 Jahren zweier Diktaturen ganz ungewohnte Aufgaben übertragen werden, würde sich wahrscheinlich hinsichtlich des qualitativen Urteils einiges verändern. Ich denke an Kommunalpolitiker, an Abgeordnete, an Verwaltungsmitarbeiter. Ich möchte eine Gruppe heute einmal ganz besonders herausheben: Ich denke an die Betriebsräte in den ostdeutschen Großunternehmen, die Kürzungen von Tausenden von Arbeitsplätzen, Tausende von Kurzarbeitsumstellungen in einer Gesamtverantwortung für ihre Unternehmen mittragen. In keinem westdeutschen Großunternehmen wäre ohne tagelange Straßendemonstrationen eine solche Umbruchsituation möglich, wie sie sich fast täglich in den ostdeutschen Bundesländern abspielt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dafür habe ich Hochachtung. Ich finde, dieses ist nicht selbstverständlich. Wir haben dafür Dank und Anerkennung zu sagen. Ich persönlich bin froh und glücklich darüber, daß ich als politisch handelnder Akteur in einem verantwortlichen Amt an dieser faszinierenden Aufgabe mitwirken darf.

Die CDU hat die deutsche Einheit gewollt. Wir haben sie, und jetzt haben wir sie in voller Verantwortung zu vollenden, indem wir die Ärmel hochkrempeln, indem wir wissen, daß wir nicht in einer Zeit für Mimosen leben und wir die einzigen sind, die sich deshalb, weil wir unser deutsches Vaterland lieben, dieser Aufgabe stellen müssen und sie nicht denjenigen überlassen dürfen, die die Zweistaatlichkeit in Deutschland bereits festgeschrieben hatten. – Vielen herzlichen Dank!

(Beifall)

Prof. Dr. Gabriele Kokott-Weidenfeld, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident Münch!

Ich darf jetzt den Bundesvorsitzenden des RCDS, Herrn Eckhard Wälzholz, ans Mikrophon bitten und darf Sie, liebe Delegierte darum bitten, allmählich von draußen hereinzukommen; denn wir wollen nach diesem Redebeitrag mit den Wahlen beginnen. – Bitte schön, Herr Wälzholz!

Eckhard Wälzholz: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Bei diesem Umbruch werden Weichen gestellt, die die Entwicklung Deutschlands und Europas auf lange Zeit bestimmen und festlegen werden. Wir Jugendliche und Studenten sind diejenigen, die in der Zukunft mit genau diesen Entscheidungen und Weichenstellungen werden leben müssen; wir werden sie ausgestalten. Daher liegt mir besonders daran, auf einige längerfristige Entwicklungen hier einzugehen, und zwar auf drei Aspekte: erst die Finanzpolitik, zweitens die Gesundheitsreform und drittens das bildungspolitische Engagement innerhalb der CDU.

Zuerst zur Finanzpolitik! Seit sieben Monaten bin ich nun regelmäßig im Bundesvorstand anwesend und habe einige Diskussionen miterlebt. Viele unserer Diskussionen beschäftigten sich mit neuen Ausgabeposten, mit neuen Aufgaben für den Staat. Viele Diskussionen beschäftigten sich mit neuen Einnahmequellen. Ich erwähne nur die Zwangsanleihe, die Deutschland-Anleihe – wie auch immer sie genannt wurde – und nun auch die Steuererhöhungen.

Auch wenn ich einsehe, daß Steuererhöhungen auf die Dauer notwendig sein werden, so bin ich doch dankbar dafür, daß im Bundesvorstand gestern und auch heute wieder vom Fraktionsvorsitzenden Schäuble deutlich gesagt wurde, daß die erste Priorität immer noch bei den Einsparungen liegen müsse. Wir müssen jetzt gemeinsam mit der Diskussion darüber beginnen, nicht, was unsere Prioritäten, sondern was unsere Posterioritäten sind, was für uns jetzt nicht wichtig ist. Nur dann, wenn wir dieses offen und ehrlich sagen und kennzeichnen, wird Politik so durchsichtig und transparent sein, daß sie von der Bevölkerung auch nachvollziehbar ist.

Ein Zweites zur Gesundheitsreform! Ich möchte aus diesem Bereich nur einen kleinen Einzelaspekt herausgreifen. Liebe Delegierte, auch Ihre Kinder wollen in zunehmendem Maße die Bildungschancen, die dieser Staat anbietet, nutzen, darunter auch einige, die Medizin studieren wollen. Das Gesundheitsstrukturgesetz, das nun praktisch intern in einer großen Koalition beschlossen worden ist, führt auf Grund einer wirksamen Bedarfsplanung ab 1993 dazu, daß diejenigen, die jetzt mit dem Studium fertig werden, keine Kassenarztzulassung mehr bekommen werden. Es handelt sich dabei faktisch um ein Berufsverbot und damit um einen Eingriff in Artikel 12 unseres Grundgesetzes. Ich glaube, daß man so mit diesen Grundwerten nicht unbedingt umgehen, sondern erst prüfen sollte, ob es nicht andere Möglichkeiten gibt – und diese gibt es –, eine wirksame Kostenreduktion zu erwirken. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir erklären könnten, wie wir uns an den Hochschulen hinstellen und sagen sollen: „Leistung soll sich wieder lohnen" und wir gleichzeitig erklären sollen, daß selbst Absolventen mit herausragenden Examina keine Zulassung als Kassenärzte mehr erhalten werden.

Als dritten und letzten Punkt ein Wort zur Bildungspolitik! Sicherlich nicht zuletzt auf Grund der Politik der CDU, des Bundeskanzlers und auch des ehemaligen RCDS-Bundesvorstandsmitglieds, des neuen Generalsekretärs Peter Hintze, hat Bildungspolitik auch in Regierungskreisen wieder Hochkonjunktur. Nach langer Flaute ist nun wieder ein frischer Wind aufgekommen. Endlich wurde das Bewußtsein in der Öffentlichkeit von der Wichtigkeit von Bildung als Voraussetzung von Wohlstand, Freiheit, Sicherheit und Frieden wieder deutlich herausgestellt.

Der Grund für das verstärkte Engagement in der Bildungspolitik liegt aber nicht lediglich darin, wie der Parteivorsitzende heute morgen angedeutet hat, daß es einfach zu viele Studenten gibt. Das kann nicht der Hauptgrund dafür sein, sich jetzt mit einer Reform des Bildungssystems zu beschäftigen. Es müssen grundlegende und strukturelle Reformen sein, um die es hier geht. Denn die Wirtschaft hat einen ständig steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Wie in der allgemeinen Politik genießen auch im Bereich der Hochschulen das Sparen und die Effizienzsteigerung erste Priorität. Wenn man, wie die SPD in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen, die Probleme der Studienzeitverkürzung damit lösen will, daß Diplomarbeiten an Universitäten nur 40 Seiten, an Fachhochschulen 30 Seiten, bei einem Rand von einem Drittel und einem Schriftsatz von 12 dpi umfassen dürfen und man so die Probleme der überlangen Studienzeiten bewältigen will, ist das ganz bestimmt nicht unser Ziel.

Vielmehr müssen mehr Verantwortung, mehr Autonomie und Freiheitsräume an die Hochschulen überwiesen werden, damit Eigenverantwortung und Wettbewerb auch dort möglich sind. Denn nur so kann auch in den Hochschulen ein effizienter Mitteleinsatz gewährleistet werden. Dies ist der Grundstein für eine grundlegende Hochschulreform.

Insbesondere ist bei der Implementierung von Wettbewerb in die Hochschulen auf die Probleme in der akademischen Lehre hinzuweisen. Professoren erhalten zwar ihre Gelder abhängig von den Leistungen in der Forschung; aber ihre Leistungen in der Lehre, wie sie ihre Studenten bilden und ausbilden, werden überhaupt nicht berücksichtigt. Wen wundert es da, wenn viele Professoren sich darum nicht kümmern, sondern sich vielmehr auf die Forschung konzentrieren?! Hier muß ein Anreizsystem implementiert werden, um auch dort Wettbewerb und bessere Leistungen hervorzurufen.

(Zustimmung)

Als letzten Punkt möchte ich auf das Thema Studiengebühren eingehen. Die Länder haben sich vor wenigen Wochen in einem – ja bekanntgewordenen – Papier zur Einführung von Studiengebühren und der Zwangsexmatrikulation geäußert und sie befürwortet. Sie haben sich in der Vergangenheit regelmäßig als unwirksam erwiesen, und es war sogar der Erfolg einer von Gerhard Stoltenberg geführten CDU-Mehrheit im Bundesrat, daß dieser erwiesene Unsinn im Bundesrat abgelehnt wurde. Diese Gesten und Griffe aus Hilflosigkeit und Einfallslosigkeit von SPD-regierten Ländern sollte die CDU auch diesmal wieder zu verhindern wissen.

(Zustimmung)

Denn es ist das Eigeninteresse eines jeden Studenten, in angemessener Zeit sein Studium abzuschließen. Die Voraussetzungen hierfür zu schaffen: genau das muß unser Ziel sein. – Vielen Dank!

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir unterbrechen nunmehr entsprechend unserer heute vormittag getroffenen Vereinbarung diese Aussprache zu den Berichten. Die noch vorliegenden Wortmeldungen werden sicherlich zwischen den einzelnen Wahlgängen – auch dies ist heute vormittag vereinbart worden – Berücksichtigung finden. Damit möglichst alle zu geordneter Zeit ihre Beiträge leisten können, möchte ich von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, gleichzeitig bitte ich die Landesgeschäftsführer, die Stimmzettel für die Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden im Büro des Organisationsleiters abzuholen und an ihre Delegierten zu verteilen. Das Büro des Organisationsleiters befindet sich im Foyer des Radschläger-Saales.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 9 auf:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden der Kommission, Erhard Hackler.

Erhard Hackler, Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Wir haben festgestellt, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt worden sind und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus tausend voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 17.10 Uhr von den tausend stimmberechtigten Delegierten des 3. Parteitags 976 anwesend. Damit ist der Parteitag beschlußfähig.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hackler!

Ich rufe dann die Tagesordnungspunkte 11 und 12 auf:

Bericht der Rechnungsprüfer
Entlastung des Bundesvorstands

Ich erteile zunächst für den Bericht der Rechnungsprüfer das Wort Herrn Henry Dreyer.

Henry Dreyer: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Verehrte Gäste! Im Auftrag der ehrenamtlichen Rechnungsprüfer – Herrn Dr. Franz Möller und Herrn Ferdi Tillmann sowie für meine Person – erstatte ich den Bericht an den Bundesparteitag. Wir sind als ehrenamtliche Rechnungsprüfer auf dem 1. Bundesparteitag am 1. Oktober 1990 in Hamburg gewählt worden. Der Prüfungszeitraum, für den wir heute unseren Bericht abgeben, beginnt mit dem Rechnungsjahr 1990 und berücksichtigt in erster Linie die Jahresrechnung 1990. Darüber hinaus haben wir über die Prüfung des laufenden Geschäftsbetriebs in der CDU-Bundesgeschäftsstelle zu berichten.

Der Rechenschaftsbericht des Jahres 1990 berücksichtigt das Zahlenwerk der Bundesgeschäftsstelle und der Landesverbände in den alten Bundesländern für das gesamte Jahr. Die Einnahmen und Ausgaben sowie die Vermögens- und Schuldposten der Landesverbände in den neuen Bundesländern sind für den Zeitraum 1. Oktober bis 31. Dezember 1990 erfaßt.

Durch den Beitritt der neuen Landesverbände auf dem Hamburger Parteitag am 1. Oktober 1990 kamen auf die Bundespartei erhebliche Mehraufwendungen zu, die natürlich einen zuvor nicht kalkulierbaren Mehraufwand zur Folge hatten. Insoweit hat ein Vergleich der Ausgaben 1989 und 1990 nur eine begrenzte Aussagekraft.

Im Jahre 1990 betrugen die Einnahmen der Gesamtpartei 339 661 132 DM. Diesen standen Ausgaben in Höhe von 291 530 921 DM gegenüber.

Die Rechnungsergebnisse waren durch die zahlreichen Wahlen im Jahr der deutschen Einheit geprägt. Dem Anstieg der Einnahmen aus Wahlkampfkostenerstattungen und Spenden stand eine beträchtliche Erhöhung des Aufwandes für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlen, für innerparteiliche Gremienarbeit und Information gegenüber.

Bei den Ausgaben ist zu erwähnen, daß während des gleichen Zeitraums die Personalkosten bundesweit bei der CDU lediglich um 2,3 % angestiegen sind. Dies ist im Verhältnis zu den anderen Bundestagsparteien die geringste Steigerungsrate. Bei der Bundespartei selbst konnten diese Kosten sogar gesenkt werden. Dies ist nicht zuletzt auf die Reduzierung der Stellen bei der Bundesgeschäftsstelle zurückzuführen, auf die die Bundesfinanzkommission und wir gedrängt haben und die vollzogen wurde.

An dieser Stelle gestatten wir uns den Hinweis, daß die Zusammenarbeit zwischen Bundesfinanzkommission und den Rechnungsprüfern ausgezeichnet war.

Wir haben uns bei unseren Prüfungen – wie bereits erwähnt – nicht auf den Rechenschaftsbericht 1990 beschränkt, sondern waren bereits an den Vorbereitungen des Jahresetats 1990 und 1991 beteiligt und haben uns zeitnah über den Vollzug dieser Haushalte informiert. Dabei haben wir beispielsweise Einfluß auf den Stellenplan genommen und nach gründlicher Detailprüfung einzelner Arbeitsbereiche in der CDU-Bundesgeschäftsstelle auch Hinweise zu Einsparmöglichkeiten bei der Vergabe von Aufträgen gegeben.

Unsere regelmäßigen Prüfungen haben zu hoher Transparenz geführt. Uns sind alle erforderlichen Unterlagen zur Verfügung gestellt worden. Wir konnten feststellen, daß die für den Finanzbereich zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle sehr engagiert und mit großer Sorgfalt arbeiten.

Der Wirtschaftsprüfer Professor Pougin hat der Bundespartei für den Rechenschaftsbericht des Jahres 1990 ein uneingeschränktes Prüfungstestat erteilt. In seinen Erläuterungen zur Jahresrechnung der Bundesgeschäftsstelle hat er jedoch darauf hingewiesen, daß die Bundespartei nach der vorliegenden Vermögensrechnung zum 31. Dezember 1990 überschuldet war. Er hat den Bundesvorstand der Partei darauf hingewiesen, daß dieser geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Überschuldung zu ergreifen hat.

Der Bundesschatzmeister hat entsprechend den erwähnten Empfehlungen des Abschlußprüfers die Verschuldung der Bundespartei deutlich zurückgeführt. Wir konnten uns davon überzeugen, daß die Tilgung der Kredite auch im Jahre 1991 planmäßig erfolgte. Am 31. Dezember 1991 betrugen die Schulden aus mittelfristigen Bankkrediten noch 32 Millionen DM. Der Bundesschatzmeister wird 1992 15 Millionen DM tilgen und hofft, daß auch 1993 eine deutliche Verringerung der Schulden herbeizuführen ist.

An dieser Stelle muß allerdings das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. April 1992 erwähnt werden. Der Fortfall des Sockelbetrages für 1992 und 1993 führt zu Einnahmeverlusten von mehr als 7 Millionen DM. Wenn diese Lücken nicht durch anderweitige Einnahmen bzw. Einsparungen gedeckt werden, könnte das Tilgungsziel des Bundesschatzmeisters in Frage gestellt sein. Dies würde allerdings angesichts der zu erwartenden höheren Ausgaben im Wahljahr 1994 zu einer schwierigen Situation führen. In diesem Zusammenhang empfehlen wir, auch weiterhin alle kostenverursachenden Leistungen der Bundespartei einer kritischen Prüfung zu unterziehen.

Die Finanzsituation der Bundespartei wird letztlich auch durch die Beitragsabführungen der Landesverbände beeinflußt. Wir mußten leider feststellen, daß die Bundesgeschäftsstelle 1991 ständig Beitragsforderungen von ca. 2 Millionen DM im Monatsdurchschnitt vor sich herschob. Dabei ist zu erwähnen, daß für die Rückstände, die älter als zwei Monate sind, gemäß einem Beschluß des Bundesvorstandes Zinsen in Höhe des jeweils gültigen Diskontsatzes berechnet werden. Wir appellieren an die Landesverbände, ihren Beitragsverpflichtungen pünktlich nachzukommen.

Lassen Sie mich bitte noch einen Punkt – auch in Anbetracht Ihrer Ungeduld – erwähnen. Im vergangenen Jahr entstand eine heftige Diskussion über die Verwendung von Geldbeständen, die die CDU-Bundesgeschäftsstelle zum 1. Oktober 1990 vom Hauptvorstand der CDU der ehemaligen DDR übernommen hatte. Wir haben die Verwendung dieser Gelder unverzüglich und eingehend überprüft und können hierzu folgendes bestätigen:

Erstens. Die Bundesgeschäftsstelle hat zum 1. Oktober 1990 vom Hauptvorstand der CDU in der ehemaligen DDR 14.322.000 DM übernommen. Bis zum August des Jahres 1991 sind weitere Einnahmen in Höhe von 7.823.000 DM hinzugekommen. Bei den Einnahmen handelte es sich überwiegend um Zuschüsse nach den Bestimmungen des Parteiengesetzes der DDR. Damit standen für die Finanzierung der Arbeit der CDU in den neuen Bundesländern insgesamt 22.145.000 DM zur Verfügung.

Zweitens. Diese vorgenannten Geldbestände waren nicht im Etat der CDU-Bundesgeschäftsstelle enthalten. Sie wurden gesondert geführt.

Drittens. Alle durch die CDU-Bundesgeschäftsstelle vom Hauptvorstand der CDU in der ehemaligen DDR übernommenen Geldbestände und die nach dem 1. Oktober 1990 aus dem Bereich der ehemaligen DDR eingegangenen und auf Konten der CDU-Bundesgeschäftsstelle geführten Geldeingänge wurden inzwischen in den CDU-Landesverbänden der neuen Bundesländer eingesetzt.

Es besteht die Absicht, auf dem nächsten Bundesparteitag das Statut und die Finanz- und Beitragsordnung einer Überprüfung zu unterziehen. Wir gestatten uns deshalb schon heute den Hinweis, daß wir bei der notwendigen Novellierung der Finanz- und Beitragsordnung eine Stärkung der Stellung der Rechnungsprüfer für erforderlich halten. Der Parteivorsitzende hat sich, bevor wir vom Bundesparteitag bestellt wurden, damit einverstanden erklärt, daß wir unsere Aufgaben nicht nur als Ex-Post-Prüfer wahrnehmen, sondern auch in den laufenden Geschäftsbetrieb Einblick nehmen sollen. Dies hat sich nach unserer Überzeugung bewährt. Deshalb sollte diese Praxis bei einer Neufassung der Finanz- und Beitragsordnung berücksichtigt werden.

Zusammenfassend können wir uns auf den uneingeschränkten Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers Professor Pougin zum Rechenschaftsbericht des Jahres 1990 beziehen und beantragen, dem Bundesvorstand Entlastung zu erteilen.

Als Rechnungsprüfer möchten wir auch Worte des Dankes an die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle richten, die durch ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft unsere Arbeit im Interesse solider Parteifinanzen unterstützen. – Schönen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei den Rechnungsprüfern für die geleistete Arbeit.

Von den Rechnungsprüfern ist die Entlastung des Bundesvorstands beantragt worden. Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer dem Antrag auf Entlastung des Bundesvorstandes seine Zustimmung geben will, den bitte ich, seine Stimmkarte zu erheben. – Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Bei Enthaltung der Betroffenen ist dem Bundesvorstand mit großer Mehrheit die Entlastung erteilt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf, soweit die Vorstandswahlen davon betroffen sind:

Beratung und Beschlussfassung über Änderungen des Status der CDU, der Beitrags- und Finanzordnung, der Parteigerichtordnung und der Geschäftsordnung der CDU

Bevor wir mit den Vorstandswahlen beginnen, müssen wir insbesondere im Hinblick auf die Wahl der künftigen vier Stellvertretenden Vorsitzenden eine Änderung unseres Statuts vornehmen. Der Bundesvorstand hat Ihnen dazu die Anträge F 1 und F 2 vorgelegt. Sie finden diese Anträge in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 87 bis 90.

Mir liegt zu diesem Bereich ein Antrag von Herrn Lennartz, Euskirchen, vor. Herr Lennartz, kommen Sie bitte zum Rednerpult.

Leo Lennartz: Herr Präsident! Liebe Freunde! Ich habe nicht zu den Anträgen des Bundesvorstandes zu sprechen, sondern ich möchte zum Antrag des Kreisverbandes Euskirchen sprechen. Das ist Antrag F 15 auf Seite 94. Dieser Antrag betrifft das Quorum, das in § 43 Abs. 2 und in § 43 Abs. 3 des Statuts festgelegt ist. Dort ist bestimmt, daß Sie bei der Wahl der Präsidiumsmitglieder auf dem Stimmzettel mindestens 50 % der zu wählenden Kandidaten ankreuzen müssen; bei der Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes müssen mindestens drei Viertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Wir sind der Auffassung, daß ein so hohes Quorum mit demokratischen Grundsätzen nicht zu vereinbaren ist.

(Vereinzelter Beifall)

Es wird das Argument vorgetragen, Minderheiten müßten geschützt werden. Wir sehen das zwar ein, wir sind aber der Auffassung, wenn es darum geht, Vorstandsmitglieder für die Bundespartei zu wählen, dann müssen Köpfe her, egal aus welchem Bundesland sie kommen. Es müssen Männer und Frauen sein, die geeignet sind, die schwierigen Aufgaben zu lösen, für deren Erledigung sie gewählt werden sollen. Deshalb kann es nicht in erster Linie nach dem landsmannschaftlichen Proporz gehen.

Ich muß Ihnen sagen: In unserem Kreisverband wird eine große Diskussion darüber geführt, daß die Stimmzähler nicht mehr zu bekommen sind, die auch bei uns die Stimmen auszählen sollen, bei 20 Mitgliedern eines Kreisverbandes, wo dann 15 % gewählt werden müssen.

Wir bitten Sie daher, dem Antrag F 15 stattzugeben. Der Antrag wird jetzt behandelt, weil er auch schon für die Vorstandswahl von Bedeutung ist. – Vielen Dank.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat Herr Wulff.

Christian Wulff, Antragskommission: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission bittet Sie, diesen Punkt am Mittwoch zu diskutieren, weil wir der Meinung sind, daß man die Änderungen des Statuts für die heutigen Wahlen auf die Veränderungen beschränken sollte, die durch die Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands und damit der beiden Teile der Union in Deutschland entstanden sind. Das sind die Bestimmungen, die in den Anträgen F 1 und F 2 enthalten sind.

Die Fragen, die der Delegierte Lennartz soeben angesprochen hat, sollten am Mittwoch inhaltlich besprochen werden, weil sie zu grundlegenden und fundamentalen Rechtsänderungen im Statut der Union führen würden und dementsprechend erst auf die kommenden Wahlen Anwendung finden sollten, damit sich die Kandidaten auf diese Situation einstellen können.

Die bisherige Quorums-Regelung gilt seit 1967 bzw. seit 1975. Die Kandidaten konnten sich auf die bisherigen Bedingungen der Wahlen einstellen, so daß Rechtsgründe dagegen sprechen, das heutige Wahlsystem anders als bisher zu praktizieren.

Sollte sich der Parteitag entscheiden, die Frage nicht am Mittwoch, sondern heute zu diskutieren, dann würden wir auch inhaltlich eine Empfehlung geben, die Sie auf Seite 94 der Antragsbroschüre zum Antrag F 15 finden.

Allerdings liegen auch andere Anträge zu den Wahlen vor. Deswegen meinen wir, man sollte die Diskussion heute nicht befrachten und nach den alten Wahlrechtsbestimmungen, die ja behutsam zu behandeln sind, vorgehen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Lennartz hatte beantragt, den Antrag F 15 einzubeziehen. Die Antragskommission, Herr Wulff, hat vorgeschlagen, den Antrag auf Vorziehung abzulehnen. Ich lasse jetzt über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen: Ablehnung des Vorziehens des Antrags F 15. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag auf Vorziehung mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich lasse jetzt über die Anträge F 1 und F 2 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge gemeinsam anzunehmen, so daß Ziffer A 11 des Antrags F 1 die Fassung des Antrags F 2 erhält. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Wenn ich es richtig sehe, sind diese Satzungsänderungsanträge einstimmig angenommen worden.

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum wichtigsten Punkt, dem Tagesordnungspunkt 13:

Wahl des Bundesvorstandes

Ich hoffe, alle Delegierten befinden sich im Saal.

Nach der soeben beschlossenen Neufassung des § 29 Abs. 2 des Status müssen wir die Wahl des Bundesvorstandes in sechs getrennten Wahlgängen vornehmen. Erster Wahlgang: Wahl des Vorsitzenden. Zweiter Wahlgang: Wahl des Generalsekretärs auf Vorschlag des Vorsitzenden. Dritter Wahlgang: Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden. Vierter Wahlgang: Wahl des Bundesschatzmeisters. Fünfter Wahlgang: Wahl der weiteren 7 Mitglieder des Präsidiums. Sechster Wahlgang: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstands.

§ 43 des Statuts besagt, daß die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes geheim sein und durch Stimmzettel erfolgen müssen. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen zählen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit.

§ 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung lautet:

> Bei allen Wahlen und Abstimmungen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Nach den Feststellungen der Mandatsprüfungskommission – sie haben sie gerade gehört – sind 976 Delegierte wahlberechtigt.

Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, Ihre Stimmen in den Wahlkabinen abzugeben, die Sie links und rechts im Saal und neben der Bühne finden. Bitte nutzen Sie die Wahlkabine, die von Ihrem Platz aus am nächsten erreichbar ist. Werfen Sie Ihren Stimmzettel nach der Stimmabgabe in die vor der Wahlkabine aufgestellte Wahlurne. Ich mache jedoch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie den Helfern Ihre Stimmkarte vorzeigen sollten, bevor Sie Ihren Stimmzettel in die Wahlurne werfen. – Soweit die Vorbemerkung.

Ich rufe jetzt den wichtigen Tagesordnungspunkt 13.1 auf:

Wahl des Vorsitzenden

Vorgeschlagen zur Wiederwahl und einziger Kandidat ist Dr. Helmut Kohl.

(Beifall)

Wir nehmen die Wahl des Vorsitzenden mit dem Stimmzettel Nummer 1 aus dem Stimmzettelblock vor, der Ihnen mit Ihrer Stimmkarte im Tagungsbüro überreicht wurde. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name Kohl, „ja" oder „nein" oder „Enthaltung" steht. Leere Stimmzettel werden als Stimmenthaltung gezählt.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme in den Wahlkabinen abzugeben. – Der Wahlgang ist eröffnet.

Sind alle Stimmzettel abgegeben? Oder umgekehrt gefragt: Sind Delegierte im Saal, die ihren Stimmzettel noch nicht abgegeben haben? – Das ist offenbar nicht der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte, mit der Auszählung zu beginnen.

(Unterbrechung)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich gebe das Ergebnis der Wahl des Bundesvorsitzenden bekannt. Abgegebene Stimmen 956. Ungültige Stimmen keine. Enthaltungen 20. Gültige Stimmen 936.

Die erforderliche Mehrheit beträgt satzungsgemäß 469. Für Dr. Helmut Kohl wurden 856 Stimmen abgegeben. Es wurden 80 Nein-Stimmen abgegeben.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Herr Dr. Kohl, nehmen Sie die Wahl zum Bundesvorsitzenden an?

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich nehme die Wahl an. Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen. Ich bitte Sie alle, mit mir und dem jetzt noch zu wählenden Parteivorstand und Parteipräsidium in diesen schwierigen zwei Jahren zusammenzuarbeiten. Dann werden wir 1994 gemeinsam ein großartiges Ergebnis schaffen.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Herzlichen Glückwunsch, Helmut Kohl. Mit Ihnen zusammen für Deutschland, für Europa! – Noch für mathematische Bedürfnisse: Der Anteil der Ja-Stimmen beträgt 91,5 Prozent.

(Beifall)

Dr. Berndt Seite, Tagungspräsidium: Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tageordnungspunkt 13.2 auf:

Wahl des Generalsekretärs

Ich erteile hierzu das Wort dem Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Helmut Kohl.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Liebe Freunde, gemäß der Satzung steht dem Vorsitzenden der Partei das Recht zu, einen Vorschlag für die Wahl des Generalsekretärs zu unterbreiten. Ich schlage als Generalsekretär unseren Freund Peter Hintze vor.

Peter Hintze hat sich heute in seinem Rechenschaftsbericht über die kurze Amtszeit seit dem Ausscheiden von Volker Rühe aus diesem Amt selbst vorgestellt. Deswegen will ich zu seinem Lebenslauf und zu seiner Person nur wenig sagen.

Ich bin zutiefst davon überzeugt – und die Wochen und Monate seiner Amtszeit haben mich in meiner Meinung bestätigt –, daß Peter Hintze in der jetzigen Situation der richtige Mann für dieses Amt ist. Er ist ein nachdenklicher Mann. In einer Zeitung habe ich das so karikiert gesehen, als sei dies ein Nachteil. Er ist ein Mann, der Gespür und Offenheit für die junge Generation mitbringt und für die Situation des gesellschaftlichen Umbruchs, in dem wir gegenwärtig in Deutschland und in Europa stehen. Aber er ist auch ein Mann – ich lege großen Wert auf diese Feststellung –, der aus einer Glaubensheimat kommt, der eine Vorstellung von den geistigen und moralischen Grundlagen unserer Politik hat. Ich bitte Sie um Ihre Stimme und Ihr Vertrauen für Peter Hintze.

(Beifall)

Dr. Berndt Seite, Tagungspräsidium: Danke schön. – Ich bitte die Damen und Herren von der Presse, den Gang zu räumen. Der muß frei sein für die Delegierten.

Wir kommen nun zur Wahl des Generalsekretärs. Dafür ist Stimmzettel Nr. 2 vorgesehen. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen bei dem Name Hintze Ja, Nein oder Enthaltung steht. Leere Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen tragen, als den des vorgeschlagenen Kandidaten, sind ungültig.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimmzettel in den Wahlkabinen abzugeben.

Meine Damen und Herren, haben alle Delegierten die Gelegenheit gehabt, ihre Stimme abzugeben? - Das scheint der Fall zu sein. Ich schließe den Wahlgang.

Wir fahren in der Aussprache fort. Ich rufe Frau Lieberknecht auf.

Christine Lieberknecht: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst sagen, daß ich für die klaren, die offenen und auch die einfachen Worte dankbar bin, die wir heute schon von diesem Pult gehört haben. Wir hatten einen klaren Weg zum Vollzug der staatlichen Einheit. Wir brauchen auch jetzt einen klaren Weg zur Gestaltung der inneren Einheit. Dazu brauchen wir zunächst Augen im Kopf, um zu sehen, was schon geleistet worden ist. Jeder, der durch die neuen Länder fährt, wird dies sehen können. Wir brauchen aber auch Augen, um zu sehen, was vor uns liegt. Bei alledem müssen wir - trotz aller notwendigen Sonderbedingungen - auch zu einer Normalität im Umgang miteinander finden. Wir müssen miteinander das Notwendige tun, auch im Blick auf die größer gewordene Verantwortung Deutschlands in der Welt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann ist es schon spannend, zu fragen: Wie stehen wir zu den großen Herausforderungen von heute? Was sagen wir zu Deutschland? Wie sehen wir es im Prozeß der deutschen Einheit und im europäischen Einigungsprozeß - in Freiheit, in Selbstbestimmung, wiedervereint? Umfragen der Institute, auch derjenigen, die der deutschen Einheit aufgeschlossen gegenüberstehen, besagen, die Deutschen seien sich heute fremder als noch vor einem Jahr. Ich meine, wir müssen dies ernst nehmen. Ich meine aber auch, daß wir uns hier nicht aufs Glatteis führen lassen dürfen. Ich halte überhaupt nichts von der Konfrontation, wie wir sie über Wochen und Monate erlebt haben. Auf der einen Seite hieß es: Wir brauchen mehr; auf der anderen Seite wurde gesagt: Es ist genug. Für mich steht die Wertfrage der Einheit noch immer vor der Frage nach den Kosten der Beseitigung der Schäden von 40 Jahren Sozialismus. Was ist es uns wert, daß ein System der Menschenverachtung, der Diktatur, der Unfreiheit von der Bildfläche unseres Kontinents verschwunden ist, aus den Köpfen freilich noch nicht überall? Sicher, allein damit ist es auch noch nicht getan.

Wir brauchen eine vernünftige Finanzausstattung. Eine vernünftige Finanzausstattung wird aber auch nur zu erreichen sein, wenn wir sie in vernünftige Denkstrukturen einbetten können. Die Basis dafür finden wir in unserer Politik, der Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, auch wenn es um schmerzhafte Einschnitte und unbequeme Wahrheiten ging und geht. Das zeigt die Geschichte. Sie zeigt, daß wir über 40 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland die einzige Partei waren, die dieses leisten konnte. Ich bin überzeugt, unsere Partei wird dies auch in Zukunft leisten.

Ich selbst verbinde mit diesem Weg auch die Chance und Mut zu Neuem. Vor zwei Jahren haben wir uns unter dem Motto „Freude auf Deutschland" getroffen. Ich sage auch heute ungebrochen - trotz aller Probleme, die wir haben, die ich selbst hautnah erlebe, nach zwei Jahren politischem Alltag beim Aufbau eines neuen Bundeslandes -: Ich freue mich, daß es wieder e i n Deutschland gibt - mit unglaublichen Herausforderungen und Chancen für uns alle. Wir können Freude doch nicht von denen erwarten, die die Einheit nicht wollten.

(Vereinzelt Beifall)

Wer soll sie aussprechen, wenn nicht wir? Selbst wenn Herr Engholm heute zu manchen Einsichten kommt, so geschieht das doch allenfalls zähneknirschend. Den Part der Freude wird er nie übernehmen können.

Wenn wir heute in der öffentlichen Meinungsbildung im Blick auf die Union von Fehlern, von Verschweigen der Wahrheit, von Unglaubwürdigkeit hören, dann sollten wir uns diesen Schuh nicht zu schnell anziehen. Ich warne davor, in diesen Tenor einzustimmen. Wir haben, wie ich meine, überhaupt keinen Grund, die überwältigende Bestätigung unserer Politik im Vollzug der deutschen Einheit nun nachträglich in das Gegenteil verkehren zu lassen. Genau das aber wird versucht, wie wir feststellen, wenn wir die Diskussion hören. Deswegen halte ich es für notwendig und richtig, daß wir an dieser Stelle sagen: Es geht hier um Lasten. Es geht um die Erblast von 40 Jahren Sozialismus. Diese Erblast zu beseitigen kostet 400 Milliarden DM. Das muß in Deutschland jeder erfahren.

(Beifall)

Deswegen bin ich nicht bereit, mich auf die Dünnbrett-Diskussionen über Lügen und Halbwahrheiten derer einzulassen, die bis heute nicht zugeben wollen, daß sie vor lauter Bedenken die Chance der Einheit 1990 verspielt hätten. Ich meine, wir sind nicht die Bedenkenträger der Nation; das ist auch nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es, eine solide Politik vorzulegen und solide über die Staatsfinanzen zu verhandeln. Das tun wir auch. Wenn jemand an dieser Stelle einen Bankrott zu erklären hat, dann sind es doch zuallererst der Finanzminister des Saarlandes und sein Ministerpräsident, Herr Lafontaine.

(Beifall)

Mein Ziel ist es, die Chance, die wir in Deutschland hatten und haben, mit Führungskraft, aber auch mit Phantasie und auf neuen Wegen zu nutzen. Aus dieser Sicht ist es mir überhaupt nicht begreiflich, wie in unserem Land immer wieder Diskussionen jenseits aller Vernunft und allem gesunden Menschenverstands geführt werden. Wir haben den Kommunismus besiegt. Deutschland, Europa und die Zukunft liegen offen vor uns. Es gibt tausende von Möglichkeiten, anzupacken, neue Wege zu finden, etwas Neues zu machen – für die Jugend, für Männer und Frauen aller Generationen, und dies nicht nur in Deutschland, sondern auch im europäischen Rahmen.

Aber was geht um in Deutschland? Es ist Angst, Angst vor Überforderung, Angst vor Veränderungen, Angst vor Instabilität, Angst vor Gewalt und Radikalismus. Die Bilder gehen um die Welt, und es ist wahr: Wir müssen hier Lösungen finden, sehr schnell und unverzüglich gesetzliche Lösungen. Aber wir müssen auch die Herausforderungen sehen, und wir müssen sagen: Es lohnt sich, sich in diesem Land zu engagieren – für den Aufbau in den neuen Ländern, für die deutsche Einheit.

Wir haben in unserer Partei ein Fundament, das uns Antworten geben läßt, das Herausforderungen zuläßt. Die Menschen suchen Orientierung – auch jenseits von Wohlstand und Konsum. Ich meine, auch da müssen wir offensiver werden. Wir müssen die geistige Auseinandersetzung in diesem Land führen, und dazu gehört auch das Aufgreifen bisher unpopulärer Themen, Themen, die über Jahrzehnte in der öffentlichen Meinung verpönt waren. Wo hat man denn beispielsweise vor der Einheit außerhalb der Union offen über die Nation reden können? Das war in diesem Land kein Thema.

Wir müssen über gesamtdeutsche Solidarität reden. Der Solidarpakt ist auch eine geistige Angelegenheit. Hier geht es nicht in erster Linie um Macht und Stärke, auch nicht nur um Geld. Es geht auch um Geist, um neue Ideen, um Flexibilität und Mut, und den wünsche ich uns allen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Berndt Seite, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, liebe Frau Lieberknecht!

Ich möchte herzlich darum bitten, daß die Delegierten auch den jetzigen Rednern mehr Aufmerksamkeit entgegenbringen; sonst tut sich hier auch eine Gerechtigkeitslücke auf.

(Zustimmung)

Hier werden sehr wertvolle Beiträge geleistet, und ich möchte Sie doch um Aufmerksamkeit bitten. – Außerdem möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Redezeit auf fünf Minuten begrenzt ist. Sie werden verstehen, daß es nicht meine Art ist, mitten in einer Rede darauf hinzuweisen, aber die Begrenzung auf fünf Minuten gilt für alle.

Ich habe die angenehme Pflicht, Herrn Kurt Lechner aus Rheinland-Pfalz sehr herzlich zum 50. Geburtstag zu gratulieren.

(Beifall)

Lieber Herr Lechner, Ihnen und Ihrer Familie alles Gute auf dem weiteren Lebensweg!

Als nächster spricht Herr Clemens-August Krapp aus Oldenburg. Bitte schön!

Clemens-August Krapp: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als vorhin die Meldung kam, die FDP stimme Steuererhöhungen zu, wollte ich zunächst meine Wortmeldung zurückziehen. Ich habe es dann aber doch nicht getan, weil ich dem Parteitag einfach sagen möchte, daß Steuererhöhungen problematisch sind und daß Steuererhöhungen auch nicht im Sinne der Union sein können. Wir wissen ja ganz genau, daß die FDP es leicht hat, mit ihrer Klientel über dieses Thema zu reden; denn die Unternehmensbesteuerung muß – das hat der Bundeskanzler gesagt – eine andere werden, und wenn wir 40 oder 50 Milliarden DM mehr haben wollen, trifft die Besteuerung die breite Masse unserer Bevölkerung, trifft also die Wähler der Volkspartei CDU.

Die zweite Bemerkung: Herr Wolfgang Schäuble hat vorhin gesagt, daß wir aufpassen müssen, daß wir nicht über unsere Verhältnisse leben. Ich bin der Auffassung, wir leben bereits über unsere Verhältnisse. Darauf gibt es nur eine ehrliche Antwort, und die heißt: mit Bescheidenheit zurück zum Leben in normalen Verhältnissen. Ich denke, die Antwort „Steuererhöhungen" ist in diesem Zusammenhang nicht die richtige Antwort.

Dritte Bemerkung: Der Begriff „sparen" wird in der Politik häufig falsch verwendet. Wenn in einem Haushaltsjahr weniger Nettoneuverschuldung ausgewiesen ist als im Jahr zuvor, heißt es schon „Wir haben gespart", obwohl mehr ausgegeben worden ist, als eingenommen worden ist. Im privaten Bereich heißt „sparen" aber: weniger ausgeben, als man einnimmt. Nur so, meine Damen und Herren, kann man Geld zurücklegen oder Schulden abbezahlen. Ich meine, wir sollten uns bemühen, im politischen Bereich dem Begriff des wirklichen Sparens näherzukommen, um so Steuererhöhungen zu vermeiden.

Viertens. Die SPD hat große Probleme mit der Zustimmung zur Änderung des Grundgesetzes in der Asylfrage. Das weiß der Wähler, und er wird entsprechend reagieren. Die SPD hat aber keine Probleme, den Bürgerinnen und Bürgern mehr Geld für den Staat abzuverlangen. Sie ist die Steuererhöhungspartei. Auch das weiß der Wähler, und er wird entsprechend reagieren.

Unser Bundeskanzler und Parteivorsitzender, Dr. Helmut Kohl, hat vorhin von der Notwendigkeit der Leistungsbereitschaft aller gesprochen. Ob diese mit Steuererhöhungen zu erreichen ist, wage ich allerdings zu bezweifeln.

Eine gute Konjunktur und ein gutes Wirtschaftswachstum sind das Entscheidende für unser Land. Wir von der CDU wollen durch die Kreativität vieler das Wirtschaftswachstum stützen und ausbauen. Wenn das gelingen soll, brauchen die vielen auch im finanziellen Bereich die notwendigen Spielräume, um so die sich bietenden zahlreichen Möglichkeiten im Wirtschaften zu nutzen und, was noch wichtiger ist, durch die Leistungsbereitschaft aller nutzen zu wollen.

Ich befürchte, bei Steuererhöhungen geht diese Leistungsbereitschaft aller tendenziell zurück. Meine Bitte an Sie ist also, der SPD das Plakat „Steuererhöhungspartei" zu belassen und darüber hinaus im Interesse der volkswirtschaftlichen Vernunft keine Steuererhöhungen auf unsere Fahnen zu schreiben. Wir sollten auf die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land noch mehr hören und bei den öffentlichen Ausgaben zurückhaltend sein. So entstehen Spielräume. Steuererhöhungen werden nicht notwendig.

Meine herzliche Bitte zum Abschluß ist, zu versuchen, das Land mit dieser Methode zu regieren. Wir werden sehen: Die Konjunktur wird lebhaft bleiben, und die CDU wird die Wahlen gewinnen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Berndt Seite, Tagungspräsidium: Ich unterbreche die Aussprache. Ich bitte die Delegierten, Platz zu nehmen.

Ich gebe das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs bekannt. Abgegebene Stimmen: 942. Ungültige Stimmen: Keine. Stimmenthaltungen: 51. Gültige Stimmen: 891. Die erforderliche Mehrheit beträgt 446 Stimmen. Es wurden abgegeben für Peter Hintze: 742 Stimmen. Das sind 83,3 %.

(Beifall)

Nein-Stimmen: 149. Herr Peter Hintze, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU: Ich bedanke mich sehr. Ich nehme die Wahl an. Ich bin sicher: Wenn wir etwas von dem Geist, den wir heute hier aufgebracht haben, in die zwei vor uns liegenden Jahre hineinbringen, dann wird es insgesamt für uns alle und für die CDU und hoffentlich auch für Deutschland sehr gut. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Berndt Seite, Tagungspräsidium: Herr Generalsekretär, ich gratuliere Ihnen ganz herzlich. Ich wünsche Ihnen einen klaren Kurs, Gradlinigkeit, Zivilcourage und Gottes Segen für all Ihr Tun.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 13.3 auf:

Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden

Ich gehe davon aus, daß Sie durch ihre Geschäftsführer die Stimmzettel, auf denen alle Kandidaten in alphabetischer Folge aufgeführt sind, erhalten haben. Haben Sie alle Ihre Stimmzettel, auf denen die fünf Kandidaten aufgeführt sind?

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, eröffne ich den Wahlgang zur Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden.

Nach den Ihnen schriftlich vorliegenden Kandidatenvorschlägen sind für die Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden fünf Kandidaten vorgeschlagen.

Es war vorgesehen, daß sich die Kandidaten kurz, ungefähr drei Minuten, vorstellen. Da die Kandidaten aber bereits Gelegenheit hatten, sich dem Auditorium umfangreich vorzustellen, denke ich, es findet Ihre Zustimmung, wenn wir diese Vorstellung wegfallen lassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Da Sie mit diesem Verfahren einverstanden sind, bitte ich den Bundeskanzler ums Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Bevor wir in diesen Wahlgang eintreten, ist es für mich nicht nur eine Pflicht, sondern eine Selbstverständlichkeit, denen zu danken, die heute aus dem Parteipräsidium und dem Parteivorstand ausscheiden. Darunter sind Kollegen, die seit vielen, vielen Jahren für unsere Partei ihre Pflicht getan haben.

Allen voran nenne ich unseren Freund Dr. Gerhard Stoltenberg.

(Beifall)

Er hat es selber erwähnt: Er ist 1955 in Augsburg zum Vorsitzenden der Jungen Union Deutschlands gewählt worden. Von diesem Zeitpunkt an war er Mitglied des Parteivorstands. Als Du, lieber Gerhard, in den Parteivorstand kamst, war Angela Merkel gerade ein Jahr alt. Damit haben Sie eine ungefähre Vorstellung von dem Zeitraum, in dem Gerhard Stoltenberg unserer Partei die Treue gehalten und in wichtigsten Ämtern - als Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, als Bundesfinanzminister, als Bundesverteidigungsminister - Aufgaben für unsere Republik übernommen hat.

Ich möchte Dir, lieber Gerhard, an diesem Tag für diesen Dienst an unserer Gemeinschaft sehr, sehr herzlich danken.

(Anhaltender Beifall)

– Vielen Dank für dieses freundliche Dankeschön.

Ich will die Gelegenheit nutzen, mich sehr herzlich auch bei unserem Freund Walter Wallmann zu bedanken.

(Beifall)

Walter Wallmann gehörte mehr als 15 Jahre dem Parteivorstand an; viele Jahre als Mitglied des Parteipräsidiums. Er hat in unserer Partei einen langen Weg hinter sich gebracht. Er war Vorsitzender des Bezirksverbands der CDU in Mittelhessen. Er war Vorsitzender des CDU-Landesverbands Hessen. Er war Mitglied des Bundestags und stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Unvergessen sind die großen Jahre seiner Zeit als Oberbürgermeister von Frankfurt am Main. Er war Bundesminister für Umwelt und Ministerpräsident von Hessen. Er hat uns über viele Jahre unsere Partei durch seine Überzeugungen mitgeprägt. Er hat uns immer ein Beispiel dafür gegeben, was Pflichterfüllung heißt. Wir – auch ich – danken ihm nicht zuletzt für seinen klugen und guten Rat.

Lieber Walter Wallmann, herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall)

Sehr herzlich danken will ich auch unserem Freund Lothar Späth, der seit 1981 Mitglied des Parteipräsidiums war und in den vielen Jahren seiner Tätigkeit in der Partei als Landesvorsitzender in Baden-Württemberg und zuvor in seiner kommunalen Tätigkeit in seiner Heimatstadt Bietigheim, als Vorsitzender der baden-württembergischen Landtagsfraktion, als Innenminister und in den Jahren 1978 bis 1991 als Ministerpräsident von Baden-Württemberg seinen Dienst für unsere Sache getan hat. In der ihm eigenen Art: zupackend, direkt, sprühend vor Ideen; hat er viel auch für unsere Partei geleistet.

Ich danke Lothar Späth sehr herzlich für das, was er für uns tun konnte.

(Anhaltender Beifall)

Nun, liebe Freunde, will ich ein Wort des Dankes den Damen und Herren sagen, die nicht wieder für den Bundesvorstand kandidieren. Es ist Willibald Böck; es ist Gerd Gies; es ist Prof. Hans-Joachim Meyer; es sind Barbara Schäfer und Marion Walsmann. Ich danke all diesen Damen und Herren sehr herzlich für den Dienst an unserer Sache und hoffe, daß sie in anderen Funktionen weiter für die Partei arbeiten.

(Beifall)

Ich habe einen Namen jetzt ausgelassen, den ich aus gutem Grund gesondert nennen will. Ich möchte vor allem auch Birgit Breuel für das danken, was sie in diesen Jahren für unsere Partei getan hat:

(Beifall)

als Mitglied des Parteivorstandes, als Kabinettsmitglied in Niedersachsen, in vielfältiger Weise. Vor allem danke ich ihr vor diesem Parteitag der CDU Deutschlands gerne einmal für ihre Arbeit als Präsidentin der Treuhandanstalt. Das ist eine schwierige, eine undankbare, aber eine wichtige Arbeit. Sie leistet großartige Arbeit und verdient unseren Dank.

(Beifall)

Dr. Berndt Seite, Tagungspräsidium: Danke, Herr Vorsitzender! – Ich eröffne den Wahlgang und weise darauf hin, daß nach § 43 Abs. 2 des Statuts in der soeben mit Antrag F2 geänderten Fassung mindestens die Hälfte der zu wählenden Kandidaten, also zwei Namen, angekreuzt werden müssen und daß Stimmzettel, auf denen mehr Namen angekreuzt sind, als der Zahl der zu wählenden stellvertretenden Vorsitzenden entspricht, ungültig sind. Ich bitte die Delegierten, ihre Stimmzettel in der Wahlkabine abzugeben.

Meine Damen und Herren! Ich mache darauf aufmerksam, daß wir nach diesem Wahlgang sofort in weitere Wahlgänge eintreten. Ich möchte Sie darum bitten, daß Sie hierbleiben und den Saal nicht verlassen.

Meine Damen und Herren! Haben alle Delegierten Gelegenheit gehabt, ihre Stimmzettel abzugeben? Ich sehe, das ist der Fall. Damit schließe ich den Wahlgang.

Ich schlage Ihnen vor, daß wir, da die Auszählung der Stimmen für die Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden längere Zeit in Anspruch nimmt, zunächst Tagesordnungspunkt 13.4 aufzurufen:

Wahl des Bundesschatzmeisters

Sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden? Ich höre keinen Widerspruch. Dann bitte ich Bundeskanzler Kohl, den Vorschlag zu unterbreiten.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich schlage Frau Brigitte Baumeister als Schatzmeisterin vor. Mein Vorschlag geht von der Überlegung aus, daß es nach über zwei Jahrzehnten erfolgreicher Amtszeit von Walter Leisler Kiep von großer Bedeutung ist, daß wir diese wichtige Arbeit in der bewährten Weise gemeinsam fortsetzen können. Ich bin dabei vor allem auch von der Überlegung ausgegangen, daß es richtig ist, auch in der Übergangssituation der Parteienfinanzierungsgesetzgebung ein Mitglied der Bundestagsfraktion zu benennen, das sich an dieser Arbeit ganz unmittelbar beteiligen kann und das vor allem auch den nötigen Sachverstand und den direkten Kontakt aus der praktischen Arbeit der Partei mitbringt. Frau Baumeister wird sich gleich selbst vorstellen. Sie ist durch ihren ganzen Werdegang qualifiziert, die Anforderungen dieser Arbeit zu erfüllen. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, sehr herzlich darum, ihr die Stimme zu geben. Das ist auch für sie persönlich eine neue Aufgabe, und wir sollten sie dabei unterstützen.

(Beifall)

Dr. Berndt Seite, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Vorsitzender! Ich bitte Frau Baumeister, sich persönlich vorzustellen.

Brigitte Baumeister: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als mich der Vorsitzende vor einigen Wochen fragte, ob ich mir vorstellen könne, das Amt des Schatzmeisters zu übernehmen, kam das für mich doch sehr überraschend, und ich habe eine kurze Bedenkzeit erbeten. Nach Rücksprache mit meiner Familie und mit dem Fraktionsvorsitzenden bin ich jedoch zu der Überzeugung gelangt, daß ich mir dies zutraue.

Ich bin vor wenigen Tagen 46 Jahre alt geworden. Ich komme aus Böblingen, bin verheiratet und habe zwei Kinder. Zu Hause haben wir ein kleines Unternehmen, das typisch für Baden-Württemberg ist, nämlich ein kleines mittelständisches Unternehmen. Von Beruf bin ich Mathematikerin, und mit ein wenig Stolz darf ich sagen, daß ich mir mein Studium selbst finanziert habe. Mein beruflicher Werdegang führte mich über die Universität zur Fachhochschule bis hin zur Industrie. Seit 1990 bin ich Mitglied des Deutschen Bundestages. Vor einem Jahr wurde ich zu einer der Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion gewählt. Das Amt des Schatzmeisters bringt es mit sich, daß man für solide Finanzen zu sorgen hat. Eine Grundlage hierfür hat Walter Leisler Kiep gelegt, und dafür gebührt ihm Dank. Ich verbürge mich mit meiner Kandidatur dafür, diese solide Parteifinanzierung fortzusetzen, und bitte darum, daß mir dabei auch die Landesbezirke und Kreisverbände helfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie mir das zutrauen, bitte ich um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Berndt Seite, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Baumeister!

Wir nehmen die Wahl des Bundesschatzmeisters mit dem Stimmzettel Nr. 3 aus dem Stimmzettelblock vor. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name „Baumeister", „Ja", „Nein" oder „Enthaltung" steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den der vorgeschlagenen Kandidaten tragen, sind ungültig.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten wiederum, ihre Stimmen in den Wahlkabinen abzugeben.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, hat jeder Delegierte die Möglichkeit gehabt, seinen Stimmzettel abzugeben?

(Zurufe: Nein!)

– Offenbar nicht.

Darf ich nochmals fragen, ob inzwischen jeder die Gelegenheit hatte, seinen Stimmzettel für die Wahl des Schatzmeisters abzugeben.

(Zurufe: Nein!)

– Nein? Aber es könnte halt schneller gehen!

Ich frage erneut: Haben alle Delegierten die Möglichkeit gehabt, ihre Stimme abzugeben? – Ich habe mir sagen lassen, die Wahlurnen waren nicht im Raum, und deshalb habe sich eine Verzögerung ergeben. Aber ich gehe jetzt davon aus, daß Sie alle die Möglichkeit hatten, Ihre Stimme abzugeben. – Dann schließe ich hiermit den Wahlgang.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie Platz zu nehmen. – Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Wahl der Rechnungsprüfer

Dazu hat Ihnen der Bundesvorstand eine Vorlage gemacht; er schlägt Ihnen vor, Herrn Henry Dreyer (Cottbus), Herrn Dr. Franz Möller (St. Augustin) und Herrn Ferdinand Tillmann (Sundern/Hochsauerlandkreis) als Rechnungsprüfer zu wählen.

Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit sind die drei Freunde zu Rechnungsprüfern gewählt, und zwar einstimmig. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 15:

Neuwahl des Bundesparteigerichts für die Zeit vom 7.11.1992 bis 6.11.1996.

Dazu liegt Ihnen ebenfalls eine Vorlage des Bundesvorstands vor.

Meine Damen und Herren, zunächst einmal möchte ich im Namen des Bundesparteitags den Mitgliedern des Bundesparteigerichts sehr herzlich danken, die aus persönlichen und beruflichen Gründen nicht wieder kandidieren. Arbeit im Bundesparteigericht ist etwas Zeitaufwendiges und Schwieriges, und nichts ist so konfliktreich wie der Versuch, innerparteiliche Streitigkeiten zu schlichten. Deshalb haben wir allen Grund, Herrn Oberkreisdirektor Dr. Walter Kiwit, Herrn Oberlandesgerichtspräsident a.D. Karlheinz Keller und Herrn Rechtsanwalt Manfred Walther recht herzlich für ihre Tätigkeit im Bundesparteigericht zu danken. Sie waren uns in einer wichtigen Zeit eine wertvolle Hilfe. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Nunmehr komme ich zur Wahl. Auf der Vorlage zu Tagesordnungspunkt 15 werden Ihnen folgende Damen und Herren vorgeschlagen:

Als ordentliche Mitglieder: Staatssekretär a.D. Dr. Heinrich Barth, Dipl.-Ing. Dipl.-Jurist Bernhard Hellner, Präsident des Oberlandesgerichts a.D. Dr. Eberhard Kuthning, Richterin am BGH Dr. Heidi Lambert-Lang, Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Dr. Pia Rumler-Detzel.

Als stellvertretende Mitglieder: Dr. Friedrich August Bonde, Lothar Freund, Helmut Rehborn, Friedrich W. Siebeke, Carl L. Sträter, Frank Strohscher und Dr. Günter Wiechens.

Wer bereit ist, diesem Wahlvorschlag zuzustimmen, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die eben genannten Persönlichkeiten einhellig zu Mitgliedern des Bundesparteigerichts gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Liebe Freunde, bis zum Vorliegen weiterer Ergebnisse fahren wir fort bei Tagesordnungspunkt 8:

Aussprache zu den Berichten

Dazu liegen noch zahlreiche Wortmeldungen vor, und ich bitte die Redner zu berücksichtigen, daß wir eine Redezeitbegrenzung auf fünf Minuten vereinbart haben.

Der nächste Redner wäre Matthias Wissmann. Er hat jedoch das Präsidium wissen lassen, daß er auf seinen Redebeitrag verzichtet.

(Beifall)

Der nächste Redner ist Herr Dr. Rudolf Krause MdB aus Sachsen-Anhalt. Ihm folgt Herr Dr. Uwe Lehmann-Brauns aus Berlin.

Dr. Rudolf Krause: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte über die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern sprechen.

Wir als CDU sind eine Volkspartei. Wir können uns das Volk nicht aussuchen, und das wollen wir auch nicht. Über die Hälfte der Familien in Mitteldeutschland ist mittelbar oder unmittelbar von Arbeitslosigkeit betroffen. Diese Menschen haben im wesentlichen auch uns gewählt. Wir sind ihre Mandatsträger. Und ich muß sagen: meine CDU ist auch die CDU der Arbeitslosen. Man erwartet von uns, daß wir uns für diese Arbeitslosen auch einsetzen.

Ich möchte jetzt nicht sprechen über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – die ja nur Linderung sind –, sondern über die Ursachen und deren Bekämpfung. Wir haben von der Seite des Handels drei Ursachen: Zusammenbruch des Binnenmarktes, Zusammenbruch des innerdeutschen Handels und erst an dritter Stelle Zusammenbruch der Ostmärkte, – in dieser Reihenfolge! Nur über die Ostmärkte zu reden ist unredlich.

Wir haben heute in der „Bilanz" gelesen: „Die Konjunktur in Westdeutschland wurde durch rege zusätzliche Nachfrage nachhaltig gestärkt." Ja, es war so: ein großer Teil der Industrieproduktion ist in den Westen verlagert worden.

Wir müssen für unsere Arbeitslosen eine Rückverlagerung der Produktion in die neuen Bundesländern fordern.

(Beifall)

Wir mitteldeutschen Männer und Frauen wollen unseren Lebensunterhalt alleine verdienen; wir wollen ihn durch Arbeit verdienen. Wir brauchen von Ihnen aus den westlichen Bundesländern nicht Milliarden-Almosen, sondern Löhne für unsere Arbeit. Das heißt: Wir wollen unseren Anteil an den Märkten haben: auf dem Binnenmarkt, auch auf dem gesamtdeutschen Markt und auf dem europäischen Markt.

Was heißt das konkret? 20 Prozent reichen nicht. Um eine wirkliche Gleichheit der Lebensverhältnisse zu haben, müssen wir von den öffentlichen Auftraggebern für eine gewisse Zeit 30 Prozent aller Aufträge an Betriebe nach Mitteldeutschland geben. Das gilt für den Bund, aber das gilt ebenso für die westdeutschen Bundesländer, für die westdeutschen Kommunen. Der Wähler bei uns wird fragen, und zwar nicht nur die SPD-regierten Länder und Kommunen, aber die auch: Was habt Ihr getan, um uns Aufträge für unsere Arbeit zu geben?

Ich möchte, daß in Ostdeutschland etwa 70 Prozent der Aufträge im Lande bleiben, und ich sage: Aufträge heute sind wichtiger und besser für Ost und West als Steuererhöhungen morgen. Wir haben sehr viele Betriebe – in manchen Kreisen zu über 50 Prozent –, die sich mit allen Fördermöglichkeiten anmelden konnten und bereits wieder pleite sind auf Grund von Auftragsmangel.

Ich weiß, daß mancher das nicht gerne hört, zu dessen Klientel Betriebe zählen, die an der Einheit gewonnen haben. Aber Gleichheit der Lebensbedingungen heißt auch: Eine langfristige Umorientierung auf westliche Märkte dauert zu lange. Wir müssen heute beginnen. Wir können überall dort beginnen, wo Produkte aus Mitteldeutschland preislich günstig und qualitativ hochstehend angeboten werden.

Daher möchte ich Sie, die Sie Funktionen tragen, aber auch die Hausfrauen, die in der Kaufhalle einkaufen, und hauptsächlich die Vertreter der gewerblichen Wirtschaft bitten: Bitte kauft anteilig bei uns, denn sonst zahlt ihr ewig für unser Nichtstun. – Danke.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Dr. Lehmann-Brauns das Wort.

Dr. Uwe Lehmann-Brauns: Meine Damen und Herren! Am Ende eines solchen Abends noch von einer Krise zu sprechen, ist sicher kritisch, aber ich tue es einmal und sage: Die Krise unserer Gesellschaft, die Krise unserer Partei hängt mit einem Paradoxon zusammen, nämlich dem, daß die deutsche Nachkriegsgeschichte die CDU zur Siegerin erklärt hat. Helmut Kohl, der Kanzler der Einheit, der ehrliche Makler in Europa, der heute großartig wiedergewählte Bundesvorsitzende, ist in diesem Land ohne Alternative. Aber die Meinungsumfragen zeigen für die Union in Richtung zweite Bundesliga.

Um die Sache noch kafkaesker zu machen: Unsere geborenen Gegner, die realen und demokratischen Sozialisten, sind am Ende. Ihre Theoreme sind widerlegt oder diskreditiert. Es gibt heute keine bekennenden Sozialisten mehr. Auch Engholm und Lafontaine sind es nicht; der eine mit Vorliebe für Maßanzüge, der andere mit Vorliebe für die französische Küche und doppelte Diäten.

(Vereinzelter Beifall)

Es handelt sich wohl nicht mehr um Arbeiterführer, sondern vielleicht eher um hochrangige Chamäleons.

Manfred Stolpe, den Verdienstorden der DDR auf der Brust, die wertvollen Buchgeschenke im Regal, ein Weltmeister in Sachen Demagogie und Verschleierung und Sitzfleisch: Politische Inhalte sind seine Sache nicht.

So stehen nun die Deutschen zwischen Siegern ohne Gegnern und Gegnern ohne Prinzipien. Wie kann die CDU vermeiden, daß es ihr geht wie einst den Konservativen und Churchill, der den Zweiten Weltkrieg gewonnen hatte, aber der Labour-Party den Wahlsieg gönnen mußte?

Ich sehe für die CDU zwei Wertbereiche, die aktiviert werden müßten. Zunächst geht es um die Nation. Für viele Menschen in Deutschland – ich rede natürlich nicht von den brutalen Kahlköpfen – ist Nation dichter als die Gemeinschaft von Bundesländern, Sozialprodukt und Maastricht. Für viele ist die Nation Halt, ideelle Gemeinschaft, Gefäß der deutschen Geschichte, die nicht nur aus Greueltaten, sondern auch aus Kant, aus den Gebrüdern Humboldt, aus Walther Ratenau und Albert Einstein, aus dem Grafen Stauffenberg und den Großen unserer Nachkriegsgeschichte Jakob Kaiser, Kurt Schumacher, Ernst Reuter und Konrad Adenauer besteht. Ihr Engagement galt vorzugsweise der Nation. Die deutsche Geschichte ist in der Tat älter als das Intermezzo der 40jährigen Spaltung.

Es ist meiner Ansicht nach eine richtige Beobachtung, wenn Vaclav Havel sagt: Der Verlust des Horizonts der Geschichte macht das Leben sinnlos. Deshalb meine Forderung: Sagen wir ja zu der Nation! Sehen wir zu, wie sie von wildgewordenen Randfiguren okkupiert wird!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Gunst der Wiedervereinigung hat Menschen in die CDU gebracht, auf die wir in Zeiten des Status quo nicht hätten hoffen können. Ich spreche von den Bürgerrechtlern. Ich kenne und schätze das Engagement des Bundeskanzlers gerade in bezug auf diese Gruppierung. In der Tat, es ist ein Glück, daß Arnold Vaatz, daß Rainer Eppelmann, daß Heinz Eggert, Althaus und viele andere zu uns gefunden haben.

(Beifall)

Es ist kein Zufall, daß wir mit Bürgerrechtlern wie Wolf Biermann, Bärbel Bohley, Jürgen Fuchs und vielen anderen seit Jahren parallel für eine gründliche und offene Aufarbeitung unserer Vergangenheit argumentieren. Es ist deshalb meine Bitte, das Profil der Union in dieser Richtung zu verstärken und deutlich zu machen, daß die Bürgerrechtsbewegung wo nicht auf eine Heimat, so doch auf Zusammenarbeit mit der CDU und Unterstützung durch sie rechnen kann.

Verehrter Herr Generalsekretär Hintze, ich hätte mir in Ihrer Rede etwas mehr an kultureller Offenheit gewünscht. Ich persönlich kann mir eine CDU ohne das Gespräch mit Reiner Kunze, mit Bärbel Bohley, Günter Kunert, Hans Joachim Schädlich und vielen anderen nicht mehr vorstellen. Sorgen Sie in Ihrer bevorstehenden Amtszeit bitte für eine Verstärkung dieser Kontakte.

Erlauben Sie mir zum Schluß noch eine persönliche Bemerkung. Auch bei uns trägt ein Mann – nicht weniger schillernd als Herr Stolpe – noch immer den Mitgliedsausweis; ein Mann, der die Vergangenheitsbewältigung schon als Minister behindern wollte und heute natürlich ablehnt, der Bürgerrechtler diffamiert, der eine Villa bewohnt, die er sich als DDR-Innenminister selbst zugeschanzt hat, der sich politisch mit Herrn Gysi verbunden hat und der das schwierige Zusammenwachsen von Ost und West nur zu eigenem Profilierungsvorteil nutzt. Meine Damen und Herren, dieser Parteitag sollte an Herrn Diestel appellieren, Selbstachtung zu üben und die Partei zu verlassen, in die er nicht gehört. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Das Wort hat Frau Hellwig.

Dr. Renate Hellwig: Meine lieben Parteifreunde! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte als Europapolitikerin nur zwei Aspekte in den deutsch-deutschen Einigungsprozeß einbringen.

Der erste Aspekt wird Sie vielleicht ein bißchen überraschen, aber ich schlage Ihnen vor, deutsch-deutsche Gespräche im westlichen Ausland zu führen. Wenn wir im Inneren unsere Unterschiede kultivieren, dann sieht das ganz anders aus, sobald wir im Nachbarland sind. Da sind wir nämlich alle Deutsche. Wir sprechen für sie deutsch. Die merken gar nicht mehr den Unterschied. Wir sehen binnen kürzester Zeit, welch großes Maß an Verantwortung wir tragen, was auch die Psychologie anbelangt, hinsichtlich der gewissen Furcht und Unruhe, die in den anderen Völkern über dieses groß gewordene Deutschland herrscht. Diese gemeinsame Verantwortung schweißt uns psychologisch, mentalitätsmäßig automatisch zusammen und läßt uns spüren, daß der Unterschied wesentlich geringer ist als die Gemeinsamkeit.

Der zweite Aspekt aus der europäischen Szene ist der: Was die Konsolidierung und die Stabilität von Währungen anbelangt, sind wir ganz stark, anderen Mitgliedstaaten zu erzählen, was sie alles machen müssen, um sich den Eintritt in die Währungsunion zu verdienen. Wir müssen allmählich aufpassen, daß wir nicht die Ratschläge, die wir so intensiv nach außen verteilen, gar nicht mehr selber beherzigen.

Drei Forderungen gelten allgemein als Voraussetzung, um die Stabilität der eigenen Währung zu erreichen: die Haushalte zu konsolidieren, Neuverschuldung möglichst zu vermeiden und dafür zu sorgen, daß die Tarifpartner vernünftige Lohnabschlüsse tätigen. Wenn wir uns das anschauen, sehen wir, daß das ganz schöne Aufgaben für uns sind.

Erstens: Haushalte konsolidieren. Da ist zunächst das, was wir am Mittwoch verabschieden werden. Ich kann nur mit Nachdruck darauf hinweisen: Die 400 Milliarden DM zusätzlicher Verschuldung als Ergebnis der Treuhandanstalt sind nicht allein durch Einsparungen wegzubringen. Konsolidieren heißt hier die Einnahmen verbessern, heißt nun einmal auch Steuern erhöhen, um abzubauen. Wir sind hier wie in einer Familie. Wenn sie zu viele Schulden hat, müssen alle Beteiligten, Mutter, Vater und Kinder, einen Teil ihres Lohns abgeben, um die Schulden abzutragen. Wir sollten uns darum nicht drücken.

Den dritten Gesichtspunkt, was die Lohnsteigerungen anbelangt, wollen wir im Solidarpakt mit den Gewerkschaften erreichen. Ich finde das Angebot von Steinkühler, zu sagen, in nächster Zeit sei nur der Inflationsausgleich und nicht mehr drin, schon einmal gut. Aber ich sage hier ganz offen: Wenn wir wirklich von den Preissteigerungsraten herunterkommen wollen, müßte es eigentlich weniger sein, müßte der Zuwachs unter dem Inflationsausgleich liegen. Das würde echte Sparmaßnahmen bei den Lohnsteigerungen bedeuten. Aber hier, meine Damen und Herren, vermisse ich die Vorbildfunktion unserer Manager. Sie jammern ständig über die hohen Gewerkschaftsforderungen. Wo sind eigentlich die Manager, die erklären: In unserer Einkommensklasse beschließen wir demnächst eine Nullrunde für uns selber. Das wäre vorbildlich.

(Vereinzelt Beifall)

Wir verlangen das auch von den Top-Gewerkschaftern. Wenn ich das sage, meine Damen und Herren, nehme ich die Bundestagsabgeordneten nicht aus, im Gegenteil.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin der Meinung, wir Bundestagsabgeordnete sollten das als erstes beschließen, aber es ganz selbstbewußt mit der Forderung verbinden, daß die anderen drei Führungseliten in unserem Staat, die Spitzenbeamten, die genausoviel oder mehr verdienen, die Manager und die Spitzengewerkschafter, weil sie besondere gesellschaftspolitische Verantwortung tragen, ihrerseits sagen: Wir gehen mit dem Ziel voran, auf diese Weise auch bei den Geringerverdienenden Lohnzurückhaltung zu erreichen.

Meine Damen und Herren, dann hätten wir im europäischen Konzert unsere Aufgaben erfüllt. Das muß auch geschehen, bevor wir den anderen so gute Ratschläge erteilen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Elmar Pieroth hat mich wissen lassen, daß er ebenfalls auf seinen Redebeitrag verzichtet.

(Beifall)

Nächster Redner in der Aussprache ist Reinhard Schulze aus Sachsen.

(Reinhard Schulze spricht zum Tagungspräsidenten)

– Diese Thematik kommt morgen. Vertagen wir also Ihre Wortmeldung auf morgen, Herr Schulze.

Wir warten noch auf Helmut Kohl und den Generalsekretär. Es ist ein Akt der Courtoisie, daß bei der Bekanntgabe der Ergebnisse der Stellvertreter die Vorsitzenden die Möglichkeit haben, dabei zu sein. – Herr Leo Lennartz hat jetzt das Wort.

Leo Lennartz: Herr Präsident, darf ich fragen, ob hier eine Nebenveranstaltung stattfindet? – Herr Präsident, ich frage noch einmal, ob eine Nebenveranstaltung im Saale stattindet.

(Vereinzelt Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Auch bei den Präliminarien muß die Zeit laufen, Herr Delegierter. Sie haben insgesamt fünf Minuten. Bitte beginnen sie.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Leo Lennartz: Herr Präsident, ich habe meine Wortmeldung heute mittag abgegeben. Ich stelle wieder fest, daß die Wortmeldungen nach Belieben verteilt worden sind. Heute nachmittag hatten stundenlang Leute Zeit, ihre Kür zu laufen, die gewählt werden wollten. Normale Delegierte haben auf diesem Parteitag offenbar nicht mehr die Möglichkeit, zu Wort zu kommen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich stelle das hier mit großer Empörung fest und gebe es zu Protokoll.

Ich habe bereits nach dem Parteitag von Dresden ein zehnseitiges Papier an die Kreisverbände verschickt, in dem ich auf einige Mißstände auf dem Parteitag hingewiesen habe. Meine Damen und Herren, es ist die freie Entscheidung des Parteitages, wie er sich verhält. Das ist völlig klar. Aber es ist auch meine freie Entscheidung, auf dem Parteitag das zu sagen, was ich zum Wohle dieser Partei für notwendig halte:

(Vereinzelt Beifall)

Die Partei gibt zur Stunde hier kein gutes Bild ab.

(Vereinzelt Widerspruch)

– Meine lieben Freunde, ich bin gewohnt, mit Widerspruch zu leben. Das macht mir überhaupt nichts aus. Ich habe das schon viel länger ausgehalten als manch andere in der Partei.

Ich möchte jetzt etwas zu dem erwidern, was der Herr Bundesvorsitzende heute morgen gesagt hat. Er hat zur Solidarität aufgerufen. Er hat gesagt: Wir müssen große Anstrengungen unternehmen, und wir müssen unsere Bevölkerung auf zusätzliche Schwierigkeiten der Erblast vorbereiten. Das ist alles richtig. Aber ich hatte den Eindruck, der Herr Bundesvorsitzende hatte als Bundeskanzler eine Regierungserklärung abgegeben. Ich hätte ganz gerne gehört, was der Herr Bundesvorsitzende zur Partei und zu ihrer Befindlichkeit sagt.

Als jemand, der sehr oft in Thüringen und Sachsen unterwegs ist, kann ich Ihnen sagen, daß wir dort in der Partei eine ganze Menge an Schwierigkeiten haben. Es stünde der Partei gut an, wenn wir die Schwierigkeiten, die unsere Partei in organisatorischer Hinsicht insgesamt hat, einmal in Ruhe besprächen. Wir müssen unseren Freunden in den neuen Ländern wie auch hier helfen, damit wir eine Arbeitsweise finden, um in der Partei unsere Grundsätze aufzuarbeiten, darüber hinaus die Organisation der Partei zu stärken und vor allen Dingen den Informationsfluß auf Bundesebene zu verbessern.

Wir haben eine große Anzahl an Möglichkeiten, die bei weitem nicht ausgenutzt sind. Ich darf daran erinnern, daß wir die Möglichkeiten der KPV einsetzen können. Wir können örtliche Zusammenkünfte auf Kreisebene oder auf Dachverbandsebene veranstalten. Das ist alles außerordentlich wichtig, um die Arbeit der Partei zu befruchten. Wir können darüber hinaus in den vorpolitischen Raum hineingehen.

Wenn wir in den vorpolitischen Raum hineingehen, meine Damen und Herren, müssen wir vor allen Dingen etwas über die Werte sagen, die in unserer Partei wichtig sind. Der Herr Bundesvorsitzende hat heute mittag gesagt: Ein Staat, der das Recht nicht mehr durchsetzt, verliert das Vertrauen seiner Bürger. Das ist ein sehr schönes und sehr richtiges Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Nur hat er es gesagt, als er über die Randale gesprochen hat, über die Leute, die in diesem Staat Gewalt anwenden. Ich hätte mir gewünscht, er hätte es im Zusammenhang mit der Pflegevesicherung und im Zusammenhang mit der demographischen Situation gesagt. Ich hätte gern hier und heute von ihm gehört, warum er selber in der Abtreibungsdebatte nicht das Wort ergriffen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe einen Anspruch, das von meinem Bundesvorsitzenden zu wissen. Warum hat Herr Kohl in der Abtreibungsdebatte geschwiegen? Er hat immer gesagt: Mit mir ist eine Fristenlösung nicht zu machen. Aber als es darauf ankam, als die Sache auf Spitz und Knopf stand, hat Herr Kohl geschwiegen.

Herr Schäuble hat auch geschwiegen. Ich hätte auch von ihm gerne gewußt, weshalb er geschwiegen hat.

Wenn ich an unsere Anträge von Dresden erinnern darf, die in der Bundestagsfraktion besprochen werden sollten, kann ich Ihnen sagen, daß dieses Gespräch stattgefunden hat. Es waren aber keine 15 Bundestagsabgeordnete, die sich die Mühe gemacht haben, sich mit diesen Anträgen auseinanderzusetzen. Ich muß zur Ehre des

Fraktionsvorsitzenden sagen, daß er über zwei Stunden dabei war und sich an dem Gespräch intensiv beteiligt hat. Aber in Richtung Fraktion muß ich sagen: Die Fraktion hat sich nicht die Mühe gemacht, das, was ihr vom Bundesparteitag nicht als Auftrag, aber als Bitte überwiesen worden ist, einmal mit den Leuten zu besprechen, die diese Anträge dem Parteitag vorgelegt haben.

Wenn der Bundeskanzler von der Erosion des Rechtsbewußtseins gesprochen hat, kann ich nur sagen: Ich hätte von ihm gerne gehört, daß er sich für die Stärkung des Rechtsbewußtseins in allen Teilen unserer Bevölkerung einsetzt und nicht nur dann, wenn es in diesem Staate Randale gibt.

Meine Damen und Herren, wir reden hier über viele Dinge, die wichtig sind. Aber was reden die Leute auf der Straße? Die Leute auf der Straße reden von dem Fall von Erlangen. Warum wird hier nicht über den Fall von Erlangen gesprochen? Die Leute wollen wissen, wann man in diesem Staate tot ist und wann man nicht tot ist. Sie wollen wissen, ob man als Toter noch geschützt ist oder nicht. Alle diese Dinge werden hier etwas auf der Seite gelassen.

Nur, meine Damen und Herren, wenn Sie nicht an die Menschen herankommen, wird es etwas kälter in unserer Bundesrepublik, und es wird auch etwas kälter in unserer Partei. Ich bitte Sie herzlich, darüber nachzudenken.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Auf Grund Ihres außerordentlich kritischen Beitrages habe ich eine Überziehung der fünf Minuten zugelassen. Sie werden das selber gemerkt haben.

Für meine Vorgänger im Präsidium muß ich allerdings eins zurückweisen: Wir hatten von Anfang an mehr als 50 Wortmeldungen. Sie werden jetzt systematisch abgearbeitet. Sie können sich darauf verlassen, daß jeder, der sich zu Wort gemeldet hat, auch wirklich zu Wort kommen wird, wenn er das will.

(Beifall)

Ich komme zu den Ergebnissen der bisherigen Wahlgänge. Bei der Wahl für die vier stellvertretenden Vorsitzenden sind 969 Stimmen abgegeben worden. 1 Stimme war ungültig. Gültige Stimmen also 968. Die erforderliche Mehrheit zur Wahl beträgt 485. Diese 485 Stimmen haben alle fünf Kandidaten überschritten.

Es sind gewählt worden:

Dr. Angela Merkel mit 762 Stimmen;

(Beifall)

mit ebenfalls 762 Stimmen Heinz Eggert;

(Lebhafter Beifall)

auf Platz drei mit 672 Stimmen Dr. Norbert Blüm;

(Beifall)

auf Platz vier mit 562 Stimmen Erwin Teufel.

(Lebhafter Beifall)

Den undankbaren fünften Platz, obwohl das Quorum von 485 Stimmen überschreitend, hat Volker Rühe mit 502 Stimmen erzielt.

(Beifall)

Ich frage jetzt in der Reihenfolge: Frau Dr. Merkel, nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Angela Merkel: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Herzlichen Glückwunsch, liebe Frau Merkel. Viel Glück und Gottes Segen in Ihrem Amt.

Herr Eggert, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

Heinz Eggert: Ja, ich nehme die Wahl an.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Herzlichen Glückwunsch. Auch Ihnen viel Glück in Ihrem neuen Amt.

(Beifall)

Norbert Blüm, nehmen Sie die Wahl an?

Dr. Norbert Blüm: Ja, ich nehme die Wahl an.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch des Parteitages, Norbert Blüm. Viel Glück.

(Beifall)

Erwin Teufel, nehmen Sie die Wahl an?

Erwin Teufel: Ich nehme die Wahl an. Ich bedanke mich für das Vertrauen.

Klaus Landowsky: Herzlichen Glückwunsch. Auch Ihnen viel Glück in dem neuen Amt.

(Beifall)

Ich frage jetzt Volker Rühe, ob er für das Präsidium der Partei kandidieren wird.

Volker Rühe: Ja.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Volker Rühe kandidiert für das Präsidium der Partei.

(Beifall)

Ich bitte Sie jetzt um Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren; denn die Kandidatur von Volker Rühe bedingt eine Änderung der Stimmzettel. Das nimmt einen Moment Zeit in Anspruch. Dennoch werden die Landesgeschäftsführer gebeten, sich unverzüglich in das Büro des Organisationsleiters zu begeben, um dort die Stimmzettel sofort nach Fertigstellung in Empfang zu nehmen.

Bitte bleiben Sie im Saal; denn wir kommen jetzt zu dem nächsten Wahlgang, d. h. zur Vorstellung der Kandidaten, die sich um die Wahl ins Präsidium bewerben.

Bevor wir aber zur Wahl des Präsidiums kommen, gebe ich ein weiteres Ergebnis bekannt, nämlich das Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters. Es sind 802 Stimmen abgegeben worden. 8 Delegierte haben sich enthalten. Gültige Stimmen also 794. Die erforderliche Mehrheit beträgt 398. Frau Brigitte Baumeister hat 785 Stimmen erhalten; das sind 98,6 %. 9 Delegierte stimmten mit Nein.

(Beifall)

Frau Baumeister, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

Brigitte Baumeister: Ja.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Herzlichen Glückwunsch zu der Wahl mit dieser überwältigen Mehrheit. Ich wünsche Ihnen eine glückliche Hand für die Finanzen der Union.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, bei der Wahl des höchsten Gremiums der Partei Sorgfalt an den Tag zu legen. Und ich bitte die Journalisten eindringlich, das Plenum jetzt wieder zu räumen.

Meine Damen und Herren, die nächste halbe Stunde erfordert erneut Konzentration; denn wir wählen jetzt die sieben Mitglieder des Präsidiums. Sie haben die Wahlvorschläge in Ihren Akten. Diese Wahlvorschläge umfassen jetzt auch Volker Rühe.

Für die sieben Mitgliederplätze des Präsidiums kandidieren: Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Dr. Heiner Geißler, Hermann Gröhe, Dr. Ottfried Hennig, Manfred Kanther, Prof. Dr. Günther Krause, Christine Lieberknecht, Volker Rühe, Rudolf Seiters, Christa Thoben und Prof. Dr. Klaus Töpfer.

Im Sinne einer fairen Handhabung der Präsentationsmöglichkeit gebe ich allen Kandidaten die Möglichkeit, sich in einer Zeit von bis zu drei Minuten vorzustellen. In diesem Zusammenhang erwähne ich erneut, daß Heiner Geißler nicht bei uns sein kann. Diejenigen, die heute bereits gesprochen haben, sind nicht verpflichtet, diese drei Minuten ganz auszunutzen. Aber denjenigen, die noch nicht die Möglichkeit hatten, sich zu präsentieren, möchte ich die Chance geben, sich hier kurz vorzustellen. – Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Sie haben das Wort.

Dr. Sabine Bergmann-Pohl: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Ich versuche, meine Vorstellung in zwei Minuten zu machen. Ich bin 46 Jahre alt. Ich komme aus Berlin. Ich bin Ärztin, evangelisch und habe zwei Kinder im Alter von 14 und 18 Jahren.

Sie wissen, daß ich mich besonders auf den Gebieten der Gesundheitspolitik bemühe. Ich glaube, daß wir durch die Vorlage unseres Gesundheits-Strukturgesetzes eine neue Wende in der Gesundheitspolitik eingeleitet haben. Eine Neuorientierung und mehr Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen sind für die Zukunft notwendig. Ich versuche, den Frauen Mut zu machen, mehr politische Verantwortung zu übernehmen. Ich werde das fortsetzen, was ich 1990 durch die Wahl in die Volkskammer begonnen habe, und zwar die innere Einheit Deutschlands zu vollenden bzw. mich dafür einzusetzen. Das mache ich nicht durch Reden bzw. durch Presseartikel, sondern ich gehe vor Ort an die Basis, um mit den Bürgern zu sprechen und um Verständnis für die Probleme, die wir miteinander haben, zu wecken.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich bitte noch eines aufklären. Ich bin hier nicht das doppelte Lottchen. Ich stehe hier zwar doppelt auf den Listen, aber dafür kann ich leider nichts. Es war so, daß unser Regierender Bürgermeister zunächst die Absicht hatte, für das Präsidium zu kandidieren, so daß der Landesverband mich für den Bundesvorstand vorgeschlagen hatte. Aber die Frauenunion hatte mich für das Präsidium vorgeschlagen. Auch ich möchte nun für das Präsidium kandidieren. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Für Heiner Geißler spricht nun der Bundesvorsitzende zu Ihnen.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich will erneut darauf hinweisen, daß Heiner Geißler auf Grund seines Unfalls heute beim besten Willen nicht hier sein kann. Ich denke, das weiß jeder. Wir haben ihn von hier aus gegrüßt. Er ist seit vielen Jahren Mitglied der Parteiführung. Er war Generalsekretär. Ich finde, Sie alle sollten dies, was seinen Weg ausmacht und was seine unübersehbaren Verdienste ausmacht, auch bei dieser Wahl berücksichtigen.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Hermann Gröhe, Sie haben das Wort.

Hermann Gröhe: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Hermann Gröhe. Ich bin 31 Jahre alt und Rechtsreferendar. Ich bin verheiratet und seit drei spannenden Jahren Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschland.

Warum kandidiere ich für das Präsidium? – Nun, ich könnte sagen, es tut dem Präsidium einer so großen Volkspartei durchaus gut, wenn wenigstens einer ohne Dienstwagen in diesem Präsidium mitmacht.

(Beifall)

Aber so eine Respektlosigkeit würde mir natürlich ausgesprochen schwerfallen.

Wir dachten aber sehr wohl in der Jungen Union, es wäre einer Prüfung durch Sie, die Delegierten, wert zu fragen, ob in einem 14köpfigen Präsidium nicht auch ein Vertreter Ihrer Jugendorganisation mitwirken soll, der sich anschickt, die Interessen der Generation zu vertreten, die 30 % der Wählerinnen und Wähler in unserem Land vertritt.

(Beifall)

Zwei Vorhaben will ich sehr konkret nennen:

Erstens. In der Debatte um den Standort Deutschland in Europa will ich auf die Frage dringen: Wie werden junge Leute in der Schule, in der Berufsausbildung und in der Hochschule für diese Zukunft fit gemacht?

Zweitens. Im Rahmen der gewachsenen internationalen Verantwortung der Deutschen möchte ich folgende Frage einbringen: Was tun wir, um mehr Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd in der Welt zu erreichen, unseren Beitrag dafür zu leisten, den Welthunger ein Stück weit zu besiegen?

Das sind Anliegen, die gerade jungen Leuten wichtig sind. Das sind Anliegen, für die ich um Ihr Vertrauen bitte. – Danke.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Ottfried Hennig, Sie haben das Wort.

Dr. Ottfried Hennig: Ich bin Oppositionsführer in Schleswig-Holstein, liebe Freunde. Bei Wahlen kandidieren, wenn der Erfolg sicher ist, das kann jeder. Ich war im Interesse der Sache und unserer Partei bereit, den sicheren Hafen zu verlassen und ein erhebliches Risiko einzugehen. Deshalb bin ich 1989 nach Schleswig-Holstein zurückgegangen. Ich freue mich, Ihnen sagen zu können: Wir kommen dort gut voran und sind durch Erneuerung auf dem Wege zurück zur alten Stärke der CDU in Schleswig-Holstein. Im bisherigen Präsidium sind, liebe Parteifreunde, im wesentlichen Mitglieder der Bundesregierung und von Landesregierungen. Wenn Sie mich wählten, wäre einer von uns ohne ein solches Amt, ein Oppositionsführer, im Präsidium, und zwar der, der im direkten Schlagabtausch mit Engholm tätig diese Stärkung durch Sie erbittet.

Wir haben übrigens in Schleswig-Holstein den linkesten Landesverband der SPD dazu gebracht, mit uns gemeinsam eine vernünftige Lösung des Asylproblems zu beschließen. Ich glaube, die endgültige Bonner Lösung wird, wenn ich das richtig erkennen kann, relativ dicht bei dieser Verabredung sein, zu der wir Herrn Engholm bereits bekommen haben.

Ich habe mich nie, liebe Parteifreunde, geniert, ein deutscher Patriot zu sein. Von der Vertreibung aus Königsberg, über achteinhalb Jahre als Parlamentarischer Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium bis heute hin – das Thema deutsche Einheit ist mein Grundthema und wird es bleiben.

Zum Schluß: Ich habe sofort nach der Wahl in Schleswig-Holstein mein seinerzeit sehr mühevoll errungenes Bundestagsmandat niedergelegt. Aber ich werde immer der ganzen CDU meine Zuneigung, ja meine kämpferische Liebe bewahren. Ich will mit Entschiedenheit, mit Mut und mit Ehrlichkeit meinen Beitrag leisten. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Kanther das Wort.

Manfred Kanther: Herr Tagungspräsident! Verehrte Damen! Liebe Freunde! Ich will Ihnen ein paar Worte zu dem sagen, was ich vielleicht in unser Parteipräsidium einbringen kann. Es handelt sich um die Erfahrung von 17 Jahren hessischer CDU von 1970 bis 1987. Dabei handelt es sich um eine Aufbauerfahrung. Das war eine schwierige Zeit, die knapp an absolute Mehrheiten herangeführt hat, aber eben nur heran. Schließlich hat sie sogar zur Regierung geführt, und zwar von 1987 bis 1991. Damals konnte ich als Finanzminister ein Stück Neigung zur Beschäftigung mit wirtschafts- und finanzpolitischen Themen einbringen. Dies war eine arbeitsreiche und interessante Zeit.

Leider haben wir die Wahl dann sehr knapp verloren und kamen wieder in die Opposition, in der ich heute meinen Beitrag als Landesvorsitzender der hessischen CDU und Fraktionsvorsitzender im Landtag leiste. Ich würde gern ein Stück von dem beruflich und auch politisch errungenen Sachverstand in der Wirtschafts- und Finanzpolitik im Rahmen der Beratung mit einbringen können. Ich meine, daß das letzte Jahr erwiesen hat, daß in diesem Bereich Beratung gelegentlich durchaus von Vorteil ist. Ich würde gerne eine enge Verbindung unserer Bundespolitik mit Landes- und Kommunalpolitik - ich verweise dabei auf die besondere Erdnähe, in der man sich natürlich gerade in der Opposition befindet - einbringen, damit aus möglichst viel kommunal- und landespolitischer Opposition wieder Regierung werden kann.

Zum Abschluß vielleicht noch ein persönliches Wort. Ich bin 53 Jahre alt. Einen besonderen politischen Themenbereich habe ich bisher noch nicht angesprochen. Als Vater von sechs Kindern, die alle hessische Schulen besucht haben, wird die Schulpolitik für einen automatisch zum Themenbereich. Schulpolitik war für Hessen immer eine spannende Frage, weil damit auch besondere geistige Herausforderungen und Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner verbunden waren. Ich bin von Beruf Jurist, in Schlesien geboren, in Thüringen aufgewachsen, habe in Hessen und Nordrhein-Westfalen studiert und war dann, wie gesagt, lange Jahre in Hessen politisch tätig. Das war's. - Vielen Dank.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Als nächster hat Günther Krause das Wort.

Prof. Dr. Günther Krause: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Ich bin 39 Jahre alt und habe drei Kinder. Ich bin in Halle an der Saale geboren und seit etwa 20 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern. Ich möchte kurz etwas zu meiner politischen Tätigkeit

sagen. Ich bin mit dem 20. März 1990 zusammen mit Lothar de Maizière in der letzten DDR-Regierung sozusagen in die Aufgabe gerutscht, mit für die deutsche Einheit zu dienen. Ich habe dort als Parlamentarischer Staatssekretär gearbeitet und u. a. den Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, den Einigungsvertrag und auch den Wahlvertrag für die damalige DDR abgeschlossen. Nebenbei war ich in dieser Zeit Vorsitzender der letzten DDR-Volkskammerfraktion.

Ich meine, daß wir jetzt wichtige politische Aufgaben zu bewältigen haben. Wir müssen als Partei auch im Bereich des Bundesverkehrsministers an einer ganz entscheidenden Stelle tätig werden. Wir müssen unser Land entbürokratisieren. Ich hoffe, daß wir gemeinsam die Kraft haben, den Sprung, den wir auch durch die Veränderung im Osten in Fragen der Entbürokratisierung jetzt aufgebaut haben, in den nächsten Monaten auf Westdeutschland zu übertragen, damit Planungszeiten von 15 Jahren endlich der Vergangenheit angehören.

(Beifall)

Herr Bundeskanzler, vielleicht ist mir an dieser Stelle doch der Satz erlaubt: Hätten wir das Planungsrecht im Osten schon vor zwei Jahren deutlich abgespeckt, dann hätten wir, wie ich glaube, einen Haufen Geld gespart.

(Beifall)

Ich möchte einen zweiten wichtigen Punkt ansprechen. Ich möchte mich im Präsidium meiner Partei als Sprecher der ostdeutschen Abgeordneten in unserer Fraktion einbringen. Wir haben viele Aufgaben in dem schwierigen Spannungsverhältnis und angesichts der schwerwiegenden Fragen, mit denen sich jeder in seinem Wahlkreis im Osten konfrontiert sieht und die im Verständnis der Wahlkreise auch im Westen wiederum eine Rolle spielen. Ich bitte um Ihre Stimme. Ich möchte Sie in diesem Sinne in unserer Partei vertreten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Krause. Als nächste hat Frau Lieberknecht das Wort.

Christine Lieberknecht: Herr Vorsitzender! Liebe Delegierten! Ich bin Bundesrats- und Europaministerin des Landes Thüringen. Ich übe dieses Amt mit Thüringer Biographie aus. Ich bin in Weimar geboren, habe in Jena Theologie studiert und war bis 1990 als Pastorin tätig. Anschließend war ich Kultusministerin der ersten frei gewählten Thüringer Landesregierung, und zwar mit allem, was dazugehört. Ich erwähne die komplette Umgestaltung des sozialistischen Einheitsschulwesens hin zu einem differenzierten Schulwesen, damit wir eben nicht solche Verhältnisse haben, wie sie Herr Kanther eben aus Hessen beschrieben hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Unter Bernhard Vogel bin ich nun für das Bundesrats- und Europaressort zuständig. Ich darf sagen, daß zu dem in den letzten zwei Jahren zurückgelegten Weg für mich auch die Erfahrung von Glück im harten politischen Alltag gehört. Ich habe dieses Glück erlebt bzw. erlebe es in unserer Partei, aber auch in meinem Amt, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa zu Hause zu sein. Wichtig ist für mich auch, nach zwei Jahren ungebrochen Visionen zu haben. Das heißt für mich heute: Wir müssen uns neu auf die Wurzeln und die Stärke unserer Partei besinnen. Wir brauchen sie für die deutsche Einheit und auch für den Aufbau im Osten. Vor allem aber

brauchen wir Stärke für die geistigen Herausforderungen unserer Zeit. Aus Thüringen kommend kann das für mich nur heißen: Kulturland Deutschland in Europa. Unseren geistigen Perspektiven müssen praktisches Handeln, Ehrlichkeit und Mut folgen. Dafür stehe ich ein, und dafür möchte ich werben. - Ich danke.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Das Wort hat Volker Rühe. - Er verzichtet. Er hat heute schon gesprochen. Nun hat Rudolf Seiters das Wort.

Rudolf Seiters: Liebe Parteifreunde! Ich bin 55 Jahre alt, verheiratet und habe drei Töchter. Ich war lange Jahre Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Im April 1989 wurde ich Chef des Bundeskanzleramtes, und seit einem Jahr bin ich Bundesinnenminister.

Wir werden morgen sicherlich sehr intensiv über die Fragen der inneren Sicherheit, der Ausländerpolitik und des Asyls diskutieren. Wir alle leiden parteipolitisch, aber auch staatspolitisch darunter, daß uns bisher die Instrumente zur Lösung dieser Fragen, die sich zu den drängendsten innenpolitischen Problemen ausgewachsen haben, verweigert worden sind.

(Beifall)

Ich bin sehr froh, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einmütige Beschlüsse gefaßt hat. Ich bin sehr froh, daß die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU vor wenigen Wochen in Celle einmütige Beschlüsse mit Blick auf die Änderung des Grundgesetzes gefaßt hat. Als Leidgeprüfter, der in den letzten Monaten immer auch vor falschen und halbherzigen Entscheidungen gewarnt hat, sage ich jetzt dies: Rütteln wir die Öffentlichkeit bitte wach. Verdeutlichen wir, daß uns mit einer kosmetischen Änderung des Grundgesetzes nicht gedient ist.

(Beifall)

Es würde das Vertrauen der Öffentlichkeit in den Staat zutiefst erschüttern, wenn wir eine solche Änderung vornehmen würden.

(Beifall)

Deswegen möchte ich weiter dafür kämpfen, daß wir eine wirkliche Lösung oder doch zumindest eine drastische Linderung des Problems erreichen. Dafür möchte ich mit der Rückendeckung des Parteitages auch im Präsidium der CDU kämpfen. Deswegen, nur deswegen erbitte ich Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Seiters. Frau Thoben hat das Wort.

Christa Thoben: Ich bin 51 Jahre alt, Diplom-Volkswirtin, habe in der Wirtschaftsforschung gearbeitet und bin dann in die Geschäftsführung einer Industrie- und Handelskammer gewechselt. Danach war ich zehn Jahre Abgeordnete im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Dort war ich stellvertretende Fraktionsvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecherin. 1990 habe ich nicht wieder für den Landtag kandidiert. Seitdem bin ich Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer zu Münster.

Ich habe kein Parlamentsmandat, bin aber seit ein paar Jahren im Präsidium und versuche dort, das Verständnis für wirtschaftspolitische Fragen einzubringen sowie für etwas Vernunft und – wie ich hoffe – für etwas Augenmaß zu werben, aber nicht –

das will ich dazu gleich sagen – einseitig nur aus der Perspektive der Wirtschaft, sondern durchaus auch andere Zusammenhänge sehend. Diese Aufgabe würde ich, wenn Sie mich wiederwählten, sehr gerne fortsetzen.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Thoben. – Last but not least spricht unser Umweltminister Klaus Töpfer.

Prof. Dr. Klaus Töpfer (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Meine liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Mein Name ist Klaus Töpfer. Ich bin 1938 in Waldenburg in Schlesien geboren worden und bin 1945 mit meinen Eltern und Geschwistern und – wenn Sie so wollen - mit der ganzen Sippe nach Höxter an der Weser in Ostwestfalen vertrieben worden. Ich blieb mit meiner Familie im Westen. Mein Vetter und meine Cousine kamen, weil sich meine Tante für Potsdam entschied, nach Potsdam. Von diesem Tage an wußte ich, daß wir diese Trennung in Deutschland überwinden müssen. Ich glaube, daß dies die Botschaft war, die wir aus der Generation unserer Eltern mitgenommen haben, die damals, als sie hier in Trümmern lebten, eben nicht resigniert haben, sondern Hand angelegt und ein Deutschland aufgebaut haben, das vom „Wirtschaftswunder" gekennzeichnet wurde. Ich unterstreiche das, was der Bundeskanzler sagte: kein Wirtschaftswunder, sondern harte Arbeit, gute Politik und wirklich vorausschauendes Handeln.

Meine Damen und Herren, wenn die Generation unserer Eltern das geschafft hat, was wären wir für eine erbärmliche Generation, würden wir das im deutschen Einigungsprozeß jetzt nicht genauso schaffen können!

(Beifall)

Ich glaube, das ist unsere Aufgabe. – Lassen Sie mich hinzufügen: Ich lebe jetzt mit meiner Familie – drei Kindern und den Schwiegereltern – in Saarbrücken. Meine Kinder können zu Fuß auf die Spicherer Höhen laufen, dorthin, wo sich Franzosen und Deutsche 1870/71 noch im Kriege gegenübergestanden haben, wo jeder Quadratmeter mit Blut durchtränkt ist. Heute wissen sie gar nichts davon, daß es eine solche Grenze gibt. Deswegen meine ich, es ist unsere Verpflichtung unseren Kindern gegenüber, daß wir eine solche Situation in ganz Europa und weltweit schaffen können.

Dies sind die beiden Motive, aus denen heraus ich auch im Präsidium unserer Partei weiter Politik machen möchte. – Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Töpfer!

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß in der Zwischenzeit alle Delegierten einen Stimmzettel erhalten haben; wenn nicht, liegt es an ihren eigenen Landesgeschäftsführern.

(Heiterkeit)

Ich weise darauf hin, daß nach § 43 Abs. 2 des Statuts in der heute beschlossenen Fassung für die Gültigkeit des Stimmzettels mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten, also vier, angekreuzt werden müssen und daß Stimmzettel, auf denen mehr als sieben Namen angekreuzt sind, ungültig sind. In Kurzform also: mindestens vier, höchstens sieben!

Nunmehr eröffne ich den Wahlgang und bitte Sie, die Stimmzettel auszufüllen.

Verlassen Sie danach bitte nicht den Parteitag, denn wir wollen ja noch die weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes wählen.

Ich frage Sie jetzt, ob inzwischen jeder seinen Stimmzettel abgegeben hat. – Wenn niemand da ist, der das noch nicht getan hat, schließe ich den Wahlgang für die Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums der Partei und erkläre Ihnen jetzt den Fortgang des Abends.

Wir können jetzt die Aussprache fortsetzen, und zwar so lange, bis die Ergebnisse der Wahl des Präsidiums vorliegen. Da dann zwangsläufig vier Kandidaten nicht gewählt sein werden, werden wir diese fragen, ob sie als Mitglieder des Bundesvorstandes kandidieren wollen. Gegebenenfalls werden dann die Stimmzettel umgedruckt, wir wählen den Bundesvorstand, und dann werden Sie entscheiden, was im Laufe des Abends mit den restlichen Wortmeldungen passiert.

Jetzt erteile ich Herrn Uwe Greve aus Schleswig-Holstein das Wort.

Uwe Greve: Liebe Parteifreunde! Ich weiß, daß es eine sehr unglückliche Situation ist, daß die Debatte gerade jetzt fortgesetzt werden muß, in einer Phase, in der man eigentlich über anderes redet. Da wir aber keine andere Gelegenheit als diese haben, miteinander zu reden, halte ich es für wichtig, daß diese Gedanken heute trotzdem vorgetragen werden.

Wir haben heute viel über Erfolge gesprochen, und zwar über Erfolge, die sich zweifelsohne sehen lassen können. Aber Ziel eines solchen Parteitages kann es nicht nur sein, die Erfolge herauszukehren, sondern noch stärker und eindeutiger müssen wir gerade auf einem solchen Parteitag gegenüber der Öffentlichkeit deutlich machen, wo wir in Zukunft neue und bessere Zeichen setzen wollen.

Ich sage: In einigen Bereichen, wo wir Zeichen setzen müssen, haben wir heute nicht klar und eindeutig genug formuliert. Deshalb möchte ich es hier tun.

Wenn wir eine Volkspartei sind und sein wollen, bedeutet dies, daß wir in großem Maßstab dafür sorgen müssen, daß die Probleme, die das Volk fühlt und vor sich herträgt, ernstgenommen und angenommen werden. Das bedeutet, liebe Freunde, daß wir uns sagen müssen: Es geht nicht an, daß wir auf jedem Parteitag einen neuen Asylantrag beschließen und beim nächsten Parteitag feststellen, daß da nichts geschehen ist.

Ich erläutere das an einem Beispiel. Wir haben in Bremen einen Antrag beschlossen, in dem stand: Endlich Schluß mit dem Mißbrauch des Asylrechts! Wir haben auch in Hamburg einen solchen Antrag beschlossen. Und wir haben in Dresden einen solchen Antrag beschlossen. Aber jetzt liegt dasselbe aufs neue auf dem Tisch.

Es ist an der Zeit, endlich zu handeln und nicht nur zu reden. Der Wille, in allen Bereichen zu handeln, ist die Position, mit der wir nach Haus fahren wollen. Es gibt ja viele Felder, bei denen jeder fühlt, daß die CDU in ihrem Reden richtig liegt. Doch was nützt es, wenn jeder Parteitag einander ähnliche Anträge verabschiedet, aber das Handeln ausbleibt? Was nützt es, wenn wir bei jedem Parteitag beisammensitzen und sagen, da muß etwas geschehen, aber nach einem Jahr feststellen, daß wieder nichts geschehen ist?

Wir müssen also dafür sorgen, daß die Beschlüsse endlich in die Wirklichkeit umgesetzt werden. In bezug auf Asyl bedeutet das: In den Bereichen, in denen wir schon handeln können, handeln wir. Es gibt eine Reihe solcher Bereiche. Beispiels-

weise müssen wir in den Ländern, in denen wir regieren, wenigstens die rechtskräftig Abgelehnten abschieben. Aber die Abschiebequoten sind in den SPD-regierten Ländern genauso schlecht wie in den CDU-regierten Ländern.

Mit anderen Worten: Das Mögliche wird nicht getan. Die Folge ist, daß viele, viele unserer Wähler abspringen.

Ich belege das an einem weiteren Beispiel. Wir haben viele, viele Wochen und Monate darüber diskutiert, wie die Kriminalität in den Griff zu bekommen ist. Auf Parteitagen wurden immer neue Anträge gestellt und angenommen. Und das Ergebnis? Die Bevölkerung fühlt sich in einem Ausmaß bedroht, daß sie uns kaum noch abnimmt, daß wir die Probleme lösen. Deshalb schielt man überall nach rechten und rechtsradikalen Parteien; nicht, weil man radikal ist, sondern weil man uns kaum noch zutraut, daß wir handeln.

Es ist schade, daß gerade diejenigen, die zum Handeln aufgerufen sind, diese Worte nicht hören. Vielleicht lesen sie sie im Protokoll.

Das Volk lebt in den Großstädten in Unsicherheit. Dieser Zustand muß systematisch und schnell abgebaut werden.

Ich wünsche, daß auch einmal die Frau unseres Bundeskanzlers oder die Frau manchen Ministers am Sonntagmittag oder am Samstagabend am Hamburger oder am Frankfurter Hauptbahnhof abfahren, um einmal zu bemerken, was in Deutschland auf diesem Gebiet los ist. Liebe Freunde, oft ist man ja so abgehoben, daß man gar nicht mehr spürt, was das Volk denkt und fühlt.

Noch einmal: Wir müssen auf diesem Gebiet handeln. Wir dürfen nicht nach Hause fahren, ohne daß aus unseren Beschlüssen Nägel mit Köpfen herauskommen.

Ein letzter Gedanke, liebe Freunde. Auch er ist für unsere Zukunft und unsere gesamte Entwicklung sehr wichtig. Die Geschichte gibt uns als Erfahrung das Gesetz mit: Wenn die demokratischen Parteien den vernünftigen Teil der Nation nicht in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen und ihn selber tragen, dann greifen sich unvernünftige und radikale Kräfte den positiven Gedanken der Nation und entwickeln Ziele und Entscheidungen, die nicht mehr demokratischer Natur sind.

Nach meinem Eindruck verabschieden wir uns vielfach zu eindeutig und zu weit von der Nation. Wir fühlen nicht, daß die Nation eine Größe der Politik ist und in diesem Jahrhundert ebenso wie im nächsten Jahrhundert eine entscheidende Größe der Politik bleiben wird.

Bei Maastricht – wir werden morgen darüber reden – sind Tendenzen deutlich, liebe Freunde, daß wir einen unhistorischen Weg gehen und daß wir dabei sind, den positiven Teil des nationalen Denkens den Radikalen und den Extremisten zu überlassen, und zwar am Ende zum Leid der Deutschen.

Darum sage ich: Es gehört ungeheuer viel Kraft dazu, zu erklären: Den Teil der Nation, den wir leben wollen und der auch unser Teil der Parteipolitik über all die Jahrzehnte gewesen ist, überlassen wir nicht den Radikalen, sondern den werden wir wieder in unsere Hände nehmen.

Dazu gehört, daß wir dieses ganze Gerede von der multikulturellen Gesellschaft beenden. Wenn hier formuliert wird – -

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herr Greve, Sie haben Ihre Redezeit schon wesentlich überschritten.

Uwe Greve: Ich weiß. Andere haben über weniger Wichtiges länger gesprochen.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Das ist die Frage. Ich bitte Sie, uns die Arbeit hier nicht schwer zu machen. Bitte kommen Sie zum Schluß.

Uwe Greve: Ich will hier deutlich machen: Wenn wir diese Problemfelder nicht aufgreifen und wenn Traumtänzereien wie die Idee von der multikulturellen Gesellschaft sogar von unseren Präsidiumsmitgliedern gepflegt werden, dann werden es morgen nicht nur 30 %, sondern 35 oder 40 % Nichtwähler sein, und eines Tages erwachen wir trotz aller Riesenerfolge als Juniorpartner einer Regierung Engholm, die weiß Gott keine Zukunft bieten dürfte.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herr Greve, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Uwe Greve: Vielen Dank.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Als nächster Redner hat Herr Tremmel das Wort. Bitte sehr.

Fritz Tremmel: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die ersten werden die letzten und die letzten werden die ersten sein. Ich war bei den ersten, die sich zu Wort gemeldet haben, und bin bei den letzten, die das Wort bekommen. Sei's drum.

Ich möchte einige Punkte aufgreifen. Über zwei davon hat Helmut Kohl heute morgen gesprochen. Er sagte, wir sollen die Sorgen und Nöte der Bevölkerung aufgreifen. Das bedeutet zugleich: Wir müssen entscheiden und wir müssen handeln. Die Parteienverdrossenheit, die wir im Land haben, kommt daher, daß viel diskutiert, aber nichts entschieden wird.

Meine Freunde, heute morgen war davon die Rede, daß wir von 1995 an Steuererhöhungen brauchen. Ich hoffe, daß der Bundestag dieses Thema sehr zügig angeht und entscheidet. Wenn wir zwei Jahre lang eine Steuerdiskussion hätten – höher oder niedriger oder weiß Gott was auch immer –, würde das der Sache schaden und uns weiter zurückwerfen.

Das zweite Thema ist das Asylrecht. Es wurde heute schon arg strapaziert. Wir haben dazu auf vielen Bundesparteitagen Beschlüsse gefaßt. Ich sage nur dies: Wir könnten die Änderung des Grundgesetzes beschleunigen, wenn die Oberbürgermeister und Bürgermeister den Bundestagsabgeordneten, die gegen die Grundgesetzänderung sind, Asylbewerber zwangseinweisen würden. Wie schnell wäre dadurch die Ehrlichkeit dieser Leute getestet! Es käme heraus, daß sie es natürlich nicht so gemeint haben. Die rechtliche Möglichkeit besteht.

Es ist auch heute davon gesprochen worden, wir sollten die Sozialhilfe für die Asylbewerber reduzieren. Aber mit 25 % ist es nicht getan. Wir müssen auf die Höhe wie in Frankreich und Italien kommen. Dann wird es zu einer Umlenkung dieser Ströme kommen. Wir sollten in dieser Frage ein bißchen kräftiger zulangen. Was hat denn die Weltöffentlichkeit gesagt, als die Italiener die Albaner wieder auf die Schiffe gebracht und nach Hause transportiert haben?

Gar nichts! Während wir hier über die Frage diskutieren: Können wir es, können wir es nicht? Das Grundgesetz steht dem entgegen. Meine Damen und Herren, hier besteht Handlungsbedarf.

Schließlich will ich noch eines sagen: Wir geben im Augenblick viele Milliarden Mark für die Asylbewerber aus, in Baden-Württemberg allein 1,1 Milliarden DM in diesem Jahr. Diese Summe wird nicht ausreichen. Auf der anderen Seite muten wir den Bürgern jetzt Kürzungen zu. Diese Kürzungen werden sie dann wieder schlucken und begreifen, wenn in dieser Frage endlich gehandelt und nicht nur diskutiert wird.

Dies, meine lieben Freunde, als Wunsch an den Parteitag und an die politisch Verantwortlichen, das jetzt endlich zu begreifen und entsprechend zu handeln.

Irmgard Karwatzki, *Tagungspräsidium: Herr Tremmel, herzlichen Dank!*

Ich rufe jetzt drei Herren in folgender Reihenfolge auf: Reinhard Sager (Schleswig-Holstein), Holger Müller (Nordrhein-Westfalen) und Ulrich Klinkert aus Sachsen. – Bitte schön, Herr Sager!

Reinhard Sager: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bundeskanzler, unser Parteivorsitzender, hat heute in seiner Rede in bezug auf unsere gemeinsame Partei gesagt: „Wir stecken in Schwierigkeiten." Er hat erklärt, die CDU müsse wach und lebendig bleiben. Ich frage mich aber: Sind wir als CDU noch wach und lebendig genug, wenn es darum geht, die Menschen in der Republik für eine Mitarbeit, eine Mitgliedschaft in unserer CDU anzusprechen? Wir müssen, so glaube ich, hier neue Wege suchen und finden. Ich will deshalb nur ganz kurz über das berichten, was wir im Landesverband Schleswig-Holstein mit unserem Landesvorsitzenden Dr. Ottfried Hennig an der Spitze umgesetzt haben, der eine Idee der Jungen Union Schleswig-Holsteins aufgegriffen hat und auf dem Landesparteitag für die notwendige Zweidrittelmehrheit gesorgt hat, die Mehrheit nämlich, die für die Satzungsänderung erforderlich war. Wir haben eine „Schnuppermitgliedschaft", liebe Delegierte. Eine „Schnuppermitgliedschaft" für junge Menschen bedeutet, daß wir in der Tat offen dafür sind, neue, auch kritische Anregungen in die Arbeit unserer Partei aufzunehmen. Mit der „Schnuppermitgliedschaft" können junge Leute, die sich für Politik interessieren, ein Jahr lang in die CDU mit allen Rechten und Pflichten eines CDU-Mitgliedes, aber ohne eine Beitragszahlung, in die CDU hineinkommen.

Liebe Delegierte, ich bin davon überzeugt, daß wir noch mehr solcher unkonventionellen Ideen für unsere Partei brauchen. Ich halte den Akzent „Schnuppermitgliedschaft" für einen richtungweisenden Akzent. Ich denke, daß auch in dieser Hinsicht das Engagement des Bundesvorstandes weiter gefordert sein wird. – Herzlichen Dank.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön, auch für die Kürze, Herr Sager! – Herr Müller hat als nächster das Wort. Bitte sehr!

Holger Müller: Liebe Parteifreunde! Zunächst bedanke ich mich beim „harten Kern" der Delegierten, die noch bereit sind, die Worte eines einfachen Mitglieds ohne Mandat entgegenzunehmen.

(Beifall)

Ich werde mir deshalb auch Mühe geben.

Der Bundeskanzler hat heute morgen der Polizei gedankt. Ich denke, das war richtig und gut. Aber das reicht nicht. Die Polizei ist der Puffer zwischen Radikalität und Kriminalität. Deshalb hat die Polizei meines Erachtens nicht nur gute Aufstiegsmöglichkeiten und gute Arbeitsbedingungen, sondern auch unsere menschliche Wärme verdient. Es kann nicht angehen, daß wir vor dem Fernsehen die „armen Jungs" vor Ort bedauern, uns aber sonst nur selten sehen lassen. Jeder von uns, vom Minister bis zum Parteimitglied, ist deshalb meines Erachtens dazu aufgefordert, der Polizei auch psychologische Hilfe zu geben. Ich denke, daß das ausgesprochen notwendig ist.

In den letzten Jahren beobachte ich eine Tendenz, die sicherlich in erster Linie von der SPD, teilweise auch von der FDP kommt, gegen die wir uns aber nicht wehren. Es ist meines Erachtens keine Bekämpfung der Kriminalität durch Teillegalisierung und durch Bagatellisierung möglich. Wer die Drogenproblematik so weit herunterzoomt, daß nur noch der Heroinsüchtige drogensüchtig ist, der versündigt sich an den Menschen; der nimmt einen statistischen Feinschnitt vor, der bekämpft die Wurzeln nicht.

Meine Damen und Herren, so ist es mit der Kriminalität auch. Wer also dem Bürger nicht das Gefühl der Sicherheit gibt, wer ihn also einer steigenden Kriminalität preisgibt, der erschüttert bei jedem durch einen Kriminalfall Betroffenen das Vertrauen in den Staat, meine Damen und Herren. Herr Eggert hat es angesprochen: Es kann nicht das Recht einer privilegierten – verzeihen Sie dieses Wort; Sie werden es verstehen – Bevölkerungsschicht sein, sich selbst zu schützen, und die anderen werden nicht geschützt.

Meine Damen und Herren, wir müssen auch in bezug auf den Strafvollzug umkehren. Natürlich ist der Polizeibeamte frustriert, wenn er einen Serientäter alle paar Wochen wiedersieht, die Personalien aufnimmt, dieser dann wegläuft, und ein paar Tage später ist er wieder da.

Wir müssen auch die Opfer-Täter-Situation einmal sehen! Es kann doch nicht angehen, daß das Opfer eines Verbrechens nach dem Verbrechen alleingelassen wird, daß sich aber um den Täter Scharen von Sozialarbeitern kümmern und nach den Problemen des Verbrechens forschen, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Gestatten Sie mir noch einen Satz zu diesem Thema! Es wäre meines Erachtens schon fast pervers, wenn wir die Gitter in den Gefängnissen zur Abenddämmerung herunterließen, aber sie zu Hause, vor dem eigenen Hause, auch wieder herunterlassen müßten, um unseren persönlichen Schutz zu gewährleisten. Ich denke, daß wir bei diesen Themen gefordert sind. Denn das sind Themen, die, wie mir scheint, heute zu kurz gekommen sind und über die diskutiert werden muß.

Gestatten Sie mir noch einen weiteren Punkt! Ich bin der Meinung: Deutschland ist kein Einwanderungsland. Wie sind wir denn zu dieser Diskussion überhaupt gekommen? Die SPD windet, wendet, quält sich in bezug auf die Asylproblematik, sie kommt hinten und vorne nicht hoch. Die Ergebnisse kennen wir. Überhaupt ist das Ganze nur noch mit einem Ausweg zu schaffen, und das soll die Einwanderungsproblematik sein. Nun wird das so gesagt. Am nächsten Tag schlage ich die Zeitung auf und kann dann lesen, was hohe Würdenträger der CDU gesagt haben, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Meine Damen und Herren, das läuft dann offensichtlich nach dem olympischen Motto ab: „Dabeisein ist alles."

Ich denke, erstens: Bevor wir überhaupt über die Einwanderungsproblematik sprechen, müssen wir zunächst einmal die Asylproblematik lösen und nicht den zweiten vor dem ersten Schritt tun.

(Beifall)

Des weiteren ist das Ganze ohnehin nicht deutsch, sondern nur europäisch zu lösen. Deshalb ist es meines Erachtens wichtig, daß wir zunächst den richtigen Schritt tun und nicht einfach damit hausieren, daß wir vielleicht auch ein bißchen dafür sind, wie es bei einigen unserer Politiker der Fall ist, die einen „Ja-aber-Standpunkt" vertreten.

Als ein Argument wird vorgebracht: Wir brauchen die Zuwanderung oder Einwanderung auch zur Aktivierung bzw. zur Auffüllung von Arbeitskräften. Das mag durchaus stimmen. Bevor man aber ausländische Arbeitskräfte heranzieht, sollte man zunächst einmal sehen, was an eigenen Ressourcen vorhanden ist. Dabei lehne ich die Zumutbarkeitspraxis der Arbeitsämter heute ab. Ich will Ihnen auch erklären, warum.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Aber bitte nicht mehr so lange, Herr Müller!

Holger Müller: Ich habe neun Stunden gewartet. Ich bitte um Mildtätigkeit.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herr Müller, ich bitte um Nachsicht. Auch ich saß treu und brav wie Sie immer dort hinten. Wenn Sie jetzt „Schimpfe" verteilen, dann bitte nicht an mich, die amtierende Präsidentin. Aber ich muß doch sehen, daß ich in die Beratungen Ordnung bringe. Noch drei Sätze und dann, meine ich, müssen Sie zum Schluß kommen! – Bitte!

Holger Müller: Mein rheinisches Gemüt verbietet es mir, „Schimpfe" zu verteilen.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Na, na! – Bitte!

Holger Müller: Wir haben Arbeitslose, die unzumutbare Arbeiten ablehnen. Das verstehe ich nicht, wenn Arbeit vorhanden ist, meine Damen und Herren. Dann kann man meines Erachtens doch hingehen und sagen: In diesem Fall muß man die entsprechende Klausel herunterzoomen, und es müssen auch Arbeiten angenommen werden, die heute nicht angenommen werden. Wenn der Arbeitslose dann sagt: „Dann habe ich ja weniger als beim Arbeitsamt", sollte das Arbeitsamt hingehen und die Differenz zahlen. Wenn der Arbeitslose dann noch hingeht und sagt: „Ich mache es immer noch nicht", dann ist für mich klar erwiesen, daß er das Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland ausbeutet, meine Damen und Herren, und dann hat er meines Erachtens unseren Schutz nicht verdient.

Ich hätte noch viel zu sagen. Aber es kommen noch weitere Tage. – Ich bedanke mich bei der Präsidentin und bei Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Bitte sehr! Herzlichen Dank, Herr Müller! – Jetzt spricht Herr Klinkert. Ihm folgt Herr Dr. Hostert.

Ulrich Klinkert: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als engagierter Umweltpolitiker hat man mitunter den Eindruck, daß bei der Fülle der Tagesprobleme ein globales Dauerproblem in Vergessenheit zu geraten droht, nämlich das der Ökologie. Meine Damen und Herren! Kein CDU-Politiker, auch kein Umweltpolitiker der CDU bestreitet, daß in Deutschland weiteres Wirtschaftswachstum notwendig und wichtig ist, dies ganz besonders im Hinblick auf die Probleme der neuen Länder. Aber wir verbinden dies mit der Forderung der gleichzeitigen Reduzierung der ökologischen Belastungen. Dies ist nur ein scheinbarer Widerspruch, denn die Attraktivität des Standortes Deutschland ist nicht trotz, sondern gerade wegen einer offensiven Umweltpolitik der CDU der vergangenen Jahre erreicht worden. Diese Kompetenz, die sich die CDU in Sachen Umweltpolitik erarbeitet hat, ist eng verbunden mit dem Namen Klaus Töpfer

(Beifall)

und hat letztendlich dazu geführt, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland bei den letzten Bundestagswahlen der Meinung war, daß keine grüne Partei mehr im Bundestag notwendig ist.

Deutschland hat heute internationalen Vorlauf auf vielen Gebieten der Ökologie und der ökologischen Wirtschaftspolitik. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen: Anschlußgrad an Kläranlagen und die damit verbundene Qualität unserer Gewässer, die Senkung des Schadstoffausstoßes bei Kraftfahrzeugen, Schadstoffreduzierung bei Großkraftwerken. Dies alles ist möglich geworden durch die die Wirtschaft belebenden Milliarden-Investitionen, die anfangs gegen den erbitterten Widerstand einzelner Wirtschaftszweige durchgebracht werden mußten. Das hat aber insgesamt zu einer Belebung der deutschen Wirtschaft geführt und zu einem wesentlichen Standortvorteil, nämlich eine ökologische Wirtschaft bestreiten zu können.

Aber so wenig wie in der Wirtschaft Stagnation durchsetzbar ist, so wenig ist dies auch in der Umweltpolitik, und die CDU steht vor weiteren Herausforderungen, z.B. bei der ökologischen Sanierung der neuen Bundesländer. Erste große positive Beispiele sind gelungen. Der Bundeskanzler hat heute morgen auf die Regelung der Altlastensanierung in der Braunkohle Ostdeutschlands verwiesen. Dort werden wirklich im wahrsten Sinne des Wortes aus Mondlandschaften blühende Landschaften hergestellt werden.

Weitere Probleme ergeben sich aus der auf uns zukommenden Abfallawine. Wir werden die Prioritäten durchsetzen müssen, die da lauten: Vermeidung, stoffliche Verwertung, thermische Verwertung und erst dann – und möglichst nicht – die Deponie. Wir wollen dies in Kooperation und nicht in Konfrontation mit der Wirtschaft durchsetzen. Ich glaube, es ist bezeichnend, daß den Antrag zur Beschleunigung von Zulassungsverfahren und Genehmigungsverfahren gerade Umweltpolitiker im Deutschen Bundestag eingebracht haben. Aber wir warten auf die Kreativität der Wirtschaft und haben erste positive Beispiele ja bereits zu verzeichnen.

Die ökologische Wirtschaftspolitik ist gerade für die neuen Bundesländer eine Chance, weil hier einige neue Felder der Wirtschaftspolitik beschritten werden. Erste positive Ergebnisse lassen den Tag immer näher rücken, wo die Wirtschaft wird behaupten können, daß Kunststoffe vollständig stofflich verwertet werden können und nicht mehr einer Deponierung zugeführt werden müssen. Dies ist nur e i n Ergebnis der für meine Begriffe bahnbrechenden Verpackungsverordnung. Sie ist möglich geworden durch die Konsequenz, daß über den Grünen Punkt Kosten von heute auch heute bezahlt werden und nicht auf künftige Generationen abgeschoben werden. Jede noch so moderne Hausmülldeponie ist eine Altlast von morgen.

Das C in unserer CDU – darauf hat der Bundeskanzler hingewiesen – ist ein Synonym unserer Verantwortung für die Schöpfung und für künftige Generationen. – Vielen Dank!

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Klinkert! Als nächster hat das Wort Herr Dr. Hostert. Ihm folgt Herr Lorenz vom Landesverband Braunschweig und dann Herr Hüppe von Nordrhein-Westfalen. Bitte schön, Herr Dr. Hostert!

Dr. Walter Hostert: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin mir der hohen Ehre bewußt, vor diesem Hohen, aber weitgehend leeren Hause zu dieser Stunde noch sprechen zu dürfen. Man überlegt sich das doch. Aber ich glaube, daß auf die Ausführungen unseres Bundesvorsitzenden in manchen Punkten eine Antwort nicht nur erwartet wird, sondern einfach gegeben werden muß. So ein Delegierter muß dann bei den Wortmeldungen springen,

und ich muß Sie mit einem völlig anderen Sachproblem konfrontieren, als mein Vorredner das getan hat, nämlich mit der Aussage des Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden, daß in dieser Wahlperiode ein Gesetz zur Absicherung des Pflegerisikos geschaffen wird.

Dies entspricht seiner Ankündigung in der Regierungserklärung, und es erfüllt uns auf der kommunalen Seite sicherlich auch mit Befriedigung, daß das Vorhaben auch gut – und ich gehe davon aus, nach dem Modell Norbert Blüms – zu Ende geführt wird. Wir haben ja sehr viel über die staatlichen, politischen, finanziellen Aufgaben gehört. Dieses Problem berührt in der Wurzel die kommunale Finanzmasse und das kommunale Finanzgeschehen. Denn der zweite Satz des Bundeskanzlers lautete, das Inkrafttreten des Gesetzes würde in dieser Wahlperiode nicht mehr erfolgen, irgendwann später.

Meine Damen und Herren! Begründet wurde diese Verschiebung damit, daß verhindert werden soll, die Lohnnebenkosten der Wirtschaft weiter ansteigen zu lassen. Tatsache ist, daß die jetzige Regelung der Pflege – denn es wird gepflegt, und es wird auch Pflege bezahlt – über die Sozialhilfe läuft. Da sind die einzigen Finanzmittel, die die Kommunen haben, Mittel aus der Gewerbesteuer, und insofern handelt es sich ebenfalls um Kosten, die die Wirtschaft belasten. Wer also sagt, „Pflegeversicherung ja, aber nicht jetzt, weil das Geld kostet", der muß die Dinge so belassen, wie sie sind, und dann bezahlt die Wirtschaft das Ganze so weiter, wie es jetzt bezahlt wird. Das möchte ich Ihnen am Beispiel des Landes, in dem Sie sich hier befinden, des Landes Nordrhein-Westfalen, verdeutlichen.

Ich schätze – und das wird nicht weit von der Realität weg liegen –, daß für die Pflege in Nordrhein-Westfalen etwa 3,5 Milliarden DM von den Kommunen über die Sozialhilfe bezahlt werden. In den Haushalten stehen für das nächste Jahr nach meinem Abgreifen bereits Steigerungen von 350 Millionen DM, die Steigerung in e i n e m Jahr! Wer also sagt „Pflegegesetz ja, aber nicht jetzt", wird den Zustand belassen und die Wirtschaft so voll belasten, wie sich das aus den von mir für dieses Bundesland genannten Zahlen ergibt. Ob die Pflege über Lohnnebenkosten oder über die Gewerbesteuer bezahlt wird, ist meines Erachtens unter dem Strich für das jeweilige Unternehmen gleichgültig.

Es muß deshalb darüber nachgedacht werden – und das ist der einzige Grund meines Hier-Stehens –, wo denn der größere Fehler liegt, den man machen kann. Ich bin auf Grund der geschilderten Situation der Meinung, wir brauchen die Pflegeversicherung, aber wir brauchen sie bald, und man sollte über die zeitliche Verzögerung nachdenken. Wer der Wirtschaft helfen will, der muß die Pflegeversicherung alsbald in Vollzug setzen. Das ist die einzige Möglichkeit. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Dr. Hostert! Das Wort hat jetzt der Delegierte Lorenz vom Landesverband Braunschweig. Ihm folgt Hubert Hüppe.

Dieter Lorenz: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was ich sage, ist unbequem. Ich bin seit elf Jahren Bürgermeister in Sickte bei Wolfenbüttel, und die Bürger sagten mir, als ich nach Düsseldorf fuhr: Freund, sag mal deinen Kameraden, wie Politik in Bonn hier unten bei uns ankommt! Da gibt es Zukunftsängste bei den Bürgern, meine Damen und Herren, die wir ernst nehmen sollten.

Die erste Angst ist jene vor Menschen mit anderen Lebensgewohnheiten: Asylproblematik. Wenn bei Ratssitzungen zunächst zehn/elf Anwesende sind, dann sind es, wenn es um die Asylproblematik geht, plötzlich 160. Daran sieht man, daß diese Frage in der Bevölkerung ein großes Echo hervorruft. Wenn jetzt dazu übergegangen wird, Feuerwehrgerätehäuser, Mannschaftsräume für Asylanten zu nutzen, und die Feuerwehr sagt „wir hängen den Rock an den Nagel", dann sieht man, welche Problematik damit verbunden ist.

Wir von der CDU haben einen Weg aufgezeigt, aber wir haben sehr lange geredet. Erst jetzt kommen die Abstimmungen!

Wir, die CDU, als die die Regierung tragende Partei, sind hier aufgefordert, schnell und erfolgreich zu handeln.

Eine weitere Angst geht in der Bevölkerung um. Unsere Freunde sagen: Wir haben Angst, daß die CDU zu einer Provinzpartei wird, denn was aus Bonn kommt, ist sehr viel Gerede unterschiedlicher Art. Keiner weiß und keiner sagt, wo es langgehen soll. Wir wissen nicht, wohin wir wollen. Der Erfolg ist: Wir müssen es der CDU einmal zeigen und einmal Radikale wählen. – Und dann sagt man in Stuttgart – in Baden-Württemberg ist es versucht worden –: Was hat es gebracht? Es wird doch weiterregiert, und es ändert sich wenig.

Wir sehen uns hier einer großen Verantwortung gegenüber. Wir steuern teilweise unbewußt einen Weg, der große Probleme mit sich bringen kann.

Ich bin 1968 zum erstenmal auf einem Bundesparteitag gewesen. Ich habe mehrfach darum gebeten, mehr Einheit, mehr Einigkeit und mehr Gemeinsamkeit zu zeigen. Wenn ich heute Bilanz ziehe, so muß ich sagen: Wir haben sehr viele schöne Reden gehört. Diese Reden werden zwar im Protokoll festgehalten, aber das Echo ist leider, leider sehr gering.

Einigkeit macht stark. Daß wir bei der letzten Wahl schwächer waren und daß wir bei den Wahlen weiter schwächer werden, macht deutlich, daß bei uns zuwenig Einigkeit herrscht. Wir sollten also mehr darüber reden. Es ist wichtig, die CDU klar darzustellen. Ich meine, das, was aus Bonn kommt, ist immer so ein Mischmasch, koalitionsbedingt; man will dem Partner nicht zu nahe treten. Wir meinen, wir sollten darüber diskutieren, ob es wirklich so gut ist, wenn Parteivorsitz und Kanzlerschaft in einer Hand sind. Die CDU muß sich mehr profilieren. Sie muß mehr als eine Partei dastehen. Sie muß sagen, was sie will. Dann kann man versuchen, in Koalitionsverhandlungen etwas herauszuholen.

Wir müssen mehr Profil zeigen. Wenn wir das nicht tun, dann kommt mir das Ganze wie eine wunderbare Festveranstaltung im Tal vor, wo die Sturmglocken läuten und der nächste Wind uns so schütteln und rütteln kann, daß etwas geschieht, was wir nicht wollen. Das Volk ruft immer stärker nach einer starken Hand, die wir nicht wollen, aber die Gefahr ist groß. Laßt uns im guten Sinne handeln. – Ich bedanke mich.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Lorenz. – Nun hat Herr Hüppe das Wort.

Hubert Hüppe: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kanzler Kohl hat zum Schluß seines Referats wörtlich gesagt: Wertkonservative Ansichten haben bei uns den gleichen Platz wie freiheitlich-liberale Ansichten. – Wenn ich mir aber unsere

Politik anschaue, dann muß ich schon fragen, wo wertkonservative Ansichten denn noch deutlich werden, wo sie eigentlich noch personell deutlich werden. Wieso hat z.B. kein CDU-geführtes Bundesland gegen die offensichtlich verfassungswidrige Fristenregelung im Bundesrat gestimmt? Wie kommt es, daß heute von den 70 Abgeordneten, die die Verfassungsklage nicht unterschrieben haben, allein acht kandidieren, angefangen beim Generalsekretär? Demgegenüber kandidiert von den 104 Abgeordneten, die für den Antrag zum Schutz des ungeborenen Kindes gestimmt haben, nur ein einziger als Beisitzer. Wie sollen sich Wertkonservative bei uns eigentlich noch wohlfühlen, wenn einige Mitglieder des Bundesvorstandes der CDU scheinbar keine wichtigere Frage und Forderung haben als die nach der Zulassung der Abtreibungspille RU 486?

(Vereinzelter Beifall)

Wie sollen sich Wertkonservative eigentlich wiederfinden, wenn wir – zu Recht – bei der Gesundheitsreform fast alle Leistungen in Frage stellen außer die Bezahlung der Tötung ungeborener Kinder?

(Vereinzelter Beifall)

Wäre es nicht wichtiger, das Geld für das Leben als dafür auszugeben, es im Keim zu ersticken?

Wo sollen sich Wertkonservative wiederfinden, meine Damen und Herren, wenn der Eindruck entsteht, daß man sich mehr um nichteheliche Gemeinschaften als um die Familie mit Kindern kümmert? Sind es nicht die Familien mit Kindern, die hinten anstehen, wenn es z. B. um die Wohnungsvergabe geht? Meine Damen und Herren, ich halte es für richtig, wenn wir uns um Randgruppen kümmern. Ich tue dies dort, wo ich es kann, auch selbst. Es ist meiner Meinung nach auch christliche Pflicht, dies zu tun. Aber wir dürfen auf der anderen Seite nicht die Gruppen verlieren, die Fundamente dieser Gesellschaft darstellen, und das sind in erster Linie die Familien.

Meine Damen und Herren, zum Schluß noch ein Satz. Es wird Zeit, daß sich die CDU wieder auf ihre Grundwerte beruft, daß sie sie wieder nach vorn bringt, und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern auch in Form von politischen Taten und auch in Form von personellen Alternativen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Hüppe. – Nun hat Herr Bandmann aus Sachsen das Wort.

Volker Bandmann: Frau Präsidentin! Meine lieben Unionsfreundinnen und Unionsfreunde! Ich komme aus Görlitz, der östlichsten Stadt Deutschlands und damit gleichzeitig der östlichsten Stadt der EG. Als die Mauer fiel, ist für uns in Görlitz auch die Mauer nach Osten gefallen. Wir konnten wieder in unser polnisches Nachbarland reisen. Ich denke, es ist wichtig, immer wieder daran zu erinnern, daß wir auch an dieser Stelle eingesperrt waren.

Nun macht uns diese Grenze aber zunehmend Probleme. Wir haben keine Probleme mit den Polen, mit den Nachbarn, aber wir haben Probleme mit der Art und Weise, in der die Grenze organisiert ist. Die Organisationsrichtlinien für die deutsche EG-Außengrenze in den neuen Bundesländern scheint einem Muster aus der Zeit der innerdeutschen Grenze aus westlicher Sicht zu entsprechen. Dabei verstärkt sich der Eindruck, daß den veränderten Bedingungen in Mitteleuropa aus sicherheitspolitischer Sicht nicht genügend Rechnung getragen wird. An die Stelle der militärischen

Blöcke Ost und West ist im Osten ein sich wandelndes Potential im Entstehen begriffen, welches kriminelle Energien freisetzt. Man arbeitet auf hohem Niveau und in großer Zahl. Beispielsweise die sich neben anderen in der GUS neu bildenden Staaten haben dem wenig entgegenzusetzen.

Es stellt sich die Frage: Wie begegnet die Bundesrepublik Deutschland dieser Herausforderung? Was ist zu tun? Wir brauchen sehr schnell zusätzliche leistungsfähige Grenzübergänge für den Personen- und Warenverkehr von und nach Polen und der tschechischen Republik. Lkw-Wartezeiten von 40 Stunden und mehr sind keine Seltenheit. Das führt dazu, daß wir an dieser Grenze in einer verkehrstechnischen Sackgasse stehen mit der Folge, daß sich der Lkw eines Gewerbetreibenden am Ende nicht mehr rechnet und wir in Sachsen, aber auch der Standort Deutschland und die Anrainerstaaten schlicht und einfach Wettbewerbsnachteile haben. Selbst die Pkw-Wartezeiten sind nicht mehr kalkulierbar. Diese Situation behindert den wirtschaftlichen Aufschwung beiderseits der Grenzen. Markt kann sich nicht entfalten. Aber auch persönliche menschliche Begegnung leidet darunter. Demokratische Strukturen sind im Nachbarland schwer zu vermitteln.

Dem steht eine nur nach Schwerpunkten eingeteilte, nicht ständig überwachte grüne Grenze gegenüber. Hier entfaltet sich der illegale Markt in seiner ganzen Breite. Organisierte Kriminalität in Form des illegalen Schlepperunwesens ist nur ein Beispiel dafür. Diese Form der Kriminalität ist bereits fest etabliert und damit als Transportriemen auch für andere Formen der organisierten Kriminalität nutzbar. Gerade dies ist eine große Gefahr. Abhilfe kann hier nur in Form einer erweiterten internationalen Zusammenarbeit geschaffen werden.

Diese Zusammenarbeit darf sich aber keineswegs auf den EG-Bereich beschränken, sondern muß insbesondere mit den polnischen und tschechischen Nachbarn ganz intensiv gesucht werden. Wenn Sie die Vorstellung haben, daß die Neiße so breit ist wie der Rhein, dann täuschen Sie sich. Die Neiße ist ein kleiner lieblicher Bach in der Landschaft. Wir haben keine natürliche Grenze nach Osten, daß wir es uns leisten könnten, auf personelle und technische Ausstattung zu verzichten.

Ich fordere von diesem Parteitag, sich massiv für unsere Außengrenzen zu den Anrainerstaaten der EG einzusetzen, und zwar nicht um den Personenaustausch zu behindern, sondern um im gemeinsamen Interesse Stabilität in Europa zu schaffen.

Sicherheit und Stabilität in Europa müssen jeden Tag neu erarbeitet werden.

Ich richte von dieser Stelle auch einen Dank an den BGS. Die Leute, die dort Dienst tun, leisten ihn mit ganzer Kraft. Aber wir benötigen einfach mehr Mittel und mehr finanzielle Unterstützung für diese Aufgabe. Wir brauchen die Asyldebatte überhaupt nicht zu führen, wenn wir dieses Problem nicht anfassen.

(Vereinzelt Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Besten Dank, Herr Bandmann. – Herr Dr. Thomas, Sie haben jetzt das Wort. – Herr Dr. Thomas, Sie können auch von einem Saalmikrophon aus sprechen, wenn Sie möchten.

Dr. Werner Thomas: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Helmut Kohl hat in seiner Rede vom „wertkonservativen Standpunkt" gesprochen. Die Frage ist aber: Wie machen wir ihn bisher deutlich? Ich denke: viel zuwenig. Sicher haben wir den sozialen Gedanken in der Marktwirtschaft weiter hochzuhalten und zu vertreten. Doch wir sind immer mehr mit der SPD zu verwechseln. Immer mehr Sozialdemokratismen werden durch unsere Politik im Bund vertreten.

Ich denke nur an das unendliche Taktieren der Bundestagsfraktion, an Kompromisse von einigen Mitgliedern der Fraktion mit der SPD in Fragen des § 218 und der Gesundheitsreform und an zu langes Zögern in der Asylfrage. Die Elemente des Versorgungsstaates greifen immer mehr um sich. Die Arbeit des einzelnen wird immer weniger wert. Die Pflegeversicherung wird hin und her gezogen. Diejenigen, die meinen, daß man sie mit vernünftigen Mitteln finanzieren sollte, werden verteufelt. Ihnen wird angehängt, daß sie sie gar nicht wollten. Schließlich greift die Idee der Gesamtschule immer mehr um sich, auch unter CDU-Mitgliedern. Als ob wir nicht jahrzehntelang genug Experimente in Westdeutschland und auch im Osten mit der Einheitsschule getrieben hätten.

Das alles trifft uns im Osten Deutschlands ganz besonders hart. Wir hatten sechzig Jahre lang keinerlei Gelegenheit, uns mit konservativen Werten auseinanderzusetzen und sie zu wahren. Wir haben wertkonservative Grundsätze nicht kennenlernen können. Wir versuchen sie uns anzueignen und sie in der Politik zu vertreten. Wir müssen gerade jetzt gegen manche der westdeutschen Landesverbände ankämpfen, damit man sie vertreten kann.

Wir wollen in Zukunft solche Werte wie Subsidiarität, Achtung vor der Einzigartigkeit der Person, Akzeptanz des Bewußtseins von Schuld und Irrtum oder Verantwortung der Eltern für ihre Kinder – und nicht von irgend jemandem – viel intensiver und grundsätzlicher akzeptieren und vertreten. Ein Wort wie „Elite" muß wieder unbefangen ausgesprochen werden können.

(Vereinzelt Beifall)

Machen wir unsere Standpunkte unverwechselbar deutlich. Versuchen wir vor allem auch auf Bundesebene die Verwechselbarkeit mit der SPD abzubauen. Wenn wir die Grundsätze nicht deutlicher machen, fragt sich der Bürger in den nächsten Wahlen mit Recht, warum er überhaupt noch CDU wählen soll. Es ist ja sowieso ein Einheitsbrei. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Besten Dank. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ergebnis der Präsidiumswahl liegt vor. Es ist eine Stichwahl erforderlich. Insofern ist es vielleicht ganz gut, wenn die Kolleginnen und Kollegen Delegierten wieder hereinkommen.

Abgegebene Stimmen: 945. Ungültige Stimmen: 2. Gültige Stimmen: 943. Die erforderliche Mehrheit beträgt 472 Stimmen.

Auf Herrn Seiters entfielen 749 Stimmen.

(Beifall)

Ich frage sofort: Herr Seiters, nehmen Sie die Wahl an?

(Rudolf Seiters: Ich nehme die Wahl an!)

– Herzlichen Glückwunsch.

Als zweiter ist der Kollege Töpfer mit 713 Stimmen gewählt.

(Beifall)

Herr Töpfer, ich frage auch Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

(Prof. Dr. Klaus Töpfer: Ja!)

– Glückwunsch.

Der Kollege Geißler wird seine Wahl auch annehmen; davon gehe ich aus. Er hat 685 Stimmen erhalten.

(Beifall)

Volker Rühe erhielt 642 Stimmen.

(Beifall)

Herr Rühe, ich frage auch Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

(Volker Rühe: Jawohl, ich nehme die Wahl an!)

– Herzlichen Glückwunsch.

Christa Thoben erhielt 587 Stimmen.

(Beifall)

Nehmen Sie die Wahl an?

(Christa Thoben: Ja!)

– Danke schön.

Ich lese die übrigen Kolleginnen und Kollegen in der Reihenfolge der erhaltenen Stimmen vor: Frau Lieberknecht mit 468 Stimmen, Herr Kanther mit 449 Stimmen und Herr Krause mit ebenfalls 449 Stimmen. Diese drei Kollegen und Kolleginnen gehen in eine Stichwahl, vorausgesetzt, sie wollen das tun.

Des weiteren entfielen auf Herrn Hennig 385 Stimmen, auf Herrn Gröhe 304 Stimmen und auf Frau Bergmann-Pohl 204 Stimmen.

Ich frage jetzt die Kollegin Lieberknecht, Herrn Kanther und Herrn Krause: Sind Sie bereit, in eine Stichwahl zu gehen? Wir müssen nämlich dafür einen Stimmzettel vorbereiten. Frau Lieberknecht, sind Sie bereit?

(Christine Lieberknecht: Ja!)

Herr Kanther?

(Manfred Kanther: Ja!)

Herr Krause?

(Prof. Dr. Günther Krause: Ja!)

Ich bitte um Verständnis. Die Stimmzettel werden sofort gefertigt. Ich bitte die Landesgeschäftsführer, in das Organisationsbüro zu gehen und die Stimmzettel in Empfang zu nehmen.

Sind Sie damit einverstanden, daß wir bereits jetzt in die Vorbereitung zur Wahl der 26 Beisitzer gehen?

(Dr. Norbert Blüm: Geht ja gar nicht! Was ist, wenn jetzt einer durchfällt?)

Wir wollten lediglich ermöglichen, daß sich die Damen und Herren hier vorstellen, die noch nicht die Möglichkeit dazu hatten. Das können wir bereits jetzt einleiten, allerdings nur mit Ihrer Zustimmung. Sind Sie damit einverstanden?

(Vereinzelt Beifall)

Ich bedanke mich sehr. Meine Damen und Herren, wir haben vorgesehen, daß sich alle Damen und Herren, die kandidieren, drei Minuten zur Verfügung haben, um sich vorzustellen. Das würde bedeuten, daß wir eine Stunde und fünfzehn Minuten Vorstellungsreden zu erwarten haben. – Mir wird signalisiert, daß zwei Minuten ausreichten.

(Zurufe)

Ich denke, meine Damen und Herren Delegierten, das ist den Kollegen und Kolleginnen gegenüber unfair, die jetzt kandidieren. Sie können ja nichts dafür, daß es so spät geworden ist.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir alle ein wenig zuhören und nicht soviel nach rechts und links sprechen, geht das sicherlich schnell.

Ich habe aber gemerkt: Sie wollen zwei Minuten. Das Präsidium ist damit einverstanden.

Damit rufe ich Tagesordnungspunkt 13.6 auf:

Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes

Da sich die Kollegin Bergmann-Pohl bereits vorgestellt hat – ich gehe davon aus, daß sie als Beisitzerin kandidiert –, ist ihre Vorstellung nicht erforderlich. Ich beginne daher mit dem Kollegen Dr. Christoph Bergner. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Christoph Bergner: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Christoph Bergner. Ich bin 44 Jahre alt, evangelisch, verheiratet; wir haben drei Kinder.

Ich habe in der Zeit bis zur Wende als Wissenschaftler in einem Akademieinstitut gearbeitet und bin während der Wende dann über ein Engagement im Neuen Forum in die Politik gekommen. Ich bin Mitglied schon der alten CDU gewesen, und zwar seit 1971, ohne Funktion. Ich habe im Herbst 1990 für den Landtag kandidiert, war zunächst bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Ein Jahr später Wahl zum Fraktionsvorsitzenden und stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU Sachsen-Anhalt.

Ich fühle mich etwas unter Druck, das alles im Telegrammstil darzulegen. Wenn Sie mir das Vertrauen geben, werde ich mich nicht nur als ein Repräsentant des Landes Sachsen-Anhalt fühlen, sondern ich werde auch versuchen, als ein Exponent aus den Landtagen der neuen Bundesländer im Bundesvorstand aufzutreten.

Ich könnte sehr viel über die Situation des Umbruchs in den neuen Landesparlamenten berichten, die wichtige Entscheidungsgremien sind und wo sich für die Entwicklung der politischen Kultur im Osten Deutschlands ganz entscheidende Weichenstellungen vollziehen. Ich möchte unter dem Zeitdruck nicht mehr dazu sagen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Besten Dank, Herr Bergner. – Herr Kollege Biedenkopf hat mir signalisiert, daß er auf eine Vorstellung verzichtet, weil er bereits gesprochen hat. – Herr Eberhard Diepgen, bitte sehr.

Eberhard Diepgen: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin, Landesvorsitzender in Berlin, Vertreter einer Partei, die in einer Großstadt als CDU Regierungsverantwortung trägt, und außerdem ein engagierter Verfechter aller Entwicklungen zur wirklichen inneren Einheit Deutschlands. In dem Sinne möchte ich gerne meine Erfahrungen beitragen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Besten Dank, auch für die Kürze, Herr Diepgen. – Als nächster hat Ulf Fink das Wort.

Ulf Fink: Ich bin Ulf Fink, 50 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, evangelisch, bin Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft und Landesvorsitzender der Brandenburger CDU. Wofür ich als Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft eintrete, ist, glaube ich bekannt. Das brauche ich nicht weiter zu unterstreichen.

Ich möchte gern etwas zu Brandenburg sagen. Ich habe den Landesvorsitz in Brandenburg vor einem Jahr übernommen, als Lothar de Maiziere zurückgetreten ist. Er ist wegen sehr viel geringerer Vorwürfe zurückgetreten, als der derzeitige Ministerpräsident des Landes Brandenburg auf sich gezogen hat. Ich hoffe, er zieht ebenfalls endlich die Konsequenzen daraus.

(Beifall)

Ich möchte noch ein Weiteres sagen. Die Situation in Brandenburg ist nicht einfach. Aber wir müssen als Christlich Demokratische Union dafür sorgen, daß auch in Brandenburg gleiches Recht für jedermann gilt. Es darf doch nicht wahr sein, daß ein Polizist, eine Putzfrau, jeder im Lande Brandenburg bei den Vorwürfen entlassen wird, und der erste Mann des Staates ist nach wie vor im Amt. Daß das nicht so ist, dafür möchte ich mich einsetzen.

(Vereinzelter Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herr Dr. Hans Geisler.

Dr. Hans Geisler: Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Hans Geisler, geboren 1940, verheiratet, wir haben vier Kinder, gelernter Chemiker. Ich habe bis 1990 im Diakonissenkrankenhaus in Dresden gearbeitet. In der Herbstrevolution habe ich in Dresden den DA aufgebaut. Ich bin Mitglied der Volkskammer gewesen, in den Bundestag mit übergewechselt, im Bundesvorstand als DA-Mitglied seit 1990. Jetzt bin ich Sozialminister in Sachsen.

Ich möchte mich dafür einsetzen, daß in der und durch die CDU die Werte in Deutschland, verstärkt ausgerichtet auf ein christliches Menschenbild, wieder durchgesetzt werden. Ich möchte mich als Sozialminister dafür einsetzen, eine gute Sozialpolitik auf einem sicheren wirtschaftlichen Fundament zu gestalten. Wir kommen aus einem Staat, in dem die Bilanz nur Milliarden im Minus ausgewiesen hat. Alle Sozialleistungen in der DDR waren also ungedeckte Schecks. Ich möchte Sozialpolitik mitverantworten, die gesichert und deswegen nicht überzogen ist. – Schönen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Dr. Reinhard Göhner.

Dr. Reinhard Göhner: Mein Name ist Reinhard Göhner. Ich bin 39 Jahre alt, verheiratet. Wir haben vier kleine Kinder zwischen 1 und 9 Jahren. Von Beruf bin ich Rechtsanwalt und Landwirt, eine vielleicht seltene Kombination.

Ich kandidiere vor allem als Vorsitzender der Grundsatzprogrammkommission. Ich möchte dazu beitragen, daß das nächste Jahr für uns auch ein Jahr der Programmdiskussion wird auf dem Weg zum ersten gesamtdeutschen Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union. – Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herr Junghanns.

Ulrich Junghanns: Liebe Delegierte! Mein Name ist Ulrich Junghanns. Ich bin 36 Jahre alt, verheiratet, evangelisch, habe zwei Söhne, 11 und 14 Jahre alt. Ich bin ländlich geprägt, weil auf dem Dorf aufgewachsen, und komme als Delegierter aus dem Land Brandenburg, konkret aus Frankfurt/Oder.

Von meiner Herkunft – ich bin vom Land geprägt, und komme daher auch von der Bauernpartei – wird verständlich, was meine besonderen politischen Anliegen sind. Das ist zum einen die Agrarwirtschaft in den neuen Bundesländern. Ich meine, sie verdient mehr als den Schwarzen Peter in den gegenwärtigen schwierigen GATT-Verhandlungen.

Ich lebe an der Grenze und habe deshalb zum anderen ein kritisch-konstruktives Verhältnis zum Maastrichter Europa; denn ich gehe davon aus, daß es nur gelingen kann, wenn wir auch die Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten noch intensiver pflegen.

Ich habe bisher mit meinen Ansichten im Bundesvorstand Verständnis gefunden. Mit dem Ergebnis bin ich noch nicht zufrieden. Deshalb möchte ich dort weitermachen für Brandenburg, für die Landwirtschaft und natürlich auch für ein Europa, das kontinentale Ausmaße hat. Die Stimmen der Brandenburger habe ich dafür. Um das möglich zu machen, brauche ich auch Ihre. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen. Danke.

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Frau Laurien. Eigentlich kommt erst Frau Hellwig, aber auf dem Vorschlag ist das Alphabet in diesem Fall nicht berücksichtigt worden. Ich bitte um Nachsicht.

Dr. Hanna-Renate Laurien: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin 64 Jahre alt, also unter denen, die sich bisher vorgestellt haben, die Seniorin.

Ich habe den Wunsch, weiter in diesem Vorstand mitzuarbeiten, weil wir in unserem Parlament wie an keiner anderen Stelle Ost und West vereinigen. Wir müssen zwei Dinge zusammenbringen, die nach meiner Überzeugung Markenzeichen der CDU sein können und müssen: Bekenntnisbereitschaft und Toleranz, Umgang mit den Menschen anderer Meinung, ohne die eigene Meinung zu verleugnen. Dafür bitte ich um Ihre Stimme.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Renate Hellwig.

Dr. Renate Hellwig: Mein Name ist Renate Hellwig. Ich bin 1940 in Oberschlesien geboren. Wir sind nach München geflohen. Dort bin ich aufgewachsen. Ich habe in München und in Berlin Jura studiert. Nach meinem zweiten Examen war ich ein Jahr in Brüssel bei der EG-Kommission. Danach war ich fünf Jahre in Baden-Württemberg – erst im Kultusministerium, dann im Landtag. Ich war auch Hochschulsprecherin. Dann wurde ich bei Heiner Geißler Staatssekretärin im Sozialministerium. Seit 1980 bin ich wieder für Baden-Württemberg im Bundestag. Ich bin im Finanzausschuß tätig. Seit ich im Bundestag bin, kämpfe ich um einen Europaausschuß. Seit einem Jahr gibt es ihn endlich.

Kurzgefaßt: 10 Jahre Landespolitik, 10 Jahre Bundespolitik. Immer war europäisches Engagement dabei.

Es muß im Föderalismus auch Menschen geben, die das weite Spannungsfeld von Landesbezogenheit über Bundesbezogenheit bis zum Europagedanken durchstehen, und zwar auch im eigenen Wahlkreis. Ich bin im übrigen in meinem Wahlkreis direkt gewählt worden. Dieses Verbinden möchte ich weiterhin im Bundesvorstand tun. – Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Dr. Helmut Linssen, Sie haben das Wort.

Dr. Helmut Linssen: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Helmut Linssen. Ich bin Unternehmer. Ich bin 50 Jahre alt. Ich komme vom Niederrhein. Ich habe Wirtschaftswissenschaften in Hamburg und München studiert. Ich bin verheiratet und habe eine Tochter. Ich engagiere mich seit 1972 in der CDU. Seit 1980 bin ich Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Ich bin umweltpolitischer Sprecher. 1987 wurde ich Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen. Ich habe mich sehr stark für das Zusammenwachsen der Verbände Rheinland und Westfalen engagiert. Seit 1990 bin ich Fraktionsvorsitzender in Nordrhein-Westfalen; also mit der schweren Last einer langjährigen Oppositionszeit vertraut. Wir haben uns durch einen profilierten Oppositionskurs ein ganzes Stück nach vorn gearbeitet. Die Regierung in Nordrhein-Westfalen ist in Schwierigkeiten gekommen. Wir haben uns vor allem auf folgenden Feldern – auf denen möchte ich intensiv, auch in den nächsten Monaten, gern arbeiten, wenn ich Ihr Votum bekomme – engagiert: Asyl, Innere Sicherheit, Pflegeversicherung und Finanzierung der deutschen Einheit.

Ich würde mich freuen, wenn ich mit Ihrem Votum die Arbeit im Bundesvorstand fortsetzen könnte. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Frau Dr. Meseke, Sie haben das Wort.

Dr. Hedda Meseke: Mein Name ist Hedda Meseke. Ich bin 50 Jahre alt. Ich bin im Osten des Harzes aufgewachsen. Später bin ich im Westen des Harzes zur Schule gegangen. Nach meiner juristischen Ausbildung bin ich 1971 in die niedersächsische Verwaltung eingetreten. Nach vielen Verwendungen, zuletzt bis zum Regierungswechsel 1990, war ich siebeneinhalb Jahre Staatssekretärin im niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Ich bin 1972 in die CDU eingetreten. Seit 1986 bin ich stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Agrarpolitik. Seit dem Frühjahr 1990 bin ich stellvertretende Bundesvorsitzende im Evangelischen Arbeitskreis. Seit Dezember 1990 bin ich Mitglied des Deutschen Bundestages. Ich empfinde es als eine Herausforderung und in gewisser Hinsicht auch als ein Glück, in dieser bewegenden Zeit mit Ihnen Politik machen zu dürfen. Ich kandidiere auf Vorschlag der CDU in Niedersachsen. Ich möchte meine Erfahrungen in den Bundesvorstand einbringen. Ich möchte dort meine Überzeugungen mit weiblicher Zähigkeit durchsetzen können. Ich bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungungspräsidium: Bitte schön, Herr Professor Milbradt.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Ich bin 47 Jahre alt. Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder. Ich bin gelernter Volkswirt mit dem Fachgebiet öffentliche Finanzen. Nach einer akademischen Laufbahn habe ich, was

Professoren meist nicht tun, versucht, wissenschaftliche Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen; zunächst als gewählter Stadtkämmerer in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände und der KPV sowie in der vom Bundesfinanzminister eingesetzten Steuerreformkommission. Als außerplanmäßiger Professor bin ich aber der Universität – sozusagen als Hobby – weiter verbunden geblieben.

Als Kind einer Flüchtlingsfamilie, die das Glück hatte, nach Westdeutschland zu kommen, hat mich die Wende in der DDR und die Wiedervereinigung innerlich aufgerührt. So bin ich aus innerer Überzeugung nach Dresden als Finanzminister gekommen und habe meine berufliche und politische Karriere im Westen aufgegeben. Ich will meinen Beitrag zum Gelingen der inneren Einheit leisten. Mein ältester Sohn geht mittlerweile in Dresden zur Schule. Meine Frau und mein jüngster Sohn folgen, wenn das Haus fertig ist.

Durch die Arbeit in Dresden ist mir vieles deutlicher und klarer geworden. Die Herstellung der inneren Einheit Deutschlands ist die große innenpolitische Herausforderung unserer Generation und nicht nur ein vorübergehender Anpassungpsprozeß. Die Probleme des geeinten Deutschlands sind in vielerlei Hinsicht andere als in der alten Bundesrepublik. Neue Probleme erfordern ein Überprüfen bisheriger Politik und teilweise neue Antworten. Die Veränderung wird nicht vor Westdeutschland haltmachen. Nutzen wir gemeinsam diese Chance der Erneuerung und überwinden das ängstliche Besitzstandsdenken, dann wird Deutschland aus diesem Erneuerungsprozeß gestärkt hervorgehen.

Wir stehen vor einer holprigen Wegstrecke in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Der Boom im Westen läuft aus. Der Umstrukturierungsprozeß im Osten ist tiefgreifend und schmerzhaft. Jetzt ist die CDU besonders gefordert, und zwar als Partei der Einheit sowie mit ihrem Markenzeichen solider Finanz- und Wirtschaftspolitik.

(Beifall)

Als einer der wenig übriggebliebenen Finanz- und Wirtschaftspolitiker, die noch in Ministerämtern sind, möchte ich meinen Beitrag auch im Vorstand leisten. – Danke sehr.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich frage einmal, ob Sie bereits alle Ihren Stimmzettel für die Stichwahl haben.

(Zurufe der Delegierten: Nein!)

Nein. Gut, dann setzen wir die Kandidatenvorstellung fort.

Der Kollege Werner Münch hat verzichtet, weil er sich bereits durch einen Redebeitrag vorgestellt hat.

(Beifall)

Als nächster Redner hat Elmar Pieroth das Wort.

Elmar Pieroth: Frau Präsidentin! Liebe Freunde! Mein Name ist Elmar Pieroth. Ich bin 57 Jahre alt. Ich bin Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU. Wir möchten mehr die Erfahrung aus der Praxis unserer mittelständischen Betriebe zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Kompetenz der Unionsparteien nutzen. Ich möchte persönlich mithelfen, die Unternehmerlücke in Ostdeutschland zu schließen. Hier fehlen noch über 100 000 Unternehmer. Das sollen vornehmlich ostdeutsche Unternehmer werden. Dafür müssen wir die Menschen gewinnen. Mit Geld allein ist

das nicht getan. Aber wir möchten, daß die Unternehmer möglichst viel von dem behalten können, das sie verdienen, um selbst zu investieren. Das ist allemal besser als Bürokratismus. Deshalb ist der sparsame Umgang mit Geld besonders wichtig.

Ich habe in meinem neuen Amt in Berlin als Finanzsenator in den letzten eineinhalb Jahren Erfahrungen auf diesem Gebiet machen können. Das Land Berlin hat mit 1 Prozent jetzt die geringste Haushaltssteigerungsrate aller Bundesländer.

(Beifall)

Der Unterschied zu Bayern mit 5,9 Prozent zeigt – und Bayern hat im Gegensatz zu den Ostbezirken keinen Nachholbedarf –, daß gewaltige Milliardenbeträge noch eingespart werden können; um so die notwendigen Steuererhöhungen möglichst niedrig zu halten.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Mittelstandsvereinigung hat es zur Zeit nicht leicht. Es ist die Kostenbelastung der Betriebe; wie alle Jahre. Es ist seit einem Vierteljahrhundert die Konkurrenz mit der FDP, die den Wirtschaftsminister stellt. Jetzt kommen die populistischen Versuchungen der Republikaner im kleinen Gewerbe immer wieder auf uns zu. Hier will ich mich persönlich besonders engagieren. Hier fühle ich mich sehr gefordert. Die Rückenstärkung durch den Bundesvorstand macht die Arbeit leichter.

(Beifall)

Irmgard Karwartzki, Tagungspräsidium: Peter Rauen, Sie haben das Wort.

Peter Rauen: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Peter Rauen. Ich bin 47 Jahre alt. Davon bin ich 27 Jahre verheiratet. Ich habe zwei Kinder. Seit 26 Jahren bin ich selbständiger Bauunternehmer. Von Beruf bin ich Bauingenieur. Ich habe auch ein Ehrenamt: Seit 22 Jahren bin ich Vorsitzender des Fußballvereins in meinem Heimatdorf.

(Beifall)

Es ist ein kleiner Verein. Aber es handelt sich um eine gute Mannschaft, die ab und zu Bundesligavereine aus dem Pokal wirft.

(Heiterkeit)

Er heißt Salmrohr.

Ich bin seit 1987 im Bundestag und seit einem Jahr Vorsitzender des Bezirkes Trier der CDU. Ich würde mich sehr freuen, ihr Vertrauen zu erhalten. Im Vorstand interessieren mich Finanzpolitik, Sozialpolitik und Verkehrspolitik. Ich möchte auch immer wieder daran erinnern, daß der Staat immer nur soviel Geld ausgeben darf, wie seine Bürger vorher verdienen. - Schönen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Besten Dank. Frau Reichard, bitte.

Christa Reichard: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie Sie an meinem Dialekt sicher hören können, komme ich aus Sachsen, wo die schönen Mädchen wachsen und Kartoffeln gut gedeihen.

(Heiterkeit und Beifall)

Deshalb empfehle ich Ihnen: Probieren Sie die vorzüglichen sächsischen Kochrezepte. Deshalb stehe ich jetzt aber nicht hier. Ich möchte mich Ihnen gern vorstellen.

Ich bin in Dresden geboren und in einer Familie mit sechs Schwestern und drei Brüdern aufgewachsen. Ich weiß also, was teilen heißt.

(Beifall)

Von Beruf bin ich Diplomingenieur. Ich bin 37 Jahre alt, verheiratet und habe drei Söhne zwischen 11 und 13 Jahren. Ende 1989 gab ich meinen Beruf auf, um an der Seite politisch Gleichgesinnter - erst im „Demokratischen Aufbruch", dann in der CDU - mit ganzer Kraft für die Herstellung der inneren Einheit und den Aufbau im Osten zur Verfügung zu stehen. Im Moment bin ich für Bundes- und Europaangelegenheiten im sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung tätig.

Ich freue mich, daß mein Landesverband meine Kandidatur unterstützt, und möchte mit Herz und Verstand dazu beitragen, daß Verständigungsschwierigkeiten zwischen Ost und West und zwischen oben und unten beseitigt werden. Besonders liegt mir die Anerkennung derer am Herzen, die von West nach Ost kamen, um die gemeinsame Aufgabe zu bewältigen. Wir können in den CDU-Verbänden im Osten z. B. dazu beitragen, daß Mitarbeiter aus dem Westen bei uns eine politische und soziale Heimat finden können. Es geht nicht um die Einrichtung eines Streichelgeheges, sondern um das Einander-Ernst-nehmen und das Aufeinander-Hören. Als Stimme aus dem Volke bitte ich um Ihr Vertrauen. - Danke.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Besten Dank. Meine Damen und Herren, ich frage jetzt noch einmal: Haben Sie alle Ihren Stimmzettel für die Stichwahl erhalten?

(Zurufe: Ja!)

Dann schlage ich vor, daß wir die Vorstellung jetzt unterbrechen und wählen. Bitte bleiben Sie im Saal. Die Vorstellung wird nach der Wahl fortgeführt. Da Sie sich alle schon zu den Wahlkabinen begeben, gehe ich davon aus, daß Sie mit meinem Vorschlag einverstanden sind. – Besten Dank.

Haben alle ihre Stimmzettel abgegeben?

(Zurufe: Nein!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier vorn ist eine Stimmkarte auf den Namen Marianne Stauß abgegeben worden. Sie können sie hier abholen, wenn Sie sich an den weiteren Wahlen beteiligen wollen.

Ich frage noch einmal: Haben alle ihren Stimmzettel für die Stichwahl abgegeben? - Das ist offensichtlich der Fall. Dann ist der Wahlgang geschlossen.

Wir fahren mit der Vorstellung der Damen und Herren fort, die für den Bundesvorstand kandidieren. Als nächster hat Andreas Renner das Wort.

Andreas Renner: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin 33 Jahre alt, in Stockach in Baden-Württemberg geboren und habe in Konstanz Verwaltungswissenschaften studiert. Ich bin im Dienst des Landes Baden-Württemberg. Zuletzt war ich im Wirtschaftsministerium tätig. Jetzt besuche ich die Führungsakademie des Landes in Karlsruhe. Seit 1976 bin ich in der Jungen Union, seit 1979 in der CDU. Ich bin seit drei Jahren Landesvorsitzender der Jungen Union Baden-Württemberg und bin ebenso lange Mitglied im Landesvorstand der CDU Baden-Württemberg.

Meine politischen Schwerpunkte liegen in der Kommunal- und Umweltpolitik, aber auch in der Sport- und natürlich in der Jugendpolitik. Ich kandidiere für die Junge Union Deutschlands, weil ich glaube, daß gerade auch junge Menschen in den

Bundesvorstand der CDU Deutschlands gehören. Ich möchte auch ein Signal wider die Politikverdrossenheit setzen. Ich glaube, die Devise gerade für junge Menschen muß lauten: Mitmachen, nicht miesmachen, auftreten, nicht austreten.

(Beifall)

In den mehr als zehn Jahren, in denen ich mich jetzt ehrenamtlich in der Partei engagiere, habe ich eigentlich noch nie soviel Lust und Spaß an der Arbeit gehabt wie gerade jetzt. Gerade jetzt, da Politikverdrossenheit das Wort ist, das alle in den Mund nehmen, ist es, wie ich glaube, besonders wichtig, sich zu engagieren und Jugendlichen deutlich zu machen, daß Engagement sich lohnt, daß man etwas bewegen kann und auch etwas erreichen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich engagiere mich auch, weil ich von der Volkspartei CDU überzeugt bin. Ich glaube, daß diese Volkspartei auch das Erfolgsrezept für die Partei des Jahres 2000 sein muß. Ich spreche mich deshalb auch massiv gegen jegliche Zirkelbildung oder ähnliches aus. Ich glaube, wir brauchen eine Partei aus einem Guß, die alle - Junge und Alte, Konservative und Liberale - vereinigt. Wenn Sie mich wählen, bringen Sie vielleicht ein Stück frischen Wind in den Bundesvorstand der CDU. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, bevor wir die Vorstellung fortsetzen, bitte ich noch einmal um Aufmerksamkeit. Die drei Kolleginnen bzw. Kollegen, die eben nicht das erforderliche Quorum erreicht haben, möchte ich jetzt fragen, ob sie für die Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes kandidieren. Ich frage der Reihenfolge nach: Frau Bergmann-Pohl? - Frau Bergmann-Pohl kandidiert. Sie hat es vorhin auch schon erklärt.

Kollege Gröhe? – Er kandidiert.

Ottfried Hennig? – Er kandidiert.

Dann kann der Stimmzettel schon vorbereitet werden.

(Widerspruch)

Entschuldigung, das war jetzt nur eine Anmerkung für das Organisationsbüro. Dort wird ja noch gearbeitet, damit wir alle nachher schnell nach Hause kommen. Ich bitte um Nachsicht; gegen Ende eines solchen Tages wird es leider immer etwas hektisch, aber wir haben es noch gut im Griff. – Jetzt kommt Hans-Peter Repnik und stellt sich vor. Bitte!

Hans-Peter Repnik: Frau Präsidentin! Meine lieben Parteifreunde! Hans-Peter Repnik, 45 Jahre alt, verheiratet, zwei erwachsene Töchter. Von Haus aus bin ich Jurist. Ich bin in Konstanz geboren und vertrete meinen Heimatwahlkreis seit 1980 im Deutschen Bundestag. Seit dreieinhalb Jahren bin ich Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Liebe Parteifreunde, zwei große Themen haben diesen Parteitag dominiert, Themen, die auch die Bürger bei uns draußen in den Wahlkreisen, in den Gemeinden bewegen, nämlich zum einen das Schaffen der inneren Einheit und zweitens die Frage: Wie bewältigen wir die Asylsituation?

Liebe Parteifreunde, nicht alle Probleme, die uns hier in Deutschland bedrängen und bedrücken, die sich in unseren Gemeinden den Bürgermeistern und den Stadt- und Gemeinderäten stellen, können auch hier gelöst werden. Ich glaube, daß gerade das Thema „Asyl" hierfür ein Beispiel ist, und deshalb möchte ich zu diesem Thema zwei Sätze sagen.

Eines wurde hier schon gesagt: Wir brauchen die Grundgesetzänderung. Sie ist Grundvoraussetzung dafür, an das Problem überhaupt heranzugehen.

Auch das zweite wurde schon betont: Wir müssen auch die Fluchtursachen bekämpfen, die Gründe dafür, daß die Menschen von zu Hause weggehen. Es ist ein großes außenpolitisches und ein entwicklungspolitisches Gebiet, das hier zu beakkern ist.

Liebe Freunde, die meisten der 450 000 Menschen, die in diesem Jahr nach Deutschland hineinsickern und um Asyl nachsuchen, kommen nicht, weil sie verfolgt werden, sondern deshalb, weil sie zu Hause keine Perspektive mehr haben, weil sie hoffnungslos sind. Ich glaube, angesichts von Hundert Millionen Flüchtlingen, die auf dieser Welt bereits ihre Heimat verlassen haben, ist es wichtig, daß wir auf der einen Seite hier in Deutschland neues Recht schaffen, also die Asylgesetze ändern, und auf der anderen Seite versuchen, diesen Menschen zu Hause, in Osteuropa, in der ehemaligen Sowjetunion und im Süden, in Afrika, eine Überlebensperspektive zu eröffnen.

Ich würde Sie sehr herzlich bitten, daß Sie mir die Chance geben, in den Bundesvorstand gewählt zu werden, um dort dieser großen Aufgabe auch ein Wort schenken zu können. Ich würde mich darum kümmern und bitte um Ihr Vertrauen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Es spricht nun Herbert Reul.

Herbert Reul: Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Herbert Reul. Ich bin 40 Jahre alt und Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU. Seit 1985 gehöre ich bei uns in Nordrhein-Westfalen dem Landtag an. Zunächst war ich schulpolitischer Sprecher, weil ich meine, daß die Frage der Qualifikation und der Erziehung junger Menschen für den Standort Bundesrepublik Deutschland möglicherweise mindestens genauso wichtig ist wie manche Kostenfrage, über die wir in diesen Tagen diskutieren.

(Zustimmung)

Ich habe mich dafür engagiert, die Fehler der SPD-Bildungspolitik deutlich zu machen; aber auch die CDU hat sich – das zu sagen gehört dazu – in diesen Fragen nicht nur mit Ruhm bekleckert.

Ich bin ganz sicher, daß die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft davon abhängt, ob wir Kinder und Jugendliche zu Toleranz erziehen, ob wir Verantwortung für das Ganze auch in der Erziehung wieder überbringen können und ob wir das schaffen, was wir heute vielfach nur unter dem ökonomischen Gesichtspunkt diskutiert haben, nämlich Einstellungen wieder anders wachsen zu lassen. Last but not least bin ich sicher, daß Schule auch wieder stärker zur Leistung erziehen muß und nicht zum Phantasialand zwischen den Ferien werden darf.

Seit 1991 bin ich Generalsekretär der CDU in Nordrhein-Westfalen, und das mit voller Begeisterung.

Ich bin verheiratet. Meine Frau und ich haben drei Kinder, und zwar drei Töchter. Meine jüngste Tochter ist in der Wahlnacht der letzten Landtagswahl geboren worden. Als damals das schlechte Wahlergebnis feststand, hat mein Gegenkandidat mir vorgeschlagen: Wenn es ein Sohn wird, soll er doch bitte Johannes heißen. – Erstens wurde es eine Tochter, und zweitens haben wir uns für langfriste Perspektiven entschieden und das Kind Viktoria genannt. Deshalb bitte ich um Ihre Stimme, denn

wir glauben, in Nordrhein-Westfalen in dieser Richtung noch etwas verändern zu sollen. Ich möchte eben, daß meine Tochter unter einem CDU-Kultusminister eingeschult wird.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! – Bitte, Herr Dr. Schwarz-Schilling.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Ich bin seit 37 Jahren verheiratet und habe zwei Töchter. Ich bin immer noch der Christian von der Post.

Wir haben uns in den letzten Jahren bemüht, das wahrzumachen, was notwendig ist. Kommunikation und Telekommunikation sind Voraussetzung für jeglichen Aufschwung. Ich glaube, was die beiden Unternehmen, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ost und West in den letzten Jahren in gemeinsamer Solidarität geleistet haben, ist ein lebendiges Zeichen für das, was wir in Deutschland brauchen: die Zusammenarbeit in beiden Teilen.

(Zustimmung)

Zweitens möchte ich sagen: Es ist für die Unternehmen nicht leicht, ihre Zukunft zu bewältigen. 200 Milliarden Investitionen bis zum Jahre 1997 – und dafür, daß diese Zahlen nicht auch noch den Bundeshaushalt beschäftigen, daß sie von selbst bewältigt werden, braucht es weitere Schritte der Postreform. Die Unternehmen müssen im gemeinsamen Markt wettbewerbsfähig werden. Sie müssen auf eigenen Füßen stehen. Sie müssen ihre Finanzprobleme selber lösen, und auf diese Weise muß die Postreform nach vorn gebracht werden.

(Zustimmung)

Meine lieben Freunde, der Wagen rollt! Dafür, daß er in die richtige Richtung rollt, bitte ich um Ihre Unterstützung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke schön. – Bitte, Graf von Schwerin.

Alexander Graf von Schwerin: Frau Präsidentin! Meine lieben Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei mir hat sich wenig geändert. Ich bin nach wie vor glücklich verheiratet und habe zwei Söhne. Inzwischen bin ich 48. Mein politisches Gewicht in dieser Partei wird nur von wenigen übertroffen. Nichtsdestotrotz bitte ich um Ihr Vertrauen. Ich arbeite vor Ort immer noch als Betriebsratsvorsitzender mitten im Ruhrpott. Auch da hat sich nichts geändert. Ich verheimliche auch niemandem, daß ich CDU-Mitglied bin, daß ich Christ bin, daß ich Wertvorstellungen habe. Die Leute respektieren das. Damit ich das auch im Bundesvorstand so weitermachen darf, bitte ich um Ihre Stimme. – Danke schön.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Danke, auch für die Kürze. – Als nächster hat Herr Stock das Wort.

Josef Stock: Mein Name ist Josef Stock. Ich bin CDU-Vorsitzender im Landesverband Niedersachsen. Von Haus aus bin ich mittelständischer Unternehmer mit einem Betrieb mit 20 Mitarbeitern. Ich habe nach der Mittleren Reife eine berufliche Ausbildung gehabt. In Meschede im Sauerland habe ich eine Lehre von zweieinhalb Jahren gemacht und bin dann in den elterlichen Betrieb gegangen. Ich bin also kein Studierter, sondern jemand, der auf der Schiene der beruflichen Bildung gelaufen ist.

1974 bin ich als Landtagsabgeordneter in die Politik gegangen, nachdem ich zuvor als Kreistagsabgeordneter und im Stadtrat meine kommunalpolitischen Lehrjahre gehabt habe. Im Landtag bin ich dann 1974 zunächst als Abgeordneter zu Fuß gewesen. Nach dem Regierungswechsel zu Ernst Albrecht bin ich wirtschaftspolitischer Sprecher gewesen. Später bin ich stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Fraktionsvorsitzender geworden, 1988 Innenminister, und nach der verlorenen Landtagswahl 1990 hat mich die Partei zu ihrem Landesvorsitzenden gewählt.

Ich führe eine Partei mit fast 100.000 Mitgliedern. Wir haben im vorigen Jahr trotz aller Wirrnisse 5.000 neue Mitglieder werben können. Darauf bin ich stolz.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist die Arbeit der Union in Niedersachsen. Ich habe meinen Teil dazu beigetragen.

Wir haben die Kommunalwahlen im vorigen Jahr als stärkste Partei vor der SPD gewinnen können. Wir gehen jetzt in die Wahl 1994 hinein: mit diesem Rückenwind einer gewonnenen Kommunalwahl, mit einer erneuerten Mitgliederschaft einer sich erneuernden Partei.

Ich möchte das, was die Union Niedersachsens in den Bundesvorstand einbringen kann, als Stimme Niedersachsens mit dem besonderen Schwerpunkt sagen, daß ich als jemand, der aus dem mittelständischen unternehmerischen Bereich kommt, besonders in der Wirtschafts- und Finanzpolitik meine Akzente setzen möchte. Ich möchte die Stimme Niedersachsens als Landesvorsitzender im Bundesvorstand sein.

Ich bitte Sie sehr herzlich, mir Ihre Stimme dafür zu geben, daß ich das tun kann. – Vielen Dank.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Dr. Bernhard Vogel.

Dr. Bernhard Vogel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Bernhard Vogel. Ich bin 59 Jahre. Ich bin in Niedersachsen geboren, in Hessen in die Schule gegangen, habe in München Abitur gemacht und in Baden-Württemberg studiert. Dort bin ich in die CDU eingetreten und in den Stadtrat gewählt worden. Später war ich dann Bundestagsabgeordneter und Kultusminister und Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz.

Seit dem Abend des 27. Februar dieses Jahres ist mein Arbeitsplatz Thüringen. Ich bin in Erfurt. Es ist schwierig, aber es ist faszinierend. Ich bin glücklich darüber, einen Beitrag leisten zu können, daß wir zusammenkommen. Nicht Konfrontation ist angesagt, sondern Sensibilität füreinander.

Niemand hat mehr für die Wiedervereinigung gekämpft als die Union. Niemand muß mehr für ihre Vollendung tun als wir. Dazu möchte ich einen Beitrag leisten. Deswegen möchte ich gern in den Bundesvorstand. Deshalb bitte ich um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Der nächste ist Horst Waffenschmidt, der übernächste Matthias Wissmann.

Dr. Horst Waffenschmidt: Liebe Freunde! Ich möchte gern im Bundesvorstand unserer Partei weiterarbeiten, und zwar für den wichtigen Bereich der Kommunalpolitik. Es wurde mit Recht mehrmals gesagt, wie entscheidend es für die Zukunft unserer Partei ist, auch dort Überzeugendes zu leisten.

Ich will die Gelegenheit wahrnehmen, an dieser Stelle vor unserem Parteitag den Tausenden Freunden, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu danken, die für unsere Sache ehrenamtlich im kommunalen Bereich arbeiten. Sie haben diesen Dank verdient, meine lieben Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Mein zweiter Schwerpunkt ist der Einsatz für die deutschen Minderheiten in Osteuropa. Sie haben dies in den letzten Wochen und Monaten sicher verfolgt. Ich sehe eine wichtige Aufgabe auch im Sinn unserer Christlich Demokratischen Union darin, daß wir vielen deutschen Landsleuten, die oft Schweres erlebt haben, nur weil sie Deutsche waren, helfen, eine Zukunft dort aufzubauen, wo sie heute wohnen, und ihnen das Tor offenzuhalten, wenn sie zu uns kommen wollen. Wir dürfen diese deutschen Landsleute nicht im Stich lassen. Auch diese Aufgabe ist für uns wichtig.

Beide Aufgaben sind nicht ganz einfach. Ich möchte sie gern in der Gemeinschaft des Bundesvorstands der CDU weiter vertreten. Dazu bitte ich ganz herzlich um Ihr Vertrauen und um Ihre Unterstützung.

(Vereinzelt Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Matthias Wissmann hat das Wort.

Matthias Wissmann: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Mein Name ist Matthias Wissmann. Ich bin 43 Jahre alt, von Beruf Anwalt für Wirtschaftsrecht, seit einem Jahr stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg und seit neun Jahren Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Ich bin sicher, die große Bewährungsprobe für die Union in den nächsten Jahren werden die Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Aufbau im Osten und die Sicherung der konjunkturellen Entwicklung im Westen sein.

Wir alle müssen neben den praktischen Maßnahmen vor allem einen Beitrag leisten, nämlich an einer Mentalitätsänderung bei vielen Menschen in Deutschland mitwirken, damit mehr Mitbürger als bisher begreifen, daß wir nur das verteilen können, was vorher hart erarbeitet worden ist, und daß wir im Westen den Menschen im Osten Deutschlands nur dann klarmachen können, daß etwa Lohnzurückhaltung und Lohndifferenzierung notwendig sind, wenn wir in Westdeutschland mit Verzicht und der Bereitschaft zum Teilen vorangehen.

Diese Mentalitätsänderung müssen wir gemeinsam schaffen. Jeder kann dazu seinen Beitrag leisten. Ich will versuchen, daran mitzuwirken.

(Beifall)

Irmgard Karwatzki, Tagungspräsidium: Damit ist die Vorstellung der Kandidaten beendet. – Wir haben immer noch einige Wortmeldungen vorliegen. Leider ist das Ergebnis der Stichwahl noch nicht bekannt. Daher erteile ich jetzt als nächstem Herrn Bruno Orth aus dem Landesverband Baden-Württemberg das Wort.

Bruno Orth: Sehr geehrte Frau Sitzungspräsidentin! Liebe Parteifreunde! Ich lenke auch zur Abrundung der vielen guten Beiträge auf das zurück, was eine junge Delegierte aus Baden-Württemberg am Anfang gesagt hat. Sie hat eine kurze Analyse der Stimmung draußen im Land gegeben. Wenn ich daran denke, was mir im Länderdreieck Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz bei Gesprächen mit Bürgern immer entgegenschlägt, muß ich sagen, daß ihre Analyse gestimmt hat.

Aber die Konsequenz, die die junge Kollegin aus dem Enzkreis hinzugefügt hat, hat mir weniger gut gefallen. Sie hat nämlich einen resignativen Ton angeschlagen, der gerade bei der jungen Generation nicht am Platz ist.

Ich halte es gerade als Pädagoge für wichtig, daß wir heute gehört haben, daß in bedeutenden Bereichen die Pflöcke, die eingerammt werden müssen, erkennbar werden. Führende Redner, angefangen bei dem Bundeskanzler, Herrn Eggert und Herrn Teufel, haben deutlich gemacht, daß die CDU den Mut hat, dem Volk die Wahrheit zu sagen, so daß niemand mehr behaupten kann, die Wahrheit sei hier nicht gesagt worden.

Natürlich wissen wir noch nicht, wie dick die Pflöcke sein werden, die in den verschiedenen Bereichen eingerammt sind. Aber viele Felder sind abgesteckt. Die Pflegeversicherung ist weithin abgesteckt; es muß entschieden werden. Die Gesundheitskostenreform ist auf den Weg gebracht; auch über sie muß in absehbarer Zeit entschieden werden. Was für die Bildungspolitik angedeutet worden ist, muß angepackt werden.

Aber die große Priorität hat die Klarheit über die Finanzen. Das unverbrämt und klar auszusprechen ist das Mutigste, was auf diesem Parteitag geschehen ist. Ich hoffe, daß das bei der Bevölkerung ankommt. Wir wünschen, daß gerade die junge Generation, die Lehrlinge an den Werkbänken, die Schüler in den Schulen, die Studenten, heute aufmerksam werden: Die CDU geht voran; sie hat den Mut, auch Unangenehmes zu sagen, und trägt nicht nur das Angenehme vor, von dem wir freilich genug vorweisen können.

Mit diesem ersten Tag des Parteitags können wir sehr zufrieden sein. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich unterbreche aufs neue die Debatte und nenne Ihnen das Ergebnis der Stichwahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums.

Abgegebene Stimmen: 886. Ungültige Stimmen: Keine. Enthaltungen: Eine. Gültige Stimmen: 885. Die erforderliche Mehrheit beträgt 443 Stimmen.

Es erhielten: Erstens Manfred Kanther 503 Stimmen,

(Beifall)

zweitens Prof. Dr. Günther Krause 444 Stimmen,

(Beifall)

drittens Christine Lieberknecht 388 Stimmen. Damit sind Manfred Kanther und Professor Krause gewählt.

Meine Herren, ich gehe davon aus, daß Sie die Wahl annehmen. – Darf ich Frau Lieberknecht fragen, ob sie für das Amt des Beisitzers im Bundesvorstand kandidiert. – Ja. Dann möchte ich darauf hinweisen, daß die Landesgeschäftsführer in knapp zehn Minuten die neu zu fertigenden Stimmzettel für die Wahl der Beisitzer abholen können und wir dann vielleicht in etwa einer Viertelstunde die letzte Wahl vornehmen können.

Ich unterbreche jetzt erneut diesen Teil der Sitzung und komme zu der Aussprache zurück. Es liegen noch sechs Wortmeldungen vor. Wenn wir das konzentrieren, können wir das vielleicht synchron miteinander abschließen.

Als nächste Rednerin ist Frau Körtner aus dem Landesverband Niedersachsen an der Reihe.

(Zurufe)

Nach dem, was wir hier sehen können, befindet sich Frau Körtner nicht im Saal. Damit hat sich die Wortmeldung erledigt.

Ich komme dann zur nächsten Wortmeldung von Herrn Siegfried Ernst aus Baden-Württemberg. Ist Herr Ernst im Saal?

Die nächste Wortmeldung, damit sich der Betreffende vielleicht schon auf den Weg zum Rednerpult begeben kann, ist von Peter Rauen, Rheinland-Pfalz. Ihm folgt Klaus Tömmler aus Sachsen. – Herr Rauen zieht zurück. Dann wäre der nächste Redner Herr Tömmler aus Sachsen. Wo ist Herr Ernst?

(Zuruf: Er kommt!)

Herr Ernst, bewegen Sie sich ernsthaft auf das Mikrophon zu?

Dr. Siegfried Ernst: Ich bitte um Entschuldigung. Ich war nicht darauf gefaßt, daß wir noch drankommen würden.

Liebe Freunde, ich spreche hier als Vizepräsident der World Federation of doctors, who respect human life. Das ist eine Weltorganisation der Ärzte mit 350.000 Mitgliedern in 63 Ländern.

Ich möchte zu einem entscheidenden Punkt, den der Bundeskanzler erwähnt hat, etwas sagen, nämlich der Frage der Schaffung eines Rechtsbewußtseins. Denn das, was in den letzten Jahren geschehen ist, ist mit Hilfe der Gesetzgebung unseres Staates die Zerstörung des Rechtsbewußtseins und der Ethik im gesamten Gesundheitswesen. Liebe Freunde, in dem Augenblick, in dem man Ärzte nach dem Dritten Reich erneut zu Tötungsfunktionären der Gesellschaft degradiert, die dafür zuständig sind, daß ungeborene Kinder, die einem irgendwo im Wege sind, beseitigt werden, zerstört man das 2400 Jahre alte Grundethos allen ärztlichen Handelns, nämlich niemals absichtlich zu schaden oder niemals zu töten.

(Beifall)

Dabei geht es nicht bloß um die „armen Frauen", wie man immer sagt. Liebe Freunde, es geht um die gesamte moralische und ethische Situation des Gesundheitswesens schlechthin. Denn in dem Augenblick, in dem ich für das Töten Geld aus dem gemeinsamen Topf der Kassenärztlichen Vereinigung bekomme oder sozusagen auf Befehl der Bundesregierung Geld für das Töten gezahlt werden muß, verliert z.B. jede Reform des Gesundheitswesens ihre moralische Basis. Ich habe unserem lieben Freund Dr. Norbert Blüm vor zweieinhalb Jahren in Bonn in einer Versammlung öffentlich gesagt, als es um seine Gesundheitsreform ging: „Solange Tötungen von ungeborenen Menschen von der Krankenkasse bezahlt werden, haben Sie moralisch überhaupt kein Recht dazu, auch nur eine einzige echte medizinische Leistung zu kürzen."

(Beifall)

Darum wird das Ganze ein Flop werden und wird nicht gelingen. Denn zu einer Gesundheitsreform gehört zunächst einmal eine geistig-moralische, ethische Basis des Gesundheitswesens. Die Leute müssen zunächst einmal ehrlich werden. Wenn der Staat sie aber zum Töten auffordert, liebe Freunde, geht jede Ehrlichkeit zum Teufel. Wenn man mich von Staats wegen betrügt, indem man aus dem Topf, aus dem meine Leistungen als Arzt bezahlt werden sollen, eine große Menge Geldes für das Töten, für das Gegenteil von dem, was ärztliches Handeln ist, abzweigt, sagt der Durchschnittsarzt: „Hier werde ich vom Staat betrogen; also betrüge ich auch."

Schauen Sie: In den letzten zehn, fünfzehn Jahren ist das ethische Niveau im gesamten Gesundheitswesen derartig gesunken, daß ein Großteil der Ärzte heute eben auch nur aufs Geld schaut.

Liebe Freunde, wenn dies das Ergebnis ist, nämlich ein korruptes Gesundheitswesen, dann so zu tun, als ob es nur um „arme Frauen" gehe, und wenn unsere Frau Bundestagspräsidentin darüber hinaus noch behauptet, durch die Beseitigung der Strafnorm in bezug auf die Frage der Abtreibung würden weniger Abtreibungen vorgenommen, es sei ein besserer Schutz des ungeborenen Kindes, wenn man das Gesetz beseitige, frage ich Sie: Für wie dumm hält uns diese Frau eigentlich, daß sie sich erlaubt, so etwas zu sagen?

(Pfiffe)

Von mir aus können Sie ruhig pfeifen. Eines Tages werden Sie auf der Straße ausgepfiffen, wenn sich diese Dinge in unserer Partei nicht ändern, wenn wir nicht zu klaren Maßstäben der Ehrlichkeit, Sachlichkeit und Sauberkeit auch in diesen Fragen zurückkehren. Es gibt schließlich eine Ärzteschaft, die man durch solche Gesetze nicht einfach moralisch kaputtmachen darf.

Liebe Freunde, das letzte, was ich noch sagen möchte, ist: Heute geht es zwischen Ost und West letzten Endes um die Grundlage der Gesellschaftsordnung, und diese ist das Menschenbild. Das christliche Menschenbild, von dem heute die Rede war, besagt: Der Mensch ist als Ebenbild Gottes geschaffen. Das andere Menschenbild im Osten, das von Stalin, besagt: Der Mensch ist denkende Materie. Es ist gelungen, die östliche Ideologie, daß der Mensch nur ein Stück Materie sei, mit Hilfe des Gesetzes zur Fristentötung zur Grundlage auch unserer Rechtsordnung zu machen. Darum geht es bei der ganzen Sache. Wenn das gelingt, hat zwar der Kommunismus zunächst einmal eine wirtschaftliche Pleite erlitten; aber er hat einen ideologischen Sieg errungen, indem er seine Vorstellung vom Menschen bei uns zur Grundlage unserer Gesetzgebung und Gesellschaftsordnung mit Hilfe eines solchen Gesetzes machen konnte.

Liebe Freunde, hier geht es um mehr als um das Schicksal „armer Frauen". Lassen Sie sich an dieser Stelle nicht für dumm verkaufen, sondern kämpfen Sie darum, daß wir wirklich wieder klare Maßstäbe auch in unserem Gesundheitswesen bekommen! Denn das gelingt nur dann, wenn sich der alte Grundsatz wieder durchsetzt, daß wir als Ärzte an die hypokratische Verpflichtung aus der Zeit von vor 2400 Jahren anknüpfen und daran festhalten. – Danke schön.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Klaus Tömmler aus dem Landesverband Sachsen das Wort, dann als letzter Herr Wolfgang Zöllick aus Mecklenburg-Vorpommern. – Darf ich mal fragen: befindet sich Herr Klaus Tömmler auf dem Weg zum Rednerpult?

(Zurufe: Nein!)

Dann streichen wir ihn und kommen zur letzten Wortmeldung: Herr Wolfgang Zöllick, Mecklenburg-Vorpommern. – Befindet sich Herr Zöllick im Saal? – Ich begrüße Sie, Herr Zöllick aus Rostock!

Wolfgang Zöllick: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen: heute früh habe ich noch nicht gewußt, daß ich mich zu Worte melde. Jetzt bin ich der letzte in der Reihe der Redner. Ich möchte hier ganz einfach nur als Vertreter des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern und ganz speziell als Bürgermeister der Hansestadt Rostock zu Ihnen reden und auf einige Dinge eingehen, bei denen ich das Bedürfnis habe, etwas „rüberzubringen".

Der Vorsitzende sprach in seinen Ausführungen heute davon – und ich glaube, die bisherige Aussprache macht Mut –, wir sollten miteinander reden statt übereinander.

Ich meine, es gibt keine Ossis, keine Wessis und – was ganz schlimm ist – schon gar keine Wossis. Wir sind alle Deutsche, und wir hier sind Mitglieder der deutschen CDU. Ich denke, darauf sollten wir sehr stolz sein.

(Beifall)

Ich finde es auch gut, daß wir schon jetzt beginnen, ganz konkret darüber zu reden, wie kommende Belastungen in Ost und West auszuhalten sein werden. Ich hoffe, daß – ganz gleich, wie die Entscheidungen sein werden – Ergebnisse sehr schnell zustande kommen werden, daß es eine Richtlinie gibt, die wir dann ganz konsequent verfolgen müssen. In jedem Fall ist es aber richtig, dann nichts zu vertuschen; denn es kommt durchaus noch einiges auf uns zu, und das sollten wir auch mit aller Deutlichkeit sagen – wie das heute schon geschehen ist.

Weiterhin möchte ich das ansprechen, was uns besonders am Herzen liegt – ganz gleich, wie die Regelungen dafür ausfallen –: das ist die unbedingte Förderung von Investitionen im Osten. Das ist das, was wir vor Ort brauchen.

Wenn ich heute hier gehört habe – und darüber, lieber Herr Vorsitzender, bin ich sehr, sehr froh –, daß bis zum Termin November Gesetze auf den Weg gebracht werden, die zur Verkürzung der Verwaltungswege dienen, dann kann ich dafür nur Danke sagen. Denn dafür ist es höchste Zeit! Es gibt eine ganze Menge von an sich risikobereiten Leuten, die ganz einfach immer noch mal wieder das Risiko scheuen, weil erhebliche Gesetzesbarrieren dazwischenliegen. Lassen Sie uns das angreifen, denn dann geht es noch schneller vorwärts!

Natürlich möchte ich hier, gerade auch als Vertreter der Hansestadt Rostock, noch einmal ganz konkret auch etwas zur Asylfrage sagen. Sie wissen, daß unsere Stadt sehr unangenehm in die Schlagzeilen gerückt ist. Für das, was dort geschehen ist, gibt es keine Rechtfertigung, keine Entschuldigung. Dessen schämen wir uns, und wir fordern auch künftig, daß jegliche Aktionen von Gewalt, die sich ja dann auch gegen unseren Rechtsstaat richten, ganz hart bestraft werden.

(Beifall)

Was hier dazu gesagt wurde, möchte ich vollinhaltlich unterstützen.

Ich kann Ihnen aber sagen, gerade auch auf Grund der Gespräche vor Ort: Unsere Bürger erwarten, daß schnelle Lösungen kommen, und sie erwarten dieses von den demokratischen Parteien. Daß die CDU hier wieder einmal eine Vorreiterrolle spielt, ist nicht nur selbstverständlich; das müssen wir vor allen Dingen sehr schnell herüberbringen. Schnellstmögliche Ergebnisse sind auch deshalb erforderlich – ich möchte das hier noch einmal deutlich betonen –, weil der Druck in den Kommunen wirklich nicht mehr auszuhalten ist. Dabei soll es – ich sage das noch einmal – keine Rechtfertigung für Gewalt geben.

Aber ich darf Ihnen auch sagen, daß das Problem, was Rostock belastet hat, eigentlich immer noch in Rostock besteht und immer noch grundsätzlicher Lösungen bedarf. Noch immer kommen jede Nacht 80 bis 100 Personen, durch Schlepperbanden organisiert, in diese zentrale Anlaufstelle. Zu eventuellen Lösungsvorschlägen ist hier eine ganze Menge gesagt worden. Wir möchten gerne, daß es wirklich sehr schnell geht. Es darf keine Zeit mehr vergehen. Hier müssen Tatsachen geschaffen werden.

Wir möchten, daß die notwendigen Gesetze – vor allen Dingen die Grundgesetzänderung – schnell ergehen, damit dann wirklich politisch Verfolgte in Deutschland Asyl

und Schutz genießen. Das wollen auch – das kann ich Ihnen versichern – die Rostocker Bürger. Was sie nicht wollen, ist, zu einem Wallfahrtsort für rechte und linke Chaoten abgestempelt zu werden, ebensowenig zu einem Wallfahrtsort für Touristen, die hier noch irgendwelche Sensationen wittern.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang sind heute die Medien angesprochen worden, was die Berichterstattung anbetrifft. Lassen Sie mich nur ein Wort dazu sagen: Es bedarf nicht des Konsums von Horrorfilmen; eine Woche Nachrichtensendungen bieten da leider wesentlich mehr!

Ich möchte noch zwei andere Punkte ganz kurz aufgreifen. Einmal: Stichwort Olympia. Ich hoffe, auch von diesem Parteitag gehen noch einmal klare Signale in Richtung Berlin aus.

(Beifall)

Ich sage das nicht uneigennützig; denn wir wollen in Rostock/Warnemünde sehr gerne die olympischen Segelwettbewerbe ausgetragen sehen. Wir halten das für eine große Chance für unsere Region, für das Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall)

Eine letzte Sache – und dahinter steckt durchaus etwas Kritik; ich denke, das sollte man uns auch zubilligen –: Wenn ich hier als Delegierter und auch als Verantwortung tragender Kommunalpolitiker der größten Stadt von Mecklenburg-Vorpommern zu Ihnen spreche, dann möchte ich folgende Bitte äußern. Wenn künftig hochrangige CDU-Politiker in unserer Stadt Station machen oder diese Stadt besuchen, dann sollten sie wenigstens auch die Organe unserer Partei benachrichtigen, damit wir nicht erst am Tag darauf durch die Presse erfahren, daß sie in unserer Stadt gewesen sind.

(Beifall)

Ich glaube, ein Fototermin, auf dem auch die verantwortlichen CDU-Mitglieder zu sehen sind in einer Stadt, wo wir eine Große Koalition haben, wo wir aber antreten mit dem Ziel, möglichst einmal alleine zu regieren, wäre angebracht. Wir bedürfen da der Unterstützung durch unsere Spitzenpolitiker. Wenn sie denn da sind und wir stehen mit auf dem Bild – wenn sie auch schnell wieder weg müssen –, dann kann man uns damit wirklich helfen.

(Beifall)

In diesem Sinne und auch in dem Sinne, Sie alle in dieses Bundesland einzuladen, möchte ich schließen mit dem Aufruf an alle: Kiek mal wedder in; Mecklenburg und Vorpommern sind sehr schön! – Danke schön.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das war ein schöner Abschluß dieser ganztägigen Debatte.

Jetzt müssen wir noch eine wichtige Aufgabe erledigen, und zwar müssen wir die Beisitzer zum Bundesvorstand wählen. Im Augenblick befindet sich der Stimmzettel in der Produktion, und in gut fünf Minuten wird er hier eintreffen.

Aber vielleicht können wir uns über den Vorgang danach einig werden. Es ist ja nicht auszuschließen, daß es auch hier eine Stichwahl gibt.

(Zurufe: Morgen!)

Ja, ich komme darauf. – Die Auszählung der Stimmen aus dem letztgenannten Wahlgang würde über eine Stunde in Anspruch nehmen. Ich halte es für möglich, daß der Wunsch des Parteitags größer wäre, diese Stichwahl, wenn sie nötig ist, nicht heute, sondern morgen früh zu machen.

(Beifall)

Wer damit einverstanden ist, daß wir, falls es eine Stichwahl aus dem Wahlgang, den wir gleich noch durchführen müssen, geben sollte, diese morgen früh durchführen, den bitte ich um das Handzeichen. – Enthaltungen? – Wenige. Wer möchte noch gern hierbleiben?

(Heiterkeit)

Wenige!

Ich muß aber darauf hinweisen, daß die morgige 3. Plenarsitzung – und damit auch die eventuelle Stichwahl – pünktlich um 9 Uhr beginnt. Deswegen wünschen wir uns, daß Sie alle dann auch hier sind, damit wir diese mögliche Stichwahl durchführen können.

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die Sitzung der Antragskommission, die an sich um 7 Uhr beginnen sollte, aus Gründen der Humanität nun um 8 Uhr beginnt. Ich bitte, auch dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ich unterbreche die Verhandlung für wenige Minuten, bis wir die Stimmzettel bekommen.

(Unterbrechung von 22.12 bis 22.15 Uhr)

Meine Damen und Herren, kann ich davon ausgehen, daß alle wahlberechtigten Delegierten die Stimmzettel bekommen haben?

(Zurufe: Nein!)

Nein. Einige haben ihn schon. Ich wäre dankbar, wenn Sie mit dem eigentlichen Wahlvorgang warten würden, weil dazu noch einige Bemerkungen zu machen sind.

Meine Damen und Herren, der Umstand, daß wir jetzt noch nicht wählen können, hängt damit zusammen, daß der Landesverband Nordrhein-Westfalen noch keine ausreichende Zahl von Stimmzetteln hat, da die Produktionsmaschinen wohl noch laufen. Es wird sich nur um wenige Minuten handeln.

Meine Damen und Herren, ich gehe jetzt davon aus, daß alle im Besitz eines Stimmzettels sind. Nach § 43 Abs. 3 des Status sind Stimmzettel, auf denen nicht mindestens drei Viertel der zu wählenden Kandidaten – das sind 20 – angekreuzt sind, ungültig. Ebenfalls ungültig sind Stimmzettel, auf denen mehr als 26 Kandidaten angekreuzt sind, sowie Stimmzettel, auf denen die Namen anderer Kandidaten als abgedruckt geschrieben sind.

Ich eröffne das Wahlverfahren und bitte die Delegierten, in den Wahlkabinen ihre Stimmen abzugeben.

Ich darf fragen: Haben alle ihren Stimmzettel abgeben können? – Ich sehe, das ist der Fall. Damit ist der Wahlgang abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, vereinbarungsgemäß setzen wir die Tagesordnung morgen früh fort. Ich schließe die 2. Plenarsitzung und wünsche Ihnen eine gute Nacht.

(Schluß: 22.27 Uhr)

Dienstag, 27. Oktober 1992

3. Plenarsitzung

Beginn: 9.13 Uhr

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Mit einem recht schönen Guten Morgen eröffne ich die 3. Plenarsitzung unseres Parteitages. Ich hoffe, Sie sind gut ausgeruht, um diesen zweiten Tag mit großer Konzentration zu überstehen. Dies ist ein wichtiger Tag unseres Parteitages, ein Tag, der den europäischen Fragen gewidmet ist.

Ich freue mich, gleich zu Beginn den Außenminister Österreichs, unseren Freund Alois Mock, in unserem Kreis begrüßen zu können.

(Beifall)

Alois Mock ist ein alter Freund, den ich nicht vorzustellen brauche. Wir freuen uns, daß er diesen wichtigen Tag mit uns verbringt.

Meine Damen und Herren, bevor wir uns dem Thema Europa zuwenden, möchte ich Ihnen das Ergebnis der Wahlen für die weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes bekanntgeben. Abgegebene Stimmen 913. Ungültige Stimmen 13, Enthaltungen 4. Gültige Stimmen 896. Die erforderliche Mehrheit beträgt demnach 449 Stimmen.

Ich will im voraus sagen: Wir brauchen keine Stichwahl; das Quorum ist von den 26 zu wählenden Mitgliedern erfüllt worden.

Nun das Ergebnis in der Reihenfolge der abgegebenen Stimmen:

Eberhard Diepgen 844 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel 834 Stimmen,

(Beifall)

Professor Dr. Kurt Biedenkopf 807 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig 778 Stimmen,

(Beifall)

Christine Lieberknecht 757 Stimmen,

(Beifall)

Professor Dr. Werner Münch 750 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Hanna-Renate Laurien 745 Stimmen,

(Beifall)

Alexander Graf von Schwerin 731 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Reinhard Göhner 721 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Helmut Linssen 698 Stimmen,

(Beifall)

Josef Stock 693 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt 691 Stimmen,

(Beifall)

Matthias Wissmann 663 Stimmen,

(Beifall)

Elmar Pieroth 640 Stimmen,

(Beifall)

Christa Reichard 637 Stimmen,

(Beifall)

Hermann Gröhe 636 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Christian Schwarz-Schilling 632 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Hedda Meseke 622 Stimmen,

(Beifall)

Hans-Peter Repnik 618 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Renate Hellwig 608 Stimmen,

(Beifall)

Peter Rauen 573 Stimmen,

(Beifall)

Herbert Reul 545 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Christoph Bergner 536 Stimmen,

(Beifall)

Professor Georg Milbradt 529 Stimmen,

(Beifall)

Andreas Renner 514 Stimmen,

(Beifall)

Dr. Hans Geisler 506 Stimmen.

(Beifall)

Das sind die gewählten weiteren 26 Mitglieder des neuen Bundesvorstandes. Ihnen gilt unser Glückwunsch.

Nicht gewählt wurden Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Ulrich Junghanns und Ulf Fink. Auch an sie unser Gruß und unser Dank.

Wir müßten jetzt jeden einzelnen bzw. jede einzelne fragen, ob die Wahl angenommen wird. Dazu müßte ich zunächst fragen, ob die Betreffenden überhaupt anwesend sind. – Wir können es aus Humanisierungsgründen auch so machen: Wer die Wahl nicht annimmt, muß sich in den nächsten fünf Minuten beim Präsidenten melden.

(Heiterkeit)

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Es ist gestern viel über Parteireform und den Umgang miteinander gesprochen worden. Ich bin für die beschwichtigende Form, die der Parteitagspräsident soeben vorgeschlagen hat. Aber ich möchte mein Mißbehagen deutlich zum Ausdruck bringen, daß nicht wenige der Gewählten jetzt nicht anwesend sind. So wollen wir nicht miteinander umgehen.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Der Vorsitzende hat zu Recht auf die notwendige Disziplin aufmerksam gemacht. Der Präsident läßt soziale Gesichtspunkte gelten.

(Heiterkeit)

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Heute ist Europatag. Die Europapolitik steht im Mittelpunkt unseres Parteitages. Wir sind die Partei, die zu Recht für sich in Anspruch nimmt, die Partei Europas, der europäischen Integration zu sein. Das wird sich heute auch im Engagement unserer Diskussionen beweisen müssen. Wir haben deshalb auch heute die Freunde, die in Europa eine herausragende Verantwortung übernommen haben, mit einer herausragenden Funktion für diesen Tag ausgestattet. Deshalb übernimmt jetzt unser Freund Bernhard Sälzer, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament und Vorsitzender unseres Bundesfachausschusses für Europapolitik, das Präsidium. Ich bitte um gute Mitarbeit, und freuen Sie sich nicht nur auf diesen Tag, sondern auch auf den Nordrhein-Westfalen-Abend heute abend.

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Nordrhein-Westfalen-Abend, den wollen wir uns jetzt erst verdienen. Ich darf zunächst in die Struktur des Europatages einführen. Wir werden als erstes den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Europaabgeordneten in der EVP-Fraktion hören. Diesen Bericht wird der Vorsitzende der CDU/CSU-Europaabgeordneten, unser Freund Professor Dr. Rinsche, geben. Im Anschluß an diesen Bericht wird der Parteivorsitzende eine Grundsatzrede halten, und danach beginnen wir dann mit der Beratung der fünf Anträge des Bundesvorstands zu den ausgedruckten zentralen Themen. Für jedes einzelne dieser Themen werden wir nach folgendem Verfahren vorgehen: Es findet zunächst eine kurze Einleitung in den jeweiligen Antrag des Bundesvorstands durch den auch im Programm ausgedruckten Referenten statt. Nach dieser kurzen Einführung wird die Diskussion in zwei Abteilungen geliedert; einmal eine allgemeine Aussprache zum jeweiligen Thema und dann die Einzelberatung zu den Ziffern des konkreten Antrags.

Bei dem ersten Antrag, wie wir uns Europa denken, wird es ganz zwangsläufig zu einer mehr grundsätzlichen Diskussion im ersten Teil der Aussprache kommen. Ich möchte daher die Delegierten herzlich bitten, auf ihren Wortmeldekarten zu vermerken, ob sie zur allgemeinen Aussprache etwas sagen wollen oder zu welchem konkreten Punkt des jeweiligen Antrags des Bundesvorstands das Wort gewünscht wird. Die Ergebnisse unserer Beratungen werden dann am Ende des heutigen Tages vor Beginn des schon angekündigten Nordrhein-Westfalen-Abends durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments, unseren Freund Egon Klepsch, zusammengefaßt, den ich bei dieser Gelegenheit ganz herzlich in unserer Mitte begrüßen darf.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zu dem Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Ich erteile Professor Günter Rinsche das Wort.

Prof. Dr. Günter Rinsche: Herr Präsident! Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Heren! Liebe Freunde! Im September 1952, auf dem Höhepunkt der Europa-Begeisterung, sagte Konrad Adenauer zum damals 34jährigen holländischen Wirtschaftsminister Zijlstra: „Die europäische Einheit ist eine wesentliche Bedingung für die Zusammenarbeit unserer Völker. Nun sieht alles einfach aus, jeder ist heute begeistert. Später wird sich herausstellen, wie schwer es sein wird. Ich werde das nicht mehr erleben. Versprechen Sie mir durchzuhalten, auch wenn es schwer wird."

Die mahnenden Worte des europäischen Staatsmannes sind ein Vermächtnis. Wir, die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments, fühlen uns diesem zeitüberdauernden Auftrag verpflichtet.

Für uns ist die Europäische Gemeinschaft keine „Schönwetterveranstaltung", der man fernbleibt, wenn schwere Wetter aufziehen, sondern eine Herausforderung unserer Kräfte. Wir wissen – um ein Wort Otto von Bismarcks abzuwandeln –, daß die Krisen das Wetter schaffen, welches Europas Wachstum fördert.

Wir danken unserem Bundesvorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl dafür, daß er sich in seiner europäischen Zielsetzung und politischen Gestaltungskraft nicht beirren läßt durch eine Flut von Kritik und kleinkarierter Häme.

(Beifall)

Wir alle, die wir die Sache Europa zu unserer eigenen gemacht haben, wir wissen, was Helmut Kohl für die europäische Einigung bedeutet, und wir sind stolz darauf, mit ihm gemeinsam für ein Europa der Freiheit und des Friedens arbeiten zu dürfen.

Meine Damen und Herren, die europäische Integration ist kein Perpetuum mobile, das, einmal angestoßen, ohne weitere Energiezufuhr immer weiterläuft. Die Jahrzehnte des Werdens der Europäischen Gemeinschaft sind durch Hindernisse und durch Krisen gekennzeichnet. Die Geschichte der Gemeinschaft zeigt aber auch, daß Krisen neue Lebenskraft wecken und Fortschritt bewirken können. Ein faszinierendes und nachahmenswertes Beispiel ist die erfolgreiche Bewältigung und Nutzung der EG-Krise 1987/88.

Damals gelang es dem EG-Ratspräsidenten und Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem EG-Gipfeltreffen am 11. und 12. Februar 1988 in Brüssel, durch großen persönlichen Einsatz eine neue Dynamik der Integration in Gang zu setzen und wichtige Weichen für den Binnenmarkt und die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft zu stellen. Diese und andere Ereignisse der Geschichte unserer Gemeinschaft zeigen, daß die europäische Integration der großen Vision bedarf, aber auch der schnellen Nutzung neuer Gegebenheiten und Möglichkeiten. Hier gilt eine Maxime Ludwigs XIV.: „Die Kunst der Politik besteht auch darin, sich der Zeitumstände richtig zu bedienen."

Meine Freunde, wir begegnen jetzt tagtäglich herber Kritik an der europäischen Politik und an der Europäischen Gemeinschaft. Wir erleben eine Art Sinnkrise, eine Bewußtseinskrise, die auf Informationsdefizite und auch auf Motivationsschwäche zurückzuführen ist.

Man kritisiert die mangelnde Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft innerhalb und außerhalb der EG, und nicht zuletzt spricht man über eine Legitimitätskrise, die durch Demokratiedefizit und undurchsichtige Entscheidungsverfahren entstanden ist.

Wir nehmen sachliche Kritik sehr ernst. Für uns ist Widerspruch kein Ärgernis, sondern die Probe auf die Notwendigkeit. Sachliche Kritik fördert das Interesse an der Gemeinschaft. Interesse fördert Einsicht, auch die Einsicht in die Notwendigkeit. So erschließt eine öffentliche Diskussion neue Chancen für Information und Kommunika-

tion, für europäische Motivation und für eine wichtige europaorientierte Bildungspolitik. Dies, meine Freunde, sind unverzichtbare Wirkkräfte der Gemeinschaftsbildung in Europa, und hier liegen wichtige, aber auch schwierige Aufgaben der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Noch mehr als bisher werden wir uns für eine bürgernahe Europapolitik und eine verständliche europapolitische Öffentlichkeitsarbeit einzusetzen haben.

In einigen kritischen Analysen der mangelhaften Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft wird behauptet, daß es zum Vertrag von Maastricht und zur Politischen Union Europas sehr wohl Alternativen und andere Optionen gäbe. Natürlich nehmen wir jeden seriösen Vorschlag ernst. Die bisher in die öffentliche Diskussion eingebrachten Alternativvorschläge zum Maastrichter Vertrag berücksichtigen nach unserer Meinung aber weder die Verflechtung der verschiedenen Politikbereiche, d.h. jene Gegebenheiten, die Walter Eucken als eine „Interdependenz der Ordnungen" bezeichnete, noch die globale Herausforderung Europa, die ohne eine politische Integration nicht richtig und nicht rechtzeitig beantwortet werden kann.

Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion haben einige Gegner des Maastrichter Vertrages dadurch öffentliche Aufmerksamkeit gefunden, daß sie mit interessanten, teilweise aber auch widersprüchlichen theoretischen Deduktionen die Möglichkeiten und die Zweckmäßigkeit europäischer Institutionen, z.B. einer europäischen Währung bestritten. Viele der vorgebrachten Argumente entstammen der sogenannten Nirwana-Ökonomie, wie Wolfram Engels die Gruppe von Nationalökonomen bezeichnet, die unabweisbare praktische Erfordernisse des Binnenmarktes einfach außerhalb ihrer Betrachtung und ihrer Argumentation lassen. Andere Kritiker wenden sich gegen die Einrichtung und den Ausbau europäischer Institutionen überhaupt. In diesem Zusammenhang antworten wir mit einem Wort von Jean Monnet: „Nichts ist möglich ohne den Menschen. Nichts ist von Dauer ohne Institutionen."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Abgeordneten der CDU/CSU im Europäischen Parlament beschäftigen sich intensiv mit den Sorgen und Problemen unserer Mitbürger. In den Arbeitskreisen unserer Fraktion und in den Fachausschüssen des Parlaments werden Berichte und Vorschläge erarbeitet, die Antwort auf Fragen unserer Bürger geben. Dies gilt beispielsweise für Themen wie Stabilitätserfordernisse einer europäischen Währung, soziale Sicherheit, europaweite Bekämpfung der internationalen Kriminalität, Verhinderung bzw. Einschränkung von Mißbrauch bei EG-Beihilfen, Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt, Vermeidung überflüssiger Zentralisierung und Bürokratisierung und vieles andere mehr.

Auf all diesen Arbeitsfeldern haben die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments Impulse gegeben, Initiativen eingeleitet und Vorschläge vorgelegt. Wir berichten hierüber regelmäßig in unseren Publikationen, z.B. in unseren Informationsdiensten „Europa im Blickfeld" und „Europa als Auftrag", und wir sind dankbar für Anregungen und Hinweise zur Verbesserung der europapolitischen Kommunikation.

Meine Damen und Herren, die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben sich seit der ersten europäischen Direktwahl 1979 konsequent für die Geltung des Subsidiaritätsprinzips in den Institutionen und in den Verfahren der Gemeinschaft eingesetzt.

Subsidiarität ist das Gegenteil von Subordination. Subsidiarität sichert das Recht der kleinen Lebenskreise. Nur das, was im kleineren Lebenskreis nicht oder nicht mehr geleistet werden kann, soll in der größeren Gemeinschaft gestaltet werden.

Der Aufbau der Europäischen Gemeinschaft nach dem Gestaltungsprinzip der Subsidiarität entspricht der Freiheit und Würde des Menschen, garantiert die

notwendigen Freiheitsräume für die Selbstentfaltung des Bürgers, ermöglicht sparsame Verwendung knapper Ressourcen durch Vermeidung der hohen Kosten zentralistischer Verwaltung und durch Nutzung der Eigeninitiative, fördert die Eigenverantwortung, Risikobereitschaft und Eigenvorsorge, verringert die Gefahr einer Ausbeutung der Gemeinschaft durch parasitäres „Trittbrettfahren", schützt die Vielfalt und den Reichtum der lokalen, regionalen und nationalen Kulturen Europas und ihrer Identitäten und ist nicht zuletzt eine wesentliche Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft und einer neuen Ordnung in Europa.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen und Erfordernisse haben die CDU/CSU-Abgeordneten bereits am 13. September 1983 den Entwurf einer Verfassung der Europäischen Union vorgelegt, der wesentlich durch das Subsidiaritätsprinzip geprägt war. Am 9. und 10. Dezember 1991 hat dann der Europäische Rat in Maastricht wichtige Weichen für den Einbau des Subsidiaritätsprinzips in die neue Ordnung Europas gestellt.

Wir begrüßen ausdrücklich die Festlegung des Subsidiaritätsprinzips, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder und die Einrichtung eines Ausschusses der Regionen.

Dabei übersehen wir aber auch nicht, daß es in der Gemeinschaft darauf ankommt, mehrere wichtige Erfordernisse auf einen Nenner zu bringen. Dies kann in Europa nur dann gelingen, wenn man bei der Verfolgung einzelner Ziele jede Übertreibung sorgsam vermeidet. Durch Übertreibung kann man gute Ideen ad absurdum führen.

(Zustimmung)

Der Begriff „Subsidiarität" darf nicht dazu mißbraucht werden, partikulare Interessen zu Lasten einer zukunftssichernden Ordnung in Europa durchzusetzen.

(Zustimmung)

Eine föderative Ordnung muß kooperativ, nicht aber destruktiv sein. Europäischer Föderalismus ist das institutionalisierte Bestreben, Einheit und Vielfalt zu verbinden. Deshalb hat der Föderalismus in der Europäischen Gemeinschaft die Aufgabe einer Verbindung verschiedenartiger Elemente. Das heißt, er ist zentripetal, nicht zentrifugal. Das Erfordernis der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft ist von existentieller Bedeutung für die Zukunft Europas. Nur eine starke Gemeinschaft kann ihre unentbehrlichen Beiträge für Frieden, Freiheit, Stabilität und eine menschenwürdige Ordnung im wiedervereinigten Europa leisten.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, seit der Vorlage des letzten Berichts der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament auf dem 2. Parteitag der CDU in Dresden am 15.12.1991 haben einige Ereignisse und Entwicklungen im Europäischen Parlament neue Akzente gesetzt. Vorrangig zu nennen sind hier: erstens die Wahl unseres Freundes Dr. Egon Klepsch zum Präsidenten des Europäischen Parlaments,

(Beifall)

zweitens die Vergrößerung der EVP-Fraktion von 122 auf nunmehr 162 Mitglieder

(Zustimmung)

und drittens die zunehmenden Kontakte und Kooperationen mit politischen Freunden und Partnern aus den europäischen Staaten, die nicht bzw. noch nicht Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sind.

Die Wahl unseres Freundes Egon Klepsch bereits im ersten Wahlgang am 14. Januar 1992 mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen ist ein Beweis für das

große Ansehen und Vertrauen, das er auf allen Seiten des Europäischen Parlaments genießt. Die CDU/CSU-Gruppe freut sich aber auch darüber, daß unsere guten Kontakte zu wichtigen Persönlichkeiten, Fraktionen und nationalen Delegationen des Europäischen Parlaments mit dazu beigetragen haben, daß erstmals in der Geschichte des direkt gewählten Parlaments ein deutscher Abgeordneter mit einer breiten Mehrheit aus fast allen Fraktionen zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde und daß damit wichtige Gestaltungsmöglichkeiten erschlossen werden konnten.

(Beifall)

Von erheblicher Bedeutung ist auch die beachtliche Vergrößerung der EVP-Fraktion durch den Beitritt der englischen und der dänischen Konservativen sowie von herausragenden Persönlichkeiten der französischen Politik. Es ist kein Geheimnis, daß diese Fraktionsvergrößerung und die damit verbundene Erweiterung unserer Handlungsmöglichkeiten nicht unumstritten waren und letztlich durch das positive Votum der CDU/CSU-Mitglieder erreicht wurden. Wir haben uns diese Entscheidung nicht leichtgemacht, sind aber durch sorgfältige Überlegungen zu der Überzeugung gekommen, daß damit dem strategischen Erfordernis einer strukturellen Mehrheit im künftig zu wählenden Europäischen Parlament bestmöglich Rechnung getragen wird und daß die fraktionsinterne Mitarbeit hochrangiger Persönlichkeiten und Fachleute zu einer wichtigen Effizienzsteigerung unserer Arbeit führt. Die zunehmenden Kontakte der EVP-Fraktion und hier insbesondere der CDU/CSU-Gruppe mit Parlamentariern und politischen Persönlichkeiten aus Nord-, Ost-, Mittel- und Südosteuropa dienen dem gemeinsamen Werk einer neuen und dauerhaften Ordnung in ganz Europa. In den vielfältigen Formen der Zusammenarbeit, z.B. in Tagungen, Arbeitsgruppen und interparlamentarischen Delegationen, wird dann nicht zuletzt über Fragen und Erfordernisse der politischen Stabilität in Europa diskutiert. Daß die Lösung der damit verbundenen Probleme von geradezu vitaler Bedeutung ist, bedarf keiner besonderen Begründung.

Die strategischen Aufgaben der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament können mit den Schlüsselworten Akzeptanz, Demokratie und Effizienz umschrieben werden. Zur Strategie zählen wir jene Maßnahmen, mit denen man erwünschte Situationen schafft; zur Taktik gehören Maßnahmen, mit denen man gegebene Situationen nutzt. In diesem Sinne ist es strategisch wichtig, durch Information und Kommunikation dazu beizutragen, daß die Akzeptanz, d. h. die Zustimmung unserer Bürger zur europäischen Einigung und zu den europäischen Institutionen wiedergewonnen und stabilisiert wird.

Dem Erfordernis der Demokratie in der Europäischen Gemeinschaft ist dadurch Rechnung zu tragen, daß unsere Entscheidungsverfahren für die europäischen Bürger einsichtig und verständlich gemacht werden, vor allem aber dadurch, daß die parlamentarischen Rechte weiter ausgebaut und verstärkt werden.

Die Effizienzsteigerung in allen Bereichen der europäischen Politik dient dann der unverzichtbaren Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit unserer Europäischen Gemeinschaft. Die bestmögliche Erfüllung dieser umfassenden und sehr schwierigen Aufgaben ist nur durch das Zusammenwirken der Verantwortungsträger aller politischen Ebenen möglich. Daher möchten wir Sie, meine Damen und Herren, liebe Freunde, sehr herzlich bitten: Machen wir Europa zu einem großen Gemeinschaftswerk!

(Beifall)

Am 29. April 1954 sagte Konrad Adenauer in einer Debatte des Deutschen Bundestages:

> Die Verwirklichung der Pläne für einen europäischen Zusammenschluß immer wieder hinauszuschieben enthält eine große Gefahr. Bestimmte günstige Konstellationen dauern in der Geschichte nicht unbegrenzt fort und kehren selten wieder.

Auch in dieser Hinsicht steht unser Bundesvorsitzender und Bundeskanzler Helmut Kohl in voller Übereinstimmung mit Konrad Adenauer. Es ist jetzt unsere gemeinsame Aufgabe, die Chancen unserer Zeit zu nutzen und unsere ganze Kraft dafür einzusetzen. Die europäische Politik unseres Bundeskanzlers dient dem Ziel, unsere nationalen Erfordernisse mit unserer globalen Verantwortung in Übereinstimmung zu bringen. Meine Freunde, es lohnt sich, für diese Zielsetzung zu arbeiten.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Günter Rinsche, für diesen Bericht!

Meine Damen und Herren, 32 Abgeordnete stellen CDU und CSU im Europäischen Parlament, dazu 9 Beobachter aus den neuen Bundesländern, hoffentlich und mit hoher Wahrscheinlichkeit demnächst mit vollem Stimmrecht. Sie tragen die Arbeit, und ich glaube, man muß sich diese Zahlen einmal vor Augen führen, um zu sehen, welche Last auf dem einzelnen Abgeordneten liegt. Er muß ja nicht nur im Europäischen Parlament und in den Ausschüssen seine Arbeit erledigen, sondern auch zu Hause den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern halten. Diese Last verteilt sich auf wenige; um so herzlicher unser Dank an Günter Rinsche und seine Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren, der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, unser Freund Wilfried Martens, ist auch heute bei unseren Beratungen anwesend und verfolgt die Diskussionen auf dem Europatag der CDU. Ich darf Wilfried Martens auch heute morgen ganz herzlich unter uns begrüßen.

(Beifall)

Ich freue mich, daß der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Herr van Haaren, heute morgen bei diesem wichtigen Thema unser Gast ist. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 16:

Beratung und Beschlußfassung über die Europapolitischen Anträge des Bundesvorstandes

Ich darf zu einer grundsätzlichen Einführung in das Thema unserem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, das Wort erteilen.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Herr Parteitagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ich weiß, daß es im Vorfeld unseres Bundesparteitags innerhalb und auch außerhalb der Partei in manchen Kommentaren die Frage gab: Ist es richtig, in diesem Augenblick drängender Probleme in Deutschland auf einem Bundesparteitag einen ganzen Tag der Frage „Europa und die europäische Entwicklung" zu widmen?

Wir haben über dieses Thema im Bundesvorstand schon vor vielen Monaten, als wir diesen Parteitag konzipierten, eingehend gesprochen. Wir waren einstimmig der Auffassung, daß es wichtig und richtig ist, zu dieser Zeit, in der sich die Dinge in Europa dramatisch verändern, als die klassische Europa-Partei Deutschlands eine solche Planung vorzunehmen. Wir stehen damit auch in der Nachfolge Konrad Adenauers.

Ich beklage ein wenig – ich sage das ganz offen –, daß wegen der Diskussion um manche Sorgen im eigenen Land heute in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und nicht zuletzt in unserer eigenen Partei gelegentlich der Eindruck entsteht, als nähmen wir die europäischen Dinge nicht mehr ganz so wichtig. Ich kann nur wiederholen, was ich schon oft gesagt habe: Die CDU ist und bleibt die Europa-Partei in Deutschland. Für uns ist die Entwicklung Europas nicht irgendein Thema der Tagespolitik. Europa ist für Deutschland eine Schicksalsfrage; ich behaupte: die Schicksalsfrage.

Als Land in der Mitte unseres Kontinents haben wir mehr Grenzen und Nachbarn als die anderen. Wir haben eine besondere Geschichte, eine Geschichte, zu der auch große deutsche Schuld gehört.

Ein Land mit 80 Millionen Einwohnern, ein Land mit dieser Wirtschaftskraft, das morgen und übermorgen, wenn die Aufbauarbeiten in den neuen Bundesländern geschafft sind, stärker als je zuvor sein wird – so hat es Francois Mitterrand formuliert –, erweckt Ängste, erweckt – wenn Sie es so nennen wollen – Neid.

Deswegen ist es wichtig, daß wir, die Deutschen, und wir, die CDU als die Partei der Mitte in Deutschland, begreifen, daß hier eine besondere Herausforderung und Aufgabe für uns liegt. Unsere nationale Zukunft ist noch viel mehr als die der anderen mit der Entwicklung Europas verknüpft.

Es kann und darf uns deshalb nicht gleichgültig sein, welchen Weg Europa geht: ob es sich unwiderruflich auf den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß festlegt oder ob es in nationale Rivalitäten früherer Zeiten zurückfällt. Dies, liebe Freunde, ist in Wahrheit die Kernfrage der Europa-Politik und die Kernfrage der Diskussion über den Maastricht-Vertrag.

(Beifall)

Wenn wir jetzt – "jetzt" heißt: in den wenigen Jahren bis zum Ende dieses Jahrhunderts – nicht die Europäische Union schaffen, dann versagen wir vor der Geschichte und – das füge ich mit großem Bedacht hinzu – wir setzen leichtfertig das aufs Spiel, was wir mühsam genug erreicht haben.

Bei der Diskussion in diesen Wochen und Monaten denke ich oft – ich habe es häufig zitiert; ich wiederhole es – an eine Äußerung zurück, die Konrad Adenauer am Vorabend der Debatte im französischen Parlament über den Vertrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahr 1954 machte, über eine Vorlage, von der wir ja wissen, daß sie dann abgelehnt wurde. Er sagte sinngemäß: Wenn dieser Vertrag scheitert, werden wir mindestens eine Generation brauchen, bis wir in Europa wieder ein Stück aufeinander zugehen und zusammenkommen. – Das war 1954.

Wir schreiben 1992. Es hat länger gedauert als eine Generation.

Ich wage heute die Behauptung: Wenn der Vertrag von Maastricht nicht in Kraft tritt und wenn wir auf dem Weg nach Europa zurückgeworfen werden, dann dauert es wesentlich länger als eine Generation, bis wir erneut eine solche Chance erhalten.

(Beifall)

Wir laufen dann Gefahr – das gilt heute mehr als 1954 –, daß Europa und die Europäer von ihrer unseligen Vergangenheit eingeholt werden.

Liebe Freunde, ich kann nur beschwörend sagen: Es soll niemand unter uns glauben, daß das Gespenst des Nationalismus und des Chauvinismus in Europa endgültig tot oder nur noch auf dem Balkan zu Hause ist. Ich bezweifle, daß die bösen Geister der Vergangenheit, unter denen wir in Europa gerade in diesem Jahrhundert so schrecklich gelitten haben, ein für allemal gebannt sind. Schon heute zeichnet sich im Osten unseres Kontinents zum Teil eine Rückkehr zu chauvinistischem, nationalistischem Denken ab, zu Intoleranz und all dem, was dazugehört.

Niemand in Deutschland oder im Westen Europas soll überheblich sagen, wir seien von solchen Versuchungen völlig frei.

Ebenso gefährlich ist es, wenn hier und da mit dem Argument Stimmung gemacht wird, Deutschland sei zu groß und zu mächtig geworden und man müsse es wieder durch Koalitionen eindämmen. Wir schreiben das Jahr 1992 und nicht das Jahr 1902. Der Vertrag von Maastricht ist vor allem eine Voraussetzung für Frieden und Freiheit der Deutschen und der Europäer.

(Beifall)

Unsere Antwort ist klar. Die zweite deutsche Republik, unsere Bundesrepublik Deutschland, hat sich endgültig für eine Politik entschieden, die auf den immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker und Nationen setzt. Zu dieser Politik gibt es nach meiner Überzeugung keine vernünftige Alternative. Unsere Politik war dabei nie eine Politik des Ausgrenzens einzelner Partner, und sie wird es auch in Zukunft nicht sein. Wir wollen – um das klar auszusprechen – kein Europa der zwei oder der drei Geschwindigkeiten. Aber wir wollen auch kein Europa, in dem das langsamste Schiff das Tempo des ganzen Geleitzugs bestimmt.

(Beifall)

Die Europäische Gemeinschaft hat uns Deutschen wie auch unseren Partnern Frieden und Freiheit gesichert. Wir in Deutschland verdanken nicht zuletzt dieser Gemeinschaft ein bisher nie gekanntes Maß an Wohlstand. Heute betrachten zu viele die Früchte der europäischen Einigung als selbstverständlich. Sie erkennen nicht mehr, welche Vorteile die europäische Einigung gerade für die Deutschen bringt. Knapp drei Viertel unserer Exporte gehen heute in die Länder der EG und der EFTA, und zwei Drittel unserer Importe kommen von dort. Die EG und die EFTA-Länder haben damit entscheidenden Anteil an Wachstum und Beschäftigung, an Stabilität und Wohlstand bei uns. Wenn etwa mein geschätzter Amtsvorgänger früher zu sagen pflegte: „Wir sind nicht die Zahlmeister Europas", hat er damit eine ungewöhnlich törichte Meinung vertreten.

(Beifall)

Denn wir waren zu allen Zeiten die Hauptnutznießer dieses sich einigenden Europas. Es ist nur selbstverständlich und gerecht, daß ein Land, das den größten Nutzen von der Gemeinschaft hat, auch an den Kosten den größten Anteil zu tragen hat.

(Beifall)

Wer jetzt für ein geringeres Maß an europäischer Integration plädiert, setzt viele Millionen Arbeitsplätze aufs Spiel. Er riskiert einen Abbau jener Arbeitsplätze, die durch die Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften hierzulande aufgebaut werden konnten.

Es kommt noch etwas anderes hinzu. Wir, die Europäer, werden noch am Ende dieses Jahrzehnts und Jahrhunderts, d.h. in wenigen Jahren, erleben, daß sich die Amerikaner, die Kanadier und die Mexikaner zu einer immer engeren Freihandelszone zusammenschließen. Wir werden weitere Zusammenschlüsse von Ländern in Südamerika erleben, und wir werden sie im ost-asiatisch-pazifischen Raum erleben. All das muß uns aufrütteln, wenn wir an die Zukunft unserer Wirtschaft, an die Arbeitsplätze, die Exportchancen denken. Für die Exportnation Deutschland ist der Zusammenschluß Europas von entscheidender Bedeutung.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, wenn wir das Ganze nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachten, übersehen wir die eigentliche Bedeutung des europäischen Einigungswerkes. So sehr ich vom wirtschaftlichen Nutzen überzeugt bin: Wenn es nur um den wirtschaftlichen Nutzen ginge, würde eine Art gehobene Freihandelszone ausreichen. Es geht aber um mehr: Es geht um die Wirtschafts-, die Währungs- und es geht um die Politische Union. Liebe Freunde, dies müssen wir viel stärker als bisher unter die Menschen tragen.

Wir leben heute – im Jahre 1992 – in Deutschland in der längsten Friedensperiode seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. 21 Jahre nach dem Ende des Ersten begann der Zweite Weltkrieg, 43 Jahre nach der Reichsgründung 1871 brach der Erste Weltkrieg aus. Heute leben wir schon 47 Jahre, d.h. fast ein halbes Jahrhundert, in Frieden, und Deutschland ist in Frieden und Freiheit wiedervereint. Daß dies so ist, verdanken wir nicht zuletzt der Politik der Einigung Europas in diesen Jahrzehnten.

(Beifall)

Vergessen wir nicht: Die Politik der europäischen Einigung war eine entscheidende Voraussetzung für die Zustimmung aller unserer Nachbarn zur friedlichen Wiedervereinigung der Deutschen in Freiheit. Es ist ein einmaliger Vorgang in der Weltgeschichte, daß ein solch dramatischer Prozeß von allen Nachbarn mit Zustimmung und Sympathie begleitet wurde. Auch das verdanken wir der Politik der europäischen Einigung.

(Beifall)

Vor allem unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in den neuen Bundesländern erfahren seit der Öffnung der Mauer und seit der deutschen Wiedervereinigung, was offene Grenzen, was beispielsweise freies Reisen bedeutet. Noch vor wenigen Jahren wurden von den Machthabern der früheren DDR die Europäische Gemeinschaft wie auch die Atlantische Allianz als eine Ausgeburt des Kapitalismus verteufelt. Man kann von einem Achtzehnjährigen in Leipzig oder in Rostock – der jetzt übrigens seinen Dienst als Soldat in der Bundeswehr tut -, der das alles noch in seiner Schulausbildung ganz anders gehört hat, nicht erwarten, daß er nun über Nacht begreift, was dieses Europa für ihn bedeutet. Aber es ist weit mehr sein Europa als das Europa meiner Generation.

Deswegen müssen wir mit der ganzen Leidenschaft, zu der wir fähig sind, in einer Sprache, die die Menschen verstehen und die sich nicht immer mehr vom Denken der Menschen entfernt,

(Beifall)

gerade an die jungen Leute herantreten und diese überzeugen.

Deutschland und Europa stehen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts vor neuen Herausforderungen. Der Umbruch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa bringt für jeden erkennbar Risiken und Unwägbarkeiten mit sich. Ganz Europa braucht heute mehr denn je einen sicheren und festen Anker. Diese Rolle und diesen Auftrag kann nur eine starke Europäische Gemeinschaft übernehmen.

Damit bin ich bei einem, wenn nicht bei d e m wesentlichen Ziel des Vertrags von Maastricht. Dieser Vertrag ist nicht zuletzt eine europäische Antwort auf neue Entwicklungen nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Wir stellen uns damit unserer Verantwortung für die Zukunft des ganzen europäischen Kontinents. Ich weiß, daß derart tiefgreifende Veränderungen in Europa, deren Zeugen wir in diesen Jahren waren und sind, viele Menschen in Deutschland, aber auch in anderen Ländern der Gemeinschaft, verunsichern. Manche fragen sich, ob nicht das Tempo der Veränderung zu schnell sei, ob nicht der Vertrag von Maastricht zu früh gekommen sei, ob die Ziele nicht zu ehrgeizig seien.

Ich stelle dazu eine ganz einfache Gegenfrage: Können wir uns eine langsamere Gangart überhaupt leisten? Ich will das so zusammenfassen, wie ich es empfinde: Wir haben das Glück und die historische Chance, nun auch das zweite Ziel der deutschen Verfassung, der Präambel des Grundgesetzes von 1949, zu erreichen: nach dem Erreichen der staatlichen Einheit Deutschlands nun auch die europäische Einigung. Hätten wir bei der deutschen Einheit gezögert und erst einmal über die Frage diskutiert: „Können wir es wagen, oder können wir es nicht wagen?", säßen unsere Freunde aus Sachsen, aus Sachsen-Anhalt, aus Thüringen, aus Mecklenburg-Vorpommern, aus Brandenburg und aus Ostberlin heute hier nicht bei uns.

(Beifall)

Es ist eine alte Erfahrung, auch eine Erfahrung unseres Volkes, daß es in der Geschichte immer wieder Situationen gibt, in denen man den Mut haben muß, auch angesichts mancher Risiken den Sprung zu wagen. Wir haben diesen Mut gehabt, als die Stunde für die deutsche Einheit kam. Wir müssen ihn auch jetzt haben in Europa, und wir müssen die Zaudernden mitreißen, damit sie sehen, daß es ihre eigene Zukunft ist, die jetzt mit auf dem Spiele steht.

(Beifall)

Abwarten ist die falsche Antwort, und Stillstand wäre Rückschritt. Deshalb müssen wir gemeinsam mit unseren Partnern entschlossen vorwärts gehen, deswegen werde ich alles tun, damit wir gemeinsam mit unseren Partnern die Chancen dieser Zeit ergreifen.

Daß wir dabei Kritik erfahren, liebe Freunde, das müssen wir in Kauf nehmen, beispielsweise wenn gesagt wird, daß das etwas zu tun habe mit deutscher Großmannssucht, daß die Deutschen wieder nach Hegemonie streben würden, daß sie mit ihrer starken Mark Europa einkaufen wollten, und dergleichen mehr.

Dann höre ich beispielsweise, die Beziehungen zu Paris seien zu eng, es gebe eine Achse Paris-Bonn, es gebe eine französisch-deutsche Hegemonie. Andere sagen, wenn wir die Einigung Europas nicht weiter vertiefen, kämen die Deutschen ihrer Pflicht nicht nach. Aber ich lasse mir lieber öffentlich vorwerfen, die Beziehungen zu Frankreich seien zu eng, als daß ich mir vorwerfen lasse, wir Deutsche hätten aus der Geschichte nichts gelernt und die „Erbfeindschaft" gehe immer noch weiter.

(Beifall)

Jetzt gilt es, das Richtige zu tun.

Da gibt es natürlich manche, die nur hundertprozentige Lösungen wollen, die sagen: alles oder nichts. Natürlich ist der Vertrag von Maastricht nicht optimal, und es gibt sicherlich eine Reihe von Sachfragen, bei denen man sagen kann: das hätten wir gerne anders gemacht. Ein geeintes Europa kann nur in kleinen Schritten erreicht werden, und wir sind schon sehr weit gekommen, wenn man einmal den Weg bedenkt, den wir bereits zurückgelegt haben.

In diesem Jahrhundert, liebe Freunde, haben junge Leute aus Deutschland einerseits, aus Frankreich oder Großbritannien andererseits in zwei schrecklichen Kriegen gegeneinandergestanden. Die jungen Menschen, die heute für Europa auf die Straßen gehen, haben oft Großväter und Urgroßväter, die bei Verdun oder bei der Invasion 1944 gefallen sind. Und wenn wir jetzt am Ende dieses Jahrhunderts fähig sind, so von Europa zu sprechen, wie wir es jetzt tun, ist das doch ein ungeheurer Fortschritt! Lassen Sie sich das nicht ausreden von Leuten, die immer so tun, als ob sie alles besser wissen und dabei bisher nichts für Europa getan haben!

(Lebhafter Beifall)

Der Vertrag von Maastricht ist ein entscheidendes und wichtiges Werk auf dem Weg zum geeinten Europa. Aber das Leben wird in den kommenden Jahren noch viele Kapitel hinzufügen. Es soll doch niemand glauben, daß man das Leben der europäischen Völker oder das Leben dieses alten und zugleich jungen Kontinents Europa in einem Vertrag auf alle Ewigkeit festlegen könne. Ich habe beispielsweise die Debatte, die wir darüber geführt haben, ob vor Einführung der gemeinsamen europäischen Währung das Parlament noch einmal zu Wort kommen solle oder nicht, nie verstanden. Können Sie sich einen Bundeskanzler und eine Bundesregierung vorstellen, die einen solch wichtigen Schritt tun könnte, ohne daß der Bundestag vorher darüber beraten würde?! Zumindest würde doch die Opposition eine Sondersitzung des Bundestages verlangen!

(Beifall)

Der Teil des Vertrags, der der Politischen Union gewidmet ist, hat das gleiche Gewicht wie die Bestimmungen über die Wirtschafts- und Währungsunion. Jeder muß wissen: Eine Wirtschaftsunion in Europa ist nur lebensfähig, wenn sie sich auf eine Politische Union stützen kann. Es gab Äußerungen einer eindrucksvollen Dame aus Großbritannien, die meinte, eine Art gehobene Freihandelszone sei das Richtige für Europa. Sie täuscht sich, und das auch für ihr Land! Entweder tritt zur Wirtschafts- und Währungsunion die Politische Union hinzu – dann wird das von Dauer sein, weil in diesem Falle eine Balance hergestellt ist –; oder aber die Wirtschafts- und Währungsunion gilt nur auf Zeit, und geht dann wegen Interessengegensätzen auseinander. Das letztere ist nicht unser Weg.

Der Vertrag von Maastricht über die Europäische Union baut vor allem auf folgenden Kernelementen auf:

Erstens: die stufenweise Entwicklung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Wir können unser eigene wirtschaftliche und monetäre Stabilität und damit unseren Wohlstand auf Dauer nur sichern, wenn wir in Europa mit dem Ziel einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik immer enger zusammenarbeiten.

Wir haben in diesen Wochen schwerste Turbulenzen auf den internationalen Devisenmärkten erlebt. Wer dies genau beobachtete, weiß, daß sie ein weiteres Argument für die Wirtschafts- und Währungsunion in Europa sind.

Ich bin mir bewußt, liebe Freunde, von welch zentraler Bedeutung die Frage nach der künftigen europäischen Währung gerade für unser Volk ist. In diesem Jahrhundert haben viele Menschen in Deutschland nach zwei Kriegen durch verheerende Inflationen Hab und Gut verloren. Millionen Menschen sind um die Früchte ihrer Arbeit gebracht worden. Ein wesentlicher Grund für das Aufkommen der Nationalsozialisten war gewiß auch die Verarmung breiter Massen des Volkes nach dem Ersten Weltkrieg durch den Zusammenbruch der Währung bei der Inflation. Wir haben das nie vergessen, und es ist über jene Generation hinaus in den Köpfen der Menschen geblieben.

Das hat tiefe Spuren hinterlassen, und ich verstehe sehr wohl, daß viele in Deutschland fragen: Wird die künftige europäische Währung so stabil sein wie die D-Mark? Liebe Freunde, ich nehme diese Frage sehr ernst, weil in der Zeit der Teilung, in der Zeit des zumindest scheinbaren und für viele auch so empfundenen tatsächlichen Verlustes an nationaler Identität die Deutsche Mark ein Stück deutsche Identität geworden ist. Es war ja nicht zuletzt auch die von der Deutschen Mark symbolisierte Wirtschaftskraft, die bei unseren Landsleuten in den neuen Bundesländern einen solch stürmischen Drang nach deutscher Einheit mit herbeigeführt hat.

Deswegen muß klar sein, daß eine künftige europäische Währung eine klare Stabilitätsgrundlage haben muß. Dazu gehört die Unabhängigkeit der künftigen europäischen Zentralbank, ihre uneingeschränkte Verpflichtung auf das Ziel der Geldwertstabilität und eine streng auf Stabilität ausgerichtete Haushaltspolitik in allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft.

Wer den Prozeß der Annäherung der Länder Europas in den letzten acht Jahren beobachtet hat, der dann zu der entsprechenden Formulierung im Maastrichter Vertrag über die Zentralbank führte, der weiß: Hier haben sich alle anderen in Richtung der deutschen Gesetzgebung über die Bundesbank bewegt. Der Prozeß des Aufeinanderzugehens hat dazu geführt, daß alle unsere Partner die strengen Richtlinien für die Gesetzgebung über die Deutsche Bundesbank übernommen haben. Nicht wenige mußten in den letzten Wochen erfahren, daß bei uns eben gilt, daß die Bundesregierung die Richtlinien der Bundesbank nicht bestimmt, sondern daß die Bundesbank allein der Geldwertstabilität verpflichtet ist. Die Regierung muß sich hier, ob sie will oder nicht – ich halte dies für richtig –, zurückhalten.

(Beifall)

Wir haben auch festgelegt, daß jedes Land für seine Volkswirtschaft verantwortlich ist, also für die Inflationsrate, für Zinsen, für die Staatsverschuldung. Die vorgegebenen strengen Kriterien des Vertrages müssen erfüllt werden. Damit dies klar ist: Heute ist sogar die Bundesrepublik Deutschland noch nicht in der Lage, alle diese Kriterien zu erfüllen. Wir brauchen also nicht auf andere zu zeigen, sondern wir müssen jetzt unsere Hausaufgaben machen. Wir werden sie machen, weil wir dieses Europa wollen.

(Beifall)

Es kann auf gar keinen Fall deutsche Politik sein, die verbindlich festgelegten Stabilitätskriterien aufzuweichen. Nur wer diese Kriterien erfüllt und damit den Beweis für eine solide Wirtschafts- und Finanzpolitik erbracht hat, kann in die Endstufe der Wirtschafts- und Währungsunion eintreten. Dies ist der entscheidende Satz. Dieser Satz kann nicht aufgeweicht und verändert werden. Wir Deutsche haben nicht nur den Wunsch und nicht nur die Hoffnung, sondern, ich denke, auch die Gewißheit, daß die künftige Europäische Zentralbank ihren Sitz in Deutschland hat, und Frankfurt am Main ist dafür der geeignete Ort.

(Beifall)

Zweitens. Wir wollen eine gemeinsame Politik in einem so wichtigen Bereich wie dem der inneren Sicherheit. Immer mehr Menschen machen sich zunehmend Sorgen wegen der Ausbreitung des organisierten Verbrechens. Das gilt insbesondere für die internationale Drogenmafia. Ich habe mich in Maastricht erfolgreich dafür eingesetzt, daß eine europäische Polizeiorganisation geschaffen wird. Mit EUROPOL wollen wir gemeinsam und entschlossen den Kampf gegen die internationale Bandenkriminalität führen.

Aber auch die uns vor allem bedrückende Frage der dramatisch zunehmenden Zahl von Asylbewerbern, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Westeuropa und vor allem zu uns kommen, ist letztlich nur mit einer gemeinsamen europäischen Antwort zu lösen. Der Vertrag von Maastricht öffnet hier jeden nur denkbaren Weg für ein gemeinsames Vorgehen, wenn wir das nur wollen.

Drittens. Wir haben in Maastricht die dringend notwendige Verbesserung der Zusammenarbeit beim Umweltschutz beschlossen. Bei unseren Partnern wie bei uns ist in den vergangenen Jahren das Bewußtsein für die immer größere Bedeutung dieser Zukunftsaufgabe gewachsen. Es ist ja leider in Teilen der verfaßten öffentlichen Meinung üblich geworden, daß man an Ereignisse von gestern oder vorgestern nicht mehr erinnern darf, vor allem dann, wenn sich erwiesen hat, daß wir mit unserer Prognose richtig lagen. Ich erinnere mich noch sehr lebhaft an die ungläubige Reaktion meiner Kollegen in Europa, aber auch der deutschen Medien, als ich auf dem Stuttgarter EG-Gipfel 1983 zum erstenmal das Thema Waldsterben auf die Tagesordnung gesetzt habe. Damals bin ich in den Verdacht geraten, ich würde aus der Politik der Mitte abdriften. Meine Damen und Herren, heute wissen wir: Es war doch eine dringende Notwendigkeit, das zu tun.

Ich nenne ein zweites Thema, das uns in Nordrhein-Westfalen im Vorfeld der Landtagswahl 1985 viel Verdruß bereitet hat. Wir wollten den Katalysator für Autos einführen. Damals haben uns namhafte Persönlichkeiten aus der Autobranche Massenarbeitslosigkeit in Deutschland vorausgesagt. Sie ist nicht eingetreten. Die Firma, die am stärksten versucht hat, auf uns einzuwirken, hat mit dem Katalysator-Auto die besten Geschäfte gemacht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, heute – man wird es nach sieben Jahren ja noch sagen dürfen – ist die entsprechende Ausrüstung der Neufahrzeuge längst selbstverständlich geworden. Das war auch nicht falsch, wie jeder weiß.

Viertens. In Maastricht haben wir trotz der Zurückhaltung vieler auch Fortschritte bei der Verstärkung der demokratischen Kontrolle von Kommission und Rat durch das Europäische Parlament erreicht. Ich hätte mir mehr gewünscht, aber wenn die Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag mich deswegen kritisiert haben, dann hätte ich mir gewünscht, sie hätten diese Kritik vorher in der Sozialistischen Internationale besprochen. Denn die größten Probleme bei der Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments hatten wir mit sozialistisch geführten Regierungen in Europa und nicht mit den Regierungen, die von der Europäischen Volkspartei gestellt werden.

Das heißt: Wir müssen noch sehr viel Überzeugungsarbeit leisten, um das Demokratiedefizit in Europa, das es ohne Zweifel gibt, abzubauen. Deshalb gilt es für mich, möglichst zügig die Rechte und Kompetenzen des Europäischen Parlaments weiter auszubauen. Wir müssen zugleich wirklich brauchbare Wege finden, um die nationalen Parlamente stärker in die Europapolitik einzubeziehen, und zwar nicht aus Gründen des Prestiges, sondern aus Gründen der praktischen Arbeit.

Wir müssen zu einem praktikablen Weg kommen, um das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente zu einer vernünftigen Zusammenarbeit zu bringen. Dabei sage ich Ihnen ganz klar, daß ich die Idee ablehne, ein gigantisches Über-Parlament mit ein paar tausend Leuten zu schaffen, die sich ein- oder zweimal im Jahr versammeln. Das ergäbe einen gewaltigen parlamentarischen Tourismus, aber herauskommen wird überhaupt nichts. Deswegen, meine ich, wäre das nicht der richtige Weg.

(Beifall)

Es ist für mich auch selbstverständlich – das will ich noch einmal sagen –, daß die 18 Abgeordneten des Europa-Parlaments aus den neuen Bundesländern, die jetzt noch nicht das volle Stimmrecht haben, nach der Neuwahl des Europa-Parlaments, d.h. ab Sommer 1994, volles Stimmrecht im Europäischen Parlament erhalten.

(Beifall)

Wenn ich dies sage, mische ich mich damit nicht in den Streit ein, welche Quotierung für andere EG-Mitgliedsstaaten angemessen ist. Ich spreche von dem, was wir für uns selbst aus Gründen der Größe Deutschlands in der Gemeinschaft für die Bundesrepublik Deutschland erwarten und verlangen können. Wie andere sich dann jeweils einstufen, ist deren Sache. Der Kampf, den ich zu führen habe, geht darum, daß die 18 Abgeordneten volles Stimmrecht im neuen Parlament haben, daß damit die ganze deutsche Gruppe volles Stimmrecht im neu zu wählenden Europäischen Parlament hat.'

(Beifall)

Ich will im Anschluß an den Bericht unseres Freundes Prof. Günter Rinsche gerne einmal ein Wort des Dankes an die Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament sagen. Sie leisten dort ganz hervorragende Arbeit.

(Beifall)

Ich will der an manchen Orten – auch in der Partei, auch in den einzelnen Parlamenten – geäußerten Stimmung klar widersprechen. Es wird abfällig gesagt: „Die" im Europäischen Parlament. Daß jeder im Kreistag und im Stadtrat, im Landtag und im Bundestag glaubt, er gehöre dem besten Parlament an, ist eine Mindestvoraussetzung der Selbsteinschätzung jedes Parlamentariers. Darüber kann es ja keine Zweifel geben.

(Heiterkeit)

Aber es ist einfach absurd zu erwarten, daß ein Parlament, das sich jetzt aus Abgeordneten aus 12 Ländern zusammensetzt, in dem Abgeordnete aus Edinburgh und aus Palermo vertreten sind, in dem Dänen genauso wie Griechen vertreten sind, über Nacht genauso funktioniert wie beispielsweise der Deutsche Bundestag nach über 40 Jahren.

Um die wirkliche Dimension der Aufgabe zu begreifen, muß man die deutsche Geschichte betrachten und sich etwa das Parlament der Paulskirche von 1848 ansehen. Sie können auch den Bismarckschen Reichstag nehmen. Wenn man sieht, was es da für Unterschiede zwischen den Abgeordneten aus Hamburg, aus München, aus Sachsen und anderen Ländern gab, dann wird man sich darüber klar, was es heißt, wenn Leute aus Süditalien und Dänemark im gleichen Parlament sitzen und miteinander arbeiten und etwas erreichen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen kann ich als Parteivorsitzender nur sagen: Es ist ganz wichtig, daß wir im Europäischen Parlament neben der Lösung von Sachaufgaben immer mehr erleben, daß sich Europa zusammenschließt und sich die Menschen gegenseitig besser verstehen. Abgeordnetenkollegen aus den verschiedensten Ländern, die der gleichen Europäischen Volkspartei angehören, gewinnen viel mehr Verständnis füreinander, wenn sie jahraus, jahrein miteinander zusammenarbeiten. Das ist nicht anders als bei uns im nationalen Parlament mit Blick auf die unterschiedlichen Landschaften in Deutschland.

Ich finde auch – das sage ich insbesondere an die Adresse der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten, die durch die Staatsverträge den entsprechenden Auftrag haben –, daß die Medien in Deutschland zu wenig dafür tun, um die Arbeit des Europäischen Parlaments transparent zu machen.

(Beifall)

Fünftens. Aus deutscher Sicht ist die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine existentielle Frage. Der Krieg im früheren Jugoslawien und die Krisen in anderen Teilen Ost- und Südosteuropas machen deutlich, daß uns nur eine gemeinsame Politik vor Gefahren bewahren kann. Dabei, liebe Freunde – das kann man nicht oft genug aussprechen –, ist für die Sicherheit und die Verteidigung Europas die Atlantische Allianz, d.h. der enge Schulterschluß mit unseren amerikanischen und kanadischen Freunden, unverzichtbar. Der Ausbau der WEU, den wir in Maastricht beschlossen haben, soll die Atlantische Allianz nicht schwächen, sondern ergänzen und stärken. Ich will es knapp formuliert so sagen: Es geht hier nicht um ein „entweder – oder", sondern um ein „sowohl – als auch". Die Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika geht weit über die Fragen der gemeinsamen Sicherheit hinaus. Wir wollen die transatlantische Partnerschaft in Zukunft auf allen Gebieten weiter ausbauen, nicht nur auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik. Die deutsch-amerikanische und die europäisch-amerikanische Freundschaft können auf Dauer nur gedeihen, wenn wir die Zusammenarbeit auf allen Gebieten vertiefen: Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

(Vereinzelt Beifall)

Der Vertrag von Maastricht hat nicht nur für die Menschen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft seine Bedeutung. Er ist ein Signal auch für Länder außerhalb der Gemeinschaft. Auf der Grundlage des Maastrichter Vertrags wollen wir – lieber Alois Mock – möglichst rasch im neuen Jahr – wenn es nach uns geht, ab Januar – die Beitrittsverhandlungen mit Österreich, mit Schweden, mit Finnland, der Schweiz und, wenn Norwegen sich dafür entscheidet, auch mit Norwegen zügig aufnehmen. Es ist unser Wunsch, daß, wenn die einzelnen hier genannten Länder das wollen und die entsprechenden innenpolitischen Voraussetzungen schaffen, der Beitritt 1995 erfolgen kann. Das ist ein weiterer Schritt in eine gemeinsame Zukunft. Die Tatsache, daß es Beitrittskandidaten gibt, spricht im übrigen für die Europäische Gemeinschaft. Diese Länder lehnen sie nicht ab, sondern wollen zu ihr gehören.

Ich spreche auch von Polen und von Ungarn, von den Tschechen und den Slowaken und von den baltischen Staaten. Wenn auch nicht in diesem Jahrzehnt, so doch wenigstens zu einem Zeitpunkt zu Beginn des nächsten Jahrhunderts halte ich eine Erweiterung um diese Länder für möglich. Es sind Länder, die nicht zuletzt ihre Hoffnung auf Wohlstand und auf demokratische Entwicklung auf die Europäische Union setzen.

Wir brauchen darüber hinaus besonders vertrauensvolle und gute Beziehungen – vielleicht in einem Sonderstatus – mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, den GUS-Staaten.

Europa darf keine Festung sein. Es darf sich nicht abschließen. Es muß offen sein. Aber wir müssen auch klar machen, wo die Grenzen für eine Aufnahme in die eigentliche Europäische Union gezogen sind.

Die Diskussion während der vergangenen Monate, auch bei uns, hat gezeigt, wie viele Mißverständnisse, Unsicherheiten, Vorbehalte und Ängste im Blick auf den Vertrag von Maastricht bestehen. Wir müssen diese Ängste abbauen. Es ist wahr, daß viele in

Europa und auch in Deutschland befürchten, daß dieses Europa eine Art Leviathan ist, der alles verschlingt, ein zentralistisches Europa, das dem Bürger die Luft abschneidet. Viele haben zusätzlich die Angst, daß sie mit einer europäischen Staatsbürgerschaft ihre Identität als Franzosen, als Italiener oder als Deutsche verlieren. Unsere Antwort ist ganz klar: Wir bleiben in unserer Heimatregion fest verwurzelt. Dort, wo wir Heimat empfinden, dort wo unsere Muttersprache gesprochen wird, bleiben wir verwurzelt. Wir bleiben Deutsche, wir bleiben Italiener oder Franzosen und sind zugleich Europäer.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen den Menschen deutlich machen, daß Europa mehr ist als irgendeine bürokratische Einrichtung, daß es ein bürgernahes Europa ist und daß Europa vor allem ein Europa der gemeinsamen Kultur ist. Ich beklage, daß die Europadebatte überwiegend ökonomisch geführt wird. Unser Freund Heinz Eggert hat gestern in seiner Vorstellungsrede im Blick auf die deutsche Einheit auf diesen Sachverhalt verwiesen. Wir müssen aufpassen, liebe Freunde - auch wir, die Christlich Demokratische Union –, daß wir bei aller verständlicher notwendiger Sorge um die ökonomischen Tatsachen die kulturellen Bindungen unseres Volkes und unseres Europas dabei nicht völlig vergessen.

(Beifall)

Wir wollen keinen europäischen Überstaat, der alles einebnet und alles verwischt. Wir wollen ein Europa nach dem Grundsatz: Einheit in Vielfalt. Deswegen stärkt der Maastrichter Vertrag die Rolle der Regionen – bei uns die Rolle der Bundesländer. Es ist, wenn Sie so wollen, eine zutiefst föderale Ordnungsvorstellung, die dem zugrunde liegt. Aber auch hier muß ich einfach sagen: Die Traditionen sind unterschiedlich. Es ist für einen Franzosen, dessen Land seit 400 Jahren gewohnt ist, daß Paris das Maß aller Dinge ist und daß Frankreich ein Zentralstaat ist, sehr schwer, Dezentralisation und föderale Strukturen zu akzeptieren. Wir haben leider auch die Tatsache zu verzeichnen, daß der Begriff „Föderalismus" in England ganz anders verstanden wird als bei uns. Wenn Margaret Thatcher voller Abscheu über Föderalismus spricht, dann plädiert sie gegen Zentralismus. Für uns ist Föderalismus gleichbedeutend mit Dezentralisierung.

Deswegen, meine Damen und Herren, werden wir einen neuen Art. 23 in das Grundgesetz einführen, in dem wir die Rechte der Länder entsprechend festschreiben. Aber es ist die Zeit, auch folgendes einmal zu sagen: Ich beobachte jetzt einige in Deutschland, in Nord und Süd, ein wenig auch im Osten, die meinen, es sei die große Stunde, jene Frage zu stellen, ob die Bunderepublik Deutschland ein Bundesstaat oder ein Staatenbund sei. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat und kein Staatenbund – um das klar und deutlich zu sagen.

(Beifall)

Da ich ein überzeugter Föderalist bin, bin ich dafür, daß wir dort, wo auf Grund der Verfassung die Länder Aufgaben haben, etwa beim Bildungs- und Ausbildungssystem, gemeinsame Grundlagen einführen.

Denn wir können es doch nicht hinnehmen, wenn wir zum Beispiel auf dem Gebiet des Bildungswesens zu einer Zersplitterung kommen. Auch das muß ich in diesem Zusammenhang einmal klar aussprechen.

(Beifall)

Das, was ich jetzt sage, hören manche eingefleischten Föderalisten nicht gerne: Wenn man von Föderalismus spricht, geht es natürlich nicht nur um die Beziehungen zwischen Bonn und den Landeshauptstädten. Gewiß denkt man dabei zunächst einmal an die Beziehungen – um Beispiele zu nennen – zwischen Bonn und Düsseldorf oder zwischen Bonn und München – das ist eine wunderschöne Stadt. Aber es muß natürlich ein Dreiklang sein: Bonn, Düsseldorf und Köln etwa oder Bonn, München und Nürnberg. Das heißt: Die deutschen und insgesamt die europäischen Gemeinden müssen voll einbezogen werden. Unser Verständnis von Förderalismus muß alle Ebenen umfassen.

(Beifall)

Ich bin zutiefst überzeugt, daß die Chance für einen dauerhaften Erfolg Europas auch darin liegt, daß die Gemeinden und die Regionen an den Grenzen zueinander finden. Wir haben ja gerade einen überzeugenden Beweis dafür erlebt. Die Mehrheit für den Maastrichter Vertrag beim Referendum in Frankreich wäre nicht zustande gekommen, wenn nicht gerade auch die Grenzregionen, – zum Beispiel Lothringen und Elsaß – so klar mit „Ja" gestimmt hätten. Das muß doch eigentlich jeden Skeptiker überzeugen. Ausgerechnet die Landschaften, die mehr als alle anderen unter den deutsch-französischen Bruderkriegen der letzten 200 Jahre zu leiden hatten, haben klar und deutlich gesagt: Wir wollen nicht mehr zurück, wir wollen nach vorne, wir wollen gemeinsam dieses Europa bauen.

(Beifall)

Noch eine zweite Gruppe – für mich die eindrucksvollste Gruppe –, hat in Frankreich mit „Ja" gestimmt. Das war die Generation der Kriegsteilnehmer, die den Ersten oder den Zweiten Weltkrieg erlebt haben, die in der Reśistance gegen die Deutschen standen, die schreckliche Kriege erleben und erleiden mußten. Wenn diese Generation „Ja" zum Maastrichter Vertrag sagt, ist das eine Botschaft, die wir aufnehmen müssen.

Unser Ziel ist es, das, was im Westen möglich war, auch in den Beziehungen zum Osten zu schaffen. Ich spreche von den Beziehungen zu Polen. Ich denke an die Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg mit Polen und der tschechischen Republik. Dann könnten sich in wenigen Jahren Beziehungen entwickeln, wie wir sie heute am Bodensee zwischen Deutschland, Österreich, der Schweiz und auch Frankreich haben. Das ist eigentlich das Ziel vernünftiger Politik.

Liebe Freunde, ich möchte noch einige Worte zu einem Begriff sagen, der für Europa eine besonders große Bedeutung hat. Ich spreche von der Subsidiarität. Ich stelle mit einem gewissen Amüsement fest, daß einige diesen Begriff ablehnen, weil er aus der Katholischen Soziallehre kommt. Manche haben eben nichts dazugelernt in Deutschland.

Was bedeutet dieser Begriff der Subsidiarität? Es ist ein kluges Prinzip. Leider wissen noch immer nur sehr wenige, was er bedeutet. Das Wort besagt, daß diejenige Ebene Entscheidungen trifft, die sie am besten treffen kann. Die Entscheidungen sollen bürgernah getroffen werden. Das heißt, daß Rathäuser die Entscheidungen treffen, die Rathäuser am besten treffen können, Landesregierungen die Entscheidungen treffen, die Landesregierungen am besten treffen können, und daß Europa regelt, was Europa in diesem Zusammenhang am besten regeln kann.

Hier möchte ich ein offenes Wort sagen, meine Damen und Herren: Man redet zu Recht von einer Regelungswut, die in Europa - in Brüssel - herrscht. Es werde dort zuviel und zu intensiv geregelt. Das ist wahr. Wir haben jetzt in Birmingham vereinbart

– und das wird in ein paar Wochen in Edingburgh in Beschlüsse gefaßt werden –, zu überprüfen, ob nicht manche Regelungen, die bisher auf der europäischen Ebene getroffen wurden, auf die nationalen oder dezentralen Ebenen übertragen werden können, wenn dies sinnvoll ist. Man muß fähig sein, aus Fehlern zu lernen.

(Beifall)

Aber ich wende mich dagegen, jene, die sich nicht wehren können, da sie weit weg sind – in Brüssel –, dafür pauschal anzuschuldigen. Die Wahrheit ist, daß bei fast allen Regelungen, die in Brüssel getroffen wurden und die wir als übertrieben empfinden, nationale und auch Gruppeninteressen Pate gestanden haben. Die Dänen regen sich beispielsweise darüber auf, daß die Gemeinschaft sogar die Größe der Äpfel festlegt. Andere Partner in der Gemeinschaft haben an dieser Verordnung Interesse, weil ihre Äpfel im Durchschnitt etwas größer sind als die in anderen Ländern.

Ich möchte noch eine zweite unsinnige Regelung der Europäischen Gemeinschaft anführen: Es macht keinen Sinn, Festlegungen über bestimmte Anforderungen an die Bezeichnung „Seebäder" zu treffen. Aber es finden sich Interessengruppen, die sagen: Wenn wir das so hinkriegen, können wir in unseren Reisebüros damit werben, bestimmte Bäder im Süden Europas, die ansonsten ein wunderbares Klima haben, entsprechen nicht den Anforderungen der europäischen Richtlinie hinsichtlich der Badegewässer. So werden dann Geschäfte gemacht. Dafür darf man dann aber nicht die europäische Idee verantwortlich machen. Wir sollten fair und ehrlich sein und das insgesamt miteinander angehen.

(Beifall)

Ich unterstreiche noch einmal: Wir müssen fähig sein, aus den Fehlern zu lernen. Wir müssen den Begriff Subsidiarität mit bürgernah übersetzen und dies in der Politik praktisch umsetzen.

Als ich vor zehn Jahren Bundeskanzler wurde, wurde in der Europapolitik immer nur von „Eurosklerose" gesprochen, ein Wort, das heute überhaupt nicht mehr in unserem Sprachgebrauch zu finden ist. Liebe Freunde, dieses Wort – und dieses Phänomen – ist verschwunden. Wir befinden uns auf Erfolgskurs. Es ist zwar ein schwieriger Kurs, und man muß immer wieder nachhelfen und dafür Sorge tragen, daß sich das Schiff vorwärts bewegt. Aber es bewegt sich im Ozean der Geschichte, und zwar mit Wind in den Segeln. Wir haben alle Chancen, das Ziel zu erreichen, das wir uns gesteckt haben.

Für mich, der ich mit 18 Jahren den jetzigen Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, Leo Tindemans, der damals noch Student war, kennenlernte – wir trafen uns an der deutsch-französischen Grenze bei Weissenburg, sangen europäische Lieder, verbrüderten uns und glaubten damals, mit dieser Verbrüderung sei Europa fast schon geschaffen –, ist es die Erfüllung eines Traums – ich sage es, wie ich es empfinde –, daß wir jetzt nach so vielen Jahren dieses Ziel wirklich erreichen können.

Als ich vor ein paar Wochen anläßlich der Beerdigung des Primas der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei, Kardinal Tomasek, in Prag war, stand ich mit einigen Freunden am späten Nachmittag auf der Karlsbrücke. Das Bild, das ich dort gesehen habe, sagt sehr viel über das heutige Europa aus. Da waren Hunderte, ja Tausende junger Leute unterwegs, junge Ukrainer, junge Polen, natürlich junge Slowaken und junge Tschechen, aber auch viele junge Deutsche, nicht zuletzt aus den neuen Bundesländern, junge Franzosen und Italiener. Sie schauten über diesen europäischen Strom, und gewiß hatte mancher die Melodien Smetanas im Kopf. Sie spürten, wie mitten in Europa dieser Kontinent wieder zusammenwächst.

Wir müssen aufpassen – ich sprach ja von der Notwendigkeit einer bürgernahen Politik –, daß die verantwortlichen Politiker – wir alle gehören dazu, ich nicht zuletzt –, nicht hinter diesen jungen Leuten, ihren Hoffnungen, Wünschen und Sehnsüchten zurückbleiben. Sie sind bereits viel weiter als die Dossiers in den Ministerien unserer Länder.

(Beifall)

Sie erfahren Freundschaft ganz selbstverständlich. Sie erfahren einen offenen Kontinent mit offenen Grenzen. Sie erfahren nicht zuletzt die großartigen gemeinsamen kulturellen Traditionen – ich spreche es bewußt so aus, auch weil es ein so schönes Wort ist – des Abendlandes. Diese Gemeinsamkeit ist doch die eigentliche Quelle, aus der Europa seine Kraft bezieht. Wir müssen diese Tatsache wieder stärker ins Bewußtsein zurückholen und nicht nur über Steuersätze, Zölle und ähnliches reden.

Ich sage bewußt noch einmal: So toll ist die Leistung gar nicht, die wir zur Zeit erbringen: Wir sind allenfalls dabei – aber das wäre schon sehr viel – an das anzuknüpfen, was sehr viel früher in Europa schon einmal selbstverständlich war. Zum Beispiel begann man damals sein Studium in Oxford, ging dann nach Bologna, nach Paris oder nach Heidelberg: Europa wurde als kulturelle Einheit gesehen. So ist zum Beispiel die Universität Leipzig ein Ableger der Prager Universität. Diese wiederum, liebe Freunde, man soll es nie vergessen, ist die älteste deutsche Universität.

In den Handwerksberufen – ich will nicht nur von den Akademikern sprechen - war es selbstverständlich, auf Wanderschaft zu gehen. Gute Gesellen legten Wert nicht nur auf eine gute Ausbildung, sondern auch auf die Kenntnis ferner Länder. Als Adolph Kolping 1865 starb, gab es bereits Gesellenhäuser in der Schweiz, in Ungarn, in Polen, in Belgien, in vielen anderen Ländern Europas und sogar in den USA. Wir finden in Europa jetzt nach den schrecklichen Erfahrungen von Krieg, Not und Elend endlich wieder zu den Ursprüngen eines geeinten, im Bewußtsein der Menschen zusammengehörigen Europa zurück - und dies weist zugleich den Weg in die Zukunft. Es ist unsere Zukunft, liebe Freunde, eine Zukunft in Frieden und Freiheit für Europa und unser deutsches Vaterland. Wir sind gefordert. Wir wollen handeln.

(Sehr langanhaltender Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Herr Bundeskanzler, der Parteitag hat Ihnen sehr eindrucksvoll für Ihre richtungsweisende Rede gedankt und auch – ich darf das vielleicht nach dem Beginn heute morgen anfügen – nach einigen Anlaufschwierigkeiten ganz deutlich, auch durch die Teilnehmerzahl, gezeigt, daß all diejenigen Lügen zu strafen sind, die sagen: Diese CDU habe nicht mehr Europa als eines ihrer zentralen Themen im Zentrum ihrer Politik. Sie haben, Herr Bundeskanzler, schon lange vor der Übernahme des Amtes des Kanzlers Ihre konkreten Visionen von der politischen europäischen Union präzise formuliert. Ich erinnere mich sehr genau: Häufig und manchmal auch belächelt aus den eigenen Reihen haben Sie als Bundeskanzler konsequent und mit Augenmaß das Machbare durchgesetzt. Meine Damen und Herren, ich erinnere in diesem Zusammenhang noch einmal daran: Es ist erst vier Jahre her, daß die Europäische Gemeinschaft in einer tiefen Krise steckte. Drei Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs waren ergebnislos gescheitert. Wir waren in den Hauptstädten dieser Welt als Europa abgemeldet. Unser Einfluß in der Weltpolitik war auf Null gesunken.

Meine Damen und Herren, Sie haben es vielleicht vergessen: Es war damals der deutsche Bundeskanzler, der als Vorsitzender des EG-Gipfels am 12. Februar 1988

nicht nur die Krise gemeistert hat, sondern auch mutig im Sinne seiner europäischen Vision den Grundstein für die Einheitliche Europäische Akte und damit den Weg für Maastricht geebnet hat. Jacques Delors hat damals öffentlich formuliert: Dieser deutsche Kanzler hat in einem halben Jahr für die europäische Einheit mehr getan als alle anderen.

Meine Damen und Herren, Maastricht ist häufig kleinkariert kritisiert worden. Dabei wird übersehen – und dies hat der Bundeskanzler ganz deutlich ausgeführt –, daß es sich um den wichtigsten, nicht mehr umkehrbaren Schritt zur politischen Einheit handelt.

Lassen Sie mich als jemand, der diese dramatischen Entwicklungen zur deutschen Einheit hin wie viele andere unmittelbar in den europäischen Entscheidungsgremien erlebt hat, bitte noch anfügen: Die deutsche Einheit wäre ohne die EG nicht zu erreichen gewesen. Wer etwas anderes sagt, argumentiert unseriös. Aber wenn die zögernden und zaudernden Partner letztlich entschlossen mitgegangen sind, dann, weil sie Vertrauen zu Ihnen, Herr Bundeskanzler, und zu Ihrer Politik hatten, egal, ob es sich um Christdemokraten oder um Sozialisten handelte.

Meine Damen und Herren, etwas wird – auch von der deutschen Öffentlichkeit – leicht vergessen: Ich meine den gerade vor wenigen Tagen zu Ende gegangenen Gipfel vom 16. Oktober dieses Jahres, als vieles auseinanderzulaufen drohte, als Desinformationsträger aus vielen Hauptstädten emsig unterwegs waren. Es ist Kurs gehalten worden. Auch das, Herr Bundeskanzler, war Ihr Verdienst. Sie haben immer das Ziel im Auge und die Nerven behalten.

Meine Damen und Herren, es wird Ihnen vielleicht nicht anders gegangen sein als mir: Mit einem gewissen Stolz und mit berechtigter Freude hat es uns sicher alle erfüllt, daß es der deutsche Bundeskanzler war, der vom französischen Präsidenten Mitterrand gebeten wurde, werbend in die Maastrichtdebatte in Frankreich einzugreifen. So konnte der knappe Ausgang zum Positiven gewendet werden. Herr Bundeskanzler, für das alles dankt Ihnen die CDU und dieser Parteitag von Herzen.

(Beifall)

Wir kommen nun zu der Beratung der Anträge des Bundesvorstands. In den ersten Antrag – "Wie wir uns Europa denken" - führt unser Freund Karl Lamers ein. Herr Lamers, bitte!

Karl Lamers: Herr Präsident! Liebe Freunde! Die politische Union, wie sie der Vertrag von Maastricht will, bedeutet, Europa dort zum Handeln zu befähigen, wo die Glieder der Union, die Nationalstaaten, nicht mehr in der Lage sind, ihre inneren Probleme und die von außen auf sie eindringenden Herausforderungen allein zu meistern. Symbolischer Ausdruck dieser Union ist die Unionsbürgerschaft, die zugleich den Bürgern auch konkrete Rechte, vor allem das Kommunalwahlrecht, sichert. Die politische Union ist ein Schritt auf eine neue Ebene der Integration hin. Er macht den europäischen Vereinigungsprozeß noch unumkehrbarer, als er es ohnehin schon ist. Den einen kommt dieser Schritt zu früh, geht er zu weit. Sie fürchten um die nationale Identität. Den anderen geht er nicht weit genug, ist der Vertrag mit zu vielen Mängeln behaftet. Müssen wir diesen Schritt jetzt tun? – Ja, meine Freunde, wir müssen ihn jetzt tun; denn die Wirklichkeit, die Lebenswirklichkeit ist in allen für die Völker Europas wesentlichen Bereichen von ihrer Struktur her übernational, und sie wird es jeden Tag mehr.

Die Wirtschaft hat längst die nationalstaatlichen Grenzen gesprengt. Die ökologischen Folgen unserer technologischen Zivilisation tun es ohnehin. Selbst das Verbrechen ist

übernational organisiert. Das klassische Feld der Innenpolitik, die innere Sicherheit, ist immer stärker von außen bedroht. Das Asyl- und Flüchtlingsproblem ist kein nationales Problem mehr, sondern ein europäisches Problem.

In Folge dieser übernationalen Verflechtungen können die Nationalstaaten die existentiellen Probleme ihrer Gesellschaften in ihrem Rahmen nicht mehr lösen. Zwischen realer Einheit und politisch institutioneller Zersplitterung klafft eine Lücke. Der europäische Einigungsprozeß ist zunächst eine Antwort auf diese grundlegende Tatsache unserer Zeit.

Er vollzieht in gewisser Weise nur nach, was sich in der Wirklichkeit längst vorvollzogen hat. Diese gemeinsame europäische, ja zum Teil gemeinsame globale Wirklichkeit ist das Werk unseres Denkens, Handelns und Wirtschaftens, unserer Art des Lebens, d. h. unserer Zivilisation, die wir uns angewöhnt haben, die technologische Zivilisation zu nennen.

Nun wohnt aber diesem Gemeinsamen zugleich auch eine nivellierende, standardisierende, kulturelle Eigenarten einebnende Kraft inne. Sie ist auch die eigentliche Ursache für jene Angst um die nationale Identität, welche die Völker empfinden; es ist nicht etwa Europa, das ja auch eine Antwort, eine Reaktion auf jene die gemeinsame Wirklichkeit bildende Kraft ist. Damit dieses Europa nun aber nicht noch seinerseits diese nivellierenden Tendenzen fördert, darf die europäische Zentrale Brüssel nur das tun, was die Nationalstaaten oder die Regionen nicht oder nicht hinlänglich leisten können. Das ist der einfache Sinn des Prinzips der Subsidiarität, das die Deutschen in den Vertrag gebracht haben und über das der Bundeskanzler ausführlich gesprochen hat. Schon heute haben alle begriffen, daß es weise ist, sich an dieses Prinzip zu halten. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß niemand anders als die vielgescholtene Kommission in Brüssel die besten und ausgefeiltesten Vorschläge zur Konkretisierung dieses Prinzips gemacht hat. Wenn wir uns daran halten, gefährdet Europa nicht nur nicht die nationale Identität, sondern es sichert sie im Gegenteil sogar. Die größte Gefahr für die Nation geht von der Unlösbarkeit ihrer existentiellen Probleme aus. Europa schafft für die nationalen Gesellschaften einen größeren Entfaltungsraum, sichert ihre Zukunft und damit die Grundvoraussetzung jedweder Identität.

Noch weniger als die aus ihnen selbst erwachsenden Probleme können die europäischen Völker die von außen auf sie zukommenden Probleme allein lösen. Meine Freunde, in nur drei Jahren - daran möchte ich Sie einmal nachdrücklich erinnern - wird die Menschheit soviel Erdenbürger mehr umfassen, wie die ganze Europäische Gemeinschaft heute an Einwohnern zählt. Sie wird übrigens in nur drei Monaten um so viele Menschen wachsen, wie das wiedervereinigte Deutschland Einwohner hat. Der weitaus größere und täglich größer werdende Teil der Menschheit außerhalb Europas erfährt zunehmend auch den Genuß der Segnungen als auch den Fluch unserer europäischen Zivilisation. Er erfährt wirtschaftlichen Fortschritt ebensogut wie seine ökologischen Folgen. Mit der Technologie verbreitet sich auch das Wissen um die Herstellung von Massenvernichtungswaffen. Die heute noch stark durch den Westen dominierte Weltordnung wird von der übrigen Menschheit herausgefordert. Sie ist eben keineswegs nur eine arme und elende Masse, aber sie ist dies – Gott sei es geklagt – noch im Übermaß.

Flüchtlingsströme, hervorgerufen durch massenhaftes Elend und vor allem durch Krieg, kommen nicht nur aus Afrika und Asien nach Westeuropa. Die östliche Hälfte unseres Kontinents in Unruhe, bedroht von nacktem Hunger, politisch äußerst unsicher, konfliktträchtig, heimgesucht von brutaler Gewalt und Krieg, bildet eine

wahrhaft gewaltige Herausforderung für das wohlhabende Westeuropa. Mehr als eine Million Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien sind vielleicht nur ein erster Ausdruck dieser wahrhaft dramatischen Lage. Daher sind die gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ebenso wie die gemeinsame Innen- und vor allem eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik von herausragender Bedeutung. Gemeinsam mit der Währungsunion und der Sozialunion bilden sie die zentralen Bestandteile der Politischen Union. Ich möchte Sie einmal darauf hinweisen, daß es ausgerechnet in der Außen- und Sicherheitspolitik Elemente von Mehrheitsentscheidungen gibt, was vor kurzem noch niemand in Europa für möglich angesehen hätte. Eine gemeinsame europäische Antwort auf all die genannten gewaltigen Probleme läßt unbestritten keinen Aufschub zu. Unbestreitbar ist aber auch, daß viele Menschen in allen Ländern der Gemeinschaft zögern, den nächsten Schritt zu tun.

Die Politiker stehen objektiv unter Druck. Der Vorwurf, sie neigten zu unnützer Eile, ist unsinnig. Richtig aber ist, daß die Menschen noch überzeugt werden müssen. Gerade in Deutschland brauchen wir nach meiner Überzeugung eine große Debatte über Europa, die auf unserem Parteitag heute hoffentlich einen Beginn und zugleich einen Höhepunkt erfährt, die damit aber keineswegs abgeschlossen sein darf. Wir müssen den Menschen sagen: Sich ins nationale Schneckenhaus zurückzuziehen macht alle Probleme vollends unlösbar. Meine Freunde, dies wäre Flucht vor der Wirklichkeit. Diese Wirklichkeit heißt Europa. Gerade wir Deutschen haben nicht den geringsten Grund zu flüchten, denn Europa war das erfolgreichste Unterfangen der deutschen Politik nach 1945, und es sichert auch unsere Zukunft in das nächste Jahrhundert hinein.

(Beifall)

Entscheidend für die Akzeptanz Europas durch die Bürger werden die konkreten Erfolge des Vertrages von Maastricht sein. Dieser Vertrag hat ohne jeden Zweifel - der Bundeskanzler hat davon gesprochen - erhebliche Mängel. Auch die Einheitliche Europäische Akte hatte erhebliche Mängel, meine Freunde; sie war aber doch die Grundlage für erhebliche Fortschritte bis hin zum Binnenmarkt, den wir entgegen aller dicken Skepsis ab 1. Januar nächsten Jahres haben. So wird es auch bei dem Vertrag von Maastricht sein: Entscheidend ist die Praxis.

Was das Demokratiedefizit angeht, so dürfen wir, wie ich meine, nicht übersehen, daß dieser Vertrag zunächst auch einen - allerdings unzulänglichen - Fortschritt bedeutet, indem er für das Europäische Parlament mehr Rechte mit sich bringt. Was die nationalen Parlamente angeht - darauf hat der Bundeskanzler schon hingewiesen -, so sind wir dabei, entsprechende Beschlüsse im Bundestag und im Bundesrat zu fassen.

Meine Freunde, die Politische Union ist aber mehr als Geld und Wirtschaft. Die Politische Union ist der konkreteste und weitreichendste Ausdruck der EG von einem anderen Verhältnis der Völker zueinander, bei dem anstatt des Gegeneinanders das Miteinander, an Stelle der Rivalität die Kooperation als leitendes Prinzip institutionell verankert ist. Bei der Union wird nicht der Nationalstaat abgeschafft, wohl aber das äußerste Nationalstaatsprinzip, keinen Richter über sich zu dulden. Die Politische Union Europa ist eine Gemeinschaft des Rechts und daher des Friedens. Sie ist institutionalisierte Friedenssicherung. Wie dringend wir dies brauchen, zeigt nicht nur unser Blick auf andere Kontinente, sondern leider auch ein Blick auf den anderen Teil unseres gemeinsamen Europas. Die Deutschen dürfen sich von ihrem weiteren Beitrag, ja von einem noch verstärkten Beitrag zu diesem Prozeß weder von den kleinen Mühen des europäischen Alltags noch von den großen Mühen der Wiederher-

stellung ihrer inneren Einheit abhalten lassen. Der deutsche Beitrag für Europa ist unersetzlich. Die Deutschen haben in gewisser Weise sogar eine Schlüsselrolle. Ihr gerecht zu werden liegt vorab in Ihrem eigenen Interesse, aber auch im Interesse ganz Europas.

Meine Freunde, Deutschland muß der stärkste Föderator Europas sein, damit es zu seiner ruhigen Mitte wird. Das ist die europäische Berufung Deutschlands, der sich die Christlich Demokratische Union und alle ihre Vorsitzenden, vor allen Dingen ihr erster Vorsitzender Konrad Adenauer und der jetzige Vorsitzende Helmut Kohl, stets bewußt gewesen sind. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Herr Lamers, ganz herzlichen Dank für diesen präzisen Einstieg in unsere Debatte. Die Zahl der bereits jetzt vorliegenden Wortmeldungen läßt ein reges Interesse erkennen.

Meine Damen und Herren, ich möchte die Gelegenheit benutzen, mich ganz herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen der Bundestagsfraktion dafür zu bedanken, daß die Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament und den Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, wie ich immer wieder bestätigt bekomme, in ganz besonderer Weise hervorragend funktioniert. Dies ist natürlich nicht zuletzt auch deswegen der Fall, weil der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, unser Freund Wolfgang Schäuble, in besonderer Weise darauf achtet, daß die Sachgespräche intensiv und vertrauensvoll geführt werden. Auch dafür unseren ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Als erste in der allgemeinen Aussprache spricht nun Frau Professor Süssmuth. Bitte schön, Frau Präsidentin!

Prof. Dr. Rita Süssmuth: Herr Präsident! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Ich möchte im Rahmen dieser Debatte auf einige Probleme aufmerksam machen, die uns entgehen, wenn wir mehr Fragen und Skepsis als Zustimmung entwickeln.

Es geht, so denke ich, um weit mehr als um die Ratifizierung des Vertrages von Maastricht. Es geht darum, in welcher Richtung die Deutschen nach dem staatlichen Einigungsprozeß die Weichen stellen. Es wird auf uns Deutsche geschaut: Machen sie ihre stets wiederholte Aussage wahr, daß sie Europa wollen und Teil Europas sind?

Dazu genügt eine nüchterne Analyse von Vertragswerken eben nicht. Dazu gehört Europa-Überzeugung und Europa-Begeisterung, wie sie heute morgen in der Grundsatzrede des Kanzlers deutlich wurde. Wenn sich das nicht auf uns überträgt, werden wir Europa nicht gestalten können.

(Beifall)

Warum ist die Verantwortung für ganz Europa dringlicher denn je? Meine lieben Freunde, täuschen wir uns nicht: Zwar ist die neue Zeit angebrochen, aber mit erheblichen Risiken in bezug auf Rückfälle in altes Denken. Ich meine, daß die Ergebnisse der Wahlen in Litauen ganz deutlich machen: Die Kommunisten sind mitnichten schon besiegt. Wir stehen – das zeigen die Ergebnisse vom Wochenende – mitten in der Auseinandersetzung mit den alten und neuen Kräften.

Weil das so ist, ist ein Rückfall in altes Denken nicht ausgeschlossen und sind regionale Kriege nicht ausgeschlossen. Dazu gehört auch der Rückfall in Nationalismus. Deshalb muß aus dem, was wir in Deutschland an Sicherheit durch Westeuropa

gehabt haben, Sicherheit für ganz Europa werden. Das ist nicht ein Ziel für die ferne Zukunft, sondern es steht unmittelbar auf der Tagesordnung. Ich glaube, wir sind uns dessen nicht in vollem Umfang bewußt.

(Zustimmung)

Was hat uns eigentlich während der langen Zeit des Kalten Krieges und der Bedrohung Sicherheit gegeben? Es waren das Zusammenrücken in Westeuropa und die Verbindung in der nordatlantischen Gemeinschaft. Die erste Grundlage dafür war eine demokratische Werte- und Handlungsgemeinschaft. Denn was wollen wir auf ganz Europa und die Welt übertragen? Die Menschenrechte, den Frieden und die Freiheit! Das war die Grundlage, die uns langfristig die Einheit Deutschlands und damit die Einheit Europas ermöglichte.

Wenn wir dies aus dem Blick verlieren, ist Europa seiner entscheidenden Grundlage beraubt. Als reine Wirtschaftsgemeinschaft ist Europa ganz schnell vom Zerfall bedroht, also dann, wenn es nicht das politische Zusammengehen als Hauptziel sieht. Deswegen darf man nicht primär über die Größe von Äpfeln oder über Normen von Schutzhelmen auf Landmaschinen sprechen, sondern muß darüber reden, wie man den wirklichen Problemen in Europa und der Welt begegnet.

(Zustimmung)

All die Themen, über die wir heute im Laufe des Vormittags und am Nachmittag diskutieren, sind solche Probleme, die uns hautnah bedrängen: die Weltflüchtlingsströme, ausgelöst durch Bevölkerungsexplosion, Armut und politische Verfolgung, und die Frage, wie es in Mittel- und Osteuropa weitergeht. Das sind unsere Fragen, deren Beantwortung wir nicht zugunsten kleinkrämerischer Debatten über nachgeordnete Fragen aufs Spiel setzen dürfen.

Dazu gehört auch, wie es in der entscheidenden Frage des Umweltschutzes weitergeht. All das sind Probleme, die wir nicht mehr alleine lösen können. Deswegen ist Europa kein Europa de luxe, sondern eine Notwendigkeit für unsere Lebenssicherung, für unser Überleben und das der Völker innerhalb und außerhalb Europas. Wenn wir uns dieser Dimension bewußt werden, können wir diese der jungen, der mittleren und der älteren Generation überzeugend vermitteln, worauf es gegenwärtig ankommt.

(Zustimmung)

Lassen Sie mich noch auf folgendes eingehen: In Verbindung mit der Diskussion über den Vertrag von Maastricht haben wir eine Menge von Vorbehalten gehört. Ich wünsche mir, daß der Vertrag vor dem Gipfel in Edinburgh im Deutschen Bundestag ratifiziert wird. Es überzeugt nicht, wenn wir als Vorreiter für Europa bei der Ratifizierung das Schlußlicht sind.

(Beifall)

Ich wünsche mir aber auch, daß die nötigen Weiterführungen und Korrekturen, über die wir gegenwärtig diskutieren, bereits in Edinburgh deutlich werden. Wir brauchen mehr Bürgernähe. Entscheidungen, die nicht in Brüssel getroffen werden sollen, müssen wieder auf die lokale und die regionale Ebene verlagert werden. Ich erwarte von Edinburgh, daß daran gearbeitet und daß konkret gesagt wird, was zukünftig nicht mehr in Brüssel entschieden wird; denn nur so können die Bürger erleben, was es heißt, Europa bürgernah zu gestalten.

Ich möchte auch nicht, daß – wie es jetzt in Umlauf kommt – die Interessen der nationalen Parlamente gegen das Europäische Parlament ausgespielt werden. Es

geht um beides: um die demokratische Mitwirkung an Europa auf nationaler und auf europäischer Ebene. Nicht im Gegeneinander, sondern im Miteinander wollen wir Europa demokratisch gestalten.

(Zustimmung)

Ich kann sagen, daß sich gerade im EG-Ausschuß des Deutschen Bundestages gute Formen der Zusammenarbeit mit den Europäern entwickelt haben.

Es kann nicht angehen, daß sich Kommission und Ministerrat nicht den Kontrollen stellen, denen sich jedes Bürgerparlament auf Ortsebene stellen muß. Gerade gestern habe ich vorgeschlagen: Laßt doch das Europäische Parlament einmal mit einer Regierungsbefragung beginnen. Man sollte die Minister aus dem Ministerrat ins Europäische Parlament bitten und dort Befragungen durchführen. Das ist ein erster Schritt zu praktizierter Kontrolle.

(Beifall)

Zu unserem Antrag will ich auch noch sagen, daß die Verfassungsdiskussion nottut. Wenn ich auf Monnets Satz von den Menschen und den Institutionen zurückgreife, so denke ich, daß die Menschen wissen möchten, wie Europa denn aussieht. In unserem Antrag schreiben wir: subsidiär, föderal, solidarisch und demokratisch. Dazu muß ich sagen, daß ich nicht möchte, daß dabei eine Entwicklung herauskommt, die vielleicht so gerade bei einer Föderation oder gar etwas unterhalb davon endet. Wir müssen schon wissen, was Politische Union heißt, und deswegen halte ich es für wichtig, daß wir aus diesem Bundesparteitag nicht mit der Vorstellung herausgehen, das sei irgend etwas zwischen Staatenbund und Bundesstaat.

(Beifall)

Wir müssen genau sagen, was wir wollen, und müssen klar zu erkennen geben, daß das, was wir nur gemeinschaftlich regeln können, in die Politische Union eingehen muß.

(Zustimmung)

Das ist auch eine Grundlage für die zu entwickelnde Wirtschafts- und Währungsunion.

Ich habe nicht die Befürchtung, daß wir in diesem Europa unsere nationale Identität verlieren. Ich hoffe, daß wir endlich im geeinten Deutschland ein natürlicheres Verhältnis zum Deutschsein gewinnen, es aber in den europäischen Zusammenhang einbringen.

(Zustimmung)

Je verläßlicher wir in Europa eingebunden sind, desto weniger Angst brauchen wir voreinander zu haben. Deswegen sage ich, wie es eben auch in der Grundsatzrede hieß: nicht langsamer, sondern engagierter und überzeugter vorangehen. Dann werden wir auch einen schnelleren Rhythmus finden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Professor Süssmuth! – Als nächster spricht zu uns Alfred Dregger, der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Dr. Alfred Dregger (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Deutschland war geteilt, weil Europa geteilt war, und Europa war geteilt, weil Deutschland geteilt war. Das Schicksal Deutschlands und das Europa war

immer untrennbar miteinander verknüpft, weil die Deutschen der Zahl und nun auch der Wirtschaftskraft nach die stärkste Nation der Europäischen Gemeinschaft sind, aber mehr noch, weil Deutschland in der Mitte liegt, weil es die meisten Nachbarn hat und damit auch die meisten Risiken trägt und die meisten Chancen besitzt.

Deswegen ist das richtig, was Bundeskanzler Helmut Kohl immer wieder gesagt hat: Europäische Einigung und deutsche Einigung sind zwei Seiten derselben Medaille. Deswegen haben wir, die CDU/CSU, die Europapolitik immer zu einem Hauptgegenstand unserer Politik gemacht.

Bisher ging es in der Europapolitik mehr oder weniger undifferenziert um mehr Europa, ohne das Ziel dieses „mehr" zu klären.

Das ist nicht zu kritisieren. Hätten wir das Ziel nicht auf diese Weise zu erreichen versucht, dann wären wir nicht so weit gekommen, wie wir heute sind.

Aber mit dem Vertragswerk von Maastricht hat die Europapolitik eine Dimension erreicht, die es notwendig macht, sich nun klarzuwerden, wie das Europa, das wir vollenden wollen, aussehen soll.

Ehe ich auf organisatorische und politische Fragen eingehe, möchte ich über die Sprache Klarheit gewinnen. In Europa gibt es viele Sprachen, und sie alle sind in Brüssel Amtssprachen. Aber Arbeitssprachen sind Französisch und Englisch, nicht Deutsch. Die Frage ist, ob wir das akzeptieren können.

Daß es so ist, liegt in erster Linie an den Deutschen selber, die die Forderung, die deutsche Sprache gleichberechtigt zur Geltung zu bringen, nicht gestellt haben. Wir hatten sogar einen Vorgänger von Helmut Kohl von der anderen Couleur, der so gut Englisch konnte, daß er sogar in Hamburg eine Pressekonferenz in englischer Sprache gab. Wir haben Kommissare und Spitzenbeamte, die zwar nicht sehr vielsprachig sind und die Sprachen, die sie gebrauchen, nicht immer beherrschen, die es aber offenbar für wichtig halten, die deutsche Sprache nicht zu verwenden. Ich halte das für unerträglich.

(Vereinzelt Beifall)

Sprache ist etwas ganz Wichtiges. Sie ist kulturell von großer Bedeutung. Sie ist ökonomisch von größter Bedeutung. Je mehr die EG in der praktischen Wirtschaftspolitik an die Stelle der Mitgliedsstaaten tritt, um so bedeutsamer ist die Frage, ob sich unsere mittelständischen Unternehmen mit den Behörden in Brüssel schnell und ohne Schwierigkeiten verständigen können.

Das Deutsche ist in der jetzigen EG die meist verbreitete Sprache. Wenn die Schweiz und Österreich – hoffentlich bald – dazukommen, wird das noch mehr der Fall sein.

In Osteuropa, das ja nun die Verbindung zur Europäischen Gemeinschaft sucht, war das Deutsche vor dem Krieg die lingua franca; das Deutsche ist dort heute noch eine sehr bedeutende Sprache: in Ungarn, in der Slowakei, in der Tschechei, in Polen und in Rußland. Es ist für uns von größter Bedeutung, ob auch dort die deutsche Sprache durch die englische Sprache abgelöst wird.

Das Deutsche ist in der EG die am meisten verbreitete Sprache. Deswegen meine ich: Wenn man die am meisten verbreitete Sprache schlechter als andere Sprachen behandelt, in diesem Fall als das Englische und das Französische, ist das nicht akzeptabel.

(Beifall)

Deswegen wiederhole ich unsere alte Forderung, daß das Deutsche wie das Französische und das Englische den Rang einer Arbeitssprache in Brüssel erhalten muß. Ich fordere die deutschen Kommissare und die deutschen Beamten in Brüssel auf, ihre deutsche Sprache und nicht irgendeine andere zu verwenden.

(Beifall)

Wie soll das Europa aussehen, das wir jetzt bauen und das bald vollendet sein kann und sollte? Die Grundsatzkommission der Partei hat sich mit dieser Frage beschäftigt. Sie hat vorgeschlagen, nicht die Vereinigten Staaten von Europa anzusteuern. Die Grundsatzkommission hat gesagt: Dieses Gebilde wird weder ein Bundesstaat noch ein Staatenbund sein.

Die Vereinigten Staaten von Europa – das scheint so nahezuliegen, weil es die Vereinigten Staaten von Amerika gibt. Aber gerade der Vergleich mit Amerika ist in diesem Zusammenhang lehrreich. In den USA sind die Einzelstaaten administrative Gebilde. In Europa sind die Nationalstaaten mehr als administrative Gebilde. Sie sind Gehäuse nationaler Kulturen, die zu Weltkulturen wurden oder Weltrang besitzen. Es wäre ein Verlust nicht nur für uns und für die Europäer, sondern für die Welt, wenn diese Vielfalt verlorenginge.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft werden daher immer eine größere Bedeutung haben als die Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland und die Einzelstaaten in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Deswegen ist es richtig, den etwas mißverständlichen Begriff „Vereinigte Staaten von Europa" nicht zu verwenden.

Die zweite Frage ist: Welche Aufgaben soll Europa erfüllen, und welche Aufgaben sollen die Mitgliedsstaaten erfüllen?

Ich finde: Wenn dieses Europa eine Gemeinschaft europäischer Nationen bleibt, dann sollte diesen europäischen Nationen nur das weggenommen werden, was sie nicht mehr selber erfüllen können.

Wir haben bei der Wirtschafts- und Währungsunion große Fortschritte erreicht. Der Binnenmarkt wird in Kürze in Kraft treten. Im Währungsbereich haben wir das Europäische Währungssystem. Es ist in den letzten Monaten wegen Währungsturbulenzen etwas in die Diskussion geraten.

Warum sind sie entstanden? Das Europäische Währungssystem sieht vor, daß Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftsräumen, die es nach wie vor gibt, durch Aufwertungen und Abwertungen und durch Wechselkursänderungen angepaßt werden. Das war in den letzten Jahren aus politischen Gründen und Prestigegründen nicht mehr geschehen.

Man kann aber eine Marktwirtschaft nicht gegen den Markt betreiben, genausowenig wie man eine Demokratie nicht gegen das Volk betreiben kann. Deswegen hat sich der Markt durchgesetzt. Die Anpassungen beim britischen Pfund, das zu hoch bewertet wieder in die EWS-Gemeinschaft eingetreten ist, bei Spanien und Italien waren unvermeidlich und notwendig. Da sie nicht im Einvernehmen herbeigeführt wurden, kam es zu den sogenannten Währungsturbulenzen.

Wir sollten dieses Europäische Währungssystem handhabbar und funktionsfähig machen. Wir sollten zu der einheitlichen Währung erst dann übergehen, wenn die noch großen Unterschiede zwischen den europäischen Volkswirtschaften mehr als bisher abgebaut worden sind.

Politisch kann nur das richtig sein, was auch wirtschaftlich richtig ist. Und nur das, was wirtschaftlich und politisch richtig ist, kann Europa weiter zusammenführen.

Wir dürfen die Menschen nicht überfordern. Wir sind glücklich, daß das Referendum in Frankreich eine Mehrheit für Maastricht ergeben hat. Aber diese Mehrheit war verdammt knapp.

Mehrheiten in einer existentiellen Frage für die französische Nation, die deutsche Nation, die Europäische Gemeinschaft müssen breit sein.

Im übrigen wird das europäische Bewußtsein über die Nationen vermittelt. Vor der ersten freien Wahl in Ungarn, die wir ja vor den Fernsehern miterleben konnten, habe ich gesehen, wie ein junger Ungar ein Transparent vor sich hertrug: „Ungarn kehrt heim zu Europa". Weil er sich als Ungar fühlte und Ungarn ein europäisches Volk ist, suchte er den Weg nach Europa über Ungarn.

Der Bundeskanzler hat das in aller Deutlichkeit ebenfalls als unsere Politik dargestellt. Wir wollen unsere nationalen Identitäten nicht aufgeben, sondern Europa als unser gemeinsames Dach tragen und damit die Vielfalt Europas erhalten.

Noch eine kurze Bemerkung! Wenn wir einmal die Geschichte Europas, von ihren Anfängen, den altgriechischen Demokratien, den oberitalienischen Republiken, den Fürstentümern und Reichsstädten im alten Heiligen Römischen Reich, vergleichen und an das europäische Mächtekonzert danach denken, müssen wir sagen: Es gehört zu Europa, daß nicht der Zentralismus und nicht die ganz großen Einheiten im Vordergrund stehen, sondern die Vielfalt, die Unterschiedlichkeit, aus denen Wettbewerb entsteht. Daher müssen wir das, meine ich, auch in der Verfassung des Europas berücksichtigen, das wir vollenden wollen. Europa muß in jedem Fall europäisch bleiben. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Alfred Dregger! Sie sind für uns unverändert ein bleibendes Vorbild für kämpferischen Einsatz, für Grundsatztreue und Verläßlichkeit. Vielen Dank für Ihren von großem Engagement getragenen wichtigen Rat!

Ich darf zwischendurch die kleinen Gesprächsgruppen darum bitten, in dieser allgemeinen Aussprache Platz zu nehmen und den Beratungen zu folgen, und rufe als nächsten Redner unseren Bundestagskollegen Peter Kittelmann auf.

Peter Kittelmann: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Es ist mir persönlich eine Freude, nach zwei so großen Europäern wie Frau Professor Rita Süssmuth und Alfred Dregger sprechen zu dürfen, weil ich auch hier das Gefühl und die Überzeugung habe, daß gerade die Kontinuität zwischen Herrn Dr. Dregger und Frau Süssmuth angesichts der Erfahrung, die beide haben, für uns sehr wichtig ist.

Für uns ist es eine seltsame Situation, die wir gemeinsam jetzt durchleben. Nur wenige Wochen vor Vollendung des Binnenmarktes, mitten in der Ratifikation eines wegweisenden internationalen Vertrages über die Europäische Union, also an der Schwelle eines Europas einer neuen Qualität, wird häufig statt Euphorie Müdigkeit festgestellt, statt Freude Skepsis, statt ungeteilter Zustimmung Vorbehalte. Die abgelegten Vokabeln, von denen der Herr Bundeskanzler vorhin sagte, sie gehörten der Vergangenheit an – Eurosklerose, Europessimismus, Europhobie –, müssen wir gemeinsam bekämpfen, damit es für diese Begriffe keine Renaissance gibt. Ob man sich die vielbeschworene Krise der Gemeinschaft wirklich einreden lassen sollte, ist mehr als zu bezweifeln. Wir haben, wie Bernhard Sälzer vorhin schon sagte, in der

Vergangenheit bereits schwierigere Zeiten erlebt. Doch für den Blick nach vorn ist es unabdingbar, daß die Sorgen und die Befürchtungen der Bürger aufgenommen werden und in der weiteren politischen Planung zu berücksichtigen sind.

Für den Blick nach vorn ist es deshalb wichtig, zugleich auch ein wenig den Blick nach hinten zu werfen. Die Gründungsväter der Gemeinschaft haben allen Vorurteilen zum Trotz von Anfang an sehr wohl über den Tellerrand einer bloßen Wirtschaftsgemeinschaft hinausgeschaut. Die Europäische Gemeinschaft war immer eine Gemeinschaft mit politischen Ambitionen. Sie fußte auf einem Vertrag, dessen Präambel – ich zitiere – "einen immer engeren Zusammenschluß der europäischen Völker anvisierte". Das heißt, wir hatten schon immer eine äußerst ehrgeizige Vision. Keineswegs naiv, wußten die Architekten der Gemeinschaft schon damals, auf welch schwierige Aufgabe sie sich einließen und mit welchen Widerständen in Zukunft zu rechnen sein würde.

Liebe Freunde, ich erinnere viele von uns, die hier sitzen, daran, mit welch glänzenden Augen und mit welch heißem Herzen wir in schwierigen Zeiten für Europa gekämpft haben. Es ist die Aufgabe der Älteren, dieses ehrgeizige Ziel, diese Herzensangelegenheit jetzt wieder auf die Jüngeren zu übertragen, statt mit Verzagtheit und Bedenken den Kurs eher zu bremsen.

(Beifall)

Wir haben auch die Freude – der Bundeskanzler hat darauf hingewiesen –, daß es vor allen Dingen junge Menschen in Frankreich, aber auch in Deutschland sind, die Visionen haben. Wer mit ihnen an den Universitäten und in den Schulen spricht, merkt, daß junge Menschen jetzt nach Visionen lechzen. Sie wollen mehr als pragmatische Lösungsvorstellungen; sie wollen wissen, wohin es in Zukunft geht.

Zwischen dem Europa der Sechs und der Einheitlichen Europäischen Akte lagen ganze 30 Jahre. Diese 30 Jahre waren ein Beweis für die These, daß sich Europa eben nicht mit einem Schlag herstellen lassen kann. Es war einer der Gründungsväter Europas, Robert Schuman, der gesagt hat, Europa entstehe aus vielen konkreten Tatsachen, die zunächst einmal Solidarität schüfen. Genauso ist es gewesen. Aus einem ehrgeizigen Zweckbündnis oder einer Solidargemeinschaft, basierend auf den von Schuman angesprochenen Grundkonzeptionen, die sich mit Pluralismus der Traditionen und Überzeugungen versöhnen. Diejenigen, die heute eine Krise in der Gemeinschaft beklagen und behaupten, die EG würde keine Fortschritte machen, sollten bedenken, daß seit dem Datum der Einheitlichen Europäischen Akte 1987 erst vier Jahre vergangen sind.

Allerdings stehen wir jetzt gemeinsam – deshalb begrüße ich es, daß wir diesen Parteitag für diese Aussprache benutzen – vor einer neuen Schwelle, an der sich Europa qualitativ verändern wird, was vielen plötzlich wieder zu schnell geht. Den einen geht der europäische Gang nach Europa zu schnell. Sie können dem Tempo europäischer Einigung nicht folgen und vor allen Dingen nicht nachvollziehen, welche Kompetenzen bereits an die europäische Ebene abgegeben worden sind. Ich bin sicher, wenn wir hier einmal miteinander eine Umfrage veranstalteten, was wir bereits an Europa abgegeben haben, Gebiete, auf denen wir national überhaupt nicht mehr zuständig sind, würden sich viele die Augen reiben und gar nicht merken, daß wir bereits positiv praktizierte Europapolitik in Bereichen betreiben, wo viele noch dem nationalen Heim nachtrauern. Andere befürchten im Gegenteil einen noch schnelleren Kurs, weil sie sich bis zum spätesten Termin der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion vor einer Hängepartie fürchten, die nur Unsicherheit schafft.

Nein, meine Damen und Herren, bleiben wir bei unserem Kurs! Der europäische Zug richtet sich nach dem ausgehandelten Fahrplan, und an dem muß jetzt auch festgehalten werden.

Die Bürger aber koppeln sich vom europäischen Zug ab, weil sie Angst haben, eine Fahrt ins Ungewisse zu unternehmen. Wir Politiker – damit meine ich uns alle hier im Raum, jeden Bundesparteitagsdelegierten – müssen uns fragen lassen, ob wir es nicht häufig versäumt haben, die Passagiere über Ziel und Verlauf der Route aufzuklären. Unumwunden muß zugegeben werden: Es hat Versäumnisse gegeben, und die Politik hat zu sehr einer undifferenzierten, weil unreflektierten Europastimmung vertraut. Ein Trugschluß! Denn Positionen, die einer soliden Begründung entbehren, schlagen schnell ins Gegenteil um, da sie manipulierbar sind. Desinformationen führen zu Fehl- und Vorurteilen und vergrößern am Ende die Kluft zwischen Politik und Bürgern.

Ich weiß – wir merken das täglich; wer Versammlungen über Europa veranstaltet, sieht, wie wenig Bürger kommen, obwohl sie auf der anderen Seite über Europa schimpfen und sagen: „Wir werden nicht informiert" -, daß die Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Europa schwierig ist. Wir sehen draußen an dem hervorragenden Material und an dem, was Sie auf den Tischen finden, daß die häufig aufgestellte Behauptung: „Wir haben kein Material" einfach falsch ist. Am Material liegt es nicht; es liegt an der Notwendigkeit, die Kraft zu haben, Politik auch dort umzusetzen, wo die Ohren teilweise mit anderen Problemen verstopft sind.

Wir müssen deshalb Europa offensiv thematisieren. Deswegen freue ich mich darüber, wenn es auf unseren Plakaten heißt: „Die CDU, die deutsche Europapartei. Wir machen uns stark für Europa" oder aber wie hier: „Wir gewinnen mit Europa". Nicht nur der Slogan darf zeigen, was wir für Europa wollen, sondern wir müssen auch mit Überzeugung darstellen, daß Europa auch die Heimat für unser Vaterland ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir alle dürfen die Belastbarkeit unserer Bürger nicht überschätzen, andererseits aber deren Offenheit für Information und für vernünftige Argumentation nicht unterschätzen. Ein Parteitag soll Perspektiven vorgeben, und ich finde, daß der Antrag des Bundesvorstands grundsätzlich für unsere Arbeit in den nächsten Monaten eine wesentliche Grundlage ist. Wir müssen aber auch kritisch nach innen leuchten: Was muß die Partei darüber hinaus tun, um ihr Anliegen glaubhaft zu machen? Ich denke, wir sollten mutiger und offener auch kontroverse Fragen diskutieren. Hat der Bürger an einem Diskussionsprozeß von vornherein teilgenommen, bildet er sich dazu begleitend seine Meinung. Wird er aber vor vollendete Tatsachen gestellt und erfährt er gar am Ende, daß sich seine Partei über das Ergebnis uneinig ist, wird er unruhig – und das zu Recht.

Ich darf abschließen. Liebe Freunde, die von uns angemahnte Transparenz europäischer Entscheidungsprozesse zielt also auch auf unser eigenes Verhalten. Das Europa-Thema muß offensiv zum Allgemeingut werden. Wir müssen raus aus den Wirtschaftsdaten, wir müssen rein in die offensive Politik, wir müssen rein in die gesellschaftlichen Gruppen, und vor allen Dingen – das ist mein Wunsch an uns alle –, wir müssen versuchen, stärker in die Herzen der Menschen einzudringen. – Schönen Dank!

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank dem europapolitischen Sprecher unserer Bundestagsfraktion, Peter Kittelmann! – Es spricht jetzt Frau Dr. Ursula Braun-Moser, Europaabgeordnete und Vorsitzende der Europäischen Mittelstandsvereinigung. Herrn Reinhard Schulze aus Sachsen bitte ich sich bereitzuhalten.

Dr. Ursula Braun-Moser: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Mut Ihnen machen zu einem faßbaren und realistischen Europa, so wie wir es als Abgeordnete erleben. Ich bin seit 1984 im Europäischen Parlament, und ich kann Ihnen versichern, daß wir Deutschen dort eine gute Position haben. Wir müssen sie aber wahrnehmen. Wir können uns nicht – wie wir es in diesen Tagen erleben – mit einer kleinkarierten Blockade diesem Europa verweigern. Denn dann machen die Franzosen und die Italiener ohne uns die Gesetze. Dazu muß ich Ihnen einige Ausführungen machen.

Wenn man hier etwas von „Überrollbügeln" oder irgendwelchen Dingen bei Traktoren hört, dann denkt man: o Gott, da wird irgendwo ein großer Bürokratismus aufgebaut. Es waren gerade die Deutschen, die diese Definition des Traktors im Weinberg wollten, denn dann konnten sie ihre Geräte verkaufen! Das zeigt ganz deutlich, daß wir da, wo wir mitmachen, unsere Formulierungen einbringen, bereit sind, mit anderen zu diskutieren und auch mal ganz hart zu verhandeln, unseren Menschen Eingang schaffen können. Wir haben uns ja in den letzten Jahren einen ganz phantastischen Absatzmarkt erkauft oder erhandelt. Über die Europäische Währungsgemeinschaft hatten wir stabile Kurse mit den meisten unserer Abnehmerländer, und wir setzen 60 bis 70 % unseres Exports in diesen Ländern ab. Der deutsche Maschinenbau konnte dort noch lange verkaufen, als wir andere Absatzmärkte schon mit hohen Kosten und entsprechenden Preisen verloren hatten. Also sollten wir doch mal ganz gerecht sein und uns fragen: wie können wir denn diese Zusammenarbeit verbessern?

Die Franzosen sind uns ja gewogen. Ich muß Ihnen noch einmal sagen: Bei der Diskussion um die 18 neuen Abgeordneten waren es gerade die Spanier, die zu uns sagten, sie seien doch in die Gemeinschaft gekommen, weil die Deutschen diese Wirtschaftsgemeinschaft so phantastisch führen und weil die deutsche Leitwährung so eine Stabilität gegeben habe. Sie sagten: nun habt ihr mehr Bevölkerung, mehr Bruttoinlandsprodukt, auch mehr Abgaben im Sinne dieses immerhin doch relativ kleinen Haushalts; aber jetzt habt ihr auch mehr Verantwortung, und wir entlassen euch Deutsche nicht aus dieser Verantwortung! Das heißt, wir müssen dort mittragen, mitgestalten.

Ich wollte eigentlich, so lange Herr Schäuble noch hier war, die Gelegenheit nutzen, einmal den Fraktionsvorsitzenden anzusprechen: Der Bundestag hat bisher keine Möglichkeit gesehen, uns bei der direkten Beratung unserer Anträge – wenn wir in der Möglichkeit stehen, Gesetzestexte zu schreiben – entsprechend mit zu beraten. 8000 Rechtsakte werden im Jahr in Brüssel veröffentlicht; 300 davon sind relevant. Wir müßten die deutsche Position mit einem Europa-Ministerium – ich muß es noch einmal betonen, weil ich seit 1984 hinter dieser Forderung stehe – formulieren! Wir müssen unsere Interessen mit den Betroffenen, mit den Verbänden ganz am Anfang diskutieren, wenn die Sache noch völlig offen ist.

Wir erleben in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments, daß wir unsere Kollegen ohne weiteres überzeugen können, unsere Ideen mitzutragen, wenn wir gute Argumente haben, z. B. daß der Mittelstand sonst kaputtgeht, daß wir hier ganze Gruppen der Bevölkerung durch bestimmte, vielleicht gut gemeinte Anträge schädigen, etwa wie gerade jetzt wieder, wenn die Arbeitszeit und die Arbeitsverträge in ganz Europa gleichgeschaltet werden sollen. Da wäre es gut, wenn wir frühzeitig mit dem Bundestag zusammenarbeiten könnten und nicht – wie im Augenblick – die Situation erleben müßten, daß erst dann, wenn die Sachen im Amtsblatt veröffentlicht sind, der Bundestag diese Rechtsvorschriften sieht und sie dann in deutsches Recht umsetzen muß.

Sie werden in der Zeitung große Stille finden, Schweigen darüber, daß der Deutsche Bundestag jetzt ein Erfüllungsgehilfe des europäischen Gesetzgebers ist. Leider! Wir müssen ganz am Anfang diskutieren, wir müssen kontrovers diskutieren, und Sie müßten als deutsche Öffentlichkeit uns Abgeordneten auch Hilfe geben, damit wir die deutschen Interessen kennen – wir kennen sie ja zum Teil gar nicht – und auch formulieren können. Denn da geht es los, da wird Holz gehackt, und da fallen auch Späne.

Noch etwas zum letzten. Wir müssen auch dieses Konzept flexibel erhalten. Wir Deutschen sehen sehr wohl, daß durch den Zusammenbruch des Ostblocks hier eine völlig neue, ich möchte sagen, weltpolitische Situation geschaffen worden ist. Die Instabilitäten durch den Zusammenbruch der Blöcke sind ja so groß geworden, daß wir befürchten müssen: die kommen demnächst nicht nur mit Koffern, sondern vielleicht auch einmal mit Waffen. Wir brauchen ja hier ein stabiles Europa nach dem Motto des italienischen Außenministers de Michaelis „das Europa der Ringe": ein fester Nucleus, ein Kern, der als Europäische Gemeinschaft tatsächlich miteinander Gesetze hat und ausstrahlen kann, und natürlich dahinter dann die verschiedensten Ringe der EFTA-Länder, des Freihandelsraums, des europäischen Wirtschaftsraums, der assoziierten Länder. Wir haben eine große Möglichkeit – der Bundeskanzler wies darauf hin –, hier in den nächsten Jahren mit den Nachbarländern in irgendeiner Form eine Wirtschaftsgemeinschaft aufzubauen, auch um das Wohlstandsgefälle zu diesen Ländern nicht zu groß werden zu lassen.

So haben wir doch ein inniges Interesse, – was vielleicht die Franzosen in dem Maße nicht sehen. Wir liegen am östlichsten Rand. Wir sehen das ganze Kontinentaleuropa, das die Hände ausstreckt: ihr Deutschen, helft uns! Die Franzosen müssen hier von uns mitgerissen werden. Deswegen ist es für mich wichtig, ein flexibles Konzept zu erhalten, auch mit bis zu einem gewissen Grade noch flexiblen Wechselkursen. Wir haben allen Grund, zu sagen: die Konvergenzkriterien sind für uns die Gewähr, daß wir nicht zu einer Unzeit unsere Währung – noch dazu als Leitwährung – opfern; denn von einem Verlust der D-Mark-Stabilität hätte keiner etwas. Wir sollten insofern nicht das Gelbe im Ei gemeinsam regeln, sondern den Binnenmarkt zu einem guten Abschluß bringen und zu einem realistischen Europa auch einen realistischen Weg aufzeigen. Ich glaube, dann können wir in der deutschen Öffentlichkeit auch mit Zustimmung rechnen! – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Zur Geschäftsordnung zwischendurch Herr Leikop!

Franz-Josef Leikop: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte meine Enttäuschung darüber ausdrücken, daß nach dem Bundeskanzler, der ein hervorragendes Grundsatzreferat gehalten hat, hier nur noch Europa- und Bundestagsabgeordnete Koreferate halten. Wir haben unsere Sorgen an der Basis. Wir möchten Fragen stellen können! Das ist hier absolut nicht möglich. Wenn man Europa will, dann muß man die Basis überzeugen, und wir als normale Delegierte sind Basis.

Ich bitte darum, nun wirklich der Reihenfolge nach vorzugehen und die Wortmeldungen so abzuhandeln, wie sie eingegangen sind.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist ja gestern nicht anders gewesen! Hier wird eine Kandidatenkür für die stellvertretenden Vorsitzenden veranstaltet, statt offen und ehrlich zu sagen: die stellen sich jetzt vor. Das lassen wir uns als Delegierte jetzt nicht mehr bieten! Ich bin der Meinung, solche Parteitage können wir uns schenken. Was hier abläuft, das können wir uns auf Kreisparteitagen nicht leisten.

(Beifall)

Wir sind nicht hierher gekommen – das gilt gerade für das wichtige Thema Europa –, uns die Vorträge und Koreferate von Leuten anzuhören, die sich in der Sache auskennen. Nein, wir wollen Fragen stellen!

Ich habe mich beim Vortrag von Herrn Rinsche zu Wort gemeldet; ich bin bis jetzt noch nicht dran!

Meine Damen und Herren, helfen Sie mir mit, daß dies auf diesem Parteitag aufhört, und sorgen Sie dafür, daß die Basis mal reden kann!

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für diese Philippika. Wir werden das beherzigen. Der Irrtum liegt darin, daß Sie sich vorhin zu Tagesordnungspunkt 7.5 gemeldet hatten, Herr Leikop. Ich habe den Vorsitz übernommen, als die allgemeine Aussprache zu dem nächsten Tagesordnungspunkt begonnen hatte. Ich bitte deswegen um Nachsicht. Ich weiß nicht, ob Ihre Wortmeldung damit abgewickelt ist. – Aber zunächst wird Ihrem Wunsch entsprochen. Dann kommen Sie sofort dran.

Es ist jetzt der Delegierte Reinhard Schulze an der Reihe. Bevor er sich ans Rednerpult begibt, möchte ich eine Ankündigung machen. Ich darf dafür um besondere Aufmerksamkeit bitten.

Es ist in den letzten Minuten der Antrag G 1 des Bundesvorstandes zum Aufbau der neuen Bundesländer verteilt worden. Darüber wird der Bundesparteitag morgen entscheiden. Sie können zu diesem Antrag unter den üblichen Voraussetzungen heute bis 16 Uhr Anträge stellen. Die Antragskommission wird übrigens heute für 19 Uhr einberufen.

Ich wiederhole: Anträge zum Antrag G 1 sind heute bis 16 Uhr zu stellen. Die Antragskommission tagt heute um 19 Uhr zu dieser Thematik. Das als wichtige Ankündigung zwischendurch.

Ich darf jetzt Herrn Reinhard Schulze bitten, das Wort zu nehmen. Ihm folgt, wenn er mag, Herr Franz-Josef Leikop mit der Bitte, uns das nachzusehen.

Reinhard Schulze: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab ein Wort zur Situation hier im Saal. Es ist für mich eigentlich unerträglich, daß ich, der ich vorn in der dritten Reihe sitze, fast nur leere Präsidiumssitze ansehe.

(Beifall)

Es ist für mich aber auch bedauerlich, daß ich manchmal annehmen muß, der Parteitag findet draußen vor den Türen statt.

(Beifall)

Als unser gemeinsamer Herrgott meine schöne Heimat, das Elbsandsteingebirge, die Sächsische Schweiz geschaffen hat, gab es noch keinen Freistaat Sachsen, noch keine Ländergrenze zwischen der Bundesrepublik und der Tschechischen Republik. Ich bin kein Pfarrer, aber auch hier sollte gelten: Was Gott vereint hat, soll der Mensch nicht scheiden.

Im Herzen der Sächsischen Schweiz liegt ein ganz besonderes Gebiet, ein Nationalpark, aufgeteilt auf die Kreise Pirna und Sebnitz und eigentlich übergreifend auf das Gebiet Böhmen. Die Natur nimmt uns diese Teilung übel, wenn wir nicht gemeinsam ordentlich mit ebendieser Natur umgehen. Einem stattlichen Zwölfender in diesem Park ist es ja eigentlich egal, in welchem Kreis oder in welchem Staat er seinen Einstand hat. Er braucht eben Ruhe und eine intakte Umwelt für sein Rudel.

Die CDU-Politiker in den Kreisen Pirna und Sebnitz haben die Initiative ergriffen und mit dem Kreis Decin einen Dreierpakt gebildet, nicht etwa so einen sozialistisch vorgeschriebenen Ruderbund, sondern einen echten Freundschaftsvertrag, wie er uns in Sebnitz z.B. mit Tuttlingen oder Heinsberg verbindet. Ziel ist es, einen gemeinsamen Nationalpark zu bilden, jetzt noch länderübergreifend. In einem vereinten Europa ist das natürlich problemlos. Ich glaube, das sind wir unserer Umwelt schuldig. Wir sollten Ehrfurcht vor der Schöpfung haben und die Natur für unsere Nachwelt erhalten. Auch die Kinder unserer Kinder sollten noch den Hirsch in freier Wildbahn röhren hören.

Ein weiteres Ziel besteht darin, diesen Freundschaftsvertrag in die Arbeit der gebildeten Euro-Region Elbe-Labe einfließen zu lassen; einer Euro-Region, die sich bis in den Großraum Dresden erstreckt und bereits gut und wirkungsvoll arbeitet.

Noch ein Ziel hat der Freundschaftsvertrag, nämlich unseren Nachbarn in der tschechischen Republik etwas von der Freundschaft, Kameradschaft und Unterstützung abzugeben, die wir von unseren Partnern aus den älteren Bundesländern erfahren haben. Damit können wir in den jungen Bundesländern erstmals von Nehmenden zu Gebenden werden. Das ist ja bestimmt ein wundervolles Gefühl, wie es mir die Bürger aus den älteren Bundesländern bei der Erfüllung der deutschen Einheit bestimmt bestätigen können. Es steht doch schon in der Heiligen Schrift: Geben ist seliger denn Nehmen.

Liebe Delegierte und Gäste, noch ein Gedanke zum Schluß. Ob Ossi oder Wessi, Altbundesländler oder Jungbundesländler, mir ist das egal: Ich bin stolz darauf, Mitglied unserer CDU zu sein, denn wir alle sind die Sieger der Geschichte. – Danke.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Schulze, auch für diesen präzisen Beitrag.

Wir haben bisher davon abgesehen, eine Redezeitbegrenzung einzuführen. Wir wollen dies eigentlich auch so durchhalten, weil wir ausreichend Zeit für diese wichtige Debatte haben.

Als nächster spricht jetzt Franz-Josef Leikop aus Nordrhein-Westfalen. Ich bitte noch einmal um Nachsicht, daß er vorhin irrtümlich nicht aufgerufen worden ist.

Franz-Josef Leikop: Daran, ob das ein Irrtum war, Herr Präsident, habe ich Zweifel.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich möchte zwei Fragen stellen. Wegen meines Beitrags braucht auch keine Redezeitbegrenzung eingeführt zu werden.

Ich habe eine ganz konkrete Frage. Ein Europa-Abgeordneter oder ein Mitglied der Bundesregierung möge mir den Begriff „Region" definieren. Wir diskutieren in den Kreisen und Kommunen, und kein Mensch kann uns sagen, was eine Region ist.

(Vereinzelter Beifall)

Meine zweite Frage ist: Was geschieht im Bereich der Spediteure in der Europäischen Gemeinschaft? Ich habe gestern abend im WDR eine kurze Sendung gesehen, in der von einer Wettbewerbsverzerrung gesprochen wurde. Die Franzosen zahlen pro Lkw 120 DM Steuern im Jahr, die Deutschen zahlen pro Jahr 10.000 bis 12.000 DM Steuern. Sagen Sie mir bitte: Wie wollen Sie im neuen Europa Wettbewerbsgerechtigkeit herstellen, wenn es um solch simple und die Leute an der Basis bewegende Fragen geht? Das ist entscheidend.

Ich hätte gerne eine Antwort auf diese beiden Fragen. – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Als nächste spricht Doris Pack zu uns.

Doris Pack: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich entschuldige mich: Ich bin zwar Europa-Abgeordnete, möchte aber trotzdem reden. Ich spreche aber nur ganz kurz, weil ich denke, daß der Bundeskanzler eine hervorragende Rede gehalten hat, die keiner längeren Kommentare mehr bedarf. Ich denke, daß ich als Abgeordnete einer europäischen Region wie des Saar-Lor-Lux-Gebietes hier auch etwas sagen muß.

Ich hätte mir z.B. gewünscht, daß der Antrag, der heute vorgelegt worden ist und den ich im großen und ganzen auch unterstütze, in seiner ersten Ziffer unsere Europapolitik verdeutlicht hätte. Dort müßte zum Ausdruck gebracht werden, daß Europa vor jeder wirtschaftlichen Einigung schon durch die Einheit in der kulturellen Vielfalt gekennzeichnet war. Das war und ist das hervorstechende Merkmal dieser Union. Wir wollen auch zukünftig keine Nivellierung der eigenständig gewachsenen Kulturen der europäischen Völker betreiben, sondern das Bewußtsein der gemeinsamen Kultur stärken und ihren Reichtum bewahren. Meine lieben Delegierten, nur so wird die Europäische Gemeinschaft zu unserer größeren Heimat werden können, in die unser Vaterland harmonisch eingebettet bleibt.

Die Diskussion aus Anlaß der Ratifizierung des Vertrages von Maastricht macht uns allen deutlich, daß viele auch an wichtigen Stellen in Deutschland politisch Handelnde dieses Europa sträflich vernachlässigt haben, ja es sogar oft mißbräuchlich als Ausrede für nationale Unterlassungen bzw. ungeliebte nationale Beschlüsse benutzt haben. Wir alle wissen, die EG-Gesetzgebung ist immer auf die oft einstimmigen Beschlüsse des Ministerrates zurückzuführen und nicht auf Bürokratenwillkür der EG-Kommission, auf die viel zuviele gerne ungerechtfertigt eindreschen.

Wenn z.B. ein Kommissionsvorschlag mit ca. 40 Paragraphen die 12 nationalen Bürokratien des Ministerrates erreicht, verläßt diese Richtlinie oder die Verordnung oft versechsfacht den Rat. Dann beklagen die gleichen Minister, die Chefs der Beamten sind, diese Tatsache.

Ich glaube, meine Damen und Herren, was wir brauchen, ist eine Verfassung, die eine Kontrolle des Ministerrats ermöglicht. Wir brauchen eine Verfassung, die die Rechte des Europäischen Parlaments stärkt. Aber schon eine mögliche weitere Auslegung des Maastrichter Vertrages erlaubte eine noch stärkere Mitgesetzgebung des Europäischen Parlaments, ohne daß nach der Ratifizierung noch einmal ratifiziert werden müßte. Dabei ist nur ein Haken: Alle 12 Regierungschefs müßten zustimmen. Aber leider sind nicht alle so einsichtig wie der unsere.

Ich wünschte mir, daß Sie alle für das geeinte Europa so eintreten, daß unsere Kinder, die in dieses friedliche Europa hineingeboren wurden, auch zukünftig in Frieden und Freiheit, ohne Angst vor Nationalismen, vor dem Gegeneinander leben können.

Ich weiß, wovon ich rede. Ich bin pro Monat mindestens einmal in Ex-Jugoslawien.

Meine Damen und Herren, gestern hat mein Landesvorsitzender Töpfer von einem Ort gesprochen, den Sie alle aus der Geschichte kennen. Von meinem Wohnzimmer aus sehe ich auf die Spicherner Höhen. Es war 1870/71 ein Schlachtfeld. Dort feiern wir, die CDU Saar, seit Jahren den Europatag, und zwar gemeinsam mit den französischen und luxemburgischen Nachbarn. Europa ist für uns in der Grenzregion seit langem eine Selbstverständlichkeit. Der Bundeskanzler hat es richtig gesagt: Die Abstimmung in Lothringen und im Elsaß hat das ganz deutlich gemacht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns diesen Tag zum Anlaß nehmen, unser europäisches Engagement wiederzuentdecken oder zu bestärken. Unsere Kinder erwarten das von uns.

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, liebe Frau Pack. – Ich will an dieser Stelle eine Lanze für unsere Europaabgeordneten brechen. Ich glaube, das muß hier auch einmal geschehen. Im Europaparlament sitzen 25 Vertreter der CDU und 7 Vertreter der CSU. Wir haben also insgesamt 32 Europaabgeordnete, die dort eine ganz wichtige, entsagungsreiche und schwierige Aufgabe lösen. Daß ihnen dieses Thema heute eine Herzensangelegenheit ist und sie auch sprechen wollen, ist, wie ich glaube, sehr zu verstehen. Wir versuchen im übrigen, das so ausgewogen zu gestalten, daß die Delegierten, die sich zu Wort gemeldet haben, möglichst schnell zu ihrem Recht kommen. Ich glaube, das ist ganz selbstverständlich. – Als nächster spricht Rudolf Luster.

Rudolf Luster: Liebe Freunde! Maastricht will politisch den Einigungsprozeß Europas weiterführen. Das ist der Inhalt von Maastricht. Aber Maastricht ist auch strenge juristische Form, ein Vertrag, der den EWG-Vertrag nicht unwesentlich abändern soll und der nach Art. 236 des EWG-Vertrages nur in Kraft treten kann, nachdem die Abänderungen von allen Mitgliedstaaten ratifiziert worden sind.

Die Ratifizierung ist gescheitert. Ein Mitgliedstaat, Dänemark, hat in einer Volksabstimmung die Ratifizierung verweigert. Da hilft kein Gesundbeten. Was ist ernsthaft zu tun? Es ist der Gedanke des Europa mit zwei Geschwindigkeiten aufgekommen. Er wurde als Spaltungsversuch gebrandmarkt. Aber immerhin: Bundesbankvizepräsident Tietmeyer sieht Europa der zwei Geschwindigkeiten als einzig realistische Lösung.

Unterschiede kennt der Maastrichter Vertrag schon längst: so die Freistellungsklauseln, die England von den Regelungen zur Währungsunion und zur Sozialpolitik ausnehmen und für Dänemark den sonst automatischen Eintritt in die Währungsunion aufheben, und in der wichtigen Außen-, Innen- und Rechtspolitik verweist Maastricht auf intergouvernementale Zusammenarbeit, also nicht auf Unionszuständigkeit.

Im Leitartikel der FAZ vom 19. Oktober, von vor ein paar Tagen, heißt es dazu:

> Mit zusammengebissenen Zähnen hat man in Birmingham abermals gesagt, ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten" werde und dürfe es nicht geben. Hätten die Zwölf den Mut zur Wahrheit, so hätten sie ihren Völkern klargemacht, daß auf Europas Gleisen heute schon mit unterschiedlichem Tempo gefahren wird.

Ein anderes Thema: die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Wir wollen und müssen mit Frankreich im selben Geschwindigkeitsboot bleiben. Doch muß es aufhorchen lassen, wenn Präsident Mitterrand geäußert hat:

> Sie (die Europäische Zentralbank) wird nicht die Herrin ihrer Entschlüsse sein. ... Sie wird den Auftrag haben, die wirtschaftspolitischen Entschlüsse des Ministerrates auszuführen. („Rheinischer Merkur" vom 18. September 1992).

Darüber, meine Freunde, muß mit den Franzosen Klarheit geschaffen werden.

Schließlich: Schon 1963 hatte der erste Bundesbankpräsident, Karl Blessing, begründet:

> Eine gemeinsame Währung und ein föderales Notenbanksystem sind nur denkbar, wenn es ... eine gemeinsame Politik überhaupt gibt, kurz, wenn es einen Bundesstaat mit einem europäischen Parlament gibt, das Gesetzgebungsbefugnisse gegenüber allen Mitgliedsstaaten hat.

Hier, meine Freunde, ist die Reihenfolge angesprochen: erst Demokratie, dann auch Währungsunion, zumindest Demokratie und Währungsunion gleichzeitig – Demokratie allerdings, nicht Gesetze im Ministerrat par ordre du mufti und hinter verschlossenen Türen. Ich sage: Demokratie muß her. Sie ist auch in Maastricht auf der Strecke geblieben.

(Vereinzelt Beifall)

Nun sollen wir in unserem Europa-Leitantrag beschließen, die Europäische Union solle weder ein Bundesstaat noch ein Staatenbund werden, sondern etwas „völlig Neues" in der Geschichte internationaler Staatenzusammenschlüsse. Auf unserem Wiesbadener Parteitag hatten wir uns allerdings zu einem europäischen Bundesstaat, also einem klaren und engen Zusammenschluß, bekannt.

(Vereinzelt Beifall)

Wie auch immer: Staatliche Elemente jedenfalls sollen dem neuen Gebilde verbleiben. Hier liegt die Chance eines Maastricht II, womöglich ohne Dänemark und England.

Der neue Staat oder Quasi-Staat wird vorrangige Gesetzgebung im Verhältnis zu den Mitgliedstaaten haben wie die EG bisher schon. Diese Gesetzgebung braucht endlich demokratische Legitimation. Im Kern heißt das: Der Ministerrat als Staatenkammer und das Europäische Parlament als Repräsentant der Bürger sollen gemeinsam und gleichberechtigt die Rechtsakte für die Europäische Union entscheiden.

Darum, liebe Freunde, noch einmal: Demokratie muß her. Ihr Fehlen hat sich bei den bisherigen Maastricht-Gesprächen gerächt: in Unverständnis, Aufbegehren und Verweigerung bei den Bürgern. Wir brauchen also rechtzeitige Bürgerinformation. Ich stimme Lamers zu: Wir brauchen eine große Debatte über Europa. So wecken wir Bürgerinteresse und Bürgerbeteiligung. Und so bekommen wir – dessen bin ich sicher – die Zustimmung der Bürger. Und: Wir gewinnen mit Europa. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Kollege Luster.

Dem Delegierten Leikop ist ohne mein Verschulden – mir lag die Wortmeldung gar nicht vor – Unrecht geschehen. Jetzt sollen zumindest seine präzisen Fragen beantwortet werden. Sie betrafen die Speditionen und die Regionen. Das macht Herr Dr. Jarzembowski.

Dr. Georg Jarzembowski: Lieber Kollege, es ist so: „Region" ist europäisch nicht einheitlich definiert. Jedes Land hat andere Vorstellungen, was bei ihm eine Region ist. In Deutschland ist für mich eindeutig, daß sowohl Städte, Kreise wie auch Bundesländer Regionen sein können. Das hängt von ihrem Selbstverständnis und davon ab, wie sie sich zusammentun wollen. Ich habe es einfach, weil ich aus Hamburg komme. Da ist sozusagen die Stadt, der Kreis und das Land eine Einheit. Aber das ist eine Frage, die jede Gruppierung in der Region für sich entscheiden muß.

Wir als CDU sollten sagen, gerade weil wir die Gemeinden und die Städte als besonders wichtig erachten: Es kommt darauf an, wer sich wo untereinander verbunden fühlt.

Ich wollte primär die Frage nach der Verkehrspolitik beantworten. Sie haben völlig recht: Die Wettbewerbsgleichheit ist bisher bei den steuerlichen Rahmenbedingungen nicht gegeben. Es gibt jedoch zwei Dinge, die Sie sehen müssen.

Das Negative, das ich Ihnen leider erzählen muß, ist, daß bei Steuerharmonisierungen im Ministerrat Einstimmigkeit erforderlich ist. Die Holländer wollen im Moment ihre Steuern allerdings nicht erhöhen. Wir können sie dazu nicht zwingen.

Das Positive, das ich Ihnen auf den Weg mitgeben kann, ist folgendes: Wir haben uns im Europäischen Parlament dieses Themas angenommen. Ein französischer Kollege von uns, Herr Boulange, hat einen Bericht verfaßt. Er hat gesagt: Solange es keine Gleichheit oder relative Gleichheit bei der steuerlichen Belastung gibt, müssen wir Übergangsregelungen erlauben. Denn es kann nicht angehen, daß in einigen Ländern Straßenbenutzungsgebühren gefordert werden und die deutschen Spediteure in Spanien, in Italien oder in Frankreich bezahlen müssen, während deren Spediteure in Deutschland umsonst über die Autobahnen fahren können.

Das hat Herr Boulange vorgeschlagen. Es war sehr wichtig, daß dieser Vorschlag von einem französischen Kollegen kam, nämlich für eine Übergangszeit Straßenbenutzungsgebühren durch die Gemeinschaft zuzulassen. Das Europäische Parlament hat sich dieser Initiative mit einer relativ großen Mehrheit auf unseren Vorschlag hin angeschlossen. Damit haben wir auch die Kommission zur Änderung ihrer Haltung gebracht.

Die Kommission hat, nachdem sie die deutsche Bundesregierung wegen des ersten Entwurfs einer Straßenbenutzungsgebühr in Deutschland noch verklagt hat, ihre Meinung geändert. Sie hält Straßenbenutzungsgebühren jetzt für eine Übergangszeit für zulässig. In diesen Tagen laufen wieder Verhandlungen im Ministerrat. Ich gehe davon aus, daß die Verhandlungen bis zum Jahresende abgeschlossen werden können.

Dann kommt es darauf an, daß die Deutschen ein vernünftiges Regime für Straßenbenutzungsgebühren vorschlagen, das zeitlich und örtlich gestaffelt sein muß, und alsbald einführen. Dann können wir erreichen, daß die deutschen Spediteure zwar auch – weil es nicht diskriminierend sein darf – die Straßenbenutzungsgebühren bezahlen müssen. Im Boulange-Bericht ist aber vorgeschlagen worden, daß sie eine Rückerstattung über die Kfz-Steuer bekommen können. So ist das Konzept. Die deutschen Spediteure werden also nicht weiter belastet. Sie müssen zwar Straßenbenutzungsgebühren bezahlen, werden sie aber rückerstattet bekommen über die Kfz-Steuer. Unsere Nachbarn, die so fleißig über unsere Straßen fahren, werden in toto mit Straßenbenutzungsgebühren belastet. Ich halte das für wichtig.

Wir sind in Europa das Transitland Nummer eins – wir waren es immer schon – von Norden nach Süden. Wir werden jetzt zusätzlich ein Transitland von Osten nach Westen. Ohne Straßenbenutzungsgebühren, ohne daß die anderen Spediteure an den Wegekosten beteiligt werden, ist eine vernünftige Verkehrspolitik, ist ein vernünftiges Kostenverursachungsprinzip nicht durchsetzbar. Wir sind auf dem richtigen Weg, Herr Kollege. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Das war die Antwort auf die beiden Fragen von Herrn Leikop durch Herrn Dr. Jarzembowski. – Als nächster hat das Wort Professor Dr. Bardong.

Prof. Dr. Otto Bardong: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! *Wie wir uns Europa denken – das steht über dem Leitantrag.* Aber *das ist doch* eigentlich zuwenig. Wie wir Europa wollen, wie wir es gestalten und auch gestalten können, wenn wir nur wollen und den politischen Willen dazu aufbringen, das wollen wir in diesem Antrag zum Ausdruck bringen, der durchaus Zustimmung verdient.

Von selbst geht da gar nichts, auch wenn die Gründungsväter meinten, auf der wirtschaftlichen Integration werde die politische von selber wachsen. Um jeden Schritt müssen wir neu ringen und selbstverständlich auch um den Vertrag von Maastricht.

Eigentlich müssen wir 20 000 Dänen, die nein gesagt haben, dankbar sein; denn sie haben bewirkt, daß hier manche aufgewacht sind, auch in unserer Partei. Wir haben ja auch in unserer Partei vielfach die Aufgabe verschlafen, Europapolitik den Menschen nahezubringen. Wir haben uns damit zufriedengegeben, daß irgendwo steht: Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Wir haben uns damit zufriedengegeben, *daß wir uns selber auf die Schulter geklopft und gesagt haben: Wir sind d i e deutsche* Europapartei. Da ist mehr nötig. Ich sehe diesen Tag als einen guten Beitrag, aber auch nur als einen Auftakt; denn in Wirklichkeit müssen wir heute nachholen, was auch wir jahrelang versäumt haben.

Die Gegner von Maastricht, die sich bei uns jetzt aus dem Gebüsch hervorwagen, bringen doch eigentlich weitgehend die Kritik, die in der politischen Diskussion eigentlich längst bewältigt sein müßte. Wenn das nicht der Fall ist und wenn diese alten Ladenhüter immer wieder hochkommen, ist das auch unser Versäumnis.

Frau Pack hat sich vorhin sozusagen entschuldigt, daß sie als Europapolitikerin spricht. Ja, verdammt noch einmal, die Europapolitiker müssen in dieser Partei viel mehr Gehör finden. Ich war schon auf vielen Veranstaltungen in Bonn zu Fragen der Verkehrspolitik, zu Fragen der Sicherheitspolitik. Bei diesen Veranstaltungen saß kein Europapolitiker auf dem Podium. Das wäre aber nicht falsch gewesen; denn dann *hätte manches eingebracht werden können, was verhindert hätte, daß andere oder* der politische Gegner sagen konnte, in dieser oder jener Frage sei er für eine europäische Lösung offen. Wo wir doch längst die europäische Lösung auf dem Tisch liegen haben, und zwar nicht nur in der Asylfrage!

Es gab Zeiten in unserer Partei, da hatte man den Eindruck, daß nur einer in der Bundesregierung wirklich konsequent Europapolitik vertritt, nämlich der Bundeskanzler. Und auch heute ist es so, daß mancher Landesminister, Landesstaatssekretär, Landtagsabgeordneter oder Ministerpräsident auch unserer Partei durchaus nicht so über Europa reden, wie sie es in der deutschen Europapartei eigentlich müßten.

Ich habe letztens einen Staatssekretär aus einem schönen Bundesland gehört; was er sagte, war gar nicht ungewöhnlich. Er hat alle Vorurteile in diesem F-word, in diesem Abscheuwort Brüssel zusammengefaßt. In diesem Wort verbindet sich ja alles, was die Menschen jetzt erschüttert oder ärgert. Das hat er natürlich wie eine Litanei abgespult. Am Schluß hat er sich dazu verstiegen zu sagen: Ja, der imperialistische und bürokratische Sowjetstaat ist doch nicht zusammengebrochen, damit die das in Brüssel wieder aufbauen. Ich habe gedacht, jetzt ist ihm aber der Gaul durchgegangen. Aber das Schlimme war: Sein Redenschreiber hat das wörtlich so in das Manuskript geschrieben. Solange das von einem CDU-Politiker gesagt wird, ist in der Europapolitik noch viel nachzuholen. Insoweit ist das heute nur ein Anfang.

Ich bin allerdings auch der Meinung, daß manche oberflächliche Unterstützung europapolitischer Forderungen wenig nützt. Das gilt etwa hinsichtlich der gebetsmüh-

lenartigen Wiederholung, man sei für eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments. Wenn Sie dann bei diesen zum Teil respektablen Politikern unserer Partei nachhaken und fragen, welche Rechte hat das Parlament denn schon, welche soll es kriegen, machen Sie oft die Erfahrung, daß selbst diejenigen, die nicht kritisch sind, gar nicht unbedingt mehr Rechte des Europäischen Parlaments haben wollen.

Auf deutsch: man müsse erst wissen, welche Rolle dieses Parlament seit den 70er Jahren in der Haushaltspolitik, seit den 80er Jahren in der Binnenmarktgesetzgebung gespielt hat, um überhaupt beurteilen zu können, was die Vorschläge von Maastricht für den Abbau des Demokratiedefizits bedeuten, d. h. um beurteilen zu können, was ein demokratischeres Verfahren hinsichtlich der Gesetzgebung bedeutet.

Da muß ich – es tut mir leid – Rudolf Luster etwas entgegenhalten. Wenn wir europäische Demokratie aufbauen wollen, wird das nur Schritt für Schritt gehen. Wenn wir warten, bis das ein Abklatsch der Gesetzgebungsrechte des Bundestages ist, werden wir nie hinkommen. Es gibt ja auch andere Parlamente in Europa, deren demokratische Struktur wir nicht in Frage stellen und die andere Rechte haben, jedenfalls nicht in jeder Weise die gleichen wie der Bundestag.

Meine Damen und Herren, in diesem und in vielen anderen Bereichen haben wir als Partei bis zum Kreis- und Ortsvorsitzenden viel Wissensvermittlung nachzuholen, damit wir die europapolitische Diskussion überhaupt sinnvoll führen können. Dann ist es gar nicht so schwer, die Lufthoheit über die Stammtische zurückzuerobern. Man braucht doch nur mit einfacher Sprache für etwas mehr Klarheit zu sorgen.

Ich will nur noch ein Beispiel ansprechen. Alle reden heute vom Europa der Regionen. Das ist gut so. Da besteht Nachholbedarf. Aber wenn ich dann manchen Ministerpräsidenten munter sprudelnd davon reden höre, daß der Regionalrat die dritte gesetzgebende Kammer werden müsse, muß ich natürlich feststellen, daß der, der so redet oder sich so etwas aufschreiben läßt, keine Ahnung davon hat, wie Regionen in anderen EG-Ländern zustande kommen.

In diesen Regionalrat werden die Briten vielleicht einen nationalen Minister schicken, der für irgendeine Region – z. B. für Wales – zuständig ist. Das soll dann eine gesetzgeberische Beteiligung der Regionen sein. In diesem Zusammenhang sage ich: Arbeiten Sie lieber vorerst mit, daß die Rechte des Europäischen Parlaments noch weiter gestärkt werden können.

(Beifall)

Jedenfalls müssen Sie, wenn Sie die Rechte stärken wollen, erst einmal den Vertrag von Maastricht ratifizieren. Dann wird schon ein erhebliches Demokratiedefizit abgebaut. Das reicht noch nicht. Aber wenn es weitergehen soll, muß doch erst einmal dies erreicht werden.

Ich bin für das Europa der Regionen, aber wenn dies absolut gesetzt wird, dann ist dies genauso falsch wie de Gaulles Europa der Vaterländer. Wenn die Diskussion in manchen unserer Bundesländer Ausmaße annimmt, die etwa in der Stimmungslage – Europa wird nur sein, wenn es sozialistisch ist – liegen, dann ist das genauso falsch, als wenn der Eindruck vermittelt wird, Europa wird nur sein, wenn es regionalistisch ist. Wir brauchen die drei Stufen der Entscheidung. Wir brauchen die drei Stufen der Identität. Wir brauchen die Region, die Nation und Europa.

Meine Damen und Herren, wir hoffen, daß der Bundesrepublik die Ratifizierung von Maastricht gelingt. Dafür werden erhebliche Änderungen des Grundgesetzes vorgenommen. Ich denke, daß die vorgesehene Änderung des Art. 23 GG ein hoher Preis für

Maastricht ist. Selbstverständlich ist es notwendig, daß bei weiteren Kompetenzübertragungen die Länder mit zu entscheiden haben, wenn es ihre eigenen Kompetenzen betrifft. Aber das sollen sie auch in Zukunft im Bundesrat, wenn es um reine Bundeskompetenzen geht. In diesem Zusammenhang frage ich mich allerdings, ob denn die nächste Kompetenzübertragung, die wir bestimmt noch brauchen, damit aus der politischen Union, damit aus der gemeinsamen Außenpolitik nun wirklich ein Erfolg wird, wirklich von der dann herrschenden Regierung und Opposition mitgetragen wird oder ob wir damit die Möglichkeit eröffnen, daß eine Mehrheit oppositioneller Landesregierungen so etwas vielleicht verhindert. Offensichtlich ist man bereit, einen sehr hohen Preis für Maastricht durch die Grundgesetzänderung zu zahlen. Aber wir sollten so etwas durchaus kritisch begleiten.

In diesem Sinne meine ich noch einmal unterstreichen zu müssen: Die Auseinandersetzung, die wir brauchen und die wir nicht scheuen sollten, erfordert von uns noch viel mehr Sachkenntnis und selbstverständlich auch noch mehr Engagement. Ich hoffe, daß das heute ein guter Anfang war. – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Danke, Herr Professor Bardong. Als nächste Rednerin hat Tamara Zieschang das Wort. Sie ist stellvertretende Bundesvorsitzende des RCDS.

Tamara Zieschang: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits im Mai 1989 haben wir vom Ring Christlich Demokratischer Studenten ein Plakat lanciert. Es drückt aus, warum wir für die Schaffung eines vereinten Europas eintreten; es wirbt an den Hochschulen für unsere Europaideen. Der Slogan, den wir damals gewählt haben, hat seine Gültigkeit nicht verloren. Er lautet: Es liegt Freiheit in der Luft – Europa.

In der Tat: Europa bedeutet Freiheit. Die Europäische Gemeinschaft ist eine Gemeinschaft freier Menschen, die es ein für allemal abgelehnt haben, sich von chauvinistischen und kollektivistischen Ideologen vorschreiben zu lassen, wie und wo sie zu leben haben.

Es liegt Freiheit in der Luft – Europa. Daran hält der RCDS fest. Deshalb haben wir diesen Slogan jetzt ergänzt. Weil wir für die Freiheit eintreten und weil Freiheit durch und in einem geeinten Europa verwirklicht wird, sagen wir jetzt: Ja zur Freiheit – ja zu Maastricht.

Maastricht ist ein großer Schritt vorwärts auf dem Weg zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Wir haben allen Anlaß, diesen Erfolg offensiv zu vertreten. Wenn ich freilich den Antrag lese, der uns jetzt zur Beratung vorliegt, finde ich wenig, allzuwenig von der Freude über den erzielten Fortschritt. Ich finde allzuwenig von der Begeisterung über die große Aufgabe, die vor uns liegt. Ich will das an einem typischen Beispiel verdeutlichen.

In Antrag A 50 des vorliegenden Europaantrags heißt es – ich zitiere wörtlich –:

> Das Ziel dieser europäischen Verfassung läßt sich nicht mit herkömmlichen Begriffen wie „Staatenbund" oder „Bundesstaat" fassen.

Dieser Antrag soll uns damit vertraut machen, wie wir uns Europa vorstellen.

Anstatt zu beschreiben, wie wir uns das Europa der Zukunft vorstellen und wie es aussehen soll – der Vertrag von Maastricht enthält in diesem Punkt einige konkrete Hinweise dazu –, beschränken wir uns auf eine Negativaussage.

(Beifall)

Ist diese Negativaussage unsere Vorstellung von einem Europa der Zukunft? Wie wollen wir das Vertrauen der Bürger gewinnen, wenn wir ihnen nichts Konkreteres bieten können, als die Abkehr von einer Begrifflichkeit, die bisher – damit verweise ich auf das zum Glück noch gültige Grundsatzprogramm – die unsrige, die Begrifflichkeit der CDU gewesen ist? Glauben wir wirklich, daß wir auf diese Weise die Europabegeisterung wiederbeleben können? Oder laufen wir nicht eher Gefahr, mit diesem Ausdruck der Verlegenheit einer Mißstimmung Vorschub zu leisten, die doch gerade von den Unklarheiten und Undeutlichkeiten lebt, die den europäischen Einigungsprozeß noch immer begleiten?

Was ich an dieser Stelle vermisse, ist das klare und unzweideutige Bekenntnis zum Ziel der Vereinigten Staaten von Europa, wie es in der bisherigen Programmatik immer beschworen worden ist.

(Beifall)

Die Formulierungen dieses Antrags wirken wie eine kleinlaute Zurücknahme der von Christdemokraten lancierten Vision des vereinten Europas. Das kommt mir wie ein Stückchen Verrat an unseren Prinzipien, ein Stückchen Verrat an unserer Vision vor.

Wenn es uns nicht gelingt, unsere Politik in Visionen einzubetten – und die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ist eine großartige Vision –, dann können wir auch keine Zwischenziele wie den Vertrag von Maastricht, vermitteln. Wenn wir uns in juristisch-politikwissenschaftlicher Wortklauberei verzetteln, dann können wir unsere Vorstellungen nicht durchsetzen.

(Beifall)

Wenn wir die Debatte um Europa rein technisch, oft genug rein negativ - man denke nur an die Landwirtschaftspolitik – führen, dann können wir keine Begeisterung erzeugen.

Worum geht es uns also? Es geht um die Wiederbelebung der europäischen Vision. Europa lebt vor allem von seiner Idee, von seiner Bereitschaft, von unserer Bereitschaft, die Zukunft gemeinsam anzugehen – und das nicht erst seit den Referenden in Dänemark, Irland und Frankreich.

So wichtig es ist, daß das Demokratiedefizit im Europäischen Parlament und in den nationalen Parlamenten behoben wird, so wichtig es ist, daß endlich eine Ordnung der Kompetenzverteilung auf der Grundlage des Prinzips der Subsidiarität vorgenommen wird, so wichtig ist es auch, daß langfristige Ziele, daß Visionen aufgezeigt werden.

So, wie sich jeder von uns mit seiner Stadt, seinem Land identifiziert, so gilt es – im weiteren Rahmen – auch eine europäische Identität zu schaffen.

Deshalb bitte ich Sie um ein Bekenntnis. Stellen wir klar, worum es uns geht. Stellen wir klar, wie wir uns Europa vorstellen. Schreiben wir in den Antrag den Satz: Das Ziel der europäischen Verfassung sind die Vereinigten Staaten von Europa'. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Vielen Dank für Ihren engagierten Beitrag. Viel Glück für die Arbeit unserer Studenten im RCDS. Wir freuen uns ganz besonders über das große Engagement des RCDS in der Europapolitik.

(Beifall)

Es spricht jetzt Herr Peter Altmaier vom Landesverband Saar zu uns.

Peter Altmaier: Mein Name ist Peter Altmaier. Ich bin europäischer Beamter in Brüssel und Europareferent im Landesvorstand der CDU Saar. In der Eigenschaft möchte ich ein paar ganz kurze Bemerkungen zu dem machen, was vielleicht noch nicht ausreichend diskutiert worden ist. In den Grenzregionen in Lothringen, im Saarland und in Luxemburg ist die Zustimmung zu Maastricht besonders hoch. Wenn wir aber mit den Menschen dort vor Ort diskutieren, dann stellen wir fest, daß es neben Freude und Zustimmung auch in ganz weiten Bereichen bei sehr Vielen Zweifel, Bedenken und Ängste aufkommen; nicht nur bei denen, die immer schon gegen Europa waren, sondern gerade bei denjenigen, die für Europa sind – gerade bei uns in den eigenen Reihen.

Woran liegt das? Peter Hintze hat gesagt: Wir müssen informieren; wir müssen eine offensive Kampagne führen. Das ist richtig. Ich meine aber, das allein reicht nicht aus. Wir müssen uns fragen, wo die Ursachen dafür liegen, daß ein wichtiger Erfolgsposten unserer Politik bei den Menschen draußen im Lande offenbar mehr Sorgen als Freude und Erleichterung auslöst.

Ein wichtiger Punkt ist: Viele Menschen fühlen sich durch die Veränderungen, die überall vor sich gehen, überfordert. Die deutsche Einheit, das Wegfallen des Eisernen Vorhangs und der Wegfall der Grenzen in Europa lassen Orientierungen wegfallen und Unsicherheiten entstehen. Manche - das müssen wir ansprechen - fühlen sich persönlich in ihrer Existenz gefährdet. Im Saarland müssen beispielsweise Tankstellenpächter ihre Tankstellen schließen, weil das Benzin auf der anderen Seite der Grenze in Luxemburg 50 Pfennig pro Liter billiger ist. Sie werden verstehen können, daß diese Menschen sagen: Ihr seid noch nicht einmal imstande, diese einfachen Probleme in Europa zu lösen. Von uns verlangt ihr aber Zustimmung zu euren viel weiterreichenden glorreichen Projekten der Europäischen Union.

(Beifall)

Ich meine - ich spreche hier bis zu einem gewissen Grade auch aus eigener Erfahrung -, wir müssen das ernst nehmen, was in den letzten Jahren an Vorbehalten gegenüber Brüssel und der europäischen Verwaltung gewachsen ist. Brüssel wird mit einem anonymen zentralistischen und bürokratischen Gebilde gleichgesetzt. Richtlinien, Empfehlungen und Verordnungen regnen scheinbar naturgesetzlich vom Himmel. Die Bürger wissen nicht, wer für welche Entscheidung Verantwortung trägt, wem sie eine bestimmte Richtlinie zu verdanken haben und wen sie abwählen können, wenn die Richtlinie das Problem, das sie eigentlich lösen soll, vielleicht nicht löst, sondern eher noch verschärft. Es kommt hinzu, daß viele nationale Regierungen alle unpopulären Entscheidungen auf Brüssel abwälzen und sagen, in Brüssel habe man sie dazu gezwungen.

Ich meine, ein wichtiger Punkt ist der folgende: Die Menschen haben Angst, daß die Europäische Gemeinschaft nicht imstande ist, die Kompetenzen, die ihr zunehmend zuwachsen, auch wirklich auszufüllen, weil es oftmals Jahre oder Jahrzehnte dauert, bis eine Richtlinie oder eine Verordnung Gestalt annimmt. Deshalb glaube ich, daß die CDU als die deutsche Europapartei, die alle wesentlichen Durchbrüche zur europäischen Einigung zu verantworten hat, diese Kritik aufgreifen und sie ernst nehmen muß.

Ich will in diesem Zusammenhang drei Punkte nennen. Erstens. Wir müssen die Anliegen der Bürger, die persönlich betroffen sind, ernst nehmen und uns zu ihrem Sprachrohr machen.

Zweitens. Wir müssen Entscheidungsprozesse und -strukturen überprüfen, vereinfachen und verbessern. Die Gemeinschaft muß in die Lage versetzt werden, notwendige Entscheidungen zu drängenden Problemen in angemessener Zeit zu treffen.

Drittens und vor allem: Wir dürfen die Entscheidung über die künftige Gestaltung Europas nicht Bürokraten und Verwaltungsbeamten - weder in Brüssel noch in Bonn oder sonstwo - überlassen. Wir müssen vielmehr als Christdemokraten die politischen Leitlinien vorgeben, wie das Europa der Zukunft aussehen soll. Das bezieht sich nicht nur auf den Vertrag von Maastricht, nicht nur auf die Währungsunion, sondern es bezieht sich auch und insbesondere auf die tägliche Arbeit an der europäischen Einigung. Ich würde mir wünschen, daß im Bundesvorstand der CDU nicht nur über Gesetzesvorhaben auf Bundes- und Landesebene diskutiert wird, sondern genauso engagiert über europäische Verordnungen und Richtlinienvorschläge, und auch darüber diskutiert wird, welche deutschen Interessen wahrgenommen und wie sie eingebracht werden können. Ich bin der festen Überzeugung, daß es uns dann, wenn wir dies den Bürgern klarmachen können, gelingen wird, die großen Erfolge, die die CDU im Bereich Europa vorzuweisen hat, endlich auch zu einem Aktivposten unserer Politik zu machen und Zustimmung für die künftigen Schritte hin zur Europäischen Union - und zwar nicht nur Zustimmung von 50 %, sondern bei der breiten Mehrheit unserer Bevölkerung - zu gewinnen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Altmaier.

Zwischendurch möchte ich noch einmal bekanntgeben - weil ich verschiedentlich danach gefragt worden bin -, daß die Frist für die Einreichung von Anträgen zu dem Antrag G 1 des Bundesvorstandes - Gemeinsam Handeln für Deutschland - um 16 Uhr endet. Dies sollte allen klar vor Augen stehen.

Als nächster hat Uwe Greve aus dem Landesverband Schleswig-Holstein das Wort. Ihm folgt Elmar Brok.

Uwe Greve: Liebe Freunde! Meine Vorbemerkung ist kurz. Heute früh wurde mit Recht eine Rüge ausgesprochen, weil Gewählte, deren Wahlergebnis hier vorgetragen wurde, nicht im Saal waren. Ich finde es ebenso schlimm, daß derjenige, über dessen Rede hier im wesentlichen diskutiert wird, nicht anwesend ist. Ich glaube nicht, daß jemand irgendwann hinterher im Protokoll nachliest, was hier heute formuliert wird. Liebe Freunde, ich finde, die Nichtanwesenheit ist eine Mißachtung der Delegierten. Das sollte man hier ganz deutlich formulieren.

(Vereinzelt Beifall)

Konrad Adenauer hat einst fünf Stunden, ich betone: fünf Stunden als 80jähriger auf einem Parteitag ausgeharrt, als seine Rede diskutiert wurde. Ich habe es selbst noch erlebt.

Liebe Freunde, ich möchte drei neue Gedanken vortragen, die heute noch nicht formuliert worden sind und von denen ich meine, daß sie in eine Europadebatte hineingehören.

Erstens. Die geschichtliche Entwicklung Europas, wie wir sie heute diskutiert haben, ist in ihren eigentlichen Facetten noch nicht hervorgetreten. In diesem Jahrhundert sterben gerade die großen übernationalen Konstruktionen. In diesem Jahrhundert - das sage ich als Historiker - ist erstens das Osmanische Reich, das man am Schluß den kranken Mann vom Bosporus nannte, gestorben. Zweitens sind die Donaumonarchie Österreich-Ungarn und sämtliche Kolonialreiche - am Schluß auch das Kolonialreich Sowjetrußland - gestorben. Es sind auch die künstlichen Konstruktionen Jugoslawien und Tschechoslowakei gestorben.

Liebe Freunde, wenn man zur gleichen Zeit eine übernationale Konstruktion baut, muß man logischerweise darüber nachdenken, wie man Fehler solcher Konstruktionen, die in der Weltgeschichte soeben verschwinden, vermeidet. Liebe Freunde, ich möchte Ihnen erläutern, wo der Kernfehler liegt. Der Kernfehler liegt in folgendem Gedanken: Warum fallen diese Reiche auseinander? Die Geschichte wird in Völkern und nicht in Gesellschaften gemacht. Wir haben uns von dem letztgenannten Begriff, einem soziologischen Begriff, infizieren lassen. Die Geschichte wird in Völkern und auch in Nationen, nicht aber in Gesellschaften gemacht. In diesem Jahrhundert sieht es so aus, daß solche Konstruktionen wie Jugoslawien gerade deshalb zusammenbrechen, weil die nationalen Identitäten nicht genügend berücksichtigt wurden. Wir erleben jetzt, daß eine neue Konstruktion aufgebaut wird. Wir wollen sie alle. Es geht nicht um die Frage des Ob, sondern um die Frage des Wie. Wenn wir jetzt eine neue Konstruktion aufbauen, dann müssen wir - ich betone dies noch einmal, weil es ein Kerngedanke ist - den vernünftigen Teil des Nationalgedankens in diese europäische Konstruktion einbauen. Sonst werden wir übermorgen genau dasselbe Auseinanderbrechen erleben, das wir in Sowjetrußland bei der dortigen künstlichen Konstruktion derzeit erleben. Alles Gesunde und Gute muß wachsen; es kann nicht gemacht werden.

Ich weiß nicht, ob jemand die sowjetrussische Geschichte so weit kennt, daß er weiß, daß Stalin im Jahr 1925 eine große Rede gehalten hat, in der er die Ausbreitung des Rubels auf alle 14 damals von Rußland beherrschten Staaten als irreversibel dargestellt hat. Das Wort „irreversibel" habe ich heute schon ein paarmal gehört. Wir müssen Konstruktionen also wachsen lassen. Wir können sie nicht einfach machen. Alles Gemachte provoziert übermorgen Gegenreaktionen. Übermorgen würden wir sonst einen neuen Nationalismus in Europa, einen negativen, einen schlimmen Nationalismus haben, wenn wir das Natürliche und Positive des Nationalgedankens nicht einbauen. Ich habe den Vertrag von Maastricht gelesen. Ich glaube, das haben nicht viele getan, weil es eine mühselige Lektüre ist und weil es sich aus meiner Sicht um eine sprachlich zum Teil sehr verwunderliche Konstruktion handelt, die uns vorgelegt worden ist. Genau diese Konstruktion enthält Elemente, die das Vernünftige der Nation beseitigen und übermorgen das Unvernünftige provozieren. Lesen Sie es bitte nach.

(Zurufe)

Ich habe leider nur eine kurze Redezeit. Sonst würde ich Ihnen hier eine halbe Stunde lang Beispiele anführen.

Zweiter Punkt, liebe Freunde: Was beunruhigt denn die Menschen hier in Deutschland an diesem Europa jetzt am meisten? Es beunruhigt sie u. a. die Tatsache, daß die Grenzöffnung zu einer Zeit erfolgt, in der Wanderungsbewegungen und Kriminalität die Menschen in einem ungeheuren Ausmaß bedrohen. Ich weiß nicht, ob Sie die „Welt" gelesen haben. Dort stand vor wenigen Wochen ein Leserbrief eines Arztes aus der Pfalz. Er schrieb, man würde mit der Grenzöffnung in Europa vorsichtiger sein, vorsichtiger mit einer Grenzöffnung, wie sie jetzt zum 1. Januar 1993 gewollt werde, wenn man die Politiker in den Sicherheitsstatus des Normalbürgers in Deutschland versetzte.

Hier, liebe Freunde, liegen die Ängste. In diesem Gedankengang liegen die Ängste der Bürger. Wenn wir diese Ängste nicht ernst nehmen, werden sich die Menschen wider unseren Willen rechtsradikalen Parteien zuwenden.

(Zustimmung)

Hinter diesem Reden vom Abbau der Grenzen steht ein falscher Liberalismus. Es gibt eine liberalistische Dominanz in einer Zeit, in der wir nicht mehr geistig führen. Obwohl sie abgedankt hat, hat die Linke immer noch die geistige Führung. Wir üben geistige Führung nicht kraftvoll aus. Jene, die es könnten, bekommen oft gar nicht die Chance, die entsprechenden Dinge zu entwickeln und zu formulieren.

(Beifall)

Wenn Grenzen wirklich so spießig wären, wie es hier auch heute in einer Rede dargestellt worden ist, wären wir alle Spießer, denn wir alle schließen am Abend unsere Wohnungstür ab. Liebe Gäste, wir alle tun das! Das heißt, eine Grenze ist etwas ganz Natürliches. Unnatürlich ist es, wenn die Grenze so geschlossen ist, daß man als freier Mensch nicht heraus und nicht wieder hinein kann. Aber daß j e d e r hereinkommen kann – z. B. unter einem gewissen Stichwort, das Sie alle kennen –, das befürchten die Bürger, und ich sage: Wir müssen solche Dinge ernst nehmen, wenn wir eine Partei bleiben wollen, die mehrheitsfähig ist.

(Zustimmung)

Das sind die Sorgen der Bürger, und ich wünschte, daß der Kanzler gerade diesen Gedanken hier einmal gehört hätte. Denn gerade ein Bundeskanzler ist wie viele unserer Politiker durch die Bodyguards so weit abgehoben vom Sicherheitsbild der Bevölkerung, daß oft gar nicht gespürt wird, wo die Lage den Bürgern auf den Nägeln brennt, liebe Freunde.

(Beifall)

Das ist doch die Realität!

Ein letzter Gedanke, der aus meiner Sicht ebenfalls von großer Bedeutung ist: Wir sind die Europa-Partei. Das ist hier x-mal formuliert worden. Aber sind wir uns auch darüber klar, daß es in diesem Europa auf vielen Feldern Entartungen gibt? Ich will das an einem Bild darstellen, das bisher noch keine Rolle gespielt hat. Wir haben auf diesem Kontinent eines nicht, was im Grunde eine der notwendigsten Konstruktionen wäre: Wir haben kein europäisches Flugleitsystem. Wir haben 12 Computersysteme, die zum Teil nicht einmal kompatibel sind. Aber wir haben eine Verordnung über Karamelbonbons, die fast 39 Seiten umfaßt. Die wichtigste Frage ist dort, wie man den Stiel, der aus Holz ist, mit dem Bonbonteil verrechnet, der aus Zucker ist.

Liebe Freunde, das sind doch Konstruktionen, die auf uns zurückfallen, weil wir die Europa-Partei sind. Wir müßten sagen: Jetzt korrigieren wir diese Dinge, und jetzt wird Europa dort gemacht, wo wir es brauchen, in der Außenpolitik, in der Verteidigungspolitik. Wir brauchen es bestimmt nicht auf jenen Feldern, die wir heute genannt haben, wo zum Teil bis zur Erbärmlichkeit Regelungen produziert worden sind. Ich nenne noch einmal das Beispiel der Apfelgröße.

(Zustimmung)

Führen Sie sich doch bitte vor Augen, daß es auch in Deutschland noch Kinder gibt. Nach der Apfel-Verordnung der EG müssen die Äpfel, die Kinder gerade noch in der Hand halten können, versaftet werden. Ich weiß nicht, ob Sie die großen Äpfel schon einmal einem kleinen Kind in die Hand gegeben haben.

Damit will ich deutlich machen: Auf uns fällt das alles zurück, weil wir die Europa-Partei sind, und deshalb ist es – das sage ich ganz deutlich – jetzt notwendig, daß wir bei diesen Korrekturen, vom Volke aus gesehend, intensiv ansetzen.

Lieber Elmar Brok, Sie sitzen schon in den Startlöchern; und ich weiß, daß darauf jetzt eine sehr schöne Antwort kommen wird, auf die ich leider nicht mehr antworten kann. Aber eines möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen, und das ist mein Kerngedanke: Die Geschichte vollzieht sich über alle Jahrtausende hinweg, die wir zurückverfolgen können, in Völkern. Wer Konstruktionen sucht, die darüber stehen, muß mit äußerster Sensibilität – einer Sensibilität, die den Vertrag von Maastricht nicht kennzeichnet – darauf achten, daß sich die Menschen durch diese Konstruktion nicht gefährdet fühlen; denn dann ergibt sich eine Ausartung in das Negativbild des Nationalismus.

Die Konstruktion von Maastricht, wie sie sich jetzt zeigt, ist eine Konstruktion, die dazu neigt, die nationalen Grundinteressen auf manchen Feldern nicht in der gleichen Intensität zu sehen, wie ich es hier formuliert habe – mit allen gefährlichen Folgen, die sich damit verbinden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Ottfried Hennig, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Greve. – Ich möchte nur ein kurzes Wort zu unserem Bundesvorsitzenden sagen: Nach meinen Beobachtungen hat Helmut Kohl bereits wesentlich länger als fünf Stunden auf diesem Parteitag gesessen.

(Zustimmung)

Daß der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zwischendurch auch ein paar andere Dinge erledigen muß, findet meines Erachtens unser Verständnis.

(Beifall)

Ob das auch für alle anderen 13 Mitglieder unseres Präsidiums gilt, kann ich nicht beurteilen. Ich möchte mich aber besonders herzlich dafür bedanken, daß Christa Thoben, unser Generalsekretär Peter Hintze und Volker Rühe als Mitglieder des Präsidiums hier bei uns sitzen.

(Beifall)

Vielleicht schaut der eine oder andere auch noch bei uns vorbei; das findet dann unsere volle Zustimmung.

(Zustimmung)

Ich höre, auch Frau Merkel ist im Saal; dann gilt das für sie in gleicher Weise.

Liebe Delegierte, ich möchte jetzt gerne mit Ihrer Zustimmung die Rednerliste schließen. Wir haben noch sechs Wortmeldungen, die wir bis 13 Uhr abwickeln können. Etwa um 13 Uhr wird dann die allgemeine Aussprache zum Bereich A geschlossen. Stimmen Sie dem zu? – Es erhebt sich kein Widerspruch; damit haben wir entsprechend beschlossen. – Nächster Redner ist Elmar Brok.

Elmar Brok: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß Herr Greve mit Recht auf eine Reihe von Sorgen und Ängsten der Bevölkerung hingewiesen hat. Es wäre völlig falsch, wenn wir diese Sorgen und Ängste ignorieren würden. Aber ich meine auch, daß es eine Aufgabe der Christlich Demokratischen Union ist, daß wir in den Fällen, in denen Ängste unberechtigt sind, versuchen, sie durch Informationen abzubauen. Denn Ängste entstehen oftmals auf Grund nicht ausreichender Informationen, und man darf sie nicht dadurch noch verstärken, daß man allgemeine Thesen in den Raum stellt.

(Zustimmung)

Mir scheint, daß das eine unverantwortliche Haltung wäre.

Daß man die Konstruktion der europäischen Integration mit dem sowjetischen Gewaltstaat oder mit früheren Kolonialsystemen vergleicht, ist eine unglaubliche Haltung gegenüber 40 Jahren christlich-demokratischer Politik seit Konrad Adenauer.

(Zustimmung)

Hier geht es um einen Zusammenschluß auf freiwilliger Ebene – mit der Zustimmung der Völker, mit der Zustimmung der nationalen Parlamente –, und es geht darum, daß wir unter Wahrung der nationalen Identität das Notwendige tun, damit Europa in der Zukunft nicht zu einer Marginalie der Geschichte wird.

Der Gipfel von Birmingham hat hier, glaube ich, Klarheiten geschaffen, Klarheiten in dem Sinne, daß er eine Definition vorgenommen hat und daß man eine gemeinsame Vereinbarung von Europäischem Parlament, Ministerrat und Kommission erreichen will – die beiden anderen Organe haben zugestimmt –, um deutlich zu machen, was eben nicht europäische Aufgabe ist. Es ist dort deutlich gemacht worden, daß die Nationalstaaten und die nationale Identität auch in einem geeinten Europa ihre Rolle behalten werden und behalten müssen und daß dies eine bedeutende Aufgabe sein wird. Das heißt, Herr Greve, Sie müssen die Texte lesen und dann entsprechend Stellung nehmen. Nach meinem Zwischenruf, Sie sollten Beispiele nennen, sind Sie nicht auf diese Beispiele zu sprechen gekommen. Ich möchte gerne, daß diese Beispiele genannt werden.

Wir sollten auch dies sehen: Es ist doch in Europa eine wirkliche Tragödie gewesen, daß wir Deutschen in den Jahrhunderten des Nationalstaates mit unserer relativen Größe und mit unserer geographischen Lage immer in Schwierigkeiten gekommen sind.

Wir waren Schlachtfeld und Schachbrett der anderen. Und als wir, der zu spät gekommene Nationalstaat, ausbrechen wollten, war dies in diesem Jahrhundert für uns und für ganz Europa eine Katastrophe. Das ist doch die Lehre der Geschichte, daß wir nicht mehr allein in der Mitte dieses Kontinents stehen wollen, sondern daß wir mit den anderen verbunden sein wollen, damit aus dieser Isolierung nicht wieder eine Katastrophe für unser Land entsteht. Das ist doch die wahre Lehre der Geschichte, auf die wir mit Maastricht zu antworten versuchen.

Lassen Sie mich auch eine Bemerkung zu dem Thema der Grenzöffnung machen. Natürlich bestehen hier Ängste. Aber auch ohne Öffnung der Binnengrenzen haben wir die Asylantenflut, gibt es ungeheure Drogenmengen, gibt es die Mafia. Sollten wir nicht vielleicht erkennen, daß wir dies eben nicht mehr nationalstaatlich lösen können? 80 Prozent der Drogen, die von Holland nach Deutschland in kleinen Mengen kommen, sind vorher in großen Mengen über Deutschland nach Holland gegangen.

Deswegen sagt man in Maastricht und im Schengener Abkommen zu Recht: Es geht darum, daß wir die Außengrenzen der Gemeinschaft entscheidend stärker kontrollieren, damit dieses Zeug gar nicht mehr nach Deutschland und nach Europa hereinkommen kann, damit unsere Kinder nicht den Drogen anheimfallen. Das ist die Antwort. Wir können doch nicht internationale Drogenbanden bekämpfen, indem wir mit den nationalstaatlichen Instrumenten des vorigen Jahrhunderts dagegen vorgehen. Wir müssen sie auch international, europaweit, durch EUROPOL - wie der Bundeskanzler hier ausgeführt hat - bekämpfen, um eine Chance gegen diese ungeheuren Banden zu haben, die allein in diesem Jahr im Drogengeschäft 800 Milliarden DM umsetzen werden.

Was über Karamelbonbons gesagt wurde, sind die üblichen Argumente, wenn es durch deutsche Zeitschriften gauweilert. Wir müssen sehen: Dies sind fast ausschließlich Beispiele aus der Zeit vor dem Binnenmarkt, vor der Einheitlichen Akte von 1987. Hier wird mit Argumenten aus einer Harmonisierungszeit der Gemeinschaft gearbeitet, die nach dem Binnenmarktkonzept und dem Grundsatz vorging: Alle Produkte, die in einem der Mitgliedsländer erlaubt sind, sind automatisch in jedem anderen Mitgliedsland erlaubt, es sei denn, Gründe des Gesundheitsschutzes oder des Verbraucherschutzes sprechen dagegen. Diese Beispiele stammen alle aus jener Zeit.

Bitte kommen Sie auch nicht mit unehrlichen Argumenten, die mit der Gegenwart der Gemeinschaft nur noch am Rand etwas zu tun haben. Das schließt freilich, wie der Birminghamer Gipfel bestätigt hat, nicht aus, daß wir weiterhin gegen Zentralismus in Europa und überall vorgehen sollen. Halten wir uns vor Augen, daß die Europäische Gemeinschaft in all ihren Institutionen einschließlich der Dolmetscher und Übersetzer weniger Mitarbeiter als die Stadt Köln hat! Da frage ich mich manchmal, wo der Zentralismus und die Bürokratie stecken. Auch da sollten wir ein bißchen ehrlich sein.

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung. Wir sollten uns auch vergegenwärtigen, was an diesem Wochenende in Litauen passiert ist. In Litauen – unser Freund Karl-Josef Laumann war dort – hungern die Menschen, sind die Wohnungen kalt. Doch das Ergebnis ist gewesen, daß die alten Kommunisten wieder die stärkste Partei geworden sind. Ähnliches werden wir bei der einen und anderen Wahl in Zentraleuropa und in Osteuropa bald aufs neue erfahren. Diese Situation kann sich auch auf Rußland ausdehnen. Erleben wir womöglich, daß die große Chance der Freiheit, die sich 1989, 1990 aufgetan hat, an den realen Verhältnissen scheitert?

Deutschland hat für diese Länder in den letzten zwei Jahren 58 Prozent aller Hilfe der OECD-Mitgliedstaaten gegeben, die USA haben nur 4 Prozent gegeben.

Infolge der engeren Bindung in Europa und auch deswegen, weil wir die europäische Finanzierung stärker nutzen, sollten wir andere in die Solidarität für die Entwicklung Mittel- und Osteuropas hineinnehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Darüber sollten wir mehr abwickeln. Ich weise auf den Initiativantrag A 120 hin, wo dieser Gedanke steht. Mehr europäisches Engagement bedeutet, daß Deutschland nicht 58 Prozent, sondern 28 Prozent zu tragen hat, und Großbritannien nicht wie bisher 8 Prozent, sondern 18 Prozent.

Ist es nicht so: Wir in der Mitte des Kontinents sind am meisten auf eine friedliche Entwicklung in Mittel- und Osteuropa angewiesen. Über die Europäische Gemeinschaft und über die Instrumente von Maastricht werden wir in die Lage versetzt, die anderen mit in die Solidarität hineinzubekommen. Wenn wir auf diese Instrumente verzichten, kommen die anderen nicht in die Solidarität hinein, und dann geraten wir in der Mitte dieses Kontinents wieder in ganz, ganz große Schwierigkeiten.

Wir sollten nicht zu kurz springen und keine kurzzeitigen nationalen Thesen äußern, wenn wir doch gleichzeitig feststellen, daß diese nationalen Thesen in Wirklichkeit gegen unser nationales Interesse verstoßen. Wir sollten unser nationales Interesse nüchtern definieren. Dieses Interesse bedeutet, daß wir für Maastricht und für die europäische Integration einzutreten haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Es sind noch sechs Beiträge für die allgemeine Aussprache angemeldet, und zwar von Christian Schede vom RCDS, Herrn Dr. Klaus

Zeh, von Rolf Berend, von Hedwig Keppelhoff-Wiechert, von Franz Josef Leikop und Karl-Heinz Hornhues.

Ich bitte diese sechs Rednerinnen und Redner um ihr Einverständnis mit meiner Bitte, zu versuchen, ihre Beiträge auf fünf Minuten zu beschränken, ohne daß wir die Redezeit formal begrenzen müssen.

Dann sind wir gegen 13.00 Uhr mit der allgemeinen Aussprache zu Ende und können uns im Fahrplan weiterbewegen. Wir wickeln dann die Reden zu einzelnen Nummern der Änderungsanträge zu den Vorschlägen des Bundesvorstands ab. Bisher liegen dazu sieben Wortmeldungen vor. – Ich bitte Christian Schede vom RCDS, nun das Wort zu ergreifen.

Christian Schede: Herr Bundeskanzler! Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Haben Sie herzlichen Dank, daß Sie mir Gelegenheit geben, als junger Mensch, der voll Begeisterung und Idealismus für Europa streitet, auf einen Punkt hinzuweisen, der sehr wohl Zweifel an der europapolitischen Entschlossenheit der CDU aufkommen läßt.

Wir gewinnen mit Europa, aber nur dann, wenn wir mit begrifflicher Klarheit dort, wo es möglich ist, scharfe Konturen schaffen.

Das Grundsatzprogramm der CDU spricht von dem Ziel der Herausbildung eines europäischen Bundesstaates. Dieses Ziel soll nun offenkundig vernebelt und verschleiert werden. Angeblich ist unser bisher gültiges Ziel für Europa mit dem traditionellen Begriff eines Bundesstaates nicht mehr zu fassen.

Als Begründung hört man zuweilen: Wir nehmen damit auf die Sorgen der Bürger Rücksicht. Die Bürger hätten vor der Vision eines europäischen Bundesstaates Angst.

Das ist ein äußerst bedenklicher Ansatz. Auf die Sorgen der Menschen einzugehen und sich um das, was sie bewegt, zu kümmern, bedeutet, ihnen das zu bieten, was die meisten suchen, nämlich Klarheit und Orientierung in einer immer komplexeren Welt. Das heißt auch: Wir verzichten nicht auf den europäischen Bundesstaat als ein ausgesprochen politisches Ziel der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Auf die Sorgen der Menschen einzugehen, das muß heißen, ihnen zu sagen: Wir wollen eine bundesstaatlich organisierte Union europäischer Staaten, damit wir die Zukunft auch mit Blick auf Jugoslawien klar und zielstrebig gestalten können.

Natürlich ist es oft schwer, zu sagen, wohin dieser historische Einigungsprozeß uns letztlich im Detail führt. Die bisherige Europäische Gemeinschaft war schon auf Grund ihrer Gesetzgebungsbefugnisse weit mehr als ein großer Staatenbund.

Wer nun davor zurückschreckt, die Europäische Union als europäischen Bundesstaat zu begreifen, muß sich fragen lassen, ob er nicht in Wahrheit weit hinter Maastricht zurück will oder jedenfalls über Maastricht nicht hinaus will.

(Beifall)

Die CDU muß sich noch mehr fragen lassen. Wieso wird diese Grundsatzposition geräumt und damit ein Einfallstor für einen möglichen Europarückschritt geöffnet? Gibt es etwa Kräfte, die insgeheim sogar hinter Maastricht zurück wollen? Will man vielleicht sogar die unterstützen, die scheinbar eine Perspektive eröffnen, aber in Wirklichkeit die Auflösung der Bundesrepublik Deutschland und einen kleinstaatlichen Staatenbund in Europa wollen, der nur noch aus europäischen Regionen besteht?

Oder will man den antieuropäischen Populisten durch unklare Formulierungen in den Parteipapieren weniger Angriffsflächen bieten, meine Damen und Herren? Das wäre ein ganz fataler Ansatz.

(Beifall)

Damit bewirken wir nämlich genau das Gegenteil, wenn wir ein begriffliches Vakuum schaffen, das nur dazu einlädt, daß andere und nicht wir es ausfüllen. Andere, das sind diejenigen, die mit „Esperantogeld-Psychosen einfach nur Stimmung machen.

(Beifall)

Die Menschen suchen nach begreifbaren Ecken und Kanten in der Politik. Wir antworten ihnen ohne jede Not mit der Relativierung des bislang klar Definierten. Unsere politischen Gegner arbeiten mit populistischen Zuspitzungen, und wir wundern uns darüber, daß unseren wohlabgerundeten und diplomatisch geschliffenen Formulierungen keiner mehr wirkliche Orientierungskraft zutraut. Es darf nicht dazu kommen, meine Damen und Herren, daß die CDU in den hoffentlich ungerechtfertigten Verdacht gerät, sie flüchte sich in allgemeine Formulierungen aus Angst, einer konkreteren Zielbestimmung würden die Menschen nicht mehr folgen.

Wir gewinnen mit Europa, wenn wir uns dazu durchringen, den Änderungsanträgen aus Bonn, Osnabrück-Land und Berlin – A 51, 54 und 46 – zuzustimmen, kein Wischiwaschi, sondern ein klares Bekenntnis zu einer bundesstaatlich organisierten Union europäischer Staaten.

Schließlich noch als letztes: Wenn Sie, liebe Delegierte, uns jungen Menschen im Umfeld der Union, die z.B. im Ring Christlich-Demokratischer Studenten an den Hochschulen schwierigste Überzeugungsarbeit für Europa leisten, den Traum von den Vereinigten Staaten von Europa nehmen, dann nehmen Sie uns auch eine Vision, deretwegen wir hier mit dabei sind, nämlich mit Ihnen ein Europa der Zukunft aufzubauen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Bernhard Sälzer: Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Christian Schede! Es ist für uns sicherlich alle sehr erfreulich, daß der RCDS einer der erfolgreichsten politischen Kräfte und an den Hochschulen selbst, meine Damen und Herren, was häufig in Vergessenheit gerät, der stärkste politische Studentenverband seit über 30 Jahren ist, kontinuierlich geblieben ist. Ich glaube, auch das sollte uns ein Stück Mut machen, wenn wir an die Zukunft denken. Dafür, meine Damen und Herren vom RCDS, ein ganz herzliches Dankeschön und die besten Wünsche für Ihre schwierige Arbeit an den deutschen Universitäten und Hochschulen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, als nächster spricht unser Freund Dr. Klaus Zeh aus Thüringen. – Bitte schön, lieber Herr Zeh!

Dr. Klaus Zeh: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich mir die Rednerliste heute und hier zum Thema „Europa" anschaue, dann fällt mir auf, daß nur sehr wenige aus Ostdeutschland hier zu Ihnen gesprochen haben. Ich bin auch draußen im Gang und vor kurzem in Brüssel darauf angesprochen worden, daß wir im Osten Deutschlands, was die europäische Einigung angehe, wenig Neigung hätten, uns darauf einzulassen und uns dafür zu öffnen. Wir wollten im Osten doch sicherlich wohl nur unsere D-Mark haben, und das sei es dann wohl gewesen. Wir wollten unsere Urlaubsreisen überallhin unternehmen und dort mit der D-Mark winken können, und dann sollte uns die Welt zu Füßen liegen, was uns mit der Ost-Mark nur schwerlich gelingen konnte.

Nein, meine Damen und Herren, so einfach ist das nicht. Eines ist richtig: Die Geschwindigkeit der Einheit, die Umstellung auf neue Lebensumstände in allen Bereichen des Lebens in Ostdeutschland lassen uns manchmal die Puste ausgehen. Dennoch ist die europäische Einigung auch für uns eine entscheidende Dimension.

Lassen Sie mich einen kleinen Exkurs in die Zeit der Wende machen! Ich selbst komme aus der Bürgerbewegung, und ich habe an den programmatischen Grundsätzen des Demokratischen Aufbruchs mitgearbeitet. Bereits im Oktober 1989 haben wir uns Gedanken darüber gemacht, wie es denn so wäre mit der Einigung Deutschlands und Europas. Aus der Analyse der Fluchtbewegung über Ungarn und die Tschechoslowakei, aus der Flut der Ausreiseanträge hat sich eine ganz erstaunliche Schlußfolgerung ergeben. Diese Bewegung ist unserer Ansicht nach damals weitestgehend auch dadurch beeinflußt gewesen, daß die Signale aus Westeuropa auf Einigung standen. Das hieß auch für uns Ostdeutsche: Wenn sich Westeuropa einigt, wird in Osteuropa eine weitere Zwangsvereinigung verordnet werden, und dann bleibt unser Teil Deutschlands außen vor. Sie ersehen daraus, daß die Einigung Deutschlands dann wahrscheinlich auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden würde. Viele meiner Mitbürger hatte damals bereits eine gewisse Panik und Angst erfaßt. Daraufhin war uns natürlich folgendes klar: Die Frage, ob wir uns programmatisch der Einigung Deutschlands und der Einigung Europas stellen könnten, hieß für uns einfach, wenn sich Europa rund um Deutschland herum einige, könne es doch wohl nicht angehen, daß sich ausgerechnet Deutschland nicht einige. Uns war damals schon klar, daß die westeuropäische Einigung auch ein Motor und Katalysator für die Wende in Ostdeutschland und in Osteuropa überhaupt war.

Aus dieser Grundhaltung heraus haben wir damals in Thüringen in der „Allianz für Deutschland" zum Wahlkampfthema gemacht: „Thüringen – unsere Heimat, Deutschland – unser Vaterland und Europa – unsere Zukunft."

(Beifall)

Ich möchte hinzufügen: Europa ist unsere Chance. Denn wir haben in Osteuropa erkannt: Für uns gibt es einen untrennbaren Zusammenhang zwischen der deutschen und der europäischen Einigung. Wenn also zwischen beiden ein untrennbarer Zusammenhang besteht, dann ist die deutsche Einigung für mich die Nagelprobe für die europäische Einigung überhaupt. Wenn der Solidarpakt zur finanziellen, wirtschaftlichen und geistigen Einigung gelingt, dann wird auch die europäische Einigung gelingen, dann meistern wir auch die Herausforderung durch die osteuropäischen Probleme. Für uns ist die europäische Einigung eine Chance. Sorgen wir dafür, daß auch die deutsche Einigung eine Chance für Europa wird! – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernhard Sälzer: Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Zeh! – Es ist zwar keine Regie des Tagungspräsidiums, aber als nächster hat sich ein weiterer Freund aus den neuen Bundesländern, Rolf Berend gemeldet. – Bitte schön, Herr Berend!

Rolf Berend: „Europa war ein Traum von wenigen. Es wurde eine Hoffnung für viele und ist heute eine Notwendigkeit für alle, ja, eine Notwendigkeit und kein notwendiges Übel." – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde! Das sagte vor mehr als 35 Jahren Konrad Adenauer zum Thema „Europa".

Ich bin ein Vertreter aus den neuen Bundesländern und einer der 18 Beobachter. Der Begriff „Beobachter" ist heute hier schon oft gefallen. Vielleicht ergeht es Ihnen

genauso wie den Parteifreunden daheim an der Basis, die fragen: „Was macht ihr 18 denn eigentlich in Brüssel oder Straßburg? Guckt ihr da nur, oder was ist eure Aufgabe?"

Meine Damen und Herren, um das einmal klarzustellen: Wir haben zwar kein Stimm- und Wahlrecht im Plenum, wir haben zwar kein Rederecht im Plenum. Aber wer sich im Parlamentarismus ein wenig auskennt, der weiß, daß die Hauptarbeit eines Parlaments in den Ausschüssen und in der Fraktion geleistet wird. Hier sind wir 18 aus den neuen Bundesländern bei der Entscheidungsfindung aus ostdeutscher Sicht wesentlich beteiligt. Somit erfüllen wir, wie ich meine, unsere Aufgabe im Europäischen Parlament.

Es war, liebe Freunde, eine Glücksstunde für Deutschland, als am 3. Oktober 1990, am Tag der deutschen Einigung, auch 18 Vertreter aus den neuen Bundesländern von der Volkskammer ins Europäische Parlament entsandt und wenige Monate später vom Deutschen Bundestag bestätigt wurden. Aber es gilt auch darauf hinzuweisen – das können wir als CDU mit Stolz auch draußen verkaufen –, daß das nur deshalb möglich war, weil sich die Einigung nach Artikel 23 des Grundgesetzes vollzogen hat.

Sonst ginge es uns nicht so, wie uns jetzt zumute ist.

Liebe Freunde, daß es eine Glücksstunde war, wird auch deutlich, wenn man uns, die neuen Bundesländer, mit osteuropäischen Staaten vergleicht – mit Polen, mit Ungarn und auch mit der Tschechoslowakei –, die ja die gleiche Vergangenheit hatten wie wir, mit denen wir 40 Jahre in einer Schicksalsgemeinschaft lebten. Ich entsinne mich ganz genau; als Vaclav Havel vor gut einem Jahr in der Fraktion der Europäischen Volkspartei sprach und uns vorne sitzen sah, da sagte er – nicht ganz neidlos – mit einem Blick auf uns: Eigentlich hatten wir ja die gleiche Vergangenheit; Sie sitzen jetzt schon als Vertreter Ihrer Länder im Europäischen Parlament; wir sind bestrebt, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit wir frühestens im Jahre 2000 Mitglied dieser Gemeinschaft werden können. – Das gilt es unseren Leuten daheim in den neuen Bundesländern bewußt zu machen, liebe Freunde: daß das für uns echt eine Glücksstunde war!

Europa ist ja bei der deutschen Einigung kein Hindernis, wie viele meinen. Als wir 1989 in den neuen Bundesländern in der friedlichen Revolution Losungen riefen, war eine Losung unter anderen auch die: ein einheitliches Deutschland in einem vereinigten Europa. Die Einigung Deutschlands haben wir erreicht, und damit sind viele in den neuen Bundesländern zufrieden. Der zweite Schritt interessiert sie nur weniger, – verständlich, weil sie von anderen Problemen mehr beansprucht werden; das ist richtig. Aber wir dürfen diesen zweiten Gedanken der Einigung Europas nicht aus dem Auge verlieren, auch nicht aus der Sicht der neuen Bundesländer.

Geld ist nicht alles und wirtschaftliche Hilfe auch nicht. Aber für die neuen Bundesländer sind sie derzeit eben das Wichtigste. Hier gilt es unseren Leuten an der Basis auch klarzumachen, liebe Freunde, daß Europa auch in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht die neuen Bundesländer ganz wesentlich unterstützt. Ich nenne mal eine Zahl: Von 1991 bis 1993 bekommen wir, die sechs neuen Länder, aus den Strukturfonds der Europäischen Gemeinschaft 3 Milliarden Ecu gleich 6 Milliarden DM als Wirtschaftshilfe. Die Milliarden sprechen sich so lax aus, aber ich rufe ins Gedächtnis: Als vor einigen Jahren die Ex-DDR einmal einen Milliardenkredit bekommen hat, da haben ein halbes Jahr lang in der Ex-DDR die Glocken geläutet. Und wenn wir heute 3 Milliarden Ecu gleich 6 Milliarden DM allein von der Europäischen Gemeinschaft bekommen, dann wird das so mir nichts dir nichts hingenommen! Hierauf gilt es aufmerksam zu machen, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch einmal unsere Landräte und Bürgermeister aufrufen, die ja in den Genuß dieser Mittel kommen, z.B. beim Aufbau der Gewerbegebiete. Warum erscheint auf den großen Schildern, die man in den neuen Bundesländern am Rande der Gewerbegebiete sieht, nicht auch eine Zeile, in der steht: „Hier wird mit Mitteln aus dem Europäischen Strukturfonds investiert; 50 % dieser Mittel kommen aus Brüssel"? Damit würde dem Bürger doch auch klargemacht: Brüssel ist nicht irgendein entferntes bürokratisches Gebilde, sondern ein Mittel, das auch beim Aufbau der neuen Bundesländer hilft.

(Beifall)

Ich glaube, ich verrate nicht zuviel, wenn ich als Mitglied im Regionalpolitischen Ausschuß des Europäischen Parlaments sage, daß ja auch vorgesehen ist, daß man es bei diesem 3-Milliarden-Kredit nicht beläßt, sondern daß bis 1997 im Rahmen des Delore-2-Pakets die neuen Bundesländer in die Ziel-1-Region hineinkommen. Das heißt, sie gehören damit zu den am meisten geförderten Gebieten in der Europäischen Gemeinschaft. Das bestätigt wieder, daß Europa kein Hindernis in der deutschen Einigung ist, sondern beim Aufbau behilflich ist.

Ich möchte Sie aufrufen und Sie um Transparenz bitten: an der Parteibasis mitzuhelfen, den Europa-Gedanken unseren Bürgern näher zu bringen. Denn Europa hilft uns allen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben Rolf Behrend herzlich gedankt. Erlauben Sie mir, daß ich noch etwas nachschiebe: Von unseren 18 Beobachtern aus den neuen Bundesländern gehören neun der CDU/CSU-Gruppe an, eine Frau und acht Kollegen. Sie leisten eine ungeheuer gute Arbeit, am Anfang zum Teil unter ganz schweren Bedingungen, weil sie nur bedingte Hilfestellung bekommen konnten. Wir sind glücklich, daß wir die Arbeitsbedingungen verbessern konnten. Aber noch dankbarer sind wir für diese Arbeit, die unsere Kollegin und die acht Kollegen leisten. Bitte, gestatten Sie, daß ich den neun auch an dieser Stelle ganz herzlich dafür danke.

(Beifall)

Als Vorletzte – aber nun wirklich nicht Letzte – in dieser Aussprache hat das Wort die Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes, Hedwig Keppelhoff-Wiechert.

Hedwig Keppelhoff-Wiechert: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte mich heute morgen ganz bewußt als Europa-Abgeordnete zurückgehalten, weil ich das Programm auch so verstanden habe, daß heute die Basis zu Wort kommen soll und daß wir miteinander Probleme diskutieren. Ich sage Ihnen mal ganz kurz meinen Eindruck als Europa-Abgeordnete des Münsterlandes, den ich in den letzten Wochen und Monaten gewonnen habe:

Ich habe in der Tat den Eindruck, daß wir uns als Europa-Abgeordnete mitten im Wahlkampf befinden. Viele Veranstaltungen laufen, und ich habe das Gefühl, daß wir zu sehr über die Köpfe der Bürger hinweg diskutieren. Es ist uns fast nicht mehr möglich, in kurzen, einfachen, verständlichen Worten der Bürgerschaft nahe zu bringen, was denn mit Maastricht gemeint ist. Ist Maastricht mehr als eine Stadt in Holland? Das wissen ja selbst auf dem Prinzipalmarkt in Münster viele nicht zu beantworten, – behaupte ich. Was steht in den Maastrichter Verträgen?

Ich werde sehr oft gefragt: Warum scheuen wir denn bei uns die Volksabstimmung, warum gehen wir nicht so mit der Sache um? Ich will dies heute nicht aufbereiten, weil ich schon der Meinung bin, daß der deutsche Weg da der richtige ist.

Aber wir müssen doch für unser Land festhalten, daß die Deutschen kreuz und quer durch Europa reisen, europaweit und weltweit essen und trinken, was der Markt hergibt. Nur, wenn sie dann wieder zu Hause sind, gehen sie mit einer hohen Sensibilität an europäische Themen heran, beispielsweise Liberalisierung des Marktes, Anerkennung, Verbraucherschutz und ähnliche Fragen.

Ich persönlich bin der Meinung, daß wir Papiere zu Europa reichlich auf dem Markt haben. Was wir aber nicht genügend haben, sind verständliche Texte, womit auch Sie als Delegierte zu Hause in Ihren Organisationen arbeiten können.

(Zustimmung)

Ich sage mal etwas locker – Sie verstehen das hoffentlich richtig –: Wer schon eine Papierallergie hat, der sollte beim Thema Europa besser nicht mehr mitmachen. Papiere haben wir genug. Gefragt sind vermehrt einfache Antworten für komplizierte Zusammenhänge. Ich stehe dafür ein und beweise das – so hoffe ich – zu Hause in Veranstaltungen auf vielfältige Weise, daß das möglich ist.

Die Mißstimmung ist ja nicht verwunderlich, wenn die Bürger nur Negativ-Meldungen bekommen und Negativ-Meldungen das Bild beherrschen. Da bin ich bei den großen Bezirken, die die Europa-Abgeordneten abzuarbeiten haben. Wenn wir nicht stärker die Unterstützung der großen Medien bekommen, dann werden wir das nicht schaffen. Wir haben hervorragende Unterstützung bei den lokalen Zeitungen. Ich sage mal volkstümlich: wir tingeln von einer Veranstaltung in die andere und kriegen dann auch gute Texte. Aber insgesamt schaffen wir das Thema nur, wenn die großen Medien dieses Thema bürgerfreundlicher herüberbringen. – Diskussionsbedarf ist vorhanden.

Ich werde in den Abendveranstaltungen gefragt: In welcher Weise hängt unser Wohlstand von Europa ab? Ich werde ganz ängstlich gefragt: Können wir unseren sozialen Standard behalten? Was ist denn mit den kurzen Arbeitszeiten und mit den hohen Löhnen, mit den langen Urlaubszeiten? Ich antworte den Ablehnenden: Was ergäbe sich für Deutschland, wenn wir die Schotten dichtmachen würden? Ziehen wir doch einen Kreis darumherum.

Ich möchte meinen Beitrag gerne mit einem Appell an Sie alle schließen. Knüpfen Sie enge Kontakte mit den Gruppen auch im vorparlamentarischen Raum; ich glaube – das sage ich abschließend als Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes –, wir laufen in der Partei Gefahr, daß wir uns zu sehr nur mit den Leuten unterhalten, die wir im Grunde nicht sonderlich bekehren müssen. Wir sollten die Berührungsängste, und zwar auf beiden Seiten, stärker abbauen. Ich sage in Abendveranstaltungen oft: Wir unternehmen im Moment eine Gratwanderung. Immer mehr Menschen sehen ihren privaten Bereich, ihren Arbeitsplatz, aber sie lehnen die Verantwortung für die Gesellschaft ab. Sie wollen sich in ihrer Freizeit amüsieren, sie wollen frei sein, sie wollen unbeschwert sein, sie wollen sich zurücklehnen oder die Welt vielleicht im Fernsehsessel beklagen. Ich denke, wir müssen ihnen auch deutlich machen, daß der Kegelclub nicht ihre Lobby in Bonn und Brüssel ist und daß sie sich sehr wohl mit den Parteien und ihren Programmen auseinandersetzen müssen. Aber resignieren wir nicht. Europa ist so spannend, daß wir dieses wichtige Thema nicht den Politikern allein überlassen dürfen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Keppelhoff. Aber wir brauchen sie dabei schon ein bißchen.

Als letzter in der allgemeinen Aussprache hat der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Hornhues, das Wort.

Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man als letzter in der generellen Aussprache spricht, muß man in der Regel bekennen, daß einem nichts Neues mehr einfällt, jedenfalls nicht allzuviel. Deswegen lassen Sie mich nur noch einmal ein paar Punkte aufgreifen, die mir persönlich besonders wichtig zu sein scheinen.

Ich glaube – das ist schön –, aus allen Beiträgen, die bisher auf diesem Parteitag geleistet worden sind, sprach der unbedingte Wille, Europa weiterzuentwickeln, Europa weiterzubauen und mit diesem Prozeß nicht auf halbem Wege aufzuhören. Das, glaube ich, unterstreicht mit Nachdruck den ersten Satz von Helmut Kohl heute morgen: Wir sind die Europa-Partei. – Dies war nicht nur irgendein leeres Wort.

Das zweite, was mir in allen Diskussionsbeiträgen auffiel – mir geht es ja genauso –, ist, daß die Sorge und die bange Frage geäußert wurde: Wie konnte es eigentlich passieren, daß wir, die wir doch immer so begeisterte Europäer waren – die anderen waren ja auch nicht so heftig dagegen –, wenn man sich die Umfragen ansieht, wohl bei uns Probleme haben, den Weg nach Europa zu gehen? Dazu ist heute morgen sehr viel Nachdenkliches, sehr viel Wichtiges gesagt worden. Ich hoffe, daß wir uns alle miteinander tatsächlich einmal die Protokolle daraufhin ansehen, was da konkret auf- und abgearbeitet werden muß.

Ich möchte ein Wort aufgreifen, das Heinz Eggert gestern geprägt hat. Er hat mit Blick auf das Geld so schön gesagt: Wer Geld haben will, sollte bei sich selber anfangen. Wer die Frage beantwortet haben möchte, was wir für die Akzeptanz bezüglich unseres Weges nach Europa noch tun können – wie genau wir ihn noch definieren müssen im Großen und im Detail –, der möge bereit sein, nicht immer mit dem Finger auf andere zu zeigen, sondern der möge im Sinne von Heinz Eggert sagen: Fangen wir einmal bei uns selber an. Der möge sich fragen: Wo haben wir in der Vergangenheit vielleicht Fehler gemacht?

Wir haben es uns ein bißchen bequem gemacht, indem wir das eine oder andere Thema nach Brüssel abgeschoben haben. Ich gestehe zu: Wir haben das getan; ich jedenfalls habe es getan. In mancher Versammlung war man manchmal ganz froh, wenn man sagen konnte: Ja, ich bin ja nicht in Europa usw.

Wir müssen uns aber auch konkret fragen, wo wir jetzt stehen und was man tun kann. Wir haben uns diese Frage in der Bundestagsfraktion gestellt, und wir sind noch damit beschäftigt. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die Zusammenarbeit mit den Kollegen in Straßburg gut ist. Aber sie ist nicht so gut, daß sie nicht noch besser werden könnte. Sie muß vor allen Dingen weniger grundsätzlich sein; sie muß dafür konkreter, handfester und praktischer werden.

Wir sind zum zweiten zu dem Ergebnis gekommen, daß wir wohl auf Dauer, wie immer man Europa jetzt definieren mag – Vereinigte Staaten von Europa, Union, oder wie auch immer Europa als Zielbeschreibung definiert sein mag – damit leben werden, daß es auf der einen Seite das Europäische Parlament mit seiner Kompetenz – ich hoffe, sie wächst – gibt und daß auf der anderen Seite die Bundesregierung und die Regierungen der Länder stehen. Wir müssen uns fragen: Haben wir Abgeordnete des Bundestages uns in der Vergangenheit hinreichend der Mühe unterzogen, das Vorgehen der eigenen Regierung, und zwar bevor sie irgend etwas unterschreibt, so zu kontrollieren, damit wir uns nachher auch in Ruhe in unsere Beschwernisse ergehen können? Unsere Antwort hieß bisher – ich muß dies gestehen –: Wir können da mehr tun. Wir haben bisher nicht genug getan. Deswegen sind wir damit beschäftigt, nicht nur dem Bundesrat mehr Mitbestimmungsrechte im Grundgesetz

einzuräumen, sondern, indem wir uns selber in die Pflicht nehmen, einen Unionsausschuß ins Grundgesetz zu schreiben, der dem Parlament als Vertreter und Sprecher des Volkes – von diesem ist er ja schließlich gewählt – mehr Pflichten auferlegt, aber auch Rechte einräumt, sich konkret in die Gestaltung Europas einzumischen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht könnte sich die Bundesregierung dabei auch noch einmal überlegen, ob sie sich nicht noch ein bißchen besser koordinieren könnte. Der eine oder andere weiß vielleicht, daß ich persönlich es gar nicht für schlecht hielte, wenn man das eine oder andere Ministerium abschaffen und dafür ein Europa-Ministerium schaffen würde. Das wäre auch ein Zeichen dafür, daß man manches ernster nimmt. Das wäre sicherlich auch ein Beitrag, den man leisten könnte.

Meine Damen und Herren, ich habe mich an sich aus einem ganz anderen Grunde zu Wort gemeldet. Bei all den Diskussionen, die wir heute geführt haben und auch weiterhin führen werden, in denen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie man welches Recht wohin bringen kann, wie man welches Detail gestalten kann – das alles sind unglaublich wichtige Fragen –, habe ich eine tiefe Sorge. Diese Sorge kam heute morgen in einer kurzen Überschrift in der „Welt" zum Ausdruck. Dort steht: „Vaclav Havel: Der Westen kann mit seinem Sieg nichts anfangen." – Ich gestehe, daß ich, wenn ich zurückblicke – das war der Grund, mich zu Wort zu melden –, sagen muß: Wir haben uns sehr viel mit uns selbst beschäftigt, mit unserem Europa. Nur ganz selten wurde erwähnt, daß sich dieses Europa so entscheidend geöffnet und geändert hat, daß wir uns intensiver damit als vielleicht mit der Frage beschäftigen müssen, wie wir welches parlamentarische Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht ausüben. Dies müssen wir schnell erledigen, damit wir uns voll auf die Frage konzentrieren können, was wir tun können, um den jungen Demokratien östlich von Deutschland, östlich von unserem bisherigen Europa, zu helfen, daß sie das bleiben, was sie sein wollen, nämlich Demokratien, und daß sie mit uns zusammen in Europa leben können.

Heute morgen standen in den Zeitungen die Ergebnisse der Wahl in Litauen zu lesen. Dort gab es einen Sieg der Ex-Kommunisten. Die Wahl in Rumänien hat ergeben, daß die Ex-Kommunisten gesiegt haben. Die Berichte aus Rußland lauten: Jelzin vor dem Sturz; die Ex-Kommunisten kommen wieder. Dann muß man sich fragen lassen – das müssen wir uns auch fragen lassen –, ob wir hinreichend mitten im Thema sind, wenn wir uns hier in den Antragsberatungen mit manchen Fragen sehr detailliert beschäftigen. Wir müssen uns danach vielleicht irgendwann einmal vorwerfen lassen, daß wir vor lauter Beschäftigung mit dem Detail – wer welches Recht bekommt, wer welches Stück vom Kuchen abbekommt, wie Europa genau heißen soll – das versäumt haben, was wir hätten tun müssen, um dieses Europa insgesamt zu einem Europa der freien Menschen zu machen. – Danke schön.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Charly Hornhues.

Wir kommen jetzt zu den konkreten Anträgen des Bundesvorstands und zu den Abänderungsanträgen. Wir beraten zunächst Ziff. 1 des Antrages A 1 des Bundesvorstandes. Dieseumfaßt auch die Abänderungsanträge A 1 bis A 7. Zu diesem gesamten Block liegt eine Wortmeldung vor, und zwar die von Herrn Dr. Walter Hostert. Bitte begründen Sie Ihr Anliegen, Herr Dr. Hostert.

Ich darf schon jetzt sagen, daß erst wieder zu Ziff. 4 eine Wortmeldung vorliegt. Es ist die Wortmeldung von Herrn Erich Fritz. Ich bitte Sie, sich schon bereitzuhalten. Sodann liegen erst wieder Wortmeldungen zu Ziff. 6 vor. Das betrifft die Frage „Bundesstaat" oder „Staatenbund". – Bitte schön, Herr Dr. Hostert.

Dr. Walter Hostert: Meine Damen und Herren! Die Diskussion heute morgen über den Text der Antragskommission zu Punkt A 7 hat noch keine Berücksichtigung gefunden. Auch dieser ist mit dem gesamten Paket A 7 dahingehend diskutiert worden, daß z.B. in der Frage der Regionalisierung des zukünftiges Europas erhebliche Defizite in der Vorstellung und auch in der Richtlinie bestehen. Die Landesregierung, die in dieser Stadt residiert, definiert schlicht und einfach: Regionen im europäischen Sinne sind die Länder.

Die Bundesländer insgesamt sind der gleichen Auffassung. Hier gibt es keinen Unterschied zwischen CDU- und SPD-regierten Ländern. Das bitte ich zu beachten.

Im Leitantrag findet diese Auffassung ihre Stärkung, nämlich: Die Rechte der deutschen Länder dürfen nicht ausgehöhlt werden, sondern müssen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt werden.

Zu den Anträgen, die dazu gestellt worden sind, greift die Antragskommission das in diesem neuen Vorschlag auf und baut das ein, was hier moniert worden ist: das Defizit bei der kommunalen Selbstverwaltung.

Hierzu möchte ich einen Vorschlag machen, nicht nur als Person, sondern auch für viele, die heute morgen dazu gesprochen haben. Ich selbst bin Landrat des Märkischen Kreises, eines der ganz großen Kreise der Bundesrepublik, nicht weit weg von hier, in Westfalen liegend. Ich schlage vor, folgenden Text zu beschließen, den die Antragskommission redaktionell einbauen möchte – das ist in der Kürze der Zeit etwas schwierig –:

> Die Bundesregierung wird aufgefordert, die in der Bundesrepublik Deutschland praktizierte traditionelle kommunale Selbstverwaltung gemäß Art. 28 des Grundgesetzes in der zukünftigen Verwaltungsstruktur Europas zu erhalten.

Begründung: Es gibt zwei Dinge, die wir in diese Struktur einbringen können. Das eine ist die föderalistische Struktur, und das andere ist die kommunale Selbstverwaltung. Für meine Begriffe müßte beides gleichrangig nebeneinandergestellt werden. Um die Unsicherheit, die auch in der Definition des Vorschlages der Antragskommission drinsteckt, auszuräumen, schlage ich der Versammlung den eben genannten Text im Namen zahlreicher kommunaler Mandatsträger vor. Wir dürfen ein großes Verwaltungsgut, das auf den Freiherrn von Stein zurückgeht, nicht so leichtsinnig preisgeben. Wir möchten das gesichert sehen.

Ich bitte um Annahme meines Vorschlages zur Einarbeitung. Von Antrag kann ich nicht mehr sprechen, da die Antragsfrist dazu abgelaufen ist.

(Vereinzelt Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Herr Dr. Hostert, schönen Dank. Sie haben schon selbst gesagt, daß es ein Vorschlag ist. Wir müssen uns einfach an bestimmte Fristen halten, wenn wir Anträge ordnungsgemäß bearbeiten wollen.

Herr Dr. Hostert, mein Angebot ist folgendes: Seien Sie so freundlich und reichen Sie Ihren Vorschlag schriftlich ein. Wir würden ihn im Bundesfachausschuß Europapolitik behandeln und Sie als Gast einladen. Denn die Antragskommission konnte sich mit diesem Antrag nicht mehr beschäftigen, wir auch nicht. – Danke schön, daß Sie damit einverstanden sind.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Ziffer 1 des Leitantrags des Bundesvorstandes in der geänderten Fassung der Antragskommission. Damit sind auch die Anträge A 1 bis A 7 behandelt. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 1 einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 2. Dazu gehören die Abänderungsanträge A 8 bis A 24. Die Antragskommission hat eine Neuformulierung vorgeschlagen, die Sie auf Seite 5 der Antragsbroschüre finden. Zur Ziffer 2 liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen also zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zur Ziffer 2 folgen will, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 3. Den Antrag des Bundesvorstandes finden Sie auf Seite 8. Dazu gehören die Abänderungsanträge A 25 bis A 28. Auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Wer der Fassung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Damit kommen wir zur Ziffer 4 mit den Abänderungsanträgen A 29 bis A 40. Sie finden das auf den Seiten 9 bis 11. Hierzu liegt die Wortmeldung von Herrn Erich Fritz vor. Bitte schön, Herr Fritz.

Erich G. Fritz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag A 36. Ich will zwei Gedanken vorwegschicken. Wir haben heute soviel über die Schwierigkeiten gehört, Europa als Thema überzubringen. Wir haben in unserem Kreisverband den Antrag des Bundesvorstands mit jungen Leuten diskutiert. Das, was wir an Anträgen eingebracht haben, ist das Ergebnis dieser Diskussionen. Wir sind auf alles andere als Europamüdigkeit gestoßen: auf große Informiertheit und großes Engagement.

Ein Hauptpunkt der Kritik am Antrag und an den Verhandlungen der Maastrichter Verträge sowie an der Diskussion darüber war, daß die Nationalstaaten nach Ansicht dieser jungen Leute nicht mehr die Legitimation für das sein können, was auf Grund der Maastrichter Verträge an Qualitätsänderungen in Europa geschieht. Es wurde darüber diskutiert: Was kann man da tun? Der erste Vorschlag lautete: Volksabstimmung wie in Frankreich. Das ist verworfen worden, und zwar deshalb, weil man der Meinung war, das ist nichts anderes als eine nationale Legitimation.

Dann ist in die Diskussion die Frage eingebracht worden: Wie geht es mit dem Europäischen Parlament weiter? Hat dieses Parlament überhaupt die Chance, irgendwann einmal von den Regierungen das Recht zu bekommen, eine wirkliche Volksvertretung mit allen Rechten und Pflichten zu sein? Es bestand große Skepsis. Deshalb war die Mehrzahl der Teilnehmer der Meinung, daß das Europäische Parlament – wie es in der Parlamentsgeschichte in Europa nicht selten war – an irgendeiner Stelle den Verfassungskonflikt wagen muß. Eine solche Möglichkeit bestünde darin, daß das Europäische Parlament im Gegensatz oder unter Duldung der Nationalstaaten eine Volksabstimmung über die Zukunft der Gemeinschaft z.B. in Verbindung mit Europawahlen abhält.

Das Ganze hat also zwei Komponenten: die nationalstaatliche Legitimation durch eine Volkslegitimation zu ersetzen und an dieser Stelle klarzumachen, wer eigentlich den Auftrag hat, Europa zu gestalten: das Europäische Parlament.

Ich bitte, daß Sie dem Votum der Antragskommission nicht folgen, sondern dem Antrag A 36 zustimmen.

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Das Wort hat die Antragskommission.

Dr. Ursula Braun-Moser, Antragskommission: Ich danke für den Vorschlag. Aber die Antragskommission steht zu unserem Grundgesetz, das bei uns eine Volksabstimmung nicht vorsieht. Ich muß sagen, die Europawahl ist eine Art Volksabstimmung.

(Vereinzelt Beifall)

Da können Sie ganz normal Ihre Meinung sagen. Wir haben mit der CDU als Europapartei im nächsten Bundestagswahlkampf europapolitische Themen. Da können Sie Ihrer eigenen Partei sagen: Das ist unsere Meinung. Aber wir können kaum zusätzlich eine Volksabstimmung zur Wahl machen. Wir Abgeordnete sind froh, daß wir eine Urwahl haben, eine direkte Wahl der Abgeordneten. Das haben wir durchgesetzt. Dort können alle Bürger ihre Meinung kundtun. Das ist der Sinn der Wahl.

(Vereinzelt Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir stimmen zunächst über den Antrag des Kreisverbandes Dortmund ab. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer dem Votum der Antragskommission zum Antrag A 36 folgen will, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. Wer stimmt gegen das Votum der Antragskommission, also im Sinne der Antragsteller? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Antrag A 36 bei wenigen Gegenstimmen abgelehnt.

Wir können jetzt insgesamt über die Ziffer 4 in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Enthaltungen und wenigen Gegenstimmen ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt die Ziffer 5 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Abänderungsanträge A 41 bis A 49 und der Abänderungsantrag A 121.

Wer Ziffer 5 in der Fassung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Ziffer 6. Dazu spricht als erster Peter Kittelmann.

Peter Kittelmann: Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Wenn Sie sich Ziffer 6 Abs. 2 in der Fassung des Bundesvorstandes und dann leicht verändert der Antragskommission durchlesen und sich an unsere gemeinsame europäische Zielvorstellung erinnern, dann ist das ein Grund zum Nachdenklichwerden. Ich möchte nicht ganz so hart formulieren wie Christian Schede – aber Formulierungen von Jugendlichen haben es in sich –, der für den RCDS sagte, hier werde versucht, Populisten durch unklare Formulierungen zu beruhigen. Das ist die eine Möglichkeit.

Ich persönlich wünsche mir mehr, daß wir hier Grundsatztreue vor Zeitgeist respektieren.

(Beifall)

Deshalb möchte ich den Bundesvorstand und die Antragskommission, die ja insgesamt auf dem richtigen Kurs sind, wieder ein klein wenig auf den Pfad der Tugend zurückführen und Sie bitten, dem Antrag A 51 des Landesverbandes Berlin zuzustimmen. Dabei möchte ich hinzufügen, daß diesem Antrag des Landesverbandes Berlin folgender Satz aus dem Antrag des Bundesvorstands angefügt werden sollte: „Entscheidend ist die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft dort, wo sie handeln muß."

Dadurch wird vielleicht insgesamt zum Ausdruck gebracht, daß wir auf unserem Wege zu einem gemeinschaftlichen Europa durchaus sehen – das ist ja eine langfristige Zielvorstellung –, daß es Vergleichbares in der Form bisher nicht gibt. Aber etwas, was man unklar formuliert, kann man auch nicht im vorpolitischen Raum und gegenüber uns selber klarmachen. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung des Antrages A 51 des Landesverbandes Berlin, ergänzt um den einen Satz. – Schönen Dank.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Dr. Klaus Schüle.

Dr. Klaus-Thomas Schüle: Meine Damen und Herren, ich spreche zum Antrag A 52 und A 46 des Bezirksverbands Südbaden. Wir haben uns klar dafür ausgesprochen, an der Forderung nach einem europäischen Bundesstaat festzuhalten.

In der jetzigen Situation, in der Unsicherheit in der Bevölkerung über den weiteren Weg der Einigung Europas besteht, müssen wir für eine klare Sprache sorgen. Aber es geht nicht nur darum, sprachlich klar zu bleiben, sondern wir müssen auch ehrlich zugeben, daß wir weiterhin bereit sind, Kompetenzen an Europa abzugeben. Das können wir mit dem Begriff europäischer Bundesstaat gut ausdrücken.

Weil die Forderung der CDU Südbadens mit der des Landesverbandes Berlin weitgehend übereinstimmt, werden wir diesem Antrag zustimmen und unseren insoweit zurückstellen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Dr. Pöttering.

Dr. Hans-Gert Pöttering: Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Bei diesem Antrag – ich sage das als jemand, der oft Mitglied einer Antragskommission war, manchmal auch als Vorsitzender – geht es nicht um irgendeinen Antrag. Ich habe selten mit einer so inneren Überzeugung einem Vorschlag der Antragskommission widersprochen, wie ich das jetzt tue.

Liebe Freunde, die Überschrift über diesem Kapitel lautet „Die Europäische Union: subsidiär, föderal" - ich übersetze es jetzt einmal mit meinen Worten: also bundesstaatlich –, "demokratisch". Wir haben eben in der Ziffer 5, über die der Präsident Bernhard Sälzer abstimmen ließ, beschlossen: „Wir wollen die Europäische Union subsidiär, föderal und demokratisch gestalten."

Nun steht in der Ziffer 6, zu der ich für den Kreisverband Osnabrück-Land spreche: „Das Ziel dieser Europäischen Verfassung läßt sich nicht mit herkömmlichen Begriffen wie „Staatenbund" oder „Bundesstaat" fassen." Meine Freunde, hier liegt nicht nur ein Widerspruch zu dem vor, was wir gerade unter Ziffer 5 beschlossen haben, sondern hier liegt auch ein Widerspruch zu unserer gesamten Programmatik vor, wie wir sie als CDU Deutschlands und Europäische Volkspartei bisher beschlossen haben.

(Beifall)

Ich widerstehe in aller Ernsthaftigkeit diesem Versuch, nicht zu sagen, was wir wollen, indem wir schreiben, daß das, was wir wollen, weder mit Staatenbund noch mit Bundesstaat zu umschreiben ist. Und das, was wir wollen, ist der Europäische Bundesstaat.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich bin einigermaßen stolz darauf – vielleicht ist das etwas übertrieben; zufrieden –, daß die CDU des Landkreises Osnabrück so etwas sein konnte wie eine kleine Brücke zwischen den politisch sicher bedeutsamsten deutschen Städten, nämlich zwischen Bonn und Berlin. Wir haben uns gestern nämlich darauf verständigt, daß wir im Interesse der Sache den Antrag unserer Berliner Freunde akzeptieren, d. h. daß wir darüber abstimmen, um so den europäischen Bundesstaat wieder in unsere Programmatik hineinzubringen, und die Formulierung der Antragskommission ablehnen.

Liebe Freunde, weil es sich um ein wichtiges Thema handelt, darf ich in aller Kürze an unsere Überzeugung erinnern, wie wir sie in Jahrzehnten in Programmen dargestellt haben. Grundsatzprogramm Ludwigshafen 1978: „Unser Ziel ist die Herausbildung eines demokratischen europäischen Bundesstaates." Dann das Programm der Europäischen Volkspartei, deren Präsident Wilfried Martens so lange bei uns war und wohl auch noch ist: „Wir halten an dem endgültigen Ziel des europäischen Einigungswerkes fest, nämlich an der Umwandlung der Europäischen Union in eine europäische Föderation, also in einen europäischen Bundesstaat eigener Art." – eigener Art, selbstverständlich – so wie Robert Schuman ihn schon in der Erklärung vom 9. Mai 1950 verkündet hat.

Liebe Freunde, auf dem ersten Bundesparteitag, der nach der Einheit Deutschlands in einem der neuen Budnesländer stattgefunden hat, nämlich im vergangenen Dezember in Dresden, haben wir mit einer ziemlich großen Mehrheit beschlossen – das war ein Antrag des Kreisverbandes Osnabrück-Land –: "Unser Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa als europäischer Bundesstaat."

Der Vertreter des RCDS hat eben gesagt, er sei auch wegen dieser Vision Europa als europäischer Bundesstaat in die CDU eingetreten. Es gibt viele, die so fühlen und denken wie der Freund vom RCDS. Deswegen: Lassen Sie uns, die wir als Partei, als CDU immer Kurs gehalten haben gegen den schärfsten Widerstand nahezu aller deutschen Parteien – auch bei der Einheit Deutschlands –, auch jetzt bei der europäischen Einigung Kurs halten. Lassen Sie uns festhalten an unserem Ziel der Vereinigten Staaten von Europa als europäischen Bundesstaat.

(Beifall)

Lassen Sie mich, liebe Freunde, eine letzte Bemerkung machen. Es war für mich eine der glücklichsten Erfahrungen – Herr Bundeskanzler, ich weiß, daß Sie derjenige sind, der uns Europaabgeordnete mehr als jeder andere unterstützt –, daß wir im Europäischen Parlament für die Einheit Deutschlands immer eine gewaltige, eine über 90%ige Mehrheit hatten, weil wir vom Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen und aller Europäer gesprochen haben. Dann kamen aber diese Mißtöne aus einigen Hauptstädten. Ich brauche Gott sei Dank nicht so diplomatisch zu sein wie der Herr Bundeskanzler, der heute morgen von einer gewissen Dame sprach. Warum hatte Maggie Thatcher ihre großen Schwierigkeiten mit der Einheit Deutschlands? Weil sie in den Kategorien des 18. und 19. Jahrhunderts dachte, in den Kategorien des Gleichgewichts in Europa, das nicht eingeschränkt werden dürfe; Großbritannien müsse diese bedeutende Rolle auch auf dem europäischen Kontinent spielen.

Diese Überzeugung des 18. und 19. Jahrhunderts eines Gleichgewichts in Europa, die im 20. Jahrhundert zweimal zur Katastrophe geführt hat, d.h. so etwas wie ein Staatenbund oder weniger darf doch nicht unser Zukunftsmodell sein.

Unser Zukunftsmodell muß sein: eine Europäische Union, die föderal strukturiert ist, die demokratisch legitimiert ist. Sie allein ist die Grundlage für Frieden, Freiheit und Einheit unseres Kontinents.

(Beifall)

Lassen Sie uns deswegen für den Antrag 51 unserer Freunde aus der deutschen Bundeshauptstadt Berlin stimmen. Darum bitte ich Sie.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich in der Tat glaube, daß das, was hier jetzt in der Diskussion steht – mitten in einem historischen Prozeß in Deutschland – eine der wichtigsten Fragen ist. Ich weiß natürlich auch, daß wir eine sehr deutsche Diskussion führen,

(Zurufe: Das kann man wohl sagen!)

nämlich eine Diskussion über einen historischen Prozeß bis zum letzten Ende und bis ins feinste Detail, obwohl der Prozeß noch in vollem Gange ist. Ich weiß, daß das, was ich jetzt sage, viele diplomierte Europäer und natürlich auch viele examinierte Staatsrechtler nicht erfreut, aber ich bin dennoch für einen Kompromiß, und zwar für den Antrag A 51 des Berliner Landesverbands.

(Beifall)

Warum? Es wäre für mich leichter, wenn wir hier in einem Staatsrechtsseminar wären. Aber ich habe heute früh eine verständliche Sprache in Europa angemahnt. Das Mißverständnis, mit dem wir gegenwärtig zu tun haben, zeigt sich unter anderem darin, daß viele Leute fragen: Kann ich in einem vereinten Europa noch Bayer sein? Nehmen wir ruhig dieses Beispiel. Man könnte auch sagen: Pfälzer oder Niedersachse.

Die Leute fragen auch: Kann ich dann noch Deutscher sein? Die Sorgen um die eigene Identität hat eine große Rolle bei dem Referendum in Frankreich und noch mehr in Dänemark gespielt. Das, was wir als Gewinn empfunden und verstanden haben, nämlich die europäische Staatsbürgerschaft, hat sich in der Diskussion gegen die europäische Einigung gekehrt. Die Leute haben das zum Teil so verstanden: Dann darf ich nicht mehr Däne sein. Es wurde gefragt: Kann Dänemark ein Königreich bleiben? All dies waren Fragen bei der Diskussion um das dänische Referendum.

Ich bin dafür, daß wir den historischen Prozeß beschleunigen und mit wachen Sinnen begleiten. Heute morgen habe ich versucht, meine Vorstellungen als einen Dreiklang zu umschreiben. Meine Heimat ist beispielsweise die Pfalz. Aber Deutschland ist unser Vaterland und Europa unsere gemeinsame Zukunft. Damit ist auch die Kulturgemeinschaft der Europäer gemeint. Ich glaube nicht, daß sich Europa so einfach durch eine begriffliche Definition festlegen läßt, die aus dem nationalstaatlichen Denken stammt.

(Beifall)

Eine Vertreterin des RCDS sagte vorhin: „Bundesstaat" oder „Staatenbund". Was uns geschadet hat, als wir in Frankreich für ein Ja beim Referendum warben – ich konnte das sehr gut beobachten –, war ein Vergleich, den ich von Winston Churchill und von Konrad Adenauer übernommen habe; viele andere haben das auch getan. Winston Churchill hat im Frühjahr 1946 in seiner großen Rede in Zürich zum erstenmal von dem Bau der Vereinigten Staaten von Europa gesprochen. Konrad Adenauer hat diesen Begriff übernommen. Ich habe das unzählige Male gesagt.

Das läßt aber ein falsches Bild entstehen; denn es erinnert an die Vereinigten Staaten von Amerika. Texas und Kalifornien sind Einzelstaaten, aber es sind Einzelstaaten im Rahmen der USA. Es gilt die amerikanische Verfassung. Das ist eine völlig andere Situation, als wenn ich hier in Düsseldorf über die Stellung Nordrhein-Westfalens im vereinten Europa spreche. Die Bürger hier in Nordrhein-Westfalen sagen: „Das Rheinland oder Westfalen sind meine Heimat. Ich bin deutscher Bürger, und zwar unter dem Dach des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland." Später gibt es

sicher auch eine europäische Verfassung. Deswegen müssen wir nicht heute mitten im Fluß der Entwicklung bereits bis zum letzten einen Terminus festlegen. Ich finde, die Berliner haben einen klugen – vielleicht staatsrechtlich nicht bis ins Detail ausgefeilten – Vorschlag gemacht. Ich bitte, ihn zu unterstützen.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Herr Göhner, Sie haben das Wort.

Dr. Reinhard Göhner: Liebe Parteifreunde, ich glaube, daß die Frage, die wir hier diskutieren, eine wichtige Frage ist. Dabei müssen wir uns in der Tat über die Begrifflichkeiten klar werden, weil die Begrifflichkeiten Auskunft über die Ziele, die wir dabei verfolgen, geben.

Ich finde, in der Formulierung des Antrags der Antragskommission ist zutreffend vorgegeben, worauf es ankommt. Es kommt darauf an, daß die Europäische Union subsidiär und föderal gestaltet wird und Zuständigkeiten, Souveränität und Kompetenzen braucht und von den nationalen Mitgliedstaaten übertragen bekommt, damit sie handlungsfähig ist und damit sie eine Rechtsgemeinschaft ist, also selbst Recht setzen kann.

Für entscheidend – und das bedeutet ein Stück Korrektur gegenüber unseren bisherigen Programmatik – halte ich das, was der Bundeskanzler hier soeben gesagt hat. Er sagte, wir möchten es eben nicht mit herkömmlichen Begriffen bezeichnen, die, wenn man sie exakt betrachtet, diesen Zielen nicht gerecht werden. Diese umschreiben auch nicht das, was wir wirklich wollen. Der herkömmliche Begriff eines Staatenbundes trägt nicht, weil wir die Europäische Union mit Souveränitäten ausstatten wollen, weil wir sie als Rechtsgemeinschaft verstehen. Der herkömmliche Begriff des Bundesstaates paßt überhaupt nicht, weil er völkerrechtlich bedeuten würde, daß die Mitgliedstaaten keine Völkerrechtssubjekte mehr wären. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft müßten aus NATO und UNO ausscheiden. Deshalb ist es wichtig – wie in dem Antrag von Berlin betont –, daß man sich nicht auf diese herkömmlichen Begriffe stützt. Das bundesstaatliche Element, das in einer in dieser Form insgesamt angestrebten Lösung gemäß der Berliner Formulierung liegen könnte, muß darauf abheben – so wie dies auch in der Formulierung der Antragskommission niedergelegt ist –, daß wir diese Europäische Union mit einer eigenen Souveränität wollen. Wir wollen eine Abtretung und Übertragung dieser Souveränität von den Mitgliedstaaten auf die Europäische Union. Deshalb halte ich die Korrektur, die wir hier gegenüber der Programmatik, die Freund Pöttering hier vorgetragen hat, vornehmen, für wichtig.

Eines muß uns klar sein, liebe Freunde: Subsidiär und föderal heißt nicht Aufgabe von Völkerrechtsqualität der jeweiligen nationalen Mitgliedstaaten. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernhard Sälzer; Tagungspräsidium: Ich will mit meinem ganz einfachen politischen Urteilsvermögen jenseits juristischer Kenntnis sagen, daß, wenn ich Herrn Göhner richtig verstanden habe, er dem Bundeskanzler insoweit zustimmt, daß er die Annahme des Antrags von Berlin durchaus empfiehlt.

(Beifall)

Herr Eisel, Sie haben das Wort.

Dr. Stephan Eisel: Wenn Sie Herrn Göhner richtig verstanden haben, lieber Herr Tagungspräsident, dann hat er versucht, den Vorschlag des Bundeskanzlers in der ihm eigenen Art und Weise zu interpretieren.

(Beifall)

Deshalb halte ich auch an meiner Wortmeldung fest. Ich will zunächst für den Kreisverband Bonn sagen, daß wir unseren Antrag A 54 zugunsten des Antrags A 51 von Berlin zurückziehen.

(Beifall)

Bonn und Berlin können gut zusammenarbeiten; gestern bei den Wahlen, heute bei Europa. Auf den Kanzler können wir uns beide verlassen. Am Freitag, Herr Diepgen, ziehen wir gemeinsam in den schönen neuen Plenarsaal in Bonn ein.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich will ausdrücklich dazu sagen: Ich verstehe die jetzt wahrscheinliche Annahme des Antrags A 51 nicht wie Reinhard Göhner als eine Korrektur unserer bisherigen Programmatik, sondern als eine Bestätigung unserer bisherigen Programmatik.

(Beifall)

Im Protokoll wird dazu sicher der entsprechende Beifall der Delegierten festgehalten. Ich meine, in der europapolitischen Debatte – gerade weil wir Gegenwind haben – ist gefragt, daß wir sagen, was wir wollen und nicht, was wir nicht wollen. Wir müssen voranmarschieren, so wie das der Bundeskanzler heute morgen in seiner Rede gesagt hat. Deshalb bitte ich Sie um Annahme des Antrags A 51 in der bisherigen Tradition der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Hat die Antragskommission noch etwas anzumerken?

Elmar Brok, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß sagen, daß es mir leicht fällt, daß sich die Position der Antragskommission insofern verändert, daß in der Interpretation, wie sie der Herr Bundeskanzler vorgegeben hat, die Antragskommission den Antrag A 51 voll unterstützen kann.

(Heiterkeit)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Schönen Dank der Antragskommission. Meine Damen und Herren, wir stimmen dann wie folgt ab: Zunächst über den Antrag A 51 Berlin, und zwar in der ausgedruckten Fassung. Wer dem Antrag Berlin zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Meine Damen und Herren, wer stimmt gegen den Antrag Berlin? – Wer enthält sich der Stimme? – Dieses Ergebnis war eindeutig. Es war einstimmig.

(Beifall)

Der erste Absatz von Ziffer 6 in der Fassung der Antragskommission kann so bleiben. Diejenigen, die dem zustimmen, darf ich um das Kartenzeichen bitten. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Der zweite Absatz wird jetzt durch die Formulierung des Berliner Antrages ersetzt - bis auf einen Satz, über den wir noch abstimmen müssen. Dieser Satz heißt:

> Entscheidend ist die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft dort, wo sie handeln muß.

Wer diesem verbleibenden Satz aus der ursprünglich von der Antragskommission zur Annahme vorgeschlagenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir stimmen nun noch über den dritten Absatz von Ziffer 6 in der Fassung der Antragskommission ab. Wer dem zustimmt, gebe bitte das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Wir kommen sodann zu Ziffer 7. Dazu gehören die Anträge A2, A5, A47 und A60 bis A63, A65 bis A87, A111, A120 und A125.

Zu Antrag A71 liegt eine Wortmeldung von Herrn Rudolf Warnking aus dem Saarland vor. Bitte schön, Herr Warnking!

Rudolf Warnking: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Es ist vielleicht nicht verwunderlich, daß zu diesem Themenkomplex unter Ziffer 7 erneut ein Delegierter aus dem Saarland zu Ihnen spricht, denn hier geht es um die Frage der Arbeitsmöglichkeiten der unteren Ebenen. Heute morgen ist von den Möglichkeiten eines Europas mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten gesprochen worden, und es sind in dieser Hinsicht - sicherlich zu Recht - Fragezeichen gesetzt worden. Eines ist doch klar: Es gibt mit Sicherheit ein Europa der verschiedenen Ebenen. Ich denke, wir tun gut daran, dies in den Aussagen der CDU auch sehr deutlich zu machen.

Wer hat in der Vergangenheit ganz konkret die Zusammenarbeit im kleinen durchführen können? Es sind im wesentlichen die Länder und Gemeinden gewesen. Es ist heute schon mehrfach gesagt worden, daß in dem Abstimmungsergebnis aus Frankreich deutlich wird, daß Europa an den Grenzen zusammenwächst. Wir aus dem Saarland wollen mit unserem Antrag A71 noch einmal ganz deutlich unterstreichen, daß die Funktionen der Länder und der Gemeinden bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nachhaltiger Unterstützung bedürfen.

Ich bin zunächst sehr dankbar dafür, daß die Antragskommission aus unserem Antrag die Aufforderung an die einzelnen Landesgesetzgeber übernommen hat, den Kommunen in der Kommunalverfassung auch die Möglichkeit einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu eröffnen. Meine Damen und Herren, Sie sollten sich das Bild der Zusammenarbeit auf der Landkarte einmal ansehen: angefangen in Emden über die beispielhafte Zusammenarbeit im niedersächsischen, nordrhein-westfälischen und niederländischen Bereich in Bentheim, Gronau und Enschede, über die Zusammenarbeit im nordrhein-westfälischen, niederländischen und belgischen Bereich bis hin zu der Zusammenarbeit im Saar-Lor-Lux-Raum, die erfolgreich ist und die von Bad Bergzabern über Weißenburg bis nach Baden und in das Elsaß hinein reicht. Genauso beginnt jetzt in Sachsen und in Brandenburg eine Zusammenarbeit mit den dortigen Nachbarn in Polen und in der Tschechoslowakei.

Meine Damen und Herren, ich glaube, auf dieser Ebene wird Beispielhaftes für Europa getan. Deshalb ist es gut, daß dieser Aspekt in der Fassung der Antragskommission in Erscheinung getreten ist.

Ich bedaure, daß die Antragskommission unseren anderen Vorschlag nicht übernommen hat, nämlich auch den einzelnen Ländern die Möglichkeit zu geben, Hoheitsrechte auf neue Einheiten zu übertragen. Vielleicht wurde so verfahren, weil man erwartet, daß es zu einer Änderung von Art. 24 des Grundgesetzes kommen wird. Dann würde ich mir dies hier aber gerne bestätigen lassen. Ich möchte aber doch nachträglich dafür plädieren, daß auch das ermöglicht wird, was wir im Saarland zum Teil schon bewerkstelligt haben, nämlich daß Hoheitsrechte im Lande gemeinsam mit den Nachbarregionen wahrgenommen werden. Sie können sich das sehr leicht vorstellen. Ob es sich um die Abwasserversorgung, um gemeinsam betriebene Kindergärten oder die Einrichtung eines öffentlichen Personennahverkehrs handelt:

Dafür benötigen wir solche Strukturen. Wir benötigen dafür auch die Unterstützung der Partei. Es würde mir allerdings genügen, wenn die Unterstützung der Bundestagsfraktion für eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes erreicht werden könnte. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Warnking. Ich sage Ihnen auch Dank dafür, daß Sie so sehr auf das abheben, was die Gemeinden in den letzten 40 Jahren geleistet haben. Dies hat in mehrerer Hinsicht seinen Niederschlag gefunden. Es hat seinen Niederschlag in der Forderung gefunden, die wir beschließen, nämlich daß im Regionalausschuß der EG nicht nur die Bundesländer vertreten sein sollten. Ich halte das für eine ganz wichtige politische Weichenstellung, die hier vorgenommen wird. Die Antragskommission hat den wesentlichen Punkt Ihres Antrags übernommen. Ich habe Ihre Schlußbemerkung so verstanden, daß Sie damit einverstanden sind, wenn der andere Teil Ihres Antrages, der nur im weiteren Sinne zu unserem Europathema gehört, der Bundestagsfraktion zugeleitet wird. Ich glaube, wir können sodann in Übereinstimmung mit dem Vorschlag der Antragskommission abstimmen.

Wer der Ziffer 7 in der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 8. Dazu gehören die Anträge A85, A86 und A88. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer im Sinne der Antragskommission votiert, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit überwältigender Mehrheit so angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 9. Dazu gehören die Anträge A89 bis A110, A122, A123, H5, H11 und H12. Hierzu hat Frau Limbach das Wort erbeten.

Editha Limbach: Herr Präsident! Liebe Mitdelegierte! Ich weiß, daß ein Bundesparteitag nicht die Gelegenheit ist, bei der man Stilübungen an vorgelegten Texten macht. In der Fassung, die die Antragskommission uns hier vorschlägt, gibt es aber eine Formulierung, die man, wie ich denke, doch einmal aufspießen muß und auch angreifen muß. Als Begründung der richtigen Forderung, 18 zusätzliche Abgeordnete für die Bundesrepublik Deutschland in das Europäische Parlament zu entsenden, wird gesagt: „Das wiedervereinigte, größer gewordene Deutschland ...". Dies hat mich gestört. Deshalb haben wir vom Kreisverband Bonn vorgeschlagen, die Formulierung zu ändern.

Deutschland ist durch die Vereinigung nicht größer geworden. Oder stimmt es etwa nicht mehr, was die CDU immer gesagt hat, daß auch die ehemalige DDR zu Deutschland gehört? Wir haben der Aufteilung, der Abspaltung doch nie zugestimmt.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb halte ich es auch für falsch, wenn wir in dem hier zur Debatte stehenden Zusammenhang jetzt sagen, Deutschland sei größer geworden. Wir haben in unserem Grundsatzprogramm von Ludwigshafen gesagt, daß wir an Deutschland in allen seinen Teilen festhalten. Wir haben das auch in unserer Politik immer gesagt. Ich meine, in diesem Falle müßte die Antragskommission einer redaktionellen Verbesserung ihre Zustimmung geben. Die Zustimmung braucht nicht so auszufallen wie bei der Wahl des Parteivorsitzenden, auch wenn eine renommierte Zeitung diese

Zustimmung heute als denkbar dünne Zustimmung für den Bundeskanzler in der Partei bezeichnet hat. Wir brauchen keine 91,5 % an Zustimmung. 80 % tun es auch schon. - Vielen Dank.

(Beifall)

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir haben einen besonders lieben und wichtigen Gast unter uns, den Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik, Vaclav Klaus. Ich begrüße Sie, Herr Ministerpräsident, auf unserem Parteitag ganz herzlich.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident Klaus ist Vorsitzender der Demokratischen Bürgerpartei, unserer Schwesterpartei in der Tschechischen Republik. Er wird nachher ein Grußwort zu uns sprechen.

Nun Elmar Brok für die Antragskommission, bitte.

Elmar Brok, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wo Frau Limbach recht hat, hat sie recht. Aus diesem Grunde schlage ich vor, daß wir die Worte „größer gewordene" hier herausnehmen. „Das wiedervereinigte Deutschland" sagt alles.

(Zustimmung)

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß die Antragskommission entgegen dem Text, der ausgedruckt ist, bei den Initiativanträgen A 122 und 123 Zustimmung vorschlägt. Das bezieht sich zum einen darauf, daß die Gesamtzahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf eine arbeitsfähige Größe begrenzt bleiben muß, zum anderen auf die Forderung nach einem einheitlichen europäischen Wahlrecht für das Europäische Parlament. Wir möchten Sie bitten, diesen beiden Initiativanträgen zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Wir stimmen dann über die Ziffer 9 des Antrages des Bundesvorstandes in der Fassung der Antragskommission ab. Wer zustimmt, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Ziffer ist mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Ich rufe nun Ziffer 10 auf. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor, aber es ist noch ein Änderungsantrag nachgereicht worden, und zwar A 124. Die Antragskommission, bitte!

Elmar Brok, Antragskommission: Herr Präsident! Ich glaube, daß wir durch den Antrag A 124 auf einen redaktionellen Fehler in der Fassung der Antragskommission hingewiesen worden sind. Nehmen Sie bitte den Text der Antragskommission auf den Seiten 28 und 29 zur Hand. Zu dem Schlußsatz

> Der Rat bestätigt die Kommissionsmitglieder.

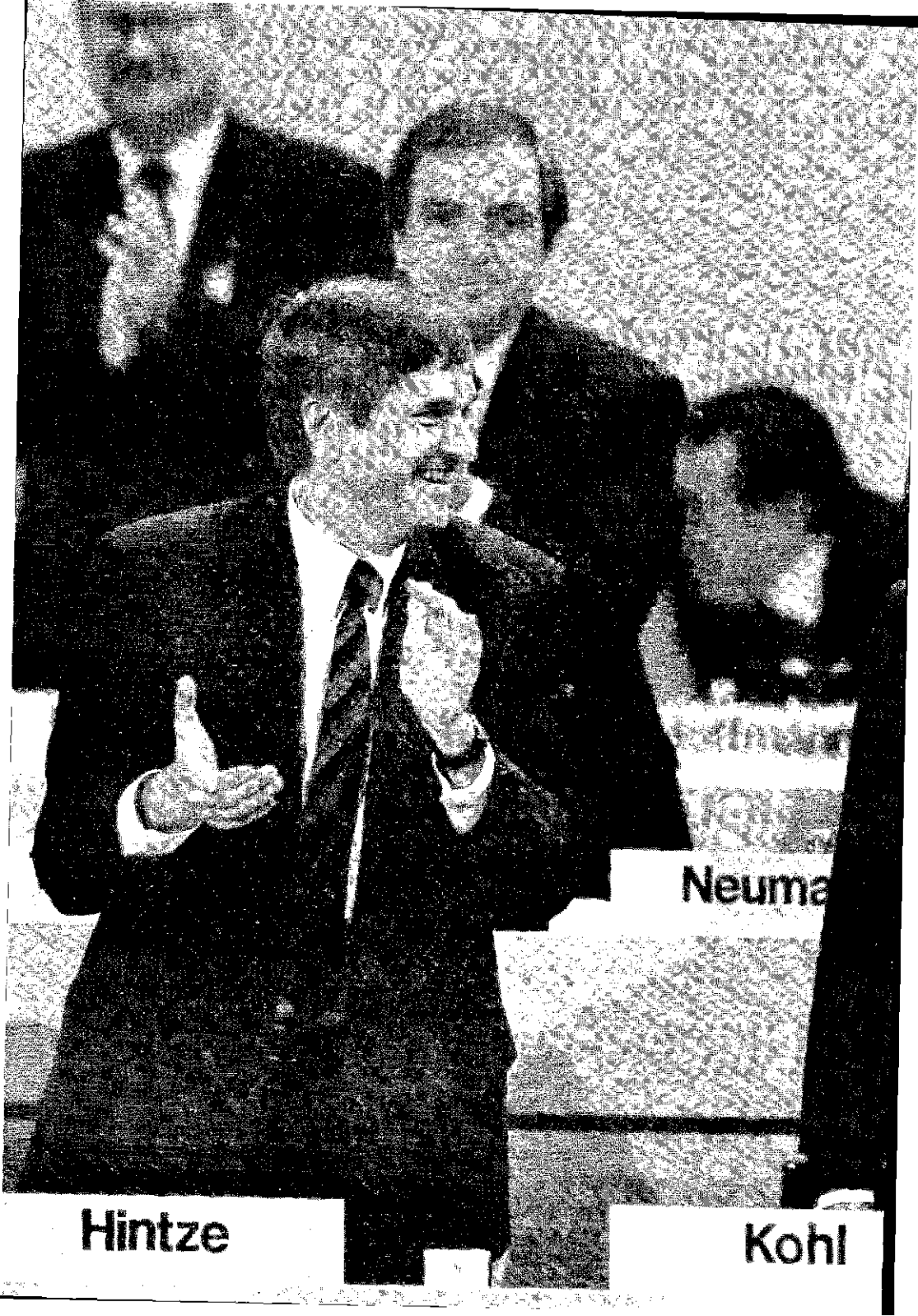
möchten wir Ihnen vorschlagen, daß der Text nun so lauten soll:

> Der Rat und das Europäische Parlament bestätigen die Kommissionsmitglieder.

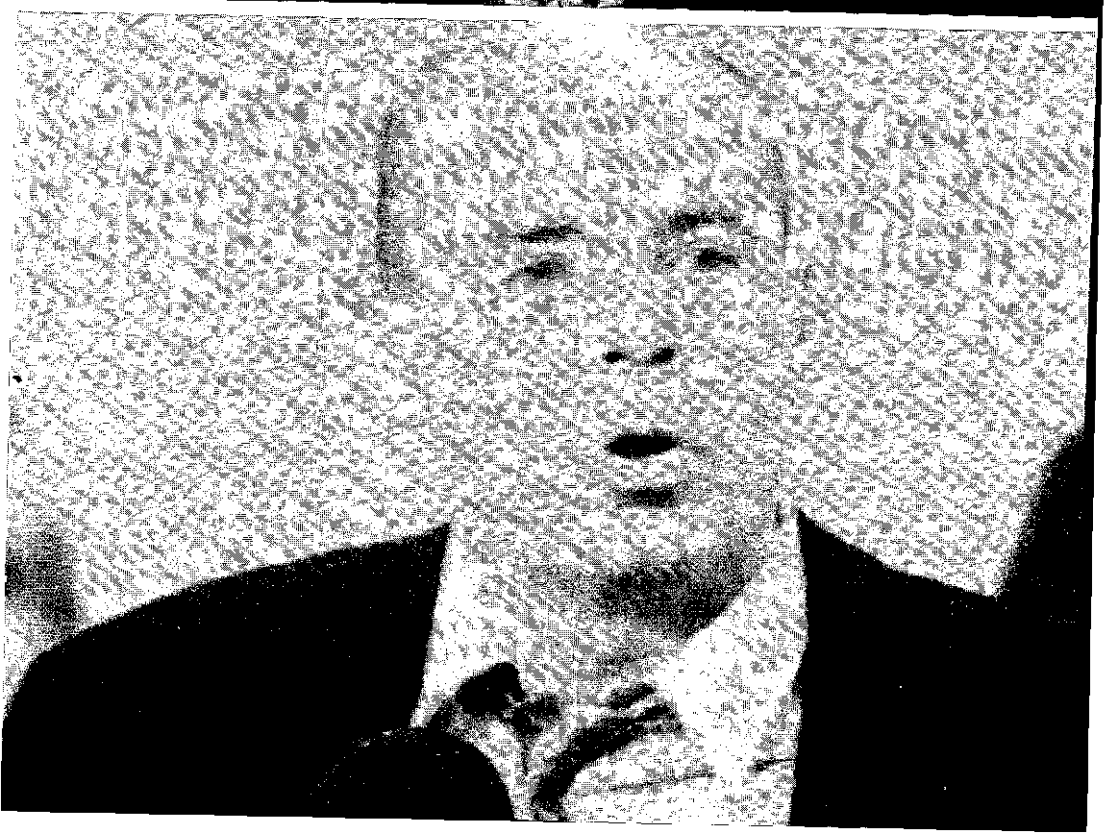
Das entspricht in der Tat eher dem Text von Maastricht. Sonst würden wir mit unserer Fassung sogar hinter Maastricht zurückhängen.

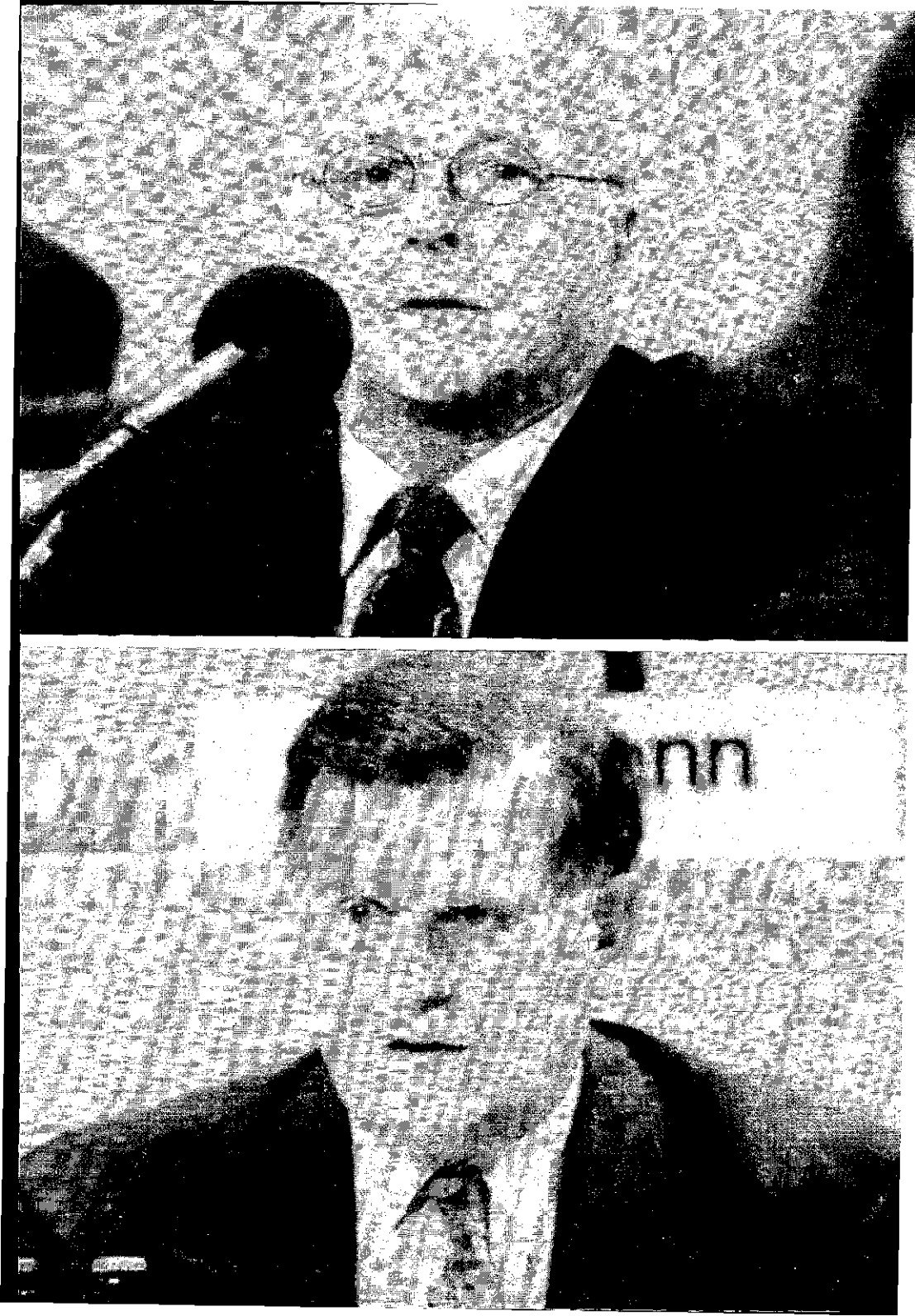
(Zustimmung)

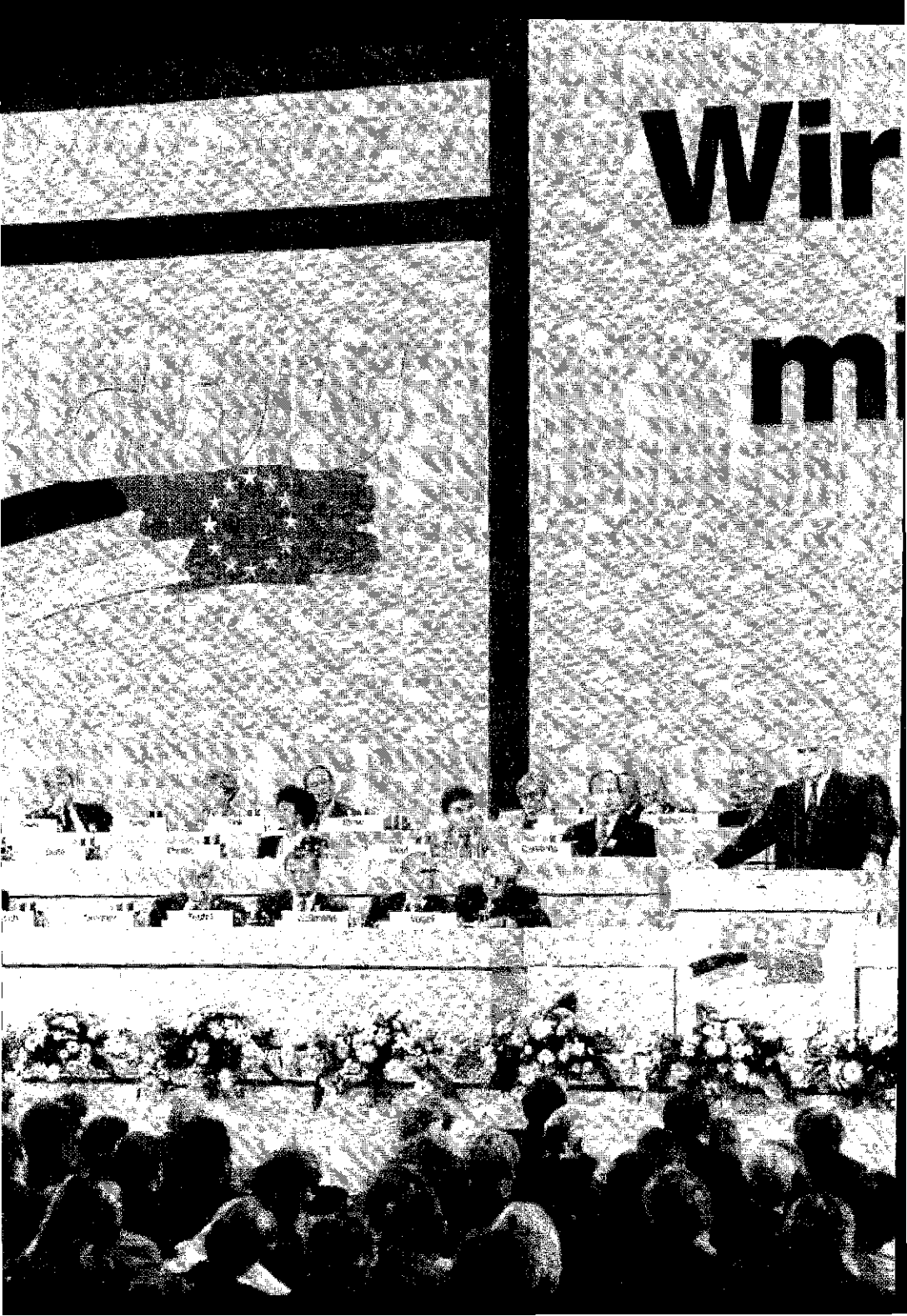
Wir bitten Sie, Antrag A 124 in diesem Sinne anzunehmen.


Neuma
Hintze
Kohl

Merkel






Wir
mi

gewinnen

t Europa

CDU
Wir
mi

ewinnen
Europa

Bernhard Sälzer, Tagungspräsidium: Schönen Dank für die Klärung. – Wer dem Vorschlag der Antragskommission in der so geänderten Fassung zustimmt, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Es ist noch ein Initiativantrag eingegangen, Antrag 120, der Ihnen auf Seite 2 in der Sammlung der Initiativanträge vorliegt. Dieser Antrag kommt, wenn ich es recht sehe, von den Kreisverbänden Bielefeld und Darmstadt. 27 Delegierte haben ihn unterzeichnet.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages, der sich im wesentlichen mit den Ergebnissen des EG-Gipfels von Birmingham beschäftigt. Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor. Wer der Antragskommission folgen will, gebe bitte das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir den Antrag des Bundesvorstandes „Wie wir uns Europa denken" dank Ihrer konstruktiven Mitarbeit abgehandelt und kommen zum nächsten Antrag. Dazu wird unser Freund Hans-Gert Pöttering, der Vorsitzende des Unterausschusses Sicherheitspolitik im Europäischen Parlament und Vorsitzende der Kommission Sicherheit und Verteidigung der Europäischen Volkspartei, das Tagungspräsidium übernehmen.

Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir kommen nun zur Behandlung des zweiten Themenschwerpunkts unseres Europatages, zu dem Antrag „Gemeinsam Verantwortung in Europa und in der Welt wahrnehmen". Die B-Anträge finden Sie in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 31 bis 45.

Meine Damen und Herren, vorab darf ich Sie herzlich bitten, auf Ihren Wortmeldekarten zu vermerken, ob Sie in der allgemeinen Aussprache oder zu einer konkreten Ziffer des Antragstextes sprechen wollen. Diese Angaben würden es uns erleichtern, die Diskussion ein wenig zu strukturieren.

Zu einem ersten Einführungsreferat erteile ich dem Bundesminister der Verteidigung, unserem Freund Volker Rühe, das Wort. Bitte schön!

Volker Rühe (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich einige wenige Bemerkungen zu diesem Thema machen.

Wir stehen vor großen Herausforderungen, nach innen, im deutschen Einigungsprozeß – das ist jedem klar –, aber auch nach außen. Die deutsche Einheit zu vollenden, das ist die vornehmste nationale Aufgabe. Daneben steht aber die Notwendigkeit, unser Land international leistungs- und konkurrenzfähig zu halten, um in der Welt von morgen bestehen zu können. Voraussetzung hierfür ist, daß das vereinte Deutschland international handlungsfähig ist. Es gilt, eine verantwortliche Außenpolitik zu gestalten und vitale deutsche Interessen durchzusetzen. Das verlangt Umsicht und Vorsicht, aber auch den Mut, für unsere Werte und unsere Interessen einzutreten.

Deutsche Interessen in der Welt können wir nur im Verbund zwischen Europa und Amerika durchsetzen, insbesondere aber in der Gemeinschaft mit unseren europäischen Partnern verwirklichen. Nur gemeinsam verfügen wir über die notwendige Durchsetzungsfähigkeit und das p o l i t i s c h e Gewicht, das wir ja w i r t s c h a f t l i c h bereits in die Waagschale werfen können.

Der Weg zur Politischen Union ist deshalb richtig. Europa muß seine Kräfte zusammenfassen, politisch, ökonomisch und strategisch, also auch in der Außen-

und Sicherheitspolitik, um ein globaler Akteur zu werden. Nur so kann Europa im Mächtedreieck Nordamerika/Japan/Europa bestehen und die neuen Herausforderungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes bewältigen.

In der Zeit des Kalten Krieges hat der damalige Westen 500 Milliarden Dollar für die kollektive Verteidigung ausgegeben. Heute sollte es, so meine ich, doch möglich sein, zumindest 10 % dieser Summe auszugeben, um den demokratischen und wirtschaftlichen Neuaufbau in der Mitte und im Osten unseres Kontinents zu unterstützen.

(Beifall)

Das ist kein Akt der Barmherzigkeit, das ist keine humanitäre Hilfe, sondern die wichtigste Investition in unsere eigene Sicherheit, in unsere eigene Zukunft. Das müssen wir begreifen!

(Beifall)

Das Gelingen des demokratischen und wirtschaftlichen Prozesses in Ländern wie Polen und Ungarn, aber auch der Tschechoslowakei ersetzt sehr viele militärische Ausgaben, die wir in der Vergangenheit tätigen mußten, um deutsche Sicherheitsinteressen zu vertreten. Es ist wichtig, daß wir das niemals aus den Augen verlieren.

Es ist in unserem ureigensten Interesse, die Friedensdividende, die uns überwiesen worden ist, mit diesen Nationen zu teilen. Ohne Stabilität im Osten unseres Kontinents wird es keine Stabilität für ganz Europa geben und insbesondere keine Stabilität für Deutschland. Deutschland ist im Augenblick in der Situation, daß wir eine Art Riegel, eine Art Cordon gegenüber den Problemen Osteuropas und Mitteleuropas sind. Wir schotten viele andere Länder der Europäischen Gemeinschaft im Westen Europas von den Problemen ab, ob es die Asylprobleme oder andere Probleme sind. Es kann nicht das deutsche Interesse sein, daß wir auf Dauer in dieser Position bleiben, und deswegen müssen wir uns vorrangig dafür einsetzen, den Wohlstandsgraben zwischen Westeuropa und Osteuropa zu beseitigen.

Mir scheint, die Diskussion über die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft ist bisher zu vordergründig geführt worden. Ich muß auch ehrlich sagen, daß ich mit der Formel „sowohl - als auch" auf die Dauer nicht mehr sehr viel anfangen kann. Es müssen Prioritäten gesetzt werden, es müssen Entscheidungen getroffen werden. Ich muß Ihnen sagen: Ich glaube nicht, daß wir damit fortfahren können, den Klub der Zwölf auf hohem Niveau – auf dem wir jetzt schon sind – zu perfektionieren, indem wir im wesentlichen den Finanztransfer von Nord nach Süd in Westeuropa fortsetzen, ohne zugleich mehr zu tun, um das Wohlstandsgefälle in ganz Europa abzubauen.

(Zustimmung)

Es ist ein überragendes deutsches Interesse, zu begreifen: Ein geeintes Europa läßt sich nicht aus der Festung westlichen Wohlstands heraus gestalten.

Es gibt noch genug Probleme im Süden Europas. Aber im Vergleich zum Osten ist der Süden auch der Westen, ähnlich wie wir in Deutschland die Situation haben, daß es im Westen auch ärmere Bundesländer gibt, es ihnen aber im Vergleich zu den Bundesländern im Osten allen gut geht.

Es kann nicht in erster Linie eine deutsche Aufgabe sein, diese Form der europäischen Spaltung zu überwinden. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir mehr Mittel als bisher einsetzen müssen, aber nicht, um eine noch stärkere Kohäsion im Westen zu schaffen, nicht, um den Zwölferclub weiter zu perfektionieren und damit den Abstand

gegen Osteuropa zu vergrößern. Vielmehr müssen wir gerade im deutschen Interesse mehr Mittel einsetzen, um die Spaltung zwischen Westeuropa und Osteuropa zu beseitigen.

(Beifall)

Die Europäer müssen auch in der Sicherheitspolitik und der Verteidigungspolitik mehr Verantwortung übernehmen. Jede amerikanische Regierung, gleichgültig, wer am 3. November die Präsidentschaftswahl gewinnt, wird von Europa mehr eigenständige Übernahme von Sicherheitslasten erwarten. Zudem gibt es Situationen wie in Jugoslawien, wo die NATO weder willens noch in der Lage war, einzugreifen. Dann brauchen wir Europäer die notwendigen Instrumente, um unsere Interessen verteidigen zu können.

Diese schwierigen Zusammenhänge müssen wir den Menschen in Europa erklären. Dabei darf nicht die abstrakte Frage der Institutionen im Vordergrund stehen. Erforderlich ist eine breite europäische Debatte über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und die Ziele, die wir gemeinsam verfolgen.

Die Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien hat uns sehr schnell und ohne daß wir Zeit hatten, uns darauf vorzubereiten, die Folgen gezeigt, die möglich sind, wenn die Europäer nicht zu gemeinsamem Handeln in der Außenpolitik finden.

Es ist ja nicht einmal zu einer gemeinsamen Analyse der Situation in Jugoslawien gekommen. Zu diesem Ergebnis gelange ich, wenn ich die Debatten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft im vorigen Jahr auswerte. Darum können wir uns nicht von einer Mitverantwortung freisprechen. Wir sind dem Bruch des Völkerrechts und der Aggression und der Menschenrechtsverletzung nicht konsequent und rechtzeitig entgegengetreten.

So etwas darf sich nicht wiederholen. Wir müssen uns darauf vorbereiten, rechtzeitig abzuschrecken, damit sich eine solche Situation nicht wiederholt.

(Beifall)

Bezüglich der Übernahme zusätzlicher Verantwortung in der Sicherheitspolitik gehe ich nur auf einen Satz des vorliegenden Textes ein: Die Verteidigung des Bündnisgebietes ist erweiterte Landesverteidigung.

Dieser Satz hat eine große Bedeutung. Mehr als 40 Jahre hat es deutsche Soldaten nur in Deutschland gegeben, ausgenommen zwei Bataillone, die im Zweifelsfall in die Türkei oder nach Norwegen gegangen wären. Aber für unsere Verbündeten war es selbstverständlich, außerhalb ihres eigenen Landes, nämlich in Deutschland, Divisionen zu haben, um in Deutschland ihr eigenes Land und das Bündnis insgesamt zu verteidigen.

Für Deutschland gibt es jetzt eine völlig neue Situation unter den veränderten Verhältnissen in Europa. Jetzt müssen wir umgekehrt darauf vorbereitet sein, das Bündnis und uns selber auch außerhalb Deutschlands, aber innerhalb des Bündnisses zu verteidigen. Das ist die entscheidende Aufgabe, die wir in den nächsten Jahren leisten müssen. Das hat den Rang der Landesverteidigung. Deswegen werden in diesem Zusammenhang auch Wehrpflichtige eingesetzt werden.

Das ist ein Stück Normalisierung der Rolle Deutschlands innerhalb des Bündnisses. Dafür müssen wir die materiellen Voraussetzungen schaffen, vor allem aber die psychologischen Voraussetzungen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe schon gestern Ausreichendes zu der Notwendigkeit gesagt, zusätzliche Verantwortung zu übernehmen: durch Blauhelm-Missionen, durch friedenschaffende Missionen, auch im Zusammenhang mit dem Einsatz europäischer Streitkräfte, aber immer gebunden an die Charta der Vereinten Nationen.

Lassen Sie mich deshalb im Rahmen meiner Ausführungen über die Sicherheitspolitik Deutschlands und Europas noch etwas Abschließendes zur Rolle der Bundeswehr sagen.

Die Bundeswehr trägt heute und noch mehr in der Zukunft entscheidend dazu bei, die politische Handlungs- und Bündnisfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Die Bundeswehr schützt Deutschland und seine Staatsbürger gegen politische Erpressung und äußere Gefahr. Sie fördert die militärische Stabilität und die Integration Europas. Sie verteidigt Deutschland und seine Verbündeten. Sie dient dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen. Schließlich: Sie hilft bei Katastrophen, rettet aus Notlagen und unterstützt humanitäre Aktionen.

Die CDU stand während 40 Jahren in der Außenpolitik stets für Geradlinigkeit und Verläßlichkeit. Das muß auch in der Zukunft gelten.

Darüber hinaus kommt es darauf an, im Wettbewerb um die Gestaltung der Außenpolitik in einer veränderten Welt politische Meinungsführerschaft zu erhalten oder neu zu gewinnen.

Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit. Sie muß aber auch die Partei sein, die heute die Stellung des vereinten Deutschlands in der Welt neu bestimmt und dieses Deutschland darauf vorbereitet, zusätzliche Verwantwortung in der Sicherheitspolitik zu übernehmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich darf sicher auch in Ihrem Namen Volker Rühe für seine Rede jetzt auf diesem Parteitag sehr herzlich danken und ihm für sein schwieriges, verantwortungsvolles Amt für die Zukunft viel Glück und Erfolg wünschen. Alles Gute, Verteidigungsminister Volker Rühe!

(Beifall)

Wir kommen zu dem zweiten Einführungsreferat. Dazu erteile ich das Wort der Vorsitzenden des Europa-Ausschusses des Deutschen Bundestags, Frau Dr. Renate Hellwig. Bitte schön, Renate Hellwig.

Dr. Renate Hellwig: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß gestehen: Als ich von dem Vorschlag des Bundesvorstands erfahren habe, auch ich solle ein Einführungsreferat halten, habe ich mich zunächst gefragt: Wozu eigentlich? Aber nun habe ich gemerkt, daß es eine Akzentverschiebung gibt, auf die ich hinweisen möchte.

Wir haben uns manches Mal schon im Bundesvorstand darüber auseinandergesetzt, lieber Volker Rühe. Ich sehe es nämlich als ganz gefährlich an, falls wir nun innerhalb der Europäischen Gemeinschaft den Eindruck entstehen lassen, wir seien an dem Kern, an dem wir in den letzten 40 Jahren gearbeitet haben, nämlich dem Kern erst der Sechs und dann der Zwölf, nicht mehr so sehr interessiert – und eigentlich müsse der Akzent mehr in die Richtung der Neuen gelegt werden.

Ich ziehe einen Vergleich, der, ich gebe es zu, gefährlich ist: Das wäre wie das Auseinanderbrechen des Warschauer Pakts. Für mich ist erschreckend, wie die Nationalisierungstendenzen vom Osten her schon in die Europäische Gemeinschaft hineingeschwappt sind. Die Abstimmung in Dänemark ist nur eines der Beispiele dafür. Es zeigt ebenso wie das gegenwärtige Verrücktspielen der Engländer, wie es um diese Gemeinschaft steht. Als die Sowjetunion dagegen protestierte, daß wir uns zur Europäischen Gemeinschaft zusammenschlossen, haben wir es erst recht getan. Damals konnten wir es. Kaum ist die Bedrohung verschwunden, haben wir nationale Zerfallserscheinungen ersten Ranges auch bei uns.

Wollen die Westeuropäer noch? Die Dänen wollen gar nicht, die Franzosen nur zur Hälfte. Ich gebe Ihnen Brief und Siegel: Wenn bei uns die Meinung durch eine Umfrage ermittelt würde, wäre das Ergebnis nicht viel besser als in Frankreich, ja vielleicht noch schlimmer, weil wir uns ja nur noch mit uns selber beschäftigen. Der Zerfallsprozeß hat mit erschreckender Geschwindigkeit auf den Westen übergegriffen.

Wir Deutschen haben, wie der Bundeskanzler heute sehr eindrucksvoll dargelegt hat, ein vorrangiges Interesse, daß die Europäische Gemeinschaft erhalten bleibt. Wir in der Mitte des Kontinents sind viel zu groß, als daß wir mit rein nationaler Außenpolitik und Bündnispolitik Frieden bewahren könnten. Wir können es praktisch nur im europäischen Verbund.

Denken Sie auch an die Ängste! Fragen Sie unsere Nachbarn! Die 17 Millionen, um die die Bundesrepublik größer geworden ist, umfassen mehr Menschen, als sieben Mitgliedstaaten jeweils haben, nämlich Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Dänemark, Griechenland, Portugal, Irland. Sie alle sind kleiner als die ehemalige DDR. Wenn Sie ins westliche Ausland gehen, spüren Sie dort die Unruhe, die sich in der Feststellung äußert: Deutschland ist wieder ein mächtiger Staat.

Wir sind so mit uns selber beschäftigt, daß wir gar nicht wahrnehmen, wie andere uns sehen, die sagen: „Wie werden sie jetzt, die am Zweiten Weltkrieg ja doch eindeutig Schuld hatten – am Ersten zumindest mitschuldig waren –, ihre mächtige Stellung wahrnehmen?"

Deswegen unterstütze ich den Bundeskanzler mit Nachdruck, wenn er immer wieder sagt: „Wir müssen jetzt die europäische Einigung als genauso wichtigen Schritt darstellen und dürfen uns davon nicht verabschieden, weil wir sagen, aus nationalen Gründen seien wir daran interessiert, stärker nach Osten zu blicken." Wissen Sie, das ist die englische Position. Diese lautet: Erweiterung statt Vertiefung. Die französische Position ist das andere Extrem. Sie lautet: Vertiefung statt Erweiterung, weil die Franzosen eben Sorge haben, wir könnten uns zu sehr für den Osten interessieren.

Unsere Position ist und muß sein: Vertiefung und Erweiterung, beides gleichzeitig. Wenn wir den Maastricht-Vertrag nicht verabschieden und etwa statt dessen eine Erweiterung beschließen, müssen wir bedenken: Es kommen lauter neutrale Staaten, wie Schweden, Finnland, die Schweiz, Österreich. Diese werden uns erklären, daß ihre Tradition, neutral zu sein, jetzt plötzlich für Europa gelten solle. Wenn wir vorher Maastricht verabschiedet haben, ist das etwas, in dem wir uns mit Volker Rühe wieder einig sind, nämlich die Tatsache, daß wir eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik brauchen. Das ist übrigens die Hauptrechtfertigung dafür, daß wir bundesstaatliche Elemente brauchen. Denn Sie kriegen keine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hin, wenn Sie nicht das bundesstaatliche Element haben, und Sie brauchen es. Die Sowjetunion besteht zwar nicht mehr. Aber gucken Sie sich doch einmal die GUS-Staaten an! Jugoslawien ist ein weiteres Beispiel. Das sind „Flämmchen". Wenn

die Flammen der Auseinandersetzungen dort hochgehen, kommen ganze Herden von Bürgerkriegsflüchtlingen hierher. Dann brauchen wir uns über eine Änderung des Asylrechts gar nicht mehr zu unterhalten, weil Bürgerkriegsflüchtlinge hierherkommen.

Was ist darauf meine Antwort? Wir brauchen jetzt schon eine offensive europäische Außenpolitik. Das bedeutet, daß die Streitenden nach Brüssel oder nach Straßburg in die europäische Zentrale zitiert werden. Hilfen werden ihnen dann nur unter der Bedingung des friedlichen Zusammenlebens gewährt. Diese offensive europäische Außenpolitik hätten wir in Jugoslawien auch schon gebraucht. Dafür bietet Maastricht eher zuwenig als zuviel. Ich habe es satt, immer nur von Subsidiarität zu reden. Herrgott nochmal! Kein Mensch denkt etwa daran, die Identität der Italiener, der Deutschen oder gar der Bayern aufzuheben. Das ist alles dummes Gerede! Versuchen Sie es doch einmal! Deren Identität ist in Deutschland auch nicht aufgehoben worden. Wissen Sie, was das ist? Das ist im Grunde ein Darumherumreden um einen immer kleinräumiger werdenden Wohlstandsegoismus – nichts anderes als das.

(Beifall)

Die Solidarität reicht gerade noch für die Nachbargemeinde. Für Baden-Württemberg geht sie schon nicht mehr über die baden-württembergischen Grenzen hinaus. Das gilt für die Bayern und andere genauso. Unser Problem ist, daß wir uns schon mit der deutschen Solidarität so schwertun und sagen: „Um Gottes willen! Jetzt geht es auch noch um die europäische."

Meine Damen und Herren, wenn wir diese Solidarität nicht hinkriegen, wenn wir diesen kleinräumigen Wohlstandsegoismus nicht überwinden, gehen wir in den nächsten europäischen Weltkrieg hinein, so wahr ich hier stehe. Die Konflikte werden zunehmen. Bei Kriegen – das ist ja das Idiotische bei Völkern – ist nichts mehr zu teuer. Dann wird alles finanziert. In Kriegen wird auch das Bißchen, das man hat, noch in Klumpen geschossen, wie es uns die Jugoslawen jetzt gerade vormachen. Diese können sich unter ökonomischen Gesichtspunkten einen Krieg gar nicht leisten. Davon sind wir überzeugt. Aber wenn Völker erst einmal im Kopf verrückt werden, weil die Solidarität nicht mehr funktioniert, sind sie auch bereit, alles zu zerschlagen, was sie haben.

Deswegen ist europäische Friedenspolitik für mich europäische Einigung sowie gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Diese rentiert sich sogar noch, weil sie wesentlich billiger ist als die Kriegspolitik, die dann unweigerlich auf uns zukommt. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Renate Hellwig, für diese Rede! Auch Ihnen, Renate Hellwig, weiterhin viel Erfolg bei der Leitung der Europakommission des Deutschen Bundestages.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Ich möchte Ihnen jetzt gerne folgenden Verfahrensvorschlag machen. Es liegen uns zwei Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache vor. Ehe wir danach zu den Einzelanträgen – dazu liegt uns bisher nur eine Wortmeldung vor – kommen, sollten wir nach den beiden Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache Herrn Ministerpräsidenten Vaclav Klaus bitten, zu uns zu sprechen. Ich denke, Sie sind damit einverstanden.

(Beifall)

Ich höre, das ist der Fall. Dann darf ich Ihnen für Ihr Einverständnis sehr herzlich danken.

Ich rufe nun zur allgemeinen Aussprache über das Kapitel „Gemeinsam Verantwortung in Europa und in der Welt wahrnehmen" zunächst Herrn Christian Metzeroth auf, der zum Problem „Rumänien" sprechen möchte. Er ist ein Freund aus Sachsen, aus dem Kreisverband Glauchau. Danach wird Marlene Lenz, Mitglied des Europäischen Parlaments, sprechen.

Ich darf Sie bitten, Herr Metzeroth, das Wort zu nehmen. – Bitte schön!

Christian Metzeroth: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche zu Ihnen als Delegierter und als Mittelständler aus einem ostdeutschen Bundesland, speziell für die Mittelstandsvereinigung Glauchau in Sachsen.

Wir Mittelständler in Ostdeutschland haben sicherlich genügend andere Probleme, als uns zu den Problemen der europäischen Einigung hier zu äußern.

(Beifall)

Der Beifall ist verfrüht. – Trotzdem haben wir hier Aufgaben auf unsere Fahne geschrieben. Es fällt uns sicherlich nicht leicht, uns auch für eine Veranstaltung wie diese hier in Düsseldorf freizumachen. Mir persönlich als Mittelständler ist es nicht leichtgefallen, die Situation so zu gestalten, daß ich hierher fahren konnte. Aber die Situation in Osteuropa hat mich und hat uns insbesondere in den Jahren vor der Wende sehr intensiv beschäftigt. Der Abgrund des wirtschaftlichen Zusammenbruchs wurde uns speziell bei illegalen Hilfstransporten für das Land Rumänien 1989 überaus deutlich. Das, was in diesem Land passiert ist, war für uns ein Beispiel für das, wie es uns in Ostdeutschland, wenn es so weitergegangen wäre, über kurz oder lang ebenfalls ergangen wäre.

Das war für mich und für meine Freunde ein wichtiger Grund dafür, im Herbst 1989 die Chance zur Revolution in Ostdeutschland zu nutzen und intensiv bei der Abschaffung der leistungsbremsenden Maßnahmen und des überdurchschnittlichen Einsatz in der Wirtschaft bestrafenden Systems mitzuwirken.

Uns in Ostdeutschland ist es gelungen, das Gespenst der Gleichmacherei und der Fleißbremsen abzuschaffen. Daß wir auf diesem Weg aus dem entstandenen Chaos herauskommen, ist letztlich nur dank der klaren deutschlandpolitischen Weichenstellungen der CDU in Westdeutschland möglich geworden. Dafür möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich Dank sagen.

Im August 1992 war ich erneut mit Hilfssendungen in Rumänien unterwegs. Was in diesem Lande zwischenzeitlich passiert ist, war für mich erschreckend. Es ist gegenüber 1989 nichts anders geworden. Korruption und Unterdrückung sind dort noch Gegenstand des Tagesgeschäfts. Bei Kontakten mit politischen Verantwortungsträgern wurde mir sehr deutlich, wie weit diese Länder von demokratischen Verhältnissen unserer Vorstellung entfernt sind. Ethnische Spaltungsbestrebungen sind Tagesgeschehen und blockieren die Gehirne der Menschen für die Notwendigkeiten einer europäischen Einigung, wie sie Helmut Kohl heute früh so beeindruckend dargestellt hat. Es muß uns deshalb gelingen, sehr schnell einen europäischen Kern zu schaffen, der in der Lage ist, dem kleinstaatlichen Denken in mitreißender Form Alternativen entgegenzusetzen, Alternativen anzubieten. Wenn wir diese Herausforderung in Osteuropa nicht aufnehmen und bestehen, wird alle Arbeit in Europa völlig in Frage gestellt. Wer diesen Teil Europas in erster Linie als Zukunftsmarkt mit ähnlicher Wirkung wie Ostdeutschland sieht, unterliegt einer erheblichen Täuschung. Diese Länder sind Entwicklungsländer von höchster Brisanz. Auch das ist eine Herausforderung an die tragende politische Kraft im Zentrum Europas, an die CDU.

Deshalb will ich Europa mit klaren Zielvorstellungen, und zwar nicht als Geleitzug mit Schiffen, die vor Anker gehen und sich zu ihren Positionen nicht klar äußern. Aus diesem Grunde sollten Möglichkeiten der Kontaktaufnahme auf allen Ebenen gesucht und gefördert werden – dies vor allen Dingen und nicht zuletzt auf wirtschaftlichem Gebiet.

Wir sind für die Schaffung von unbürokratischen Fördermechanismen für Unternehmen, auch für kleinere, die mit Unternehmen in Osteuropa wirtschaftliche Kontakte pflegen. Der daraus entstehende Transfer von Technologie hilft auch, unsere politischen Vorstellungen in diese Region zu tragen.

Ich wünsche mir von diesem Parteitag klare, gerade für die Menschen in Ostdeutschland verständliche Aussagen über Zielvorstellungen auf dem Weg nach Europa. Ich wünsche zur Friedenssicherung in Europa ein klares Ja zum europäischen Einigungsprozeß. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christian Metzeroth, und viel Erfolg für Ihre Arbeit im Freistaat Sachsen! – Nun hat das Wort die Europa-Abgeordnete Marlene Lenz; bitte schön!

Marlene Lenz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit gern mal ganz kurz auf den zweiten Teil des Antrags lenken, wo von einem anderen Aspekt der Außenpolitik die Rede ist, nämlich dem Zusammenhang von Entwicklungspolitik, Demokratie und Menschenrechten.

Die Europäische Gemeinschaft und eine Europäische Union, die wir hier gestern als Wertegemeinschaft bezeichnet haben, müssen wir auch für diejenigen Völker erfahrbar machen, die auf dem Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind. Als Land, das in den eigenen Grenzen den Umbruch von Diktatur zur Demokratie erlebt hat, haben wir, glaube ich, eine besondere Verantwortung dafür.

Die Europäische Gemeinschaft hat als eine frei gegründete Völkergemeinschaft nach demokratischen Spielregeln mit Rat und Tat und auch als Beispiel anderen den Weg gewiesen und sich sozusagen, ohne es zu wollen, als ein Modell hingestellt. Sie konnten das heute morgen in einem Artikel der FAZ lesen.

Wir wissen aber, wie mühsam dieser Weg in der Europäischen Gemeinschaft und auch im Europäischen Parlament ist. Wir haben aber gerade deswegen – und da komme ich auch noch auf einen europäischen Aspekt zurück – die Bedingungen des Beitritts, die Bedingungen der Assoziierung an sehr strenge Kriterien gebunden. Und nicht nur das; auch das milliardenschwere Hilfsprogramm für den Osten, das wir unter dem Stichwort PHAR kennen, ist gebunden an den Grundsatz der Herstellung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Sozialen Marktwirtschaft, – Kriterien, die weitgehend Leitlinien auch der deutschen Entwicklungshilfe sind und mit denen wir uns gegenseitig tragen.

Westeuropa, die Europäische Gemeinschaft, ist einer der größten Entwicklungshelfer der Welt, und wir werden an diesen Kriterien auch immer mehr bei der Entwicklungshilfe gemessen. Ich glaube, wir werden noch mehr daran gemessen als daran, ob wir eine in dem Antrag vorgegebene Zielvorstellung von 0,7 % des Bruttosozialprodukts erreichen, – was wir in unserer Geschichte noch nie erreicht haben. Hilfe zu Demokratie und Menschenrechten ist also kein leeres Wort mehr, und sie sollte die Möglichkeit zum Geben und Kriterium zur Überprüfung von Leistungen sein.

Aber in den Entwicklungsländern gibt es auch Vorstellungen von Recht und Gerechtigkeit, die manchmal meilenweit von dem entfernt sind, was unsere Vorstellungen sind. Aber die Achtung vor der Würde der Person und die Unverletzlichkeit der Person bleiben die Kriterien aller internationalen Vereinbarungen. Folter, Verschleppung und für mich auch die Vertreibung von Völkern aus ethnischen Gründen dürfen nicht Instrumente der Justiz und schon gar nicht Instrumente der Politik sein. Minderheiten müssen mehr Rechte finden. Hilfe zur Selbsthilfe ist ein richtiger Weg, aber es muß auch Hilfe für den Weg zur Demokratie sein. Denn Demokratie ist für uns untrennbar verbunden mit Menschenrechten, und die betreffen alle: Kleine, Große, Frauen, Kinder und Männer. Wir würden unglaubwürdig, wenn wir nicht auf Dauer auch unsere Entwicklungshilfe stärker an diesen Kriterien messen. Ich rede nicht von humanitärer Hilfe, nicht von Katastrophenhilfe, aber wohl von den großen Paketen der Entwicklungshilfe, die wir sowohl als Europäische Gemeinschaft wie auch als Bundesrepublik Deutschland geben.

Ich bitte Sie, in diesem Antrag auch diesen Aspekt besonders zu beachten. – Vielen Dank!

(Beifall)

Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Marlene Lenz, für diesen Beitrag! – Es liegt jetzt noch eine abschließende Wortmeldung zur allgemeinen Aussprache vor, und zwar von Dr. Friedbert Pflüger, Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages. Bitte schön!

Dr. Friedbert Pflüger: Ich möchte gern zu zwei Themen reden, zum Thema WEU und dann zum Thema Blauhelme.

Zunächst aber eine Vorbemerkung zu dem, was eben der Kollege aus den neuen Bundesländern gesagt hat. Er hat so ein bißchen insinuiert, es sei falsch, daß wir über Europa sprechen, weil man ja eigentlich ganz andere Themen im Kopf habe. Das mag ja der eine oder andere tatsächlich so empfunden haben. Auf der anderen Seite finde ich, wenn man in einem Thema Meinungsführerschaft beansprucht, wie das ja die Union seit Konrad Adenauers Zeiten mit dem Thema Europa mit großem Erfolg getan hat, dann muß man das Thema Europa auch in einer Zeit ansprechen, in der es nicht gerade jeden vom Hocker reißt und in der einem der Wind ein bißchen ins Gesicht bläst. Das Thema Europa ist kein Thema, das man mal für eine gute Konjunktur pflegt und dann mal wieder ein bißchen nach hinten zurücktreten läßt, sondern es ist ein ganz entscheidendes Schlüsselthema für uns alle und auch zur Bewältigung der Probleme von Mittelständlern in den neuen Bundesländern. Wir werden in Zukunft nicht ein einziges Thema lösen, wenn wir den europäischen Weg nicht weitergehen.

(Beifall)

Nun aber zum Thema europäische Sicherheit / Westeuropäische Union. Ich finde sehr richtig, was mehrfach gesagt worden ist: daß Europa gar keine Chance hat, wenn es nicht auch in der Sicherheits- und in der Außenpolitik näher zusammenkommt. Was wir in letzter Zeit gemacht haben, ist ja, daß wir die Westeuropäische Union gestärkt haben und uns von ihr wesentliche Impulse für eine europäische Sicherheitsidentität – wie das so schön heißt – versprechen.

Nun finde ich, wir müssen auf eines aufpassen, und das hören wir immer aus Amerika. Dort wird angefragt: Könnte die WEU, diese europäische Sicherheitsidentität, dazu führen, die NATO langfristig zu ersetzen? Entsteht hier nicht eine Konkurrenz zur nordatlantischen Komponente unserer Sicherheitspolitik? Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß wir als Christliche Demokraten ganz deutlich sagen – auch unseren

amerikanischen Freunden: Wir wollen die WEU und die europäische Sicherheitsidentität, – aber als Ergänzung und nicht als Ersatz der NATO. Die NATO ist und bleibt d e r entscheidende Sicherheitspfeiler unserer Außenpolitik, und daran darf niemand rütteln, auch nicht unter dem Vorwand, europäische Sicherheitspolitik betreiben zu wollen. Also, die WEU muß stark sein, aber nicht auf Kosten der NATO!

(Zustimmung)

Der Punkt ist deshalb besonders wichtig, weil wir ja auch in Amerika sehen, daß dort die innenpolitischen Themen an Dramatik zunehmen. Der ganze amerikanische Wahlkampf zwischen Clinton und Bush wird ja gar nicht um außenpolitische Themen, sondern er wird um Innenpolitik geführt. Wenn wir uns vorstellen, daß sich das verstärkt, daß also die Amerikaner sich auf Amerika konzentrieren und die Europäer sagen „wir machen das alles schon in Europa", dann kann die traditionelle und stabilitätbringende Partnerschaft zwischen Europa und Amerika kaputtgehen. Das kann niemand wollen. Deshalb müssen wir uns weiter anstrengen, Amerika an unserer Seite zu behalten und die deutsch-atlantischen Beziehungen zu pflegen.

(Beifall)

Einige kurze Anmerkungen zum Thema Blauhelme! Hier, finde ich, ist die SPD in einer Art und Weise auf dem Holzweg, die generell die Frage nach ihrer Bündnis- und auch nach ihrer Europafähigkeit aufwirft. Man kann nicht auf der einen Seite vor nationalen Sonderwegen warnen und sagen, die Deutschen wollen jetzt wieder deutschnational werden, auf der anderen Seite aber in einem ganz entscheidenden Gebiet eben diesen nationalen Sonderweg gehen. Denn was ist das anderes als ein nationaler Sonderweg: wenn alle anderen sich an Kampfeinsätzen der Vereinten Nationen beteiligen, an Blauhelm-Aktionen beteiligen, an anderen Aktionen innerhalb Europas beteiligen, und nur wir Deutschen sagen, für uns kann das nicht in Frage kommen?! Das bedeutet nichts anderes, als daß andere die Kohlen aus dem Feuer holen sollen und wir uns am warmen Ofen wärmen. Das kann nicht deutsche Sicherheitspolitik sein. Derjenige, der das im Deutschen Bundestag vertritt – und die Sozialdemokraten tun das –, der trägt genau dazu bei, daß wir eine Sonderrolle in Europa spielen.

Das ist ein großer Fehler, weil es auf einen Holzweg weg von Europa und in die deutsche Isolation führt.

Auf der anderen Seite, finde ich, ist das, was der Verteidigungsminister gesagt hat, sehr zu bedenken. Wir müssen natürlich auch aufpassen, daß wir die eigene Bevölkerung hier nicht überfordern. Für einen Kampfeinsatz unter Art. 7 der Charta der Vereinten Nationen muß man natürlich einen psychologischen Rückhalt in der Bevölkerung haben. Jeder General und jeder Kommandeur der Bundeswehr wird sagen: Wir können nicht mit 51 % Mehrheit im Bundestag deutsche Soldaten in UNO-Kampfeinsätze schicken. Wir können nicht die innenpolitischen Debatten und Kontroversen auf dem Rücken von normalen Soldaten austragen. – Deshalb braucht man, bevor man Soldaten zu so einer wichtigen Sache schickt, einen Konsens in der Bevölkerung. Es ist gut, daß wir uns jetzt auf das Machbare konzentrieren: Blauhelmeinsätze, die Einsätze in Kambodscha, die fabelhaft gelaufen sind, Sarajevo. Das sind hervorragende Möglichkeiten, um die Menschen schrittweise, nach und nach an diese Thematik heranzuführen.

Das Ziel muß klar sein: Wir können uns nicht enthalten. Wir müssen mitmachen im europäischen Verbund. Aber wir müssen es doch in einem großen Konsens mit der Bevölkerung machen, den man nun einmal braucht, wenn man Soldaten zu gefährlichen Missionen in die weite Welt schickt. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dr. Hans Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Friedbert Pflüger.

Wir sind damit am Ende der allgemeinen Aussprache zu dem Tagesordnungspunkt: „Gemeinsam Verantwortung in Europa und in der Welt wahrnehmen."

Meine Damen und Herren, kaum eine Generation wie die unsere ist Zeuge solch dramatischer Veränderungen in Europa geworden. Wir alle erinnern uns, wie Rudolf Seiters und Hans-Dietrich Genscher 1989 Tausende von Deutschen, die in die Deutsche Botschaft nach Prag geflüchtet waren, in die Freiheit geholt haben. Wir hätten uns 1989 bei den bewegenden Ereignissen, die wir über die Medien miterlebt haben, nicht gedacht – wir hätten es vielleicht erhofft, aber wir hätten es uns nicht träumen lassen –, daß wir auf unserem Bundesparteitag 1992 einen frei gewählten Ministerpräsidenten aus einem Land östlich von Deutschland bei uns begrüßen dürfen. Deswegen ist es eine ganz besondere Freude, daß wir heute auf dem Bundesparteitag der CDU Deutschlands den Vorsitzenden der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), den Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik, unseren Freund Vaclav Klaus, begrüßen dürfen. Seien Sie sehr herzlich willkommen auf unserem Bundesparteitag.

(Beifall)

Herr Ministerpräsident Klaus, ich darf Sie bitten, zu den Delegierten der CDU Deutschlands zu sprechen. Bitte schön.

Vaclav Klaus, Ministerpräsident der Tschechischen Republik: Es ist für mich wirklich eine große Ehre, die Gelegenheit zu haben, hier zu sprechen. Das war für mich vor drei Jahren wirklich etwas Unvorstellbares. Ihre Einführung war wirklich ausgezeichnet. Vielen Dank.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihre Tagung herzlich begrüße, und zwar im Namen einer Partei, die in einem ehemaligen kommunistischen Land wirkt, dabei eindeutig konservativ orientiert ist und dazu noch die stärkste politische Kraft dieses Landes darstellt. In diesem Sinn ist die ODS, die Demokratische Bürgerpartei, wenigstens auf dem Gebiet des zerbrochenen kommunistischen Imperiums ganz, ganz atypisch.

Der Weg zum politischen Pluralismus in der CSFR war komplizierter, als es auf den ersten Blick oder von außen aussehen könnte. Die Periode, die im östlichen Teil Deutschlands nur ein paar Wochen dauerte, die Periode, in der verschiedene romantische Intellektuelle, von messianistischen Komplexen betroffen und im Grunde mit kommunistischen Vorurteilen behaftet, ihren Einfluß ausübten, erstreckte sich bei uns über fast zweieinhalb Jahre. Die ODS darf sich rühmen, daß sie in entscheidendem Maße dazu beigetragen hat, daß sich letzten Endes die traditionelle Auffassung der politischen Demokratie in der Tschechoslowakei durchgesetzt hat.

(Beifall)

Die ODS hat sich von Anfang an sehr klar und eindeutig als eine konservative Partei definiert, die bestrebt ist, die traditionellen Werte der europäischen demokratischen Gesellschaft durchzusetzen. Es bedeutet zugleich, daß gerade diese Partei ein entscheidendes Gegengewicht zur Vergangenheit darstellt, und zwar zu einer Vergangenheit, die bei uns unter verschiedenen Verkleidungen noch immer lebendig ist.

Die stärkste politische Partei in Böhmen und Mähren ist also eine rechtsorientierte demokratische konservative Partei. Die Stärke der ODS ist in erster Linie Resultat einer intensiven politischen Arbeit auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens – nicht nur in den höchsten Parteigremien, sondern auch, vielleicht vor allem, dort, wo sich die Arbeit der Partei und das alltägliche Leben des Bürgers berühren.

Wir stehen jetzt leider vor einer sehr schwierigen schicksalhaften Aufgabe. Ich möchte diese Aufgabe positiv als den tschechisch-slowakischen Ausgleich auffassen. Die Probleme, die sich zwischen Tschechen und Slowaken in der Zeit ihres Zusammenlebens gestaltet haben, blieben während der kommunistischen Herrschaft verborgen. Erst nach dem Umbruch im November 1989 sind sie allmählich ans Tageslicht gekommen und führten bald zu einer offenen Krise. Die letzten Wahlergebnisse sowohl in der Tschechischen als auch in der Slowakischen Republik haben die ganze Tiefe dieser Krise nur bestätigt.

Bei der Lösung des Problems stützt sich die ODS auf demokratische und liberale Grundsätze. Wir gehen davon aus, was die Wähler in der Slowakei bei den letzten Wahlen klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht haben. Die jetzige Form des Zusammenlebens in einem gemeinsamen Staate befriedigt sie nicht. Auf der anderen Seite sind solche konstruktivistischen Projekte wie z. B. die Konföderation, der Staatsverband usw. wiederum für die tschechische Öffentlichkeit unannehmbar.

In der letzten Zeit ist es uns gelungen, eine gemeinsame Sprache zu finden. Wir haben uns darauf geeinigt, daß zwei selbständige Staaten entstehen werden. Ein breites Netz von bilateralen Verträgen wird dafür sorgen, daß die zur Zeit bestehenden Bindungen zwischen der Tschechischen und der Slowakischen Republik in möglichst breitem Umfang erhalten bleiben.

Wir betrachten das tschechoslowakische Problem nicht isoliert, sondern in breiteren Zusammenhängen. Der Zerfall der CSFR ist ein Signal dafür, daß das Sicherheitssystem, das in Mittel- und Südosteuropa unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg entstanden ist und auch unter der Eiskruste der kommunistischen Herrschaft überlebte, heute Korrekturen braucht. Das ist eine gemeinsame Aufgabe der Länder dieser Region. Es kann sich dabei jedoch um keine Wiederherstellung von etwas handeln, was früher war, und um keine gegenseitigen Aufrechnungen und Ansprüche. Etwas solches würde höchstens zu neuen schweren Konflikten führen.

Es handelt sich eher darum, das Zusammenleben von Staaten und Nationen des mitteleuropäischen Gebiets neu zu definieren, es handelt sich um den Weg der allseitigen Vorteile und einer freundschaftlichen Zusammenarbeit. Es ist eine schwierige Aufgabe. Auf beinahe jedem Schritt stoßen wir auf das verhängnisvolle Erbe der Vergangenheit. Ich möchte nur ein Beispiel erwähnen, das gerade jetzt die zerbrechlichen Ansätze der Versöhnung in Mitteleuropa zu vernichten droht. Es handelt sich um das unglückliche Wasserkraftwerk Gabcikova. Das ursprünglich rein technische Problem hat eine riesige Bedeutung erlangt, die der Größe des Baus entspricht. Das verkompliziert die Beziehungen der Slowaken, aber indirekt auch der Tschechen zu ihrer Umgebung. Die ODS als eine konservative Partei ist gegen jeden ökologischen Fundamentalismus, der Probleme des Umweltschutzes um jeden Preis politisiert. Zugleich sind wir uns jedoch bewußt, daß ebenso wie jeder Streit in der Welt auch dieser Konflikt durch Kompromisse gelöst werden muß.

Wir stehen also vor schweren Problemen und wissen wohl, daß es vor allem von uns abhängt, wie sie gelöst werden. Zugleich sind wir uns jedoch bewußt, daß wir in Europa und in der Welt Freunde haben, die uns beistehen. Die hochentwickelten europäischen Demokratien und die Parteien der EDU halten wir für unsere natürlichen Verbündeten und Freunde. Die Bundesrepublik und die CDU spielen unter ihnen eine recht bedeutende Rolle.

Liebe Freunde von der CDU, wir wissen wohl, daß wir gute Freunde haben und daß wir uns auf Sie verlassen können.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle auch die Konrad-Adenauer-Stiftung erwähnen, mit deren Unterstützung z.B. mein heutiger Besuch zustande kam. Ich betone sehr gern, daß uns mit der Adenauer-Stiftung eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit verbindet, für die wir sehr dankbar sind.

(Beifall)

Zum Schluß möchte ich noch erwähnen, daß wir nächste Woche unseren Parteitag abhalten. Wir hoffen, daß er so erfolgreich wie Ihrer sein wird. Wir erwarten dort Ihre Repräsentanten. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifal)

Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium: Herr Ministerpräsident Klaus, der große Beifall des Parteitages hat Ihnen den Dank der CDU Deutschlands ausgedrückt. Wir sagen Ihnen ein herzliches Wort des Dankes und der Anerkennung vor allen Dingen dafür, daß Sie in unserer deutschen Sprache so hervorragend zu uns gesprochen haben. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich hoffe, ich darf das auch in Ihrem Namen sagen: Wir wünschen der Tschechischen und Slowakischen Republik eine gute, demokratische und vor allen Dingen friedliche Zukunft. Wir wünschen Ihnen, Herr Ministerpräsident, daß es Ihnen gelingen möge, soviel an Bindungen, wie es eben geht, zwischen der Tschechischen und Slowakischen Republik zu erhalten, damit Europa insgesamt an diesen guten Entwicklungen teilhaben kann. Wir wünschen, daß wir den Tag erleben, daß neben Deutschen, Franzosen und den anderen Partnern in der Europäischen Gemeinschaft, die mit dem Vertrag von Maastricht zu europäischen Bürgern werden, auch Tschechen, Slowaken, Polen und Ungarn europäische Staatsbürger sein werden. Das ist der Wunsch, den wir Ihnen heute übermitteln möchten.

(Beifall)

Ich darf nun die Leitung der Abstimmungen über die Anträge an den Bundesvorsitzenden der Jungen Union Deutschlands, an unseren Freund Hermann Gröhe, abgeben.

Hermann Gröhe, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Einzelberatung des Antrags „Gemeinsam Verantwortung in Europa und in der Welt wahrnehmen".

Ich rufe die Ziffer 1 des Antrags des Bundesvorstands auf. Sie finden diesen Antrag und die dazugehörigen Ergänzungs- und Änderungsanträge auf Seite 31 der Antragsbroschüre. Bisher liegen keine Wortmeldungen vor. – Es bleibt auch dabei. Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt, die Ziffer 1 in der Fassung, die der Bundesvorstand vorgelegt hat, anzunehmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen.

Ich rufe die Ziffer 2 des Bundesvorstandsantrags auf. Dazu gehören die Anträge A 30, A 32 und B 3 bis B 19. Fundstellen sind die Seiten 31 ff der Antragsbroschüre. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Dann lasse ich über die Ziffer 2 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der überarbeiteten Fassung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Dann ist auch das einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 3 des Antrags des Bundesvorstands. Dazu gehören die Anträge B 20 bis B 25. Sie finden sie auf den Seiten 37 und 38 der Ihnen vorliegenden Antragsbroschüre.

Hierzu liegt eine Wortmeldung vor. Ich erteile unserem Parteifreund Bruno Orth das Wort.

Bruno Orth: Herr Sitzungspräsident! Liebe Parteifreunde! Bei der Sichtung des Antrags B 3 und der ergänzenden Anträge habe ich in allen Texten einen Hinweis darauf vermißt, daß es neben Kroatien und Slowenien auch noch die anderen Staaten Restjugoslawiens, die bisherigen Bundesstaaten und jetzt in der Schwebe befindlichen Staaten gibt. Ich glaube, es wäre angemessen, wenn in unseren Anträgen nicht nur Slowenien und Kroatien auf Grund ihrer Entwicklung in besonderer Weise hervorgehoben worden wären, sondern wenn wir auch deutlich gemacht hätten – wir kennen das ja auf Grund der Verbindungen mit unseren jugoslawischen Freunden, die sich hier im Land zu mehreren Hunderttausend befinden –, daß es auch in den anderen Staaten Jugoslawiens schon starke demokratische Kräfte gibt, die wir unterstützen müssen.

Es wäre gut, wenn auf den Seiten 33 und 34 nicht nur Slowenien und Kroatien erwähnt würden, wo die demokratische Entwicklung schon recht weit gediehen ist, sondern wenn auch darauf hingewiesen worden wäre, daß es diese starken Kräfte auch in Serbien gibt. Diese Kräfte müssen wir unterstützen. Das gilt auch für Montenegro und Bosnien-Herzegowina. Wir sollten darauf hinweisen, daß dort im Grunde auch schon demokratische Mehrheiten bestehen, daß nur die Machtverhältnisse dort eben noch nicht so sind, daß wir helfen können.

Herr Rühe hat darauf hingewiesen, daß hier auf unserer Seite ein Versäumnis vorliegt. Wir hätten, als Kroatien und Slowenien anerkannt worden sind, rechtzeitig darauf hinweisen müssen, daß wir für die dortige Region föderalistische Strukturen oder zumindest die Strukturen einer Konföderation für angemessen halten und nicht den schnellen Weg in die nationale Unabhängigkeit, wie er etwas kopflos gegangen worden ist. Dem früheren Jugoslawien und auch Europa wären viel Leid erspart geblieben.

Das Leid geht ja bis in unsere Familien hinein. Wir haben ja sehr viele Bekannte. Sie wissen, daß durch Heirat und verwandtschaftliche Beziehungen diese Dinge quer durch die Völker Jugoslawiens gehen. Hier sollten wir hilfreich sein. Wir sollten auf diplomatischem Weg, aber auch durch Beratung im wirtschaftlichen und allen anderen Bereichen darauf hinweisen, daß auch diesen Teilen Jugoslawiens der Weg nach Europa dann offensteht, wenn in den jeweiligen Ländern durch das Volk politische Veränderungen in Gang gesetzt werden. Diese Ermutigung verdienen alle. – Danke schön.

Hermann Gröhe, Tagungspräsidium: Ich glaube, durch den Blick in die Antragsunterlagen wird klar, daß es sich um einen ergänzenden Antrag zur Erläuterung handelt.

Wir haben jetzt über den Antrag B 3 in der Fassung der Antragskommission abzustimmen. Wer für diese Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 4 auf. Dazu gehören die Anträge B 2, B 26 und B 28 bis B 31 sowie H 64.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über Ziffer 4. Die Antragskommission empfiehlt eine überarbeitete Fassung. Wer dieser Fassung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist auch das einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 5. Dazu gehören die Anträge B 32 bis B 46, E 9 und E 13. Sie finden diese Texte in der Antragsbroschüre auf den Seiten 40 bis 45.

Dazu liegt eine Wortmeldung der Antragskommission vor. Ich erteile Frau Quisthoudt-Rowohl das Wort.

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Antragskommission: Ich möchte im Namen von Herrn Staatssekretär Repnik einen Änderungsvorschlag unterbreiten. Er betrifft folgenden Satz auf Seite 43: „Dabei sind die Leistungen zur Entwicklung der ost- und mitteleuropäischen Staaten zu berücksichtigen."

Das bedeutet in dieser Fassung: Die Berücksichtigung erfolgt im Rahmen der 0,7 % bis 1 % des Bruttosozialprodukts. Das ist nach OECD-Recht nicht zulässig. Deswegen empfiehlt Herr Repnik, diesen Passus zu streichen und am Ende zu ersetzen durch die Formulierung: „Das vereinigte Deutschland wird den Herausforderungen bei der Entwicklung in Ost- und Mitteleuropa in ganz besonderem Maße gerecht. Die dabei erbrachten Leistungen müssen in diesem Zusammenhang ebenfalls gewürdigt werden."

Es tut der Antragskommission leid, daß das keiner von uns bei den Beratungen entdeckt hat.

Hermann Gröhe, Tagungspräsidium: Das war eine Ergänzung durch die Antragskommission. Die Antragskommission empfiehlt also, eine revidierte Fassung der Ziffer 5 anzunehmen.

Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der revidierten Fassung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Dann ist Ziffer 5 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Damit sind alle Anträge zum Thema „Gemeinsam Verantwortung in Europa und in der Welt wahrnehmen" beraten und verabschiedet. Ich danke Ihnen für Ihre Mitarbeit und die zügige Beschlußfassung.

Es kommt zu einem weiteren Wechsel im Tagungspräsidium. Als Tagungspräsident führt jetzt die Verhandlungen Dr. Otmar Franz, Vorsitzender der interfraktionellen Arbeitsgruppe „Währung" im Europäischen Parlament.

Dr. Otmar Franz, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir kommen jetzt zur Beratung eines europapolitischen Themas, das vor allem in den letzten Monaten in der öffentlichen Diskussion einen ungewöhnlich breiten Raum eingenommen hat. Noch vor wenigen Jahren galten Währungsfragen als trocken und uninteressant. Europäische Währung galt als Thema für Theoretiker und Experten. Inzwischen ist die Anzahl von selbsternannten Experten, vielfach mit Professorentitel, sprunghaft angestiegen.

Die Opfertheorie und der ungewöhnlich geistreiche Ausspruch über das Esperantogeld haben Ängste und Emotionen ausgelöst. Sie haben Anlaß geboten, Stimmung gegen Europa zu machen. Daher ist es von besonders großer Bedeutung, daß wir heute die Chance haben, über diese sehr schwierigen und für die europäische Einigung außerordentlich wichtigen Fragen sachlich zu diskutieren.

Ich rufe den Antrag „Harte Währung – Stark im Gemeinsamen Markt" auf. Sie finden die dazugehörenden Anträge auf den Seiten 46 bis 59 der Antragsbroschüre.

Darüber hinaus beziehen sich die Initiativanträge C 38 und C 39 auf dieses Gebiet.

Ich weise jetzt schon darauf hin, meine Damen und Herren, daß wir unmittelbar nach der Wirtschafts- und Währungsthematik auch die Anträge zur sozialen Dimension

Europas behandeln werden. Ich bitte diejenigen Delegierten, die zu diesem Thema sprechen wollen, jetzt ihre Wortmeldekarten mit einem entsprechenden Hinweis abzugeben.

Zu einem ersten Einführungsreferat begrüße ich den Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Herrn Dr. Horst Köhler. Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Horst Köhler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht werden Sie wissen, daß ich im Jahr 1991 für ein Jahr als persönlicher Beauftragter der Bundesregierung die Verhandlungen zur Wirtschafts- und Währungsunion maßgeblich mit bestritten habe. Es ist mir deshalb eine besondere Freude, heute an dieser Diskussion teilnehmen zu können und Sie ein wenig über das zu informieren, was uns damals bei den Verhandlungen geleitet hat.

Das Verhandlungskonzept der Bundesregierung für die Wirtschafts- und Währungsunion war auf vier Grundüberlegungen aufgebaut.

Erstens. Es liegt im elementaren deutschen wirtschaftspolitischen Interesse, die europäische Einigung fortzusetzen;

(Beifall)

denn ohne politische und wirtschaftliche Stabilität in Europa ist die Erhaltung des Wohlstands und der Arbeitsplätze in Deutschland einschließlich des erfolgreichen Wiederaufbaus in Ostdeutschland nicht möglich. Das erreichte Ausmaß an Verflechtungen und Interdependenzen der Volkswirtschaften läßt ernsthaft keine Wirtschaftspolitik mehr zu, die nicht die Bezüge zu den Nachbarn und auch den Konkurrenten in ihre eigenen Überlegungen einbezieht.

Zweitens. Die Stabilität des Geldwerts steht für uns, für die deutsche Bundesregierung, nicht zur Disposition; denn wir wissen auf Grund unserer eigenen Erfahrungen um die verheerenden ökonomischen, sozialen und politischen Wirkungen der Inflation.

Drittens. Die Grundlagen für eine qualitative Weiterentwicklung Europas – wenn Sie so wollen: ein qualitativer Sprung – sind bei unseren Überlegungen vorhanden; denn die gemeinsame europäische Geschichte sowie die positiven konkreten Erfahrungen der Bürger und Unternehmen jeden Tag in den letzten Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg mit und in Europa haben ein neues europäisches Bewußtsein geschaffen.

Viertens. Die vierte Grundüberlegung war eine taktisch verfahrensmäßige Überlegung. Wir haben gesagt: Eigene konzeptionelle Vorstellungen mußten von Anfang an in die Verhandlungen eingebracht werden; denn nur so konnte Meinungsführerschaft erreicht werden und falschen Vorstellungen bei den Partnern über die stabilitätspolitische Entschlossenheit der Bundesregierung vorgebeugt werden.

Meine Erfahrung, meine Damen und Herren, ist: Man muß deutlich sagen, was man selber für richtig hält und auch durchsetzen will. Nur dann wird man von den Verhandlungspartnern ernst genommen.

Auf der Grundlage dieser Grundüberlegungen habe ich Ende Januar 1991 einen kompletten Vetragsentwurf auf den Verhandlungstisch in Brüssel gelegt. Dieser Entwurf war bis aufs Wort mit der Deutschen Bundesbank abgestimmt. Er schloß das von den europäischen Notenbankpräsidenten unter Leitung des damaligen Bundesbankpräsidenten Pöhl erarbeitete Statut einer europäischen Zentralbank ein. Unser Konzept für die Währungsunion war also kein Konstrukt aus der Retorte, sondern das Ergebnis konkreter – wenn Sie so wollen: auch jahrzehntelanger – Erfahrungen und

Kompetenz. Der deutsche Vertragsentwurf schlug damals hohe Wellen, vor allem in den Amtsstuben der EG-Kommission. Auswirkungen erreichten mich auch persönlich durch besorgte Anrufe aus Bonner Kreisen. Es wurde gefragt, ob ich denn in Brüssel mit meiner deutschen Klarheit an dieser Stelle und diesmal nicht zu weit gegangen sei.

Wer sich die Mühe macht, unseren damaligen Vertragsentwurf mit dem Ergebnis von Maastricht zu vergleichen, wird feststellen können, daß der jetzige Vertrag eindeutig unsere stabilitätspolitische Handschrift trägt.

(Beifall)

Wir haben de facto die deutsche Währungsunion nach Europa exportiert; friedlich und auf dem Verhandlungswege.

(Beifall)

Der Vertrag zur Europäischen Union schafft die Voraussetzungen für eine europäische Stabilitätsgemeinschaft; vor allem durch drei konstitutive Elemente.

Erstens. Der Vorrang für den Stabilitätsauftrag und die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank sind klarer formuliert, als in jedem anderen Notenbankstatut – auch dem der Deutschen Bundesbank.

Zweitens. Die Teilnahme an der Währungsunion wird von der Erfüllung objektiv meßbarer Stabilitätskriterien – Preis- und Wechselkursstabilität, Haushaltsdisziplin und der Angleichung der Zinsen – abhängig gemacht.

Drittens. Die Wirtschaftspolitik aller Mitgliedsstaaten wird auf den – ich zitiere aus dem Vertrag – Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet. Mit dieser Konzeption und mit diesem Vertragswerk entstehen in Europa für einen Wirtschaftsraum, meine Damen und Herren, von 340 Millionen Menschen langfristig kalkulierbare Planungsgrundlagen und damit günstige Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze, und zwar auf der Grundlage eines ordnungspolitischen Konzepts, das unseren Vorstellungen von Marktwirtschaft und Sozialer Marktwirtschaft entspricht.

In dieser Zeit des weltweiten Umbruchs in Ost und West hat Europa ein konkretes Programm für den weiteren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und für die Erhaltung politischer Stabilität. Die verschiedenen Sprecher und auch der Bundeskanzler in seiner Grundsatzrede haben das heute ausgeführt.

Meine Damen und Herren, wenn heute zum Teil gesagt wird, wir sollten vielleicht die Reihenfolge unserer politischen Ziele sorgfältig danach abstimmen, was wir machen können, und da komme als erstes die deutsche Vereinigung sowie zweitens, weil es im Interesse der ostdeutschen Firmen ist, der Wiederaufbau in Osteuropa und in der früheren Sowjetunion, so muß ich Ihnen sagen: Meine konkreten Erfahrungen und inzwischen leidgeprüften intimen Kenntnisse der Entwicklung in der früheren Sowjetunion lassen mich zu dem Schluß kommen, es ist wirklich im elementaren ökonomischen Interesse, daß Deutschland im Verein der westlichen europäischen Länder marschiert und sich präsentiert, sonst werden wir nämlich de facto von all den Lasten und Risiken, die da auf uns zukommen, überfordert.

(Beifall)

Ich glaube, die Diskussion hat heute deutlich gemacht, daß man dennoch nicht überrascht sein kann, daß das Ergebnis von Maastricht eine kritische Diskussion ausgelöst hat, die Sorgen und tiefsitzende Ängste offenbart. Ich glaube, es ist die Meinung aller hier sowie meine persönliche Meinung: Wir müssen diese Ängste ernst

nehmen. Tatsächlich verlangt die Entscheidung von Maastricht den Menschen viel ab; dies in einer Zeit, wo sie ohnehin vieles zu bewältigen haben. Vor allem bedeutet die Schaffung der europäischen Zentralbank nicht mehr und nicht weniger, als daß die Verantwortung für den Geldwert bei uns an eine europäische Währungsbehörde abgegeben wird, die sich ihr Vertrauenskapital, das ist wahr, erst noch erwerben und erarbeiten muß. Es ist schon häufig gesagt worden, und das ist absolut richtig: Währungsfragen sind immer auch Vertrauensfragen. Deshalb müssen wir mit diesem Gut, mit dem Thema Währung so sorgsam umgehen. Wir wissen das in Deutschland besonders gut, weil wir zwei Währungsschnitte in diesem Jahrhundert erleben haben und weil wir letztlich zum Positiven erfahren haben, daß die D-Mark zum Symbol für wirtschaftlichen Aufstieg und internationales Ansehen geworden ist.

Nach dem ganz überwiegenden Kommentar der Sachverständigen ist es Deutschland in den Verhandlungen gelungen, die vertraglichen und institutionellen Grundlagen für eine harte europäische Währung durchzusetzen.

Die Frage, die auftaucht, lautet: Wird dieses Vertragswerk auch mit konkretem Stabilitätsleben erfüllt? Ein beliebtes Argument ist ja, daß die Währungsunion zwar gut ausgehandelt worden sei, daß ihr aber das Gegenlager auf der politischen Ebene fehle. Ich halte dieses Argument insgesamt sowieso nicht für tragfähig. Wir haben diese Sorge aber einbezogen und in das Vertragswerk der Wirtschafts- und Währungsunion sozusagen für sich genommen Regelkreise eingebaut, die es uns ermöglichen, die Sicherheit einer europäischen harten Währung zu gewährleisten. Wir springen in Deutschland und in Europa mit der Wirtschafts- und Währungsunion also nicht ins kalte Wasser oder liefern uns anonymen Kräften aus, sondern wir wachsen durch einen Stufenprozeß der Einübung und Qualifizierung in die Währungsunion hinein. Die wichtigsten Elemente dieses Stufenprozesses sind die folgenden: Erstens erreichen wir diese Einübung und Qualifizierung durch konkrete Programme und Entscheidungen der Mitgliedsstaaten zur Angleichung der ökonomischen Stabilitätsdaten, durch sogenannte Konvergenzprogramme. Als zweites Element nenne ich die Koordinierung und Überwachung der Wirtschaftspolitik in Europa im Ministerrat. Es sind Gefahren und Instrumente entwickelt worden, die diese Überwachung mit zunehmender Intensität ermöglichen. Schließlich haben wir im Vertragswerk auch das Instrument der Sanktionen.

Meine Damen und Herren, die jüngsten Turbulenzen im Europäischen Währungssystem werden von einer Presse, die oft alles herbeizieht, um zu beweisen, daß es nicht funktionieren könne, häufig als der letzte Beweis zitiert, daß die Wirtschafts- und Währungsunion falsch gestrickt sei. Genau das Gegenteil ist der Fall. Für mich und für den, der sich intensiv mit der Sache befaßt, sind die jüngsten Turbulenzen gerade der Beweis dafür, daß unser Konzept der monetären Integration, das Konzept, das auf der wirtschaftlichen Angleichung der Mitgliedsstaaten aufgebaut ist, sich bestätigt hat. Ich bewerte diese Währungsturbulenzen der letzten Wochen und Monate als eine rechtzeitige Lektion für die Politik, daß die Ökonomie nicht durch politische Kraftmeierei außer Kraft gesetzt werden kann. Man muß aber wissen, wovon man spricht. Die deutsch-französische Kooperation in den letzten Wochen zur Stützung der Parität des Französischen Franc war z.B. nicht oder nicht nur das Ergebnis einer besonderen Liebe zwischen Deutschland und Frankreich. Die spezielle Vereinbarung, die Parität des Französischen Franc unter dem Druck der Spekulation zu verteidigen, ging vielmehr auf die Einschätzung und die Analyse zurück, daß die ökonomischen Daten Frankreichs so gut sind wie die in Deutschland, in einzelnen Bereichen sogar besser. Durch den Erfolg der Verteidigung der Franc-D-Mark-Parität hat sich bestätigt, daß ein System, das darauf beruht, daß die ökonomischen Fundamentaldaten angeglichen sind, funktionsfähig ist und auch gegen die Angriffe der Spekulanten - in diesem Fall kann man es so sagen - verteidigt werden kann.

Meine Damen und Herren, meine Schlußfolgerung aus den währungspolitischen Turbulenzen und den schwierigen Diskussionen der letzten Monate ist diese: Wir haben es in hohem Maße selbst in der Hand, wie das Vertragswerk zur Wirtschafts- und Währungsunion nach Buchstaben und Geist mit Stabilitätsleben erfüllt wird. Für die Zustimmung der Bürger wird es vor allem darauf ankommen, ihr Vertrauen in der Hinsicht zu gewinnen, daß erstens tatsächlich nur diejenigen Länder an der Währungsunion teilnehmen, die sich dafür qualifiziert haben, daß zweitens die Währungsunion für die Bürger in Deutschland nicht mit unzumutbaren finanziellen Lasten verbunden ist und daß drittens Europa nicht den Verlust nationaler und regionaler Identitäten, Kulturen und Traditionen bedeutet. Ich glaube, das sind drei Schlüsselfragen, auf die die Bürger Antworten bekommen müssen und auch bekommen werden, wenn wir ihre Zustimmung zur Wirtschafts- und Währungsunion erhalten wollen.

Der Bundeskanzler hat schon darauf hingewiesen, wie absurd es ist, zu erwarten, daß sich ein deutscher Bundeskanzler in der Frage, wer denn nun stabilitätsqualifiziert ist, sozusagen leichtfertig über die Ökonomie hinwegsetzt. Wenn er sich leichtfertig über die Stabilitätskriterien hinwegsetzte, würde er letztlich die Regierungsverantwortung verlieren. Deshalb halte ich es auch für völlig richtig, daß sich der Bundestag mit dieser Frage beschäftigt.

Meine Damen und Herren, die Diskussion über das Thema der zwei Geschwindigkeiten in Europa halte ich im übrigen für unproduktiv. Der Vertrag von Maastricht ist in dieser Hinsicht ganz eindeutig. Jeder Mitgliedsstaat hat das Angebot, an der Wirtschafts- und Währungsunion teilzunehmen. Ich halte es aus politischen Gründen, aber auch aus wirtschaftspolitischen Gründen für sehr wichtig, daß dieses Angebot für alle Zwölf gilt. Allerdings weiß jeder Mitgliedsstaat schon heute, was er bis wann stabilitätspolitisch erreicht haben muß. Damit ist im Vertrag ein politisch hilfreiches, eindeutiges und nicht diskriminierendes Verfahren für die Möglichkeit einer zeitlich gestaffelten Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion vorgesehen. Deshalb habe ich es auch nie begriffen, warum soviel Unverständnis gegenüber der Kombination von Konvergenz - also ökonomischer Angleichung - und Termin aufgebracht wird. Die Terminsetzung in Verbindung damit, daß die Ökonomie stimmen muß, macht es uns gerade möglich, nicht auf das letzte Schiff im Geleitzug zu warten, sondern das Momentum der Integration und des Fortschritts zu behalten.

(Beifall)

Wir in Deutschland sollten uns allerdings vor stabilitätspolitischer Arroganz oder - ich will es vorsichtiger formulieren - vor stabilitätspolitischer Überheblichkeit hüten. Ist unsere eigene vielgerühmte und wichtige Stabilitätskultur wirklich so gefestigt? Es gibt jedenfalls Mitgliedsstaaten, die stabilitätspolitisch gegenwärtig deutlich besser dastehen als wir selber. Der Bundeskanzler hat es auch gesagt. Inzwischen haben bereits sieben Mitgliedsstaaten ehrgeizige Konvergenzprogramme vorgelegt. Im Rahmen dieser Programme werden den Bürgern in anderen Ländern erhebliche Opfer abverlangt, obwohl sie keine Wiedervereinigung verkraften müssen. In Frankreich z.B. sollen die Einkommen der Staatsdiener nur in Höhe der sehr niedrigen Inflationsrate - sie ist niedriger als bei uns - zunehmen. In Italien hat das Parlament gerade einen Lohnerhöhungs- und Beförderungsstopp im öffentlichen Dienst beschlossen und einer Heraufsetzung des Rentenalters um fünf Jahre sowie einer kräftigen Selbstbeteiligung an den Kosten der Gesundheitsvorsorge zugestimmt. In Irland wurde das Haushaltsdefizit innerhalb weniger Jahre von rund 11 % auf rund 2 % des Bruttosozialprodukts zurückgeführt. Auch in den beitrittswilligen skandinavischen

Ländern sind einschneidende Maßnahmen ergriffen worden, um die Ansprüche an den Sozialstaat mit der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften wieder in Einklang zu bringen. In Schweden z.B. bedeuten die Sanierungsmaßnahmen für jeden einzelnen Haushalt einen Einkommensentzug von durchschnittlich 200 DM im Monat. Ich habe das Gefühl, daß uns in Deutschland nichts Besseres passieren kann als das, daß es in Europa einen Wettbewerb um die besten Wirtschafts- und Stabilitätsdaten gibt. Nichts anderes wird von dem Vertrag von Maastricht ausgelöst.

(Beifall)

In Deutschland haben wir unsere eigenen stabilitätspolitischen Hausaufgaben noch nicht erledigt. Das ist die schlichte Wahrheit. Die Lohn- und Gehaltsentwicklung in Ost und West in den letzten zwei Jahren war eindeutig stabilitätswidrig. Sie hat die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft beeinträchtigt und vor allem im Osten Deutschlands Arbeitsplätze gekostet.

Meine Damen und Herren, es muß zu denken geben, daß andere Mitgliedstaaten den Modellcharakter der deutschen Tarifautonomie unter Hinweis auf die lohnpolitischen Entwicklungen bei uns in den letzten zwei Jahren zunehmend in Zweifel ziehen. Ich darf Ihnen gar nicht verraten, wie alt ich aussah, als wir 1991 verhandelt haben und ich vehement für unser Modell der Tarifautonomie gefochten habe, hierfür aber letztlich nicht die volle Mehrheit bekam, weil die anderen sagten: Mit unserem System, das sich von dem der Tarifautonomie unterscheidet, haben wir schließlich auch gute Ergebnisse erzielt, und ihr seid im Augenblick eher am Schleudern.

Noch haben wir in Deutschland auch keinen Konsens für eine stabilitätsgerechte Finanzierung der Kosten der deutschen Vereinigung gefunden. Der Verteilungsstreit der Gebietskörperschaften z. B. trägt nicht dazu bei, die Opferbereitschaft der Bürger zu fördern. Dabei kann es für mich keinen Zweifel daran geben, daß sich die westlichen Bundesländer und Gemeinden noch viel zu wenig an der gesamtstaatlichen Aufgabe der Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung beteiligen.

(Beifall)

Die Lösung der Verteilungsprobleme darf im Interesse der mittel- und langfristigen ökonomischen Stabilität bei uns und in Europa nicht im scheinbar einfachen Weg der Defizitvermehrung bestehen. Korrekturen an bestehenden Verteilungspositionen sind deshalb unvermeidlich, wenn wir den Aufbau Ostdeutschlands wirklich zur Priorität Nr. 1 machen wollen.

In Ostdeutschland wiederum muß es vor allem zu einer Abkehr von der ohne Rücksicht auf die Produktivitätsentwicklung betriebenen Aufholjagd bei Löhnen und Gehältern kommen. Besitzstandspolitik können wir uns buchstäblich nicht mehr leisten. Vorrang muß im Osten wie im Westen den Investitionen gegeben werden, denn ohne Investitionen und Wachstum wird die Lösung der Verteilungsprobleme noch viel schwerer.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit wird deutlich: Nur wenn die Wirtschaft bei uns floriert – jedenfalls nicht völlig außer Tritt gerät – und wenn die Verteilungsansprüche mit dem gesamtwirtschaftlichen Rahmen übereinstimmen, kann Deutschland den stabilitätspolitischen Kern Europas bilden. Anders gewendet: Wir haben die Sicherung einer harten Währung in Europa zu einem guten Teil selbst in der Hand, wenn wir wirtschafts- und stabilitätspolitisch unsere eigenen Hausaufgaben machen und somit auch Vorbild für die anderen sind. Auf dieser Grundlage ist auch unsere Forderung, den Sitz der Europäischen Zentralbank in Deutschland anzusiedeln, am besten begründet.

Nur wenige werden ernsthaft bezweifeln, daß die Gegenüberstellung von Kosten und Nutzen der Europäischen Gemeinschaft für unser exportabhängiges Land unter dem Strich positiv ausfällt. Deshalb sollten wir uns in der Tat vor dem unbedachten Urteil, wir seien die Zahlmeister Europas, hüten.

Ich darf Ihnen sagen: Als Jacques Delors Mitte der 80er Jahre das Programm und die Vision des Binnenmarktes '92 vorgab, wurde er zunächst belächelt. Im nachhinein wissen wir, daß die Zielsetzung des Binnenmarktes '92 im Prinzip ein gigantisches Investitionsprogramm in Europa auslöste, auch und vor allem zum Nutzen der deutschen Arbeitsplätze und der deutschen Einkommen und im Sinne unserer Wachstumsmöglichkeiten. Deshalb sollte man wirklich damit aufhören, zu sagen, wir sollten das Geld für Europa lieber für uns behalten.

Fachlich irreführend ist auch das beliebte Argument, das sogenannte Delors-II-Paket sei die Rechnung für Maastricht. Die Überprüfung des Finanzrahmens der Europäischen Gemeinschaft und der Strukturfonds war vielmehr schon lange vor Maastricht für dieses Jahr auf die Tagesordnung gesetzt.

Keinen Zweifel dürfen wir allerdings daran lassen, daß unsere finanziellen Leistungen für Europa im Einklang mit unseren finanziellen Möglichkeiten bleiben müssen. Deshalb gibt es zu einer harten Verhandlungsposition der Bundesregierung in Brüssel überhaupt keine Alternative. Wir sollten die Diskussion aber konstruktiv führen. Für mich ist es z. B. ganz selbstverständlich, daß der Anspruch auf wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt – das ist eine Formel der Europasprache für die Erwartung der südlichen Länder, durch die reichen nördlichen Länder finanziell unterstützt zu werden – und die Unterstützung dieses Anspruchs legitim ist und daß wir uns von diesem Ziel auch überhaupt nicht distanzieren sollten. Nur müssen wir diesen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in einen wirtschaftspolitischen Gesamtansatz einbetten, der im Kern die Eigenverantwortung der jeweiligen Länder als erstes sieht und der die Hilfe aus der Europäischen Gemeinschaft flankierend, als Hilfe zur Selbsthilfe, definiert.

(Zustimmung)

Ich habe heute mit Interesse die Diskussion über die Politische Union gehört. Ich würde mir wünschen – das ist jetzt, wenn Sie so wollen, mein eigener Traum –, daß die europäischen Regierungen einen Kreis unabhängiger Persönlichkeiten aus allen Mitgliedstaaten, Persönlichkeiten mit großer Erfahrung und hohem Sachverstand, mit der Ausarbeitung einer auf dem Subsidiaritätsprinzip beruhenden europäischen Verfassung beauftragen.

(Zustimmung)

Der erste Schritt dafür ist, daß wir das Subsidiaritätsprinzip jetzt wirklich konkretisieren, dann aber auch den Versuch machen, einen in sich konsistenten Aufbau für Europa zu definieren. Dabei sollten die Überlegungen nicht so sehr an den vorgegebenen Mustern von Staatenbünden oder Bundesstaaten kleben; das sollten wir der Diskussion überlassen.

Ich habe neulich ein Buch in die Hand bekommen, das Peter Koslowski herausgegeben hat. Der Titel lautete „Europa imaginieren". Auch wenn es angesichts der Kritik und der öffentlichen Diskussion fast schon überholt scheint, so denke ich, daß wir eine Imagination von Europa brauchen, die auf der einen Seite den nationalen und regionalen Identitäten, Kulturen und Traditionen Raum gibt, andererseits aber sicherstellt, daß dort, wo ein funktionsfähiges Zusammenarbeiten notwendig ist, das Ganze auch vernünftig organisiert wird. Diese Art von europäischer Verfassung sollte

aus meiner Sicht jetzt ausgearbeitet werden, und wenn es nur in den Zirkeln von Intellektuellen und Geschichtsprofessoren, jedenfalls von Persönlichkeiten der europäischen Politik und Geschichte, geschieht. Wir haben dafür auch Zeit. Die Ergebnisse dieser Arbeit könnten dann in die bereits für 1996 vorgesehene neue Regierungskonferenz zur Präzisierung der Europäischen Union einfließen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zur weitergehenden politischen Diskussion noch eines sagen. Ich hielte es buchstäblich für einen Treppenwitz der Geschichte, wenn sich Deutschland nach der Wiedervereinigung Europa verschließen würde. Ich werde nie vergessen, wie wir damals, als es um den Vertrag über die Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR ging, den Bezug zur europäischen Idee und zur europäischen Einigung immer im Kopf hatten und dann auch in den Einigungsvertrag hineingeschrieben haben. Wir sollten das nicht vergessen!

Oft werde ich gefragt, ob ich denn meiner Sache sicher bin, ob wir durch den Vertrag zur Wirtschafts- und Währungsunion von Maastricht wirklich sicher sein können, daß wir eine harte Währung bekommen. Meine Damen und Herren, ich habe versucht, deutlich zu machen, daß wir die institutionellen und vertraglichen Grundlagen dafür haben. Aber ich würde nie und nimmer sagen, daß dieser Weg sozusagen ohne jedes Risiko zu haben ist. Wer Erfolg, Nutzen oder Wachstum ohne Risiko haben will, wird immer steckenbleiben. Wer auf die Krönung der Perfektion ohne Risiko wartet, wird eher als Bettler enden denn als König.

Meine Auffassung ist: Die Risiken im Vertrag von Maastricht oder bei der Wirtschafts- und Währungsunion sind nicht ganz auszuschließen. Aber sie sind kalkulierbar. Sie sind begrenzt. Sie sind auf jeden Fall wesentlich kleiner als die Chancen der Wirtschafts- und Währungsunion.

Wenn Sie mir gestatten, umreiße ich dieses Thema mit einem Zitat des Philosophen Karl Popper, der vor nicht allzu langer Zeit gesagt hat: „Die offene Zukunft enthält unabsehbare und moralisch gänzlich verschiedene Möglichkeiten. Deshalb darf unsere Einstellung nicht von der Frage beherrscht sein „Was wird kommen?", sondern es muß von der Frage beherrscht sein: „Was sollen wir tun, um womöglich die Welt ein wenig besser zu machen?""

Meine Antwort auf diese Reflexion von Popper ist eindeutig: Wir sollten den Weg von Maastricht gehen. Wir wissen dabei, daß die D-Mark als Identitätssymbol für die Deutschen schwer aufzugeben ist. Dieses Identitätssymbol macht die Psychologie für uns Deutsche und für alle so schwer. Es macht auch das Potential für die Polemik in dieser Diskussion so groß.

Letztlich glaube ich aber, daß wir mit Maastricht ein Vertragswerk gefunden haben, das uns eine gute Zukunft ermöglicht. Wir müssen uns nur etwas zutrauen. Wir müssen mit Selbstbewußtsein sozusagen unser Gewicht und unsere Stimme jeden Tag in Europa einbringen. Wir müssen die besten Leute nach Europa schicken. Wir müssen sagen, was wir wollen.

Wenn wir das tun, habe ich keinen Zweifel, daß wir eine harte Währung im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion bekommen werden. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Otmar Franz, Tagungspräsidium: Haben Sie herzlichen Dank, lieber Herr Köhler, für diese ausgezeichnete Einführung. Im Namen des Parteitags danke ich Ihnen vor allem für die Eindeutigkeit, mit der Sie klargemacht haben, welche Chancen Maastricht für die Wirtschafts- und Währungsunion bietet, wenn wir in den nächsten

Jahren richtig handeln und diese Chancen nutzen. Die Währungsunion kann aus deutscher Sicht nur entstehen, wenn sie zu einer Stabilitätsunion wird und wenn die Währung hart wird. Hierfür ist, wie Sie mit Recht gesagt haben, die Basis gelegt. Wir müssen daran arbeiten.

Lieber Herr Köhler, lassen Sie mich im Namen der CDU auch bei dieser Gelegenheit Ihnen sehr für das danken, was Sie in der Vorbereitung und der Ausgestaltung des Vertragswerks von Maastricht geleistet haben.

(Beifall)

Das war ein Beispiel dafür, wie mit exzellenter Vorbereitung, Sachverstand und Standhaftigkeit für die CDU, für Deutschland, für Europa, für die Bürger etwas Grundlegendes geleistet worden ist. Dafür unser aller herzlichen Dank!

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, liebe Freunde, wir hören nun mit einem zweiten Einführungsreferat Frau Christa Thoben, wiedergewähltes Mitglied des Präsidiums der CDU und Vorsitzende des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik. Frau Thoben, Sie haben das Wort.

Christa Thoben: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Die Bundestagung der Frauenunion hat in diesem Jahr in Suhl stattgefunden. Sie hatte sich auch das Thema Europa vorgenommen. In einem der dortigen Arbeitskreise spielte die Wirtschafts- und Währungsunion die zentrale Rolle. Die Dame, die die Podiumsdiskussion leitete, warb vehement für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion; sie trug dafür sachkundige Argumente vor. Eigentlich erschien alles ganz selbstverständlich und in trockenen Tüchern.

Plötzlich sagten hinter mir im Saal mehrere Frauen: Ich verstehe das nicht so richtig. Sagen Sie mal, der ECU soll ja etwas Tolles sein. Für 1 ECU kriege ich 2 DM. Wird dann, wenn wir das Ende der 90er Jahre machen, mein Einkommen halbiert? Oder was passiert damit?

Ich trage das deshalb vor, weil ganz offenkundig sogar zwischen politisch Interessierten und denen, die das politisch betreiben, eine riesige Informationslücke entstanden ist, die es wahnsinnig schwierig macht, dem zu folgen, was der Bundeskanzler gestern zu Recht so formuliert hat: Das Richtige populär machen.

Das wollen wir. Deshalb gibt es diesen Tag und diese Debattenstruktur.

Wie wirbt man für die europäische Währung? Die Politik hat da eine sehr große Bringschuld, und zwar sowohl sprachlich als auch in dem Sinn, daß sie für sehr viele Fragen Verständnis haben muß, die sich teilweise recht hilflos und teilweise sehr unprofessionell anhören.

Ich versuche, mit ganz wenigen Anmerkungen Sie dazu zu bringen, Fragen zu stellen. Es gibt ja nicht viele Gelegenheiten, bei denen so viele Parteimitglieder beisammen sind und mit Herrn Staatssekretär Köhler ein Sachkundiger,der Antwort geben kann. Deshalb sollten Sie diese Zeit nutzen.

Springen wir mit der Wirtschafts- und Währungsunion und dem Maastrichter Vertragswerk von einem Sprungbrett in ein leeres Becken? Oder wagen wir einen wohlkalkulierten Sprung in eine Zukunft, von der wir alle nur träumen können?

Ich sage ganz offen: Der Sprung ist richtig.

Ich trage ein paar Argumente dafür vor: Was würde passieren, wenn wir es nicht täten? Alle, die sich mit Wirtschaftsfragen befassen, wissen, daß immer mehr

Unternehmen sich internationaler Konkurrenz stellen müssen und daß wir von einer Globalisierung der Märkte sprechen und daß es selbstverständlich eine entsprechende Abhängigkeit auch der Arbeitsplätze gibt.

Da sind Kleinstaaterei und Währungsgrenzen schlicht hinderlich.

Durch den europäischen Binnenmarkt bauen wir einige administrative Schranken ab, aber noch nicht alle die Schranken und Erschwernisse, die sich aus unterschiedlichen Währungen ergeben.

Deshalb ist das Ziel richtig: Am Ende sollte die gemeinsame Währung stehen, weil wir sonst in der internationalen Auseinandersetzung mit anderen wirtschaftlichen Zentren weltweit – blieben wir bei dieser Kleinstaaterei im Währungsgefüge – ins Hintertreffen geraten.

Herr Köhler hat es gesagt: Der Standort Deutschland ist nicht in allen seinen Bedingungen bereits fit für die Herausforderungen: nicht fit, was die Erfüllung der Stabilitätskriterien zum jetzigen Zeitpunkt angeht, aber auch nicht in all den Fragen, die mit zunehmender Wettbewerbseinbindung in internationale Märkte an uns gestellt werden.

Das Thema Lohnkosten ist eines der Themen, aber längst nicht das einzige. Das Thema Maschinenlaufzeiten ist ein weiteres. Das Thema Ausbildungszeiten ist ein weiteres. Nicht zuletzt geht es darum: Sind die Umweltschutzauflagen bei uns so hoch, daß sie tatsächlich Wettbewerbsverzerrungen und Benachteiligungen mit sich bringen, oder haben wir sie in allen Feldern so dosiert, daß sich daraus zusätzliche Wachstumschancen eröffnen?

Der Antrag, den wir Ihnen heute dazu vorlegen, versucht, abzuwägen und zu sagen: Dort, wo wir bereits Vorreiterrollen übernommen haben, sollten wir uns um eine europaweite Harmonisierung bemühen, aber zugleich versuchen, die zusätzlichen Mittel, die wir im Umweltschutz aufwenden wollen, dort einzusetzen, wo sie bei gleichem Aufwand den größten Effekt versprechen.

Das sage ich gerade den Delegierten, die aus den neuen Bundesländern kommen. Ein Gegenstand des Antrags ist es, dort Umweltschutzinvestitionen zu tätigen, weil sie wegen des nicht hohen Standards dort die höchsten entlastenden Effekte im Umweltbereich hätten.

Sie täten gut daran, das so zu formulieren und dafür zu werben.

Manche haben Sorge, daß wir die Stabilitätskriterien im Zuge der europäischen Währungsunion aufweichen. Ich meine, Staatssekretär Köhler hat recht: Es wird an uns liegen, ob wir die Kriterien selber erfüllen. Wir haben morgen vormittag ausreichend Gelegenheit, dazu auch unbequeme Entscheidungen zu treffen und mitzutragen.

Die zweite Frage ist: Wie gehen wir im Vollzug des Maastrichter Vertragswerks mit den weiteren Vereinbarungen um? Ich bin sicher: Wir werden nicht nachlassen, die Bedeutung einzubringen, die wir der Stabilität beimessen.

Der Antrag hat aber noch etwas anderes zum Gegenstand, nämlich auch den Hinweis, daß es in den Maastrichter Verträgen ausdeutungsfähige Begriffe gibt, bei denen wir sehr aufpassen müssen, ob sie in dem von uns gewünschten Sinne interpretiert werden oder Entwicklungen Vorschub leisten, die eine stärkere Investitionslenkung, eine stärkere branchenmäßige Ausrichtung der Industriepolitik bedeuten. Alle Länder, die das versucht haben, haben damit sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Wir

sollten die in den Maastrichter Verträgen möglicherweise angelegte Tendenz, so etwas stärker auszuformen, nicht verfolgen. Wenigstens haben wir in dem Antrag festgeschrieben: Das verstehen wir nicht darunter. Es wäre gut, wenn der Parteitag uns in dieser Vorlage folgen könnte.

Sie enthält außerdem eine Passage zum Thema „Regelungsdichte". Auch hier werden wir – das ist eine Chance in der europäischen Einheit – von anderen lernen können. Es gibt nämlich durchaus Regelungen, durchaus Vorschriften in anderen Ländern, die man bei näherem Hinsehen als die besseren erkennen wird, besser als das, was wir uns in 40 Jahren zugelegt haben. Das, was man in der europäischen Einheit lernt, weil man sich besser kennenlernt, ist auch für uns eine Chance, von anderen etwas abzugucken und nicht jedes Rad neu zu erfinden. Auch diese Chance unterstreichen wir eindeutig hier in diesem Antrag.

Schließlich, meine Damen und Herren, ist unter diesem Tagesordnungspunkt auch ein Antrag Gegenstand der Beratung, der Aussagen zur sozialen Union enthält. Auch dort gibt es Sorgen und Ängste, daß man im Zuge der europäischen Einheit quasi automatisch Abstriche anbieten muß oder sich aber politisch vielleicht abringen läßt, mit denen die Arbeitnehmer bei uns im Lande nicht sonderlich zufrieden sein können. Ich denke, auch in diesem Punkt tun Klarheit und Aufklärung not. Es geht in der europäischen Einheit nicht darum, deutsche Standards abzubauen, sondern es geht darum, im Zuge der europäischen Einheit den Wettbewerb mit anderen Standards auszuhalten. Solange wir so gut bleiben, so wettbewerbsfähig sind, uns so viel Neues ausdenken und anwenden, daß das alles finanzierbar ist, so lange passiert überhaupt nichts. Aber wir müssen uns daran gewöhnen, daß andere Länder zumindest vorübergehend ihren Wettbewerbsvorteil darin sehen werden, daß sie auf bestimmte soziale Standards nicht so schnell abfahren, wie wir das nach 40 Jahren Wohlstand heute tun. Darüber offen zu reden und zu sagen: Wenn wir den Standard halten sollen, dann müssen wir so gut sein, daß wir ihn uns leisten können, gehört zur Ehrlichkeit in den Fragen, über die wir heute hier sprechen.

(Beifall)

Eine weitere Anmerkung! Ich möchte, weil häufig abstruse Beispiele aus Europa vorgetragen werden, nur eines hinzufügen: Es gab eine Zeit, da hat man die europäische Harmonisierung total gewollt, und zwar in dem Sinne, daß alle Produkte, die auf einem Markt angeboten wurden, den Zugangsbedingungen zum Markt des jeweiligen Landes entsprechen mußten, in dem sie verkauft werden. Das nennt man „Bestimmungslandprinzip". Das hatte die wunderschöne Folge, daß man z.B. in Deutschland über Jahre verhindern konnte, einen bestimmten Aperitif verkaufen zu dürfen, und zwar einfach deshalb, weil sich die Franzosen angewöhnt hatten, einen Aperitif mit einer, wie ich es in Erinnerung habe, geringeren Alkoholmenge für bekömmlich zu halten, als dies gemeinhin in Deutschland üblich ist. Das „Cassis-de-Dijon-Urteil" mußte beim Europäischen Gerichtshof erstritten werden. Es besagt, daß es auch Deutschen zumutbar ist, einen Aperitif in Deutschland und nicht nur in Frankreich zu genießen, der weniger Alkohol hat als das, was wir hier gemeinhin anbieten. Von diesem Prinzip ist man zum Glück, weil die Kommission wahrscheinlich untergegangen wäre, wenn sie das bei allen Produkten versucht hätte, abgegangen und hat das sogenannte Ursprungslandprinzip entdeckt. Dieses bedeutet, daß wir die gegenseitige Anerkennung der Bedingung vereinbart haben: Produkte, von denen weder der Franzose noch der Italiener krank wird, sind Deutschen nicht nur im Urlaub, sondern auch zu Hause zumutbar.

(Beifall)

Für dieses Prinzip zu werben und zu sagen: „Das ist doch vernünftig", könnte uns der heutige Tag veranlassen. Ich möchte Sie deshalb sehr darum bitten, das mitzutragen und zu sagen: „Auch eine Kommission, die viel gescholten wird, hat zuweilen, vielleicht weil sie in einem Wust von Arbeit erstickt, vernünftige Ideen."

Meine Damen und Herren, ein Vertrag – das weiß jeder – ist nie Ersatz für das Leben. Er kann immer nur, ich sage einmal, Mindeststandards, für Krisenlagen Bedingungen formulieren. Ihn mit Leben erfüllen, ihn ausgestalten tun diejenigen, die ihn nutzen, die sich innerhalb der Regeln verabreden und miteinander leben. Insofern ist das – Herr Professor Köhler hat recht – ein Prozeß. Das ist kein Vertrag, der irgendwann verabschiedet wird und dann vorliegt. Es liegt an uns, ihn mit Leben zu erfüllen. Die Bürger dafür zu gewinnen, dazu ist der heutige Tag da.

Das gelingt aber nur, wenn Sie die Fragen, die Sie haben, jetzt auch wirklich stellen, und wenn es hier oben gelingt, die Antworten so zu geben, daß Sie mit diesen Antworten zu all den Menschen hinausgehen, die sie nicht hören, die dieselben, vielleicht sogar noch kritischere Fragen haben.

Wenn das möglichst viele von hier aus heute tun, denke ich, tun wir etwas Gutes zur Vollendung der politischen Einheit in Europa.

(Beifall)

Dr. Otmar Franz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Thoben, für diese Einführung, vor allem für Ihre klaren Aussagen dazu, daß wir viel mehr Informationen geben müssen, daß wir über die schwierigen Fragen der Währung viel besser aufklären müssen als bisher, und zwar mit klarer Sprache, mit eindeutigen Beispielen. Ich glaube, Sie haben heute mit Ihrer Einführung einen wundervollen Beitrag dazu geleistet, wie dies möglich ist, wie man auch schwierige Sachprobleme klar und eindeutig darstellen und allen einleuchtend nahebringen kann. Noch einmal sehr herzlichen Dank, liebe Frau Thoben!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte die Anregung von Frau Thoben aufnehmen. Nutzen Sie jetzt die Gelegenheit, alle Fragen, die zur europäischen Währung offen sind, zu stellen! Bisher liegen mir für die allgemeine Aussprache nur zwei Wortmeldungen vor. Sie haben jetzt noch die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden, um entsprechende Aufklärung und Anregungen zu bekommen.

Als erster Redner in der allgemeinen Aussprache hat sich zu Wort gemeldet Herr Dr. Karl von Wogau, der wirtschaftspolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. – Herr von Wogau!

Karl von Wogau: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Erlauben Sie, daß ich ein paar Ausführungen zu dem Thema „Gemeinsamer Markt und gemeinsame Währung" und zu der Frage mache, ob das, was am 1. Januar 1993 auf uns zukommt – zuerst der Gemeinsame Markt und dann die gemeinsame Währung –, eigentlich zu mehr Bürokratismus in der Europäischen Gemeinschaft führen wird.

Zunächst einmal müssen wir feststellen, daß als erster Schritt am 1. Januar 1993 die Grenzen zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft fallen werden. Dadurch wird augenfällig, daß die Europäische Gemeinschaft zusammenwächst. Zwischen den Firmen der Europäischen Gemeinschaft entsteht mehr Wettbewerb, was uns als der Partei Ludwig Erhards nur recht sein kann. Wir können feststellen, daß 1993 eigentlich bereits begonnen hat. Denn seit einigen Jahren

können wir beobachten, daß Firmen investieren, um für den 1. Januar 1993 und den Wettbewerb im Gemeinsamen Markt und im gemeinsamen Europa fit zu sein. Volkswirtschaftler schätzen, daß etwa 1 % der Investitionen, die im vergangenen Jahr getätigt wurden und die 1 % des Bruttosozialprodukts ausmachen, im Hinblick auf diesen Gemeinsamen Markt getätigt worden sind. Dies ist ein wesentlicher Beitrag, den der Gemeinsame Markt schon heute leistet. Er besteht darin, daß wir bei uns in Europa keinen Rückgang, keine Rezession wie in den Vereinigten Staaten haben.

Dieser Gemeinsame Markt eröffnet in erster Linie auch Chancen für junge Menschen. Einer, der in einem Land der Europäischen Gemeinschaft etwas gelernt hat, wird in Zukunft die Möglichkeit haben, diesen Beruf auch in allen anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft auszuüben. Hierdurch ergeben sich wesentliche neue Chancen.

Besonders wichtig ist aber zu wissen, nach welchen Grundsätzen dieser Europäische Binnenmarkt verwirklicht wird. Denn der wesentliche Grundsatz, der diesem Binnenmarkt zugrunde liegt, ist der der gegenseitigen Anerkennung, so wie das Frau Thoben eben schon ausgeführt hat. Die frühere Kommission ist davon ausgegangen, daß man in der Europäischen Gemeinschaft so lange alles harmonisieren muß, bis alles gleich ist; dann könne man die Grenzen öffnen und den Europäischen Binnenmarkt schaffen. Demgegenüber ist der Ansatz der Kommission bei der Verwirklichung des Binnenmarktes ein neuer. Hiernach schaffen wir gemeinsame Normen nur da, wo dies notwendig ist, um Gesundheit und Sicherheit der Bürger sicherzustellen, und im übrigen gilt jener Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung.

Das wird dazu führen, daß wir beispielsweise in bezug auf die Höhe der Unternehmensbesteuerung keine gemeinsame europäische Regelung bekommen werden, und vielen erscheint das als eine besondere Schwierigkeit im Hinblick auf den europäischen Markt. Aber die Kommission der Europäischen Gemeinschaft wird keinen Vorschlag für die Höhe der Unternehmensbesteuerung vorlegen, denn hier gilt der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung. Dadurch entsteht ein Wettbewerb zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft: wer seinen Bürgern die Leistungen, die man von einer Regierung erwartet, zu den günstigeren Bedingungen anbieten kann.

Wir können gemeinsam feststellen, daß der Europäische Binnenmarkt das größte Liberalisierungsprogramm ist, seit Ludwig Erhard bei uns die Soziale Marktwirtschaft eingeführt hat.

Nun aber zu dem Vertrag von Maastricht! Hier können wir feststellen, daß das Europäische Parlament im Vorfeld dieses Vertrages intensiv gearbeitet hat. Insbesondere wir als deutsche Abgeordnete haben im Europäischen Parlament Propaganda gemacht: einmal für die Unabhängigkeit der zukünftigen Zentralbank und zum anderen für die Stabilitätsorientierung dieses Systems. Wir können feststellen, daß noch vor vier Jahren Abstimmungen darüber immer knapp ausgegangen sind, daß aber die letzte Abstimmung im Europäischen Parlament über die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank mit 300 Abgeordneten dafür und 20 dagegen ausging. Also eine ganz klare Entwicklung in dieser Richtung!

Die Geister in Europa haben sich in dieser Richtung entwickelt. Auch in anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft wird Stabilitätspolitik gemacht. Neun Länder der Europäischen Gemeinschaft haben mittlerweile eine Inflationsrate unter 5 %, – was nicht ausreicht, aber zeigt, daß eine Bewegung in die richtige Richtung in Gang gekommen ist.

Erlauben Sie mir auch, darauf hinzuweisen, daß diese gemeinsame europäische Währung, wenn sie kommt und wenn sie stabil ist, für uns ganz wesentliche Vorteile bringen wird. Auch darauf muß einmal hingewiesen werden. Ich habe beispielsweise kürzlich ein Gespräch mit einem mittelständischen Betrieb gehabt, der in ein anderes Land Europas exportiert. Dort hat man mir eine Überweisung aus Frankreich in der Größenordnung von hundert Mark gezeigt. Dabei sind 70 Mark an Kosten angefallen, so daß nur 30 Mark übriggeblieben sind. Solange es so etwas noch gibt, haben wir tatsächlich keinen Gemeinsamen Markt.

Ich muß auch darauf hinweisen, daß wir heute praktisch eine Weltwährung haben, den Dollar, und daß wichtige Grundstoffe, die wir haben, in Dollar abgerechnet werden, beispielsweise das Öl. Dieser Dollar steigt oder fällt, ohne daß wir den allergeringsten Einfluß darauf hätten, in welche Richtung er sich entwickelt. Wenn wir einen Gemeinsamen Markt haben mit einer gemeinsamen Währung, hinter der 350 Millionen Verbraucher stehen, werden wir in der Lage sein, von den Ölländern einzufordern, daß auch einmal auf der Ecu-Basis, auf der Basis der europäischen Währung abgerechnet wird, und das wird eine wesentliche zusätzliche Sicherheit für unsere Volkswirtschaft und für unsere Unternehmen bringen.

Zum dritten ein Beispiel aus dem täglichen Leben: Einer von meinen Kollegen hat das Experiment gemacht, daß er in London mit hundert Pfund in der Tasche eine Reise durch die zwölf Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft angetreten und an jeder Grenze gewechselt hat. Als er wieder zurückkam, mußte er feststellen, daß durch das Umwechseln von den hundert Pfund nur noch 52 übriggeblieben waren. Dieses Beispiel zeigt – denn wir alle reisen in Europa –, daß die gemeinsame Währung auch ein wichtiger Beitrag zu einem Europa der Bürger sein wird. – Vielen Dank!

(Beifall)

Dr. Otmar Franz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl von Wogau. – Jetzt hat das Wort Friedrich Merz, Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Europaparlaments.

Friedrich Merz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einige wenige Bemerkungen machen zu der Art und Weise, wie wir über das Thema Währungsgemeinschaft und Währungspolitik in Europa diskutieren.

Es gehört ja zu den Merkwürdigkeiten in der Beurteilung der europäischen Politik, daß je nachdem, über was man spricht, einmal gesagt wird „dies ist alles zuwenig konkret" und beim nächsten Thema „dies ist alles viel zu detailliert geregelt". Ich gestehe ein, daß manche Regelung der Europäischen Gemeinschaft viel zu detailliert ist. Wenn z.B. im Spätmittelalter schon die Architektenrichtlinie, die Bauproduktenrichtlinie und anderes, was es in der Europäischen Gemeinschaft gibt, gegolten hätte, dann wäre der Kölner Dom nie gebaut worden. Aber in der Frage der Währungspolitik ist eine Kritik in der Richtung, daß wir dies nicht konkret genug geregelt hätten, wie ich finde, unangemessen. Im Gegenteil: die Regelungen des Vertrages über die Währungsgemeinschaft sind sehr detailliert, und die Kritik, die daran geäußert wird – teilweise auch aus der deutschen Wissenschaft –, muß sich auch daran messen lassen, ob wir bereit sind, jene Maßstäbe, die an den Vertrag über die Wirtschafts- und Währungsunion angelegt werden, im eigenen Land zu erfüllen. Der öffentliche Aufruf von 60 Professoren der Wirtschaftswissenschaften hat ja in Deutschland und darüber hinaus große Beachtung gefunden. Nur, meine Damen und Herren, hier werden Forderungen aufgestellt – von denen ich einmal vier nennen will –, die vor dem eigenen Hintergrund doch einigermaßen erstaunlich sind.

Da wird gefordert, daß die Währungsunion zur Voraussetzung hat „eine mehrjährig nachgewiesene Angleichung der relevanten Wirtschaftsstrukturen in der Europäischen Gemeinschaft". Liebe Freunde, so etwas, eine nachgewiesene Angleichung der relevanten Wirtschaftsdaten, hat es selbst in der alten Bundesrepublik Deutschland vor der Währungseinheit, vor der deutschen Einheit, nicht gegeben. Im Gegenteil: wir haben Unterschiede bei den Lebenshaltungskosten, Unterschiede auch bei den Entwicklungen der Produktivität innerhalb der alten Länder der Bundesrepublik Deutschland, die zum Teil größer sind als die zwischen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft.

Es wird gefordert, daß die Europäische Gemeinschaft eine in absoluten Zahlen festgelegte Preisniveaustabilität fordern soll, nicht nur eine relative. Ja, meine Damen und Herren, eine in absoluten Zahlen festgelegte Preisniveaustabilität verlangt auch in Deutschland das Bundesbankgesetz nicht!

Es wird gefordert, daß die Wechselkurskompetenz, also die Kompetenz zur Festlegung der Wechselkurse gegenüber Drittstaaten, auf die europäische Zentralbank übertragen wird. So etwas gibt es weder in Deutschland zugunsten der Deutschen Bundesbank noch – wenn ich es richtig übersehe – in einem anderen Land der Europäischen Gemeinschaft.

Und schließlich wird gefordert – das will ich als Viertes nennen –, es sollten persönliche Sanktionen gegen die Zentralbankgouverneure der europäischen Zentralbank festgelegt werden, wenn die Stabilitätskriterien nicht erfüllt sind. So etwas, meine Damen und Herren, gibt es in keinem Land der Europäischen Gemeinschaft, auch nicht in der Bundesrepublik Deutschland! Es gibt dies allerdings in Neuseeland.

Nun lassen Sie mich drei Punkte nennen, die für unsere weitere Diskussion um dieses Thema – und wir werden sie führen müssen – wichtig sind:

Zum einen – auch hierauf ist schon mehrfach hingewiesen worden –: Wir dürfen eine Änderung der Konvergenzkriterien nicht hinnehmen. Ich bin mir ganz sicher, daß wir im Laufe der nächsten Jahre eine Diskussion um die Konvergenzkriterien allein deshalb bekommen werden, weil verschiedene Staaten – vielleicht sogar der eine oder andere Gründerstaat – der Europäischen Gemeinschaft nicht in der Lage sein werden, die Kriterien zu erfüllen. Aber dann liegt es an uns, an der Bundesrepublik Deutschland, ob wir bereit sind, einer Änderung zuzustimmen. Denn eine Änderung der Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages kann es nur geben, wenn alle Mitgliedstaaten vorher zugestimmt haben.

Zweiter Punkt. Ich finde, wir sollten auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft durchaus etwas offensiver die Forderung aufstellen, daß die Europäische Zentralbank ihren Sitz in Deutschland nehmen soll.

(Beifall)

Dies ist nicht nur deshalb ein wichtiges Thema, weil dies psychologisch für die Bevölkerung in Deutschland wichtig ist. Ich meine, wir, die Bundesrepublik Deutschland, können durchaus auch Anspruch darauf erheben, daß eine der großen Institutionen der Europäischen Gemeinschaft in Deutschland ihren Sitz hat.

Ich nenne schließlich ein drittes Thema. Hierbei gehe ich konkret auf einen Antrag ein, der unter der Bezeichnung C 9 vom Landesverband Hamburg gestellt worden ist. Ich halte es nach Geist und Text des Vertrages nicht für zulässig, daß der Deutsche Bundestag 1998 oder zu Beginn des Jahres 1999 noch einmal einen Beschluß darüber faßt, ob die Bundesrepublik Deutschland – dies ist der Inhalt des Hamburger

Antrages – der Währungsgemeinschaft beitritt. Diese Entscheidung wird mit der Ratifikation des Maastrichter Vertrages im Deutschen Bundestag zum Ende dieses Jahres getroffen.

Aber, meine Damen und Herren, es besteht natürlich noch die Möglichkeit, allein darüber, daß die Finanzminister vor Eintritt in die Währungsgemeinschaft einstimmig die Wechselkurse innerhalb der Europäischen Gemeinschaft festlegen müssen, Einfluß zu nehmen, zu welchen Bedingungen diese Wechselkurse fixiert werden und wie die Währungsunion dann funktioniert. Bis zum Ende des Jahres 1998 – dies scheint mir ein realistischer Zeithorizont zu sein – haben wir eine Phase der ökonomischen Anpassung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft vor uns. Ich bin mir sicher: Wenn wir uns anstrengen, dann werden wir einen Kern von Ländern in der Europäischen Gemeinschaft finden, die am Ende dieses Jahrzehnts die Währungsgemeinschaft eingehen können. Am Ende dieses Jahrzehnts werden wir sagen können: Das, was wir zu Beginn, d. h. was wir in diesem Jahr politisch gewollt haben, stellt sich am Ende auch als das ökonomisch Richtige heraus. – Ich danke Ihnen herzlich.

(Beifall)

Dr. Otmar Franz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Friedrich Merz. Ich möchte Ihnen und Karl von Wogau im Namen des Parteitags sehr herzlich dafür danken, was Sie und Ihre Kollegen im Europa-Parlament für Maastricht, für die Wirtschafts- und Währungsunion geleistet haben. Ich möchte Sie auch im Namen des Präsidiums des Parteitages und des Parteitages bitten, daß Sie – ganz im Sinne der Aufforderung von Staatssekretär Köhler und Frau Thoben – auch in den nächsten Jahren im Parlament dafür sorgen werden, daß Maastricht nicht verwässert wird, sondern daß wir nicht zuletzt durch den Einsatz des Europa-Parlaments zu einer Stabilitätsunion, zu einer harten Währung kommen werden. Vielen Dank noch einmal.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache liegen nicht vor.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich übergebe das Präsidium an Herrn Hansjürgen Doss, dem Vorsitzenden des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Hansjürgen Doss, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Herr Dr. Franz, für die Vorstellung.

Wir können jetzt mit der Einzelberatung des Antrags des Bundesvorstandes „Harte Währung – stark im Gemeinsamen Markt" beginnen. Ich rufe dazu die Ziff. 1 auf Seite 46 der Antragsbroschüre auf. Hierzu liegen uns keine Wortmeldungen vor.

Wir können deshalb sofort über die Ziff. 1 abstimmen. Dazu gehören die Anträge C 1 bis C 6. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der auf der rechten Seite ausgedruckten Fassung. Wer dieser Empfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann kann ich feststellen: Der Antrag ist einstimmig angenommen, wenn ich es recht gesehen habe. Ich bedanke mich.

Wir kommen dann zu Ziff. 2 des Antrags des Bundesvorstandes auf den Seiten 48 ff. der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge C 7 bis C 18, C 20 und C 21, die Sie in der Antragsbroschüre finden, sowie Antrag C 38 in der Sammlung der Initiativanträge I.

Hierzu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Walter Neuhaus. Sie haben das Wort, Herr Neuhaus.

Walter Neuhaus: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte dem Antrag des CDU-Kreisverbandes Mark wie folgt noch einmal erläutern. Unser Vorschlag lautet, wie aus Antrag C 16 auf Seite 49 ersichtlich: „Die Europäische Währung muß sich an der stabilsten Währung in Europa orientieren." – Die Antragskommission schlägt demgegenüber vor: „Die europäische Währung muß mindestens genauso stabil und hart sein wie die Deutsche Mark."

Liebe Delegierte, in der Grundübereinstimmung liegen wir ja sehr nahe beieinander; die Vorträge, die soeben gehalten wurden, haben dies ja auch gezeigt. Für uns stellen sich jedoch zwei Fragen.

Es ist doch die Frage – das ist soeben auch schon angeklungen –, ob die D-Mark immer die stabilste Währung in Europa ist. Wir wünschen das. Wir glauben das, aber diese Frage sollte doch erlaubt sein. Deshalb unser Änderungswunsch.

Ich nenne ein zweites. Der Weg nach Europa ist schwierig. Viele Bereiche sind auch sehr sensibel. Wir wollen durch unseren Vorschlag deutlich machen, daß die Bundesrepublik Deutschland – ich will es hart formulieren – hier nicht als Lehrmeister auftreten soll, indem die D-Mark unbedingt angeführt wird. Wir meinen vielmehr – damit möchte ich abschließen –, daß es doch richtig ist, daß wir uns bei der gemeinsamen europäischen Währung an der stärksten Währung orientieren müssen. Der Kreisverband Mark bittet deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Vereinzelter Beifall)

Hansjürgen Doss, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Walter Neuhaus, für Ihren Beitrag. Das ist der Antrag C 16 vom Kreisverband Mark. Dazu wird Matthias Wissmann für die Antragskommission sprechen.

Matthias Wissmann, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Der Herr Neuhaus hat es gerade zu Recht gesagt: Der Unterschied zwischen dem Antrag des Kreisverbandes Mark und dem, was die Antragskommission vorschlägt, ist nicht sehr groß. Uns eint der Wille, eine stabile Währung in Europa durchzusetzen.

Ich glaube allerdings doch, daß es gute Gründe gibt, an der Empfehlung der Antragskommission festzuhalten, und zwar deswegen, weil wir ja alle, wenn wir mit Bürgern reden, spüren, daß die D-Mark als Identitätssymbol in der deutschen Bevölkerung tief verankert ist. Wir müssen klarmachen, daß wir an die Stabilitätstradition der D-Mark anknüpfen, wenn wir die künftige europäische Währung gestalten wollen. Mein Eindruck ist: Wir haben bisher noch keineswegs überzeugend genug ins Bewußtsein der Bürger gebracht, daß die 40jährige Stabilitätstradition der Bürger mit der europäischen Währung fortgesetzt wird.

Ich glaube, daß es entscheidend ist, daß wir an der Stabilitätstradition der D-Mark ausdrücklich anknüpfen. Denn nur so gewinnen wir die Bürger für die künftige gemeinsame Währung.

(Vereinzelt Beifall)

Hansjürgen Doss, Tagungspräsidium: Meine Damen, meine Herren, Sie haben die Argumente der Antragskommission gehört. Will sich der Antragsteller nochmals äußern? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann stimmen wir über die Ziffer 2 ab. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Ziffer 2 in der ergänzten Fassung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag bei einer Reihe von Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 3 des Antrags des Bundesvorstandes. Dazu gehören die Anträge C 2, C 19, C 22, C 23 und C 39. Fundstellen sind die Antragsbroschüre Seite 50 und die Sammlung der Initiativanträge I.

Hierzu haben wir eine Wortmeldung. Herr Peter Altmaier vom Landesverband Saar will zum Antrag C 19 sprechen.

Peter Altmaier: Ich kann es sehr kurz machen, da die Antragskommission den Antrag des Saarlands im wesentlichen übernommen hat. Wir glauben aber, daß ein entscheidender Punkt fehlt. Das ist der Hinweis auf die Namensfrage. Aus vielen Gesprächen mit Bürgern wissen wir, daß eine Kunstbezeichnung wie ECU oder Ecu auf Widerstand stößt und nicht angenommen wird. Wir glauben, daß das ein Punkt ist, der für die künftige deutsche Währung ebenso wichtig wie die Festlegung von Stabilitätskriterien ist.

Wir schlagen daher vor, daß wir unseren Antrag C 2 insoweit aufrechterhalten, als im zweiten Absatz der Ziffer 3 der Bundesvorstandsvorlage auf Seite 51 der Satz „Eine europäische Währung darf jedoch nicht nur abstrakte Kriterien erfüllen, sondern muß auch von den Menschen angenommen werden" nach einem Semikolon folgendermaßen ergänzt werden soll:

das gilt nicht zuletzt im Hinblick auf ihre Bezeichnung.

Wir bringen damit diesen Punkt zum Ausdruck, ohne uns in der Namensfrage endgültig festzulegen.

(Beifall)

Hansjürgen Doss, Tagungspräsidium: Die Antragskommission wird dazu Stellung nehmen.

Dr. Joachim Grünewald, Antragskommission: Liebe Parteifreunde, Herr Kollege Altmaier, die technischen Details, wie die Gestaltung der zukünftigen gemeinsamen europäischen Währung wirklich aussieht, sind noch nicht festgelegt. Daß es nicht unsere Vorstellung ist, die Kunstwährung ECU als Namen zu übernehmen, die auch einen ganz falschen Hintergrund für eine Namensgebung haben würde, weil sie nur eine künstliche Korbwährung ist, darüber sind wir alle miteinander einer Meinung.

Was nun eine andere Namensgebung angeht, einen Euro-Franc oder eine Euro-Mark, auch um die Akzeptanz bei der Bevölkerung zu unterstreichen, müssen wir das in den weiteren Verhandlungen über technische Details festlegen. Wir können gerne die Anregung aus dem Saarland in die Verhandlungen einbeziehen.

Hansjürgen Doss, Tagungspräsidium: Die Anregung wird also mitgenommen. Sie haben die Empfehlung der Antragskommission gehört. Wir können deshalb über die Ziffer 3 Beschluß fassen. Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Annahme in der erweiterten Fassung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmnen! – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Gegenstimmen und noch weniger Enthaltungen ist diese Ziffer mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 4 des Bundesvorstandsantrags auf. Dazu gehören die Anträge C 24 bis C 27 auf den Seiten 51/52 der Antragsbroschüre. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich kann insofern gleich zur Abstimmung kommen. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Ziffer 4 in der ausgedruckten Fassung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Der Antrag ist damit einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 5 des Antrags des Bundesvorstands. Dazu gehören die Anträge C 28 bis C 31 und der Antrag H 1. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 53 bis 55 der Antragsbroschüre. Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Dann lasse ich über die Ziffer 5 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Ziffer 5 in der erweiterten Form. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Bei erkennbar mindestens zwei Enthaltungen ist diese Ziffer mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 6, der letzten Ziffer dieses Antrags. Dazu gehören die Anträge C 32 bis C 37 und B 33. Fundstelle ist die Seite 56 der Antragsbroschüre. Auch hier liegen mir keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission empfiehlt, die vorliegenden Anträge so zusammenzufassen, daß auf eine erweiterte Ziffer 6 eine neue Ziffer 7 folgt, in der die Aspekte eines europaweiten Umweltschutzes dargelegt werden. Ich lasse über beide Ziffern getrennt abstimmen.

Ich rufe zunächst die Ziffer 6 (neu) – Seite 56 der Antragsbroschüre – zur Abstimmung auf. Wer der dort abgedruckten Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Diese Ziffer ist ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ich rufe nunmehr die Ziffer 7 (neu) zur Abstimmung auf. Wer der Fassung der Antragskommission – auf der Seite 57 der Antragsbroschüre abgedruckt – zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Damit sind die Beratungen über die Anträge zum Thema „Harte Währung – stark im gemeinsamen Markt" abgeschlossen.

Frau Doris Pack präsidiert nun weiter. Ich übergebe mit den besten Wünschen.

(Vereinzelt Beifall)

Doris Pack, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, einige in der Partei haben den Antrag gestellt, einen Beschluß zur sozialen Dimension zu fassen. Es sind das in Ihren Unterlagen die Anträge D 1, H 13 und H 14. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 60 bis 64 und 126 der Antragsbroschüre. Aus systematischen Gründen bitten wir, diese Anträge jetzt zu behandeln. Wünscht jemand dazu das Wort? – Elmar Brok wünscht das Wort als Antragsteller.

Elmar Brok: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herrn! Ich möchte den Antrag D 1, den die Sozialausschüsse eingebracht haben, begründen, möchte aber gleichzeitig erklären, daß wir mit der Fassung der Antragskommission einverstanden sind.

Wir werden zum 1. Januar 1993 den europäischen Binnenmarkt vollendet haben. Dieser europäische Binnenmarkt ist mit seinen zusätzlichen Wachstumsfaktoren, die bereits viele Millionen von Arbeitsplätzen geschaffen haben, schon für sich ein soziales Programm. Wir müssen aber feststellen, daß die Konsequenzen der Freizügigkeit und die tatsächlichen Folgen des europäischen Binnenmarktes bisher nicht durch eine eigene europäische Gesetzgebung in einem sinnvollen Rahmen geregelt werden konnten; denn in den weiten Bereichen der europäischen Sozialpolitik gilt bis heute das Einstimmigkeitsprinzip. Wir kommen auf dieser Grundlage zu einer Schieflage.

In Zukunft werden die Unternehmen europaweit zusammenarbeiten. Wesentliche gesetzliche Regelungen gelten europaweit, aber die damit korrespondierenden sozialpolitischen Vorschriften sind weiter allein auf die nationalen Grenzen bezogen.

Auf diese Art und Weise werden wir in zunehmendem Umfange in ein Ungleichgewicht kommen. Ich meine, aus diesem Grunde ist es notwendig, daß wir auch zur Errichtung der sozialen Dimension die notwendigen Vorbereitungen treffen.

Maastricht gibt uns dafür das Instrumentarium. Gegen den Widerstand Großbritanniens ist es gelungen, daß über das Sozialprotokoll elf Mitgliedstaaten die Vereinbarung getroffen haben, unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips europäische Sozialpolitik in einer sinnvollen Art und Weise zu betreiben. Mit der Ratifizierung des Vertrages von Maastricht bekommen wir auch die Möglichkeit, die soziale Dimension des europäischen Binnenmarktes, die durch die Sozialcharta und das sozialpolitische Aktionsprogramm der Kommission angedeutet ist, tatsächlich zu verwirklichen.

Meine Damen und Herren, wir nehmen dabei natürlich gerne bestimmte Bedenken auf. In der Fassung der Antragskommission steht: „Das einige Europa wird nur in den Herzen seiner Bürger verankert sein, wenn es ein soziales und arbeitnehmerfreundliches Europa ist." Ich bitte die Antragskommission, in diesen Satz das Wort „auch" aufzunehmen; denn es kann sich natürlich nicht nur um ein arbeitnehmerfreundliches Europa handeln, sondern es muß sozusagen ein freundliches Europa für alle Bürger sein. Aber in diesem Rahmen geht es nun einmal um die Arbeitnehmer. Ich glaube, durch diese Hinzufügung kann man Mißverständnisse beseitigen.

Meine Damen und Herren, die Europäische Gemeinschaft will die Folgen des Binnenmarktes auch im sozialpolitischen Bereich auffangen. Dazu ist es notwendig, daß wir über eine Politik der Mindeststandards Bedingungen schaffen, die verhindern, daß über Europa unsere eigene, gewachsene Sozialgesetzgebung beseitigt wird. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß das Betriebsverfassungsgesetz nicht dadurch ausgehöhlt wird, daß es de facto nicht mehr gilt, weil die Muttergesellschaft außerhalb Deutschlands sitzt. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß in Unternehmen mit entsprechenden Größenordnungen – dazu hat die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament erfolgreich Anträge durchgesetzt – ein europäischer Betriebsrat entsprechend den Vorlagen der EG-Kommission eingerichtet werden kann. Das kann nur möglich sein, wenn die Kosten dafür nicht von jedem mittelständischen Unternehmen getragen werden müssen, d. h. das muß kostenmäßig tragbar sein. Es muß sich also um Größenordnungen handeln, für die das sinnvoll ist und bei denen das wirklich eine praktikable Lösung ist. Das ist bereits Inhalt eines Beschlusses des Europäischen Parlamentes.

Ich meine, es entspricht nicht unseren Positionen, wenn wir in eine Situation hineinkommen, die so aussieht, daß die Mitbestimmung, die Informations- und Anhörungsrechte der Arbeitnehmer, daß die Arbeitnehmerrechte, die die soziale Partnerschaft in Europa ausmachen, über Europa beseitigt werden. Ich meine, daß das, was wir in Deutschland erreicht haben, nicht über Europa in Frage gestellt werden darf, wenn wir auch die Arbeitnehmer für dieses europäisches Konzept auf Dauer gewinnen wollen. Der Antrag, der uns zur Abstimmung vorliegt, macht das möglich.

Über eine Politik der Mindeststandards gelingt es auch, mehr soziale Rechte in anderen Mitgliedsländern durchzusetzen und sie bei uns gleichzeitig zu sichern. Wir können keine Harmonisierung machen. Die Harmonisierung der sozialen Sicherungssysteme auf höchstem Niveau, d.h. auf deutschem Niveau würde jährliche Mehrkosten von einer Billion DM bedeuten. Wir können das allein wegen dieser Beträge vergessen. Wir müssen deutlich machen, daß europäische Sozialpolitik immer auch an die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Volkswirtschaft gebunden ist, wenn wir nicht Entwicklungsmöglichkeiten in den ärmeren Ländern der Gemeinschaft kaputtmachen wollen.

Im übrigen ist es notwendig, daß wir diese Standards in dem Sinne durchsetzen, daß wir sie in den Mitgliedsländern insgesamt heben und bei uns beibehalten. Dadurch, daß wir sie heben – wenn auch nicht bis auf unser Niveau –, wird die Wettbewerbslücke verringert. Der Wettbewerbsnachteil für unsere deutsche Wirtschaft wird verringert, wenn die Kostenlücke verringert wird. Von daher ist das nicht nur eine soziale Frage. Vielmehr ist ein solcher Ansatz europäischer Sozialpolitik auch der richtige Weg, um unsere deutsche Wirtschaft auf dem europäischen Binnenmarkt wettbewerbsfähig zu erhalten. Damit wird auch das Alibi ausgeschlossen, daß wir über Europa deutsche Sozialstandards senken müssen. Ich glaube, daß das von daher ein richtiger Ansatzpunkt ist.

Gestatten Sie mir, noch einige wenige Beispiele zu nennen. Wir wollen nicht – das wird deutlich in allen Beschlußfassungen der Europäischen Gemeinschaft – das englische Gesundheitssystem oder das italienische Rentensystem in Deutschland einführen. Es ist eindeutig so, daß wir unsere unterschiedlichen Systeme behalten. Es ist eindeutig in keiner Weise beabsichtigt – das kann auch nicht so sein –, daß im Sinne eines Sozialtourismus Leute aus Spanien nach Deutschland kommen können, um sich hier ihr Gebiß machen zu lassen. Es muß deutlich sein, daß jeder in seinem Lande, dort, wo er Beiträge für seine soziale Sicherung gezahlt hat, auch versorgt werden muß.

Wir Christdemokraten im Europäischen Parlament haben weiterhin im Zusammenhang mit der Freizügigkeitsrichtlinie für Nichterwerbstätige durchgesetzt, daß diese Freizügigkeit beispielsweise für einen italienischen Rentner, der nach Deutschland will, nur gilt, wenn er nachweist, daß er eine Rentenversicherung, eine Gesundheitsversicherung in einer Größenordnung hat, die gewährleistet, daß er im Normalfall nicht der deutschen Sozialhilfe zur Last fällt. Das ist eine europäische Regelung, die, glaube ich, den Bürgern eine Menge von Ängsten nimmt. Auf dieser Grundlage wird unser System gesichert und werden die Systeme insgesamt verbessert, ohne daß jemand das Gefühl hat, ausgebeutet zu werden.

Entgegen den Gerüchten, die immer wieder durch das Land ziehen, ist es nicht möglich, daß ein Portugiese, der in Deutschland arbeitslos wird, das Jahr der Arbeitslosigkeit in Portugal verbringt. Wer in Deutschland arbeitslos wird, muß in Zukunft auch dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, damit ein Mißbrauch ausgeschlossen ist.

Wir sind auf Grund der Politik der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament auf einem Weg, der sicherstellt, daß wir die soziale Dimension in Europa errichten können. Sie wird auf einer Grundlage errichtet, die die Inanspruchnahme von Sozialsystemen über Gebühr unmöglich macht. Vielmehr errichten wir die soziale Dimension so, daß gewährleistet ist, daß die nationalen Volkswirtschaften in ihrer Leistungskraft das tragen können. Ich meine, daß das auf dieser Grundlage ein sinnvoller Weg der CDU ist.

Wir als CDU haben immer die Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik propagiert. Wir haben eine Definition von Sozialer Marktwirtschaft, die nicht die britische ist. Die Briten sagen, die Sozialpolitik werde sich aus dem Wettbewerb ergeben. Wir sagen, die sozialpolitischen Bedingungen – und übrigens auch die umweltpolitischen Bedingungen – sind Rahmenbedingungen, innerhalb derer alle gleichermaßen am Wettbewerb teilnehmen können. Diese Rahmenbedingungen wollen wir europaweit auch dort, wo es sinnvoll ist, festschreiben. Deshalb bitte ich Sie darum, den Antrag zu unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Doris Pack, Tagungspräsidium: Ich bin der sicheren Auffassung, daß Elmar Brok viele Ängste zerstreut hat. Um ihm seine Angst zu nehmen: Der Kollege Scharrenbroich von der Antragskommission nimmt nicht das Wort, aber er ist bereit, das Wort „auch" einzufügen in dem Satz: „Das einige Europa wird nur in den Herzen seiner Bürger verankert sein, wenn es auch ein soziales ...ist".

Wird außerdem das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Anträge D 1, H 13 und H 14 abstimmen. Die Antragskommission hat die Annahme dieser Anträge in der ausgedruckten Fassung empfohlen einschließlich der Hinzufügung des Wortes „auch". Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Empfehlung der Antragskommission, soweit ich sehe, einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zur Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstands „Grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung". Sie finden diesen Antrag und die dazu gestellten Ergänzungs- und Änderungsanträge auf den Seiten 65 bis 73 Ihrer Antragsbroschüre. Zu einer Einführung in dieses Thema erteile ich dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Innenminister des Freistaates Sachsen, Heinz Eggert, das Wort.

Heinz Eggert, Stellvertretender Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß ich gerade als verantwortlicher Innenminister eines der neuen Bundesländer, das durch seine langen EG-Außengrenzen von der Thematik „grenzüberschreitende Kriminalitätsentwicklung und Verbrechensbekämpfung" mit am stärksten berührt ist – Sachsen ist ein sogenannter günstiger kriminalgeographischer Raum –, auch heute dazu sprechen kann.

Gerade in Sachsen als einem der östlichsten Bundesländer haben die durch Ausländer begangenen Straftaten bereits ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Gerade auch hier ist die Herausbildung mafioser Strukturen durch internationale Banden besonders deutlich feststellbar. Damit wird bei uns im Freistaat Sachsen schlaglichtartig deutlich, daß das weitere Zusammenwachsen der europäischen Staaten und die europäische Einigung ein Prozeß ist, der neben positiven natürlich auch negative Auswirkungen hat.

So haben die bisherigen und die sich noch vollziehenden politischen Veränderungen natürlich auch Einfluß auf das Kriminalitätslagebild in Europa. Es ist nachvollziehbar und statistisch belegbar, daß sich durch die politischen Veränderungen in Osteuropa und vor allem durch den damit verbundenen Abbau der Grenzkontrollen sowie weiterer Erleichterungen im zwischenstaatlichen Verkehr für die kriminelle Szene weitaus günstigere Zugangsmöglichkeiten zum bundesdeutschen Markt und zu den Märkten der anderen europäischen Staaten ergeben haben. Diese eröffnen bisher nicht realisierbare Möglichkeiten für einzelne Straftäter und auch für kriminelle Gruppierungen.

Nun darf man natürlich daraus nicht die falsche Schlußfolgerung ziehen, daß das internationale Verbrechen beispielsweise erst durch den Wegfall der Binnengrenzen ermöglicht wird. Verbrechen und Verbrecher haben sich im allgemeinen an Grenzen nie gestört und auch nie gehalten. Aber eine ganz erhebliche Anzahl von Straftaten – hier insbesondere deren Planung, Ausführung, Logistik und Tatortwahl – sind ganz eindeutig Beleg dafür, daß Straftäter längst international organisiert tätig sind. Bisher war allein die potentielle Gefahr, an den Grenzen kontrolliert zu werden, für die internationalen Straftäter ein Hemmnis, auf das sie sich, wie wir aus vielen Strafverfah-

ren wissen, einstellen mußten. Auch die sogenannte Zugriffsbilanz von Zollverwaltung und Bundesgrenzschutz spricht eine deutliche Sprache über die bisherige Bedeutung der Grenzkontrollen. Tatsache aber ist, daß sich kriminelle Organisationen schon seit langer Zeit auf die künftige Entwicklung in Europa eingestellt und damit auch ihre Logistik entsprechend neu ausgerichtet haben. Diebes- und Hehlersyndikate und vor allem mafiaähnlich organisierte Rauschgiftkartelle arbeiten über Grenzen hinweg und nutzen konsequent die in Osteuropa neugewonnenen Freiheiten sowie die noch unzureichend stabilisierte Ordnung ganz gezielt aus.

Ich möchte das an einigen Beispielen deutlich machen. So belegen große Mengen sichergestellten Heroins an den Grenzübergängen zur CSFR die wachsende Bedeutung dieses Landes als Transitland für die sogenannte nordöstliche Balkanroute. Die beiden größten Sicherstellungen von Heroin in diesem Jahr: 95 kg im Mai und 73,3 kg im Juni erfolgten an einem deutsch-tschechoslowakischen Grenzübergang.

Im ersten Halbjahr 1992 wurde in der Bundesrepublik Deutschland nach einem beträchtlichen Anstieg in den letzten Jahren eine erneute Steigerung der Fahndung nach Personenkraftwagen registriert. Mit mehr als 63.000 Fahndungsnotierungen wurden die Vergleichszahlen des ersten Halbjahres 1991 – hier muß man genau zuhören – um 80 Prozent überschritten. Die Ursachen für diesen enormen Anstieg der Pkw-Diebstähle und den hohen Anteil an vermutlich auf Dauer verschwundenen Kraftfahrzeugen dürften in den gestiegenen Aktivitäten organisierter Kraftfahrzeugschieber liegen, die derzeit in Osteuropa die neuen Märkte mit diesen entwendeten Kraftfahrzeugen versorgen.

Seit der Liberalisierung und der Öffnung der Grenzen in Osteuropa häufen sich auch die illegalen Angebote von radioaktivem Material. Es kann davon ausgegangen werden, daß der Schutz und die Sicherung radioaktiven Materials in Osteuropa und der GUS nicht westlichen Maßstäben und Standards entspricht und ein illegales Abzweigen durch Diebstahl bzw. Unterschlagung möglich ist. Allein im ersten Halbjahr 1992 wurden in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 72 Uranpellets mit einem Gewicht von 1,2 kg sichergestellt.

Gesicherten Erkenntnissen zufolge werden Mädchen und junge Frauen – vorwiegend aus der CSFR, aus Polen und der GUS – unter falschen Versprechungen angeworben, illegal nach Deutschland gebracht und zur Prostitution gezwungen. In einigen Fällen, die uns bekannt sind, werden Frauen auch an Bordelle im Inland und an das Ausland verkauft. Die ständig wachsende Kriminalitätsrate und die nicht zuletzt aus den neuen Rahmenbedingungen entstehenden neuen Begehensweisen sollten von daher auch genügend Anlaß sein, auf die Herausforderungen der Zukunft angemessen zu reagieren. Ausgehend von der Forderung, daß europäische Sicherheitspolitik gemeinsame europäische Innenpolitik sein muß, müssen wir Voraussetzungen schaffen, um auf Schwerstkriminalität staatenübergreifend, schnell und wirksam reagieren zu können. Ein wesentlicher Aspekte hierzu ist der weitere Ausbau von Rechtshilfeauslieferungsabkommen. Eine Sicherheitspartnerschaft in Europa erfordert kurze, wirksame Rechtshilfewege. In Hinsicht auf die weitere Entwicklung in Europa ist ein unbürokratischer – darauf lege ich ganz großen Wert – Direktverkehr zwischen den Sicherheitsbehörden anzustreben.

Besondere Bedeutung kommt dabei dem sogenannten kleinen Grenzverkehr der Polizeibehörden in jenen Bundesländern zu, die EG-Außengrenzen, insbesondere zu osteuropäischen Ländern haben; denn gerade hier nutzen die Täter gezielt alle bestehenden Sicherheitsdefizite, die mit der Umstrukturierung und mit dem Neuaufbau der Sicherheitsbehörden entstanden sind. Vorbild für diese notwendigen Abkommen könnten in diesem Bereich die Schengener Verhandlungen sein.

Ich denke auch an solche Probleme wie die polizeiliche Fahndung und die sogenannte Nacheile. Es kann und darf doch nicht sein, daß bei der Fahndung oder Verfolgung eines Verbrechers an der Grenze für die Polizei Schluß ist. Hier brauchen wir Regelungen für die grenzüberschreitende Fahndung und ein polizeiliches Eingreifen in der benachbarten Grenzregion. Es ist auch schwer begreiflich, daß ein deutscher Polizeibeamter jetzt, wenn er seinen tschechischen Kollegen auf der anderen Seite, den er persönlich kennt, per Telefon über einen Verbrecher informiert, deswegen eventuell ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Datenschutzgesetz bekommt.

(Beifall)

Eine wirksame und effiziente Bekämpfung der Kriminalität, insbesondere der organisierten internationalen Kriminalität, ist unter den gegenwärtigen und sich jetzt vollziehenden Veränderungen in Europa für ein einzelnes Land nicht mehr möglich. Nur eine europaweite Zusammenarbeit nationaler Sicherheitsbehörden kann die Bedingungen schaffen, wie sie auch der Prozeß der politischen Annäherung erfordert. Nur sie kann die Gewähr bieten, daß die internationale Kriminalitätsbekämpfung mit der Entwicklung Europas zu einer kriminalgeographischen Einheit – das ist auch ein interessanter Begriff – Schritt hält. Ein Ausweg aus dieser nicht mehr zeitgerechten Situation wurde deshalb mit der Idee der Errichtung einer europäischen Polizeibehörde Europol aufgezeigt. Die zwingende Notwendigkeit ergibt sich kurz zusammengefaßt besonders daraus, daß erstens, wie bereits ausgeführt, international organisierte Tätergruppierungen bestehen und handeln, besonders in den Bereichen Rauschgift und organisierte Kriminalität, daß zweitens die nationalen polizeilichen Informationssysteme voneinander abweichen und somit die Kommunikation erschweren, daß drittens eine zentrale europäische Arbeit und Koordinierung von Ermittlungen notwendig, aber noch nicht möglich sind und daß viertens eine zentrale Ansprech-, Koordinations- und Informationssammelstelle für Kriminaltechnik, Aus- und Fortbildung sowie den Erkennungsdienst noch fehlt.

Europol sollte unserer Ansicht nach folgende wesentlichen Inhalte haben: erstens: Unterstützung der nationalen Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden, insbesondere bei der Koordinierung von Ermittlungen und Fahndungen; zweitens: Aufbau von Informationsdateien; drittens: zentrale Auswertung zur Erstellung von Lagebildern und zum Erkennen von Ermittlungsansätzen; viertens: Sammlung und Auswertung von Präventionskonzepten und Erstellung gesamteuropäischer Präventionsstrategien.

Zur Kontrolle der Ausübung hoheitlicher Befugnisse sollte Europol einem Organ des Europäischen Parlaments als Aufsichtsgremium unterstellt werden.

Meine Damen und Herren, wir werden unserer Verantwortung, die Bevölkerung wirksam vor Straftaten zu schützen, und dem Auftrag des Grundgesetzes bezüglich einer wirkungsvollen Strafverfolgung nicht gerecht werden, wenn wir der schon längst viel zu gut funktionierenden internationalen Zusammenarbeit des Verbrechertums nicht endlich auch eine gut funktionierende zwischen- und überstaatliche Zusammenarbeit der Strafverfolgungsorgane entgegensetzen.

(Beifall)

Wir stehen absolut hinter dem Gedanken der Politischen Union, aber diese Union muß von wirkungsvollen Maßnahmen flankiert werden, damit sich der einzelne Bürger Europas mit ihr identifizieren kann und sie nicht z. B. aus berechtigter Furcht vor einer Zunahme schwerer oder schwerster Straftaten pauschal ablehnt. - Vielen Dank für Ihr Interesse.

(Beifall)

Doris Pack, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Eggert. Wir haben gehört, daß nicht nur seriöse Wirtschaftsunternehmen, sondern auch kriminelle Vereinigungen ihre Logistik auf den Binnenmarkt eingerichtet haben. Ich glaube, wir haben deutlich gemerkt, daß die Zusammenarbeit über die europäischen Grenzen hinweg unabdingbar ist. Ich bedanke mich noch einmal ganz herzlich und eröffne nun die allgemeine Aussprache zum Thema „Grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung". Als erste hat Frau Theato das Wort.

Diemut R. Theato: Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Herr Innenminister Eggert! Meine Damen und Herren! Eben haben wir einen sehr wichtigen Bereich, der die Bürger beunruhigt, sehr deutlich erklärt bekommen. Ich möchte den Ausführungen noch einen Aspekt hinzufügen, der uns im Europäischen Parlament, aber auch in der Öffentlichkeit sehr bewegt. Ich meine die mißbräuchliche Verwendung von EG-Geldern. Wir alle zahlen über unsere Steuern in den EG-Topf ein. Wir wollen wissen - darauf haben wir als EG-Bürger ein Anrecht -, was mit diesem Geld gemacht wird. Es gibt immer wieder Horrorgeschichten über Betrügereien und mißbräuchliche Verwendungen, wobei so etwas nicht nur in Verbrecherkreisen, sondern durchaus auch bei Stellen, die sehr honorig sind, vorkommt. Es geht um Umregelmäßigkeiten und reicht hin bis zu Betrügereien.

Das Europäische Parlament ist seit langen Jahren besorgt wegen dieser mißbräuchlichen Verwendung von Geldern. Es hat deshalb einen eigenen Ausschuß für Haushaltskontrolle eingerichtet, und zwar auf christdemokratische Initiative hin. Dieser Ausschuß wurde in all den Jahren weitestgehend von einem christdemokratischen Vorsitzenden geführt. Auf Initiative des Europäischen Parlaments ist dann, unterstützt von den Regierungen, der Rechnungshof eingerichtet worden. Es gibt nunmehr auch in der Kommission eine sogenannte fliegende Brigade, die mißbräuchliche Verwendungen von EG-Geldern aufdecken soll. Ich denke, daß es notwendig ist, diese Vorgänge nicht unter dem Aspekt zu sehen, als würde die EG diese Gelder verschleudern. Der Mißbrauch geschieht in den Mitgliedsländern. Es sind durchaus bis hinunter zu kommunalen Stellen, aber auch in Verbrecherkreisen Taten aufgespürt worden, die zu Lasten der EG-Gelder gingen.

Ich möchte dazu aufrufen, daß wir auch in diesem Bereich ein europäisches Bewußtsein dafür entwickeln, daß Vergehen durch die mißbräuchliche Verwendung von EG-Gelder ebenso Vergehen sind wie Vergehen durch die mißbräuchliche Verwendung nationaler Gelder oder wie Verbrechen und Betrügereien überhaupt. Dem Europäischen Parlament ist in dem Vertrag von Maastricht ein stärkeres Kontrollrecht eingeräumt worden. Ich möchte dazu aufrufen, daß die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern, zwischen den Regierungen der Länder und zwischen den Regionen verstärkt wird, um ein europäisches Bewußtsein dafür zu schaffen, daß das Geld, das die Bürger in der EG zahlen, für die Mittel und Zwecke verwendet wird, die sich die EG auf die Fahnen geschrieben hat und die wir als Christdemokraten voranbringen wollen, nämlich für Solidarität und Fortschritt. Herr Eggert, das bedeutet nicht zuletzt, daß wir darauf sehen müssen, daß die Hilfen für die Länder Osteuropas, für die ein ganz gehöriger Teil unserer Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt wird, sich nicht in Beraterverträgen erschöpfen und dann für die Ausführung von Projekten kein Geld mehr übrigbleibt.

(Beifall)

Ich denke, daß wir auf längere Sicht und vielleicht sogar auf kürzere Sicht auch eine Harmonisierung in gewissen Bereichen des Strafrechtes brauchen. Was in einem Land heute vielleicht noch als Kavaliersdelikt gilt, kann in einem anderen Land mit drei

Jahren Gefängnis belegt werden. Dadurch tun sich Nischen auf, Verbrechen dort zu begehen, wo man am wenigsten mit Strafe rechnen muß. Ich denke, auch hier ist Europa gefordert. Wir sollten auf diesem Felde etwas tun. - Vielen Dank.

(Beifall)

Doris Pack, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Theato. Johannes Gerster hat das Wort.

Johannes Gerster: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das organisierte Verbrechen - ich denke dabei besonders an die Rauschgiftkriminalität - arbeitet längst über die Grenzen hinweg. Was wir im Zuge der Europäischen Union vorhaben - Innenminister Eggert hat dazu Ausführungen gemacht -, ist gewissermaßen ein Nachhinken hinter den Möglichkeiten des internationalen Verbrechens. Es ist richtig: Wir brauchen Europol und die europäischen Behörden mit exekutiven Befugnissen, und wir brauchen auch die entsprechende parlamentarische Kontrolle. Meine Damen und Herren, wenn unsere europäischen Nachbarn etwa bei der Kontrolle an den Außengrenzen und bei den Sicherheitsstandards etwas nachholen müssen, damit sie unsere Sicherheitsstandards erreichen, so gibt es doch auch einen Bereich, in dem wir von Europa lernen sollten und lernen können. Es ist kein Geheimnis, daß auf Grund der Stellungnahme unseres Koalitionspartners FDP, der uns lieb und wert ist, der Datenschutz in Teilbereichen der polizeilichen Arbeit längst zum Täterschutz geworden ist.

(Beifall)

Weil dies der Fall ist, ist es um so notwendiger, daß wir die Erfahrungen unserer europäischen Nachbarn gerade im Bereich der Sicherheitspolitik einbeziehen und zu einer europäischen Datenschutzpolitik kommen, bei der klar ist, daß etwa die Rettung unserer Jugend vor Rauschgift und die Sicherung unserer Bevölkerung vor skrupellosen Straftätern im Einzelfall Vorrang vor dem Datenschutz, der bei uns zum Teil überzogen ist, haben müssen.

(Beifall)

Deswegen ist es meine herzliche Bitte auch an das Europäische Parlament und an unsere Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament, uns zu helfen, daß wir über die europäische Schiene in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Stärkung der Sicherheitsbehörden kommen und eine gewisse Schwächung, wie sie vom Bereich des Datenschutzes her festzustellen ist, überwunden werden kann. Wir sollten im europäischen Rahmen gemeinsam gegen das organisierte Verbrechen kämpfen und uns bei diesem Kampf gegen das organisierte Verbrechen um eine gemeinsame europäische Datenschutzline der Vernunft bemühen.

(Beifall)

Doris Pack, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Johannes Gerster. Wir werden Deinen Aufruf beherzigen und ausnahmsweise einmal gemeinsam mit dem Bundestag für eine gemeinsame europäische Richtlinie kämpfen.

Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache vor. Damit kommen wir zur Einzelberatung.

Ich rufe zunächst Ziffer 1 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 2 und D 3. Sie finden sie auf Seite 65/66. Dazu liegen mir keine Wortmeldungen vor. Somit können wir über Ziffer 1 abstimmen.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der ergänzten Fassung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so gebilligt.

Wir kommen zu Ziffer 2 des Antrages des Bundesvorstandes. Es geht um die Anträge D 4 bis D 6 auf den Seiten 66 und 67 der Antragsbroschüre. Da mir keine Wortmeldungen vorliegen, lasse ich über die Ziffer 2 abstimmen. Wer für die Annahme in der Fassung der Antragskommission ist, gebe bitte das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Es folgt die Ziffer 3 des Antrages des Bundesvorstandes. Dazu gehören die Anträge D 7 bis D 13. Fundstelle sind die Seiten 67 ff. Es liegen mir keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 3. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in erweiterter Fassung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 4 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge D 14 bis D 24. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 71 bis 73.

Dazu liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Hans-Hermann Ott vor. Bitte schön!

Hans-Hermann Ott: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wenn wir wirklich damit ernst machen wollen, unsere Bürger vor kriminellen Machenschaften von Ausländern zu schützen, und zwar in dem Sinne, in dem Herr Gerster eben argumentiert hat, bitte ich schon darum, unseren Antrag zu berücksichtigen, in Satz 1 der Ziffer 4 nicht „schwerkrimineller Ausländer" zu schreiben, sondern „krimineller Ausländer". UnseresErachtens sollte der Satz also heißen:

> Die CDU fordert EG-einheitliche Maßstäbe für die Abschiebung krimineller Ausländer in ihre Heimatländer.

Auch würde ich darauf bestehen, in Satz 5 die Worte „in jedem Fall" einzufügen, und zwar statt der Worte „in der Regel". Es würde dann heißen:

> ... müssen Drogen-Delikte von Ausländern ebenfalls in jedem Fall zur Abschiebung nach Strafverbüßung führen.

Ich bitte, diese Änderungen vorzunehmen, damit wir vor unseren Bürgern so dastehen, daß wir wirklich nicht das wollen, was in Bremen passiert ist, wo ein und derselbe Ausländer, ein Asylbewerber, zwanzig mal geschnappt worden ist und in Untersuchungshaft genommen worden ist, weil er illegal Rauschgift verteilte, wenn auch nicht in großen, sondern in kleinen Mengen. Zwanzig mal wurde der Mann geschnappt, und erst dann hat das Gericht die Abschiebung verfügt. Das ist ein Zustand, der bei uns im Norden überhaupt nicht hinnehmbar ist. Wir leben in der Gegend von Hamburg und können ermessen, was vor sich geht. Die Bereitschaft, Drogenabhängigen zu helfen, ist vom Staat her sehr gering, jedenfalls vom Land Niedersachen. Ich bitte deshalb darum, diesem Antrag zu folgen.

Doris Pack, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Ott. - Ich bitte die Antragskommission um Stellungnahme.

Christoph Böhr, Antragskommission: Meine Damen und Herren, wir haben uns zur Ablehnung dieses Antrages entschlossen, weil wir Bagatelldelikte ausdrücklich ausschließen müssen. Wir können die Maßnahmen, die hier vorgeschlagen werden, nicht im Hinblick auf Bagatelldelikte vorsehen. Deswegen bitten wir um Verständnis dafür, daß wir beim Begriff der Schwerkriminalität bleiben.

Doris Pack, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung über Ziffer 4 in der erweiterten Fassung der Antragskommission. Wer für diese Fassung ist, den bitte ich

um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Ergebnis ist nicht klar. Deshalb darf ich Sie bitten, noch einmal abzustimmen, und zwar durch Aufstehen. Wer für den Antrag in der erweiterten Fassung der Antragskommission ist, möge bitte aufstehen. – Die Gegenprobe bitte, ebenfalls durch Aufstehen! – Stimmenthaltungen? – Das erste war die eindeutige Mehrheit.

(Widerspruch)

Es war die eindeutige Mehrheit; meine Kollegen haben es mir bestätigt.

(Zustimmung)

Damit darf ich diesen Antrag als angenommen betrachten.

(Widerspruch – Zurufe: Auszählen!)

Gibt es dazu Wortmeldungen zur Geschäftsordnung? – Wir hier oben haben keinen Zweifel daran, daß das erste die Mehrheit war und das zweite die Minderheit; sonst hätten wir uns nicht zur Feststellung des Ergebnisses hinreißen lassen.

(Zustimmung)

Ich bitte Sie also, zu akzeptieren, daß das erste die Mehrheit war. Somit kann ich sagen, daß wir mit dem Kapitel „Grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung" zum Ende gekommen sind. Ich bedanke mich für Ihre konstruktive Mitwirkung und übergebe das Tagungspräsidium.

(Widerspruch – Zuruf: Noch einmal, Frau Präsidentin: Ich stelle den Antrag, daß Sie die Abstimmung wiederholen und genau auszählen! So ist es nicht in Ordnung! – Beifall)

Dann müssen wir die Prozedur noch einmal wiederholen. Ich bitte alle, die für die Ziffer 4 stimmen möchten, noch einmal aufzustehen. Bitte setzen Sie sich wieder. Jetzt darf ich diejenigen, die gegen diesen Antrag sind, bitten, aufzustehen.

(Zuruf: Das ist die Mehrheit!)

Setzen Sie sich bitte. Wenn wir im Deutschen Bundestag wären, müßte ich jetzt sagen: Wir müssen einen Hammelsprung machen.

(Zustimmung)

Dann bitte ich darum, daß wir ausnahmsweise einmal von den Karten Gebrauch machen, die Sie in Ihren Unterlagen haben. Wer für den Antrag ist, soll bitte die weiße Stimmkarte Nr. 1 nehmen.

(Zuruf: Für welchen Antrag?)

Wer gegen den Antrag ist, nimmt die rosa Stimmkarte Nr. 1. Wer sich der Stimme enthalten will, nimmt die gelbe Stimmkarte Nr. 1.

Herr Eggert meint gerade, daß manche die Nr. 1 vielleicht schon verschrieben haben. Das kann ich verstehen. Deswegen bitte ich darum, die Karten mit der Nr. 2 zu nehmen. Also: Wer dafür ist, nimmt weiß 2, wer dagegen ist, rosa 2, wer sich enthält, gelb 2.

Abstimmungsgegenstand ist die Ziffer 4. Wer für die Verschärfung des Textes ist, also dafür, das Wort „schwerkrimineller" durch „krimineller" zu ersetzen, muß mit Nein stimmen, wer dagegen ist, mit Ja.

Ich bitte die Stimmzählkommission, einzusammeln.

(Zurufe)

Wer für den Antrag der Antragskommission in der erweiterten Fassung – mit dem Begriff „schwerkriminell" anstelle des Begriffs „kriminell" - ist, muß durch den weißen Zettel Nr. 2 mit Ja stimmen. Wer gegen die Empfehlung der Antragskommission ist, muß durch den rosa Zettel Nr. 2 mit Nein stimmen. Wer sich einer Meinungsäußerung enthalten möchte, muß den gelben Zettel Nr. 2 benutzen.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte die Stimmzähler, die Stimmzettel in geeigneten Behältern einzusammeln.

Darf ich fragen, ob die Stimmzetteleinsammler bereits unterwegs sind?

(Zurufe: Sie sind unterwegs!)

Danke. – Die Stimmzählkommission möge sich in dem ihr von gestern her bekannten Raum versammeln.

Darf ich fragen, ob alle die Möglichkeit hatten, ihren Stimmzettel in die Urne zu werfen?

(Zurufe: Nein!)

Nein. – Darf ich noch einmal fragen, ob alle ihre Stimmzettel abgeben konnten? – Das ist offensichtlich der Fall. Ich schließe diese Abstimmung und bitte die Stimmzähler, sich in den Raum der Stimmzählkommission zu begeben und die Stimmzettel zu zählen.

Ich übergebe das Tagungspräsidium erleichterten Herzens an meine Kollegin Diemut Theato.

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Meine lieben Parteifreunde! Wir kommen zur Beratung und Beschlußfassung über den Antrag des Bundesvorstands zur Asylpolitik. Sie finden die Anträge dazu in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 74 bis 86.

Wir werden auch über dieses Thema zunächst eine Generaldebatte führen und dann in die Einzelberatung der Nummern des Antrags eintreten. Ich bitte Sie, auf Ihrer Wortmeldekarte anzugeben, an welcher Stelle Sie sprechen möchten.

Zu einer Einführung in das gesamte Thema begrüße ich den Bundesminister des Innern, Herrn Rudolf Seiters.

(Beifall)

Herr Seiters, bitte schön. Sie haben das Wort.

Rudolf Seiters: Liebe Parteifreunde! Auf diesem Parteitag wurde schon gesagt: In einem unstreitig ausländerfreundlichen Deutschland hat sich die Asylfrage zum drängendsten innenpolitischen Thema entwickelt. Wir haben eine dramatische Zuspitzung. Es gibt Ängste, Sorgen, Beunruhigung in den Ländern, in den Gemeinden, in den Kreisen.

Wenn wir nicht wollen, daß Radikale und Extremisten von dieser Situation profitieren, müssen wir durch eine Verfassungsänderung folgendes erreichen: erstens, daß die wirklich politisch Verfolgten schnell anerkannt werden, zweitens, daß die nicht politisch Verfolgten keinen Anreiz erhalten, zur Asylantragstellung in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen, drittens, daß die Asylbewerber, die sich zu Unrecht auf Asyl berufen, rasch in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.

Dies ist nach der geltenden Rechts- und Verfassungslage nicht möglich, weil wir durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts gezwungen sind, jedem Asylbewerber ein aufwendiges Prüfverfahren zu garantieren, verbunden mit einem Bleiberecht und

der Inanspruchnahme der entsprechenden Sozialhilfeleistung, und dies nach einer Steigerung von 50 000 Asylbewerbern in einem Jahr, über 100.000, über 256.000 im vergangenen Jahr bis hin zu voraussichtlich 450 000 im Jahre 1992.

Einer solchen Herausforderung – das habe ich gestern auch hier in Düsseldorf in einem langen Gespräch mit der Hochkommissarin für Flüchtlingsfragen, Frau Ogata, gesagt – ist kein anderes europäisches Land ausgesetzt. Dieser unkontrollierte Zustrom ist ohne eine Änderung der Verfassung nicht zu bewältigen, weder vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, noch von den Ausländerbehörden der Länder, noch von unseren Gerichten. Ich habe oft die Zahl genannt, daß wir in einer großen Kraftanstrengung innerhalb von acht Monaten durch das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge 140 000 Entscheidungen getroffen haben und daß der Stoß der unerledigten Anträge dennoch gewachsen ist, weil in diesen acht Monaten 274 000 neue Asylbewerber in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind. Mittlerweile sind es in diesem Jahr 340 000. Bei den Verwaltungsgerichten liegen über 100 000 Rechtsmittelverfahren mit steigender Tendenz.

Es geht somit – das ist ein entscheidender Punkt in der Auseinandersetzung auch mit der SPD – nicht allein um die Beschleunigung, Verkürzung und Vereinfachung der Verwaltungsentscheidungen, sondern auch um die Entlastung der Gerichte. Sonst bricht uns das ganze Verfahren zusammen.

Da wir wollen, daß politisch Verfolgte im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention auch weiterhin in Deutschland als Asylberechtigte anerkannt werden, möchte ich die Gegner einer Verfassungsänderung fragen: Wer will eigentlich ernsthafte Einwände dagegen erheben, daß eine Asylgewährung grundsätzlich ausgeschlossen sein muß, wenn auf Grund völkerrechtlicher Verträge ein anderer Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist und dieser die Genfer Flüchtlingskonvention beachtet? Wer will eigentlich ernsthaft Einwendungen dagegen erheben, daß wir von der Asylgewährung ausschließen, wenn ein Ausländer ein schweres Verbrechen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention begangen hat? Wo bestehen ernsthafte Einwendungen dagegen, daß unter Beachtung der Genfer Flüchtlingskonvention in einem verkürzten und vereinfachten Verfahren beschieden wird, wer aus einem verfolgungsfreien Herkunftsland, oder aus einem sicheren Drittstaat, oder aus einem Land kommt, in dem der Antragsteller in einem rechtstaatlichen Verfahren als Asylbewerber bereits abgelehnt worden ist?

(Beifall)

Ich kann solche Argumente nicht erkennen, meine Damen und Herren, und ich kann auch nicht erkennen, warum wir zulassen sollten, daß jemand, der erklärt, er werde politisch verfolgt, nach glücklichem Erreichen der Bundesrepublik Deutschland die Stellung seines Asylantrages verzögert oder seine Mitwirkungspflichten zur Feststellung seiner Identität verletzt. Ich erwarte von demjenigen, der angeblich politisch verfolgt ist und in die Bundesrepublik Deutschland flüchtet, daß er alles tut, um seine Anerkennung möglichst schnell zu erreichen, und ich erwarte auch, daß er keine Straftaten in dem Land begeht, in dem er Zuflucht und Heimstatt finden möchte.

(Beifall)

Damit kommen wir zu dem entscheidenden Punkt. Das schnellste Verwaltungsverfahren ist letztlich wirkungslos, wenn auch in offensichtlich aussichtslosen Fällen die Aufenthaltsbeendigung durch Anrufung der Gerichte hinausgezögert werden kann. Wir haben mittlerweile eine Verfahrensdauer von 11,1 Monaten bei dem einzelnen

Klageverfahren. Selbst bei der Inanspruchnahme von § 80 Abs. 5 Verwaltungsgerichtsordnung – also gegen eine Abschiebungsandrohung Einspruch mit aufschiebender Wirkung einzulegen – haben wir eine Dauer von 3,7 Monaten, teilweise von 6,2 Monaten. Wir müssen Vorsorge dafür treffen, daß nicht in offensichtlich aussichtslosen Fällen, wenn jemand aus einem sicheren Drittstaat oder aus einem verfolgungsfreien Herkunftsland zu uns kommt, der zur Ausreise verpflichtete Ausländer durch Anrufung der Gerichte vom Inland her im Ergebnis die Verfahrensverwässerung zunichte machen und weiteren langdauernden, monatelangen Aufenthalt erzwingen kann.

Deshalb ist es notwendig – ich sage dies mit allem Bedacht –, daß in den offensichtlich aussichtslosen Fällen aufenthaltsbeendende Maßnahmen, unabhängig von der Entscheidung über einen hiergegen eingelegten Rechtsbehelf, sofort vollzogen werden.

(Beifall)

Hier liegt der Schlüssel zur Lösung und drastischen Milderung des Problems. So steht es auch in dem Gesetzentwurf, den ich der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgeschlagen habe, und so in dem Entwurf, den die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden einmütig gebilligt hat.

Ich habe gestern bereits gesagt: Ich warne davor, bei diesem Zustrom von Asylbewerbern zu halbherzigen Maßnahmen zu greifen, die das Problem nicht lösen. Keine kosmetische Änderung des Grundgesetzes! Die Folge wäre eine weitere tiefgreifende Erschütterung des Vertrauens. Über eines sollten wir uns auch im klaren sein: Wenn wir eine Grundgesetzänderung machen, von der wir nicht überzeugt sind, daß sie im Wege eines faulen Kompromisses wirkliche Erfolge tatsächlich bringt, wird in einem halben Jahr die SPD aufstehen und erklären: „Wir haben es immer gesagt; eine Grundgesetzänderung bringt nicht die Lösung des Problems." Und dann sind wir die Schuldigen. Dazu bin ich nicht bereit.

(Beifall)

Der SPD, an die wir wirklich nur appellieren können, daß sie jetzt den Weg freigibt, müssen wir sagen: „Sie haben uns seit Jahren und vielen Monaten die Instrumente verweigert, die wir zur Lösung dieses Problems gebraucht hätten."

(Beifall)

Ich frage, wo wir eigentlich heute stehen würden, wenn die sogenannten Petersberger Erkenntnisse der SPD-Führung beim Gespräch der Parteivorsitzenden mit dem Bundeskanzler am 10. Oktober 1991 bereits vorhanden gewesen wären. In diesem Zeitraum sind 400 000 neue Asylbewerber in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Das ist eine Tatsache, die wir festzustellen haben.

(Beifall)

Ein ganzes Jahr verspielt, ein ganzes Jahr vertan! Ich möchte nicht, daß wir uns jetzt erneut auf weitere Verzögerungen auf diesem Felde einlassen. Ich sehe mittlerweile in den Landesverbänden und Bezirksverbänden nur ein neues Trauerspiel, das sich mit einer Verzögerung oder mit faulen Kompromissen abzeichnet. Die SPD diskutiert heute in ihren Landesverbänden nicht mehr, wie man dieses Problem lösen kann, sondern es geht nur noch darum, wie man einen innerparteilichen Kompromiß schließen kann, um bestimmte Personen nicht zu beschädigen. Es geht aber nicht mehr um die Beschädigung von Personen, sondern darum, schweren Schaden von diesem Staat und dieser Demokratie fernzuhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich kann auch nicht verstehen, warum wir in einem zusammenwachsenden Europa, wo wir von allen Seiten dazu aufgefordert werden, eine Harmonisierung des europäischen Asylrechts herbeizuführen – gerade auch von der SPD –, nicht tun sollten, was andere Länder praktizieren. Ich brauche nur an Frankreich, an Belgien oder auch an die Schweiz zu denken. Die Schweiz hat die Zahl der Asylbewerber im letzten Jahr, im Vergleichszeitraum, um 55 Prozent gesenkt. Die Schweiz hat eine Liste verfolgungsfreier Herkunftsländer. Auf dieser Liste stehen etwa Polen, Indien, Bulgarien, Rumänien. Auch in Deutschland liegt im übrigen die Anerkennungsquote für Bulgarien bei 0,1 Prozent, für Rumänien bei 0,17 Prozent, für Indien bei 0,0 Prozent, für Polen bei 0,0 Prozent. Der polnische Staatspräsident würde sich sehr dagegen verwahren, wenn hier in Deutschland die Behauptung aufgestellt würde, in Polen gebe es politische Verfolgung.

(Beifall)

Warum sollen wir nicht das tun können, was andere europäische Länder praktizieren?

Sicher ist es notwendig, meine Damen und Herren, liebe Freunde, bei einer Diskussion – das ist ein ernstes Thema – über eine Änderung des Grundgesetzes die Erfahrungen, die für die Schaffung des Asylrechtsartikels maßgebend waren, wachzuhalten, zu bewahren und zu beherzigen. Aber auch unsere westeuropäischen Nachbarn haben eine demokratische und eine Asyltradition, die oftmals älteren Ursprungs ist als bei uns in Deutschland. Wir werden es nicht durchhalten, beim Asylrecht einen Sonderweg zu gehen, der uns von den anderen europäischen Staaten isoliert und alle Verhandlungen blockiert, die auf die Harmonisierung des europäischen Asylrechts gerichtet sind. Wer das Bekenntnis zu Europa und zur internationalen Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingsprobleme ernst nimmt, muß bereit sein, nationale Regelungen aufzugeben, um den europäischen Weg voll mitzugehen.

Ich weiß, daß eine Verfassungsänderung nicht alle Probleme löst; aber ohne Änderung des Grundgesetzes werden wir von den Problemen überrollt. Deshalb müssen wir den Staat auch in diesem Bereich wieder handlungsfähig machen. Dazu brauchen wir die Änderung der Verfassung und eine institutionelle Asylrechtsgarantie auf der Basis der Genfer Flüchtlingskonvention.

Lassen wir uns bitte nicht beirren, sondern gehen wir unseren Weg! Wir stellen den Kern des Asylrechts sicher. Der Staat wird auch künftig den politisch Verfolgten Schutz und Zuflucht gewähren. Aber es hat mit Inhumanität nichts zu tun, wenn wir sagen: wir müssen jetzt endlich den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts stoppen.

(Lebhafter Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Herr Bundesminister Seiters, der Parteitag dankt Ihnen für Ihre klare Rede, für Ihre Einführung in eine Problematik, die dieses Land nun schon seit Monaten beschäftigt.

(Zurufe: Seit Jahren!)

Ich glaube, daß wir jetzt alle noch einmal sehr deutlich gehört haben, was Asyl im eigentlichen Sinne bedeutet, nämlich Zufluchtsstätte und Schutzraum für politisch Verfolgte. Asylrecht – das haben Sie klargemacht – ist eben nicht ein Instrument, um die aus wirtschaftlichen Gründen entstandenen Flüchtlingsströme von Hunderttausenden von Menschen in unserem Land aufzufangen. Im Klartext: Der Mißbrauch des Asylrechts muß endlich beendet werden.

Sie, Herr Bundesminister, setzen sich dafür ein, unsere verfassungsrechtliche Sonderlage zu überwinden und uns europafähig zu machen. Wir unterstützen Sie dabei, und der Parteitag unterstützt die Forderung: nicht mehr reden in der Asylfrage, sondern handeln!

(Beifall)

Die SPD muß endlich überkommen, sonst nimmt unsere Demokratie Schaden. Sie haben es gesagt, Herr Bundesminister; Sie wissen den Parteitag mit Ihnen einer Meinung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne jetzt die allgemeine Aussprache zu dem Thema des Asylrechts. Ich rufe zunächst Frau Bundesministerin Hannelore Rönsch auf. Danach folgt Frau Ursula Körtner. Ich bitte sie sich bereitzuhalten, und ich bemerke, daß wir sie im Zuge der Wortmeldungen durchaus an der richtigen Stelle eingeordnet haben; sie kommt als zweite dran. – Bitte schön, Frau Minister!

Hannelore Rönsch: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir wollen unser Land auch weiterhin offenhalten für Menschen, die in ihren Heimatländern aus religiösen, aus rassischen, aus politischen Gründen verfolgt werden. Sie sollen bei uns in unserem Land vielleicht eine neue Heimat finden.

Wenn wir das gewährleisten wollen, müssen wir auch sicherstellen, daß die Leistungen, die wir an Asylsuchende oder dann später an Menschen, die in unserem Lande leben wollen, geben, auch finanzieren können. Deshalb werde ich als für die Sozialhilfe zuständige Ministerin eine Leistungsbegrenzung für Asylsuchende vorschlagen.

(Beifall)

Ich werde der CDU/CSU-Fraktion am kommenden Mittwoch eine Reduzierung in folgendem Umfang vorschlagen:

Die durchschnittlichen Eckregelsätze betragen in der alten Bundesrepublik 508 DM, in den neuen Bundesländern 489 DM. Eine Reduktion dieser Beträge um 25 Prozent ergibt 381 DM in den alten Bundesländern und 367 DM in den neuen Bundesländern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können eine Reduzierung um 25 Prozent vornehmen, da der Sozialhilfeempfänger/die Sozialhilfeempfängerin in dem Sozialhilfesatz bisher 25 Prozent Anteil für die sogenannte gesellschaftliche Teilhabe hat: für das Miteinander in der Gesellschaft, für die Integration, für das Mitwirken mit den Nachbarn, mit den Freunden, in den Vereinen. Asylsuchende, die für eine bestimmte Zeit im Asylverfahren sind, sollten sich in dieser Zeit nicht in die Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland integrieren müssen und können, weil, wenn dann das Asylersuchen abgelehnt wird und sie in ihre Heimatländer zurück müssen, die Reintegration in ihrer Heimat um so schwieriger ist. Deshalb der Abschlag von 25 Prozent.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben schon heute in § 120 Bundessozialhilfegesetz die Möglichkeit, Sachleistungen bzw. Wertgutscheine auszugeben. Aber kaum ein Sozialamt hält sich daran. Heute ist es eine Kann-Regelung. Wir werden an diesem Punkt jene Kann-Regelung in eine Soll-Regelung ändern, so daß die Sozialämter verpflichtet werden, vordringlich Sachleistungen zu gewähren bzw. Wertgutscheine auszugeben.

(Beifall)

Zum anderen wird ein Barbetrag an die Asylsuchenden gezahlt, der 20 Prozent des durchschnittlichen Eckregelsatzes beträgt, also 76 DM im Durchschnitt. Mit diesem Barbetrag können dann all die persönlichen Dinge als Taschengeldleistung finanziert werden.

Auch hierzu meine ich, daß das angemessen ist. Ich denke auch, daß wir gerade auf einem Europa-Parteitag mit darüber nachdenken müssen, wie die Leistungen für Asylsuchende in anderen europäischen Ländern sind. Wir müssen unsere Leistungen an die der anderen Länder in Europa anpassen.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir, wenn wir diese Regelungen vornehmen, auch der einen oder anderen Schlepperorganisation das Handwerk legen werden.

(Beifall)

Denn es wird dann nicht mehr ohne weiteres möglich sein, die Barbeträge, die jetzt von den Sozialämtern ausgezahlt werden, direkt von den Asylsuchenden abzuverlangen.

Wir werden diese Regelung in der Fraktion beraten, und ich hoffe, daß wir sie dann noch in diesem Jahr umsetzen können.

(Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Sehr verehrte, liebe Frau Bundesministerin Rönsch, wir danken Ihnen, daß Sie uns noch einmal sehr deutlich gesagt haben, in welchen Bereichen jetzt tatsächliche Maßnahmen ergriffen werden. Ich denke, sie sind notwendig, und sie sind vor allem auch in der Bevölkerung verständlich zu machen, sie werden bejaht. Ich meine, sie sind auch zum Vorteil der Asylbewerber; denn wenn sie sich erst hier etablieren und dann doch zurück müssen, so ist das auch kein rechtes Handeln an den Asylbewerbern, die dann nach langer Zeit unser Land wieder verlassen müssen. Wir danken Ihnen, daß Sie hier mutig vorangehen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sehe, daß Frau Körtner am Mikrophon ist. Ich bitte sie um einen Moment Geduld, damit ich den nächsten Redner aufrufen kann, nämlich den Europa-Abgeordneten Herrn Dr. Jarzembowski. – Bitte schön, Frau Körtner, Sie haben das Wort.

Ursula Körtner: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe CDU-Freunde! Ich muß das kurz erklären: Ich hatte gestern bei der Aussprache den hoffnungsvollen Platz 21, und durch einen wundersamen Zufall fand ich mich dann zwischen 40 und 50 wieder. Das hatte ich dann heute bei meiner Wortmeldung kurz notiert. Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Das ist schon ein sehr großer Fortschritt gewesen.

Meine Damen und Herren, ich will Wiederholungen vermeiden. Ich denke, Herr Bundesminister Seiters hat das Thema ausführlich dargelegt.

Ich meine, eine gute Rede zeichnet sich auch dadurch aus, daß Anfang und Ende nahe zusammenliegen. Ich komme aus der Kommunalpolitik. Ich spreche tagtäglich mit den Bürgern, mit den Menschen. Ich kann Ihnen sagen: Die Situation ist viel schlimmer als wir denken und viel schlimmer, als sie bisher geschildert worden ist.

(Beifall)

Wir haben sehr viele Themen. Ich brauche sie nicht zu erwähnen: Europapolitik, deutsche Einheit, Finanzierung. Das ist all das, was uns drückt. Aber das Thema

Asylpolitik tangiert alle diese Bereiche. Dieses Thema birgt tiefes menschliches Leid, große Verzweiflung und Not. Es weckt auf der anderen Seite Aggressionen und Gewalttätigkeiten, die wir alle aufs äußerste verabscheuen. Dieses Thema ist mit gezielten Falschaussagen, Fehlinterpretationen und demagogischen Äußerungen befrachtet. Dieses Thema bewegt die Bürger unseres Landes mehr als jedes andere Thema. Ich behaupte von hier aus einmal, daß dieses Thema für die CDU auch eine Schicksalsfrage sein wird.

Meine Damen und Herren, wir fassen immer wieder gute Beschlüsse. Wir haben gestern und heute gute Beschlüsse gefaßt und auch wichtige Entscheidungen getroffen. Aber wir brauchen ein festes Fundament, um diese dann auch umzusetzen. Das sind die Menschen, die Bürger in diesem Staat. Ich sage Ihnen nur: Dieses Fundament wackelt. Die Bürger in diesem Staat – das kann ich als Kommunalpolitikerin sagen – trauen der Politik nicht mehr, und sie trauen den Vertretern dieser Politik nicht mehr. Es herrscht – das möchte ich auch einmal behaupten – keine Staatsverdrossenheit, wie immer gesagt wird, sondern es besteht eine tiefe Vertrauenskrise.

Die Bürger werfen den Politikern auf der einen Seite vor, diesen Staat als Selbstbedienungsladen zu betrachten, aber auf der anderen Seite lösen diese Politiker die dringenden und wichtigen Probleme dieses Landes nicht. Das ist Originalton. Das ist das, was die Bevölkerung sagt. Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Ich stimme dem auch ein bißchen zu.

Herr Bundeskanzler, es ist viel geredet worden, es ist viel zuviel geredet worden. Es ist viel diskutiert, es ist viel taktiert worden. Ich bitte Sie, daß wir jetzt handeln, und zwar so schnell wie möglich. Sollten wir mit dieser Abstimmung nicht durchkommen, dann ist das gar nicht so schlimm. Das Allerschlimmste wäre, nicht zu handeln.

(Beifall)

Die Herren Genossen sollen bei der Abstimmung doch bitte einmal Ihre Stimme versagen. Was glauben Sie, was denen in den Kommunen passiert. Das ist das Waterloo. Sie dürfen gar nicht mehr in ihre Wahlkreise zurückkommen. Ich denke, die SPD hat Angst vor dieser Abstimmung.

(Beifall)

Herr Bundeskanzler, ich bitte Sie nochmals: Zeigen Sie Flagge. Ich darf nur noch einmal kurz sagen: Ich habe in den letzten beiden Tagen immer wieder mit Taxifahrern, mit den Polizisten draußen vor der Tür und auch mit den Saalordnern gesprochen. Alle diese Leute sagen: Sagen Sie Ihrem Herrn Bundeskanzler, daß er jetzt endlich sagen muß, wo es langgeht, daß er Flagge zeigt, denn sonst – das ist Originalton – seid ihr alle bei der nächsten Bundestagswahl weg vom Fenster. – Ich denke, die Leute hatten recht.

(Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Wir danken Ihnen, Frau Körtner. Ich glaube, das Wort der Kommunalpolitikerin ist – ich habe es an dem Beifall gehört – nicht ungehört geblieben. Ich denke, wir alle werden dies sehr wohl einbeziehen müssen. Es gibt ja nun auch schon einen Entschließungsantrag im Bundestag. Ich denke, daß wir Herrn Schäuble hier auch ein aufrichtiges Wort des Dankes dafür sagen müssen, daß er die Fraktion so weit gebracht hat. Ich meine, daß wir nun auch sehr bald überkommen müssen. – Ich darf nun Herrn Dr. Jarzembowski das Wort erteilen.

Dr. Georg Jarzembowski: Meine lieben Kollegen! Liebe Frau Tagungspräsidentin! Ich möchte Ihnen kurz berichten, wie die Lage auf der europäischen Ebene aussieht. Ich bin Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten und innere Angelegenheiten.

Zunächst, glaube ich, ist es wirklich der Zeitpunkt, dem Herrn Bundeskanzler noch einmal dafür zu danken, daß die beiden Bereiche Asyl und Einwanderung in den Maastrichter Vertrag über die Europäische Union aufgenommen worden sind. Auch wenn diese Bereiche leider nicht in die Zuständigkeit der Europäischen Gemeinschaft gefallen sind und damit nicht durch Gemeinschaftsrecht geregelt werden können, so sind doch alle Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft durch den Maastrichter Vertrag verpflichtet, gemeinsame Regelungen zu treffen. Dies belegt einmal, wie wichtig die Ratifikation des Maastrichter Vertrages ist.

Nun haben wir keine Zeit zu warten, bis der Maastrichter Vertrag im nächsten Sommer vielleicht ratifiziert ist. Wir müssen vielmehr auch die europäische Lösung der Asyl- und Einwanderungsproblematik schnell anpacken. Deshalb, glaube ich, müssen wir schnell einen Konventionsentwurf zum Thema Asylrecht haben, der zwischen den zwölf EG-Staaten diskutiert werden kann, damit wir auch auf dieser Ebene eine einheitliche Lösung herbeiführen. Anscheinend ist die EG-Kommission durch den Vorwurf der Regelungswut so verängstigt, daß sie bisher keinen Konventionsentwurf vorgelegt hat. Herr Seiters, ich hoffe, daß die Bundesregierung Anfang des Jahres – auch vor der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages – einen konkreten Vertragstext zu einer europäischen Lösung der Asylproblematik vorlegen wird.

Wir brauchen eine weitere Diskussion in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Wir haben im Europäischen Parlament eine Anhörung aller zwölf nationalen Parlamente durchgeführt. Wir haben festgestellt: Das Bewußtsein der anderen EG-Staaten, wie dringlich eine gemeinsame Lösung beim Asylrecht ist, ist noch sehr unterschiedlich ausgeprägt. Ein Land wie Irland war immerhin Auswanderungsland. Dort hatte man das Problem nicht. Ich glaube, im letzten Jahr haben sich in Irland 57 Asylbewerber gemeldet.

Das heißt: Hier ist die Bewußtseinslage anders. Das ist auch in Italien so. Auch Italien war ein klassisches Auswandererland. Dann kamen auf einmal eine Menge Albaner mit Booten. Das, was die italienischen Freunde in der Situation gemacht haben, hätten wir uns nicht erlauben können.

Ich sage nur, daß auch ich glaube, daß wir auf der europäischen Ebene eine Debatte darüber führen müssen, wie das Asylrecht in der Gemeinschaft tatsächlich aussehen soll. Ich stimme Ihnen völlig zu, Herr Seiters: Die Anhörung hat auch ergeben, daß die einzig mögliche Basis die Genfer Flüchtlingskonvention ist. Nur, Sie wissen genau wie wir, daß in allen anderen elf EG-Staaten die Flüchtlingskonvention unterschiedlich gehandhabt wird. Deshalb brauchen wir schnell einen Konventionsentwurf, damit wir in der Europäischen Gemeinschaft die Frage, wie das einheitliche europäische Asylrecht aussehen soll, gemeinsam lösen können. Ich glaube, hier brauchen wir eine breite Diskussion.

Es reicht nicht aus, wenn eine Arbeitsgruppe des Rates hinter verschlossenen Türen wieder einmal über den 25. Entwurf einer Konvention berät. Herr Bundeskanzler, Sie haben in Birmingham zu Recht gesagt: Diese Gemeinschaft braucht Transparenz, diese Gemeinschaft braucht demokratische Entscheidungweisen. Also müssen die Entwürfe der Arbeitsgruppe Asyl auf den Tisch des Hauses, d. h. auf den Tisch eines jeden einzelnen nationalen Parlaments und auf den Tisch des Europäischen Parlaments, damit wir eine Gesamtdebatte darüber führen können, wie wir die Genfer Flüchtlingskonvention als Basis gemeinsam handhaben wollen. Diese Diskussion muß bald geführt werden. Ich hoffe, daß wir sie Anfang des Jahres führen können.

Aber nachdem ich all diese komplizierten Geschichten dargelegt habe, sage ich natürlich: Dies alles kann nicht bedeuten, daß die SPD – ich meine, möglicherweise

auch die FDP – die Ausrede benutzt: Laßt uns in Deutschland abwarten, bis sich eine gemeinsame europäische Lösung herausgebildet hat. – Das können wir nicht akzeptieren. Die Situation in Deutschland ist so dramatisch, daß wir schnell handeln müssen. Wir müssen – da stimme ich Herrn Seiters zu –, viele deutsche Sonderpositionen im Asylrecht hier und heute in Ansehung der bereits konzipierten gemeinsamen europäischen Regelung beseitigen, denn wir werden bestimmte Sonderregelungen, die Herr Seiters aufgeführt hat, überhaupt nicht durchsetzen können, und wir wollen sie auch gar nicht durchsetzen. Wir müssen nämlich einfach einsehen, daß bestimmte Praxen und Rechtspositionen, die wir in Deutschland hatten, vielleicht im Jahre 1952 durchführbar waren, aber nicht mehr in den Jahren 1985 und 1990. Das sind überzogene unrealistische Positionen, die wir in Deutschland vorweg beseitigen müssen, damit wir dann zu einer gemeinsamen europäischen Lösung kommen.

Ich glaube, daß der Entschließungsantrag, der hier vorgelegt worden ist, in der Fassung der Antragskommission ein solch guter Ansatz für eine Diskussion in der EG ist, daß wir ihn nach dem Beschluß ganz schnell in alle anderen EG-Sprachen übersetzen sollten und daß wir mit unseren europäischen Schwesterparteien darüber reden sollten. Nachdem wir die deutschen Sonderpositionen geklärt haben, können wir einen gemeinsamen Weg finden, um eine gemeinsame europäische Lösung zu formulieren. – Vielen Dank.

(Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Jarzembowski. – Ich darf jetzt Frau Barbara John bitten.

Barbara John: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin Ausländerbeauftragte in Berlin, und zwar seit zehn Jahren. Ich möchte deshalb aus meinen Erfahrungen heraus ein paar Aspekte zu dieser Debatte beitragen.

Sie erinnern sich: Heute standen auf diesem Podium Sieger der Geschichte, die sich darüber gefreut haben und stolz darauf waren. Ich teile diese Freude. Aber das ist zuwenig, meine Damen und Herren. Ich sehe das Siegen in der Geschichte viel nüchterner. Ich erinnere an das kluge Wort: Das Traurigste nach einem verlorenen Krieg ist ein gewonnener.

Damit sind wir beim Thema. Zuwanderung, Ausländer und Integration, das sind Themen von Siegern und nicht von Verlierern. Wir wollen uns diesen Themen sehr oft gar nicht stellen. Denn die Verlierer wollen natürlich zu den Gewinnern. Wir, auch als Partei, sind schlecht darauf vorbereitet. Haben wir als CDU nicht zu lange mit der Formel „Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland" den Anschein erweckt, ausländerpolitisch alles im Griff zu haben? Das mußte nach allen Seiten hin den Eindruck erwecken, daß wir das, was wir sagen, auch durchsetzen können.

Mehr noch: Die CDU-geführte Bundesregierung sah deshalb gar keinen Anlaß, sich intensiv um Wanderungs- und Integrationsprobleme zu kümmern und Institutionen dafür aufzubauen. Bis vor wenigen Wochen – der Innenminister wird das bestätigen – war in der Bundesrepublik Deutschland – das Land, das neben den Vereinigten Staaten von Amerika weltweit die meisten Zuwanderungen pro Jahr aufnimmt – nur ein Mann, ein Beamter, für Asylpolitik zuständig. Ich will damit nicht sagen, daß mit mehr Beamten die Asylzuwanderung besser hätte geregelt werden können. Aber viele Probleme hätten wir frühzeitiger erkennen können.

Die politischen Risiken dieses Politikverzichts sind aus meiner Sicht längst zur politischen Gefahr geworden. Denn radikale Gruppen am rechten Rand nutzen ihre Chance. Sie bieten dem verunsicherten Wähler, dem Bürger, einfache Rezepte zur

Lösung hochkomplizierter Probleme an. Das muß schiefgehen. Wir sollten uns an solcher verantwortungsloser Stimmungsmache nie und nimmer beteiligen. Das geschieht heute nicht. Es geschieht aber oft, meine Damen und Herren – ich weiß, wovon ich rede; ich bin selbst Mitglied im Ortsverband und im Kreisverband -, zu Hause in unseren Orts- und Kreisverbänden.

Wir sprechen heute über notwendige Änderungen im Asylrecht. Ich unterstütze diese Änderungen. Sie sind wichtig. Das ist ein deutsches Thema. Andere Länder haben dieses Thema nicht. Aber die eigentlichen Fragen werden heute auf diesem Parteitag keine Rolle spielen, nämlich die Fragen der Wanderung. Ich gehöre nicht zu denen, die Panik verbreiten. Denn Völker wandern nicht, meine Damen und Herren. Das ist Unsinn. Es gibt viele Journalisten, die diese Panikmache unterstützen. Aber es werden mehr und mehr einzelne Menschen wandern. Wir sehen die großen Zahlen, die in diesem Jahr auf uns zugekommen sind.

Aber auch nach einer Änderung des Asylrechts – die hoffentlich bald kommt – werden viele kommen: Bürgerkriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, dafür zu werben, daß diese Flüchtlinge wie alle Flüchtlinge unser Mitgefühl verdient haben, nicht unsere Verachtung, auch dann nicht, wenn wir ihren Wunsch, dauerhaft hierzubleiben, nicht immer erfüllen können. Natürlich können wir das nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Aber die Wünsche, die die Flüchtlinge oder Zuwanderer – oder wie immer wir sie nennen – haben, wenn sie herkommen, sind legitim und verständlich. Diese Wünsche sind uns sehr vertraut. Es sind Wünsche nach politischer Stabilität, nach Ausbildung der Kinder, nach einem bescheidenen Wohlstand. Diese Wünsche haben wir uns – meist in Luxusausführung – schon längst erfüllt.

Die Vorschläge, die wir heute diskutieren, sind gut. Es werden sicher nicht die letzten Festlegungen sein. Mir geht es um zwei Dinge. Wie immer die Änderung des Asylrechts aussieht, wie gut immer wir eine Zuwanderungskontrolle hinbekommen: Es werden weiter Menschen zu uns kommen. Es nützt nur der unzivilisierten Rechten, wenn wir mit dem Finger auf diese Menschen zeigen, wenn wir in Stammtischmanier über Flüchtlinge wie über Schadstoffe reden: zu viele, zu gefährlich, müssen entsorgt werden. Nein, meine Damen und Herren, nicht die Menschen, sondern solche Einstellungen müssen endgelagert werden. Denn sie sind hochgefährlich.

(Beifall)

Zuwanderung und Integration sind in Deutschland, sind in Europa ein zentrales Thema geworden, für unser Land, für den ganzen Kontinent. Wir als größtes Zuwanderungsland in Europa, ja fast in der Welt, sind bisher politisch schlecht gerüstet, damit umzugehen. Wir brauchen professionelle Zusammenarbeit. Wir brauchen neue Institutionen, vielleicht auch ein Wanderungsministerium. Wir brauchen eine Zusammenarbeit zwischen Entwicklungshilfe, Außenpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Als Ausländerbeauftragte weiß ich: Zuwanderungspolitik ist immer ein heikles Thema, ist wenig attraktiv. Wer dazu spricht, redet meist dagegen. Gerade deshalb, weil sie unattraktiv ist, weil sie heikel ist, muß sie durchdacht und muß sie gestaltet werden, und zwar mit Herz und mit Verstand und mit sozialem Weitblick. Mit billiger Stimmungsmache darf sie nicht gestaltet werden. Wenn die Vernünftigen und Gemäßigten nicht denken und handeln: Die Radikalen handeln gewiß. – Vielen Dank.

(Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau John. – Wir sollten uns möglichst an die Redezeit halten. Ich appelliere an die nächsten Redner. – Nun hat Herr Peter Hans das Wort.

Peter Hans: Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Wir haben in dieser Debatte in der Tat sehr viel über die Bekämpfung des Asylmißbrauchs gesprochen. Aber Politik, die allein und ausschließlich darauf abzielt, springt zu kurz und bedeutet in letzter Konsequenz die Errichtung von neuen Mauern und Stacheldraht um unser Land bzw. um die Europäische Gemeinschaft. Daher müssen wir mit einer konsequenten Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern Ernst machen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, können wir es uns einfach nicht mehr leisten – wie in Dresden geschehen –, einen Antrag abzulehnen, der den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts festschreibt.

(Zuruf)

– Den haben wir noch nicht beschlossen. Wir wollen ihn beschließen. - Längerfristig müssen EG-Staaten sogar bereit sein, einen Anteil von 1 % zu erbringen, wobei natürlich die gewaltigen Leistungen für die mittel- und osteuropäischen Staaten – es sind die Hauptherkunftsländer der Asylbewerber – eingerechnet werden müssen. Zugleich müssen wir zu einer ehrlichen Partnerschaft in den Weltwirtschaftsbeziehungen kommen, ohne Protektionismus und ohne Abschottung unserer Märkte. Unsere Vision, die Vision einer christlichen Volkspartei, muß die internationale ökologische Soziale Marktwirtschaft sein.

Ich denke, zur Diskussion über die Änderung des Asylrechts gehört auch ein deutliches und offenes Wort zur zunehmenden Gewalt gegen Ausländer bei uns und anderswo in Europa. Auch hier sollte uns die Bekämpfung der eigentlichen Ursache das zentrale Anliegen sein. Wohnungsnot, Angst um den Arbeitsplatz, Probleme in sozialen Brennpunkten führen zur Überforderung der Bürgerinnen und Bürger, wenn das Asylrecht massenhaft mißbraucht wird.

Hierher, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, gehört auch die Ausschöpfung aller rechtsstaatlichen Möglichkeiten zur Bestrafung derjenigen, die das Leben von Menschen gefährden und Sachen beschädigen.

Meine Damen und Herren, wir spüren zur Zeit die ersten Vorboten einer weltweiten Wanderung. Wenn unsere einzige Antwort auf diese Entwicklung der Rückzug in die Festung Europa ist, dann werden diejenigen, die heute nur an unsere Türen klopfen, uns morgen die Türen einschlagen.

(Vereinzelter Beifall)

Deshalb, liebe Parteifreundinnen und liebe Parteifreunde, gilt für uns: den Asylmißbrauch beseitigen, die Fluchtursachen bekämpfen und ein Signal gegen Ausländerfeindlichkeit setzen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Waldeck das Wort.

Hans Waldeck: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Schlechte Lebensbedingungen, Verletzungen der Minderheitenrechte, Armut, Verfolgung aus politischen und religiösen Gründen und auch aus anderen Gründen zwingen ausländische Menschen oft dazu, ihre Heimat zu verlassen und in ein anderes Land zu

gehen, wo sie bessere Lebensbedingungen finden und wo sie nicht verfolgt werden. Dort stellen sie einen Asylantrag aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen. Aber es gibt überhaupt keine klaren Richtlinien, nach denen Wirtschaftsflüchtlinge in kurzer Zeit festgestellt werden könnten, um sie dann in ihre Heimat zurückzuschicken.

Schuld daran sind nicht die Asylanten, sondern schuld daran sind die Volksvertreter im Deutschen Bundestag, hier vor allem die von der deutschen Sozialdemokratie. Alle diese Bemühungen in diese Richtung sind bis jetzt immer an den Sozialdemokraten gescheitert. Die Asylanten in den Asylheimen können nichts dafür, daß eine Entscheidungsfindung in ihrer Sache so lange dauert.

Die Asylanten werden in vielen Teilen Deutschlands sehr schlecht behandelt. Aber das muß nicht sein. Man kann sich z.B. auf privater Ebene um sie kümmern, wie das in dem Ort geschieht, wo ich wohne. Man gibt ihnen warme Kleidung, Möbel. Kinder und Jugendliche kümmern sich um die Gleichaltrigen. Andere Leute geben ihnen Sprachunterricht, helfen ihnen bei den Hausaufgaben und geben ihnen auch andere Hilfen. Wir sind alle dazu verpflichtet, ihnen jede Artvon Hilfe zu gewähren, bis ihr Asylantrag angenommen oder abgelehnt worden ist.

Die Asylanten erhalten von den Kommunen finanzielle Unterstützungen oder Sachleistungen. Nach meiner Meinung sollen sie dafür aber auch ruhig arbeiten. Ich bin davon überzeugt, daß sie dafür auch gerne arbeiten würden. Die Arbeiten sollten ruhig von den Kommunen, von den Städten und Gemeinden zugeteilt werden. In dem Zusammenhang ist meine Frage an den Herrn Bundesinnenminister Seiters: Wie ist eigentlich die Arbeit der Asylanten geregelt? Dürfen sie überhaupt arbeiten oder ab welchem Zeitpunkt dürfen sie arbeiten?

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Tremmel das Wort. Er hat mitgeteilt, daß er zum Antrag E 1 allgemein sprechen möchte. Ich bitte Sie alle, künftig genau zu vermerken, wozu Sie sprechen wollen, damit Sie an der richtigen Stelle zu Wort kommen können. – Herr Tremmel, Sie haben das Wort.

Fritz Tremmel: Frau Präsidentin, ich werde mich in Zukunft bessern und mein Anliegen präziser auf den Zettel der Wortmeldung schreiben. Ich war der Meinung, daß mit dem Aufruf des Antrages E 1 gleichzeitig die allgemeine Aussprache verbunden ist.

Meine Damen und Herren, ich komme aus einer Stadt mit 40.000 Einwohnern, bin dort Fraktionsvorsitzender der CDU. Ich möchte folgendes feststellen. Wir hatten über viele Jahrzehnte hinweg rund 10 % Ausländeranteil in unserer Stadt. Wir haben nie Probleme gehabt. Die Ausländer sind voll in den Vereinen und wo auch immer integriert.

Das elfte Prozent, das wir jetzt in Form von Asylbewerbern bei uns haben, macht uns Schwierigkeiten bei der Unterbringung, durch die Art, wie sie sich geben. Das ist nicht nur bei uns so, sondern das ist in vielen anderen Kommunen ebenfalls so. Wo auch immer Asylbewerberheime hingestellt werden – als Behelfsheime z.B. –, gibt es einen Aufschrei der Bevölkerung. Bei mir häufen sich die Briefe, die Protestanrufe.

Der Ärger wird größer, meine Freunde, wenn nicht gehandelt wird. Wenn nicht bald wirksam gehandelt wird, dann wird uns das Heft aus der Hand genommen. Davor möchte ich an dieser Stelle warnen.

Die Grundgesetzänderung, wie sie jetzt in der Koalitionsvereinbarung ausgehandelt wurde, ist nach meinem Gefühl nicht ausreichend. Wahrscheinlich wird eine zweite Änderung kommen müssen; wir haben das vorhin ja schon einmal in einem anderen

Diskussionsbeitrag gehört. Wenn nämlich die europäische Harmonisierung auf diesem Gebiet kommen muß, werden die anderen nicht mit der Formulierung der Genfer Flüchtlingskonvention einverstanden sein. Das ist meine große Sorge.

Eine zweite Feststellung. Wenn wir den Rechtsweg so beibehalten, werden wir ebenfalls Schiffbruch erleiden, weil der Rechtsweg bei uns bekanntermaßen sehr lang ist. Alle Verkürzungsmöglichkeiten können dadurch blockiert werden.

Eine dritte Feststellung. Die Senkung der Sozialhilfesätze um 25 % ist nach der Meinung vieler Bürger nicht ausreichend. Hier müssen weiterreichende Maßnahmen ergriffen werden; denn das ist immer noch mehr, als der europäische Durchschnitt zahlt. Es gibt ja einen Antrag aus dem Land Sachsen, in dem formuliert worden ist, man solle auf den europäischen Durchschnitt zurückgehen. Ich halte diese Formulierung für gar nicht so schlecht.

Eine weitere Feststellung. Ich warne davor, jetzt im Bundestag mit der SPD nochmals Kompromißlösungen zu suchen, die sich unterhalb der Linie der Genfer Flüchtlingskonvention bewegen werden. Das sähe dann so ähnlich aus, wie es der Kompromiß auf dem Parteitag der Hamburger SPD jetzt andeutet. Gleichzeitig wurde heute jedoch gesagt, daß die Lösung von Hamburg noch nicht die Lösung des SPD-Bundesparteitags sein werde; man werde auf einen noch niedrigeren Level gehen. Das kann nicht unsere Lösung sein.

Wenn das Gesetz zur Änderung des Asylrechts im Bundestag scheitert, können wir die Bürger auffordern, das bei sämtlichen nächsten Wahlen zu berücksichtigen. Wir können dann deutlich machen, daß die CDU bereit ist, eine klare Entscheidung zu treffen. Die Bürger könnten uns dann das Vertrauen schenken, das erforderlich ist, um endlich diese Änderung zu beschließen.

Ich will ein Weiteres sagen, was ich gestern abend schon in einem kurzen Redebeitrag vorgetragen habe. Aber leider war der Saal nicht mehr sehr gut besetzt. Wie kann der eine oder andere SPD-Abgeordnete eventuell dazu bewegt werden, sein Gewissen doch noch zu „überdenken"? Dort, wo die Bürgermeister oder Oberbürgermeister an der Wand stehen, weil sie keine Räumlichkeiten mehr haben, können sie ja durchaus zu dem Recht der Zwangseinweisung greifen. Man kann ja auch einmal bei einem SPD-Bundestagsabgeordneten, der erklärt, er sei gegen die Grundgesetzänderung, eine solche Zwangseinweisung vornehmen.

(Vereinzelter Beifall)

Meine lieben Freunde, wie schnell wäre das Gewissen regenerierbar, wie schnell käme man zu einer anderen Entscheidung! Die würden sofort zum Verwaltungsgericht laufen.

Es ist mir klar, daß mein Vorschlag auf tönernen Füßen steht. Aber man kann ihn praktizieren. Man kann Zeichen setzen, wo wirklich die Ehrlichkeit dieser Leute in dieser Frage ist.

Ein letzter Punkt: Wir sollten in der Frage der Asylbewerber nicht zu mimosenhaft sein, aber auch nicht zu aggressiv sein. Beides verträgt sich in diesem Falle nicht. Wir müssen gegenüber unseren Bürgern eine klare Linie vertreten. Die Bürger müssen wissen, was wir wollen. Wir wissen, was die Bürger wollen. Wenn wir das gemeinsam hier über die Bühne bringen und im Bundestag und im Bundesrat zu einem richtigen Ergebnis kommen, dann, glaube ich, haben wir dieses Thema zwar nicht beseitigt, aber zumindest auf ein Maß gebracht, das von den Zahlen her in der Bundesrepublik Deutschland im Interesse der wirklich berechtigten Asylbewerber zu akzeptieren ist.

(Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Herr Bandmann, bitte.

Volker Bandmann: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Ich will dies auch bei diesem Thema ausdrücklich feststellen.

(Beifall)

Die sozialen Leistungen, die für Asylbewerber erbracht werden, werden aus Steuergeldern finanziert. Ich denke, wir sollten der deutschen Bevölkerung von diesem Podium aus dafür danken.

(Beifall)

Es geht nicht an, daß die Bevölkerung ständig mit diesem Thema beschimpft wird. Pauschalurteile greifen bei dieser Frage nicht. Ich möchte mich ganz ausdrücklich bei der deutschen Bevölkerung für ihr finanzielles Engagement in dieser Frage bedanken.

(Beifall)

Aber – jetzt kommt mein Aber – reichen unsere Schutzmaßnahmen für die Asylbewerber in den Asylbewerberheimen aus? Da sage ich Ihnen ganz klar: nein. Wir müssen mittlerweile Asylbewerber vor Asylbewerbern schützen. So ist die Lage. Gehen Sie einmal in Asylbewerberheime in Ostdeutschland. Da gibt es kleine kriminelle Gruppen von Asylbewerbern, die andere, die friedlich kommen und bei uns Schutz suchen, terrorisieren. Dagegen müssen wir endlich einschreiten. Wir müssen endlich die Spreu vom Weizen trennen.

(Beifall)

Es geht auch nicht an, daß Asylbewerber aus den Altbundesländern mit dem Auto bis an die deutsch-polnische Grenze fahren, die anderen Leute auf der polnischen Seite vom Zug abholen und dann, wenn sie vom BGS gefaßt werden, nur gemäß dem Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit mit einer Ahndung zu rechnen haben. Ich denke, Asyl- und Grenzproblematik gehören unmittelbar zusammen. Ich habe dies bereits gestern vor diesem Hohen Haus gesagt. Wenn wir an den deutschen Außengrenzen zur EG nichts unternehmen, dann kriegen wir dieses Problem nicht in den Griff. Wir brauchen mehr Grenzübergänge. Wir brauchen eine wesentlich besser gesicherte grüne Grenze. Die Hilfe für Asylbewerber ist bereits angesprochen worden. Ich kenne die Situation aus vielen Heimen in Sachsen. Da kommen Menschen, die sich vor einigen Jahren selbst noch gefreut haben, als sie Pakete mit getragener Kleidung bekamen, und bringen ihre getragene Kleidung in Asylbewerberheime. Sie erleben es jetzt mitunter, daß dies nicht angenommen wird. Dort wird mittlerweile mit einem Anspruchsdenken reagiert. Ich denke, dort müssen wir im Interesse der Leute, aber auch im Interesse der bei uns wirklich Schutzsuchenden Ordnung schaffen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Wir danken Ihnen, Herr Bandmann. Wir danken auch dafür, daß Sie sich an die Redezeit gehalten haben. – Nun hat Herr Dr. Noack das Wort.

Dr. Harald Noack: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die bisherige Diskussion hat zwei Ebenen deutlich gemacht, auf der wir miteinander reden. Wir diskutieren auf der einen Seite humanitär und von den Grundsätzen her die Notwendigkeit, wirklich politisch Verfolgten in der Bundesrepublik Deutschland Asyl zu gewähren. Während wir das diskutieren, ist auf der lokalen

Ebene der Notstand ausgebrochen. Ich sage erneut: Es ist der Notstand ausgebrochen. Ich bin Fraktionsvorsitzender im Kreistag in Göttingen. Ich kann Ihnen nur sagen, daß der Landkreis Göttingen vor immensen Problemen steht, die nächsten zugewiesenen Asylbewerber unterzubringen. Es werden derzeit bestehende Mietverhältnisse in Kommunen gekündigt, um Asylbewerber unterzubringen. Sie können sich vorstellen, was es bedeutet, ein bestehendes Mietverhältnis mit einer hier lebenden Familie zu kündigen, um Wohnraum bzw. Unterbringungsraum für Asylbewerber zu schaffen. Es werden Dorfgemeinschaftshäuser in Sammelunterkünfte umfunktioniert. Es werden Turnhallen von Schulen, die in Betrieb sind, in Sammelunterkünfte umfunktioniert. Derzeit stehen wir vor der Situation, daß wir im Grunde bei weiter ansteigenden Zahlen nicht mehr wissen, wohin diese Asylbewerber sollen. Das macht auf lokaler Ebene, fernab von unserer hehren Diskussion, das Problem so dringend. Ich glaube, es ist notwendig, daß sich die Mitglieder des Deutschen Bundestags über diese Situation wirklich klar werden. Ich vermisse das Durchgehen von Informationen von der Basis bis in den Bundestag. Des weiteren vermisse ich das Eingehen auf die Probleme vor Ort. Wir sollten nicht so tun, als ob nur Steuergelder verwandt werden. Viele Leute wissen z.B. gar nicht, daß Asylbewerber, wenn sie Sozialhilfe bekommen, in der AOK versichert sind. Das bedeutet zunächst, daß sie auch gesundheitlich aus den Beiträgen der Beitragszahler unterstützt und unterhalten werden. Der Gesundheitszustand dieser Asylbewerber ist häufig sehr schlecht.

Das alles sind Probleme, die die Bevölkerung allmählich vor Ort mitbekommt. Sie bekommt auch mit, daß eine Asylbewerberfamilie derzeit eine höhere Bargeldzuwendung bekommt, als ein alleinverdienender Angestellter im Verkaufsdienst bei Karstadt.

Das sind Dinge, die an der Basis, bei der Bevölkerung immensen Ärger bereiten. Ich kann nur sagen: Wenn es uns nicht gelingt, hier relativ rasch sichtbar Abhilfe zu schaffen, dann werden wir bei den nächsten Wahlen Protestwähler im Bereich rechtsaußen in einer Größenordnung zwischen 10 und 15 % haben. Meine Damen und Herren, das muß unter allen Umständen vermieden werden. Ich glaube, wir müssen zwei Dinge sehr schnell tun. Wir müssen auf der einen Seite die gesetzlichen Möglichkeiten, die bestehen, phantasievoll ausschöpfen. Ich glaube, daß wir noch in vielen Bereichen – auch unterhalb einer Änderung des Art. 16 – derzeit Maßnahmen ergreifen können, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Ich glaube, wir unterstützen alle Rudolf Seiters, der sagt: Dann müssen wir eben auch einmal klotzen, entsprechend Beamte abordnen bzw. zusätzlich anwerben sowie Zeitsoldaten einsetzen, um das Problem richtig anzugehen.

(Beifall)

Ich glaube, daß wir an der Basis wenig Verständnis dafür haben, daß die Sozialdemokraten nach wie vor geschont werden, um ihnen eine Meinungsfindung zu ermöglichen. Ich habe nicht verstanden, weshalb die Fraktionen im Bundestag den Entschließungsantrag nicht bereits im Frühjahr dieses Jahres zur Abstimmung gebracht haben. Das habe ich nicht verstanden.

(Beifall)

Wenn es denn eben nicht geht, dann muß man in der Politik auch Verantwortung aufzeigen können, und dann muß man deutlich machen, wer derzeit eine Lösung verhindert. Aber – damit will ich auch aufhören – tun wir nicht so, als ob eine reine Ergänzung des Art. 16 durch einen Gesetzesvorbehalt tatsächlich bereits eine Lösung brächte. Hier diskutieren wir nach meiner Auffassung teilweise auf einer falschen

Ebene. Diese Ergänzung von Art. 16 bietet nur die Möglichkeit, gesetzliche Regelungen schnell zu schaffen, um hier den Wirtschaftsflüchtlingen die Einreise in die Bundesrepublik zu verwehren. Das muß man der Bevölkerung sagen. Frau Körtner hat vorhin erzählt, was ihr die Taxifahrer gesagt haben. Ich kann hier nur sagen: Das kann ich bestätigen. Ich bin heute morgen mit einem Taxi gefahren. Der Fahrer war ein Libanese. Er lebt seit 20 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. Er hat mir gesagt: Wir müssen eine Regelung finden, denn mittlerweile sind wir, die wir seit langem in der Bundesrepublik Deutschland leben, die wir hier integriert sind, von dem Ausländerhaß berührt. Meine Kinder, die hier geboren sind, die hier in die Schule gehen, müssen sich plötzlich beschimpfen lassen.

Es besteht an der Basis ein dringendes Bedürfnis, daß hier gehandelt wird. Es ist, wie ich gesagt habe, an der lokalen Ebene bereits der Notstand ausgebrochen.

(Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Wir danken Ihnen, Herr Dr. Noack. – Nächster Redner ist Herr Laschet.

Weiterhin teile ich Ihnen mit, daß mir noch die Wortmeldungen von Herrn Gerster, Herrn Professor Dr. Scholz sowie von Herrn Johannes Mertens vorliegen. Sollten noch weitere Redner das Wort zu diesem Antrag wünschen, so müßten wir das jetzt erfahren. – Vielen Dank für Ihr Verständnis. – Herr Laschet, Sie haben das Wort.

Armin Laschet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern an die Ausführungen meines Vorredners anknüpfen und auch auf die Ausführungen der zweiten Rednerin in der heutigen Debatte antworten. Sie haben die Taxifahrer und die Polizisten in die Debatte eingeführt. Mich stört, wenn dies in dem Tonfall geschieht, die CDU müßte jetzt endlich handeln. Wenn wir es so darstellen, erwecken wir den Eindruck, den die SPD ebenfalls gerne erweckt, daß wir bisher nicht gehandelt haben und daß es uns gelingen könnte, die SPD auf diese Weise vorzuführen.

Die Union fordert aber seit Jahren, das Asylrecht und Art. 16 Grundgesetz zu ändern. Sie fordert dies nicht erst seit wenigen Wochen oder seit wenigen Monaten, sondern seit Jahren. Der Effekt bei den Bürgern draußen - ich sage dies als Mitglied des Stadtrates in Aachen - ist aber, daß die Leute nicht differenzieren, wer eine Zweidrittel-Mehrheit braucht oder nicht braucht. Die Leute draußen sagen: Ihr stellt die Regierung, ihr müßt handeln. Wenn wir dann nicht gegensteuern, sondern diese Argumente hier auch noch wiederholen, leisten wir den Extremisten von links und rechts Vorschub, die diese Situation auf Grund unserer Verfassungslage ausnutzen.

(Beifall)

Mit dem Vorführeffekt ist es auch nicht weit her. Ich kann Ihnen aus Aachen berichten, daß unser Europaabgeordneter und unsere Bundestagsabgeordnete sehr wohl einen Kurs gegen Engholm fahren. Der Bezirk Mittelrhein der SPD macht wie viele andere Politik gegen Engholm. Es wird diese SPD-Politiker vor Ort überhaupt nicht stören, daß es Unruhe gibt, denn in ihrer eigenen Parteisituation stärkt es sie, im Moment gegenzuhalten. Deshalb ist das mit dem Vorführen auch eine sehr zweischneidige Sache.

Auf Dauer ist es aber nicht tragbar, daß Zuwanderung weiter über ein Grundrecht erfolgt, das eigentlich eine ganz andere Zielsetzung hatte. Wir müssen uns als Union aber auch fragen: Bieten wir denn andere Wege an, um eine kontrollierte Zuwanderung möglich zu machen? Auf Dauer ist es sicher auch nicht tragbar, daß wir hier Milliarden für Asylbewerber ausgeben, die in ihren Heimatländern sicher nicht die

Ärmsten sind, sondern die Cleversten, die den Weg hierher gefunden haben. Wenn wir gegensteuern wollen, ist allerdings zu fragen: Sind wir denn wirklich bereit, diese Milliarden umzuschichten und sie für Hilfen in den Herkunftsländern einzusetzen?

(Beifall)

Ich könnte mir vorstellen, daß die Union sich dazu durchringen kann. Die heutige Antragsformulierung ist vielleicht ein Ansatz in dieser Richtung. Bei der Bevölkerung sehe ich noch großen Überzeugungsbedarf. Ich denke in diesem Zusammenhang daran, daß bereits der 7,5-prozentige Solidaritätszuschlag zu großem Lamento und zu einem großen Aufschrei geführt hat. Das war eine Hilfe im eigenen Land nach einer historischen Situation. Ich sehe schwarz, ob es uns gelingen wird, diese Sensibilität zu wecken, wenn es um den Nord-Süd-Konflikt geht.

Ich denke, daß sich die Union aber dennoch solch visionären Aufgaben stellen sollte. Viele haben gesagt, daß die Union in den letzten Jahrzehnten immer von den Visionen gelebt hat. Soziale Marktwirtschaft, deutsche Einheit, Einheit Europas - alle diese Visionen sind Wirklichkeit geworden. Wäre es nicht eine große Chance für unsere Partei, mit dieser neuen Vision auch die Nähe zu den Kirchen wiederzugewinnen, die in ihrer letzten Erklärung gerade erst gesagt haben, daß es in bezug auf das Asylrecht auch unter Christen sehr wohl unterschiedliche Meinungen geben kann. Ich denke, wir sollten diese Position der Bischöfe begrüßen, aber gleichzeitig anbieten, daß wir an dieser größeren Vision mitarbeiten wollen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Danke sehr, Herr Laschet. Nun hat Herr Gerster das Wort. Bitte schön!

Johannes Gerster: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wirkung von Art. 16 Grundgesetz in Verbindung mit Art. 19 Grundgesetz bedeutet, daß die Behauptung, man werde verfolgt, automatisch ein Bleiberecht in Deutschland eröffnet, bis rechtskräftig entschieden ist, ob jemand politisch Verfolgter ist oder nicht. Alle diejenigen, die im Hinblick auf den hier vorgelegten Antrag, der an Stelle des Grundrechtes eine institutionelle Garantie auf der Basis der Genfer Flüchtlingskonvention einräumt, Bedenken haben, mögen erstens beachten, daß wir Unterzeichnerstaat der Genfer Flüchtlingskonvention sind und diese nicht einfach kündigen können. Diese Konvention ist sozusagen der Beton, auf dem wir stehen und der uns vorgegeben ist. Zweitens sollten diejenigen, die glauben, daß wir damit das Bleiberecht von allen, die Asyl beantragen, nicht durchbrechen können, beachten, daß nicht nur alle europäischen Nachbarstaaten die Genfer Flüchtlingskonvention zur Grundlage ihrer Asylverfahren machen, sondern daß darüber hinaus in Frankreich die Zahl der Asylbewerber von 55 000 im letzten Jahr auf unter 30 000 in diesem Jahr sinkt und daß sich die Zahl der Asylbewerber in der Schweiz um zwei Drittel reduziert. Das heißt, alle, die behaupten, die Genfer Flüchtlingskonvention eröffne nicht die Möglichkeit, den Mißbrauch des Asylrechtes über ein Asylverfahren zu verhindern, werden durch die anderen europäischen Staaten eines anderen belehrt.

Man muß beachten, daß die Kritiker unserer Linie, der Linie der CDU/CSU und der FDP, uns in zweifacher Hinsicht kritisieren. Im ersten Satz sagen sie: Das nutzt gar nichts, und im zweiten Satz sagen sie, wir würden das Grundrecht auf Asyl zertrümmern. Beides kann wohl nicht zusammengehen. Mit anderen Worten: Alle diejenigen, die behaupten, wir würden mit dem auf diesem Parteitag vorliegenden Antrag und mit einem nicht individuellen, sondern institutionellen Grundrecht auf Asyl auf der Basis der Konvention inhuman handeln, verteufeln Frankreich, verteufeln die

Beneluxstaaten, verteufeln Dänemark, verteufeln die Schweiz und alle anderen europäischen Staaten. Mit einer Regelung auf der Basis der Genfer Flüchtlingskonvention kommen wir zu einem Gleichklang mit allen anderen europäischen Staaten.

Eine zweite Bemerkung: Ich gebe allen Delegierten recht, die sagen: Wir dürfen uns von der SPD nicht auf eine Wischiwaschi-Ebene ziehen lassen; wir müssen eine Regelung treffen, die wirklich wirkt. Das, was beim Asylbeschleunigungsgesetz passiert ist, daß wir eine Regelung treffen, die dann nicht greift, darf bei einer Grundgesetzänderung nicht passieren. Wir brauchen eine Regelung, die greift.

(Beifall)

Deswegen müssen wir uns auf zwei Situationen einstellen. Wir brauchen den Erfolg in der Sache. Das heißt, wir müssen die Sozialdemokraten, die wir für die Zweidrittel-Mehrheit brauchen, drängen, auf die Linie der Koalition und insbesondere die Linie der Union einzuschwenken. Sollte das auf Grund des Parteitagsbeschlusses nicht gelingen, dann müssen wir auch die Kraft finden, unsere Mitgliederschaft zu mobilisieren, damit wir mit Unterschriftenaktionen und der Meinung von 80 oder 85 Prozent der Öffentlichkeit in Deutschland tatsächlich eine Stimmung erreichen, die die Sozialdemokraten zwingt, uns dennoch zuzustimmen.

(Beifall)

Eine dritte Bemerkung: Ein Kollege aus dem Europäischen Parlament hat die europäischen Einigungsnotwendigkeiten angesprochen. Wir brauchen ein nationales deutsches Asylrecht auf der Basis der Genfer Flüchtlingskonvention, und wir müssen auch eine europäische Asylkonvention erreichen. Damit wäre eine Basis dafür geschaffen, Asylbewerber in Europa auf Dauer so zu verteilen, wie wir sie derzeit zwischen Bund und Ländern verteilen können. Das bedeutet eine Öffnung der Grenzen Europas. Eine gemeinsame Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion muß auch bedeuten, daß unsere europäischen Nachbarstaaten in einer Europäischen Union bereit sind, in gleichem Maße Lasten zu übernehmen, wie wir sie im Moment im Sinne einer Vorleistung tragen.

Denn es ist die Wahrheit, daß wir in den letzten drei Jahren von Jahr zu Jahr eine Verdoppelung der Asylbewerberzahlen haben, daß es aber in unseren europäischen Nachbarstaaten – in Dänemark, in den Benelux-Ländern, in Frankreich und in der Schweiz – einen Rückgang der Asylbewerberzahlen gibt, weil diese Staaten in der Tat zum Teil dazu übergegangen sind, Asylbewerber, die über Deutschland in ihr Land einreisen, wieder zu uns zurückzuschicken.

Allein aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, ist es notwendig, daß wir unser Asylrecht dem europäischen Standard anpassen. Offene Grenzen, das heißt auch: ein gleiches Asylrecht in Europa, mit gleichen Lasten und gleichen Aufgaben in der gesamten Europäischen Gemeinschaft. Auch deswegen sollten wir dem Antrag, wie er hier vorliegt, zustimmen. Er öffnet das Tor zu einem europäischen Asylrecht und damit zu einer größeren Praktikabilität bei der Lösung der Probleme, über die wir hier heute reden. – Schönen Dank.

(Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Gerster. – Nun rufe ich Herrn Professor Dr. Rupert Scholz auf. Bitte schön!

Prof. Dr. Rupert Scholz: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann direkt an das anknüpfen, was Johannes Gerster eben gesagt hat, was in unserem Antrag steht und was vor allem der Bundesinnenminister mit seiner Vorlage deutlich gemacht hat.

Wir sind uns im Grunde in dieser Frage ja wahrhaftig einig, aber wir müssen natürlich nach wie vor die politische Diskussion, die politische Auseinandersetzung führen. Wir sind dabei, an die Sozialdemokraten zu appellieren. Leider bleibt uns nichts anderes übrig, weil wir die Zweidrittelmehrheit brauchen. Aber diese Diskussion kann man letztlich nicht nur mit dem Appell führen. Man muß sie z.B. auch in die FDP hinein führen.

Wenn man das beobachtet, stellt man ja immer wieder fest: Es kristallisiert sich als Position, die uns entgegengehalten wird, als Position gegen unseren Vorschlag und Wunsch, ein institutionelles, ein objektiv-rechtliches Asylrecht zu gestalten, immer mehr die Bewahrung des Individualrechts heraus. Die Bewahrung des Individualrechts, das klingt vielleicht in den Ohren von manchen sogar plausibel, denn das ist ja die Grundstruktur unseres Asylrechts. Damit heben wir uns in der Tat entscheidend von der Rechtsordnung jedes anderen europäischen Landes ab, und diese Länder sind wahrhaftig auch Rechtsstaaten, sind wahrhaftig auch Demokratien, wahrhaftig auch Staaten, die die Menschenrechte schützen, teilweise viel länger als wir in unserer Geschichte. Aber hier liegt der entscheidende Unterschied.

Meine Damen und Herren, hier dürfen wir uns nicht ins Bockshorn jagen lassen. Mitunter hat man nämlich das Gefühl, daß bei dem einen oder anderen dann doch das Argument verfängt: Schränken wir nicht das Asylrecht zu sehr ein, wenn wir unseren Weg gehen?

Ich sage: Wir schränken das Asylrecht nicht ein, sondern bewahren es. Das ist der entscheidende Punkt!

(Beifall)

Es steht für uns doch völlig außer Frage, daß – wie es die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1949 gewollt haben, gerade auf Grund unserer geschichtlichen Erfahrungen – politisch Verfolgte Aufnahme in unserem Land finden sollen. Das stellt niemand in Zweifel. Im Gegenteil, das müssen und werden wir beibehalten. Aber ein solches Recht kann man nur bewahren, wenn man die richtigen Konsequenzen gegenüber der Aushöhlung und dem Mißbrauch dieses Rechts zieht.

(Zustimmung)

Genau das ist heute der Tatbestand!

Art. 16, der den politisch Verfolgten dienen soll, ist faktisch ein Einwanderungsparagraph geworden, ein Paragraph für unkontrollierte Einwanderung. Wer nicht begreift, daß die Verfassung selbst – so kann man es auch ausdrücken – auf solchen Mißbrauch reagieren muß, auf eine solche Verfremdung dieser Bestimmung, der setzt letztendlich das Asylrecht, das Recht des politisch Verfolgten, selbst aufs Spiel. Auch das muß man der anderen Seite sagen.

(Zustimmung)

Auch das muß man deutlich machen: daß es nicht darum geht, etwas zu erhalten, was angeblich besonders freundlich ist. Es ist nicht mehr freundlich, weil es in Wahrheit nicht mehr das wiedergibt, was die Verfassung gewollt hat.

Mit unserem Antrag, mit dem, was der Bundesinnenminister hier vorgestellt hat, tun wir in Wahrheit nichts anderes, als endlich ein funktionstüchtiges, ein rechtsstaatliches, ein liberales, ein weltoffenes humanitäres Asylrecht wiederherzustellen. Um nichts anderes geht es! Denn dieses Recht gibt es bei uns nicht mehr.

(Zustimmung)

und es wird es auch nicht mehr geben, wenn die Entwicklung so weitergeht, wie sie gelaufen ist und in den letzten Monaten in extremer Weise weitergegangen ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle ein Horrorszenario malen: Nehmen wir einmal an, es passiert tatsächlich, daß es mit dieser Verfassungsänderung – und Rudolf Seiters hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es nur mit dieser geht, mit keiner anderen – nicht klappt. Ende dieses Jahres fallen bekanntlich die Grenzen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Dann werden wir endgültig das Hauptasylbewerberland innerhalb Europas. Die Zahlen, die dann bevorstehen, vermag ich mir nicht auszumalen. Aber wir werden es erleben!

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht das Wort „Staatsnotstand" benutzen; ich glaube, es ist etwas zu plakativ. Aber bei dem, was dann kommt, werden wir möglicherweise ganz schnell gezwungen sein, ein – ich nenne es jetzt einmal so – Asylsicherungsgesetz zu verabschieden, d.h. ein Gesetz, das wie ein Haushaltssicherungsgesetz die Notlage zu steuern hat, wohlgemerkt: auch und gerade zum Schutz derer, die wirklich politisch Verfolgte sind. Und das kann es doch wohl nicht sein! Es ist nicht mehr fünf vor zwölf. Es ist fünf nach zwölf. Deshalb muß gehandelt werden.

(Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Wir danken Ihnen, Herr Professor Scholz, für Ihre warnenden und aufrichtigen Worte.

Ich darf nun Herrn Johannes Mertens aufrufen. Danach liegen keine Wortmeldungen mehr vor, und ich möchte dann noch den Herrn Bundesinnenminister zu einer Stellungnahme auffordern. – Bitte, Herr Mertens.

Johannes Mertens: *Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Diskussion hat deutlich gemacht, wie drängend und dringlich eine Problemlösung ist. Insbesondere die Beiträge von Frau Körtner, Herrn Dr. Noack und Herrn Professor Scholz haben das gezeigt. Ich glaube, deshalb können wir dem, was Bundesminister Seiters und Bundesministerin Rönsch hier vorgeschlagen haben, nur voll zustimmen.*

Gemeldet habe ich mich, um von Herrn Bundesminister Seiters eine Klarstellung zu bekommen. Es gibt SPD-Landes- und -Kommunalpolitiker, die durch die Lande ziehen und das schlimme Gerücht verbreiten, unser Bundesminister Seiters habe bis Mai 1992 beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge einen Einstellungstopp verhängt. Dann gibt es weitere SPD-Politiker, die noch eine zusätzliche Show abziehen und in ihren Kreisverbänden die SPD-Bundestagsabgeordneten auffordern, gegen unseren Bundesinnenminister einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, weil er verhindert habe, daß beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zusätzliche Einstellungen stattfinden. Das sind schlimme Gerüchte, die wir so nicht im Raum stehenlassen können. Deshalb liegt mir daran, daß auch von dieser Stelle aus durch Bundesminister Seiters eine Richtigstellung erfolgt. Denn mit diesen Argumenten wird von der SPD zusätzlich die Behauptung verbunden, man habe bewußt einen Rückstand von 400 000 Bearbeitungsfällen entstehen lassen, damit möglichst das Grundgesetz geändert werden kann. Wie gesagt, schlimme Gerüchte, die der Klarstellung bedürfen! – Vielen Dank.

(Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Mertens. – Nun darf ich Herrn Bundesinnenminister Seiters noch einmal ums Wort bitten.

Rudolf Seiters: Meine Damen und Herren, zu der letzten Frage wiederhole ich gern das, was ich mehrfach auch im Parlament gesagt habe: Wir haben am 10.10.1991 ein

Parteiengespräch beim Bundeskanzler gehabt. Der Bund hat zusätzliche Aufgaben übernommen. Die Länder hatten sich verpflichtet, zur Erfüllung dieser Aufgaben 500 qualifizierte Beamte zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Sammeleinrichtungen zu schaffen.

Beide Zusagen haben die Länder nicht erfüllt. Ein Land wie Hessen, das sich in der Kritik am Bundesinnenminister besonders hervorgetan hat, mußte 37 Beamte entsenden, war aber bis jetzt nur in der Lage, 20 Beamte zu nennen, und 11 von ihnen waren qualifiziert. – Ich könnte eine Vielzahl anderer Beispiele nennen. Mittlerweile haben wir etwa die Zahl von 300 erreicht.

Die Länder haben diese Zusagen nicht erfüllt, und sie haben überhaupt keine Veranlassung, den Bund für Personalgewinnungsprobleme verantwortlich zu machen, die es zweifellos gibt. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen.

Im übrigen sind, seitdem ich im Amt bin, beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge 700 Einstellungen erfolgt. 2.000 Bewerbungsgespräche sind erfolgt. 1.000 weitere Einstellungszusagen sind ergangen.

Nur, eines ist klar: Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist zum Teil leergefegt. Viele, die in Frage kommen, bewerben sich mit besseren Ausgangssituations- und Bewerbungschancen in den neuen Ländern.

Aber wenn die Länder nicht in der Lage sind, 500 Entscheider zu benennen, mögen sie bitte nicht mit dem Finger auf den Bund zeigen. Diese Vorwürfe sind abwegig. Ich weise sie auch hier nachdrücklich zurück.

(Beifall)

Zweitens: Zum Stichtag des Inkrafttretens des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes – von dem ich immer gesagt habe, es wird möglicherweise einige Probleme erleichtern, aber die Probleme nicht lösen – sollten die Länder Sammeleinrichtungen in den einzelnen Bereichen eingerichtet haben.

Bis heute haben einzelne Länder noch nicht einmal alle Standorte benannt. Bis heute sind die Standorte noch nicht eingerichtet worden. Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, aber auch andere Länder werden einen Teil dieser Sammelerstaufnahmeeinrichtungen erst im Dezember 1992 oder im Februar oder im April 1993 einrichten. Da die Einrichtung von Außenstellen des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge daran geknüpft ist, daß es solche Sammelaufnahmelager gibt, kann ich nur sagen: Ich kann eine Außenstelle erst dann einrichten, wenn es eine Sammeleinrichtung der Länder gibt.

Auch hier muß ich sagen: Die Länder haben wirklich keinen Grund, uns in dieser Frage zu kritisieren. Das habe ich deutlich auch in aller Öffentlichkeit gesagt.

Nun zu den anderen Bereichen. Zunächst geht es darum, eine weitere Richtigstellung vorzunehmen. Ich habe vorhin mit der Kollegin John gesprochen. Ich habe ihr gesagt, daß ich vor dem Amt einer Ausländerbeauftragten hohen Respekt habe. Aber angesichts der Tatsache, daß es im Bundesinnenministerium eine ganze Abteilung gibt, die sich mit Ausländer- und Asylfragen beschäftigt, und daß es, bevor es diese Ausländerabteilung gab, bereits Unterabteilungen und Referate in verschiedenen Abteilungen gegeben hatte, habe ich sie doch gebeten, dieses eine Argument und diesen einen Vorwurf nicht mehr zu bringen, der wirklich abwegig ist. Ich möchte das auch dem erstaunten Publikum auf diesem Parteitag mitteilen.

Zu den Motiven. Wir müssen sorgfältig auseinanderhalten, was Asylrecht bedeutet, was Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen sind und was Motive sind.

Ich diffamiere niemanden, der aus asylfremden Gründen, nämlich aus wirtschaftlichen Gründen, in unser Land kommen möchte. Es ist eine durchaus menschliche Einstellung, daß man nach Deutschland, in dieses reiche Land kommen möchte, mit Blick auf die Lebensperspektiven für sich und für die eigene Familie. Deswegen haben wir überhaupt keinen Grund, die Motive solcher Leute zu diffamieren. Man muß das respektieren.

Aber ebenso klar ist, daß diese Motive nicht unter die Asylverheißung des Grundgesetzes fallen. Das ist die Position, von der aus wir diskutieren müssen.

(Beifall)

Ich nenne auch an dieser Stelle das Beispiel Eisenhüttenstadt. Ich war mit dem sozialdemokratischen Justizminister von Brandenburg in Eisenhüttenstadt. Das war vor Rostock. Man erzählte uns in diesem überfüllten Aufnahmelager: Es ist auf einmal ein Lkw mit 70 Rumänen vorgefahren. Alle waren nicht mehr im Besitz von Ausweispapieren. Jeder wußte: Diese Ausweispapiere sind vorher Schlepper- und Schleuserorganisationen überreicht worden oder von diesen abgenommen worden.

Ich diffamiere nicht diese Leute, die man verlockt hat, in unser Land zu kommen. Aber dies alles hat doch mit dem individuellen Anspruch Asyl für politisch Verfolgte, wie wir es 1949 in unsere Verfassung geschrieben haben, überhaupt nichts mehr zu tun. Auch das muß man doch in dieser Diskussion sagen dürfen.

(Beifall)

Ebenso muß man sagen, daß Schlepper- und Schleuserorganisationen keine Wohltäter von Flüchtlingen, sondern moderne Menschenhändler sind, denen wir das Handwerk legen müssen. Auch dies gehört zu der Diskussion. Das hat doch nichts mit Inhumanität zu tun.

(Beifall)

Ich habe vorhin schon gesagt, daß ich gestern ein langes Gespräch auch im Vollzug dessen hatte, worüber ich in Genf bei der Flüchtlingskonferenz mit Frau Ogata gesprochen hatte. Sie hatte einen Wunsch in bezug auf Bürgerkriegsflüchtlinge.

Sie sind tatsächlich in einer schrecklichen Situation, gerade angesichts des herannahenden Winters und angesichts der Tatsache, daß wir jetzt prüfen müssen: Wie können wir denen helfen, die in diesen Gefängnislagern gewesen sind und die sich in einer teilweise schlimmen, schrecklichen Situation befinden.

Ich kann nur sagen: Die schaurige Gewalttätigkeit in bestimmten Bereichen der Bundesrepublik Deutschland haben wir immer verurteilt. Die Täter werden vor Gericht kommen. Ich hoffe, daß sie hart bestraft werden.

Aber diese schaurigen Bilder sind nicht Deutschland. Als die Situation in Jugoslawien entstand, ging privat wie staatlich eine Welle der Hilfsbereitschaft durch unser Land. Es gibt kein Land in Europa, das so sehr Hauptaufnahmeland wie Hauptgeberland ist wie die Bundesrepublik.

Deswegen sage ich auch hier: Ich hätte ja gern mehr Spielraum, um Bürgerkriegsflüchtlinge aufzunehmen. Das ist doch überhaupt nicht das Problem, das die Leute in unseren Gemeinden und Kreisen ängstigt. Aber der unkontrollierte Zustrom von Asylbewerbern hat mittlerweile uns alle so überfordert, daß wir nicht einmal mehr bei den Bürgerkriegsflüchtlingen das tun können, was wir eigentlich gern tun möchten. Wir sind ein ausländerfreundliches Land.

(Beifall)

Ich sage es noch einmal: Eine Grundgesetzänderung löst nicht alle Probleme. Aber wenn wir es so machen, wie wir es vorschlagen – der Text der Verfassungsänderung liegt ja vor; ich habe ihn auch der Fraktion vorgetragen –, werden damit viele Probleme in entscheidender Weise gelöst werden können.

Ich nenne noch ein Beispiel, damit man nicht sagen kann, wir blickten nur auf die Verfassungsänderung und unternähmen sonst nichts. Diese Behauptung ist ja völlig falsch. Ich bin in vielen osteuropäischen Städten gewesen und habe Verhandlungen über Rücknahmeübereinkommen geführt. Ich war zuletzt in Bukarest. Wir haben dort einen Durchbruch mit dem Rücknahmeübereinkommen erzielt. Es wird seine volle Wirkung allerdings erst dann entfalten, wenn wir die Grundgesetzänderung haben.

Über 70 % aller Rumänen in der Bundesrepublik Deutschland sagen, sie seien nicht im Besitz von Ausweispapieren. Bislang hat sich die rumänische Regierung geweigert, Rumänen ohne Ausweispapiere zurückzunehmen. Viele unserer Länder waren in der Abschiebung blockiert.

Wir haben jetzt in diesem Übereinkommen erreicht, daß die Rumänen bereit sind, auch die Rumänen ohne Ausweispapiere zurückzunehmen, wenn wir die entsprechenden Tatsachen glaubhaft machen können. Dazu sind wir sehr wohl in der Lage.

Auch das hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun. Es hat etwas damit zu tun, daß dieser Staat handlungsfähig bleibt oder seine Handlungsfähigkeit in dieser politischen Auseinandersetzung zurückerobert.

(Beifall)

Ich plädiere nachdrücklich dafür, den Vorschlag der Antragskommission unverändert anzunehmen. Er gibt alle Möglichkeiten für das, was wir im Parlament mit dem Antrag auf Änderung des Grundgesetzes machen wollen.

Ich appelliere angesichts der Dramatik der Situation noch einmal an uns und die deutsche Öffentlichkeit, vor allem aber an die Opposition, uns endlich zu helfen, daß wir das tun können, was die ganz große Mehrheit von uns erwartet.

Ich wiederhole das, was ich dazu auch im Parlament gesagt habe: Das Parlament kann auf Dauer keine Politik gegen den Willen des Volkes machen.

(Anhaltender Beifall)

Diemut R. Theato, Tagungspräsidium: Herr Minister Seiters, Sie haben am Beifall gemerkt: Sie haben die richtigen Worte gesprochen, und wir sind mit Ihnen einig.

Bevor wir die Beratung der Anträge beginnen, darf ich aus unserer Mitte den EVP-Präsidenten, Herrn Martens, ganz herzlich verabschieden. Er hat zwei Tage an unserem Parteitag teilgenommen. Dadurch hat er die Zusammengehörigkeit der Christdemokraten in Europa deutlich unterstrichen. Wir danken Ihnen herzlich und rufen Ihnen zu: Auf Wiedersehen in Athen!

(Beifall)

Meine lieben Freundinnen und Freunde, ich darf nun die Tagungspräsidentschaft an meinen Kollegen aus dem Bundestag, Herrn Dirk Fischer, weitergeben. Er wird Sie durch die Beratung der Anträge führen. Ich danke Ihnen für die konstruktive Mitarbeit.

(Beifall)

Dirk E. Fischer, *Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Theato, für die freundliche* Einführung. – Wir wollen zur Abstimmung übergehen.

Zuvor gebe ich aus dem Komplex der D-Anträge das Ergebnis der Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission bekannt.

Denn wir müssen die Konsequenzen dieses Abstimmungsergebnisses noch einarbeiten und dann über die Ziffer 4 des Antrages des Bundesvorstandes insgesamt abstimmen.

Abgegebene Stimmen: 483. Es gab 6 Enthaltungen, 16 ungültige Stimmen. Mit Ja, also für die Empfehlung der Antragskommission, stimmten 174 Delegierte, mit Nein stimmten 287 Delegierte.

(Beifall)

Damit ist die Empfehlung der Antragskommission in diesem Punkt abgelehnt worden.

Wir müssen jetzt noch über den Änderungsantrag D 23 des Kreisverbandes Stade abstimmen, der diese Abänderung beantragt hat. Dieser Änderungsantrag findet sich textgleich auch in dem Antrag D 19 des Kreisverbandes Hohenlohe wieder. Ich bitte also alle diejenigen Delegierten, die jetzt diesem Antrag, also mit der Formulierung „lediglich kriminell" zustimmen möchten, dieses durch ein Kartenzeichen kundzutun. – Die Gegenprobe bitte! – Dann ist dieser Abänderungsantrag mit großer Mehrheit beschlossen worden.

Wir kommen jetzt zur Gesamtabstimmung über die Ziffer 4 des Antrages des Bundesvorstandes. Ich möchte Ihnen empfehlen und bitte um Ihr Einverständnis, daß diese mit redaktioneller Anpassung der soeben beschlossenen Änderung im Gesamtkontext dieses Antrages beschlossen wird. Das würde es uns ersparen, an sehr vielen Stellen, wo sich der gleiche Sachverhalt wiederfindet, Einzelabstimmungen durchzuführen. Ich meine aber, es ist konsequent und logisch, am Ende den Antrag oder den Beschluß redaktionell anzupassen. Sind Sie damit einverstanden? – Wenn das der Fall ist und sich kein Widerspruch erhebt, bitte ich alle diejenigen Delegierten, die der Ziffer 4 des Antrages des Bundesvorstandes mit dieser Änderung zustimmen möchten, dieses durch ein Kartenzeichen kundzutun. – Die Gegenprobe bitte! – Enthaltungen? – Dann ist das, soweit es vom Präsidium her klar zu sehen war, einstimmig beschlossen worden.

(Widerspruch)

– Es gab 2 Gegenstimmen. Dann ist dieser Antrag bei 2 Gegenstimmen mit sehr, sehr großer Mehrheit so beschlossen worden. Ich bedanke mich für Ihr Verständnis.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können damit in die Einzelberatung des Antrages des Bundesvorstandes zur Asylpolitik eintreten. Das sind alle Anträge mit dem Buchstaben E, über die wir soeben beraten haben.

Ich rufe die Ziffer 1 auf Seite 74 der Antragsbroschüre auf. Dazu gehören die Anträge E 1 bis E 7. Gibt es in der Einzelberatung dazu Wortmeldungen? – Dem Präsidium liegen keine vor. Wünscht ein Vertreter der Antragskommission das Wort? – Ich meine, das ist auch nicht mehr notwendig.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Ziffer 1 in der ausgedruckten Fassung. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Das scheint mir einstimmig beschlossen worden zu sein.

Wir kommen dann zur Ziffer 2 des Antrages des Bundesvorstandes. Dazu gehören die Anträge E 8 bis E 15. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 75 bis 77 Ihrer Antragsbroschüre.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Dem Präsidium liegen keine vor. Dann lasse ich über die Ziffer 2 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt, die Ziffer 2 in der vorgeschlagenen Fassung anzunehmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Auch diese Ziffer ist einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe jetzt die Ziffer 3 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge E 2, E 16 bis E 22, E 31 und der Antrag H 55, Ziffer 2. Fundstelle sind die Seiten 77 bis 80 der Antragsbroschüre.

Dem Präsidium liegen keine Wortmeldungen vor. Gibt es im Saal Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir über die Ziffer 3 abstimmen.

Die Empfehlung lautet: Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen – Gegenstimmen? – Dort hinten sehe ich, glaube ich, 2 Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist Ziffer 3 mit sehr großer Mehrheit beschlossen worden.

Damit kommen wir zur Ziffer 4 des Antrages des Bundesvorstandes. Dazu gehören die Anträge E 23 bis E 30 und E 32 bis E 34. Sie finden diese Anträge in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 81 bis 86.

Dem Präsidium liegen keine Wortmeldungen vor. Gibt es Wortmeldungen im Saal? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Ziffer 4 des Antrages des Bundesvorstandes abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt, die Ziffer 4 in der geänderten Fassung anzunehmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – 1 Gegenstimme. Enthaltungen? – 1 Enthaltung. Dann ist auch die Ziffer 4 mit sehr großer Mehrheit beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Damit haben wir in fünf Abstimmungsgängen unsere Politik für Europa, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Regierungskonferenz des Jahres 1996, festgelegt. Wir haben dies in, wie ich glaube, sehr sachlicher, aber auch intensiver Diskussion getan. Unser Kurs für Europa ist klar. Wir sind damit die erste deutsche Partei, die derart weitreichende Vorstellungen über die künftige Gestalt Europas entwickelt und beschlossen hat.

(Beifall)

Die CDU hat sich damit wieder einmal als die führende deutsche Europapartei unter Beweis gestellt.

Zum Abschluß dieses Europa-Tages begrüße ich den Präsidenten des Europäischen Parlaments, unseren Freund Dr. Egon Klepsch. Er wird jetzt die Beratungsergebnisse des heutigen Tages zusammenfassen. – Herr Dr. Klepsch, Sie haben das Wort.

Dr. Egon Klepsch (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Parteitag hat in diesen eintägigen Beratungen ein klares, ein durchgehendes Bild unserer Entscheidungen über die europäische Politik festgelegt. Es standen allen die Unterlagen zur Verfügung, die dafür notwendig waren. Es wurde ausreichend Gelegenheit zur Diskussion gegeben. Wir haben eine Fülle von Anträgen zu den Gegenständen gehabt, die wir beraten haben, und wir haben in bemerkenswerter Einmütigkeit unsere Entscheidungen gefällt. Ich betone das um so mehr, als die große Präsenz der Delegierten an diesem Tage nicht nur einem Beweis für ihr Interesse und ihr Durchhaltevermögen, sondern auch für die Qualität der getroffenen Entscheidungen bietet. Denn das ist nicht von irgendeiner kleinen Gruppe am Rande erledigt worden, sondern wir haben unsere Pflicht in vollem Umfang getan.

Die Christlich Demokratische Union hat in der richtigen Stunde diesen Parteitag durchgeführt. Denn heute diskutieren wir in Deutschland wie überall in Europa über den Fortgang der europäischen Einigungspolitik. Es ist wichtig gewesen, daß wir gerade auch mögliche kontroverse Punkte hier klar zur Diskussion gestellt haben. In den Vorberatungen waren wir uns darüber einig, daß dies ein Parteitag sein soll, auf dem eine offene Diskussion mit allen unseren Freunden geführt wird und auf dem es darauf ankommt, für die künftigen Entscheidungen eine Richtschnur zu bekommen.

Unser Parteitag wurde noch dadurch angereichert, daß wir einige Freunde, Parteiführer aus ausländischen Schwesterparteien anwesend waren und mit Interesse unsere Beratungen verfolgt haben, so etwa – wie eben gesagt wurde – Präsident Martens:

Wir haben Entscheidungen getroffen, wir haben sie mit einer denkwürdigen Einmütigkeit getroffen. Nun möchte ich aber eines feststellen: Es ist jetzt nicht mehr die Zeit, die Diskussion über jeden Einzelpunkt neu aufzurühren. Alle Fragen standen hier zur Diskussion, ohne Wenn und ohne Aber. Die getroffenen Entscheidungen sollten nicht dadurch wieder relativiert werden, daß der eine oder andere hinausgeht und Interviews gibt, die sie wieder in Frage stellen.

(Beifall)

Unsere Aufgabe ist nun, deutlich zu machen, daß die Christlich Demokratische Union, die die Führungsverantwortung in diesem Staate hat, über die europäische Politik in Geschlossenheit und in Konsequenz ihrer bisherigen Politik auch in die Zukunft hinein gemeinsam arbeitet.

Und noch eines möchte ich sagen. Unser Bundeskanzler hat heute in einer hervorragenden Weise die Grundzüge der europäischen Politik dargestellt, Grundzüge, die wir uns alle zu eigen gemacht haben, nicht nur durch unseren Beifall, sondern auch in dem Programm, das wir verabschiedet haben. Helmut Kohl gebührt dafür nicht nur Dank, sondern wir möchten an dieser Stelle auch einmal festhalten, daß er die große Führungsverantwortung, die er in Europa trägt – nicht nur für die christlich demokratischen Parteien, sondern darüber hinaus –, in hervorragender Weise wahrnimmt, daß er über den Tellerrand des Tages hinaus denkt und daß wir eine große Zahl weiterführender Anregungen von ihm, die international präsentiert sind, zu vertreten und aufzugreifen haben. Er hat selbst – mit einem gewissen Schmunzeln – auf die Rettung des Waldes verwiesen. Aber wir haben eine Fülle ähnlicher Beispiele zur Hand. Ich denke nur an seinen Vorschlag zur Rettung des Regenwaldes oder an seinen Vorschlag zur Umrüstung der Kernkraftwerke im Osten unseres Kontinents. Das sind Gefahren, die alle einsehen. Die Forderungen, die der Bundeskanzler dazu aufgestellt hat, haben zwar ein Echo gefunden, aber es bedarf noch der Realisierung dieser Forderungen.

Ich sage das, weil ich deutlich machen will, daß die europäische Politik dankbar für die Anregungen ist, die von unserem Bundeskanzler ausgehen, und weil er auch mit Entschlossenheit für ihre Realisierung eintritt und sie nicht nur theoretische Aussagen bleiben läßt.

Helmut Kohl hat die Führungsverantwortung für unsere Partei mit Recht zu einer Führungsverantwortung für die europäische Politik ausgebaut. Aber ich möchte noch einmal sagen: Wer heute noch Fragen hat – und es gibt sicher viele –, die die Arbeit des Umsetzens und des Bewältigens betreffen, der kann das Parteitagsprotokoll – von dem ich hoffe, daß es sehr bald verteilt wird – zur Hand nehmen. Da wird er auf alles hervorragende Antworten finden. Das ist das Verdienst aller, die mit ihren Beiträgen diesen Parteitag zu einem Erfolg gestaltet haben und denen ich dafür auch ganz besonders danken möchte.

(Beifall)

Wir haben eine Klammer zwischen Gestern und Heute. Helmut Kohl hat uns geführt in dem Ringen um die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands. Aber er hat uns auch geführt in jene Auseinandersetzung um die Durchsetzung der Einigung Europas. Ich möchte Ihnen freimütig sagen: Diese Aufgabe ist zwar noch nicht abgeschlossen, aber sie steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Der Vertrag von Maastricht – mit allen seinen Schwächen – ist der Ausgangspunkt für die zukünftige Entwicklung. Wir haben uns heute mit den Konsequenzen, die uns betreffen, auseinandergesetzt, und wir haben klare Antworten gegeben.

Ich sage das insbesondere für viele Biertischgespräche, die jeder von uns kennt und die erhebliche Zweifel in Positionen gesetzt haben, über die wir uns heute hier verständigt haben. Deshalb möchte ich noch einmal unterstreichen: Die Christlich Demokratische Union hat unter der Führung von Helmut Kohl einen klaren Kurs festgelegt, einen klaren Kurs, den unsere Partnerparteien respektieren werden und dem sie gerne folgen.

Ein Weiteres: Wir haben eine Fülle von Ängsten zu überwinden, und die europäische Politik zwingt uns dazu, in sehr kurzen Abständen weitreichende Beschlüsse zu fassen. Deshalb ist es richtig, daß wir für mehr Transparenz der europäischen Politik eintreten. Diese größere Transparenz muß von u n s vermittelt werden. Nicht daß unsere Hoffnung auf die Medien vielleicht enttäuscht wird; wir haben jetzt das, was wir heute beschlossen haben, in unzähligen Versammlungen und Gesprächen in die Tat umzusetzen.

Meine Damen und Herren, wie groß soll dieses Europa sein, um das wir uns bemühen? Wir haben heute klar gesehen, daß der Anker für die europäische Politik die Europäische Gemeinschaft ist, in deren Zentrum die deutsch-französische Freundschaft steht. Diese Europäische Gemeinschaft muß funktionsfähig und leistungsfähig bleiben, damit die Aufgaben, die allenthalben in der Welt auf uns zukommen, von uns bewältigt werden können.

Wir haben mit Recht gesehen, daß die große Attraktivität, die diese Gemeinschaft hat, dazu führt, daß viele hinein wollen, und wir haben gesagt, daß herein nur kann, wer bereit ist, die Grundprinzipien zu übernehmen, die wir zur Grundlage unseres Zusammenlebens machen, nämlich: es muß ein freiheitlicher Rechtsstaat, es muß eine plurale Demokratie sein, und es muß soziale Marktwirtschaft in diesen Ländern herrschen, die wir, wenn sie die entsprechenden Voraussetzungen mitbringen, dann gern in unseren Kreis aufnehmen.

Viele müssen wir erst instand dazu setzen – auch das steht in unserem Papier. Die ost-mitteleuropäischen Staaten – Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn – bilden dafür ein hervorragendes Beispiel. Wir haben mit ihnen Verträge – die Europa-Verträge – abgeschlossen, damit sie in den Stand gesetzt werden, später einmal in Erfüllung dieser Perspektive ihren Beitrittsantrag stellen zu können. Wir sollten ihnen dabei helfen.

Aber halten wir fest: Wir stehen an einer entscheidenden Wendestelle, und von diesem Parteitag soll ein Aufbruch ausgehen, der sicherstellt, daß wir uns allen Schwierigkeiten zum Trotz bewußt sind, daß die europäische Karte unsere Zukunftskarte ist. Wir gewinnen mit Europa! – Danke sehr.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Egon Klepsch, für diese Zusammenfassung! Vielen Dank, Egon Klepsch, auch für Ihre Arbeit im Europaparla-

ment! Ich verbinde diesen Dank auch mit dem Respekt vor unseren Kollegen aus dem Europäischen Parlament, die in der Gestaltung dieses Tages ein Beispiel für Engagement und Sachkenntnis gegeben haben.

(Beifall)

Wir stehen am Ende eines langen Tages. Meine Damen und Herren, welche deutsche Partei – außer uns – kann so konzentriert, so diszipliniert, so engagiert einen ganzen Tag über das wichtige Thema Europa diskutieren?! Ich möchte am Ende dieses Tages – auch für das Protokoll – meine große Bewunderung stellen, mit welcher Ausdauer, mit welcher Disziplin Sie, die Delegierten dieses Parteitages, heute diesen Tag gestaltet haben.

(Beifall)

Sie dürfen alle für sich selber klatschen.

Am Ende eines solch arbeitsreichen Tages haben Sie alle sich den Feierabend verdient. Wo könnten Sie diesen Feierabend besser verbringen als in Nordrhein-Westfalen, d.h. nicht nur einfach in Nordrhein-Westfalen, sondern bei der CDU Nordrhein-Westfalen?

(Beifall)

Sie alle sind recht herzlich eingeladen um 20 Uhr, ein Stockwerk tiefer - das ist nur eine Ortsangabe und hat nichts mit Politik zu tun - zum Ausklang dieses Tages: Feierabend mit der CDU Nordrhein-Westfalen.

(Heiterkeit und Beifall)

Damit schließe ich die 3. Plenarsitzung.

(Schluß: 19.11 Uhr)

Mittwoch, 28. Oktober 1992

4. Plenarsitzung

Beginn: 9.11 Uhr

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Ich eröffne die 4. Plenarsitzung dieses Bundesparteitages und rufe Ihnen zunächst, soweit Sie schon hier sind, ein fröhliches Guten Morgen zu.

Liebe Freunde, ich sage zunächst einmal: Wir haben gestern – die Lücken zeigen es – einen hervorragenden Abend verlebt.

(Beifall)

Ich glaube, im Namen aller sprechen zu dürfen, wenn ich mich sehr herzlich bei unseren Freunden aus Nordrhein-Westfalen, lieber Norbert Blüm, für diesen gelungenen und schönen Abend bedanke.

(Beifall)

Nach der Feier steht der Schweiß.

Ich rufe zu Beginn Tagesordnungspunkt 18 auf:

Wahl der Delegierten und ihrer Stellvertreter zum IX. EVP-Kongreß in Athen

Sie haben in Ihren Tagungsmappen dazu eine Unterlage. Gibt es dazu irgendwelche Einlassungen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir ab. Wer diesem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Damit ist dieser Vorlage zugestimmt worden.

Für heute früh haben wir uns zunächst darauf geeinigt, daß wir mit den Anträgen mit dem Kennbuchstaben „H" beginnen. Irgendwann im Laufe des früheren Vormittags wird der Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzende zu uns kommen. Danach werden wir die Anträge mit dem Kennbuchstaben „G" besprechen. Dann fahren wir mit der Beratung der anderen Anträge fort. Wir werden die Beratungen unterbrechen, sobald Theo Waigel im Saal ist.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 19 auf:

Sonstige Anträge

Ich rufe die Anträge mit dem Kennbuchstaben „H" auf. Sie befinden sich in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 115 ff. Sie werden durch die an Sie verteilte „Sammlung der Anträge und Initiativanträge II" und die dazu gehörigen Empfehlungen der Antragskommission ergänzt. Das ist zwar etwas kompliziert, aber ich nehme an, Sie werden diese Unterlagen parallel vor sich haben.

Antrag H1 wurde bereits bei Antrag C28 behandelt und hat sich daher erledigt.

Ich rufe deshalb Antrag H2, H15 und H96 bis H98 auf; die letzteren befinden sich in der Sammlung der Anträge und Initiativanträge. Sie sollen auf Empfehlung der Antragskommission zusammen behandelt werden.

Zu den Anträgen H2, H15 und H96 bis H98 liegen keine Wortmeldungen vor. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieser Anträge in der Fassung des Antrags H2 mit den Ergänzungen der Anträge H96 bis H98. Wer diesen Empfehlungen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig.

Ich rufe den Antrag H3 auf. Er ist auf der Seite 119 der Antragsbroschüre zu finden.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission wünscht ebenfalls nicht das Wort. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Einstimmig.

Ich rufe Antrag H4 auf, der ebenfalls auf Seite 119 der Antragsbroschüre zu finden ist.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag H4 als erledigt zu betrachten. Gibt es dagegen Widerspruch? – Enthaltungen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit haben wir einstimmig so befunden.

Wir kommen jetzt zum Antrag H5. Über Antrag H5 ist bereits bei Antrag A89 entschieden worden.

Daher gehen wir jetzt über zu Antrag H6 auf der Seite 120 der Antragsbroschüre.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission wünscht ebenfalls nicht das Wort.

Es wird die Annahme empfohlen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig.

Wir kommen zu Antrag H7. Er befindet sich auf Seite 123 der Antragsbroschüre.

Die Empfehlung lautet: Annahme. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Einstimmig.

Der Antrag H8 wird zu einem späteren Zeitpunkt behandelt, so daß wir zunächst einmal zu Antrag H9 auf Seite 124 übergehen.

Die Antragskommission empfiehlt: Annahme. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Einstimmig.

Wir kommen zu Antrag H10. Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Auch die Antragskommission wünscht nicht das Wort. Hierzu wird Überweisung an den Bundesvorstand empfohlen. Wenn Sie damit einverstanden sind, so geben Sie bitte das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig.

Die Anträge H11 bis H15 wurden bereits an anderer Stelle behandelt, so daß ich jetzt den Antrag H16 auf Seite 128 der Antragsbroschüre aufrufe. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung dieses Antrages an die Bundesfachausschüsse Entwicklungs-, Außen- und Wirtschaftspolitik. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig.

Ich rufe Antrag H17 auf Seite 129 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig.

Ich rufe Antrag H18 auf Seite 129 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig.

Ich rufe Antrag H19 und Antrag H21 auf den Seiten 133 und 134 der Antragsbroschüre auf. Wir können über beide Anträge gleichzeitig abstimmen; denn die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages H19 in der Fassung der Antragskommission, womit Antrag H21 dann als erledigt betrachtet werden kann. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei 5 Gegenstimmen mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Antrag H20 auf Seite 134 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig.

Ich rufe Antrag H22 auf Seite 134 und 135 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommisison empfiehlt Annahme mit der Maßgabe, den letzten Spiegelstrich zu streichen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig.

Ich rufe Antrag H23 auf Seite 136 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag als erledigt zu erklären. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen mit großer Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe Antrag H24 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig.

Ich rufe jetzt Antrag H25 und Antrag H31 auf den Seiten 137, 138 und 141 der Antragsbroschüre auf. Wir behandeln beide Anträge zusammen. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme beider Anträge in der Fassung des Antrages H25. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei vereinzelten Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Antrag H26 auf Seite 139 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig.

Ich rufe Antrag H27 und Antrag H30 auf. Die Antragskommission empfiehlt, beide Anträge zusammen zu behahndeln. Die Antragskommission empfiehlt weiter, die Anträge H 27 und H 30 in der Fassung des Antrages H27 anzunehmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung angenommen.

Ich rufe Antrag H28 auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung vor. Bitte schön, Herr Dr. Werner Thomas aus Thüringen.

Dr. Werner Thomas: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich empfehle, daß dieser Antrag in den Bundesvorstand überwiesen wird. Er sollte heute noch nicht angenommen werden. Dafür habe ich zwei Gründe. Zum einen gibt es einen formalen Grund, weil Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung erheblich tangiert werden, zum anderen muß dies von grundsätzlicher Bedeutung her gesehen werden. Den Beauftragten würden Aufgaben übertragen oder sie könnten sich eventuell sogar selber welche suchen, die eigentlich bei jedem Amtsleiter in einer kommunalen Verwaltung liegen sollten.

(Beifall)

Man leistet durch die Einstellung solcher Beauftragten der Verantwortlichkeit von Amtsleitern von verantwortlichen kommunalen Verwaltungen Vorschub.

(Beifall)

Es werden Verantwortlichkeiten geteilt. Verantwortliche Amtsleiter können sich so hinter der Stelle des Gleichstellungsbeauftragten verstecken.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Wünscht die Antragskommission dazu das Wort? – Bitte, Herr Scharrenbroich.

Heribert Scharrenbroich, Antragskommission: Die Antragskommission kann sich diesen Argumenten nicht verschließen und ändert ihr Votum in eine Empfehlung ab. Wir haben das gerade besprochen. Es soll zu einer Überweisung an die Bundestagsfraktion kommen; dies wegen der Komplexität des Vorgangs.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Sie haben die Empfehlung der Antragskommission auf Überweisung an die Bundestagsfraktion gehört. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei vereinzelten Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen wird mit Mehrheit der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.

Da der Antrag H29 vom Antragsteller zurückgezogen wurde, folgen jetzt die Anträge H32 und H33, die sich auf den Seiten 141 und 148 befinden. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an den Bundesfachausschuß Jugendpolitik. Liegt dazu eine Wortmeldung vor? – Dr. Irmgard Klingbeil aus Nordrhein-Westfalen, Sie haben das Wort.

Dr. Irmgard Klingbeil: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Empfehlung der Antragskommission sieht vor, unseren Antrag H33 an den Bundesfachausschuß Jugendpolitik zu überweisen, und zwar als Material für das vom 2. Parteitag in Auftrag gegebene jugendpolitische Programm.

Ich muß Ihnen sagen: Das ist zwar schon ein kleiner Schritt, aber das ist und zuwenig. In unserem Kreis Gütersloh ist die Welt – wie man das so sagt – noch in Ordnung. Dennoch ist auch hier in bestimmten Bereichen ein Szenario entstanden, das wir so nicht tolerieren können. Die größte Sorge macht uns dabei der Umgang großer Teile unserer Jugend mit der Droge Alkohol. Das ist in unserem Kreis nicht anders als in den übrigen Gebieten unseres Vaterlandes. Die große Verfügbarkeit von Alkohol und der leichtsinnige und oft verantwortungslose Umgang mit dieser Droge in unserer Gesellschaft wird ganz offensichtlich von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen. Es ist schon erschütternd, daß z.B. viele schwangere Frauen nicht bereit sind, um der Gesundheit ihres Kindes willen auf Alkohol und Nikotin zu verzichten, obwohl wissenschaftliche Untersuchungen längst belegt haben, daß diese Gifte die ungeborenen Kinder dauerhaft schädigen, so daß sie oft lebenslänglich behindert sind und betreut werden müssen.

Genauso verantwortungslos ist es, Kinder in einem Dunst von Alkohol und Nikotin aufwachsen zu lassen und keine großen Anstrengungen zu machen, die zentrale Rolle des Alkohols und anderer Drogen bei Jugendlichen durch Eigeninitiative und durch Verantwortung und damit durch andere Inhalte zu ersetzen.

Die Empfehlung, unseren Antrag bei H32 zu behandeln, ist nur ein unvollständiger Schritt. Der Antrag H32 ist zwar sehr ausführlich, hat auch sicher gute Ansätze und Aussagen, aber es fehlt ihm der zentrale Ansatzpunkt. Wir leben nicht im Jahrhundert des Kindes, wie der berühmte Pädagoge Rene Spitz es an der Wende zum 20. Jahrhundert erhoffte. Wir bilden uns nur ein, daß wir kinderfreundlich wären.

Viele Kinder verkümmern seelisch – trotz großer materieller Sicherheit. Immer weniger finden die Bedingungen vor, unter denen sie sich zu seelisch, geistig und körperlich gesunden Menschen entwickeln können. Viele Schäden, die in der frühen Kindheit entstanden sind, manifestieren sich erst nach Jahren, so daß der ursächliche

Zusammenhang dann von den Eltern und von der Gesellschaft nicht mehr gesehen wird. Wir müssen langsam begreifen, daß die Sicherung unserer gesellschaftlichen Lebensgrundlagen voraussetzt, daß beim Aufziehen unserer Kinder bestimmte, an der unveränderlichen Natur des Menschen orientierte Methoden angewandt und Fehler vermieden werden müssen. In der Entwicklung unserer Gegenwart sind in den Strukturen des gesellschaftlichen Lebens früh wirksame Sicherungen entfallen; z.B. die Stabilität der Familie und weitgehende Übereinstimmung der Erziehungsziele. Die Folge ist – das ist inzwischen ein großes, nicht mehr wegzudiskutierendes Problem – der Drogenkonsum. In unserem Antrag H33 ist zumindest Punkt 3 nach unserem Dafürhalten von extremer Wichtigkeit. Kinder haben ein Recht auf eine angemessene Erziehung in ihrer Familie und auf wirksamen Schutz im weitesten Sinne sowie auf umfassende Fürsorge durch ihre Eltern. Wir können nicht warten auf ein jugendpolitisches Programm, sondern wir brauchen eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, das Problem zu erkennen und alle, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, an ihre Pflichten zu erinnern. – Vielen Dank.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Wünscht die Antragskommission das Wort? – Herr Scharrenbroich, bitte.

Heribert Scharrenbroich, Antragskommission: Die Antragskommission bleibt bei der ausgedruckten Empfehlung. Wir empfinden dies als eine durchaus wichtige Anregung für die zur Zeit laufenden Beratungen. Wir meinen, daß das richtig ist. Es handelt sich um keine Beerdigung irgendwelcher Klasse, wenn wir von „Material" sprechen. Die Beratungen laufen zur Zeit im Bundesfachausschuß. Deswegen glauben wir, daß es richtig ist, daß diese wichtigen Anregungen dort weiter behandelt werden. – Danke schön.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Die Antragskommission empfiehlt die direkte Überweisung des Antrages an den Bundesfachausschuß Jugendpolitik. Darüber wollen wir jetzt abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Eine Reihe von Gegenstimmen. Enthaltungen? - Damit ist die Empfehlung der Antragskommission mit großer Mehrheit angenommen.

Bevor ich Antrag H34 aufrufe, möchte ich noch zwei Bemerkungen machen. Zum einen hat sich die Stimmkarte von Herrn Kurt Lechner gefunden. Er möge sie sich hier bitte abholen, wenn er noch anwesend ist.

Zum anderen haben wir die Freude, heute ein Geburtstagskind in unseren Reihen zu haben. Ich glaube, für einen Delegierten ist es das Schönste, was man haben kann, auf dem Bundesparteitag seinen Geburtstag zu feiern. Der Landrat aus dem Kreis Arnstadt, Dr. Lutz-Rainer Senglaub, aus Thüringen hat heute Geburtstag. Er ist 49 Jahre alt geworden. Einen herzlichen Glückwunsch des Bundesparteitages!

(Beifall)

Ich rufe jetzt den Antrag H34 auf, den Sie auf Seite 150 der Antragsbroschüre finden. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt worden.

Wir kommen nunmehr zu Antrag H35 der Mittelstandsvereinigung. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in geänderter Fassung. Diese Fassung ist in der Antragsbroschüre ausgedruckt. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Mehrere Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Antrag H36 des Landesverbandes Berlin betreffend Ladenöffnungsgesetz auf. Es wird Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfohlen. Wortmeldungen zu diesem Antrag liegen nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Anträge H37 und H39 auf, die gemäß der Empfehlung der Antragskommission gemeinsam behandelt werden sollen. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wir können dann über beide Anträge abstimmen. Sie sollen an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion überwiesen werden. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag H38, den Sie auf Seite 152 der Antragsbroschüre finden. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Landtagsfraktionen zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Antrag H40, den Sie auf den Seiten 153 bis 158 der Antragsbroschüre finden. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Dr. Klaus-Thomas Schüle vor. Ich erteile ihm das Wort.

Dr. Klaus-Thomas Schüle: Meine Damen und Herren! Ich möchte mich gegen das Votum der Antragskommission aussprechen, das im Kern eine Verweisung beinhaltet. Der weitere Vorschlag der Antragskommission, dann, wenn erste praktische Erfahrungen vorliegen, dem Bundesparteitag einen Bericht vorzulegen, geht zwar in die richtige Richtung, aber nicht weit genug. Wir lehnen die Verpackungsverordnung nicht grundsätzlich ab. Die Grundidee ist richtig. Wir glauben aber, daß sie in der jetzigen Form den Anforderungen an die Abfallvermeidung und die Abfallverwertung nicht hinlänglich gerecht wird. Die Befürworter der Verpackungsverordnung sind der Auffassung, daß über die Kosten für die Verpackungseinheit ein Druck entsteht, der zu Vermeidungseffekten führt. Ich glaube, daß dies bei genauer Betrachtungsweise nicht richtig ist. Die Kosten pro Verpackungseinheit betragen zwischen 2 und 20 Pfennig und sind somit relativ gering. Hinzu kommt, daß bei Markenartikeln mit der Verpackung geworben wird. Das heißt, die Verpackungsmaterialien sind für die Hersteller so wichtig, daß ein echter Vermeidungsdruck nicht entstehen wird. Deswegen sind wir der Auffassung, daß nur dann, wenn die Einzelhändler die Verantwortung für die Rücknahme der Verpackung übernehmen müssen, ein Druck gegenüber den Herstellern der Verpackung erzeugt wird.

Zur Abfallverwertung möchte ich noch folgendes anmerken. In der Verpackungsverordnung steht, daß die nach Ziffer 3 aussortierten Wertstoffmengen einer stofflichen Verwertung zuzuführen seien. Ich bin der Auffassung, daß dies zu ungenau ist. Es gibt Verpackungsmaterialien, bei denen ein Recycling nicht sinnvoll ist. Wir haben deswegen einige Vorschläge unterbreitet. Ich setze mich dafür ein, daß wir in der Sache entscheiden, daß wir das Votum der Antragskommission ablehnen und die Chance eröffnet wird, sich auch mit einem kritischen Antrag auseinanderzusetzen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Bundesumweltminister. Bitte, Herr Töpfer.

Prof. Dr. Klaus Töpfer: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal begrüße ich es außerordentlich, daß sich die Junge Union mit der Verpackungs-

verordnung auseinandergesetzt hat und daß sie umfangreiche Überlegungen dazu angestellt hat. Das ist gut, und das wird die Diskussion sicherlich befruchten.

Zur Sache muß aber folgendes hinzugefügt werden: Liebe Freunde von der Jungen Union, die Verpackungsverordnung ist nicht das Duale System. Die Verpackungsverordnung hat seit 1. Dezember letzten Jahres bereits wirksame Folgen, was die Transportverpackungen angeht. Seit 1. April dieses Jahres ist die Regelung betreffend Umverpackungen in Kraft. Ich möchte alle herzlich bitten, die Chancen einer Entpackung im Laden zu nutzen. Liebe Freunde von der Jungen Union, was meinen Sie, wie schnell dann auch der Handel bei der Vermeidung von Verpackungen mitwirkt! Er tut dies übrigens bereits gegenwärtig.

(Beifall)

Das ist der entscheidende systematische Ansatz der Verpackungsverordnung.

Ich will einen zweiten Gesichtspunkt nennen. Wir wollen einen Erfolg, der uns europaweit und weltweit bekannt gemacht hat, nun wirklich einmal umsetzen.

(Beifall)

Es geschieht weltweit zum erstenmal, daß wir einen Kreislauf geschlossen haben, daß es möglich ist, das Eigeninteresse der Produzenten und des Handels für die Vermeidung von Verpackungen einzusetzen und die Verpackungen, die dann noch anfallen, stofflich wiederzuverwerten. Es wäre eine tolle Sache, wenn der Parteitag zum Ausdruck bringen würde: Wir begrüßen es, daß dieses Ziel mit marktwirtschaftlichen Mitteln erreicht wird. Wir können dann sicherlich erreichen, daß Forderungen, mehr marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz einzusetzen, nicht nur auf den Bundes- und Landestagungen der Jungen Union aufgestellt werden, sondern auch - wie beispielsweise im Bereich der Verpackungsverordnung - umgesetzt werden. Deswegen bitte ich herzlich darum, zumindest so wie die Antragskommission zu votieren. Viel lieber würde ich es sehen, würden wir endlich einmal auch von einem Bundesparteitag der CDU sagen können: Es ist eine Innovation, die man begrüßen sollte und die wir unterstützen. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Wird von der Antragskommission noch das Wort gewünscht? – Ich sehe, das ist der Fall. Bitte sehr!

Laurenz Meyer, Antragskommission: Die Antragkommission ist der Meinung, daß der kritische Ansatz der Jungen Union in dem Bericht aufgegriffen werden soll, der dann von der Bundestagsfraktion gegeben werden soll. Deswegen sind wir hier für Überweisung an die Bundestagsfraktion und dafür, daß nach einem Jahr über die Erfahrungen berichtet wird. – Im übrigen ist dem, was Herr Töpfer gesagt hat, nichts hinzuzufügen.

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Die Antragskommission empfiehlt also Überweisung an die Fraktion, Berichterstattung an den Parteitag und außerdem Überweisung an den Bundesfachausschuß. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Die Empfehlung der Antragskommission ist mit großer Mehrheit angenommen.

Antrag H41 auf Seite 158! Antragsteller ist die CDU Niedersachsen. Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme von H41. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Antrag H42, ebenfalls aus Niedersachsen! Die Empfehlung der Antragskommission lautet wiederum: Annahme. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Antrag H43. Hierzu gibt es eine Wortmeldung von Professor Henningsen. Bitte!

Prof. Bodo Henningsen: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Zunächst darf ich mich vorstellen: Ich bin Chirurg und leite die chirurgische Klinik eines Schwerpunktkrankenhauses in kommunaler Trägerschaft. Im Landesfachausschuß Gesundheit versuche ich, meine Erfahrungen in die Diskussion einzubringen. – Ich spreche hier jetzt zu fünf Anträgen und brauche dafür wenige Minuten.

Der Antrag der Mittelstandsvereinigung, der Ihnen vorliegt, wurde von der Antragskommission lediglich als Material für die Grundsatzprogrammkommission eingestuft. Der Antrag verdient wesentlich mehr Beachtung. Es wird Zeit, daß wir eine Neubewertung vornehmen, welche Risiken der einzelne Bürger in seiner jeweiligen sozialen Situation selbst auf sich nehmen kann und welche der Solidargemeinschaft anvertraut werden müssen.

(Zustimmung)

Langfristige Strategien sind erforderlich, nicht kurzsichtige und dann kurzatmige Aktionen des Gesetzgebers, die jeweils durch Abschöpfen hier und dort eine bestimmte Einsparsumme ermöglichen, was dann als Erfolg gefeiert wird. Nicht nur hierunter leidet die Glaubwürdigkeit unserer Politik.

So fanden sich z.B. in dem – aus der sicher professionellen Ministerialbürokratie stammenden – sogenannten Seehofer-Papier Inhalte, die sofort Probleme in bezug auf das Verfassungsrecht – ich nenne hier nur die freie Niederlassung – und das gültige Vertragsrecht erkennen ließen. Die Folge davon sind unnötige Kontroversen und dann Teilrücknahmen des Entwurfs. Wenn der zuständige Minister noch dazu verspricht, kein Patient werde eine Qualitätseinbuße in der medizinischen Versorgung erfahren, wird sehr schnell von Irreführung der Wähler – das heißt hier: der Patienten – gesprochen werden.

Dazu kann ich konkret sagen: Meine Klinikverwaltung, d.h. der Träger, hat mir bereits jetzt schriftlich signalisiert, daß wir von der modernen, allerdings kostenintensiven Gallenchirurgie in Zukunft, nämlich in den nächsten zwei Jahren, werden Abstand nehmen müssen und daß wir zu der billigeren, für den Patienten allerdings belastenderen klassischen Chirurgie der Gallenblase zurückgehen müssen. Ich werde diesem Rat nicht folgen, aber, wie gesagt, ich habe das schriftlich vorliegen!

Ähnliches haben wir in der Pflegeversicherung hinter uns. Nachdem unter der freundlichen Androhung „Dann mache ich das mit der SPD" der einzuschlagende Weg beschlossen wurde, ist die Finanzierung nach wie vor offen.

(Zustimmung)

Herr Minister Blüm wollte noch vor recht kurzer Zeit die Pflegeversicherung durch Einsparungen in der Krankenversicherung bezahlen. Heute ist so etwas wie eine Notverordnung nötig, um die Krankenversicherung selbst zu retten.

Neuerdings hören und lesen wir von Gedanken wie: Karenztag, Streichung von Feiertagen – christlichen Feiertagen – oder von Urlaubstagen. Doch ich meine, nicht alle Gedanken sind auch gleich Ideen, die man verfolgen sollte. Würde man tatsächlich den Gewerkschaften einen Tag abringen, so wäre die Stoßrichtung der nächsten Tarifverhandlungen schon klar.

Wer mehr Leistungen will, muß entweder mehr arbeiten oder auf andere Dinge verzichten.

(Beifall)

Es scheint für die CDU neuerdings einfacher zu sein, sich in sozialpolitischen Fragen mit der SPD zu einigen als etwa mit der FDP.

(Zustimmung)

Man muß nicht erst den „Bayern-Kurier" lesen, um zu bemerken, daß die Konturen unserer CDU auf einer Seite verschwimmen, so daß für den Wähler kein Unterschied zur SPD erkennbar bleibt.

(Zustimmung)

Wer will denn glauben, daß wir dadurch von links Stimmen gewinnen?

Der Antrag der Mittelstandsvereinigung sollte für manchen Anlaß sein, bei Ludwig Erhard nachzulesen: Der Staat soll sich darauf beschränken, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Das Leistungsspektrum der modernen Medizin erhält immer mehr zusätzliche Verfahren aus dem Bereich der teuren Risiken. Ich nenne hier die Herztransplantationen und die Lebertransplantationen, die heute auf Wunsch der Patienten in Vielzahl durchgeführt werden. Allein in Kiel wurden bisher mehr als 100 Herzen transplantiert. Wenn die Solidargemeinschaft das will, muß sie es auch bezahlen. Beitragssatzstabilität kann also nur für das überkommene Leistungsspektrum erreicht werden, es sei denn, man sortiert kleine Risiken aus; das muß allerdings sozialverträglich geschehen.

Unser Bundeskanzler hat vorgestern erklärt, daß man die Pflegeversicherung nun beschließen werde; allerdings könne man sie nicht in Kraft setzen. Meine Damen und Herren, das bedeutet: Das Hauptargument gegen das Kapitaldeckungsverfahren, nämlich die sofortige Wirksamkeit des Umlageverfahrens, ist damit entfallen.

(Zustimmung)

Ich bitte Sie, denken Sie an Ludwig Erhard: Entlasten Sie die kommenden Generationen. Der Generationenvertrag gilt für beide Seiten!

(Beifall)

Die gezeigten Defizite machen deutlich, daß die parteiinternen Möglichkeiten in bezug auf das praktische Wissen besser ausgeschöpft werden müssen. In den Fachausschüssen sind überwiegend Leute aus der Praxis tätig.

Eine fruchtbarere Kooperation zwischen Fraktion und Fachausschüssen müßte meines Erachtens möglich sein. Beispielsweise haben wir im Fachausschuß vorgeschlagen, staatlich geprüften Schwestern und Pflegern die freie Niederlassung zu ermöglichen, wie es das für Hebammen gibt. Wo bleibt das Echo?

Wir haben uns für Kostentransparenz und für ein Bonussystem bei Nichtinanspruchnahme der Leistungen eingesetzt. Ein Konzept zur Weiterentwicklung des Krankenhauswesens und vieles mehr liegen bereit.

Statt innerhalb der Partei direkt darüber zu reden, müssen wir uns nun mit den Auswirkungen des sogenannten Seehofer-Plans befassen.

Das Flirten mit der SPD hat zur Folge: erstens eine Demotivierung der parteiinternen Arbeitsgruppen, zweitens den Verlust von Stammwählern bis hin zum Parteiaustritt ehemals engagierter Mitarbeiter und zu der Androhung bzw. Durchführung einer

Parteigründung in Konkurrenz zum Kern der CDU, drittens folgendes: Das Gesundheits-Strukturgesetz hat eine Einebnung der Krankenkassenlandschaft zur Folge, die nach dem primär richtigen Ansatz eines Risikostrukturausgleichs von der SPD durchgesetzt wurde.

Ich mache darauf aufmerksam: Die Ersatzkassen sind eine durch und durch demokratisch organisierte und funktionierende Solidargemeinschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Das Grundsatzprogramm der CDU sagt wörtlich – ich bitte Sie, das ebenso wie die davor stehenden Zeilen zu lesen, die ich nicht vorlesen möchte –: Die Tendenz zur Einheitsversicherung lehnen wir ab. – Bereits die Tendenz lehnen wir ab!

(Beifall)

Wenn Sie das aus unserem Grundsatzprogramm beherzigen, ist ganz klar: Der vorliegende Plan steht im Widerspruch zum Grundsatzprogramm dieser Partei. Die zunehmenden kontrollierenden und budgetierenden Eingriffe in den täglichen ärztlichen Praxisablauf folgen dem Irrtum der Planwirtschaft.

Die Kolleginnen und Kollegen in den neuen Ländern haben in nur zwei Jahren eine unglaubliche Aufbauleistung vollbracht. Heute werden 85 % der ambulanten Versorgung in freien Praxen erbracht gegenüber 2 % vor der Wende. Wer spricht schon davon? Ihnen hat man das Lied vom freien Beruf vorgesungen. Was sollen sie heute noch glauben?

Herr Bundesvorsitzender, ich appelliere an Sie: Wer über das gültige Grundsatzprogramm der Partei hinauswill, ändert die CDU. Das sollte er nur mit der informierten Mehrheit der Partei tun, nicht mit der SPD.

Meine Damen und Herren, ich habe aus Sorge gesprochen und ich bitte, das so aufzufassen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Das Wort hat Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Meine lieben Parteifreunde! Wer kann sich eigentlich gegen Reformen wehren? Die Welt ist nie fertig. Sie wird immer weiterentwickelt.

Nur, ich bin dafür, sie nicht ständig neu zu erfinden. Laßt die Rentner in Ruhe! Wir haben eine Rentenreform durchgeführt, und ich empfehle meiner Partei nicht, alle drei Tage eine neue Rentenreform anzukündigen.

(Beifall)

Es sind die Urüberzeugungen der CDU, die in dieser Reform zum Tragen kommen. Rente ist kein Geschenk, kein Almosen. Dafür haben die Rentner ein Leben lang gearbeitet. Wer viel gearbeitet hat, viele Jahre gearbeitet hat, einen hohen Beitrag gezahlt hat, der bekommt eine höhere Rente. Deshalb verteidige ich mit Zähnen und Klauen die lohnbezogene Rente. Rente ist Altersiohn für Lebensleistung.

(Beifall)

Ich kenne ja die schönen Ideen: Grundrente; für alle eine Rente von 800, 900 DM. Hurra, sage ich. Wie: Für den Millionär auch? – Nein, für den natürlich nicht. – Ja, dann müssen wir eine Bedürfnisprüfung einführen. Dann sind wir bei der Sozialhilfe.

Für 800 DM Grundrente muß ein Arbeitnehmer, ein Durchschnittsverdiener, heute 19 Jahre arbeiten, 19 Jahre Monat für Monat Beitrag zahlen, um am Ende des Lebens eine Rente von 800 DM zu bekommen.

Warum soll der dann eigentlich 19 Jahre arbeiten, wenn er auch ohne Arbeit 900 DM bekommen kann. Merkt ihr nicht: Das ist eine Prämie für Aussteiger.

(Beifall)

Die Armut muß anders bekämpft werden, und zwar auch so, daß nicht die Armen von Schalter zu Schalter geschickt werden. Deshalb muß Sozialhilfe besser als bisher mit der Rente verknüpft bleiben.

Aber Rente bleibt Altershohn für Lebensleistung. Wir, die CDU, waren es – warum stellt ihr denn euer Licht unter den Scheffel? –, die endlich die Leistung, Kinder zu erziehen, in die Rentenversicherung eingestellt hat. Das ist die größte Reform in der Nachkriegszeit.

(Beifall)

Darüber hat die SPD jahrelang geredet, gegackert, aber nie ein Ei gelegt. Wir haben es gemacht. Und jetzt lasse ich mir das nicht kaputtreden, von niemandem.

(Beifall)

Wir haben den niedrigsten Beitragssatz in der Rentenversicherung seit 1972. Das scheint in der CDU unter Datenschutz zu stehen. Die SPD wird es nicht verkünden. Wir selber müssen die Erfolge unserer Rentenpolitik verkünden.

Jetzt komme ich noch zur Krankenversicherung. Ohne Gesundheitskostenreform I hätten wir heute einen Beitragssatz zwischen 14,5 und 15 %. Wir haben die Beitragszahler mit großen Kämpfen – von wegen mit der SPD – um 55 Milliarden entlastet.

Daß mein Freund und Kollege Seehofer jetzt eine zweite folgen lassen muß, liegt daran, daß das Subsidiaritätsprinzip keine engagierten Kämpfer hat. Die Selbstverwaltung hat nicht das gemacht, was das Gesetz und das Subsidiaritätsprinzip ihr zuordnet. Daran ist doch nicht das Gesetz schuld, sondern wir haben zu viel Lobbyismus in Deutschland und zu wenig Gemeinwohl.

(Beifall)

Lieber Freund vom Landesfachausschuß Schleswig-Holstein, ich unterstreiche zweimal, dreimal den Satz – ich habe ihn mitgeschrieben; er kommt auch in dem Antrag vor –: Risiken, die der einzelne nicht tragen kann, sollen der Solidarität überliefert werden. Risiken, die er tragen kann, soll er selber tragen.

Weil das so ist, sage ich: Millionen von Pillen werden verschrieben und nie genommen. Da kann mancher manches selber bezahlen, einschließlich der Pille.

Aber die Pflege kann niemand bezahlen. Im Pflegeheim war noch niemand aus Lust und Laune. Ich habe niemanden im Pflegeheim gesehen, der dort zu Mitnahmezwekken war. Mitnehmer, Abstauber, die gibts ganz woanders.

(Lebhafter Beifall)

Wenn einer ein Gebiß mit Radar und Spieluhr haben will, dann soll er selber bezahlen. Die Solidarität jedenfalls ist dafür nicht zuständig.

(Beifall)

Aber wenn jemand nicht weiß, wohin er mit seiner pflegebedürftigen Mutter soll, dann muß er Unterstützung erfahren. Und der Frau, die ihr spastisch gelähmtes Kind rund um die Uhr pflegt und am Ende ihres Lebens selber Sozialhilfeempfängerin ist, weil sie keine Rente hat, muß geholfen werden. Dafür sparen wir. Und deshalb kommt die Pflegeversicherung.

(Lebhafter Beifall)

Wir können ein Seminar über Kapitaldeckung machen. Das hat mit Terminen gar nichts zu tun. Das Kapitaldeckungsverfahren ist auch im Jahr 2000 noch nicht geeignet, dem jetzt Pflegebedürftigen aus dem Kapitaldeckungsverfahren einen Anspruch zu gewähren. Das Kapitaldeckungsverfahren wird auch im Jahre 2030 keine Beiträge ermöglichen, die jeder, auch die Schwächeren, bezahlen kann.

Jetzt zur Pflegeversicherung selber! Diese kommt mit Ihrer Hilfe, so wahr ich Norbert Blüm heiße. Denn das ist doch unser „Herzblut". Es war immer die CDU, die an den Weichenstellungen – andere haben nur geredet – gehandelt hat. Ich bemühe mich, damit nicht draufgesattelt wird – hier sind wir ganz einer Meinung – darum, mit den Sozialpartnern eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen, wo an anderer Seite gespart wird. Wenn das nicht einvernehmlich gelingt, dann müssen wir es allein machen. Ich bin nicht streitsüchtig; aber für die Pflegeversicherung stelle ich mich jedem Streit. Denn die Pflegebedürftigen sind die wirklich Notleitenden in unserem System. Wenn ich sehe, was alles auf Krankenschein bezahlt wird, wofür alles der Sozialstaat bemüht wird, geht es hier um diejenigen, denen am wenigsten geholfen wird. Diese haben nämlich keine Gewerkschaft; sie können nicht demonstrieren. Die Pflegekräfte – das sind meist Frauen - stehen auf keinem Marktplatz. Sie können keinen Rabatz machen. Wir, die Christlichen Demokraten, müssen die Gewerkschaft derjenigen sein, die ohne uns vergessen werden, und das sind die Hilfsbedürftigen.

(Beifall)

Da ich schon einmal etwas gereizt worden bin: Liebe Freunde, ich wende mich jetzt an Ost und West. Dieser Sozialstaat hat in den letzten zwei Jahren seine größte Bewährungsprobe bestanden. Dabei haben viele treue Sozialstaatsarbeiter, die nie in der Zeitung gestanden haben, eine große Leistung vollbracht. Innerhalb von drei Wochen stand in den neuen Bundesländern eine Rentenversicherung, die vier Millionen Renten umgestellt und ausgezahlt hat. Sie dürfen nicht glauben, das sei vom Himmel gefallen. Daran ist in den neuen Bundesländern Tag und Nacht gearbeitet worden. Sozialstaatsarbeiter aus dem Westen haben ihre warmen Amtssessel verlassen. Innerhalb eines halben Jahres haben wir aus einem staatlichen Gesundheitssystem ein gegliedertes gemacht. Hätte das jemand im alten, satten Westdeutschland als Projekt angekündigt, hätten wir zunächst einmal eine Enquete-Kommission und einen Umstellungsbeauftragten eingesetzt, und nach zehn Jahren hätten wir die ersten Gesetzesvorlagen geliefert. In den neuen Bundesländern hat dieses neue System nach einem halben Jahr gestanden.

(Beifall)

Die Bundesanstalt für Arbeit hat 25 000 Beschäftigte. Ich weiß, liebe Freunde aus den neuen Ländern, daß es manchmal „geklemmt" hat. Aber daran haben auch Leute mitgearbeitet, die das noch nie gemacht haben. Über Nacht waren sie fähig, Arbeitslosengeld auszuzahlen. Kindergeld haben sie gleich mit ausgezahlt. Wenn alle Finanzämter, alle Verwaltungen so tüchtig gewesen wären wie die Sozialversicherung, sähe es in den neuen Ländern viel besser aus. 400 000 ABM-Plätze, aus dem Boden gestampft, 900 000 Umschulungen und Fortbildungen! Wir brauchen also unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.

Ich lege noch eine Schippe drauf: Wenn alle so solidarisch wie die Sozialversicherung gewesen wären – allein unter dem Dach der Rentenversicherung findet ein gigantischer Finanztransfer von West nach Ost statt, und zwar in Höhe von 20 Milliarden DM, unter dem Dach der Bundesanstalt für Arbeit 30 Milliarden DM. Ich verteidige das. Dies ist Solidarität: Innerhalb von vier Jahren 234 Milliarden DM unter dem Dach der

Sozialversicherung! Nur, daran sind nicht alle beteiligt, ich beispielsweise nicht. Ich bin kein Beitragszahler. Nun könnt ihr das „Gerechtigkeitslücke", „Schieflage", wie auch immer, nennen; das ist mir ganz egal. Ich sage Ihnen nur: So kann es nicht bleiben. Das hat selbst der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeber gesagt. Selbst Graf Lambsdorff hat vor Monaten diese „Gerechtigkeitslücke" entdeckt. Sie ist allerdings bei ihm inzwischen in eine Erinnerungslücke abgekippt.

(Heiterkeit und Beifall)

Nein, der Sozialstaat ist keine „Spielwiese für Volksbeglücker", wie Liberale gesagt haben. Sie ist eher ein Feld für „Maloche" im „Bergwerk" der Gerechtigkeit, und wir arbeiten in diesem Bergwerk.

(Lebhafter Beifall)

Auf Anregung des Bundeskanzlers füge ich für die Öffentlichkeit noch etwas hinzu; ihr wißt das ja alle. Seinen Anregungen folge ich fast immer.

(Heiterkeit)

– Ich habe gesagt: fast.

Was beinahe ganz untergegangen ist, ist: In der alten DDR gab es für Kriegsopfer nichts. 300 000 sind diejenigen, die in diesem Jahrhundert wirklich das meiste mitgemacht haben: mancher einen Krieg, mancher zwei Kriege.

Nach 40 Jahren Sozialismus haben die Betroffenen im Unterschied zu den 20jährigen auch nicht mehr soviel Zeit das wettzumachen. Deshalb bin ich stolz darauf, daß wir eine Kriegsopferversorgung eingeführt haben, daß wir eine ordentliche Rentenversicherung geschaffen haben. Deren Leistungen steigen sehr pünktlich. Diese Versicherung ist nicht mehr auf die Laune eines Zentralkomitees der SED angewiesen, das darüber entscheidet, ob die Renten erhöht werden, sondern diese steigen ganz automatisch. Wenn einer sagt, wir hätten nicht genug getan, verweise ich auf die alte Rentenversicherung der DDR: 1989 16,7 Milliarden DM Rentenausgaben. Im nächsten Jahr, im Jahre 1993, erhalten dieselben Rentner, derselbe Personenkreis, 53 Milliarden DM. Wir sollten das auch verteidigen. Das ist eine Generation, die viel mitgemacht hat. Deren Partei sind und bleiben wir.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Norbert Blüm! Das Wort hat jetzt Frau Bergmann-Pohl.

Dr. Sabine Bergmann-Pohl: Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das, was Norbert Blüm gesagt hat, noch etwas ergänzen! – Über 10 Milliarden DM Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung bei bereits steigenden Beitragssätzen! Die durchschnittlichen Beitragssätze liegen zur Zeit schon bei 13,1 %. Was bedeutet das? Dies bedeutet, daß mittlere und kleine Einkommen überproportional belastet werden, daß Arbeitgeber belastet werden, daß Investitionen in den neuen Ländern gefährdet sind.

Wo liegen denn die Ursachen dafür? Sie liegen in Überkapazitäten, in medizinisch nicht notwendigen Mengenausweitungen und in Strukturveränderungen, die unbedingt vorgenommen werden müssen. Ich finde es schon traurig, wenn hier ein Arzt auftritt und sagt: „Wir können in Zukunft unseren Patienten gute Medizin nicht mehr anbieten." Ich denke, wir dürfen diese Reform nicht auf dem Rücken der Patienten austragen, sondern wir sollten uns an den Realitäten festhalten. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn Ärzte jetzt schon den Patienten sagen: „Wir können Ihnen Ihre

Medizin nicht mehr geben", weil ein Gesetz erwartet wird, das überhaupt noch nicht in Kraft getreten ist. 24 Milliarden DM werden jährlich für Medikamente ausgegeben. In Milliardenhöhe landen Medikamente auf dem Müll. Das Gesundheitswesen ist doch kein kostenloser Selbstbedienungsladen!

(Beifall)

Ich erwarte ganz einfach von unserer Partei und von den Leuten, die in den Krankenhäusern und in den Arztpraxen sitzen, daß sie nicht gegen dieses Gesetz polemisieren, sondern daß sie die politische Notwendigkeit einsehen, daß sie mit uns kämpfen und nicht gegen das Gesetz kämpfen.

(Beifall)

Jeder von Ihnen, der öfter zum Arzt oder ins Krankenhaus geht, weiß, wie viele medizinisch-diagnostische Leistungen ständig wiederholt werden: obwohl gestern gerade ein Blutbild gemacht worden ist, wird morgen wieder eines gemacht. Genau um diese Sachen geht es uns: daß medizinisch nicht notwendige Leistungen abgebaut werden, damit uns gerade die wichtigen teuren Leistungen und die gute Medizin erhalten bleiben. Wir wollen keine Verhältnisse wie in England, daß ab einem Alter von 65 Jahren ein Patient keine Nierentransplantation mehr bekommt. Wir wollen, daß auch der 70- und 75jährige noch ein Hüfttransplantat bekommt, damit er besser laufen kann.

Ich möchte noch etwas ergänzen. Norbert Blüm hat gesagt: Unser Staat sorgt dafür, daß die Renten steigen. Aber was passiert denn, wenn die Sozialversicherungsbeiträge weiter steigen? Dann passiert nämlich genau das, daß die Renten nicht steigen werden. Können wir uns das als Partei erlauben: wegen medizinisch nicht notwendiger Leistungen die Armen, die Schwachen und Alten zu strafen?

Also ich meine, wir sollten endlich an einem Strick ziehen. Sie wissen genau: wir werden nicht nur Sofortmaßnahmen ergreifen. Wir gehen generell-strukturell an das Gesundheitswesen heran. Die Krankenhäuser müssen sich überlegen, wo sie Unwirtschaftlichkeiten abbauen können, wo sie Einsparungen vornehmen können.

Und wir werden eine Neuorientierung vornehmen. Wir werden uns fragen müssen: Was kann in Zukunft die Solidargemeinschaft überhaupt noch leisten, und was muß jeder einzelne selbst leisten? Es ist doch ein Trauerspiel, wenn die gesetzlichen Präventionsmaßnahmen von nur 12 oder 13 % bzw. von 30 % der Bevölkerung angenommen werden. Jeder von uns hat eine Eigenverantwortung gegenüber seiner Gesundheit, und daran sollten wir denken.

Ich kann Sie nur auffordern, mit uns dieses Gesetz zu unterstützen, denn ansonsten ist die Solidargemeinschaft in unserem Staat gefährdet.

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Es liegen jetzt noch zwei Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Ich schlage Ihnen jetzt im Hinblick auf unser Programm vor, die Rednerliste zu diesem Antrag zu schließen. Sind Sie damit einverstanden?

(Zurufe: Nein!)

Dann stimmen wir darüber ab. Wer ist damit einverstanden, daß wir die Rednerliste zu diesem Antragspunkt schließen? – Die Gegenprobe bitte! – Vereinzelte Gegenstimmen. Enthaltungen? – Der Parteitag hat mit ganz großer Mehrheit so beschlossen.

Es hat jetzt das Wort Frau Bundestagspräsidentin Dr. Süssmuth. Es folgt Herr Dr. Siegfried Ernst aus Baden-Württemberg. Dann stimmen wir ab.

Prof. Dr. Rita Süssmuth: Es ist hier eben gesagt worden, wir würden hinsichtlich der Renten- bzw. Krankenversicherung und der Pflegekonzeption mehr mit der SPD liebäugeln, statt unser eigenes Konzept zu vertreten. Da möchte ich nicht nur den Mittelstand, sondern uns alle hier an folgendes erinnern: Was haben wir denn in den vergangenen Jahren getan? Konsequent Christliche Soziallehre und unser Grundsatzprogramm umgesetzt! Es ist töricht, anzunehmen, wir hätten SPD-Politik betrieben, wenn die SPD allmählich begreift, daß das, was unsere Politik ist, alternativlos ist und getan werden muß.

(Beifall)

Die SPD hat in der Frage des Vergleichs von Erwerbsarbeit und Familienarbeit immer nur die Erwerbsarbeit bewertet. Sie hat jahrelang alle anstehenden Sanierungen im Zuge einer Krankenkassenreform, der Rentenreform nicht durchgeführt. Sie sind von uns durchgeführt worden!

(Beifall)

Einen dritten Punkt bitte ich zu beachten, gerade auch wenn man wirtschaftlich denkt: Was ist unsere Politik? Die kleinen Einheiten zu fördern! Wenn man, statt die Erziehungszeiten wenigstens im Rentenrecht anzuerkennen, dies alles in öffentliche Einrichtungen verlegt, dann kann man mit Recht fragen: In welcher Weise wird das ganze System ausgebeutet und überfordert? Wir haben aber genau das Umgekehrte getan, nämlich die Familie gefördert im Sinne der Selbsthilfe.

Genauso verhält es sich bei der Pflege. Wollen wir wirklich warten, bis die letzte Familienfrau das Haus verlassen hat und ihre soziale Sicherung in der Erwerbsarbeit sucht, weil die wirklich Pflegenden ungerecht behandelt werden?

(Beifall)

Deswegen ist die revolutionäre CDU-Tat in Fortsetzung der Rentenpolitik der 50er Jahre, daß wir gerade die Familientätigkeit in die Bewertung einbeziehen und nicht die außen vor stehen lassen, die dem Staat Milliarden durch Erziehung und Pflege *ersparen und letztlich auch unsere Wirtschaft fördern.*

Unser Weg ist der der Christlichen Soziallehre. Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen. Als ich in Schweden war, fragte der Fraktionsvorsitzende der Sozialisten: Was ist denn nun unser Weg in die Zukunft? Wir befassen uns gegenwärtig mit der Christlichen Soziallehre. – Meine Empfehlung: daß wir uns nicht aus der Hand schlagen lassen, was unser bestes Erbe ist!

(Beifall)

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Dr. Süssmuth! Das Wort hat Herr Dr. Ernst.

Dr. Siegfried Ernst: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Liebe Freunde! Lassen Sie mich hier einige Gedanken vortragen, damit auch ein Arzt etwas zur Gesundheitspolitik sagt.

Frau Süssmuth hat gerade von der christlichen Sozialpolitik gesprochen. Liebe Freunde, ich habe hier schon vorgestern abend gesagt: Die Frage einer wirksamen Reform des Gesundheitswesens ist auch eine moralische Frage. Denn wenn die Ärzte und alle übrigen Träger des Gesundheitswesens nicht ehrlich sind, dann können Sie Strukturreformen noch und noch machen, – Sie werden doch scheitern.

Mit der Abtreibungsfinanzierung z.B. zwingt man vom Staat her die Ärzte zur Unehrlichkeit. Oder wie ist die Reaktion, wenn plötzlich 65 Millionen Mark allein für

Antibabypillen für 14jährige Mädchen ausgegeben werden sollen?! Liebe Freunde, das ist keine christliche Sozialpolitik, sondern das ist sexuelle Bedarfsweckung bei Jugendlichen.

(Lachen und Zurufe)

Ich darf nur ein Beispiel anführen: Als mein ältester Enkelsohn 16 Jahre alt war, da kam in seine gemischte Klasse an der Schule in Radolfszell ein Mann vom Kultusministerium in Baden-Württemberg und hat dort Kondome vorgeführt.

(Lachen und Händeklatschen)

Anschließend ist mein Enkelsohn rausgegangen – als Klassensprecher konnte er sich das erlauben – und hat zu dem Mann gesagt: Herr Sowieso, das brauche ich alles nicht! – Wieso brauchen Sie das nicht? – Darauf sagte er: Meine Eltern sind ohne vorherigen Sex in die Ehe gegangen, meine Großeltern auch, und was die gekonnt haben, kann ich auch!

(Lachen und Zurufe)

Der Herr vom Kultusministerium wußte nichts anderes zu sagen als: Das können Sie nicht! – Darauf er: Doch, das kann ich!

Liebe Freunde, sowie wir aufhören, daran zu appellieren, daß es eine sexuelle Enthaltsamkeit gibt, sondern nur noch die Bedarfsweckung betreiben – mit solchen Pillen –, verlieren wir die Glaubwürdigkeit. So etwas zu finanzieren und gleichzeitig von den Ärzten zu verlangen, daß sie sonst sparen, ist völliger Blödsinn. Bitte, denken Sie daran! Wir stehen fassungslos vor solchen Entscheidungen des Bundestages. Das hat es in der deutschen Geschichte noch nie gegeben. – Danke schön!

Klaus Landowsky, Tagungspräsidium: Schönen Dank! – Meine Damen und Herren, wir sind eine tolerante Partei; bei uns haben alle Ansichten Platz. – Das war der letzte Redner zu diesem Antrag.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir stimmen jetzt ab, und zwar über die Empfehlung der Antragskommission. Dazu hat ja Norbert Blüm gesprochen. Die Empfehlung ist abgedruckt auf Seite 159. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission seine Zustimmung geben will – nämlich Überweisung an die Grundsatzprogrammkommission –, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Empfehlung der Antragskommission mit ganz großer Mehrheit gefolgt worden. – Jetzt übernimmt Norbert Blüm das Präsidium.

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Wir freuen uns, auf unserem Parteitag Theo Waigel unter uns zu haben. Ich begrüße ihn herzlich.

(Lebhafter Beifall)

Er ist Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union und Finanzminister. Das sind zwei schwierige, zwei große Ämter, für die er auch alle Rückenstärkung der Schwesterpartei braucht. Wir sind und bleiben Schwesterparteien, und zwar geborene Schwestern.

(Beifall)

Lieber Theo Waigel, mit Ihnen begrüße ich den Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union, Erwin Huber.

(Beifall)

Deutschland und Europa brauchen die Kraft der Christlich-Sozialen Union und die Kraft der Christlichen Demokraten. Deshalb ist es gut, daß Sie heute bei uns sind, um dieses Zusammenstehen auch zu dokumentieren. – Ich gebe Ihnen das Wort, Herr Waigel.

Dr. Theo Waigel, Vorsitzender der CSU (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Präsident! Lieber Helmut Kohl! Liebe Delegierte des 3. gesamtdeutschen Parteitages der CDU! Ich überbringe den Gruß der Christlich-Sozialen Union an die CDU. Mein besonderer Gruß und mein herzlicher Glückwunsch gilt dem neugewählten und glänzend wiedergewählten Parteivorsitzenden Helmut Kohl.

(Beifall)

Mein Glückwunsch gilt natürlich auch den wieder- bzw. neugewählten Stellvertretern des CDU-Vorsitzenden, Bundesministerin Angela Merkel, Innenminister Heinz Eggert, Arbeitsminister Norbert Blüm und Ministerpräsident Erwin Teufel sowie dem neugewählten Generalsekretär Peter Hintze. Es sind jetzt auch vier Stellvertreter, Herr Kollege Bundesvorsitzender. Nach einigem Experimentieren sind Sie dort angekommen, wo die CSU ihre Struktur seit Jahren festgefügt und gut organisiert begründet hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Sie sehen, es lohnt sich immer, Strukturen und Inhalte der CSU zu übernehmen.

(Heiterkeit)

Wir haben uns in den letzten Tagen an die Wiedervereinigung Deutschlands erinnert; der 3. Oktober ist erst wenige Tage her, ein Tag und ein Ereignis, an dem die Unionsparteien immer unverrückbar festgehalten haben; ein Ereignis, das auch deswegen möglich war, weil die bayerische Staatsregierung und die CSU unter schwierigen Zeitabläufen in den 70er Jahren den Mut hatten, durch eine Klage in Karlsruhe die deutsche Frage offen zu gestalten. Wer weiß, wie die Dinge sonst gelaufen wären, wenn die damalige sozialliberale Koalition die Möglichkeit gehabt hätte, die Zweistaatlichkeit zu zementieren. Das größte Ereignis in der deutschen Geschichte seit 1949 und die größte bundespolitische Leistung ist untrennbar mit dem Namen Helmut Kohl, mit CDU und CSU verbunden, und wir lassen uns dieses Ereignis und diese Leistung von niemandem wegnehmen oder wegdiskutieren.

(Beifall)

Vor wenigen Tagen haben wir uns erinnert, daß diese Koalition und der Bundeskanzler zehn Jahre im Amt sind. Das waren zehn politisch harte Jahre. Es ist uns nichts, aber auch keine Woche geschenkt worden. Es waren aber zehn politisch erfolgreiche Jahre, es waren zehn gute Jahre für Deutschland. Angesichts mancher nörglerischen, ärgerlichen, grantigen Stimmung, die immer wieder herrscht, sage ich, wir sollten dem deutschen Volk sagen: Wir wünschen ihm und wir wünschen uns, daß es uns nie schlechtergehen möge als am 28. Oktober 1992.

(Beifall)

Wir haben auch allen Anlaß, trotz aller Probleme und trotz aller Herausforderungen, vor denen wir die Augen nicht verschließen, das Positive zu sehen. Lassen Sie mich einmal – vor dem Materiellen, das uns natürlich immer wieder berührt – auch das Immaterielle, die Dinge jenseits von Angebot und Nachfrage, betrachten. Es ist uns gelungen, Freiheit und Menschenwürde von Millionen von Menschen in Deutschland und darüber hinaus zu erstreiten, zu erkämpfen, zu sichern. Das ist doch die größte

Leistung in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts. Aber auch im Innern bei uns, bei der Überwindung oder bei dem Gelingen der Einheit in Deutschland selbst wird niemand bestreiten, daß wir heute im Osten einen höheren Lebensstandard haben und daß damit kein Absinken des Lebensstandards im Westen verbunden war.

Die öffentlichen und die privaten Transfers in den Osten beginnen zu greifen. Die Wirtschafts- und Privatisierungsbilanz der Treuhandanstalt kann sich sehen lassen. Wir finanzieren die Wiedervereinigung Deutschlands in diesen Jahren mit eigenen Ersparnissen, die in Deutschland gebildet werden und gebildet wurden. Darum habe ich es mir bei den internationalen Konferenzen der letzten Wochen verbeten, uns auf die Anklagebank zu setzen und uns vorzuhalten, daß mit der Wiedervereinigung und deren Finanzierung und den hohen Zinsen die weltweite Konjunktur ins Stottern geraten sei. Hier soll jeder über sich selber nachdenken.

Meine Damen und Herren, ich wiederhole, was ich in Washington und in London gesagt habe: Kein Amerikaner, kein Engländer und kein Franzose würde es sich nur eine Sekunde vorhalten lassen, wenn er für die Wiedervereinigung seines eigenen Vaterlandes die eigenen Ersparnisse aufwenden würde.

(Beifall)

Die Erblast, die wir alle miteinander – die Bürger im Osten, die Bürger im Westen, die Bürger in ganz Deutschland – übernommen haben, ist groß. Sie ist größer, als sie von allen eingeschätzt wurde. Auch der Wiederaufbau im Osten erfordert einen längeren Zeitraum als erwartet. Auch da bin ich vor allen Dingen den Kollegen aus dem Osten dankbar, daß auch sie das sagen. Die Anschubfinanzierung muß über einen längeren Zeitraum fortgesetzt werden.

Nur, eines lassen Sie uns auch in der öffentlichen Diskussion nicht verschweigen und vor allen Dingen den Menschen in den jungen Bundesländern sagen: Die Probleme der Betriebe, die Probleme der Produkte, die Frage der Absatzmärkte, die Frage des Ostmarktes hätte sich auch gestellt, wenn die Wiedervereinigung Deutschlands nicht gekommen wäre. Es ist eine Illusion, und es ist eine böse Unterstellung, der Wiedervereinigung und unserer Politik die Situation der Betriebe und der Menschen in den jungen Bundesländern heute vorzuhalten. Wenn die Wiedervereinigung nicht gekommen wäre, dann wäre die Sowjetunion trotzdem zerbrochen; dann hätten die RGW-Länder heute trotzdem keine Devisen mehr, um die Produkte aus der DDR zu bezahlen, die sie früher bestellt haben.

Insofern muß man diese Kausalkette immer in aller Deutlichkeit sehen: Nicht die Wiedervereinigung ist schuld an der Situation der Betriebe, an den Marktproblemen, die wir im Osten haben, sondern 40jähriger Kommunismus und Sozialismus in Osteuropa und in Deutschland.

(Beifall)

Wenn jetzt wieder einige Klugscheißer kommen und uns sagen, die Stufentheorie wäre doch richtig gewesen, ihr seid zu schnell ins kalte Wasser gesprungen, hättet ihr doch gewartet und nach den goldenen Regeln der Nationalökonomie in Stufen zunächst die Marktwirtschaft, freie Preise hergestellt, eine Geldpolitik eingeführt, den Haushalt unter Kontrolle gebracht und dann am Schluß, nach vier, sechs oder sieben Jahren vielleicht, die Konvertibilität der Ost-Mark zur West-Mark – ja, meine Damen und Herren, wer glaubt denn, daß jemand vier, fünf oder sechs Jahre die Kraft gehabt hätte, das im Osten wie im Westen durchzustehen? Darum war es richtig, mit der Währungsunion und mit dem Einigungsvertrag die Chance zu ergreifen. Es war

billiger, als wenn wir zwei Jahre später mit 15 GUS-Staaten über die Kosten der deutschen Einheit und über den Abzug der Truppen hätten verhandeln müssen.

(Beifall)

Diese einigungsbedingten Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind in der Sprache der Volkswirtschaft ein externer Schock. Das ist es natürlich: eine riesige Herausforderung, die in dieser Form in keinem Lehrbuch der Volks- oder Finanzwissenschaft abgehandelt wurde.

Die DM-Eröffnungsbilanz der Treuhand, die wir vor 14 Tagen vorgestellt haben, ist gleichzeitig eine Schlußbilanz der DDR und der Konkursstatus des SED-Regimes. Auch das müssen wir den Menschen in Ost und West immer wieder in aller Klarheit sagen.

Zusammen mit der Neuordnung des Finanzausgleichs müssen Bund und Länder gemeinsam finanzielle DDR-Erblasten von rund 400 Milliarden DM übernehmen. Das erfordert die Setzung von Prioritäten. Nur, was wir hier vorfinden und was wir übernehmen, ist nicht Neuverschuldung, sondern ist die Übernahme von Altverschuldung. Und ich lasse mir von dem Weltökonom, der 1981 seine Dinge nicht in Ordnung gebracht hat und der damals ohne Wiedervereinigung schlechtere finanzpolitische Kenntnisse hatte als wir, nicht permanent Belehrungen darüber machen, wie man es 1992 oder 1993 besser machen könnte.

(Beifall)

Allerdings ist die Setzung von Prioritäten unverzichtbar und schmerzlich. Die Verschuldungsspielräume sind ausgereizt. Wir können und dürfen die Verschuldung nicht mehr steigern, wir müssen sie zurückführen. Der Vorrang gilt dem Ausschöpfen aller Einspar- und Umschichtungspotentiale in allen öffentlichen Haushalten.

(Vereinzelter Beifall)

Notwendig ist eine föderale Konsolidierungsstrategie, ein föderales Konsolidierungsprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden, um das zu erreichen, was im Finanzplanungsrat noch im Juni gemeinsam postuliert wurde, nämlich eine Ausgabenbegrenzung auf der 3 %-Linie für die nächsten Jahre.

Steuererhöhungen, meine Damen und Herren, kommen nur als Ultima ratio in Betracht, wenn alles andere ausgeschöpft ist.

(Beifall)

Auch im Leitantrag des CDU-Bundesvorstandes steht die Steuererhöhung in der Reihenfolge eindeutig hinter der Forderung nach drastischen Einspar- und Umschichtungsmaßnahmen und hinter dem unverzichtbaren Solidaritätsbeitrag der Tarifpartner, was in der öffentlichen Berichterstattung leider zu kurz gekommen ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu dieser ganzen Diskussion eine ernste Bemerkung machen. Steuererhöungen auf Vorrat reduzieren den Sparzwang in den öffentlichen Haushalten von Bund und Ländern.

(Beifall)

Wenn kurzfristige Steuererhöhungsbeschlüsse den Sparzwang bei Bund und Ländern außer Kraft setzen, dann sind einige Jahre später weitere Steuererhöhungen schon heute vorprogrammiert. Hätten wir dem Druck nach Steuerhöhungen schon vor der Bundestagswahl 1990 nachgegeben, dann wären die Mehreinnahmen schon im Februar 1991 restlos verbraucht bzw. verfrühstückt worden. Franz Thoma von der „Süddeutschen Zeitung" hat das in den letzten Tagen gerade sehr anschaulich dargestellt.

Aufgabe einer soliden Haushaltspolitik kann es nicht sein, die Steuereinnahmen zu maximieren und die Grenzen der steuerlichen Belastbarkeit der Bürger und Betriebe zu testen. Das ist Politik der SPD, der wir uns nicht annähern dürfen; sonst sieht nämlich der Wähler nicht mehr den Unterschied zwischen der Finanzpolitik von CDU/CSU und SPD.

(Beifall)

Wir müssen die Folgen von Steuererhöhungen sorgfältig abwägen. Wir müssen die Frage stellen: Wie hoch ist der zusätzliche Einnahmebedarf? Ab welchem Zeitpunkt besteht zusätzlicher Einnahmebedarf? Welche Folgen haben die Einnahmeverbesserungen auf die Leistungswilligkeit der Steuerzahler? Welche Folgen haben die Steuererhöhungen auf die heute noch nicht absehbare konjunkturelle Entwicklung? Welche Folgen haben weitere Steuererhöhungen auf die Angebotsseite der Wirtschaft, also auf die Wachstums-, Investitions- und Innovationskräfte?

Gerade das, was gestern die Institute in ihrem Herbstgutachten gesagt haben, gilt es ganz nüchtern und vorurteilsfrei zu bedenken. Wir stehen in einem Zielkonflikt zwischen Solidarität und gesamtwirtschaftlichem Leistungsvermögen.

Der Wettbewerbsdruck im europäischen Binnenmarkt wird schärfer. Die Wachstumsschwäche im Westen ist unverkennbar. Die Berichte über den Abbau von Arbeitsplätzen durch Kosten-, Steuer- und Standortnachteile in der deutschen Industrie sind mittlerweile beängstigend. Wer – meine Damen und Herren, ich sage das mit aller Klarheit – ein zeitliches Vorziehen der im CDU-Parteitagsbeschluß vorgesehenen Steuererhöhungen um drei oder vier Jahre fordert, mißachtet die konjunkturellen Realitäten, der hat den wirtschaftlichen Ernst der gegenwärtigen Lage nicht begriffen. Wir sollten diese Diskussion ganz schnell beenden.

(Beifall)

Bei allen Steuererhöhungsvorstößen müssen die objektiven und subjektiven Grenzen der Belastbarkeit der Steuerzahler in Rechnung gestellt werden. Wir können die Zukunftsaufgaben nicht lösen, wenn die Steuererhöhungen zu Steuerumgehungen durch Leistungsreduzierung führen. Ich erinnere an die Steuer- und Abgabenerhöhung im Frühjahr 1991, an den Solidarzuschlag, an die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 1993, an die zur Bahnreform erforderlichen Einnahmeverbesserungen sowie auch an die Belastung der Bürger durch die Einführung einer Pflegeversicherung.

Manche haben uns gesagt, wenn man Steuererhöhungen ankündigte, ginge ein Ruck der Erleichterung durch die Bevölkerung. Bisher habe ich die Begeisterung noch nicht handgreiflich spüren können, und auch ein kollektives Belastungsglück ist nicht über uns gekommen, sondern eher viel Wut und Zähneknirschen, womit wir uns abgeben müssen.

(Heiterkeit)

Wenn man die Konjunkturdaten des Jahres 1991 ansieht, dann ist ein gewisser Knick gerade zu dem Zeitpunkt unverkennbar, als wir die Steuern erhöhten.

Wie sieht nun der weitere Fahrplan aus? An erster Stelle steht die Beschlußfassung über den Bundeshaushalt 1993. Zwangsläufige Mehrausgaben müssen dabei durch weitere Einsparungen und Umschichtungen aufgebracht werden, wobei schmerzhafte Kürzungen in allen Bereichen, vom Verteidigungs- bis hin zum Sozialetat, unumgänglich sind.

Ich bin dem Kollegen Schäuble dankbar, daß er darauf in den letzten Tagen mit aller Klarheit hingewiesen hat.

Das Bundeskabinett, Herr Bundeskanzler, wird sich schon in der kommenden Woche mit den erforderlichen Einsparungen und Umschichtungen befassen. Dann zeigt sich, meine lieben Freunde, inwieweit die einzelnen Minister bereit sind, die von diesem Parteitag geforderten drastischen Sparmaßnahmen mitzutragen. Wir sollten die Gunst der Stunde bereits nächste Woche nutzen.

(Beifall)

– Ich habe jetzt nur gesehen, wer nicht geklatscht hat.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, daran anschließend folgen die Gespräche mit den Bundesländern über eine föderale Konsolidierungsstrategie und einen dauerhaften und tragfähigen Finanzausgleich ab 1995.

Wir könnten es uns leichtermachen, meine Damen und Herren. Wir könnten versuchen, die Sache – was zum 1. Januar 1995 erforderlich ist – zu schieben. Ich glaube jedoch, das geht nicht. Ich glaube, wir brauchen rechtzeitig, vor 1994 und vor den Wahlkämpfen, Klarheit. Die Klarheit ist notwendig für die jungen Bundesländer. Die Klarheit ist notwendig für die Menschen in Ost und West. Die Klarheit ist notwendig für alle Bürger. Darum – tun wir jetzt etwas; bereiten wir einen schwierigen Entscheidungsprozeß zwischen Bund und Ländern und allen Beteiligten vor, der erst in zwei Jahren relevant wird. Dies ist notwendig und kann nicht in die Turbulenzen eines Wahlkampfs im Jahr 1994 verschoben werden.

(Beifall)

Dann geht es gleichzeitig auch um die Verteilung und die Finanzierung der Erblast des real existierenden Sozialismus. Parallel dazu müssen Gespräche mit den Tarifpartnern zum Abschluß eines Solidarpakts geführt werden, wobei den Lohn- und Gehaltsabschlüssen für den öffentlichen Dienst ein ganz besonderer Stellenwert zukommt.

Mein Fazit lautet: Erstens. Einsparungen, Umschichtungen und Begrenzung der Ausgabenzuwächse müssen absoluten Vorrang vor weiteren Steuererhöhungen haben.

(Beifall)

Zweitens. Im Hinblick auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau Ostdeutschlands muß die Zeitschiene verlängert werden. Die Folgen von 40 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft lassen sich nicht von einem Tag auf den anderen beheben.

Drittens. Die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze müssen Vorrang vor der wünschenswerten Angleichung der Lebensverhältnisse haben. Öffentliche und private Haushalte in West und Ost müssen sich für die nächsten Jahre auf dauerhaft eingeschränkte Verteilungsspielräume einstellen. Die Tarifpartner müssen sich auf diese Entwicklung durch flexiblere Lohn- und Arbeitszeitabschlüsse einstellen.

Meine Damen und Herren, der finanz- und steuerpolitische Kurs als Ganzes muß stimmen. Wir sollten uns wieder mehr in den nächsten Tagen und Wochen mit der Wachstumsverbesserung beschäftigen; denn, meine lieben Freunde, 1 % mehr oder weniger Wachstum macht im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung etwa 40 Milliarden DM oder mehr aus. Das sind die entscheidenden Punkte. Wie gelingt es uns, das Wachstum wieder herzustellen, zu verbessern und dann zu stabilisieren?

(Beifall)

Daß das Wachstum in den ganzen 80er Jahren bis jetzt da war, das verdanken wir einer konsequenten, in sich geschlossenen Finanzpolitik, an der Gerhard Stoltenberg einen großen, großartigen Anteil hatte.

(Beifall)

Wir haben damals weniger über Verteilung diskutiert, sondern durch Konsolidierung und durch Verstärkung der Wachstumsgrundlagen, durch eine konsequente Steuerpolitik der Steuerreformen 1986, 1988 und 1990 dauerhaftes, starkes und robustes Wachstum geschaffen. Nun gilt es, diesen Kurs unter veränderten Umständen fortzusetzen. Die erste Stufe der Unternehmenssteuerreform 1993 ermöglicht aufkommensneutrale und mittelstandsfreundliche Entlastungen bei der Gewerbe- und Vermögensteuer. Mit dem Standortsicherungsgesetz, das wir in den letzten Wochen vorgelegt haben, erfolgt eine aufkommensneutrale Senkung der betrieblichen Ertragssteuersätze auf 44 % gegenüber 56 % von 1990. Das, meine Damen und Herren, aufkommensneutral durch den Abbau von Vergünstigungen an anderer Stelle finanziert – diese Reduzierung der Steuersätze auf 44 % ist ein ganz entscheidendes Signal im internationalen Wettlauf der Steuersätze, die bei uns zu hoch sind. Darum bin ich überzeugt, daß diese Reform – spätestens zum 1. Januar 1994 in Kraft gesetzt – schon 1993 ihre Wirkung erzielen wird. Wir sollten alles tun, um sie baldmöglichst unter Dach und Fach zu bringen.

Dann gerät schon wieder in Vergessenheit, daß es uns innerhalb eines Jahres gelungen ist, eine ganz schwierige Aufgabe, die uns das Bundesverfassungsgericht aufgegeben hat, nämlich die Zinsbesteuerung, befriedigend zu regeln. Ich weiß nicht, ob ich folgendes hier schon einmal erzählt habe: Damals, wenige Tage nach diesem Spruch des Bundesverfassungsgerichts, der auch mich am Anfang ein bißchen ratlos gemacht hat, habe ich meinen österreichischen Kollegen Lacina in Dresden gefragt: Welchen Rat können Sie mir denn da geben?

Er sagte mir in einem herrlichen Wienerisch: Weißt', da muß etwas geschehen, aber es darf nichts passieren.

(Heiterkeit – Beifall)

Ich hoffe, daß es uns gelungen ist.

(Heiterkeit – Beifall)

Wenn ein Teil der deutschen Banker, wenn sie von Deutschland aus von Frankfurt nach Washington fliegen, nicht immer den Umweg über Luxemburg machten, dann wäre es noch besser gelungen. Aber ich hoffe, daß auch da noch ein stärkeres Einsehen kommt, was man in solchen Zeiten dem eigenen Vaterland schuldig ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nun stehen wir seit gut einer Woche wieder vor einer wichtigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, was den Grundfreibetrag anbelangt. Hier sollen wir jetzt innerhalb von einer Woche oder innerhalb von 14 Tagen ein umfassendes Konzept vorlegen. Ich bin bei der Schwierigkeit der Materie nicht bereit, einen Schnellschuß abzugeben. Wir sprechen mit den Ländern darüber, wie ab 1993 das steuerliche Existenzminimum in einer haushaltspolitisch verträglichen und sozial gerechten Weise abgesichert wird, wie wir es auf die echten Armen im Steuerrecht konzentrieren und nicht auf jene entlasten, die nur steuertechnisch durch Abschreibungen oder Befreiungen als Niedrigverdiener erscheinen.

(Beifall)

Wir werden rechtzeitig, längst vor dem 1. Januar 1996, unser Konzept vorlegen. Sie sehen, daß damit eine in sich geschlossene Steuerpolitik von 1992 bis 1996 konzipiert ist. Wenn man die Menschen im Moment fragt, wie es ihnen geht, dann erklären nach einer letzten Umfrage 80 %, daß es ihnen gut bis sehr gut gehe. Es hat noch nie eine so hohe positive Einschätzung des eigenen Zustands gegeben. Wenn man die Menschen danach fragt, wie sie die allgemeine Lage beurteilen, dann sagen über 70 %, daß diese schlecht bis sehr schlecht sei. Der frühere Kollege Abelein hat vor einigen Jahren eine denkwürdige Rede in der Fraktion gehalten. In der Schlußessenz steckte ein großes Stück Wahrheit. Er sagte: Die Stimmung ist gar nicht schlecht bei den Leuten, bis einer von uns kommt.

(Heiterkeit – Beifall)

Dies ist deshalb richtig, weil wir nämlich genauso wie ein Teil der Publizistik im Moment mehr mit Jammern, mit Klagen und mit dem Transport des Klagens und Jammerns beschäftigt sind, als auf die positiven Dinge dieser Zeit und auch dieser Politik hinzuweisen.

(Beifall)

Doch der gute Grundsatz „Tue Gutes und rede darüber" allein löst die Probleme der Zukunft nicht. Die Unionsparteien müssen Perspektiven zur Lösung der großen Probleme bieten, und sie müssen in einer Zeit der Ängste, der Verunsicherung und der Orientierungslosigkeit Fragen beantworten und Lösungen anbieten. Der Umbruch in Deutschland und Europa hat Angst und Verunsicherung ausgelöst. Die „Idylle der Nachkriegszeit" ist zu Ende. Wahlentscheidend im Jahre 1994 wird die Frage sein, welche Partei den Wählern Stabilität und Sicherheit in einer Phase des Umbruchs und der Ungewißheit vermitteln kann. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß nicht Diskussionen über postindustrielle soziologische Theorien die Wahl 1994 entscheiden werden, sondern daß harte Themen diese Wahl entscheiden werden. Ich sage nicht, daß die Wahl rechts gewonnen wird; ich bin aber davon überzeugt und wiederhole die These: Diese Wahl wird rechts von der Mitte gewonnen oder verloren werden. Sie werden sehen, auch die SPD wird sich in diese Richtung bewegen, so wie sie es damals nach dem Godesberger Programm getan hat. Dann ist es allzumal besser, wir besetzen die Themen und lösen die Probleme, bevor die SPD sich ihrer annimmt.

(Beifall)

Die Menschen wollen Stabilität in einer Welt des Wandels. Die Bewältigung des Wiederaufbaus im Osten, die Sicherung der Arbeitsplätze im Westen und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im europäischen Binnenmarkt - das sind die Herausforderungen der Ökonomie.

Ein anderes Thema bewegt die Menschen aber mindestens genauso stark. Sie haben darüber gestern und vorgestern auch diskutiert. Das Vertrauen der Menschen in die innere Sicherheit ist notwendig, wahlentscheidend, und leider schwindet dieses Vertrauen. Mit den bestehenden Gesetzen werden wir der zunehmend organisierten Kriminalität im Bereich des Autodiebstahls, des Drogenhandels, der Mafia und der Kreditkartenfälschung, um nur einige Dinge zu nennen, nicht mehr Herr. Wenn zwischenzeitlich bereits der Zigarettenschmuggel - das weiß ich aus meinem Hause - weitgehend unter Waffengebrauch stattfindet, dann zeigt das die ungeheure Dimension der Herausforderung. Im Mittelpunkt der Arbeit der Polizei dürfen nicht länger die Parkplatzsünder stehen, sondern die Bekämpfung der beängstigend zunehmenden Schwerkriminalität.

(Beifall)

Ein früherer Justizminister, der jetzt ein anderes Ressort leitet - ich nenne keinen Namen, weil ich keine unnötigen Spannungen in die Koalition tragen will -,

(Heiterkeit)

hat gesagt, die Wohnung sei heilig, und darum sei der große Lauschangriff nicht zulässig. Ja, meine Damen und Herren, die Wohnung des normalen Bürgers ist heilig, aber nicht die Wohnung des Schwerverbrechers und nicht die Wohnung der Gangster von ganz Europa.

(Lebhafter Beifall)

Die Deutschen sind mit wenigen Ausnahmen ein ausländerfreundliches Land. Unnachgiebige Verfolgung und Bestrafung der rechtsextremen Ausschreitungen gegen Ausländer und Asylantenwohnheime ist selbstverständlich unsere Haltung. Wir kämpfen gegen den Rechtsextremismus genauso wie gegen den Linksextremismus. Es ist aber moralisch doppelzüngig, wenn heute diejenigen härtere Maßnahmen gegen Rechtsradikale fordern, die gestern noch für „Tarifgespräche" mit den linksextremen RAF-Terroristen plädiert haben.

(Beifall)

Da stimmt die Welt nicht mehr.

Meine Damen und Herren, warum entstehen denn diese extremen Kräfte links und rechts? Sie entstehen, weil sie sich gegenseitig hochschaukeln. Ein Teil der Bürger begreift nicht mehr, warum man so leicht mit dem, was an Gewalt links entsteht, umgeht. Wenn dies geschieht, entsteht auch rechts Gewalt. Diese wiederum bringt Gewalt links mit sich. So entsteht eine Spirale der Gewalt und der antidemokratischen Stimmungen, die sich dann gegen uns wenden und unter denen wir zu leiden haben. Wir dürfen darum über manches nicht mehr nur debattieren, nicht mehr nur diskutieren, wir dürfen manches nicht mehr nur problematisieren, sondern wir müssen entscheiden. Darum war es so wichtig, daß im Deutschen Bundestag endlich eine Debatte über Asyl stattgefunden hat. Wir haben in den letzten Jahren über alles mögliche debattiert, aber nicht über die Frage, die den Menschen nun wirklich auf den Nägeln brennt. Es muß weiter darüber debattiert und möglichst bald entschieden werden. Sonst kommt es zu dem Staatsnotstand, von dem Helmut Kohl gesprochen hat.

(Beifall)

Die CSU hat vor der Zeitbombe „Asylrecht" schon vor Jahren gewarnt. Ich bin froh, daß wir heute nun gemeinsam darangehen, das Asylrecht in seinem Kern als institutionelle Garantie zu bewahren. Nur so schaffen wir wirklich ein Asylrecht für die, die es brauchen. Ein 500 000facher Mißbrauch, ein Mißbrauch des Asylrechtes in fast 95 % der Fälle ist auf die Dauer nicht hinnehmbar und nicht tragbar. Das hat nichts mit Schwarzmalerei oder mit Panikmache zu tun. Es ist jetzt nicht mehr fünf vor, sondern schon fünf nach zwölf. Meine Damen und Herren, wir können an die SPD nur appellieren, sich dem nicht zu versagen. Niemand profitiert zwischenzeitlich von der Diskussion. Wenn die SPD endlich mitmacht, zu einer befriedigenden Verfassungsänderung zu kommen, wenn also das getan werden kann, was notwendig ist, dann werden wir alle davon profitieren: CDU, CSU, FDP und SPD. Schaden wird es den Radikalen rechts, und das wollen wir doch eigentlich alle miteinander. Wenn sich die SPD dem aber verweigern sollte, meine lieben Freunde, dann ist es besser, keinen halbherzigen oder falschen Lösungen zuzustimmen, den Konflikt bis 1994 auszutragen und auf dem Gesetzgebungswege mit hohem verfassungsrechtlichen Risiko das zu tun, was wir tun müssen, um unsere Pflicht der Politik gegenüber und der Demokratie gegenüber in Deutschland gerecht zu werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir brauchen in dieser Zeit der Unsicherheit die Geschlossenheit der Unionsparteien. Wenn die Unionsparteien durch unkoordiniertes Vorpreschen von Einzelkämpfern, Grüppchen und Gruppierungen der Öffentlichkeit das Bild eines politischen Gemischtwarenladens bieten, dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Bürger die Auffassung vertreten, es sei ja eigentlich egal, wen man das nächste Mal wählt. Natürlich brauchen wir in großen Fragen einen Grundkonsens mit der SPD - wegen der Bundesratsmehrheit oder der Zweidrittelmehrheit beim Asylrecht. Funktionsfähige Demokratie lebt aber von klaren Fronten, begleitet von einem vernünftigen Maß auch an politischer Polarisierung. Ich meine, unser Bedarf an Großer Koalition sollte für den Rest dieses Jahrtausends gedeckt sein.

(Beifall)

Mit einer Annäherung von Grundpositionen der Union an die Vorstellungen der SPD können wir Wahlen nicht gewinnen. Verteilungsdiskussionen führen und Versprechen machen kann die SPD besser als wir. Der Wähler verlangt Alternative und nicht Variante. Ich erinnere an die große Gemeinschaftsleistung der Union in diesem Jahrzehnt: Die Behebung der größten Wirtschaftskrise seit 1949, den Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses, der die Voraussetzung für den revolutionären Wandel im Osten war, und die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit mit voller Souveränität.

Gemeinsam werden wir – davon bin ich überzeugt – auch die Herstellung der inneren Einheit in Deutschland bewältigen.

Sie haben gestern über Europa diskutiert. Wir müssen den Menschen klarmachen, daß wir dieses Europa für die Bürger schaffen, nicht für uns Politiker,

(Zustimmung)

obwohl wir natürlich auch Bürger sind. Ich bitte Sie, dabei unserem Konzept des Europa der Regionen Nachruck zu verleihen und es voll zu unterstützen. Ich bin überzeugt: Föderalismus, Subsidiarität, Europa der Regionen, das sind wichtige Begriffe – so wie der Exportschlager von Ludwig Erhard, die Soziale Marktwirtschaft.

Meine Damen und Herren, wir schaffen – es ist wichtig, auch das immer wieder zu sagen – eine Stabilitätsgemeinschaft. Wenn es uns gelingt, daß sich zwölf oder noch mehr Staaten in Europa auf den Weg der Stabilität machen – ob alle das 1996 oder 1999 erreichen, wissen wir heute nicht –, wenn sich alle auf den Weg zur Stabilität machen, zu einer stabilitätsorientierten Politik, wie wir sie kennen, andere in Europa aber auch schon, dann ist das die beste Wachstumsvorsorge für dieses und für das nächste Jahrzehnt; und dann braucht doch niemand um die Stabilität dieser Währung, die wir dann gerne Euromark nennen, jedenfalls in Deutschland, damit sich die deutsche Bezeichnung hier wiederfindet – lieber Alfred Dregger, Sie haben das neulich auch in der Fraktion mit Nachdruck verfochten –, oder um die geliebte D-Mark Angst zu haben.

(Beifall)

Wir wollen ein Europa der Vaterländer – ohne Vermischung der kulturellen Eigenständigkeiten der Nationen –, und wir eröffnen durch die Neuordnung Europas auf der Grundlage von dauerhaftem Frieden und stabiler Demokratie Zukunftschancen für die kommenden Generationen.

Ich habe in den letzten Wochen in Vorbereitung auf die Debatte im Deutschen Bundestag noch einmal das Buch von Stefan Zweig „Die Welt von gestern" gelesen. Meine Damen und Herren, wenn man sieht, wie die großen Denker am Anfang dieses

Jahrhunderts oder zwischen den Weltkriegen die Chance sahen und wie ihnen die Chance zwischen den Fingern zerrann, dann sollten wir nicht noch einmal eine Chance aus der Hand geben. Die Welt von morgen ist nicht mit den Rezepten der Welt von gestern zu bewältigen. Wir haben die Chance, und wir werden sie nutzen.

(Beifall)

Darin liegt eine ganz große Hoffnung für die junge Generation.

(Anhaltender Beifall)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang aber auch sagen: Wir dürfen in den nächsten Monaten und Jahren die Besetzung wertkonservativer Positionen nicht radikalen Gruppierungen überlassen.

(Beifall)

Wir müssen uns um die Stammkundschaft intensiv kümmern, denn die Laufkundschaft verflüchtigt sich manchmal.

(Zustimmung)

Ich glaube, daß wir uns mit der Klage der CSU-Staatsregierung und Gott sei Dank auch der Bundestagsfraktion zum § 218 StGB gegenüber den christlich engagierten Wählergruppen als ein kalkulierbarer Partner zum Schutz des ungeborenen Lebens erwiesen haben, und das war wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das GATT ist wichtig. So wichtig es ist, so wichtig sind für uns aber auch die Wähler auf dem Lande und die Landwirte.

(Zustimmung)

Die FDP als Tausendfüßlerpartei braucht sich da nicht zu kümmern. Da sind mal 200 Füßchen auf der rechten Seite weg; dann holt sie sie links. Innerhalb eines halben Jahres wechselt sie die Meinung und holt sie wieder woanders. Wir sind keine Tausendfüßlerpartei. Wir müssen uns an das ganze Spektrum der Bevölkerung wenden, nicht nur an 10 % oder 5 %, die dann und wann beliebig austauschbar sind. Darum müssen wir alles daransetzen, auch künftig das Vertrauen der Landwirte und der Menschen im ländlichen Bereich zu erhalten.

(Beifall)

Und, meine Damen und Herren, vergessen wir die Heimatvertriebenen nicht, die manchmal schwere Entscheidungen haben mittragen müssen.Ich glaube, mit den Entschließungen zu den Nachbarschaftsverträgen mit Polen und der Tschechoslowakei haben wir verhindert, daß die berechtigten Belange der Heimatvertriebenen in den Aktenschränken verschwinden.

(Zustimmung)

Meine lieben Freunde, mit Gradlinigkeit, mit Glaubwürdigkeit und mit Geschlossenheit können wir auch 1994 unsere strukturelle Regierungsmehrheit verteidigen.

Franz Josef Strauß hat auf dem CDU-Parteitag am 29. Juni 1975 folgendes gesagt: Wir brauchen Mut zur historischen Verantwortung, gleichgültig, wie der Zeitgeist bläst, ob er als Rückenwind einen vorwärtsträgt, ob er als Seitenwind einen beunruhigt, ob er als Gegenwind einen verzögert oder hemmt. Wir müssen uns der Richtigkeit unserer Sache bewußt sein und auf jeder Ebene unsere Sache vertreten.

Ich wünschte manchem Jungen im Land den Optimismus, den der 90jährige Sir Karl R. Popper hat, wenn er uns auffordert, nicht ständig zu fragen, was kommt, sondern die Frage zu stellen „Was können wir tun?" und nicht nur zu fragen, sondern auch zu antworten und zu entscheiden. Wenn wir antworten und entscheiden, dann, meine lieben Freunde, werden wir auch miteinander gewinnen. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Lieber Theo Waigel, vielen Dank für Ihre eindrucksvolle Rede! Der Beifall der Delegierten beweist, daß sie auch als eine Dokumentation, als eine Demonstration der Gemeinsamkeit von CDU und CSU verstanden wurde.

(Beifall)

Ich bin ganz sicher, daß in dieser nervös-aufgeregten Zeit die beiden Unionsparteien Partner der Verläßlichkeit sein müssen und daß die großen Volksparteien in einer Zeit zunehmender Ängste wichtiger denn je sind. Für Ihren Beitrag in der CSU, für Ihren Beitrag hier auf dem Parteitag unseren herzlichen Dank!

(Beifall)

Sie haben in Ihrem wirtschaftspolitischen Teil auf die Vergeßlichkeit hingewiesen, die die Ursachen verdrängt und die Gefahr heraufbeschwört, daß die Verursacher als Ankläger auftreten, daß die Feuerwehr mit den Brandstiftern verwechselt wird. Zur Diagnose haben Sie die Theraphie „Solidität" hinzugefügt.

Das spannt den Bogen zu dem Thema, das wir heute, am dritten Tag unseres Parteitages, in den Anträgen wiederfinden, nämlich in den Anträgen zum weiteren Aufbau der neuen Bundesländer. Das sind die Anträge unter G auf Seite 95 ff.

Wolfgang Schäuble wird in diese Anträge einführen und den Antrag des Bundesvorstandes – G1 – begründen. – Wolfgang Schäuble, Sie haben das Wort.

Dr. Wolfgang Schäuble: Vielen Dank, Herr Tagungspräsident. – Meine lieben Parteifreunde! Helmut Kohl hat mich gebeten, den Antrag G1 des Bundesvorstandes – Gemeinsam handeln für Deutschland, Vorfahrt für den Aufbau Ost – hier auf dem Parteitag zu begründen, und ich habe mit Theo Waigel abgesprochen, daß ich das in seiner Anwesenheit tun möchte. Schließlich bin ich der Vorsitzende der gemeinsamen Fraktion von CDU und CSU.

(Beifall)

Angesichts der desolaten Hinterlassenschaft von 40 Jahren Sozialismus brauchen wir eine Verstärkung des wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Bundesländern. Wir müssen das in einer Zeit leisten, in der die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung bei uns in Deutschland wie in der Weltwirtschaft insgesamt sich ungünstiger darstellen, als noch vor wenigen Monaten von allen vorhergesagt. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft als Ganzes und der Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern sind deshalb zwei Teilaufgaben derselben großen nationalen Herausforderung.

Wir dürfen die Lage in den neuen Bundesländern weder dramatisieren noch beschönigen. Krankreden schadet genauso wie Gesundreden.

Der Aufbau der öffentlichen Infrastruktur kommt gut voran. Über 500.000 Gewerbeanmeldungen sind Zeichen des wirtschaftlichen Aufbruchs. Das Erscheinungsbild der Städte hat sich wesentlich verbessert. Mit einem Aufwand von 55 Milliarden DM entsteht in sechs Jahren ein flächendeckendes modernes Telekommunikationsnetz – wahrscheinlich eines der größten Projekte der Wirtschaftsgeschichte überhaupt.

Andererseits macht die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt große Sorgen. Insgesamt 40 % aller Arbeitsplätze sind weggefallen. Die private Investitionstätigkeit beträgt in diesem Jahr pro Kopf in den neuen Bundesländern nur knapp die Hälfte der Investitionen pro Kopf in den alten Bundesländern. Dafür sind die Lohnstückkosten mehr als doppelt so hoch wie im Westen. Die Märkte im Osten sind völlig weggebrochen. Das Eindringen in die Westmärkte ist zumal in einer schwachen Verlaufsphase der Weltwirtschaft schwierig.

Deshalb müssen wir die öffentlichen Investitionen und die Förderung der privaten Investitionen fortsetzen und verstärken. Die Wohnungsinvestitionen sind bisher viel zu niedrig. Ihre Verstärkung mit allen positiven Folgen für die heimische Bauwirtschaft, für das Bauhandwerk und für den Mittelstand ist eine Schlüsselfrage für den Aufschwung Ost.

Dabei müssen wir dann allerdings auch dafür sorgen, daß zusätzliche Impulse auch zu einer wirklichen Entlastung auf dem Arbeitsmarkt führen. Es darf nicht so sein, daß wir bei hoher Arbeitslosigkeit dennoch keine Arbeitskräfte für die Bauwirtschaft und das Handwerk finden, weil Sozialleistungen demotivierende Wirkungen entfalten. Auch mit den Werkverträgen für Bauarbeiter aus Osteuropa kann es so nicht weitergehen.

(Beifall)

Hier kann dann nicht das Prinzip des österreichischen Kollegen von Theo Waigel gelten, daß was geschehen muß, aber nix passieren darf. Es muß etwas passieren. Wir müssen bei hoher Arbeitslosigkeit in den jungen Bundesländern die Meldungen ernst nehmen, daß Hunderttausende unter Tarif und mit verkürzten Sozialleistungen beschäftigt sein sollen und daß man in ganz Deutschland sich kaum noch an eine Ausschreibung für Bauaufträge mit Erfolgsaussichten beteiligen kann, wenn man in der Kalkulation nicht auch Werkvertragsbeschäftigte einsetzt.

(Vereinzelt Beifall)

Für den Aufschwung in der Bauwirtschaft sind auch die Regelung der Altschulden im Wohnungsbau, die Verstärkung der Privatisierung, die rasche Verbreiterung des Grundstücksmarkts, Planungs- und Erschließungshilfen für die Kommunen und die weitere Stärkung der Verwaltungskraft wichtige Bausteine.

Wir wollen und müssen die Mittelstandsförderung verstärken. Deshalb sollte für den ostdeutschen Mittelstand die Investitionszulage aufgestockt werden. Mietkauf, Mietpacht und Kaufpreisstundungen sollen die Kapitalschwäche ostdeutscher Existenzgründer überwinden helfen. Wir werden zur Rechtsvereinfachung und Verfahrensbeschleunigung im Bundestag bald ein Artikelgesetz einbringen, um diese Investitionshemmnisse abzubauen.

(Vereinzelt Beifall)

Es wäre vielleicht besser gewesen, wir hätten 1990 nicht unsere ganzen komplizierten Regelungen aus dem Westen mit einem Schlag auf die neuen Bundesländer übertragen.

(Beifall)

Aber damals wollte man auf Günther Krause und mich noch nicht hören. Deswegen wird es Zeit, daß wir jetzt diesen Fehler von 1990 korrigieren.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, der Wirtschafts- und Finanzpolitik der nächsten Jahre – Theo Waigel hat davon gesprochen – stellen sich ganz ungewöhnlich anspruchsvolle

Aufgaben. Wir brauchen in einer Phase der Konjunkturabschwächung, im übrigen auch angesichts erheblicher struktureller Probleme des Wirtschaftsstandorts Bundesrepublik Deutschland, ein drastisches Spar- und Sanierungsprogramm. Wir brauchen zugleich Wachstumsimpulse.

Deshalb unterstützen wir mit Nachdruck das Konzept von Theo Waigel zur aufkommensneutralen Reform der Unternehmensbesteuerung. Darum ist es gut, daß Helmut Kohl schon Mitte der 80er Jahre die Weichen dafür gestellt hat, daß zum 1. Januar 1993 der große einheitliche Europäische Binnenmarkt verwirklicht wird. Von beidem werden erhebliche belebende Wirkungen ausgehen.

Wir brauchen – das steht im Antrag des Bundesvorstands – ein drastisches Sanierungs- und Sparkonzept für alle Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen. Dies erfordert auch Eingriffe bei gesetzlichen Leistungen und anderen rechtlichen Verpflichtungen.

Weil im Bundesstaat der Bund nicht die alleinige Verantwortung für finanzpolitische Solidität trägt, müssen sich die westdeutschen Länder und Kommunen dem Sparkurs des Bundes anschließen. Die Absprache im Finanzplanungsrat von Anfang Juli, nämlich Begrenzung der Ausgabenzuwächse für die westdeutschen Gebietskörperschaften auf 2,5 bis 3 % im Durchschnitt der nächsten Jahre, muß durchgesetzt werden. Der Bundesfinanzminister hat dazu – er hat es ja soeben nochmals vorgetragen – ein föderales Konsolidierungsprogramm für Bund, Länder und Gemeinden vorgeschlagen. Wir müssen die notwendigen Einschnitte gemeinsam tragen.

Liebe Freunde, Helmut Kohl hat in seiner großen Rede vorgestern das Ausmaß der Aufgabe beschrieben, 40 Jahre Teilung und Sozialismus zu überwinden. Deshalb, liebe Freunde, ist eben auch wahr, daß alle Sparmaßnahmen am Ende nicht völlig ausreichen werden. Deswegen bekennen wir uns in Nr. 9 unseres Antrags dazu, daß zur finanziellen Bewältigung der Erblast des SED-Regimes Steuererhöhungen als Ultima ratio unvermeidlich sein werden.

Es nützt alles nichts: Bei über 400 Milliarden DM zusätzlichen Schulden, die uns der marode Sozialismus hinterlassen hat und für die wir Zinsen und Tilgung leisten müssen, schaffen wir es am Ende neben allen anderen Aufgaben beim Aufbau der neuen Länder ohne zusätzliche Einnahmen nicht. Dafür, nur dafür, wollen wir zusätzliche Mittel. Alles andere muß durch Einsparungen, Umschichtungen und den Ertrag einer auf Wachstum und Stabilität angelegten Wirtschaftspolitik erwirtschaftet werden.

Nicht nur Theo Waigel hat die Sorge, daß mit einer solchen Aussage am Anfang der notwendigen Gespräche mit den Ländern und im Rahmen des Sozialpakts der Druck, die dringend notwendigen Sparmaßnahmen politisch durchzusetzen, gemindert werden könnte. Aber die Größe der Aufgabe ist, liebe Freunde, andererseits jedem klar. Im Grund weiß ja jeder, daß wir drastische Einsparungen und begrenzte Einnahmeverbesserungen zugleich brauchen.

Wenn wir uns als CDU heute zu diesem notwendigen Schritt bekennen, dann folgt daraus auch unsere Verantwortung, den Bundesfinanzminister bei der Durchsetzung der notwendigen Einsparungen zu unterstützen.

Ich begrüße sehr die Ankündigung, daß man sich im Kabinett auch zwischen den beteiligten Ministern einigt. Da muß die Fraktion den Streit nicht allein in ihren eigenen Reihen austragen.

(Vereinzelt Beifall)

Es kommt jetzt, liebe Freunde, darauf an, daß wir all die notwendigen Entscheidungen – Haushalt 1993, zusätzliche Maßnahmen für den Aufbau Ost, Einbeziehung der neuen Länder in den Bund-Länder-Finanzausgleich und Bewältigung der Erblast von 40 Jahren Sozialismus – bündeln und so rasch wie möglich treffen.

Da in der Sozialen Marktwirtschaft der Staat allein die Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung nicht tragen kann, sondern auf die Mitwirkung der Tarif- und Sozialpartner notwendig angewiesen ist, brauchen wir einen Solidarpakt. Alle Beteiligten müssen rasch an einen Tisch. Niemand kann sich seiner Verantwortung entziehen. Nur so können Finanzpolitik, Geldpolitik und Tarifpolitik wieder stärker in Übereinstimmung gebracht werden. Denn zu hohe Tarifabschlüsse, zu hohe Zinsen und zu hohe Staatsausgaben bedeuten, daß wir derzeit in Deutschland über unsere Verhältnisse leben. Währungsstabilität, Wirtschaftswachstum, Entfaltung aller Leistungskräfte und Sparsamkeit sind das oberste Gebot der Stunde.

Es darf auch nicht monatelang weiter diskutiert werden. Niemand darf auf Zeit spielen. Was wir brauchen, sind Vereinbarungen zwischen allen Beteiligten, die Klarheit schaffen: Je schneller, desto besser. Dies ist wichtig für die Konjunktur, weil Klarheit die unverzichtbare Grundlage für Vertrauen ist. Jeder weiß, daß diese Entscheidungen anstehen und daß die notwendige Klarheit bis heute nicht geschaffen ist. Deswegen brauchen wir sie jetzt: Je schneller, desto besser.

Wir sind als CDU, als Union und als Koalition der Mitte in unserer Wirtschafts- und Finanzkompetenz entscheidend gefordert, auch in unserer Kompetenz als Partei der Einheit zur Vollendung eben dieser deutschen Einheit. Der Zielkonflikt in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, der die schmale Gradwanderung beschreibt, für die wir mit dieser Vorlage des Bundesvorstandes einen Weg zeichnen, liebe Freunde, ist letztlich auch ein Ausdruck der politischen Aufgabe, Einheit, Integration zwischen Ost und West im vereinten Deutschland zu schaffen. Wir in der Bundestagsfraktion arbeiten daran. Wir haben in den Tagen von Erfurt und Leipzig mit all unseren Freunden aus den jungen Bundesländern und in der Führung der Fraktion Konzepte entwickelt, von denen viel in dieser Vorlage des Bundesvorstandes seinen Niederschlag gefunden hat. Wohlstand im Osten entwickeln und im Westen sichern – das ist die Aufgabe.

Wir sind, liebe Freunde, in den Tagen unseres Parteitages hier in Düsseldorf als Christlich Demokratische Union gut vorangekommen. Das gibt uns die Kraft, auf diesem Wege weiter erfolgreich und entschlossen voranzuschreiten. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu dem Antrag des Bundesvorstandes. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir bedanken uns bei Wolfgang Schäuble für sein überzeugendes Plädoyer zum Leitantrag des Bundesvorstandes.

Wir kommen jetzt zur Beratung dieses Antrages. Wir schlagen vor, daß wir vorweg eine Generaldebatte führen und dann anschließend kurz die Einzelanträge aufrufen. Mir liegen inzwischen 17 Wortmeldungen vor. Ich wäre dankbar, wenn diese Wortmeldungen konzentriert erfolgten, so daß jeder dann auch noch ausreichend Zeit hat, das Wort zu nehmen. Als ersten bitte ich Bundesminister Professor Krause, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Günther Krause: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde! Wir haben, als wir am Juli 1990 in der ehemaligen DDR die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion eingeführt haben, im Reformprozeß die

Wirtschaft an die erste Stelle, die Finanzpolitik an die zweite Stelle und das, was man an Sozialleistungen finanzieren kann, an die dritte Stelle gesetzt. Ich würde mich freuen, wenn wir in Verbindung mit diesem Antrag und in dieser Reihenfolge die wirtschaftlichen Probleme in Ost und West noch differenziert hier heute diskutieren könnten.

Wie ist die Situation? Wir haben gemeinsam – auch ich – daran geglaubt, daß es weitgehend durch die Wirtschaft selbst gelingen könnte, mit dem Zauberwort: „Der Investor wird kommen" den wirtschaftlichen Aufschwung in Ostdeutschland in den Griff zu bekommen. Wir haben aber nicht die Frage danach gestellt, unter welchen Bedingungen und Möglichkeiten Menschen, die sich für den Aufschwung engagieren wollen, dies tun können.

Ich bin Wolfgang Schäuble dafür dankbar, daß er eines der größten Probleme auch sachlich richtig angesprochen hat. Es hat wenige in unserer Partei gegeben, die im Einigungsvertrag gerne von vornherein ein separiertes Verwaltungsrecht, ein anderes Planungsrecht für Ostdeutschland vorgeschlagen haben. Das war damals nicht mehrheitsfähig. Wir müssen uns aber auch darüber unterhalten, wie es 1991 zu den nur 18 Milliarden DM privater Investitionen gekommen ist. Wir müssen uns darüber unterhalten, daß zum heutigen Zeitpunkt pro Kopf der Bevölkerung in Westdeutschland 100 % private Investitionen getätigt worden sind. In Ostdeutschland dagegen werden zur Zeit nur 52 % privat investiert. Derzeit geht die Investitionsschere auseinander.

Was sind die Ursachen dafür? Die Ursachen sind das Planungsrecht. Man wird in den Geschichtsbüchern über die ersten zwei Jahre und das Geld, das die ersten zwei Jahre gekostet haben, vielleicht feststellen, daß der Fehler, nicht den Mut gehabt zu haben, von 15 Jahre währender Bürokratie Abstand zu nehmen, die Planungszeiten in unerträgliche Länge zieht und letztendlich private Investitionen verhindert, weil der Investor sein Geld heute und nicht erst in 15 Jahren anlegen will und in anderen Ländern im Osten jetzt schon wesentlich bessere Bedingungen findet, sein Geld anzulegen. Diese Politik hat uns nach meiner Schätzung etwa 40 bis 80 Milliarden DM Schaden eingebracht. Deshalb müssen wir sie korrigieren, und wir sollten nicht danach schielen, daß es in Deutschland wieder den einen oder anderen gibt, der schreit: „Dabei geht Demokratie in die Hose." Ich habe das mit dem beschleunigten Planungsrecht für die Verkehrswege durchgebracht. Ich kann Ihnen sagen: Die Verkehrswege funktionieren vom Ausbau jetzt – ich hoffe, dann auch später – und von der Nutzung her wesentlich besser. Sie funktionieren nur deshalb, weil wir mit einem anderen Planungsrecht, welches erstens die Menschen im Osten in den Verwaltungen anwenden können, arbeiten müssen. Die Rechnung, wir müßten noch mehr Beamte von West nach Ost herüberschicken, wird nicht aufgehen. Es muß so sein, daß man Verwaltungsrecht nach dem Zeitrafferprinzip im Osten und im Verständnis der Menschen, die es dort anwenden, aufbauen kann.

(Beifall)

Wir haben Geld hinübergeschickt, sehr, sehr viel Geld. Ich bin dankbar dafür, daß wir heute – das ist der Investitionsstand im Jahre 1992 – 1 DM im Verkehrsbereich in Ostdeutschland und 80 Pfennig im Westen investieren. Wenn wir über Wachstum sprechen – 3 oder 4 %; darüber wird gegenwärtig diskutiert –, sollte jeder von den Freunden aus den westdeutschen Landesverbänden bitte daran denken, daß das Wachstum, welches wir zur Zeit im Osten erzeugen, vor allen Dingen ein Wachstum durch die öffentliche Hand ist und daß die Privatwirtschaft dieses Wachstum noch nicht erzeugt.

Wolfgang Schäuble hat, wie ich meine, einen ganz entscheidenden weiteren Punkt angesprochen. Wenn wir über Investoren sprechen, müssen wir über den Mittelstand sprechen. Wir, die ostdeutschen Abgeordneten, haben uns in unserer Fraktion der Mühe unterzogen, einmal zu analysieren: Wie sah Mitteldeutschland vor dem Krieg und nach dem Krieg aus, welche Unternehmen haben wir zum Zeitpunkt der Wende übernommen, und wie sieht die Mittelstandspolitik heute aus?

Vor dem Krieg gab es in Mitteldeutschland 2,6 Millionen Existenzen, nach dem Krieg 1,5 Millionen. Der Kommunismus hat 157 000 Existenzen übriggelassen. Schätzungsweise brauchen wir etwa 1 bis 1,2 Millionen vor allem mittelständische Unternehmer. Heute sind es 400.000 bis 500.000. Liebe Freunde, wir müssen akzeptieren, daß der anonyme Begriff des Investors nicht mehr funktioniert. Wir müssen Förderungsbedingungen schaffen, damit ein Ingenieur, der nicht mehr als eine Zweieinhalbzimmerwohnung hat, trotzdem als Unternehmer tätig werden kann.

(Beifall)

Das hat die Aufbruchsstimmung in den 50er Jahren hier im Westen ausgemacht. Zur Zeit wird dieses Element bei der Wirtschaftsförderung unseres Wirtschaftsministers überhaupt nicht berücksichtigt.

Deshalb bin ich wirklich dankbar dafür, daß wir zwei Dinge tun können – das ist auch finanzpolitisch ganz entscheidend –, nämlich daß wir eine ordentliche und vernünftige D-Mark-Eröffnungsbilanz – über alle Unternehmen natürlich – beim Verkauf vornehmen, daß aber Ostdeutsche, weil sie letztendlich in der gleichen Situation wie Vertriebene nach 1945 in Westdeutschland sind, Vorzugsbedingungen bekommen.

Die hat es früher in Westdeutschland auch gegeben. Sie sollten also über Stundung und natürlich Zinsbefreiung das Eigentum erwerben können.

Zweitens sollten bessere Möglichkeiten geschaffen werden, um den nicht vorhandenen Gewinn – den natürlich jeder westdeutsche Investor über Sonderabschreibungen in Ostdeutschland einsetzen kann – als Vorschuß in Form einer Investitionszulage zu bekommen.

Liebe Freunde, wenn wir diese Politik ab heute durchsetzen, dann werden wir im Osten einen Aufschwung erleben, auf Grund dessen wir vielleicht 1995 darüber nachdenken können, ob es wirklich Steuererhöhungen geben muß und wie sie ausfallen müssen. Natürlich wird der Anteil am Wachstum, der in Ostdeutschland anfällt, die Relationen im deutschen Bruttosozialprodukt insgesamt in den nächsten zwei bis drei Jahren nicht erheblich verändern können. Aber jede mittelständische Existenzgründung bedeutet im Regelfall, daß ein bis zwei Leute weniger auf das Sozialnetz angewiesen sind, das wir jetzt über den Sozialtransfer finanzieren. Deshalb ist die wichtigste Aufgabe im Rahmen der Wirtschaftspolitik, darüber zu reden, wie Ostdeutsche endlich eine gleichberechtigte Chance haben, ein eigenes Unternehmen aufzubauen.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch zu einem dritten Punkt etwas sagen. Wir haben bisher auf dem Gebiet der Altschulden Probleme gehabt, die Wohnungsbauschulden in den Griff zu bekommen. – Nun kann ich aus erster Hand sagen: Nicht nur wegen der Bahnreform, lieber Theo Waigel, sind die Kosten der Deutschen Bundesbahn so hoch. Wir sollten hier heute ganz klar feststellen, daß wir, weil die Bahnreform 30 Jahre lang in Westdeutschland nicht stattgefunden hat, jetzt über 55 Milliarden DM diskutieren, die überhaupt nichts mit der deutschen Einheit zu tun haben. Wir reden jetzt über eine

Reform, die wir letztendlich und beflügelt durch die deutsche Einheit durchführen. Aber die Finanzlasten müssen wir irgendwie tragen. Es ist aber nicht so, daß wegen der 55 Milliarden Mark etwa die Züge in Deutschland nicht fahren, sondern sie fahren trotzdem.

Unter diesem Aspekt bitte ich die sogenannte Wohnungsbauschuld des Ostens gründlich zu überdenken. Ich meine, wir müssen die Möglichkeiten bis hin zum Verschenken von Wohnungen erwägen, etwa nach dem Prinzip der Treuhandanstalt, daß, wenn ein entsprechendes Investitionsversprechen gegeben wird – beispielsweise das Dreifache des Wertes der Wohnung in die Wohnung zu investieren –, nach acht Jahren dem Bürger diese Wohnung überlassen wird, so daß er beginnen kann, die Binnenkonjunktur in Ostdeutschland, vor allem im Handwerk, flankierend zu beleben. Wir müssen noch in diesem Jahr von den Wohnungsbauschulden weg, egal wie. Wir müssen weg, um die Privatisierung und damit die Binnenkonjunktur in Ostdeutschland wirklich in den Griff zu bekommen.

(Beifall)

Ein vierter Punkt, und ich komme an dieser Stelle zur Finanzpolitik. Es geht um ein wichtiges Konzept in der Gestaltung der Verkehrspolitik, einer Reform neben der Bahnreform und neben der Reform des Planungsrechts. Ich habe ja schon darauf hingewiesen, daß ich in der nächsten Kabinettssitzung ein novelliertes Planungsrecht für Deutschland vorlegen werde. Ich hoffe, daß wir es noch in dieser Legislaturperiode in allen Ressorts schaffen, auf Grund der deutschen Einheit und der Revolution soviel schöpferische Unruhe zu erzeugen, daß sich dieser Staat entbürokratisiert.

(Beifall)

Denn wir sind 1989 auf die Straße gegangen auch in der Absicht, einen Bürokratie-Staat loszuwerden. An dieser Stelle sind wir allerdings bei dem, was danach gekommen ist, häufig enttäuscht worden. An vielen Stellen gibt es wesentlich mehr Bürokratie.

Lassen Sie mich bitte einen entscheidenden Punkt zum Umdenken sagen, und ich bitte das wirklich richtig zu verstehen. Dieser Parteitag ist der 3. Parteitag unserer Partei. Wir befinden uns in der Diskussion über den Haushalt 1993, über den Haushalt 3 nach der deutschen Einheit und nicht über den Haushalt 44 nach 1945. Die Frage, wie wir Subventionsabbau, Umschichtung und neues Denken im Haushalt zur Geltung bringen, ist aus meiner Sicht völlig untergewichtet.

Ich will ein Beispiel nennen. Mein französischer Kollege berichtete mir lächelnd, daß er mit der Hälfte der Haushaltsmittel, die ich einsetze, in Frankreich genauso viele Bundesstraßen bauen kann. Das hat seinen Grund: Die Franzosen haben Dienstleistungsaufgaben wesentlich schneller privatisiert als wir in Deutschland. Ja, wollen wir denn nicht die Chance nutzen und das, was wir im Osten bei der Treuhandanstalt für gut befinden, auch endlich im Westen nachholen? Wir können dann unwahrscheinliche Reserven an Finanzmitteln – davon bin ich überzeugt – frei machen und einsetzen, um die Finanzen in Ordnung zu bringen? Es ist doch unsere Partei, die Wirtschaftspolitik an dieser Stelle zu vertreten hat!

(Beifall)

Es hat keinen Sinn, erst die Finanzen in Ordnung zu bringen und sich dann darüber zu wundern, daß die Wirtschaft nicht mehr funktioniert.

Wir haben Chancen – Sie haben das ja gelesen –, in Deutschland Straßenbenutzungsgebühren für Pkw und Lkw einzuführen. Bei den Verhandlungen des Verkehrsminister-

rates in Luxemburg ist etwas Überraschendes eingetreten, worauf ich völlig unvorbereitet war. Es gibt Mitgliedsländer, die mit der Einführung der Lkw-Benutzungsgebühr im Sinne der Gerechtigkeit sofort auch die Pkw-Benutzungsgebühr einführen wollen.

Ich denke, an dieser Stelle erschließen wir Finanzreserven. Denn es kann nicht sein, daß zum jetzigen Zeitpunkt ein nicht in Deutschland zugelassener Lkw nur ein Zehntel der Kosten trägt, die ein in Deutschland zugelassener Lkw trägt.

(Beifall)

Wollen wir dann unserem Lkw-Fahrer und seiner Familie sagen: dein Arbeitsplatz wird durch die Europäische Gemeinschaft sicherer? Das ist natürlich schwer vermittelbar.

Ich möchte zum Fazit kommen. Wir müssen – und das ist unser fester Wille – mehr zuhören. Wir können nicht Modelle und Verfahren, die in Westdeutschland unter den Bedingungen des 40. Jahres funktionieren, einfach in den Osten rüberschieben, glaubend, daß sie dort ähnlich anwendbar sind. Die Zeitachse ist bei dem, was sich im System der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt hat, entscheidend gewesen. Das System, welches wir heute in Westdeutschland haben, war nicht das System zum Beginn. Im Rahmen einer kreativen Diskussion bei den Verhandlungen über den Solidarpakt geht es auch um die Erfahrungen, beispielsweise im Bereich der Mischfinanzierung für Kläranlagen – um ein ganz konkretes Beispiel zu nennen –, auch in dem Sinne, ob etwa etwas nicht einfach über Bord zu werfen ist. Wir sollten uns überlegen, wie wir in den nächsten zehn Jahren statt über Mischfinanzierung – wie 40 Jahre lang in Westdeutschland – diese Gemeinschaftsaufgabe der Deutschen in einer vernünftig verteilten Lastenform lösen können. Ich denke, wir werden dann die Frage, was 1995 dem Bürger in Deutschland zugemutet werden muß, aus einem Aufbau-Galopp viel besser in den Griff bekommen, als wenn wir das Wirtschaftspferd 1992 am 28. Oktober an die Box stellen, nicht wissend, wie wir weiter das Futter für den Antrieb der Konjunktur bekommen können.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, das Präsidium ist hinsichtlich der Redezeit mit Absicht großzügig gewesen, weil Professor Krause ja gleichzeitig auch Sprecher der ostdeutschen Kollegen im Deutschen Bundestag ist. Ich möchte aber im Hinblick darauf, daß wir jetzt etwa 20 Wortmeldungen vorliegen haben und diese Wortmeldungen auch in geordneter Weise abgewickelt werden sollen, die Redezeit ab sofort auf fünf Minuten begrenzen. Ferner möchte ich Sie bitten, damit einverstanden zu sein, daß ich jetzt die Rednerliste schließe. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Als nächster hat Manfred Kanther, Landesvorsitzender der CDU Hessen, das Wort.

Manfred Kanther: Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne noch einmal zwei Punkte herausstellen. Wir haben diese wichtige Kursänderung mit der Betonung der Steuerbeschlüsse zu 1995 deshalb gemacht, weil ein Jahr lang hinter uns hergerufen worden ist: schafft Vertrauen in dieser Frage, schafft eine stabile Rahmenbedingung, – nicht die einzige für das Wirtschaften, aber eine unverzichtbare.

Bei diesem Ansatz, Vertrauen und Sicherheit zu schaffen, müssen wir nun bleiben. Der Bundeskanzler hat das vorgestern die Stunde der Wahrheit in der Steuerfrage – also beim staatlichen Finanzbedarf – genannt. Ich möchte gerne, daß wir alle im Bewußtsein behalten, daß sich die Stunde der Wahrheit nun nicht jeden Tag wiederholen kann. Die Stunde der Wahrheit ist hier im Saal dieselbe wie vor der Tür.

(Beifall)

Meine Freunde, ich möchte gerne, daß wir, wenn wir nach Hause gehen und in unseren Kommunalparlamenten und Landtagen zur Finanzpolitik sprechen und uns andere fragen: „Was habt ihr denn nun für 1993/94, kriegen wir mehr oder weniger, wie macht ihr das?", unter Hinweis auf diesen Parteitag sagen können: „Wir haben astreine Beschlüsse und nicht irgendeine Wackelei." Meine Freunde, ich erinnere an den Nebensatz in der Rede des Bundeskanzlers vom Montag, in dem er die Dringlichkeit einer Sparpolitik in den Jahren 1993 und 1994 umschrieben hat und in dem er die große Verantwortung derjenigen betont hat, die sich dem entziehen wollen und wohlfeil und sofort Steuererhöhungen wollen. Das ist der Kurs der SPD seit 1990. Diejenigen, die das tun, müssen gewarnt sein; sie müssen an ihre Verantwortung erinnert werden. Aber der Bundeskanzler wollte doch kein neues Faß für eine Steuerdebatte 1993/94 jenseits dessen, was wir gerade beschließen, aufmachen.

(Beifall)

Liebe Freunde, das geht auch nicht. Beispielsweise die FDP hat uns doch in einer sehr hilfreichen Form zugerufen, daß sie diesen Weg mitgeht, und zwar ohne Streit, den wir in solchen Fragen so oft hatten. Das ist ja auch ein Stück Vertrauen und Sicherheit.

Wir haben heute morgen erlebt, daß der Bundeskanzler und Parteivorsitzende der CDU, der Vorsitzende der CSU und Finanzminister und der Vorsitzende der gemeinsamen Fraktion Erklärungen dazu abgegeben haben. Ich zitiere Herrn Schäuble wörtlich: „Dafür und nur dafür – nämlich für den Länderfinanzausgleich-Ost und die Bewältigung der Altlasten aus den drei großen Bereichen – müssen wir die Steuern 1995 erhöhen, dafür und nur dafür.

Ich sage deshalb auch allen eklektizistischen Auslegern von Reden und Parteitagsbeschlüssen und Nebensätzen – auch in der Publizistik, auch in vielen Verbänden, in der Wirtschaft: Das ist die Linie der CDU.

(Beifall)

Ich füge etwas hinzu: Wer diese Linie für falsch hält – auch als Delegierter –, was sein gutes Recht ist, der soll hier herkommen und sagen, daß nach seiner Überzeugung Fakten gesichert werden müssen, daß am Haushalt 1993 noch etwas mit Blickrichtung auf Steuererhöhungen geändert werden muß. Er soll ferner sagen, daß er glaubt, daß er es 1994 nicht packen kann. Das kann er hier doch tun. Aber er kann nicht nach Hause fahren und Presseerklärungen des Inhalts abgeben, daß wir es eigentlich anders gemeint haben, als wir es beschlossen haben.

(Beifall)

Meine Freunde, ich erwähne nur einen kleinen Punkt am Rande, weil Klarheit so unendlich wichtig ist. Theo Waigel hat für die Fragen der Bahnfinanzierung, die Herr Krause soeben ansprach, die Abdeckung durch neue Einnahmen schon angesprochen. Das ist kein Bruch der Deutung auf 1995, wenn wir uns zur Lösung der Verkehrsfrage, sofern die Dinge in der EG klar sind, mit Abgabenerhöhungen beschäftigen müssen. Das muß denjenigen klar sein, die etwa wieder an einer neuen Legende dichten wollen.

Ich erinnere an das Herbstgutachten, das wir alle gestern zur Kenntnis genommen haben, oder an die Steuerschätzung Mitte November, die wir noch zur Kenntnis nehmen werden. Wenn Steuereinnahmen etwa durch eine kleine konjunkturelle Delle zurückgehen, dann ist das schon gar kein Argument für Steuererhöhungen, sondern eher ein Argument für noch größere Einsparungen oder in ganz begrenztem Umfang für die Ausschöpfung einer Kreditfinanzierung. Aber wir können doch keinesfalls in die

Baisse hinein eine Steuererhöhung vornehmen. Das muß unsere Öffentlichkeit, das müssen die wirtschaftenden Kräfte wissen. Ich glaube, daß es wichtig ist, daß wir das klarstellen, nachdem wir doch – ich habe ein Bündel von Pressemeldungen über den gestrigen Tag bei mir – von Freunden erfahren haben, daß sie der Meinung sind, 1993/94 müsse sich Zusätzliches tun. Sie mögen es hier begründen, damit man sich darüber auseinandersetzen kann.

(Beifall)

Aber wer dann mitträgt, was hier beschlossen wird, der möge es bitte bis ganz unten mittragen und dann nicht eigene Wahrheiten draufsatteln.

(Beifall)

Zweiter Aspekt: Wir müssen schnell entscheiden, und zwar sowohl über den Solidarpakt als auch über die Steuererhöhungen. Wenn wir jetzt alle zurückfahren, fahren wir in eine Leidenszeit hinein. Das sage ich Ihnen voraus. Es ist eine Leidenszeit von sechs bis acht Wochen. Ich bitte aber auch alle Auguren der Wirtschaftspolitik, Verunsicherung der Wirtschaft durch Politik nicht mit sechs bis acht Wochen Wahrheitsfindung in einer Partei und in der Öffentlichkeit gleichzusetzen. Wenn wir jetzt über Steuererhöhungen für 1995 nachdenken müssen, nämlich über die Art, die Höhe, einen eventuellen Mix aus Verbrauch- oder Ertragsteuern oder das eine oder das andere, dann ist das eben von Auseinandersetzungen begleitet. Nur, sie müssen ein Ende haben.

Ich füge auch hinzu: Der Länderfinanzausgleich hat dafür keine Vorgreiflichkeit. Wenn man über den Länderfinanzausgleich und die Verteilung von Finanzströmen der Ebenen reden will, muß man vielmehr wissen, welche Steuern man erhöhen will, weil das ganz unterschiedlich zu Buche schlägt. Der Solidarpakt hat zur Voraussetzung, daß wir einbringen, welche Abgabenpolitik wir betreiben wollen. Das können wir ja nicht von der Seite der Sozialpartner auf uns zukommen lassen.

Ich plädiere sehr dafür, daß wir alle Anstrengungen unternehmen, etwa um Weihnachten herum mit dieser Debatte in den eigenen Reihen abzuschließen und sodann Leitsätze für die Art und die Höhe der Steuererhöhungen zu beschließen. Diese Leitsätze können wir auch schaffen. – Danke sehr, meine Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Ulf Fink das Wort.

Ulf Fink: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit diesem Leitantrag ist in der Öffentlichkeit zu Recht vom Parteitag der Wahrheit die Rede. Wir müssen die Probleme wirklich lösen, damit die Öffentlichkeit und die Menschen, die mitmachen sollen, auch wirklich wissen: Die Probleme werden auch gelöst. Dazu gehört nicht nur die Erkenntnis, daß die Bundesregierung allein die Probleme der deutschen Einheit nicht bewältigen kann, sondern dazu gehört auch, daß Länder, Gemeinden, die Sozialpartner auch wirklich mitmachen.

Ein solcher Solidarpakt wird aber nur unter der Voraussetzung zustande kommen können, daß das Konzept erstens finanziell glaubwürdig ist, daß den Beteiligten zweitens nicht zugemutet wird, was sie nicht wirklich erbringen können, und daß drittens auch wirklich jeder seinen Beitrag leistet.

Es ist in der Öffentlichkeit zu Recht als ein befreiender Schlag empfunden worden, daß in dem Antrag klar gesagt wird, daß Steuererhöhungen unumgänglich sind. Sicher, Steuererhöhungen sollten möglichst gering ausfallen. Sie sind selbstverständ-

lich unpopulär. Wer wollte schon Steuererhöhungen haben? Aber man muß ehrlich sein. Das heißt: Bei aller Sparsamkeit werden wir es nicht erreichen können, ohne Steuererhöhungen hinzukommen. Die Solidargespräche werden auf diese Art und Weise auf eine realistische Basis gestellt.

Wichtig ist aber, nicht zu kurz zu springen. Ich erinnere nur an den Solidaritätszuschlag. Wir haben uns als Christlich Demokratische Union für einen Solidaritätszuschlag eingesetzt, der zwei bis vier Jahre dauern sollte. Wir haben aus Rücksicht auf die Koalitionspartner uns dann dazu bereiterklärt, den Solidaritätszuschlag nur auf ein Jahr zu befristen. Das ist im nachhinein keine richtige Entscheidung gewesen. Deshalb finde ich es gut, daß in dem Antrag des Bundesvorstands jetzt steht, daß die Entscheidungen über die Steuererhöhungen im Zusammenhang mit den Gesprächen über den Solidarpakt bald getroffen werden müssen, in die die Union ihre Vorstellungen einbringen wird. Das heißt: Wir versuchen zu erreichen, daß Steuererhöhungen erst ab 1995 kommen. Voraussetzung dafür ist aber, daß wir in den Solidargesprächen wirklich zu einer Einigung kommen. Deshalb sollten wir nicht von vornherein mit Tabus in die Gespräche hineingehen, die das Thema zum Schluß und zum Ende nicht lösen.

Selbstverständlich müssen auch die Tarifpartner ihren Beitrag leisten. Ich sage auch ausdrücklich: Die Gewerkschaften müssen darauf mit ihrer Lohnpolitik Rücksicht nehmen. Aber man muß sehen: Wenn beispielsweise die Preise in Ostdeutschland um 20 % steigen, dann können die Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern gar nicht vertreten, wenn sie Lohnabschlüsse von 4,5 oder 6 % machen. Deshalb sage ich: Es ist sehr wichtig, daß wir bei der Art der Steuererhöhungen darauf Rücksicht nehmen, daß die Gewerkschaften nicht in einen zusätzlichen Handlungszwang kommen, d. h. Steuererhöhungen dürfen nicht zusätzliche, notwendige Lohnerhöhungen nach sich ziehen.

Ein Letztes: Selbstverständlich ist eine Ausgabenreduzierung erforderlich. Aber die Ausgabenreduzierungen müssen so sein, daß das nicht lediglich ein finanzpolitischer Verschiebebahnhof wird. Was hat es denn für einen Sinn, wenn man bei der Treuhandanstalt keine Gelder einstellt, dann jedoch die Bundesanstalt für Arbeit für die Arbeitsmarktmaßnahmen aufkommen muß? Und wenn man dann bei der Bundesanstalt für Arbeit kürzt, müssen die Länder und Gemeinden dafür über die Sozialhilfe aufkommen. Das ist dann doch nur ein finanzpolitischer Verschiebebahnhof.

Das heißt also: Ausgabenreduzierung in einer richtigen Form, so daß wirklich eine echte Ausgabenreduzierung herauskommt.

Deshalb sage ich ja zum Solidarpakt. Ich sage ja zu den Sparanstrengungen. Ich sage ja zu den Beiträgen aller. Aber dieses Mal muß das Gesamtkonzept wirklich stimmen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Minister Töpfer das Wort.

Prof. Dr. Klaus Töpfer: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Antrag ist ein ehrlicher, ein nüchterner, und, wie ich meine, in dieser Zeit dringend erforderlicher Antrag. Nur die Partei, die in der Vergangenheit Positives geleistet hat, kann jetzt eine solch ehrliche und nüchterne Analyse machen und darauf auch schwierige Entscheidungen aufbauen. Beides bedingt sich.

Ich glaube, es ist richtig, auf die finanzielle Erblast hinzuweisen. Genauso deutlich muß auch sein, daß die Erblast des einst real existierenden Sozialismus wesentlich weiter geht. Es ist die Erblast einer auf Verschleiß gefahrenen Wirtschaft, einer nicht

existierenden Infrastruktur, einer unglaublichen Altlasten- und Umwelthypothek. Da sind die Altlasten: Wir müssen alles tun, damit die Altlasten und ihre Bewältigung uns nicht die Zukunft verbauen, sondern daß wir mit der Bewältigung der Altlasten neue Chancen in Deutschland und für Europa schaffen. Das ist gut möglich, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich das in der Kürze der Zeit nur an einem einzigen Punkt darstellen. Wir haben bis jetzt erreicht, daß die Finanzierung der Bewältigung der Altlasten geregelt ist. Das hat in hohem Maße etwas mit der Überwindung von Investitionshemmnissen zu tun. Wir können etwa den Menschen, die nicht mehr in der Förderung von Braunkohle tätig sein können, sagen: 15.000 von euch sind dafür da, die unglaublichen, alptraumatischen Altlasten in den Tagebauen der Vergangenheit aufzuräumen, zu sanieren und damit Chancen für die Zukunft zu schaffen. Das ist eine gute Sache. Lassen Sie uns dieses Instrument so nutzen, daß es beispielgebend wird für Deutschland, für Europa und für die Welt.

Ich habe gesagt – das steht ja auch in der Koalitionsvereinbarung –, wir brauchen so etwas wie eine Weltausstellung der Sanierungstechniken in den neuen Bundesländern. Es ist gut, daß wir nach Hannover gehen, um Mensch, Natur und Technik auf einer Weltausstellung zu erörtern. Wir haben in den jungen Bundesländern ein Zeichen dafür, wie der Mensch ohne Technik Natur mißbraucht hat. Lassen Sie uns dort der Welt zeigen, daß eine funktionierende Volkswirtschaft das bereinigen und dort wieder eine Heimat und Zukunft für die Wirtschaft schaffen kann. Das ist unsere Botschaft in die Welt hinein.

(Beifall)

Da muß man hinkommen können, ob man in Polen oder in der Ukraine tätig ist. Man muß sagen können: Wenn du Altlasten hast – etwa Tagebaurestlöcher, die mit Abfällen falsch gefüllt sind –, gehe ins Geiseltal, dort kannst du sehen, wie das beispielhaft gemacht wird. Wenn du Probleme hast, einen Teersee zu sanieren, gehe nach Terre oder Zerpe oder Rositz, dort kannst du sehen, wie das beispielhaft gemacht wird. Gehe nach Wismut, wenn du wissen willst, wie eine Altlast aus dem Uranerzbergbau beseitigt werden kann.

Das ändert das Erscheinungsbild der jungen Bundesländer. Das ist für die Investitionen mindestens so wichtig wie eine Fördermark. Von diesen Regionen muß eine junge, dynamische Botschaft ausgehen. Dann kriegen wir dort auch wieder Investitionen zustande.

Arbeit schaffen, sanieren, die Botschaft bringen, daß funktionsfähige Marktwirtschaften das leisten können – meine Damen und Herren, das kostet jetzt kein Geld. Deswegen ist das konjunkturell richtig. Herr Kanther hat völlig recht, und wir wissen das von allen Wirtschaftswissenschaftlern, vor allen Dingen aber von den Praktikern, von Ludwig Erhard und anderen: Für die Konjunktur ist vornehmlich Psychologie eine wichtige Sache. Von diesem Parteitag muß das Signal der Klarheit ausgehen – es muß für alle Bereiche gelten –: Wo wird gespart? Wie wird umgeschichtet? Wie sieht es mit den Einnahmeverbesserungen aus?

Meine Damen und Herren, auch Sparen und Umschichten sind gesamtwirtschaftliche Nachfragekomponenten. Davon hängen Investitionen ab. Wenn wir wollen, daß unsere Wirtschaft in Zukunft wieder investiert, muß sie klare Rahmenbedingungen in allen Bereichen haben. Sie muß wissen: Wo wird gespart? Wie wird umgeschichtet? Welche Einnahmeverbesserungen stehen ins Haus?

Eine Anlage in Rositz können wir heute privat bauen lassen. Ich unterstreiche: nicht erst in fünf Jahren, sondern heute bauen lassen, und zwar aus drei Gründen: Erstens. Wir haben den Sanierungseffekt. Zweitens. Wir haben eine Nachfrage, die privat finanziert wird, die aber erst refinanziert werden muß, wenn die erste Tonne aus dem Teersee kommt. Drittens. Wir haben endlich einmal ein Beispiel dafür, daß solche Technologien die Umwelt entlasten und nicht belasten.

Vielleicht lernen wir dann von den jungen Bundesländern, auch die Probleme in den alten Bundesländern wieder zu bewältigen; denn das allermeiste, worüber wir jetzt diskutieren, hat seine Ursache in 40 Jahren linearer Entwicklung in den alten Bundesländern. Jetzt wird uns nur ganz deutlich, daß wir es ändern müssen, wenn wir die Zukunft meistern wollen. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Bevor ich Ferdi Tillmann das Wort erteile, wollen wir Theo Waigel verabschieden mit Dank für seinen Beitrag auf diesem Parteitag, mit guten Wünschen und Grüßen an den bevorstehenden CSU-Parteitag.

(Beifall)

Herr Finanzminister, vergessen Sie nicht, daß Ihnen der Sozialminister heute schon etwas gegeben hat, nämlich das Wort.

(Heiterkeit)

In diesem Sinne ein herzliches Glückauf.

(Beifall)

Das Wort hat Ferdi Tillmann.

Ferdi Tillmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Eigentlich wollte ich zunächst für unseren Initiativantrag G 25 werben; denn wir sind der Auffassung, daß Entbürokratisierung nicht nur vorübergehend stattfinden muß, sondern eine Angelegenheit von Dauer ist. Aber dankenswerterweise hat sich die Antragskommission unseren Antrag zu eigen gemacht, so daß sich dazu weitere Ausführungen erübrigen.

Unser Vorsitzender hat am Montag in seiner Rede die Reform der Unternehmensbesteuerung als Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze sehr deutlich angesprochen. Auch in unserem Leitantrag, über den wir nachher befinden wollen, heißt es: „Die Steuerpolitik muß weiterhin zum Ziel haben, günstige Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze zu setzen."

Der Bundesfinanzminister hat eben in seiner Rede darauf aufmerksam gemacht, daß er inzwischen den Referentenentwurf eines Standortsicherungsgesetzes auf den Weg gebracht hat. Es ist zwar richtig, daß wir es bei diesem Gesetz nicht mit einer echten Steuersenkung zu tun haben. Das ist uns bekannt, und dafür hätte es eigentlich auch keiner Belehrung auf der Delegiertenversammlung meines Landesverbandes bedurft. Aber richtig ist doch auch, daß es sich bei diesem Standortsicherungsgesetz deswegen, weil es aufkommensneutral ist, nicht um eine Mogelpackung handelt. Vielmehr haben wir es dabei mit einem echten Strukturreformgesetz zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu tun.

Jetzt haben wir in unserem Leitantrag ganz lapidar stehen: „Zur Bewältigung dieser Aufgaben sind Steuererhöhungen notwendig." Es wird gesagt, es sei jetzt die Stunde der Wahrheit, und Herr Kanther hat eben in seinem Beitrag ausgeführt, jetzt habe man Klarheit.

Haben wir diese Klarheit wirklich? Der Parteitag kann sich sicher nicht in alle Details und Steuergesetzgebungsverfahren einmischen. Er muß auch Verhandlungsspielräume offenlassen Er kann auch nicht die Aufgabe des Gesetzgebers übernehmen. Aber – können wir es uns als Delegierte erlauben, einfach über Steuererhöhungen zu beschließen, ohne daß wir wenigstens in etwa wissen, wohin die Reise gehen soll?

(Beifall)

Herr Kanther hat soeben auch diese Fragen angesprochen. Aber ich möchte schon, wenn ich gleich zu entscheiden habe, wissen: Was hat sich denn der Bundesvorstand bei seinem Leitantrag gedacht?

(Beifall)

Geht es um die Erhöhung der indirekten Steuern oder der direkten Steuern? Oder geht es um eine Mixtur von beiden? Ich wiederhole: Das können wir nicht exakt hier erfahren. Das ist klar. Aber eine gewisse Antwort sollten wir Delegierte bekommen, um uns darauf nachher bei der Entscheidung einrichten zu können.

Können wir in den Verhandlungen um den Solidarpakt den Gewerkschaften eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zumuten? Die Mineralölsteuer oder andere Verkehrsabgaben sind, wie wir soeben schon mehrfach gehört haben, für die Bahnstrukturreform bereits vorgesehen. Bliebe also letztendlich nur eine Steuererhöhung auf Einkommen und Erträge – vielleicht sogar nur für alle Besserverdienenden als Ergänzungsabgabe. Würden wir dann die im Jahre 1993 durchgeführte Unternehmenssteuerreform mit der Absenkung der Steuersätze auf 44 Prozent wieder kassieren und die Steuersätze wieder auf die alten Sätze bringen? All dies sind Fragen, auf die ich gern eine ungefähre Antwort hätte. Eine absolute Blankovollmacht – bei allem Vertrauen in Bundesvorstand, Fraktionsvorstand und Bundesregierung – halte ich für nicht ganz dem Selbstverständnis eines Parteitages angemessen. Deshalb wäre ich für eine Klarstellung sehr dankbar.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster Redner hat Eberhard Diepgen das Wort.

Eberhard Diepgen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieser Parteitag ist ein Parteitag der Wahrheit. Einige haben das hier dargestellt. Der Kollege Kanther hat zu Recht aufgefordert, daß gegebenenfalls auch unterschiedliche Akzente, die der eine oder andere Delegierte oder Verantwortliche unserer Partei bei diesem Antrag sieht, klar formuliert werden. Dieser Aufforderung will ich hier nachkommen.

Ich komme zunächst zu der Frage der Steuererhöhungen und des Solidarpakts insgesamt. Ich werte die Beschlußlage und die Diskussion, die wir hier führen, vor dem Hintergrund der notwendigen Öffnung unserer Partei auch für mögliche Steuererhöhungen, weil wir in Verhandlung mit den gesellschaftlichen Gruppen, mit den Gewerkschaften und mit den Arbeitgebern über einen Solidarpakt nicht gehen können, wenn wir hier nicht die bisherige Position aufgegeben haben. Das gehört zu dieser Stunde der Wahrheit.

Aber, ich sage auch mit aller Deutlichkeit: Die Finanzierungsprobleme für das Jahr 1993 und für das Jahr 1994 sind für eine Reihe von Ländern, für eine Reihe von Kommunen, insbesondere in den neuen Ländern, nicht gelöst.

(Beifall)

Die Tatsache, daß noch vor wenigen Wochen die Ministerpräsidenten der jungen Länder im Bundesrat, aber auch in der Ministerpräsidentekonferenz, klare Daten gesetzt haben, ist nicht plötzlich weg, weil wir einen Parteitag haben. Deswegen bleibe ich dabei: Wir haben hier eine Öffnung vorgenommen. Ich halte es nicht für sinnvoll, jetzt irgendeine Formulierung zu wählen, daß nur für dieses gegebenenfalls Einnahmeverbesserungen in den öffentlichen Haushalten vorgenommen werden.

(Beifall)

Ich komme jetzt zu meinem zweiten Punkt. Das, was wir hier beschließen, muß vor dem Hintergrund der bevorstehenden Steuerschätzungen gesehen werden, aber auch vor dem Hintergrund der gesamten Haushalts- und Finanzpolitik von Kommunen und Ländern. Da gibt es eine Bedingung, und auf die möchte ich hier mit aller Deutlichkeit hinweisen. Dies tue ich auch mit der Bitte an alle Delegierte um ein wenig Verständnis, wenn immer wieder zum Teilen gedrängt wird. Zum Teilen – darüber ist oft gesprochen worden – gehört auch ein Stück Beschränken. Ein Stück Beschränken bei den Haushaltssteigerungen gehört ebenfalls dazu. Das ist ein Kernpunkt.

In dem Vorschlag des Bundesvorstands ist die Rede davon, daß die Steigerungsraten in den Haushalten nur zwischen 2,5 und 3 Prozent liegen dürfen - das muß aber wirklich eingehalten werden.

(Beifall)

Folgendes muß ich mit aller Deutlichkeit aus Berliner Sicht sagen: Wenn einem Land wie Berlin, einem Land, das Aufbau im Ostteil der Stadt zu leisten hat, zugemutet wird – man könnte auch sagen: erzwungen wird –, daß wir für das Haushaltsjahr 1993 nur eine Steigerungsrate von knapp über 1 Prozent haben, dann kann mir niemand sagen, daß die Länder im Westen der Bundersrepublik Deutschland nicht zu ähnlichen Leistungen in der Lage sind. Das kann mir niemand sagen. Diese Forderung richte ich hier auch an alle Verantwortlichen.

(Beifall)

Meine dritte Anmerkung – ich bitte um Verständnis, daß ich das hier noch sage: Wir haben in dem Antrag das Bekenntnis zu einer verantwortungsbewußten Tarifpolitik. Dabei bekennt sich die Union – hier möchte ich den Akzent anders setzen – dazu, daß die Anpassung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West langsamer vorgenommen werden soll. Ich bin hier sehr skeptisch. Ich warne die Partei und uns alle davor, nur einfach zu sagen: Das muß langsamer geschehen. Unser Bekenntnis muß sein, daß sich die Schere in angemessener Zeit auch schließt. Dies gilt im übrigen auch bei den Lohntarifen.

(Beifall)

Es ist nicht einsehbar, daß man unter dem Gesichtspunkt der Produktivität sozusagen pauschal vorgeht. Ich weiß jedenfalls vor dem Hintergrund der Leistungsfähigkeit, die ich in Hotels in Dresden und in Leipzig erlebt habe, nicht, ob da die Produktivität geringer ist als bei Hotels in Köln. In bezug auf die Leistungsfähigkeit sehe ich unterschieliche Positionen. Deswegen müssen wir den Akzent stärker auf Unterschiede in den Branchen und in den Regionen setzen. Da müssen die Öffnungsklauseln liegen.

(Beifall)

Aber bei dem Grundbekenntnis, daß sich die Schere schließen muß, muß es bleiben.

Wir müssen uns dazu bekennen, zu definieren, in welchen Bereichen und in welchen Zeitabläufen wir die Anpassung der Lebensverhältnisse brauchen. Dazu gehören: gleiche Chancen im Berufsleben und das soziale Netz. Und danach kommen die ganzen Fragen der Infrastruktur.

Ich komme jetzt zu meiner letzten Anmerkung. Wenn wir von Erblasten reden, dann sind das nicht nur die Schulden, die hier immer wieder aufgelistet worden sind, das sind vor allem auch die notwendigen Kosten und Aufbauleistungen. Dabei handelt es sich um Aufbauleistungen, die bisher in den neuen Ländern nicht getätigt werden konnten. Das alles gehört unmittelbar zusammen.

Wir müssen daran mit ein bißchen mehr Mut herangehen. Das gilt auch bei der Frage der Entbürokratisierung. Soeben hat Herr Tillmann zu diesem Punkt gesprochen. Die Formulierung „Wir übertragen vielleicht, was sich im Osten bewährt hat auf den Westen" halte ich für zu defensiv. Nutzen wir doch endlich die Chance der deutschen Einheit auch dafür, einen Teil von Bürokratie aus dem Westen, und zwar bewußt, wegzuwerfen. Wir sollten das bewußt tun. Das ist der Auftrag der deutschen Einigung – neben vielen anderen Dingen : – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster Redner hat Friedhelm Ost das Wort.

Friedhelm Ost: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, wir sind uns alle darüber klar, daß wir uns wirtschaftlich in einer außerordentlich schwierigen Entwicklungsphase befinden. In Westdeutschland erlahmen zur Zeit die Wachstumskräfte. In Ostdeutschland haben wir – bei allen Anstrengungen, die gemacht worden sind – immer noch nicht die Kraft für einen sich selbst tragenden Aufschwung erreicht. Wir sehen auch, daß wir von der Weltwirtschaft nicht die großen Impulse erhalten, die wir uns wünschen. Deshalb denke ich, am wichtigsten ist es jetzt, alles zu tun, um hierzulande die Wachstumskräfte zu mobilisieren und zu stärken, und zwar so schnell wie möglich, ja noch in diesem Jahr. Dies muß das Signal auch von diesem Parteitag aus sein.

(Beifall)

Es ist doch klar: Wenn man Kreislaufstörungen hat, läßt man niemanden zur Ader, sondern stabilisiert den Kreislauf. Dies ist kurzfristig die große Aufgabe. Ich denke, in diesem Antrag ist richtig und wegweisend formuliert worden, daß wir einen Solidarpakt brauchen, und zwar einen Solidarpakt auf allen Ebenen; zwischen den Tarifpartnern und zwischen den verschiedenen Gebietskörperschaften.

Wir haben doch einen großen Fehler gemacht, der auch der Erblast zuzurechnen ist: Wir haben 1990, 1991 und 1992 große Summen von Westdeutschland nach Ostdeutschland transferiert, haben diese Summen sozusagen aus unserem Sozialprodukt, aus unserem Kuchen herausgenommen, diese Kuchenstücke über Tarifverträge und andere Dinge hier dann aber teilweise dann doch noch einmal verteilt. Dies ist das große Problem, das gelöst werden muß.

Wir sollten auch darauf achten, daß wir nach draußen das Signal geben, daß es hier nicht um neue Umverteilungspolitik geht, daß es nicht um neue Sünden gegen die Soziale Marktwirtschaft geht. Bei Steuerlast, Abgabenquote und Staatsquote haben wir inzwischen wieder ein Rekordniveau erreicht. Das ist angesichts des Jahrhundertereignisses der Wiedervereinigung allerdings verständlich. Der Weg muß aber in Richtung Absenkung dieser zu hohen Quoten gehen. Ich meine, Wachstum und Beschäftigung sind die wichtigsten Einnahme- und Steuerquellen, die wir uns denken können.

Wir sollten auch endgültig aufhören, bei Sozialdemokraten und anderen Anleihen zu machen. Wir sollten aufhören, hier über Gerechtigkeitslücken, eine Zweidrittelgesellschaft und ähnliche Dinge zu reden. Mit diesem Gerede füllen wir keine Investitionslücke, keine Betriebslücke und keine Arbeitsplatzlücke.

(Beifall)

Wir brauchen für eine gewisse Phase des Umbaus und des Aufbaus möglicherweise auch nicht immer die Elle der absoluten Gerechtigkeit anzulegen. Ich weiß auch nicht, ob wir absolute Gerechtigkeit auf Erden überhaupt erreichen können. Es ist deshalb, glaube ich, richtig, bei allen finanzpolitischen Operationen und bei allen sozialpolitischen Operationen zu prüfen und darauf zu achten, ob die entsprechenden Maßnahmen schaden oder nützen, wenn es um Wachstum und Beschäftigung geht. Wir müssen jeweils fragen: Werden die Investitionen dadurch erhöht? Werden den Betrieben dadurch neue Impulse gegeben? Lassen diese Maßnahmen die Gründung neuer Existenzen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu? Wir müssen in einer konzertierten Aktion, in einer synchronisierten Aktion sicherlich verschiedene Maßnahmen ergreifen. Wir müssen bei den konsumtiven Ausgaben in West- und auch in Ostdeutschland zugunsten investiver Aufgaben sparen. Wir müssen deregulieren und entschlacken. Das ist alles richtig gesagt worden. Wir müssen für eine bestimmte Zeit auch in der Sozialpolitik neue Prioritäten setzen. Lean production in der Wirtschaft muß auch eine Verschlankung des Staatsapparates auf allen Ebenen zur Folge haben.

(Beifall)

Dies heißt kurzfristig: keine weiteren Steuer- und Abgabenerhöhungen außer denen, die schon beschlossen worden sind. Dies heißt mittelfristig: Nach einer kräftigen Wachstumsförderung ist sicherlich die Position der Finanzierung über Steuererhöhungen, die Finanzierung eines Erblastenfonds und auch eines gerechten und fairen Finanzausgleichs zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland, zwischen westdeutschen und ostdeutschen Ländern offenzuhalten. Insofern sollten wir hier auf diesem Parteitag in der Tat nicht nur ein steuerpolitisches Signal aussenden, sondern auch ein ordnungspolitisches klares Signal für die Soziale Marktwirtschaft, für mehr Wachstum, Investitionen und Beschäftigung. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Peter Rauen das Wort. Danach folgt Herr Jäger aus Nordrhein-Westfalen.

Peter Rauen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der Antrag des Bundesvorstandes sagt einerseits: Sparen auf allen öffentlichen Ebenen, auch im sozialen Bereich - dem stimme ich voll zu -, und andererseits: Steuererhöhungen ab 1995. Das ist meiner Meinung nach ein Widerspruch. Wenn ich heute jemandem, der kein Geld hat, sage, daß er in drei Jahren Geld bekommt, wird er heute nicht anfangen zu sparen, sondern er wird anfangen, Geld auszugeben.

(Beifall)

Darin sehe ich ein wirklich großes Problem. Wir haben vor kurzem die Eckwerte für die Finanzpolitik beschlossen. Wir gehen von einem Wachstum der Ausgaben in Höhe von 3 % aus. Bei einem nominalen Wachstum des Bruttosozialprodukts von 6,5 % würden dann 35 Milliarden DM jährlich zusätzlich in die öffentlichen Kassen fließen, die zur Verfügung stehen, um die großen Herausforderungen zu finanzieren. Ich befürchte, daß dann, wenn dieses Sparziel nicht erreicht wird, der Umfang der Steuererhöhungen unwahrscheinlich groß wäre. Ich habe große Bedenken, ob diese Anstrengungen zum Erfolg führen. Die Nachrichtenlage der letzten zwei Tage, wonach eben nicht gespart wird, scheint mir recht zu geben.

Liebe Parteifreunde, ich habe in diesem Zusammenhang aber ein ganz anderes Problem. Wir haben heute eine Staatsquote von 50 % und eine Steuer- und Abgabenquote von 42 %. Das ist wegen der deutschen Einheit verständlich. Als wir 1982 nach 13 Jahren verfehlter Wirtschafts- und Finanzpolitik der sozialliberalen Regierung die gleichen schlechten Daten hatten, war es unsere Partei, die gesagt hat: Leistung muß sich wieder lohnen. Unsere Partei ist damals für Ausgabenbegrenzungen eingetreten, um dadurch zu erreichen, daß Leistung erbracht wird und dadurch mehr Steuermittel in die Staatskassen kommen. Liebe Parteifreunde, das war unsere Politik. Dadurch wurden über 4 Millionen Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen. Obwohl eine Steuerreform dem Bürger mehr Geld in der Tasche beließ, war Geld da, um 1989 für die deutsche Einheit gerüstet zu sein.

Ich frage mich: Stimmt diese Rechnung heute noch? Dies geht nicht nur ein paar Unternehmen an. Dies geht Millionen von Arbeitnehmern an, die heute das Gefühl haben, daß ihnen von ihrem Bruttoverdienst netto zu wenig verbleibt. Wenn die Leistungsbereiten die Leistung nicht mehr erbringen, ist alles, worüber wir hier reden, Makulatur. Steuern und Abgaben sind keine Stellschraube, an der man beliebig drehen kann, um mehr Geld in die Kassen zu bekommen. Wenn sich der einzelne Mensch überbelastet fühlt, wird er seine Leistung nicht mehr erbringen. Letztlich wird dem Staat dann das Geld fehlen.

(Beifall)

Wir müssen bei allem, was in den nächsten Wochen ansteht - ich bitte unseren Kanzler und den Fraktionsvorsitzenden, dies allen klarzumachen -, deutlich sehen, daß erst dann, wenn die Steuer- und Abgabenquote wieder sinkt, die Möglichkeit gegeben ist, Steuererhöhungen vorzunehmen. - Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei Peter Rauen, daß er seine Redezeit nicht ausgeschöpft hat. Der einzelne muß ja nicht fünf Minuten sprechen; er soll höchstens fünf Minuten sprechen. Ich gebe jetzt Herrn Bernd Jäger aus Nordrhein-Westfalen das Wort. Ihm folgt Elmar Pieroth.

Bernd Jäger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es war sicherlich nur Zufall und nicht das Produkt der Parteitagsregie, daß zunächst einmal diejenigen, die im Bundesvorstand bereits die Gelegenheit hatten, ihre Auffassung zu dem Antrag kundzutun, hier reden dürfen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Darf ich Sie eben einmal unterbrechen. Wenn Sie wüßten, wie wir hier oben Einfluß darauf nehmen, daß nicht nur Minister, sondern auch Delegierte, obwohl sie sich später zu Wort gemeldet haben, rechtzeitig zu Wort kommen - ein Beispiel dafür sind Sie -, würden Sie diese Kritik nicht angebracht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Jäger: Dann darf ich mich herzlich bedanken. – Ich möchte zwei Bemerkungen zum Thema machen. Zum ersten möchte ich hier beantragen, den Satz unter Ziffer II 9 zu streichen, der lautet:

Zur Bewältigung dieser Aufgaben sind Steuererhöhungen notwendig.

Meine Damen und Herren, wir haben in Deutschland keine Gerechtigkeitslücke. Wir haben eine Investitionslücke. Wenn wir diejenigen, die leistungsbereit sind und die

Leistung für dieses Land einbringen wollen und die dies auch tatsächlich tun, nicht endgültig verprellen wollen, müssen wir von der Steuerschraube fernbleiben. Der Solidarpakt ist nicht gegen den Markt, sondern nur mit dem Markt möglich.

Nun zu dem zweiten Punkt. Ich bin der Auffassung, daß von diesem Parteitag nicht ein Signal der Klarheit, sondern ein Signal der Unklarheit ausgeht. Deswegen möchte ich hier den Vorschlag machen, daß wir jede Subvention, jede Finanzhilfe und jede Steuervergünstigung vom nächsten Haushaltsjahr an um 30 % kürzen. Dies wäre ein Signal der Klarheit, das auch unserer Volkswirtschaft zugute kommen würde.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht die Aufgabe, den Begriff der Gleichheit in diesem Lande so hochzustilisieren, daß wir nur unsoziale Zustände und Gleichheit in Armut schaffen. Wir müssen die Chancen der Ungleichheit sehen, weil nur dann diejenigen, die leistungsbereit sind, auch wirklich Leistung bringen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Danke schön. Jetzt hat Elmar Pieroth das Wort. Ihm folgt Norbert Blüm.

Elmar Pieroth: *Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich begrüße* die Zielrichtung und eine ganze Reihe von Maßnahmen des Antrages G1: die höhere Investitionszulage für Gründer im Osten, die Verkürzung der Genehmigungsverfahren, die alsbaldige Erledigung der Wohnungsbauschulden und insbesondere das Herausstellen der sozialistischen Erblast. Mit vielen Freunden in der Mittelstandsvereinigung von CDU und CSU wollen wir uns um die Finanzierungsfragen nicht herummogeln.

Alle zusammen, die ganze Partei, müssen jetzt in den Beratungen jede, aber auch jede Anstrengung unternehmen, damit zum Schluß, wenn auch die Tarifpartner ihren unverzichtbaren Beitrag geleistet haben, dem Ergebnis des Ganzen, dem Solidarpakt, zugestimmt werden kann.

Dem Leitantrag G1 des Bundesvorstandes kann ich nicht zustimmen, und ich will dafür drei Gründe nennen:

Keiner kann Steuererhöhungen ausschließen. Gerade nach dem gestrigen Gutachten der Forschungsinstitute gilt es aber, jetzt zuallererst alle Wachstumskräfte in Deutschland zu mobilisieren, die Menschen zu motivieren, damit sie mehr Existenzen, mehr Firmen gründen, und die Zinsen zu senken.

Damit komme ich schon zu dem zweiten Grund: Deshalb müssen zuallererst alle Einsparpotentiale in den öffentlichen Haushalten realisiert werden. Das Sparen für den Aufschwung Ost hat in vielen alten Bundesländern noch gar nicht begonnen. Wir brauchen zuerst die föderale Konsolidierungsstrategie, von der der Bundesfinanzminister gesprochen hat. Es muß doch einen Grund haben, daß in Bayern, einem blühenden Land, die Haushaltssteigerungsrate für das nächste Jahr 5,9 % ausmacht, während wir in Berlin mit 1 % auskommen müssen. Ich will Ihnen den Grund nennen: In Berlin haben wir kein Geld mehr, und das, was wir nicht haben, geben wir auch nicht aus.

Wenn jetzt die Steuern erhöht werden, wirkt das doch so, wie Peter Rauen es vorhin zum Ausdruck gebracht hat: Dann wird viel weniger gespart werden, und das darf nicht sein. Zuerst muß gespart werden; dann erst darf über Steuern geredet werden.

(Zustimmung)

Viele Menschen haben es schwer, mit Geld umzugehen. Wir Politiker haben es noch schwerer: Wenn wir es haben, geben wir es auch aus. Das ist meine ganz große Sorge. Deshalb muß mit dem Sparen unverzüglich begonnen werden.

Das leitet zum dritten Punkt über: Die Steuererhöhungsdiskussion muß jetzt beendet werden. Wenn Erhöhungen unvermeidbar sind, dann nur als allerletztes Mittel und zweckgebunden für den Erblastfonds und den Länderfinanzausgleich. Dabei müssen die Lasten gerecht verteilt werden, indem der Rahmen für Investitionen und Arbeitsplätze günstig gesetzt wird, im Westen wie im Osten. Unternehmenssteuerreform und Investitionszulage gehören zusammen.

Ich will zusammenfassen: Die Arbeitsplatzlücke zu schließen, das ist die Aufgabe. Die große Gerechtigkeitslücke liegt darin, daß die Menschen keine Arbeit finden! Die Arbeitsplatzlücke dürfen wir nicht vergrößern; wir müssen sie schließen. Das schaffen wir auch! Im Land mit den höchsten Steuersätzen müssen wir die Entscheidungen sehr klug treffen. Wir dürfen auf keinen Fall dabei helfen, daß mit deutschem Kapital im Ausland mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir brauchen die Arbeitsplätze bei uns in Deutschland. Vergessen wir nicht: 1 % Wachstum bringt 10 Milliarden Steuermehreinnahmen, fast so viel wie 1 % Mehrwertsteuererhöhung.

Die CDU-Parteitage sollten Wachstumsparteitage bleiben und nicht Steuererhöhungsparteitage werden!

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Norbert Blüm.

Dr. Norbert Blüm, Stellvertretender Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Ich bin zweimal angelaufen und zweimal mit Rücksicht auf das Mannschaftsspiel der CDU nicht abgesprungen. Zum einen habe ich vor der Bundestagswahl zu denen gehört, die gesagt haben: An einer Steuererhöhung wird die deutsche Einheit nicht scheitern. – Es gab große Entrüstung. Ich habe mich dem aus Solidarität gebeugt. Dazu bekenne ich mich; ich bin kein Einzelspieler.

Zweiter Anlauf: Beim Solidaritätszuschlag war der Vorschlag der CDU: 4 Jahre. Ich habe mich dem Koalitionsspiel gebeugt: ein Jahr.

Jetzt sind wir beim dritten Mal. Beim dritten Mal lasse ich mich nicht mehr abpfeifen.

(Zustimmung)

Ich kann rechnen, und Adam Riese sagt mir: Wir kommen um eine Steuererhöhung nicht herum. Wenn das ein Parteitag der Wahrheit ist, dann muß die Partei diese Wahrheit auch akzeptieren. Mit Lebenslügen läßt sich keine Politik machen.

(Beifall)

Nun bin ich ja nicht in Steuererhöhungen verliebt. Mein Gott, wer ist das überhaupt? Aber da höre ich, wir müßten mit dem Sparen beginnen. Ja, was machen wir eigentlich die ganze Zeit? 10. AFG-Novelle: 8 Milliarden! Da will ich einmal sehen, lieber Kollege Pieroth, ob das Land Berlin im Bundesrat dieser Sparaktion zustimmt. Bitte nicht nur Worte, sondern Butter bei die Fische! Das wollen wir doch einmal sehen!

(Beifall)

Vom Sparen sprechen, das habe ich schon lange gehört. Es geht ums Machen, und das machen wir sehr tüchtig. Das Gebot des Sparens gilt übrigens auch für die Länder und die Kommunen.

Sollte jemand meinen, der Solidarpakt würde aus zwei Sachen bestehen, aus dem Sparen im Sozialbereich und aus Lohnzurückhaltung, kann er sich die Einladung sparen. Dieser Solidarpakt kommt nicht zustande. Wenn, dann müssen die Lasten auf alle Schultern verteilt werden.

(Zustimmung)

Ich sage noch einmal: Es kann euch das Wort „Gerechtigkeitslücke" passen oder nicht passen; fest steht, daß die Lasten ungleich verteilt sind. Und warum so allergisch, Kollege Rauen? Der Handwerker ist mit bei denen dabei, die mehr zahlen. Die Lohnnebenkosten werden vom Handwerker bezahlt. Drei Punkte in der Sozialversicherung sind einheitsbedingt. Die bezahlt der Handwerker mit den Arbeitnehmern mit. Die bezahlt nicht der Beamte, die bezahlt nicht der Minister, und die bezahlt nicht der Selbständige ohne Arbeitnehmer. Was ist daran gerecht? Es wäre sogar eine Entlastung der lohnintensiven Betriebe, wenn es gerechter zuginge.

Liebe Freunde, die Gerechtigkeitsfrage ist dann, wenn man sparen muß, sensibler zu beantworten als in Zeiten des Wachstums. Wenn man sparen muß – und wir müssen sparen, sehr schmerzhaft sparen –, muß man für Gerechtigkeit noch sensibler sein als in Wachstumszeiten. Da kann man großzügiger sein.

Ich bekenne mich auch ausdrücklich zu einer Lohnpolitik der Zurückhaltung, allerdings auch zu einer Lohnpolitik der Differenzierung. Wie wollen Sie denn einem Opel-Arbeiter in Eisenach, dessen Produktivität 30 % höher ist als die Produktivität seiner Kollegen in Rüsselsheim und in Bochum, klarmachen, er solle einen niedrigeren Lohn haben? Das können Sie ihm nicht klarmachen. Wenn er genauso produktiv arbeitet wie sein Kollege im Westen, bekommt er auch den gleichen Lohn.

(Beifall)

Anders ist es – das ist auch ein Gebot der Vernunft –, wenn Löhne Betriebe ruinieren. Dann muß man eine zurückhaltende Lohnpolitik machen. Man kann die Kuh, die man melken will, nicht schlachten. Also hilft uns nur Differenzierung.

Ich füge hinzu: Wir müssen die Frage der Eigentumsbildung ernster nehmen. Am Ende des Einigungsprozesses kann nicht stehen, daß die Besitzer im Westen sind und die Eigentumslosen im Osten. Das wäre eine – diesmal regionale – Bestätigung von Karl Marx. Das kann nicht unsere Philosophie sein!

(Beifall)

Mit viel Geld, auch mit Lohnsteuergroschen, werden Investitionen gefördert; die Deutsche Bundesbank hat nachgerechnet: bis zu 100 %, wenn man alles in Anspruch nimmt. Nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit, sondern auch im Blick auf die Akzeptanz des Eigentumsbegriffs frage ich: Wie schaffen wir es, daß die Eigentumsverteilung am Ende des deutschen Einigungsprozesses nicht einseitig ist, daß nicht eine neue Spaltung – Eigentumslose im Osten, Eigentümer im Westen – eintritt? Das wäre nicht unsere Gesellschaft. Wir sind eine Gesellschaft, die an Stelle des sozialistischen Gemeineigentums Eigentum in Arbeitnehmerhand will. Das ist die eigentliche Alternative zum Sozialismus.

Nun, meine lieben Freunde, der langen Rede kurzer Sinn: Der Solidarpakt ist wie ein Stuhl mit drei Beinen. Die Melker wissen: Das sind die stabilsten Stühle. Die drei Beine sind: Sparen, Einnahmeverbesserungen und Lohnvernunft. Wenn jemand ein Bein wegschlägt, fällt der Stuhl um. Deshalb brauchen wir Bereitschaft auf allen Seiten. Jeder darf nicht nur von anderen etwas verlangen, sondern muß selber bereit sein, über alle Schatten zu springen.

Ich finde es wichtig, daß dieser Parteitag heute die Kraft zur Wahrheit, die Kraft zur Klarheit hat. Sparen allein langt nicht. Wir brauchen auch Einnahmeverbesserungen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Udo Haschke, Landesverband Thüringen, das Wort.

Udo Haschke: Herr Tagungspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich trete hier an, um eindringlich für den Leitantrag des Bundesvorstands zu werben. Ich werbe dafür, weil in diesen Leitantrag die Beschlüsse der Erfurter Tagung der Abgeordneten der neuen Bundesländer vom Sommer dieses Jahres eingeflossen sind, die im Geschäftsführenden Vorstand der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages in Leipzig aufgegriffen worden sind, und weil darin auch die Ergebnisse von zehn Arbeitsgruppen eingeflossen sind, die sich aus Angehörigen der zuständigen Ministerien und aus Abgeordneten der Koalition zusammengeschlossen haben.

Ich werbe eindringlich für die Unterstützung dieses Leitantrags, weil sich in diesem Leitantrag und auch bei seinem Entstehen die CDU aufs neue als die Partei erweist, die es mit der deutschen Einheit ernst meint.

Ich werbe dafür, daß wir das nicht nur mit der Stimmkarte tun. Es ist leicht, die Stimmkarte zum Zeichen dafür zu heben: Jawohl, wir stimmen diesem Leitantrag zu.

Formulierungen wie „Alle müssen" oder „Wir sollen" sind wunderschön. Denn am Ende kann man unter Umständen sagen: Alle? Gewiß. Aber nicht unbedingt ich.

Ich erinnere an das, was gestern mein sächsischer Freund Eggert gesagt hat: Es ist leichter, an der Gürtelschnalle des anderen zu ziehen. Aus diesem Antrag muß klar werden: Ich muß! Ich muß an Ort und Stelle! Auch wenn jetzt nicht mehr tausend Delegierte anwesend sind, ist eine große Zahl potentieller Multiplikatoren anwesend.

Ich bitte, daß wir aus diesem Antrag Verbindlichkeit für die eigene Person mitnehmen. Dafür ein Beispiel: Ein Antrag eines Kreisverbands verlangt, mit Fördermaßnahmen auch arbeitslose Akademiker in den neuen Bundesländern zu unterstützen, auch durch die Instrumente des Arbeitsförderungsgesetzes. Dazu wird vorgeschlagen: Überweisung an die Bundestagsfraktion. Das ist richtig. Dorthin gehört der Antrag. Über die Förderinstrumente muß man diskutieren und kann man streiten. Aber die bloße Überweisung an die Bundestagsfraktion genügt nicht. Die Überweisung muß verbunden sein mit dem Votum, dies im Sinn des Antrags zu behandeln und zu beschließen.

Es ist ja wichtig, zu überlegen – ich greife das auf, was Elmar Pieroth gesagt hat: Finanziere ich aus dem Haushalt unseres lieben Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung laufend Arbeitslose, oder setze ich vorübergehend eine viel geringere Summe an Geld ein, um die Leute wieder in Produktivität zu versetzen und wieder dahin zu bringen, daß sie am Gesamtsozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland teilnehmen?

Als letztes schlage ich die Änderung eines Antrags vor. In dem Antrag G1 finden wir den Satz: Wir wollen alle Anstrengungen unternehmen, damit in Zukunft jeder in den neuen Ländern Anteil am Aufbauerlebnis hat.

Ich möchte gern den Satz so umstellen, daß er lautet: Wir wollen alle Anstrengungen unternehmen, damit in Zukunft jeder – jede Frau, jeder Mann – in Deutschland am Aufbauerlebnis in den neuen Bundesländern Anteil hat.

Denn das Aufbauerlebnis, das Aufbauwerk in den neuen Bundesländern ist dadurch zustande gekommen, daß diese unsere Bundesrepublik Deutschland um fünf neue Länder, um 16 Millionen Menschen reicher geworden ist.

Angesichts dessen erübrigt sich am Ende vielleicht manche Diskussion darüber: Was tue ich denn zur Sicherung meines zugewachsenen Reichtums?

Ich lade dazu ein, daß wir dies als ein Gesamtwerk betrachten. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Rupert Scholz das Wort, als übernächster Herr Bruno Orth, Baden-Württemberg.

Prof. Dr. Rupert Scholz: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussion über diesen Antrag hat gezeigt: Wir sind uns einig, daß, wie heute oft gesagt wurde, die Stunde der Wahrheit da ist, daß Bilanz gezogen werden muß und daß Konsequenzen gezogen werden müssen. Die Konsequenzen sind schmerzhaft und hart. Der Gedanke an die Umsetzung ist in manchen Beiträgen in den letzten Tagen schon angeklungen, als durchgesickert war, wie dieser Antrag aussieht. Er wird ja schon teilweise – ich sage es ganz vorsichtig – mit sehr unterschiedlicher Zunge interpretiert.

Das hat keinen Zweck. Wenn dieser Antrag verabschiedet wird, werden unendliche Anstrengungen zu ergreifen und durchzusetzen sein, um das, was hier perspektivisch angelegt ist, zum Erfolg zu führen und um auch bewußtseinsmäßig klar zu machen, was geschehen muß und was damit hingenommen werden muß.

Das Wort von den „Kosten der Einheit" muß – das ist mit das Wichtigste, was heute gesagt worden ist – aus dem Bewußtsein verschwinden. Die Einheit haben wir für Null bekommen. Glücklicherweise! Wie wäre es gewesen, wenn Gorbatschow gesagt hätte: Ihr könnt die Einheit haben, aber ihr zahlt soundso viel dafür? Dann hätten wir im Westen aus Solidarität gezahlt. Wir haben die Einheit umsonst bekommen. Deshalb ist das Wort von den „Kosten der Einheit" wirklich nicht gerechtfertigt.

(Beifall)

Wir haben immer gesagt: Mit den Mitteln der Sozialen Marktwirtschaft schaffen wir es. Ich glaube, wir werden es damit schaffen. Aber Soziale Marktwirtschaft muß sich heute in diesen Fragen vor allem als solidarische Marktwirtschaft definieren. Solidarität ist in mancher Beziehung wichtiger, als Sozialität hier und dort verstanden wird, nämlich: Status quo, Verteilung und Plus. Das ist großenteils Sozialpolitik bei uns. Ich will die Schwierigkeiten und vor allem die Leistungen nicht mindern. Jedenfalls ist das Wort vom Solidarpakt richtig. Aber der Solidarpakt muß wirklich tragen.

Ich greife in diesem Zusammenhang einen Aspekt auf, um deutlich zu machen, wie schwer das wird. Die Tarifautonomie ist eine der großen Leistungen der Sozialen Marktwirtschaft. Die Tarifautonomie im Westen bedeutet im Grunde: Der einzelne Tarifvertrag ist eine Minimalgarantie. Das gibt Flexibilität nach oben.

Dieselben Tarifverträge sind im Osten aber mittlerweile Maximalgarantien. Sie können von einer Fülle von Betrieben, wenn sie leistungs- und lebensfähig bleiben wollen, nicht eingelöst werden. Schon da fängt es an.

Und wie schwer ist es, das Wort „Öffnungsklausel" plausibel zu machen! Öffnungsklauseln müssen sein. Ich unterstreiche das, was Norbert Blüm an dem Beispiel der Opel-Betriebe in Eisenach und in Rüsselsheim gesagt hat. Das ist die eine Seite der Medaille. Die anderen Betrieben sind die andere Seite.

Auch die Gewerkschaften und die Sozialpartner müssen zu Öffnungsklauseln bereit sein. Die klassische Kartellwirkung des Tarifvertrags stimmt nicht mehr, wenn wir in einer wirtschaftlichen Situation leben, in der – muß man unglückseligerweise sagen – die beiden Teile Deutschlands ökonomisch noch nicht voll Einheit geworden sind. Da muß man zu Öffnungsklausels, zu Differenzierung bereit sein.

Vor allem muß man ein Stück Subsidiaritätsprinzip auch in dem Sinn praktizieren: Die Betriebsräte an Ort und Stelle wissen am besten, was der Betrieb, das Unternehmen verträgt und was nötig ist. Da muß die Öffnung her.

Lassen Sie mich als letztes sagen: Der Solidarpakt bedeutet, daß wirklich alle zusammen am selben Strick ziehen müssen, so unterschiedlich die Interessen sein mögen.

Ich frage mich, ob wir hierfür nicht Instrumente haben. Wir hatten einmal die Konzertierte Aktion nach dem Stabilitätsgesetz. Das Stabilitätsgesetz repräsentiert genau die Ziele, die wir heute brauchen.

Die Gewerkschaften haben seinerzeit die Konzertierte Aktion im Zusammenhang mit der Klage gegen das Mitbestimmungsgesetz aufgekündigt.

Ich frage mich, ob nicht heute die Stunde für die Rückkehr an den Tisch der Konzertierten Aktion ist. Auch das ist ein altes Thema. Man kann heute nicht sagen: Da gehen wir immer noch nicht wieder hin. Solche Instrumente, solche Verfahren werden wir brauchen. Sonst geht die Strategie dieses Papiers, das wir heute verabschieden wollen, nicht auf. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Orth das Wort, als übernächster Hansjürgen Doss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, kann ich Ihr Einverständnis voraussetzen, daß wir die Redezeit von jetzt an auf drei Minuten begrenzen?

(Beifall – Zurufe)

Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist dafür, daß wir die Redezeit für die folgenden Redner auf drei Minuten begrenzen? Den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Angenommen.

Herr Orth hat das Wort.

Bruno Orth: Ich hoffe, mit den drei Minuten auszukommen, auch wenn ich vielleicht fünf vorgesehen hatte.

Herr Sitzungspräsident! Der Parteivorsitzende ist im Augenblick nicht anwesend. Liebe Parteifreunde! Ich denke, zum Inhalt dieses Papiers muß nicht mehr viel gesagt werden. Ich bin dafür. Herr Kanther hat deutlich gesagt, was zu diesem Papier zu sagen ist. Wir haben gestern einen „Klaren" aus dem Norden verabschiedet und haben im Präsidium einen „Klaren" aus Hessen wiederbekommen. Solche klaren Reden wünschte ich mir hier öfter.

(Beifall)

Zur Sache! Ich habe mir dieses Papier in der vergangenen Nacht sehr genau angeschaut. Ich denke, es ist in bezug auf seinen ökonomischen und finanziellen Rahmen sehr gut, zuweilen aber etwas pauschal. Es wurde sicherlich mit heißer Nadel gestrickt. In der Formulierung enthält es jedoch einige „Maschen", die mir nicht recht gefallen. Trotzdem müssen wir dieses Papier heute verabschieden. Wenn es etwas früher gekommen wäre, wäre es für uns natürlich besser gewesen.

Mir sind gleich im ersten Abschnitt einige Dinge aufgefallen, bei denen ich mir etwas mehr Nachdenklichkeit gewünscht hätte. Ich will auch die Seite nennen. Es ist ständig von der „Einheit ganz Deutschlands" die Rede. Ich denke, wir sollten bei diesen Formulierungen etwas nachdenklicher sein und nach innen und nach außen deutlich machen, daß es eine Einheit geworden ist, die aus Friedenswillen und Kompromißbereitschaft entstanden ist, und leider nicht die Einheit, die uns das Grundgesetz aufgegeben hatte. Wir sollten diese Dinge also auch im weiteren Verlauf des Textes vielleicht noch einmal überdenken.

Der zweite Punkt: In den Zeilen 15 und 16 ist von der „Sorge um den Arbeitsplatz" die Rede. Schauen Sie dort einmal nach! Mir ist diese Formulierung zu euphemistisch. Das muß hier klarer und deutlicher gesagt werden. Es handelt sich nicht nur um eine „Sorge um den Arbeitsplatz", sondern um Prozentzahlen in den neuen Bundesländern – und auch hier bei uns, in den alten Bundesländern –, die immerhin beachtliche Größenordnungen haben und leider noch im Steigen begriffen sind. Wir sollten diese Prozentzahlen auch in diesem Papier nicht verschweigen. Sie liegen zwischen 10 und 17 % in den verschiedenen neuen Bundesländern. Sie wissen, was diese Zahlen bedeuten.

Ich denke, das Papier wäre in mehreren Bereichen in dieser Hinsicht klärungs- und auch verbesserungsbedürftig. Ich will es mir aber ersparen, noch weitere zehn bis 15 Stellen, die ich gefunden habe, zu nennen. Lesen Sie es genau nach! Verabschieden Sie es, aber tragen Sie dies auch kritisch und ergänzend hinaus! – Danke schön.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Das Wort hat Hansjürgen Doss.

Hansjürgen Doss: Lieber Norbert Blüm! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ein bißchen traurig darüber, daß wir diese Frage, die nach meinem Dafürhalten in das Selbstverständnis der Union hineinreicht, so spät plaziert haben und daß dafür relativ wenig Zeit bleibt.

(Beifall)

Ich fühle mich dadurch wirklich sehr eingeschränkt, weil es dazu viel zu sagen gäbe. Ich sage nur das Wesentliche aus meiner Sicht.

Erstens. Ich kann dem Antrag, dem ich gerne zustimmen würde, weil er zu 99 % materiell meinen Auffassungen entspricht, wegen der Passage: „Zur Bewältigung dieser Aufgabe sind Steuererhöhungen notwendig" nicht zustimmen. Von den Formen, wie das interpretiert wird, haben wir einen Eindruck gewonnen. Die Stellvertreterin von Helmut Kohl hat bereits gestern um 15 Uhr ihre abweichenden Auffassungen dazu vertreten. Es tut mir leid: Einen Blankoscheck auf Steuererhöhungen kann ich nicht ausstellen.

(Beifall)

Mein Fraktionsvorsitzender, der brillant – wie wir es von ihm gewöhnt sind – in dieses Thema eingeführt hat, hat von Steuererhöhungen als „ultima ratio" gesprochen. Damit bin ich sehr einverstanden. Kein vernünftiger Mensch kann ausschließen, daß wir 1995 Steuererhöhungen vornehmen müssen. Aber im Augenblick müssen wir daran denken, was z.B. das Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute sagt. Auch die Bewertungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft müssen zur Kenntnis genommen werden. Die Wettbewerbsbedingungen in Deutschland sind außerordentlich schlecht. Wenn jemand seinen Betrieb erweitern oder hier bei uns investieren will, und er ist kein „Geisterfahrer", muß er wissen, unter welchen Bedingungen er dies bei uns in Deutschland tun kann. Deshalb kann man nicht hingehen und sagen: Im übrigen kommt eine Steuererhöhung, von der ich nicht weiß, wie sie aussehen wird, und von der wir nicht genau wissen, ob sie vorher oder erst ein bißchen später kommt.

Dem, was auf Seite 2 des Antrages steht: Wir brauchen eine Eröffnungsbilanz nach 40 Jahren Kommunismus in einem Teil Deutschlands als Grundlage für die entsprechenden Konsequenzen und dann am Ende, nach Sparen und Eingrenzungen, möglicherweise auch Steuererhöhungen, würde ich mich nicht verschließen. Aber einen Blankoscheck, meine sehr verehrten Damen, meine Herren, liebe Parteifreunde, kann ich – bei aller Solidarität zu den Verfassern dieses Antrages – leider nicht ausstellen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Dr. Born, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, das Wort. Ihm folgt Herr Dr. Hohenberger aus Sachsen-Anhalt.

Dr. Ulrich Born: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ohne Zweifel ist die Lösung der schwierigen finanziellen Probleme im Zusammenhang mit der deutschen Einheit eine vordringliche politische Aufgabe. Für uns als Christlich Demokratische Union muß es dabei aber unabdingbar sein, daß man die unmittelbar betroffenen Menschen im Blick behält und nicht etwa nur die Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse über ihre Herzen und Köpfe hinweg auf einem finanztechnokratischen Hochseilakt verwirklicht wird.

Wir haben heute morgen beeindruckende Beiträge zur Gesundheitspolitik gehört. Die Menschen in den neuen Bundesländern dürfen sich nicht wie Patienten vorkommen, die, in eine Großklinik eingeliefert, von einem Spezialisten zum anderen weitergereicht und mit modernsten technischen Geräten durchgecheckt werden, wobei am Ende ein „Konzil" - selbstverständlich in Abwesenheit des Betroffenen – über Diagnose und Therapie beratschlagt. Der einzige, der sich dabei gelegentlich – wohl nicht zu Unrecht – als überflüssig, lästig oder störend vorkommt, ist der Patient.

Meine Damen und Herren, die Menschen in den neuen Bundesländern brauchen keine Bevormundung. Sie, die sich in beispielloser Weise einer Diktatur entledigt haben, sind gleichberechtigte Partner bei der Lösung der gemeinsamen deutschen Probleme. Es ist nicht hilfreich, wenn westliche Patentlösungen den neuen Ländern gleichsam vor die Füße geworfen werden, weil solche Lösungen schlicht an den Realitäten vorbeigehen. Was sich im Westen in 40 Jahren allmählich entwickelt hat, kann im Osten nicht gleichsam im Schnellverfahren die Wunderlösung bringen. Gegenwärtig brauchen wir nicht den Raumgestalter, der Vorschläge macht, welche Pflanzen dem Wohnraum den letzten Schliff geben, sondern wir benötigen Bauhandwerker, die in möglichst kurzer Frist ein funktionsfähiges Haus wohnfertig herrichten. Manch ein Ministerialer in Bonn, der sich in seinem Ministerium über Jahre hinweg auf einem Fachgebiet spezialisiert hat, mag vielleicht an der Veränderung der DIN-Maße von Schrauben für Türschlösser basteln. Aber er sieht dabei nicht, daß wir mit den Schrauben im Osten nichts anfangen können, weil nicht einmal Türen vorhanden sind.

In den neuen Ländern gibt es allerorten Verwaltungen, die aus dem Stand heraus mit gewaltigen Aufgaben konfrontiert werden, Verwaltungen, die nichts oder kaum Verwertbares vorgefunden haben, auf das sie aufbauen können. Ihnen wird ein Vielfaches an Entscheidungen in einem Bruchteil derzeit mit wesentlich weniger Personal abverlangt, als dies in jeder westlichen Kommune, in jedem westlichen Landkreis oder in jedem westlichen Bundesland der Fall ist.

Meine Damen und Herren, diese Menschen müssen verschiedenes Recht gleichzeitig anwenden: altes DDR-Recht, das bundesdeutsche Recht und das schwierige Übergangsrecht mit allein 1248 Seiten in der amtlichen Sammlung des Einigungsvertrages. Dies muß man bedenken, wenn man von ihnen verlangt, schneller zu entscheiden. Unnötige Blockaden, die durch unsinnige Detailvorschriften hemmen, müssen weggeschlagen werden. Statt Feinjustierung brauchen wir Grobeinstellungen. In den Grundfragen, die die Menschen in den neuen Ländern beunruhigen, muß endlich Klarheit geschaffen werden. Ein besonders drastisches Beispiel ist der Umgang mit Eigentum und Besitz. Eigentum und Besitz haben in der ehemaligen DDR eine völlig andere Bedeutung erlangt als in den westlichen Bundesländern. Während Artikel 14 des Grundgesetzes die zentrale Stellung des Eigentums hervorhebt, an das

alles andere letztendlich anknüpft, ist die Bedeutung des Eigentums in der ehemaligen DDR auf vielleicht 10 % seines Ursprungs zurückgegangen und an seine Stelle der faktische Besitz getreten.

Es kam nicht darauf an, was im Grundbuch stand, sondern ob jemand ein Stück Land bearbeitete bzw. in einem Haus wohnte oder nicht.

Wir können nicht im nachhinein so tun, als hätte es die 40 Jahre DDR nicht gegeben, und an formale Vorstellungen anknüpfen, die zwar im Westen gerechtfertigt sind, die aber den Verhältnissen im Osten in keiner Weise entsprechen.

Wer durch die sogenannte Bodenreform ein Stück Land zugeteilt erhielt, konnte dieses grundsätzlich auch ohne weitere Formalitäten vererben. Natürlich konnte man zum Rat des Kreises gehen und sich eine Bescheinigung holen, um damit als Erbe die Eintragung ins Grundbuch als Eigentümer zu betreiben. Ob dies aber tatsächlich geschah oder nicht, hing oftmals von reinen Zufälligkeiten ab, weil Eintragungen oder Nichteintragungen keinerlei unterschiedliche Folgen im tatsächlichen Leben nach sich zogen.

Ich sage hier unmißverständlich: Mit dieser Verunsicherung der Bevölkerung in den neuen Ländern muß endlich Schluß sein.

(Beifall)

Jeder der im Lande Gebliebenen, der gutgläubig ein Stück Land erworben, der gutgläubig ein Häuschen erhalten oder erbaut hat, muß darauf vertrauen können, daß er hiervon nicht mehr vertrieben wird.

Die gleiche Sicherheit müssen wir endlich für einheimische Landwirte schaffen. Angesichts der mangelnden Kapitalausstattung und der nach wie vor weitgehend ungeklärten Eigentumsfragen müssen schon jetzt langfristige Pachtverträge zu günstigen Konditionen für einheimische Wiedereinrichter angeboten werden. Hier kann man durchaus über das Rechtsinstitut des Erbpachtrechts anknüpfen, das bekanntlich eine 99jährige Laufzeit kennt. Unseren Landwirten wäre sicherlich schon mit einem Drittel dieser Zeit, also 33 Jahren, gedient.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Entschuldigung, wenn ich geringfügig überziehen mußte und jetzt mittendrin abbreche.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Dr. Hohenberger das Wort, dann Herr Peter Jungen aus NRW.

Dr. Egon Hohenberger: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nicht viele und große Worte machen. Es ist hier schon mit viel Pathos geredet und auch viel Wahres gesagt worden. Aber lassen Sie mich zwei Dinge ansprechen:

Das erste: Ich erlebe den 3. Parteitag seit Hamburg, und ich bin zu diesem Parteitag mit sehr viel Skepsis gefahren. Diese Skepsis ist bereits am ersten Tag sehr wesentlich abgebaut worden, und ich muß insbesondere auch bei unseren Freunden in den alten Bundesländern einen sehr herzlichen Dank anbringen dafür, wie sie die Probleme im Osten erkannt und auch ihre Lösung angegangen haben. Mit dieser Gewißheit nach Hause zu fahren und an der Basis sagen zu können, die CDU steht zusammen – was in der Bevölkerung noch nicht ganz durchgedrungen ist –, das ist eine große Erleichterung für unsere Arbeit vor Ort, denn wir haben noch sehr viel Schwieriges vor uns.

(Beifall)

Wir haben das Gefühl, nicht abseits zu stehen, sondern mittendrin. Wir haben das Gefühl, unterstützt zu werden. Ich glaube, in diesem Bewußtsein wird es uns leichter fallen, dies auch auf die Bevölkerung im Osten zu übertragen, die im Moment sehr schwere Wandlungs- und Denkprozesse durchmacht und noch durchmachen muß.

Der zweite Punkt betrifft die Frage der Steuererhöhung, – ein Thema, das kurz vor dem Parteitag hochgekommen ist und das sich hier heute die ganze Zeit als roter Faden durch die Diskussionen hindurchzieht. Es wird schwierig sein, den Menschen im Westen die Notwendigkeit einer Steuererhöhung deutlich zu machen, und das gilt noch mehr für die Menschen im Osten. Aus einem gestern in einer renommierten Tageszeitung erschienenen Artikel wird deutlich, woran das liegen mag: Während im Westen nur 25 % der Bürger ein verfügbares monatliches Einkommen von weniger als 1400 DM haben, ist es im Osten genau umgekehrt; dort liegen 75 % der Bürger unter dieser Grenze. Diesen 75 %, deren Einkommen in etwa bei 70 % der Löhne und Gehälter im Westen liegt, dann noch etwas zusätzlich an Steuern abzunehmen, wird sehr schwierig. Denn wenn man etwas wegnimmt, macht sich das für den, der wenig verdient, unter dem Strich im Portemonnaie deutlicher bemerkbar als für den, der mehr verdient.

Trotzdem sollte man meines Erachtens diese Steuererhöhung mit tragen, – wenn es denn dienlich ist und wenn vorher Einsparungen erfolgen. Ich habe ein typisches Beispiel dafür, wo Einsparungen gemacht werden können, typisch für unseren Landkreis Bernburg in Sachsen-Anhalt: Wir brauchen ganz dringend den Bau der Autobahn A 14 von Halle nach Magdeburg. Es droht ein Verkehrsinfarkt!

(Zustimmung)

Für diese Autobahn gibt es eine Trasse, die seit 1938 feststeht. Alle Kommunen haben sich für diese Trasse entschieden. Aber um dem Baurecht Genüge zu tun, mußte mit Millionenaufwand eine neue Trasse gefunden werden, – um dann abgelehnt zu werden. – Ich glaube, das sind die Stellen, an denen man eine ganze Menge Geld einsparen kann, das man dann für den weiteren Aufbau zur Verfügung hat.

(Beifall)

Es gibt – und damit möchte ich schließen – zwei weitere Zauberworte, die sich auch in dem 12-Punkte-Programm der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten niedergeschlagen haben, nämlich die Worte Investitionsanleihe und Investitionspauschale. Das letztere ist für uns als Kommunalpolitiker unwahrscheinlich wichtig, um den Aufbau weiter vorantreiben zu können, und davon haben schließlich alle etwas, im Bild Deutschlands nach außen genauso wie in der Funktionalität beim Reisen durch die neuen Bundesländer. Die Investitionsanleihe wäre eine Möglichkeit, eine Vorfinanzierung mit der Option einer späteren Rückzahlung vorzunehmen. – Vielen Dank!

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Peter Jungen das Wort. Ihm folgt Professor Winfried Pinger.

Peter Jungen: Meine Damen und Herren! Ich habe gerade mit dem Tagungspräsidenten bzw. mit Norbert Blüm Übereinstimmung erzielt, nicht daß ich länger reden kann als die anderen, sondern daß es gut ist, daß – seit langer Zeit zum erstenmal – sich ein Parteitag der CDU in dieser Breite und in dieser Intensität mit den grundlegenden wirtschaftspolitischen Fragestellungen angesichts des Problemberges, der hier zu bewältigen ist, befaßt. Wenn die Union so weiterdiskutiert, dann wird sie auch in der Lage sein, diese Probleme zu lösen.

Was ich in der Diskussion aber dennoch vermisse, ist folgendes. Wir reden nach wie vor zu wenig über die großartige ökonomische Chance, die die Einheit uns gebracht hat. Es geht nicht nur um die politische Einheit, sondern wir werden die ökonomische Einheit auch zu einem Zuwachs für alle Deutschen nutzen können. Es sind viele kreative Menschen hinzugekommen, Arbeitskräfte hinzugekommen, – ganz zu schweigen von dem schönen Land, das dazugekommen ist und das diejenigen sehen können, die häufig dorthin reisen. Ich meine, daß wir das sehen sollten.

Der zweite Punkt: Die Einheit gibt uns eine Riesenchance. Wir reden von den Verkrustungen, wir reden von den Schwierigkeiten im Aufbau im Osten. Aber, meine Damen und Herren, es geht um Verkrustungen, die sich bei uns im Westen entwickelt haben, nicht solche, die sich im Osten entwickelt haben. Der Fehler, der in einer solchen Übertragung liegt, ist hier ja schon häufig erwähnt worden. Ich glaube, das führt dazu, daß wir nicht nur im Osten die Dinge verändern werden, sondern daß wir die Chance haben, auch die Verkrustungen im Westen aufzubrechen.

(Beifall)

Ohne die Einheit wäre es uns jedenfalls jetzt noch nicht bewußt geworden, daß wir bei einer Fülle von Dingen einhalten müssen, uns besinnen und auch eine Umkehr vornehmen müssen. Die Einheit zwingt uns gewissermaßen dazu.

Und lassen Sie mich eines deutlich sagen: Manchmal habe ich das Gefühl, wir haben noch zuviel Geld zur Verfügung. Erst wenn die Kassen richtig knapp sind, wird die Kreativität gefordert sein, und dann werden wir auch im Westen noch mehr einsammeln von dem, was wir hier gemacht haben. Herr Minister Krause hat heute morgen davon gesprochen, daß sich das alles in 40 Jahren im Westen ja so bewährt haben mag. Bei aller sonstigen Zustimmung –, an der Stelle stimme ich ihm nicht zu. Wir wissen alle, daß sich vieles eben nicht bewährt hat, aber wir haben es im Grunde genommen mitgeschleppt, weil wir gesagt haben: das kann man sowieso nicht mehr ändern. Wir werden jetzt gezwungen, das zu ändern, und diese Chance sollten wir wirklich bei uns nutzen.

(Beifall)

Bei der Gerechtigkeitslücke werde ich mit Norbert Blüm natürlich niemals übereinstimmen. Diese Diskussion werden wir privat weiter führen und nicht hier vor diesem Gremium. Ich glaube, was diese Fragen in der Wirtschaftspolitik angeht, mehr an Ludwig Erhard und weniger an Adam Riese. Ich meine, wir müssen das auseinanderhalten. Wir werden die Diskussion gesondert fortsetzen.

In einem Punkt möchte ich noch den Herrn Bundeskanzler ansprechen, ich meine die Frage der Finanzierung. Herr Bundeskanzler, Sie haben vor einigen Tagen gesagt, eine Steuererhöhung jetzt wäre Gift für die Konjunktur. Das ist das Wichtigste, was zu dieser Frage gesagt worden ist, und dieser Satz muß darum ständig wiederholt werden. Aber, Herr Bundeskanzler, ich wäre Ihnen dankbar, wenn auch Sie in den nächsten Jahren diesen Satz ständig wiederholen würden: daß eine Steuererhöhung jetzt Gift für die Konjunktur ist. Wenn Sie dieses wiederholen werden, so daß wir in den nächsten Jahren erst mal keine Steuererhöhungen haben werden, wenn wir also die Steuererhöhungen nur als eine Art Restgröße ansehen in 1995 – sofern es dann unvermeidbar ist –, dann werden andere auch diesem Beschluß eher folgen können.

Meine Damen und Herren, die wichtigsten Märkte – Arbeitsmarkt, Grundstücksmarkt, Verwaltung und der Markt für Unternehmer – funktionieren in den neuen Bundesländern überhaupt nicht. Ich möchte mit Erlaubnis des Präsidiums zwei Punkte anschneiden, die mir aus eigener Erfahrung wichtig zu sein scheinen.

Ich selber habe diese Erfahrung gemacht. Ich habe vor einigen Monaten mit einem Konsortium ein Unternehmen von der Treuhand gekauft. Es handelt sich um ein Unternehmen mit etwa 2.000 Beschäftigten. Ich weiß also, wovon ich rede. Wenn mir in einer Sitzung der Geschäftsführung, in der es um die Verlagerung einer Niederlassung in einen anderen Bezirk der gleichen Stadt geht, gesagt wird, wir bräuchten gar nicht dort hinzugehen, da eine Baugenehmigung innerhalb der nächsten 24 Monate sowieso nicht zu bekommen sei, dann kann das doch nicht wahr sein. Wir reden hier vom Aufbau Ost und haben mit dem, was wir übertragen haben, im Grunde genau das Gegenteil dort hingebracht.

(Beifall)

Wir haben unseren Freunden im Osten eine merkwürdige Vorstellung von Sozialer Marktwirtschaft vermittelt. Ich meine, an dieser Stelle können wir wirklich nicht so weitermachen.

Ich komme zu dem zweiten Punkt, zu dem ich etwas anmerken muß. Norbert Blüm hat soeben gesagt, es könne nicht angehen, daß die Eigentümer im Westen sitzen und die Eigentumslosen im Osten. Meine Damen und Herren, ich sage ohne jede Polemik: Die derzeitige Förderpolitik fördert genau diesen Prozeß.

(Beifall)

Die jetzige Förderpolitik begünstigt das Großunternehmen aus dem Westen mit Gewinnen im Westen, so daß man die im Osten entstehenden Verluste mit Steuerschuld im Westen verrechnen kann.

(Beifall)

Wenn Sie gesehen haben, wer begünstigt wird, dann wissen Sie sofort, wer benachteiligt wird. Das ist der Kleine, der Gründer, der aus dem Osten kommt und der die Sonderabschreibung nicht nutzen kann, weil sie nach § 15 a Einkommensteuergesetz in dem Jahr verfällt, wenn er sie nicht mit anderen Gewinnen verrechnen kann, und sie ist nicht vortragsfähig. Das heißt: Die Sonderabschreibung geht für diese Gruppe voll ins Leere. Das, meine Damen und Herren, ist die Folge unserer Förderpolitik.

(Beifall)

An dieser Stelle können wir korrigieren. Wir brauchen nicht mehr Geld zu fördern, sondern wir können die Förderung mit einer Menge Phantasie so umstellen, daß das Wichtigste zustande kommt, was wir brauchen. Damit meine ich nicht noch ein paar Großunternehmen mehr in den neuen Bundesländern, sondern den Aufbau eines gewerblichen und industriellen Mittelstandes, wie er früher einmal in Mitteldeutschland vorhanden war.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Jungen, Sie haben Ihre Redezeit um das Doppelte überschritten. Sie müssen jetzt doch zum Ende kommen.

Peter Jungen: Ich bin sofort fertig. – Meine Damen und Herren, wir sind hier in Nordrhein-Westfalen. Nordrhein-Westfalen ist – genauso wie die damaligen Industriezonen in Mitteldeutschland – in der größten Gründerwelle der modernen Industriegeschichte entstanden. Wenn wir uns noch einmal fragen, wie das jetzt gemacht werden kann – auf diese Frage gibt es ja eine Menge Antworten –, dann müssen wir in der Tat eine Änderung in der Förderpolitik vornehmen. Da sollten wir jetzt wirklich ansetzen.

Ich komme zum Schluß. Ich sage nur eines: Die Frage der Finanzierung soll uns nicht von der Notwendigkeit ablenken, die Aufgaben zu lösen. Aber sie muß ja nun einmal zu Ende gebracht werden. Ich wäre dem Bundeskanzler dankbar, wenn er mit seiner ganzen Statur deutlich machen würde, daß jetzt das Wichtigste ist, daß die Diskussion beendet wird und daß wir nicht jeden Montag oder jeden Mittwoch in der Zeitung lesen müssen, mit welch neuen Folterwerkzeugen wir das deutsche Volk beglücken können. Jetzt muß vielmehr einmal klargestellt werden, daß, was immer jetzt beschlossen wird, Ruhe einkehren wird. Es muß ein Solidarpaket untereinander zustande kommen. Wir müssen uns versprechen, nicht ständig draußen neue Vorschläge zu machen, sondern diese Vorschläge intern zu machen, um dann eines Tages genau sagen zu können, wie wir es machen wollen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster spricht Herr Professor Pinger.

Prof. Dr. Winfried Pinger: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde!

Erstens: Es ist die Stunde der Wahrheit. Deshalb ist es richtig, wenn in diesem Papier klargestellt wird, daß die Erblast größer ist, als wir alle es geglaubt haben. Die Schätzung geht von 400 Milliarden DM aus. Das steht ja auch im Papier.

Zweitens gehört es zur Stunde der Wahrheit und Klarheit, wenn wir sagen, Steuererhöhungen in den Jahren 1993 und 1994 glauben wir durch Einsparungen verhindern zu können.

Drittens würde es aus meiner Sicht zur Stunde der Klarheit gehören, wenn wir sagen: Wir können Steuererhöhungen ab 1995 nicht ausschließen. Ich halte es für falsch, ich halte es für nicht möglich, dadurch Klarheit zu schaffen, daß wir jetzt Steuererhöhungen ab 1995 beschließen. Wir können heute nicht beschließen, welche Steuer wie erhöht werden soll. Das können wir hier bei ca. 1.000 Delegierten nicht leisten.

Das soll hier nun in den nächsten Wochen im Zusammenhang mit den Gesprächen über den Solidarpakt geschehen. Ich stelle fest: Vorher ist aber eine Rechenaufgabe mit mindestens drei Unbekannten zu lösen:

Erstens: Wie hoch wird die Erblast wirklich sein? Sie wird derzeit – so steht es im Papier – auf 400 Milliarden DM geschätzt. Das haben wir vor einem halben Jahr noch anders gesehen. Wie werden wir es denn im nächsten Jahr sehen? Wir können das überhaupt noch nicht endgültig abschätzen.

Zweitens: Die Beantwortung der Frage, wie hoch der Finanzbedarf ist und wie hoch damit die Steuererhöhungen ausfallen müssen, hängt doch sehr davon ab, wie sich die Steuereinnahmen gestalten. Die Höhe der Steuereinnahmen wiederum hängt vom Bruttosozialprodukt ab. Das Bruttosozialprodukt könnte in den nächsten drei Jahren um – ich nenne eine gegriffene Zahl – 2 % steigen. Zunächst einmal sinkt es um 2 %. Es können aber auch 6 % sein; das wäre nicht zu hoch gegriffen. Es ergäbe sich eine Differenz von 4 Prozentpunkten. Ein Prozentpunkt bringt 10 Milliarden DM; 4 Prozentpunkte würden also 40 Milliarden DM bringen. Das ist die Schere.

Wonach richten wir uns denn dann? Springen wir zu kurz oder zu weit? Beschließen wir jetzt etwas, was wir später nachbessern müssen, oder werden wir jetzt möglichst viel „auf Vorrat" beschließen? Meine Damen und Herren, es würde doch unserer Philosophie, unserer Politik widersprechen, wenn wir Steuererhöhungen quasi „auf Vorrat" beschließen würden, damit wir auf jeden Fall hinkommen, auch wenn wir zuviel davon hätten. Wir nähmen damit den Sparzwang.

Diese Entscheidungen können wir nicht treffen. Wir können jetzt nicht erwarten – dies können wir auch nicht in dem Antrag fordern –, daß die Steuerbeschlüsse in den nächsten zwei Monaten gefaßt werden. Im übrigen fürchte ich, daß die Vorschläge, wie es denn nun laufen soll, jeden Tag kommen. Das werden wir wohl kaum verhindern können.

Ich nenne einen letzten Punkt. Die Entscheidungen sollen bald im Zusammenhang mit den Gesprächen über den Solidarpakt getroffen werden. Wir alle sind sicher bekümmert, daß wir uns hinsichtlich der Steuerbeschlüsse gelegentlich nach der SPD richten müssen, weil sie im Bundesrat die Mehrheit hat. Es wäre mehr als problematisch, wenn im Rahmen der Gespräche über den Solidarpakt beide Tarifpartner – auch die Gewerkschaften – Einfluß auf unsere Steuerpolitik nehmen würden, weil unsere Politik doch ganz anders ist. Wir setzen in unserer Steuerpolitik auf Wachstum und Investitionen. Das ist eine ganz andere Politik als die, die die Gewerkschaften und die SPD wollen.

Deshalb bitte ich Sie, einem Antrag zuzustimmen, den ich stellen möchte, nämlich über die Ziffer 9 getrennt abzustimmen. Es sind ja zwei Sätze, in denen wir nicht übereinstimmen. In allen anderen Dingen stimmen wir doch überein. Das können wir nur unterstreichen. Darin steht Wichtiges und Wertvolles, dem ich zustimmen möchte. Aber ich kann den beiden Sätzen nicht zustimmen, in denen von Steuererhöhungen und davon die Rede ist, daß die Entscheidungen im Rahmen der Gespräche über den Solidarpakt bald getroffen werden sollen. Deshalb bitte ich darum, wie gesagt, über Ziff. 9 getrennt abzustimmen. Ich votiere für den Antrag G24. Der Antrag G24 trifft Aussagen darüber, was wir heute leisten können und auch leisten sollten, nämlich daß Steuererhöhungen für das Jahr 1995 im Hinblick auf die Erblast nicht ausgeschlossen werden können. Das ist das, was wir heute zur Klarheit und zur Wahrheit sagen können und sollten. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Milbradt aus Sachsen das Wort.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der letzte Beitrag hat mir wieder gezeigt, daß die volle Wahrheit, so wie sie im Augenblick bekannt ist, offensichtlich nicht akzeptiert wird.

Die Probleme, über die wir reden, wird es doch nicht erst 1995 geben. Vielmehr sind das Probleme, die wir seit 1991 haben, die wir in diesem Jahr, 1993 und 1994 haben. Anlaß der Diskussion über diese Probleme ist doch, daß wir uns Zeit durch Verschuldung gekauft haben, nämlich Zeit zum Überlegen, die aber offensichtlich in den ersten zwei Jahren von den Ländern und Gemeinden im Westen nicht genutzt worden ist. Wenn ich mir ihre Ausgabenlinie anschaue, muß ich das sagen. Die Zeit ist von Ihnen vielmehr zur Festlegung von Positionen genutzt worden.

Wir finanzieren unsere Zeit im Augenblick durch Verschuldung: in der Treuhand, im Kreditabwicklungsfonds, beim Bund, aber auch bei den neuen Ländern. Die Haushalte der neuen Länder werden im Jahr 1993 mit 30 Milliarden DM kreditfinanziert. Das sind 22 % der Ausgaben. Die alte DDR hatte etwa die Größe von Nordrhein-Westfalen. Wenn mein Kollege Schleußer im Landtag von Nordrhein-Westfalen einen Haushalt mit 27 Milliarden DM Nettoneuverschuldung einbrächte – das ist ungefähr die Umrechnung –, würde nicht nur die CDU, sondern selbst die SPD ihn von seinem Posten vertreiben. Das ist aber bei uns im Augenblick Realität.

(Beifall)

Die Dimension der Probleme, meine lieben Freunde, übersteigt die bisher bekannten Probleme in der westlichen Bundesrepublik. Wir können sie nicht mit den Methoden der alten Bundesrepublik lösen: hier ein bißchen drehen, da ein bißchen drehen. Wir können sie vielmehr nur lösen, indem wir die Einmaligkeit der Probleme endlich akzeptieren.

Damit keine Unklarheit herrscht, möchte ich noch einmal die Zahlen wiederholen, die ja auch der Bundeskanzler genannt hat. Beim Finanzausgleich reden wir einschließlich Berlin über eine Dimension von 40 bis 50 Milliarden DM, die neu zuzuordnen sind. Wenn ich den Aufbau mitrechne – da stimme ich mit dem Bundeskanzler überein –, sind wir vielleicht bei 50 bis 60 Milliarden DM. Denn mit einer Finanzausstattung auf der Ebene des Saarlandes wird sich der enorme Infrastrukturnachholbedarf nicht befriedigen lassen.

Das zweite: Wir wissen heute, daß die Altschulden mindestens 400 Milliarden DM betragen werden. Wahrscheinlich – da stimme ich meinem Vorredner zu – werden sie höher ausfallen. Allein die Verzinsung dieser Schulden kostet uns rund 40 Milliarden DM, und zwar schon heute und nicht erst 1995. Mit anderen Worten: Wir haben 100 Milliarden DM an laufenden Ausgaben zu bewältigen, die neu zuzuordnen sind.

Natürlich wird das eine oder andere schon jetzt durch ordentliche Haushalte finanziert. Natürlich hat der Bund in seiner Finanzplanung schon gewisse Reserven eingeplant. Aber wer hofft, man könnte diese Summe schultern, indem man nur über Sparen redet – wie wir es ja in den letzten zwei Jahren getan haben – und relativ wenig tut, irrt sich. Sparen ist richtig, ist selbstverständlich. Aber mir kommen erhebliche Zweifel, wenn ich sehe, daß das CSU-regierte Bundesland Bayern statt 3 % einen Zuwachs von 5,9 % vorsieht. Das ist schlichtweg das Doppelte. Auch unsere Freunde aus Baden-Württemberg müßte man einmal fragen, warum der Haushaltszuwachs im nächsten Jahr bei 5 % liegt.

Selbst die von uns regierten Länder sagen uns doch, wir können nicht sparen. Sie tun es auch nicht. Ich behaupte, sie könnten es. Aber ohne eine öffentliche Diskussion über die Konsequenzen im finanzpolitischen Bereich werden wir die notwendige Druckkulisse überhaupt nicht erzielen können, um zu einem finanzpolitischen Umdenken zu kommen. Denn kein Finanzminister, kein Bürgermeister in einem westlichen Bundesland wird dafür gewählt, daß er Geld, das er hat, nicht ausgibt. Das ist doch die Realität. Ohne eine Änderung unserer Finanzverfassung werden wir die Ausgabenseite nicht in den Griff bekommen.

Ich möchte auch vor einer anderen Illusion warnen: Durch Wachstum im Osten seien in der Zeitperspektive 1995/1996 die Probleme möglicherweise zu lösen. Wir haben im Osten im Augenblick ein Bruttosozialprodukt von rund 30 %. Ich unterstelle einmal ein Wachstum von 10 %, das wir in diesem Jahr bei weitem nicht erreichen werden, das wir nach den Prognosen auch im nächsten Jahr nicht erreichen werden. Dann steigt das Bruttosozialprodukt von 30 auf 33 Prozent. Der Abstand ist dadurch nicht zu verringern, und die Finanzprobleme sind dadurch nicht zu lösen. Das geht allenfalls mittelfristig. Die Hoffnung auf einen schnellen Aufschwung, die wir alle haben, ist nicht geeignet, eine kurzfristige Lösung des Finanzproblems herbeizuführen. Das ist allenfalls mittel- oder langfristig möglich.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Staatsminister, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Prof. Dr. Georg Milbradt: Ich möchte auch darauf hinweisen – ich spreche auch für die Mitglieder der Landesgruppe im Bundestag, die mich gebeten haben, wegen der

Kürze der Redezeit das mit vorzutragen –, daß aus unserer Sicht Zwangsanleihen kein Instrument zur Lösung dieser Finanzprobleme sind; denn Zwangsanleihen sind auch Schulden. Das, was dabei gespart wird, ist die Differenz bei den Zinsen. Wenn ich über 100 Milliarden DM rede, ist klar, daß das Problem mit Zwangsanleihen auch nicht annähernd zu lösen ist.

(Beifall)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten wir dem Bürger sagen, daß die Steuererhöhung unabwendbar ist. Wir sollten nicht so tun, als ob wir sie sozusagen weiter in der Schwebe halten könnten. Die Zahlen sprechen dagegen. Und denjenigen, die allein wirtschaftswissenschaftlich argumentieren – ich akzeptiere das durchaus –, Steuern seien kontraktiv, muß ich sagen: Natürlich sind sie kontraktiv. Aber die Kürzung von Ausgaben ist auch kontraktiv. Und die bisherige Finanzierung über Verschuldung mit hohen Zinsen ist erst recht kontraktiv.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Staatsminister, Ihre Redezeit ist beendet. Wir müssen gegenüber den anderen Rednern fair sein. Deshalb bitte ich Sie, Verständnis dafür zu haben, daß ich jetzt dem nächsten Redner das Wort erteile.

(Beifall)

Prof. Dr. Georg Milbradt: Ich möchte nur noch einen Schlußsatz sagen. Ich möchte mit einem Zitat aus der Rede des Bundeskanzlers enden: „Wer seinen Beitrag beispielsweise zu Einsparungen und Umschichtungen verweigert, trägt die Verantwortung dafür, wenn die Belastungen für den Bürger schon bald erhöht werden." Das ist die Wahrheit. Diese Wahrheit sollten wir auch wirklich ansprechen und nicht darum herumreden.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat der Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul, das Wort.

Herbert Reul: Meine Damen! Meine Herren! Die nordrhein-westfälische CDU hat einen Antrag eingebracht, weil wir der Meinung sind, auf dem Parteitag müsse entschieden werden, wie der Fahrplan im Zusammenhang mit der Finanzierung der deutschen Einheit aussieht. Wir sind durchaus einig mit dem, was Herr Kanther vorgetragen hat: daß wir in diesem Jahr Klarheit schaffen müssen, weil uns die Leute das sonst nicht mehr abnehmen.

Es gibt auch überhaupt keinen Streit darüber – ich habe keinen hier gehört –, daß dem Sparen der Vorrang gebührt. Es gibt auch keinen Streit darüber, daß das dramatische Konsequenzen haben wird für die Kommunen. Es wird sich die Frage stellen, ob dann nicht bestimmte Regelungen überprüft werden müssen.

Es gibt auch überhaupt keinen Zweifel darüber – das ist jedenfalls mein Eindruck –, daß wir die Verantwortung der Tarifpartner einfordern müssen. Es gibt keinen Zweifel darüber, welche Bedeutung das Wirtschaftswachstum hat.

Die Steuererhöungen müssen wegen der sozialistischen Erblast sein. Unbestritten. Herr Kanther hat gefragt: Gibt es jemanden, der Bedenken hat, ob das reicht? Ich sage Ihnen: Ich habe zweimal den Finanzpolitikern – ich bin keiner – geglaubt, daß die Berechnungen stimmen. Ich habe heute gelernt, daß die 400 Milliarden DM auf dem Tisch des Hauses liegen. Dazu bekennen wir uns, und deshalb sagen wir richtigerweise: Dafür muß 1995 die Möglichkeit von Steuererhöhungen offenbleiben. Darüber muß heute entschieden werden, wie das mit dem Antrag des Bundesvorstandes auch geschehen soll.

Hinsichtlich der Frage, ob das alles ist, ob damit wirklich alle finanziellen Probleme der nächsten Jahre abschließend gelöst werden können und ob man das wirklich nur mit Sparen erreichen kann, habe ich große Bedenken. Ich will das wenigstens vortragen. Ich glaube es nicht. Ich kann das nicht beweisen, aber die Ausführungen von Herrn Milbradt eben haben mich in meinen Bedenken bestätigt. Er hat nämlich darauf hingewiesen, welche Anforderungen aus den neuen Bundesländern noch zu erwarten sind.

Das ist der Grund, warum ich bitte, dem Antrag des Bundesvorstandes zuzustimmen, klar zu sagen, wie die Prioritäten sind, ein klares Ja zu Steuererhöhungen zu sagen. Damit werden die Chancen für die Gespräche im Zusammenhang mit dem Solidarpakt gewahrt, was in dem Antrag des Bundesvorstandes ja auch angesprochen ist. Ich werbe also für die Zustimmung zu dem Antrag des Bundesvorstandes, wenngleich er nicht in allen Facetten dem nordrhein-westfälischen Antrag entspricht. Ich glaube jedoch, daß er das enthält, was die CDU Deutschlands heute entscheiden kann und muß.

Letzter Satz: Wenn ein Mitglied des Bundesvorstandes – wie Herr Pieroth das getan hat –, das im Bundesvorstand bei der Entscheidungsfindung doch wohl dabei war, heute dazu auffordert, dagegen zu stimmen, dann muß ich sagen, daß ich das überhaupt nicht mehr verstehe.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Mir liegen jetzt noch zwei Wortmeldungen vor. Herr Scharrenbroich, Sie haben das Wort.

Heribert Scharrenbroich: Herr Vorsitzender! Ich glaube, Deutschland wird jetzt von dem Satz von Lothar de Maiziere „Teilung überwinden durch teilen" eingeholt. Bis jetzt haben wir in Deutschland dafür Sorge getragen, daß das Realeinkommen nicht abgesenkt wird. Aber teilen ist mehr. Ich glaube, das wird bis zur Jahreswende den Leuten deutlicher werden. Ich meine, daß uns in dem Leitantrag nicht nur Ziffer 9 Schwierigkeiten machen wird, sondern auch Ziffer 7. Ziffer 7 lautet:

> Wir brauchen ein drastisches Sanierungs- und Sparkonzept für alle Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen.

Ich stehe dazu.

Der Finanzminister hat vorhin gesagt, er hätte beobachtet, wer keinen Beifall geklatscht hätte. Ich habe gesehen, daß hier mit Begeisterung Beifall geklatscht wurde. Deshalb erhoffe ich, daß diejenigen, die hier Beifall geklatscht haben, uns Sozialpolitiker, die Arbeitnehmergruppe unterstützen, wenn das draußen verteidigt werden muß.

Teilung überwinden durch Teilung – ja, es wird leichter sein, wenn – da stimme ich Peter Rauen zu –, die Wachstumskräfte gefördert werden. Davon hat auch Kollege Ost gesprochen. Das ist Bestandteil dieses Antrags. Die Arbeitnehmergruppe, deren Vorsitzender ich bin, hat klar gesagt: Wir stimmen der aufkommensneutralen Unternehmensteuerreform zu. Darüber gibt es keinen Streit in der Union. Es ist ebenfalls wichtig, glaube ich, dies zu sagen. Wir sind auch dafür, daß die Spitzensteuersätze für Unternehmen, die investieren, gesenkt werden. Wir sind aber nicht für eine Senkung der Spitzensteuer für Konsum. Das ist auch vom Finanzminister nicht vorgeschlagen worden.

Der Kollege Kanther hat gesagt: Wir brauchen jetzt Klarheit. Das ist wichtig, um die Konjunkturkräfte zu mobilisieren. Das ist wichtig, um die Wachtumskräfte zu

mobilisieren. Aber ich glaube auch – im Sinne von Herrn Parteifreund Reul –, daß folgendes richtig ist: Von diesem Parteitag kann nur die Marschrichtung ausgehen. Von hier aus können keine Details ausgehen. Die Marschrichtung für die Verhandlungen des Solidarpakts ist wichtig. Nach der Einigung der Vehandlungspartner in bezug auf den Solidarpakt wird die Wirtschaft die erforderliche Klarheit haben. Deswegen kann ich nur dazu auffordern, daß diejenigen, die an der Aushandlung des Solidarpakts beteiligt sind, sehr schnell zu einem Ergebnis kommen.

Die Wachstumskräfte sind gefördert worden. Dazu hat auch die Meinungsbildung auf diesem Parteitag beigetragen. Sprechen wir nicht nur über Steuererhöhungen, sondern auch über die folgenden Positivaussagen: Kräfte konzentrieren; Investitionen fördern; Investionshemmnisse abbauen; Infrastruktur ausbauen. Auch das ist die Politik der Union. Die betreiben wir, um die Teilung zu überwinden. – Danke.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Minister Schwarz-Schilling, bitte.

Dr. Christian Schwarz-Schilling: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß wir über diese Fragen hier sehr intensiv diskutieren, ergibt sich aus einer ganz schwierigen Lage mit einem großen Zielkonflikt. Nach der Konjunkturlage müßten wir eigentlich Steuern senken, so wie wir dies in den 80er Jahren gegen die Sozialdemokraten gemacht haben, die bei sinkendem Sozialprodukt weitere Steuererhöhungen vorgenommen haben und damit die Arbeitslosigkeit zum Galoppieren brachten sowie die Inflationsrate auf über 5 %.

Wenn ich dennoch dafür eintrete, daß diesem Antrag des Bundesvorstands gefolgt wird – und das auch noch als führendes Mitglied der Mittelstandsvereinigung –, dann hat das folgenden Grund: Erstens. Wir hatten zu keiner Zeit nach 1949 eine Situation, daß eine absehbare Schuldenlast vor unseren Augen stand und wir, wenn wir sie bedachten, die Augen verschlossen. Diese Frage muß wahrheitsgemäß gelöst werden. Das ist die Abteilung Erblast. Das andere ist die Konjunktur. Wir müssen uns hier bemühen, diesen unglaublich schwierigen Zielkonflikt für unsere Partei, für die Partei, die der Bundeskanzler Partei der Sozialen Marktwirtschaft nannte, richtig aufzulösen. Das heißt, daß wir auch aus Konjunkturgründen ganz klar daran festhalten müssen, daß in den nächsten zwei Jahren in der Wirtschaft und bei den Investitionen Sicherheit besteht und die Unternehmen kalkulieren können. Der Attentismus darf sich nicht weiter ausbreiten. Unser Sozialprodukt darf nicht weiter nach unten gehen. Hier muß absolute Klarheit herrschen.

(Beifall)

Zweiter Punkt. Wir dürfen diese Steuererhöhung nur in die Abteilung Erblast lassen, nicht aber zur Sanierung von Haushalten verwenden.

(Beifall)

Deshalb müssen diese Steuern direkt in einen Fonds gelangen. Es muß sich um eine langfristige Finanzierung dieses Fonds handeln. Es darf nicht zu einer leichten Behebung der Schwierigkeiten der Haushälter kommen.

(Beifall)

Herr Professor Milbradt, Sie mögen recht haben, daß das in der Vergangenheit immer sehr schwierig war. Aber wenn wir hier nicht einen neuen Aufbruch machen, dann gelingt die Rechnung nicht. Wir müssen so vorgehen. Die Länder müssen das genauso wie der Bund machen. Das kann der Bund nicht allein machen. Er hat es

schwer genug, die entsprechende Zielgröße von 2,5 % zu erreichen. Das bedeutet, daß wir natürlich wegen der Konjunktur auch die Frage der Unternehmenssteuern, so wie sie der Finanzminister angesprochen hat, in dieser Legislaturperiode bewältigen müssen. Das heißt, daß es hier eine eindeutige Mittelstandskomponente geben muß; denn wie aus dem Monatsbericht der Bundesbank im Oktober jeder nachlesen kann, haben die mittleren und kleineren Unternehmen noch nicht einmal in den 80er Jahren den Ausgangspunkt ihrer Eigenkapitalbildung wieder erreicht, den sie vorher in den 70er Jahren hatten. Das heißt, wir konnten es nicht bewerkstelligen, daß sie während der langen Wachtumsperiode ihre Eigenkapitalsituation verbessern konnten. Nur die Großunternehmen waren dazu in der Lage. Deswegen muß diese Unternehmenssteuerreform eine deutliche Komponente für den Mittelstand bekommen.

(Beifall)

Jetzt noch ein Wort zu den Tarifpartnern. Ulf Fink sagte: 20 % Preissteigerung. Jawohl, aber wir haben vom ersten Quartal 1991 bis zum zweiten Quartal 1992 91 % Lohnsteigerungen in den fünf neuen Bundesländern gehabt. Das ist eine Größenordnung, die keine Produktivität in irgendeiner Weise beheben kann. Der kleine Handwerker, der überlegt, ob er sich die neue Maschine anschaffen kann, kann sie nicht anschaffen, sondern muß drei Leute entlassen. Das ist die Konsequenz.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Das Wichtigste dieser Botschaft – das möchte ich hier auch einmal deutlich sagen – ist, daß hier der Bundeskanzler, der Fraktionsvorsitzender CDU/CSU und der Finanzminister mit einer Sprache gesprochen haben.

(Beifall)

Ich wünschte mir, daß dieses auch in den nächsten Monaten so wie hier auf dem Bundesparteitag der Fall sein wird.

(Beifall)

Zum zweiten: Ich wünschte mir, daß die Entscheidungen intern sehr schnell fallen; denn wir können nicht von der Wirtschaft eine konjunkturelle Besserung erwarten, wenn dieses nicht geschieht. Ich wünschte mir, daß bis dahin die vielen großartigen Vorschläge von Staatsmännern und ähnlichen Persönlichkeiten in der Öffentlichkeit unterblieben. So etwas war jedoch heute in der „Bild-Zeitung und in anderen Zeitungen bereits wieder zu lesen. Das wäre die Voraussetzung für das Gelingen dieses Antrags. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, bevor wir zur Abstimmung kommen, hat unser Parteivorsitzender das Wort.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Herr Parteitagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin Ihnen für diese sehr intensive und offene Diskussion dankbar. Schon bei meiner Rede am vergangenen Montag dachte ich mir: Als der Partei von Ludwig Erhard tut es uns nicht nur jetzt, sondern auch in den kommenden Jahren gut, immer wieder die notwendige volkswirtschaftliche und damit auch haushaltspolitische Standortbestimmung vorzunehmen. Wir wissen doch alle, daß in den Jahren nach 1982 die Ansprüche in unserer Gesellschaft aufgrund der positiven Gesamtentwicklung der Wirtschaft mehr oder minder zufriedengestellt werden konnten. Deshalb haben wir uns über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung - zumindest auf unseren Parteitagen – weniger Gedanken machen müssen. Wir sind da etwas verwöhnt.

In diesen vergangen Jahren hat sich aber die Welt insgesamt verändert, nicht nur Deutschland. Ich sage es noch einmal - auch Theo Waigel hat es heute hier zu Recht erwähnt: Wenn man die finanzpolitischen Turbulenzen der letzten Wochen auf den internationalen Währungsmärkten verfolgt, wenn man betrachtet, welche Debatte vor der Wahl in den USA dort über den weiteren wirtschaftlichen Kurs der Vereinigten Staaten stattfindet, wenn man sich das vor Augen führt, worüber in Großbritannien, in Frankreich und in Italien diskutiert wird, erkennt man, daß wir nicht auf einer Insel der Glückseligen leben und nicht glauben können, dies alles gehe uns nichts an. Das gilt auch für die Debatte heute. Ich will das jetzt nicht negativ anmerken. Denn es ist nicht ganz klar, daß wir Grund haben, über unsere eigene Situation zu sprechen –: das Hemd ist auch uns näher als die Jacke. Aber die Debatte hat darunter gelitten, daß wir die internationalen Verflechtungen der deutschen Volkswirtschaft und auch das Thema „Ankerwährung D-Mark" vielleicht zu wenig in den Mittelpunkt unserer Betrachtung gestellt haben. Alles, was wir hier in der Bundesrepublik Deutschland für eine positive Entwicklung vor allem auch in den neuen Bundesländern tun, muß in die gesamtwirtschaftliche Verantwortung der Deutschen für ihre D-Mark und für die Weltwirtschaft eingebettet sein. Niemand im Ausland würde es verstehen, wenn wir nur an uns selbst denken und unsere Verantwortung für die Welt dabei völlig aus den Augen verlieren würden. Dieser Verantwortung gerecht zu werden, liegt schließlich auch in unserem eigenen Interesse. Das ist eine erste für mich wichtige Feststellung.

Zweitens will ich mich noch einmal auf all das beziehen, was ich am Montag gesagt habe. Ich habe mich immer als ein Schüler Ludwig Erhards verstanden. Ich war immer ein treuer Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft. Nachhilfe in diesem Punkt brauche ich also weder von deutschen Zeitungen noch von deutschen Verbandsrepräsentanten. Ich habe immer die Lehre der Sozialen Marktwirtschaft vertreten. Ich füge aber hinzu: Wir haben unser Konzept nie nur Marktwirtschaft, sondern immer S o z i a l e Marktwirtschaft genannt. Ludwig Erhard würde es sich entschieden verbitten, wenn sein Lebenswerk und sein geistiges Erbe, mit dem er seinen entscheidenden Beitrag nach 1948 geleistet hat, auf Marktwirtschaft verkürzt würde. Ich habe es am Montag etwas ironisch dargestellt: Ich habe noch im Ohr, was uns vor einigen Jahren entgegengehalten wurde – auch von Deutschen, die nach London reisten und dort in der City ihre Vorträge hielten: Ihr müßt euch an Margaret Thatcher ein Vorbild nehmen! - Wir haben das nicht getan. So falsch kann das doch nicht gewesen sein, wenn man die Ergebnisse der letzten Jahre miteinander vergleicht.

(Beifall)

Theo Waigel hat zu Recht gesagt: In einer ökonomisch ganz kritischen Zeit - deswegen sind die Sozialdemokraten in dieser Frage überhaupt nicht unsere Ratgeber -, im Oktober 1982, nach meiner Wahl zum Bundeskanzler, haben wir den Kurs ganz bewußt geändert und eine Politik der Sozialen Marktwirtschaft betrieben. Das war nicht zuletzt eine Politik der Steuersenkung. Ich habe nicht die geringste Absicht, meine Position in dieser Frage zu verändern. Das muß ich noch einmal klar und deutlich all jenen sagen, die mich bedenklich ansehen und sich fragen, ob ich in meinem 62. Lebensjahr in dieser Frage von dem richtigen Pfad abkomme. Ich habe nicht die Absicht, meine Position in dieser Frage zu verändern. Die Steuersenkungen in den 80er Jahren waren ein gewaltiger Erfolg. Sie waren die Voraussetzung für die Schaffung der finanziellen Grundlage, um die Notwendigkeiten im Zusammenhang mit der deutschen Einheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht oft genug sagen. Wir müssen einen Teil der Angriffe auch einmal dorthin zurückweisen, wohin sie gehören.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wissen, daß die Sache jetzt in vielfältiger Hinsicht anders ist. Wir haben jetzt zunächst einmal - das jetzt vorgelegte Gutachten des Sachverständigenrats, aber auch alle anderen Indikatoren zeigen das - eine schwierige Situation in der deutschen Volkswirtschaft. Das gilt auch für die Volkswirtschaft des Westens. Sie sehen das vor allem in den wichtigen Exportbereichen. Ich erinnere an den Bereich der Chemie und die Einbrüche, die wir dort zu verzeichnen haben. Ich erinnere an den Maschinenbau als ganz wichtigen Exportbereich, in dem wir in Deutschland einen besonders großen mittelständischen Anteil haben. Wenn Erwin Teufel heute die Bilanz im Bereich des Maschinenbaus in Baden-Württemberg - einem Land mit einem imponierenden und leistungsfähigen Mittelstand - betrachtet, kann er sich das im einzelnen ganz genau ausrechnen.

Ich könnte dies auch noch auf andere Ebenen beziehen, etwa auf den Automobilbereich, wobei ich hier beiläufig folgendes anmerken möchte: Ich habe die im letzten Jahr zu hörenden Triumphzahlen über Produktion und Verkauf auch im Inland mit einer gewissen Skepsis betrachtet. Ich habe mich über diese Zahlen natürlich gefreut. Aber man mußte ja erwarten, daß diese Einkaufswelle bei unseren Landsleuten in den neuen Ländern, die sich jetzt ein neues Auto angeschafft haben, nicht jedes Jahr erneut auftreten kann. Die Leute haben das Auto jetzt gekauft. Normalerweise werden sie im Jahre 1993 nicht gleich wieder ein Auto kaufen. Das mußte selbstverständlich eine Wirkung auf die Absatzentwicklung haben.

Ungeachtet aller Diskussionen scheint mir das wichtigste Gebot der Stunde dies zu sein: Wir müssen jetzt alles tun, um die Wirtschaft in Deutschland insgesamt zu stärken, wir müssen Investitionen fördern und alles tun, damit die Wirtschaftsflaute, die wir jetzt haben, so schnell wie möglich überwunden wird. Wer in dieser Situation - das sage ich mit allem Bedacht - dauernd laut über Steuererhöhungen nachdenkt und dabei mit einer gewissen Genüßlichkeit von „Folterinstrumenten" - eben ist dieses Wort gebraucht worden - spricht, muß wissen, was er tut. Es ist gewiß nicht das Gebot der Stunde, jetzt so zu reden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir müssen also alles tun, was die Wirtschaft beleben kann. Dies führt mich gleich noch zu dem Thema „Solidarpakt". Vor allem für den Westen unseres Vaterlandes gilt, daß Begriffe wie Sparen und Umschichten ernstgenommen werden müssen. Wir haben diesbezüglich leidenschaftliche Bekenntnisse gehört. Ich bin dafür, dies alles zu tun, bin jedoch auch skeptisch. Sie werden meine Position in den nächsten Wochen immer - auch bei den Beratungen über den Etat 1993 - deutlich erkennen können. Wir sollten hier untereinander aber ehrlicherweise wenigstens sagen, daß zwischen Reden und Tun gewisse Unterschiede bestehen. Das ist nicht nur auf einem CDU-Parteitag so.

(Vereinzelt Beifall)

Reden deutscher Kammerpräsidenten beginnen fast immer so, daß zunächst der Staat, die öffentliche Verwaltung aufgefordert wird, endlich zu sparen. Da gebe es zuviel Beamte, da gebe es zuviel Ausgaben, da gebe es zuviel von allem. Im zweiten Teil solcher Reden wird dann fast immer eine Sonderregelung für den eigenen Kammerbezirk gefordert.

(Heiterkeit)

Wir sind natürlich alle massiv dafür, daß die Subventionen endlich abgebaut werden. Ein ungewöhnlich erfolgsträchtiger Ausspruch! Aber wir sind natürlich nicht dafür, daß

wir die Subventionen gerade jetzt an den Küstenstandorten abbauen. Im Gegenteil! Wenn wir jetzt in Rostock die Werften für eine Übergangszeit mit neuen Subventionen zu retten und dort auch neue Investitionen anzuziehen versuchen, dann bekenne ich mich dazu. Das hat übrigens Ludwig Erhard auch getan. Er hat auch nicht pedantisch nach der reinen akademischen Lehre gehandelt. Wir hätten am Ende seiner Amtszeit sonst gar keine Werftindustrie an der Nordsee und an der Ostsee mehr gehabt. Wir müssen aber wissen: Das sind Übergangslösungen. Diese müssen jetzt sein. Wer hierin mit mir übereinstimmt, der muß dann aber ein bißchen vorsichtig mit der an mich gerichteten Forderung sein, ich müsse sofort „die" Subventionen abbauen.

Wer einmal die Subventionsmentalität im Westen etwa auf dem Gebiet des deutschen Steinkohlebergbaus betrachtet, kann doch erkennen, daß wir immer wieder anders handeln, als wir reden. Ich bekenne mich zu dem Programm, das wir für den Steinkohlebergbau aufgelegt haben. Man kann uns und anderen den Vorwurf machen: Ihr habt beim Subventionsabbau im Bereich des Steinkohlebergbaus – und überhaupt im Kohlebereich – zu spät angefangen, entsprechende Entwicklungen auf den Weg zu bringen. Diesen Vorwurf muß ich ertragen - vielleicht weniger ich als meine Vorgänger –, aber das ist egal, ich stehe in der Kontinuität eines Amtes. Wenn ich entsprechende Forderungen höre - auch hier im Westen, beispielsweise aus dem Bereich der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen -, muß ich doch aber sagen: Solche Forderungen müssen zum Beispiel den Bergarbeitern in der Lausitz ziemlich eigenartig im Ohr klingen, zumal diese Menschen vielleicht noch die Bilder von Rheinhausen, die sie vor ein paar Jahren als Zuschauer des Westfernsehens sahen, in Erinnerung haben, als wegen viel geringerer Probleme, als sie sie jetzt haben, öffentlich protestiert wurde.

(Beifall)

Das heißt also, liebe Freunde: Wenn ich „Sparen" sage, dann meine ich wirklich Sparen, und zwar auf allen Ebenen. Man kann hiervon weder die Gemeinden ausnehmen, noch die Bundesländer. Wenn ich das sage, muß ich gegenüber Ländern und Gemeinden fairerweise wiederum hinzufügen: Sie haben den größeren Anteil an den Personalkosten. Ich weiß nicht, wie es bei Euch in Baden-Württemberg ist. Ich schätze, Ihr habt 45 % Personalanteil

(Zuruf: 40 %!)

– 40 % Personalanteil. Da kann man natürlich nicht über Nacht massive Einsparungen vornehmen, zumal die gleichen Leute, zumal der gleiche CDU-Parteitag sagt: Wir brauchen mehr innere Sicherheit – und damit auch mehr Polizeibeamte. Innere Sicherheit heißt nicht, daß wir z.B. die Polizei aus dem ländlichen Raum zurückziehen. Vielmehr wollen die Menschen die Polizeibeamten in ihren Dörfern, in ihren Gemeinden doch nicht nur gelegentlich, sondern dauerhaft sehen. Auch das ist ja eine der Erfahrungen, die wir überall machen.

(Zustimmung)

Wenn das richtig ist, frage ich mich schon, warum wir – ich nenne die Verantwortlichen bewußt in dieser Reihenfolge – in den Gemeinden, dann in den Ländern und zuletzt auch beim Bund – ich habe mich bis zuletzt geweigert, aber es war nicht anders zu machen – in der letzten Tarifrunde in einer Weise abgeschlossen haben, die sich jetzt doch offensichtlich als nicht vernünftig herausstellt. Es sind ja nicht nur Löhne und Gehälter, die wir erhöht haben. Auch die Arbeitszeitverkürzung hat ja dramatische Veränderungen für die Personalhaushalte vor allem von Gemeinden und Ländern bedeutet. Wenn Sie z.B. beim Krankenhauspersonal die Arbeitszeit verkürzen, müssen sie auch ein völlig anderes Schichtsystem aufbauen. Das setzt doch sehr viel mehr Personal voraus.

Ich könnte diese Liste beliebig fortsetzen und sage deshalb: Liebe Freunde, beim Sparen und Umschichten kann es nicht nur darum gehen, im laufenden Haushalt an dieser oder jener Position eine Veränderung vorzunehmen, sondern wir müssen insgesamt zu einem Umdenken kommen.

Ich habe es am Montag gesagt, und ich wiederhole es: Wenn wir die Kosten beim Personal durch Arbeitszeitverkürzung, wie auch durch Lohnsteigerungen weiter in die Höhe treiben, schwächen wir den Standort Deutschland. Das muß man klar aussprechen, und das ist ein Teil unserer Gespräche über den Solidarpakt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bei einer Rede muß man ja aufpassen, wie sie später interpretiert werden könnte. Ich zitiere jetzt aus meiner Rede vom Montag, um Neugierige zu warnen. Ich habe dort gesagt: Wer jetzt seinen Beitrag beispielsweise zu Einsparungen und Umschichtungen verweigert, trägt die Verantwortung, wenn die Belastungen für den Bürger schon bald erhöht werden müssen. – Diese Formulierung hat Eingang in den Text des Antrages gefunden. Es ist ganz und gar meine Formulierung, und ich stehe dazu. Aber das ist keine Hintertür für vorzeitige Steuererhöhungen.

(Beifall)

Das sage ich, damit mich nicht irgend jemand falsch interpretiert. Wenn ich „Einsparungen" sage, meine ich das, und wenn ich „Umschichtungen" sage, meine ich das auch.

Was wir jetzt vor allem brauchen, ist eine Belebung unserer Wirtschaft. Jeder, der jetzt an der Steuerschraube dreht, muß bedenken: Wir reden die ganze Zeit von jenen Steuern, die vom Bund beschlossen werden. Wer aber aufmerksam hingeschaut und z.B. an seinem Wohnort die Veränderungen der kommunalen Gebühren in den letzten zwei Jahren beobachtet hat, muß doch einfach sehen, daß das für den Bürger auch eine Realität ist. Die Volkspartei CDU muß eben das Ganze sehen. Sie muß die Dinge – dieser Ausdruck ist ja auch in der Pädagogik wieder populär – ganzheitlich betrachten, und das heißt auch, nicht zu vergessen, daß man sein Geld eben nur einmal ausgeben kann. Ich glaube, auch diesen Gesichtspunkt sollten wir in der Diskussion immer im Auge behalten.

Ich sage ein ganz klares Ja zu dem vorgelegten Beschluß des Parteivorstandes und erbitte dazu Ihre Zustimmung. Meine Damen und Herren, es ist kein Verfall der Sitten, wenn wir jetzt, 1992, den Bürgern offen sagen, daß 1995 die Lage im Blick auf den Erblastfonds so ist, wie sie ist. Das kann ich eben nicht wegdiskutieren. Sie hier auf diesem Parteitag haben ebenso wie unsere Wählerinnen und Wähler und wie alle unsere Mitglieder einen Anspruch darauf, daß der Parteivorsitzende – entsprechend seiner Verantwortung – seine Meinung klar vorträgt. Das habe ich am Montag getan. Es hat nichts mit einer Vorwegnahme wichtiger Entscheidungen zu tun. Wir sehen schon heute sehr wohl – das ist ja auch bei Theo Waigel soeben deutlich geworden –, was beim Erblastfonds auf uns zukommt. Ich bin übrigens dafür, den Begriff „Erblastfonds" beizubehalten. Er wird ja auch in der Vorlage verwendet. Denn, meine Damen und Herren, wenn wir nicht aufpassen, werden diejenigen, die die Einheit nie wollten und die ihre Rechenmethoden ja nur angewendet haben, um die Einheit zu verhindern – das ist ja die Wahrheit –, 1995 den Leuten sagen: Das sind Schulden; die die Union gemacht hat. – Nein, es sind die Schulden, die die Kommunisten mit ihrer Mißwirtschaft in 40 Jahren in der DDR gemacht haben!

(Beifall)

Jetzt gehen wir in die Gespräche über den Solidarpakt. Da muß ich Ihnen schon sagen: Man muß doch wenigstens in der Nähe der Lebenswirklichkeit bleiben. Das heißt: ein Solidarpakt-Gespräch mit den Gewerkschaften, mit den Unternehmern, mit den Ländern ist nicht eine Einladung zum Befehlsempfang ins Kanzleramt. Es ist eine Einladung zu einem Gespräch, und Sie dürfen uns und mir doch wirklich unterstellen, daß ich eine konkrete Vorstellung von unserer Verhandlungsposition habe.

Nun ist es in der deutschen Politik inzwischen üblich, daß man vor Gesprächen öffentlich bekanntgibt, was man dem anderen im einzelnen zu sagen gedenkt. Im privaten Leben würde mit dieser Methode jeder scheitern – und in der Politik auch. Deswegen bin ich für die altmodische Art und Weise, daß wir vorab unsere Grundlinien klarmachen – das tun wir auch in dieser Vorlage – und daß wir anschließend mit unseren Gesprächspartnern reden. Wir brauchen diesen Solidarpakt nicht, um den Sozialdemokraten etwas Gutes zu tun; darum geht es mir gewiß nicht. Wir brauchen ihn, um den Menschen in den neuen Ländern und der gesamten Bevölkerung in Deutschland eine berechenbare Perspektive zu geben. Die brauchen wir im übrigen auch für die Wirtschaft. Es waren ja in der Wirtschaft nicht wenige, die zu meiner Verwunderung unentwegt öffentlich erklärt haben: Wenn ihr die Steuern erhöhen oder die eine oder andere Belastung verlängern solltet, würden wir ja gerne zahlen. – Nun gut: Wenn wir – um bei meinem Beispiel zu bleiben – 1995 gezwungen sind, aus den Gründen, die ich genannt habe und die mir bisher niemand widerlegt hat, das Entsprechende zu tun, dann können die Betreffenden ja öffentlich bekunden: Jetzt habt ihr endlich das getan, was wir uns die ganze Zeit schon gewünscht haben. – Dies ist dann in der Tat die Stunde der Wahrheit, und deswegen sollten wir so handeln, wie es der Antrag vorsieht.

Ein Letztes, und das ist ein ganz dringlicher Wunsch: Wenn wir gleich den Parteitag mit der Nationalhymne schließen, sollte eigentlich auch der Zeitpunkt gekommen sein, daß jeder, der sich vorgenommen hat, in den nächsten Tagen nachzukarten, seine Vorschläge noch in diesem Saal in den Papierkorb wirft.

(Beifall)

Und jeder, dem nachher beim Herausgehen von der geschätzten Schar der Damen und Herren von der Presse und den elektronischen Medien das Mikrophon vors Gesicht gehalten wird, sollte einfach sagen: Das war ein prima Parteitag. – Das ist die beste Botschaft, die er weitergeben kann.

(Zustimmung)

Wenn er dann gefragt wird „Wie werden Sie die Steuern denn gestalten?" und wenn er nach der Steuerart gefragt wird, sollte er sagen: Darüber reden wir in den Gremien, die dazu berufen sind, an keiner anderen Stelle.

Wir müssen wieder lernen – das hat etwas mit politischer Kultur zu tun –, miteinander zu reden, nicht übereinander.

(Beifall)

Wenn das die Botschaft zu diesem wichtigen, die Menschen verständlicherweise beschäftigenden und auch erregenden Thema ist, sind wir ein großes Stück vorangekommen. Darum bitte ich Sie ganz herzlich.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir können damit zur Abstimmung kommen.

Ich verweise noch einmal auf die Empfehlung der Antragskommission, die auf Seite 2 des Ihnen vorgelegten Papiers ausgedruckt ist. Bei Annahme des Antrages G 1 in der Fassung der Antragskommission können die zu den Themen des Antrages G 1 gestellten weiteren G-Anträge als erledigt betrachtet werden.

Normalerweise würde ich, was der Logik dieser Formulierung entspricht, jetzt insgesamt abstimmen lassen. Aber der Kollege Pinger hat beantragt, über die Nr. 9 getrennt abzustimmen. Wir sind der Auffassung, wir sollten das vorweg tun und dann über den Antrag insgesamt abstimmen.

Wir kommen also zur Abstimmung über die Nr. 9 des vorgelegten Papiers. Die Antragskommission schlägt vor, die Nr. 9 des vom Bundesvorstand eingebrachten Papiers anzunehmen.

Wer der Empfehlung der Antragskommission, zuzustimmen, folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Bei ganz wenigen Gegenstimmen ist die Nr. 9 mit großer Mehrheit angenommen worden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich lasse jetzt über den Antrag insgesamt in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission, dem gesamten Antrag in der vorgelegten Form zuzustimmen, folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Enthaltungen? – Gegenstimmen! – Die Vorlage „Gemeinsam handeln für Deutschland – Vorfahrt für den Aufbau Ost" ist mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden.

(Beifall)

Zu dem Bereich G gibt es einige weitere Anträge. Wir können sie kurz behandeln.

Ich rufe den Antrag G10 auf Seite 28 der Sammlung der Initiativanträge II auf. Mir liegt keine Wortmeldung vor. Wir können über den Antrag G10 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Gegenstimmen! – Es ist so beschlossen.

Ich rufe die Anträge G11 und G12 auf. Sie sollen zusammen behandelt werden. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse über die Anträge G11 und G12 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt, die zwei Anträge der Agrarkommission des Bundesvorstands als Material zu übersenden. Ich gehe davon aus, daß Sie mit der verbundenen Abstimmung einverstanden sind. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Gegenstimmen! – Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu dem Antrag G13 auf Seite 30. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Empfehlung der Antragskommission lautet: Ablehnung. Wer sich dieser Empfehlung der Antragskommission anschließt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Enthaltungen? – Gegenstimmen! – Es ist so beschlossen, wie es die Antragskommission vorgeschlagen hat.

Da über den Antrag G14 bereits beschlossen wurde, rufe ich den Antrag G15 auf. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Ich lasse darüber abstimmen. Wer diese Empfehlung unterstützt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Über die Anträge G16 und G17 ist bereits beraten worden.

Wir kommen zu dem Antrag G18. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Enthaltungen? – Gegenstimmen! – So beschlossen.

Ich rufe den Antrag G19 auf. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich bitte diejenigen, die dem zustimmen, um das Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Gegenstimmen! – So beschlossen, wie die Antragskommission empfohlen hat.

Ich rufe den Antrag G21 auf. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer dieser Empfehlung folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Gegenstimmen! – Beschlossen, wie vorgeschlagen.

Wir kommen zu dem Antrag G22. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse abstimmen. Die Antragskommission schlägt vor, auch diesen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Gegenstimmen! – Ebenfalls so beschlossen, wie vorgeschlagen.

Damit ist der Tagesordnungpunkt 17 abgeschlossen. Ich danke Ihnen für die lebhafte Diskussion und das gute Abstimmungsergebnis. – Ich übergebe die Tagungsleitung Herrn Klose.

Dr. Hans-Ulrich Klose, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir kommen zu dem Tagesordnungspunkt 10:

Beratung und Beschlußfassung über Änderungen des Statuts

Über die Anträge F1 und F2 haben wir bereits am Montag beschlossen. – Wir kommen zu den Anträgen zu § 4 Abs. 2 des Statuts.

Ich rufe die Anträge F3, F4, F7 und F12 auf. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 90 bis 93 der Antragsbroschüre. Die Antragsteller fordern eine Änderung der Regelung über Aufnahme von Parteimitgliedern, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wünscht der Sprecher der Antragskommission das Wort? – Nicht.

Ich lasse über die Anträge F3, F4, F7 und F12 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt erstens einen Prüfungsauftrag an den Bundesvorstand und zweitens die Streichung der Bestimmung in § 4 des Statuts, daß Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit vor einer Aufnahme in die CDU ein Jahr als Gast in der Partei mitgearbeitet haben müssen. Wer dem Beschlußvorschlag der Antragskommission seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einigen Gegenstimmen so beschlossen worden.

Wir kommen zu dem Antrag zu Abschnitt B des Statuts. Hierzu rufe ich den Antrag F5 auf Seite 91 der Antragsbroschüre auf. Der Antragsteller wünscht die Einführung einer Familienmitgliedschaft. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wünscht die Antragskommission hierzu Stellung zu nehmen? – Nicht. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag F5. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Finanzkommission der CDU. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Ich stelle fest, daß so beschlossen worden ist.

Wir kommen zu dem Antrag F6 auf Seite 92 der Antragsbroschüre. Der Antrag betrifft § 29 des Statuts. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Nicht. Wünscht die Antragskom-

mission das Wort? – Nicht. Wir können über den Antrag F6 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Organisationskommission. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag F8 auf Seite 92 der Antragsbroschüre auf. Er betrifft § 4 Abs. 3 des Statuts. Wird das Wort gewünscht? – Nicht. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Nicht. Wir stimmen ab. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags F8. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag F9 auf Seite 92 der Antragsbroschüre auf. Er betrifft den § 44 des Statuts. Wird dazu das Wort gewünscht? – Nicht. Die Antragskommission bittet ums Wort. Bitte schön.

Christian Wulff, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren, in aller Kürze! Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag – entgegen der ausgedruckten Empfehlung – an die Organisationskommission zu überweisen, da der Antrag H83 ebenfalls überwiesen werden soll. Dieser Antrag enthält den gleichen Gedanken. Das ist zwar rechtlich, vermute ich, wegen der Formulierung im Parteiengesetz nicht möglich. Aber da der Antragsteller das gewünscht hat, sind wir damit einverstanden, diesen Antrag an die Organisationskommission zu überweisen. Ich denke, daß Sie damit einverstanden sind.

Dr. Hans-Ulrich Klose, Tagungspräsidium: Sie haben gehört, daß, abweichend vom ursprünglichen Vorschlag, Überweisung an die Organisationskommission empfohlen wird. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist auch das einstimmig so beschlossen.

6. Antrag zu § 5 Absatz 3 des Statuts. Ich rufe auf: Antrag F10 auf Seite 93 der Antragsbroschüre. Wird das Wort erbeten? – Das ist nicht der Fall. Der Sprecher der Antragskommission wünscht auch nicht das Wort. Wir stimmen über den Antrag F10 ab. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist die Empfehlung einstimmig so beschlossen.

7. Antrag zu § 5 Absatz 2 des Statuts! Ich rufe den Antrag F11 auf Seite 93 der Broschüre auf. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall, auch nicht von der Antragskommission. Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung des Antrages F11. Wer diesem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist dann so beschlossen.

8. Antrag zu § 14 der Geschäftsordnung! Ich rufe den Antrag F13 auf Seite 93 der Antragsbroschüre auf. Wird dazu das Wort gewünscht? – Der Kollege Delegierte Lennartz aus dem Kreisverband Euskirchen! – Bitte schön!

Leo Lennartz: Meine lieben Parteifreunde! In § 14 der Geschäftsordnung steht, wie Wortmeldungen zu behandeln sind. Es heißt dort, daß in der Regel in der Reihenfolge der Meldungen das Wort erteilt werden soll. Wir haben gesehen, wie das Präsidium das in den letzten drei Tagen hier gehandhabt hat. Wer der Meinung ist, daß das alles richtig war, der muß es jetzt natürlich bei der Geschäftsordnung belassen. Wer aber der Meinung ist, daß das nicht richtig war, den bitte ich, unseren Antrag zu unterstützen, daß die Worte „in der Regel" entfallen und Wortmeldungen in der Reihenfolge ihrer Abgabe abgehandelt werden.

(Beifall)

Insofern ist mir das Tagungspräsidium vorgestern mit seinen Manipulationen in der Argumentation sehr entgegengekommen. Wenn es Gründe gibt, die Tagesordnung zu unterbrechen, weil ein Gast erscheint, der ein Grußwort spricht, hat jeder Verständnis dafür, daß die Beratung über einen bestimmten Punkt unterbrochen wird. Ich bin der Meinung, daß bei den Beratungen selber die Reihenfolge der Wortmeldungen gelten muß.

(Beifall)

Dr. Hans-Ulrich Klose, Tagungspräsidium: Ich mache allerdings darauf aufmerksam, Herr Kollege Lennartz, daß das Präsidium dieses Parteitages nach den Feststellungen, die wir hier getroffen haben, den Parteitag korrekt und ordnungsgemäß geleitet hat.

(Beifall)

Kollege Lennartz hatte einen Änderungsantrag gestellt. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Darin wird darum gebeten, die Worte „in der Regel" aus der – -

(Zurufe: Antragskommission!)

– Bitte schön!

Christian Wulff, Antragskommission: Es gibt auch Anträge zu der Frage, ob über den Vorschlag der Antragskommission oder über Änderungsanträge abgestimmt wird. Da wir uns jetzt nicht gemeldet haben, weil es in der Antragskommission kaum politische Selbstmörder gibt, die sich zu diesem Zeitpunkt mit längeren Wortbeiträgen Ihren Unmut zuziehen wollen, haben wir auf einen Wortbeitrag verzichten wollen. Wir können aber nicht darauf verzichten, daß über den Antrag der Antragskommission abgestimmt wird, weil wir uns natürlich auch mit diesem Antrag ähnlich ausgiebig beschäftigt haben wie der Landesparteitag Nordrhein-Westfalen. Dieser hat den Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Deswegen empfehlen wir auf Grund der Sachargumente auch hier Ablehnung. Es ist nicht beantragt, daß Mitglieder des Bundesvorstandes nicht mehr jederzeit Rederecht haben und daß auch Mitglieder der Antragskommission nicht jederzeit das Wort nehmen können. Es ist nur beantragt, die Worte „in der Regel" zu streichen. Diese Möglichkeit, jemandem spontan das Wort zu einem bestimmten Themenfeld – natürlich zurückhaltend – zu geben, soll dem Präsidium in Zukunft erhalten bleiben. Deshalb bitten wir darum, dem Antrag der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

Dr. Hans-Ulrich Klose, Tagungspräsidium: Dann lasse ich über den Antrag der Antragskommission abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist dem Antrag der Antragskommission entsprochen und so beschlossen worden.

9. Antrag zu § 10 der Geschäftsordnung! Ich rufe den Antrag F14 auf Seite 93 der Antragsbroschüre auf. Wünscht hierzu jemand das Wort? – Herr Lennartz, bitte schön!

Leo Lennartz: Meine lieben Freunde! Nach der Geschäftsordnung ist vorgesehen, daß der Bundesvorstand die Antragskommission beruft. Unser Kreisverband ist der Auffassung, daß sich dies nicht bewährt hat, weil nämlich der Bundesvorstand immer die Leute beruft, von denen er glaubt, daß er mit seinen Anträgen am besten zurechtkommt.

Wir sind also der Auffassung, es sollte eine Antragskommission aus den Reihen des Parteitages gewählt werden; denn wir sind der Ansicht, daß eine solche Antragskommission gemischter wäre und wir trotzdem in der Lage wären, Damen und Herren mit Sachverstand für diese Antragskommission zu benennen. Wir möchten Ihnen dieses empfehlen und bitten Sie darum, unserem Antrag zuzustimmen.

Dr. Hans-Ulrich Klose, Tagungspräsidium: Wird dazu das Wort gewünscht? – Die Antragskommission, bitte schön!

Christian Wulff, Antragskommission: Die Antragskommission war trotz großer Sympathie für diesen Vorstoß letztlich der Meinung, daß Parteitage inhaltlich in ihrer thematischen Themenstellung zuwenig feststehen, als daß eine sinnvolle Zusammensetzung der Antragskommission beim Parteitag entstehen könnte. Die Kommission für diesen Parteitag beweist in hohem Maße, daß Vertreter verschiedenster Kreis- und Bezirksverbände mit aufgenommen wurden, und zwar gerade als Antragsteller für bestimmte Themenfelder. Die Zusammensetzung mit Vertretern der Parteibasis und Vertretern aus dem jeweiligen Sachgebiet, die der Parteitag sicherlich zu Recht wünscht, scheint uns über eine Einsetzung durch den Bundesvorstand und durch Bestätigung durch den Bundesparteitag durchaus erreichbar zu sein. Deshalb bitten wir darum, den Antrag abzulehnen.

Dr. Hans-Ulrich Klose, Tagungspräsidium: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission hat Ablehnung des Antrages empfohlen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen ist so beschlossen.

10. Antrag zu § 43 des Statuts! Wir kommen zum Antrag F15 auf Seite 94 der Antragsbroschüre. Wird dazu das Wort gewünscht? – Bitte schön, Herr Lennartz!

Leo Lennartz: Meine lieben Freunde, das ist der Antrag, der schon vorgestern eine Rolle gespielt hat, und zwar sollte darüber nach unserem Willen, aber auch nach den Vorstellungen des Präsidiums vor der Wahl des Vorstandes abgestimmt werden. Die Abstimmung ist dann aber auf heute vertagt worden. Aber vielleicht hatten einige Mitdelegierte die Möglichkeit, sich den Sachverhalt noch einmal zu überlegen, zumal auch die Antragskommission zu meinem Erstaunen erklärt hat, hierbei gehe es um grundsätzliche Dinge, was aus dem Antrag, den Antrag abzulehnen, ohne weiteres nicht zu erkennen war.

Wir haben eine Satzungsbestimmung, wonach bei Wahlen zum Präsidium die Hälfte und bei Wahlen zum Bundesvorstand drei Viertel der zu wählenden Kandidaten auf den Stimmzetteln anzukreuzen sind. Das hat beim Bundesvorstand zur Folge, daß von 26 Kandidaten von jedem Delegierten 20 auf dem Stimmzettel angekreuzt werden müssen, damit überhaupt ein gültiger Stimmzettel abgegeben wird. Wir halten das für eine unzumutbare Einschränkung der freien Wahlmöglichkeit der Delegierten und plädieren deshalb dafür, daß dieses Quorum ersatzlos gestrichen wird.

(Beifall und Zurufe)

Ersatzlos gestrichen wird! Das ist unser Antrag, meine lieben Freunde. Es steht jedermann frei, einen Zusatzantrag zu stellen. Dagegen habe ich nichts. Wir sind aber der Meinung, wir müssen einmal darüber diskutieren, daß es auch mit der Würde der Delegierten nicht zu vereinbaren ist, vier Fünftel der Kandidaten auf einem Stimmzettel anstreichen zu müssen. Wir sind dafür, daß hier wieder eine offene „Feldschlacht" eingeführt wird, daß sich Kandidaten zu Wort melden, zur Wahl stellen und darüber abgestimmt wird. Wir halten dies für das bessere demokratische Verfahren.

Ich habe von anderen Delegierten signalisiert bekommen, daß sie das Quorum nicht ganz abschaffen, sondern es heruntersetzen wollen. Das ist sicherlich eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Zustand. Aber ich habe – das werden Sie verstehen – einen bestimmten Auftrag von meinem Kreisverband. Dieser Kreisverband geht davon aus, daß das Quorum vollständig beseitigt wird, und darum möchte ich Sie bitten.

(Beifall)

Dr. Hans-Ulrich Klose, Tagungspräsidium: Herr Bundesvorsitzender, bitte sehr!

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, das ist in der Tat eine wichtige Sache. Ich habe mich jetzt nicht als Bundesvorsitzender, sondern als Altdelegierter des Braunschweiger Parteitags gemeldet. Denn diese Schlacht haben wir damals schon geschlagen. Ich kann Ihrer Argumentation überhaupt nicht folgen. Ich habe seinerzeit die Front derer angeführt, die die jetzige Regelung durchgesetzt haben, und zwar aus dem einfachen Grund, weil früher die Chance für Vertreter der kleinen Landesverbände, gewählt zu werden, praktisch gleich null war.

(Beifall)

Vor den Parteitagen – so war es doch seinerzeit – haben sich bestimmte Landesverbände und auch Vereinigungen zusammengeschlossen. Ich selbst kannte das noch von der Jungen Union her; aber auch die Sozialausschüsse waren immer tüchtig auf diesem Gebiet. Und dann hat man, wenn zum Beispiel zehn Leute zu wählen waren, nur einen oder zwei angekreuzt. Die Betreffenden erhielten so einen uneinholbaren Stimmen-Vorsprung. Dieser Vorsprung spiegelte in Wahrheit jedoch nicht die Meinungen der Delegierten, sondern er war das Ergebnis sehr subtiler Absprachen.

Man kann auch zu dem jetzigen System seine kritischen Anmerkungen machen, aber es ist gerechter. Und ich sage Ihnen voraus, wenn Sie auf die alte Regelung zurückkommen, werden Sie viel mehr Streit auf dem Parteitag haben, weil man mit Absprachen quer durch die Landesverbände und Vereinigungen völlig andere Ergebnisse erzielt, indem man mauert – so hat man es damals genannt.

Ist es wirklich zuviel verlangt, daß in der CDU Deutschlands, die jetzt zusammenwachsen muß, wo der Euskirchener endlich auch den Rostocker kennenlernen soll, sich auf Parteitagen jeder die Mühe macht, die verschiedenen Kandidaten vorher anzugucken, und nicht nur einen ankreuzt?! Ich halte diesen Antrag – um es klar zu sagen – für ganz und gar schädlich für die Zukunft der Partei, und ich bitte ihn abzulehnen.

(Beifall)

Dr. Hans-Ulrich Klose, Tagungspräsidium: Der nächste ist der Delegierte Dr. Gölter.

(Zuruf)

– Mir wird gesagt, Herr Dr. Gölter hat verzichtet. Dann sind Sie dran; bitte schön!

Dr. Stephan Eisel: Ich freue mich, daß ich als junger unerfahrener Delegierter einen Vorschlag als Kompromiß zwischen zwei alten erfahrenen Delegierten machen kann. Ich finde, wir sollten bei den Vorstandswahlen das Quorum nehmen, das für das Präsidium für alle Wahlen in der Partei gilt, und bringe auf Wunsch mehrerer Delegierter den Zusatzantrag ein, statt drei Viertel künftig die Hälfte als Quorum zu nehmen.

(Beifall)

Dr. Hans-Ulrich Klose, Tagungspräsidium: Ich darf dem Delegierten Hermann das Wort erteilen.

(Zuruf)

– Hat sich erledigt. Dann hat Herr Dr. Gölter das Wort.

Dr. Georg Gölter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man angefangen von der Jungen Union – das hat uns ja in den 60er Jahren in der Jungen Union gewaltig beschäftigt – große Erfahrungen gemacht hat, wenn man damals in der Jungen Union erlebt hat, daß drei große Landesverbände über 15 Jahre hindurch die Struktur des Bundesvorstands der Jungen Union bestimmt haben, wenn man dabei war, wie die kleinen Landesverbände sich zusammengerottet haben und große Siege gefeiert haben, weil sie plötzlich drei oder vier Stimmen mehr hatten, und wenn man denkbare Entwicklungen in der Struktur der Parteitage der nächsten Jahre ins Auge faßt, dann muß man – wie ich es hiermit tue – dringend vor einem 50-Prozent-Quorum warnen. Ich finde diese ganze Absprachen-Theorie nicht gut: wer sich vorher mit wem getroffen hat. Gott sei Dank halten sich die meisten Delegierten nicht daran.

(Beifall)

Gott sei Dank, meine Damen und Herren, sind die Delegierten so frei, ihren Vorsitzenden auch zu zeigen, daß das nicht zu einer offenen demokratischen Partei paßt. Wenn da die Papiere herumgereicht werden, stehen Zahlen darunter, und hinterher sind Gott sei Dank viele die Blamierten.

Ich finde es gut – fand es auch gut auf diesem Parteitag –, daß ein Newcomer an allen Absprachen vorbeiziehen kann. Eine 50-Prozent-Regelung zementiert Strukturen und begünstigt die großen Landesverbände. Deshalb die Position des Bundesvorsitzenden: Lassen Sie es bei 75 %; dann muß man – mir geht es gelegentlich auch so – halt manchmal Namen anstreichen, die man nicht unbedingt möchte. Aber das ist auch ein Stück parteipolitische Solidarität.

(Beifall)

Dr. Hans-Ulrich Klose, Tagungspräsidium: Danke schön! Gibt es noch Wortmeldungen? – Herr Lennartz, bitte schön!

Leo Lennartz: Ich darf dem Kollegen Kohl als Delegierter sagen: Wir wollen doch nicht euren alten Kram von vor 20 Jahren hier immer wieder aufwärmen! Wir wissen doch ganz genau, daß da Seilschaften gelaufen sind, daß heute Seilschaften laufen. Seilschaften laufen immer und ewig. Daß der stellvertretende Bundesvorsitzende mit großer Mehrheit gewählt worden ist, hatte doch nichts mit dieser Bestimmung im Statut zu tun, sondern das ist deshalb geschehen, weil der Mann überzeugt hat, und ich kämpfe für Frauen und Männer, die überzeugen. Deshalb bin ich dafür!

Das hat nichts mit einer Einstellung gegen die kleinen Landesverbände zu tun; den Schuh lasse ich mir nicht anziehen! Und, lieber Herr Dr. Kohl, den Herrn Zöllick aus Rostock kenne ich schon aus der Zeit vor zwei Jahren; den brauche ich also heute hier nicht extra kennenzulernen.

Ich würde also meinen: Lassen Sie uns streng am Thema diskutieren! Es geht darum: Werde ich gezwungen, Leute zu wählen? Und ich habe mal wieder Leute in den Vorstand wählen müssen, die ich überhaupt nicht wählen wollte, einfach deshalb, um die hereinzukriegen, die ich haben wollte. Das ist kein demokratisches Verfahren.

(Beifall)

Dr. Hans-Ulrich Klose, Tagungspräsidium: Danke schön! – Darf ich feststellen, daß die Meinungen ausgetauscht sind?

(Zuruf)

Muß es sein?

Klaus Laepple: Um mal ganz kurz auf Herrn Gölter zu erwidern: Der Newcomer, der hier wohl zur Überraschung einiger Delegierter gewählt worden ist, ist mit dem 50-Prozent-Quorum gewählt worden. Das nur mal zur Klarstellung! Also, wir sollten hier nicht versuchen, uns gegenseitig zu veräppeln.

Der nächste Punkt: Dieses Quorum von 75 %, das wir momentan haben, wirkt auf mich – und wohl nicht nur auf mich – wie eine Art von Nötigung.

(Beifall)

Denn ich werde genötigt, Leute zu wählen, die ich ausdrücklich nicht wählen möchte.

Hier ist doch der Vorschlag vom Kreisverband Bonn, ein Quorum von 50 Prozent vorzusehen, ein Kompromiß, mit dem der Parteitag leben kann und der meines Erachtens alle Möglichkeiten offenläßt. Zum Zusammenwachsen gehört eben auch, daß ich diejenigen Leute wählen kann, die ich wählen möchte, und nicht gezwungen werde, Leute zu wählen, die ich ganz gezielt nicht wählen möchte. Es kann in unserer Partei einfach nicht angehen, daß wir weiterhin derartige Bestimmungen in der Satzung haben.

Ich bitte Sie deshalb, sich das ernsthaft zu überlegen und dem Antrag des Kreisverbandes Bonn stattzugeben. – Herzlichen Dank!

(Beifall)

Dr. Hans-Ulrich Klose, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich stelle jetzt fest, daß weitere Wortmeldungen nicht vorliegen.

Ich komme zur Abstimmung. Die Antragskommission bleibt bei ihrem Votum und empfiehlt die Ablehnung des Antrags F 15.

(Zuruf)

Wir sind jetzt in der Abstimmung. Es wissen alle, worüber abzustimmen ist. – Wer diesem Votum der Antragskommission seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einer Reihe von Gegenstimmen ist der Empfehlung der Antragskommission durch Beschluß entsprochen worden.

Ich rufe auf Nr. 11, Antrag zur Finanz- und Beitragsordnung. Dies ist der letzte Antrag auf Änderung des Satzungsrechts. Ich rufe auf Antrag F16, Seite 94 der Broschüre. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Seitens der Antragskommission? – Auch nicht. Dann können wir über den Antrag F16 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag dem Bundesvorstand zu überweisen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Es ist so beschlossen worden.

Damit sind wir am Ende der Behandlung der Anträge zum Satzungsrecht, und der Tagesordnungspunkt 10 ist erledigt. – Ich gebe das Tagungspräsidium weiter an Herrn Kollegen Reul.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zu Tagesordnungspunkt 19:

Sonstige Anträge

Wir haben jetzt eine kleine Schwierigkeit – sie kriegen wir aber wohl auch gelöst –: Unter dem Abschnitt H sind noch rund 60 Anträge zu erledigen. Es gibt auch einige Wortmeldungen dazu. Mein Vorschlag wäre – die Anträge sind ja in der Antragskommission und auch mit den Antragstellern intensivst besprochen worden; es gibt und gab auch die Gelegenheit für alle Delegierten, insbesondere die Antragsteller, die Empfehlungen der Antragskommission zu studieren –, daß ich die Anträge nur noch aufrufe, und wenn es keinen Widerspruch im Saal gibt, dann ist über den Antrag entsprechend der Empfehlung der Antragskommission beschlossen. Wenn Widerspruch besteht und wenn jemand noch etwas dazu sagen will, würde ich bitten, daß er das noch einmal kundtut. Die bisher vorliegenden Wortmeldungen würde ich zunächst einmal auf der Seite liegen lassen, wenn Sie einverstanden sind. Kann man so verfahren? – Ich bitte Sie also, sich an den Stellen, wo Sie meinen, daß darüber noch geredet werden muß, zu dem betreffenden Antrag zu melden. Dann würden wir an diesen Stellen noch miteinander diskutieren und getrennt abstimmen.

Wenn so verfahren werden kann – ich sehe keinen Widerspruch –, dann rufe ich auf die Anträge H44, H45 und H46. – Keine Wortmeldungen. So angenommen!

Antrag H47! – Auch hier stelle ich entsprechende Zustimmung fest.

Antrag H48!

(Zuruf)

Dazu liegt eine Wortmeldung vor.

Dr. Bernd Schneider: Dazu hatte ich mich sowieso zu Wort gemeldet. Ich kann der Empfehlung der Antragskommission nicht zustimmen. Ich bin Chirurg. Dieses Gesundheitsstruktur-Reformgesetz kneift mich zwar sehr, aber ich kann es durchaus mittragen, eben weil es neue Wege, neue Strukturen zeigt. Ich möchte gern, daß diese neuen Wege, die wir aufgezeigt haben, hier vom Parteitag mit beschlossen werden. Damit kann ich das auch meinen Kollegen gegenüber wesentlich besser vertreten. Ich bin nicht der Meinung, daß das, was wir vorschlagen, schon in den Eckwerten entsprechend abgesegnet ist. Ich bitte deshalb, unserem gesamten Antrag zuzustimmen. – Danke sehr!

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Danke sehr! – Dann muß ich über den Antrag H48 abstimmen lassen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Einige. Enthaltungen? – Keine. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen H49, H50 und H51. – Das kann alles so laufen.

Ich rufe Antrag H52 auf. – Herr Hüppe.

Hubert Hüppe: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich denke, daß es immer eine Art Selbstbeschneidung des Parteitages ist, wenn er sehr viele für uns sehr wichtige Anträge an die Fraktion überweist und nicht selber entscheidet. Ich denke, es wäre besser, wenn die CDU als Partei mehr deutlich machte, daß sie vielleicht einen anderen Standpunkt als die Fraktion hat, der ich zwar auch angehöre, aber der auch noch eine andere Partei angehört, nämlich die CSU.

Ich halte das Problem, das wir hier ansprechen, für sehr, sehr wichtig und auch für aktuell. Wir haben das Ministerium für Frauen und Jugend. Ich bin auch davon überzeugt, daß das richtig ist, weil Frauen in Beruf und Gesellschaft benachteiligt worden sind. Behinderte, so denke ich, werden dagegen noch viel mehr benachteiligt.

Ich denke beispielsweise daran, daß eine Familie Schadenersatz bekommen hat, weil sie ihren Urlaub mit Behinderten verbringen mußte. Das, denke ich, ist nichts anderes als Apartheid im eigenen Land. Das muß ich an dieser Stelle einmal so deutlich sagen.

(Beifall)

Ich fand es eigentlich schade, daß nur Minister Blüm großen Protest dagegen erhoben hat, während die Öffentlichkeit insgesamt eigentlich relativ ruhig geblieben ist. Wir wollen kein neues Ministerium. Wir könnten hier sehr wohl beschließen, daß sich ein Ministerium der Belange der Behinderten extra annehmen soll. Das wäre eine gute Sache. Ich glaube, das wäre gut für die Behinderten, die wir vielleicht viel zu oft vergessen.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Ich lasse über Antrag H52 abstimmen. Wer stimmt der Empfehlung der Antragskommission zu? – Gegenstimmen? – Einige. Enthaltungen? – Mit Mehrheit so beschlossen.

H53, H54, H55, H56, H57, H58, H59, H60 und H61 – diese Anträge gehören zusammen –, H62, H63 und B27. Diese Anträge sollen zusammen behandelt werden. Die Empfehlung der Antragskommission liegt vor. – Dazu gibt es auch keine Wortmeldung.

Wir kommen jetzt zu Antrag H65, zu Antrag H66 und zu Antrag H67. Dazu hat die Antragskommission um das Wort gebeten.

Dr. Fritz Hähle, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag – entgegen der ausgedruckten Empfehlung – im Grundsatz anzunehmen. Das bedeutet im einzelnen, den Abs. 1 und den Abschnitt 3 anzunehmen und Abs. 2 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Danke sehr. – Sind alle damit einverstanden? – Kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

H68, H69, H70, H71, H72, H73, H74, H75, H76. – Wenn ich zu schnell bin, dann bitte ich um Unterbrechung. – Zu Antrag H75 spricht Herr Lennartz. – Ich bitte um Verständnis. Wir müssen schon den Weg wählen, das jetzt ein bißchen zügig vorzutragen, denn Sie alle wollen, daß der Parteitag zügig zu Ende kommt und auch bis zum Ende beschlußfähig ist. – Herr Lennartz hat das Wort.

Leo Lennartz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer jetzt murrt, der beschimpft den Falschen. Ich kann nichts dafür, daß wir jetzt erst drankommen. Ich muß unterstreichen, was Hubert Hüppe gesagt hat. Wir haben am Anfang zu lange getrödelt. Entsinnen Sie sich, was am Montag hier gelaufen ist, wer hier zu Dingen gesprochen hat, die völlig unstreitig waren.

Hier geht es z.B. um einen Punkt, der in unserer Gesellschaft ziemlich streitig diskutiert werden wird, nämlich die Frage der Organentnahme. Das Thema Organspende ist in der Diskussion. Sie wissen das, denn das geht durch alle Medien. Die Leute fragen: Welche Meinung hat die CDU dazu?

Ich bin nicht der Auffassung, daß wir das heute entscheiden können. Unser Antrag zielt nicht darauf ab, das heute zu entscheiden, sondern wir sollten in der Tendenz eine Aussage treffen und im übrigen sagen: Das ist ein so wichtiges Thema, das gesetzlich geregelt werden muß, Herr Bundeskanzler. Wir können es nicht zulassen, daß, wenn ein 18-, 19-, 20jähriger kranker Mensch in ein Krankenhaus eingeliefert wird, überlegt wird, ob es sich noch lohnt, bezüglich seiner Person noch große

Anstrengungen zu unternehmen oder ob man nicht besser seine Niere für den Kranken im Saal nebenan nehmen soll. Das ist heute auch der Stand der Diskussion, wie wir gehört haben, ob in Deutschland oder anderswo; wir hören von diesen Dingen.

Wir sind der Auffassung, wir sollten hier nicht dem Antrag der Antragskommission folgen, sondern wir sollten hier wirklich eine Tendenzaussage treffen, die die Punkte beinhaltet, die Gegenstand des Antrags des Kreisverbandes Euskirchen sind.

Ich sage zunächst einmal: Organspende ist eine wirklich wichtige und sittlich gute Tat, aber nicht unbedingt und in allen Fällen. Eine Organspende muß wirklich auf Ausnahmesituationen beschränkt bleiben. Die Begründung dafür ist: Niemand darf ohne weiteres über sein eigenes Leben verfügen, denn das tut er ja in dem Falle.

Ich nenne ein Zweites. Wenn eine solche Situation eintritt, dann muß der Organspender wirklich frei handeln. Wir dürfen es nicht zulassen, daß in der Gesellschaft ein Erwartungsdruck entsteht, daß Leute gezwungen werden, sich zu einer Organspende bereitzuerklären. Wenn jemand ein Organ spendet, dann muß er das kostenlos, also außerhalb von Kommerz tun. Sowohl der Spender als auch der Empfänger muß es außerhalb von Kommerz tun. Das gilt aber auch für alle anderen Leute, die an Organtransplantationen etwas verdienen könnten, Ärzte, Krankenhäuser und Zulieferer aller Art. Wir sind der Auffassung, das muß ganz deutlich und klar gemacht werden. Das wird auch von der Antragskommission so gesehen.

Eine Organentnahme bei Verstorbenen sollte nur dann zulässig sein, wenn diese wirklich tot sind. Sie kennen ja die wirklich schlimme Diskussion in Erlangen, ob die Frau tot ist oder nicht. Wir müssen ganz klarmachen: Eine Organspende ist nur bei wirklich Toten zulässig.

Ferner besteht die Frage, wer über eine Organspende bestimmen soll. Die Antwort ist: immer der Spender selber, und zwar zu Lebzeiten. Nach seinem Tode ist, wenn er nichts gesagt hat, davon auszugehen, daß er nicht mit einer Organspende einverstanden war. Wir können die Verantwortung für eine solche Entscheidung nicht in das familiäre Umfeld verlegen. Wenn wir das tun, kommen wir auch in anderen Fällen dazu, unter Umständen die Entscheidung über das Leben eines Menschen in das familiäre Umfeld zu verlegen. Bei der Abtreibung haben wir das ja schon. Es kann auch in anderen Fällen passieren. Wir sind also der Auffassung: Das muß in der Diskussion ganz klar herausgestellt werden. – Im übrigen bitte ich um Überweisung an die Bundestagsfraktion mit der Bitte, ein Gesetz zu machen.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Danke sehr. – Der Bundeskanzler hat um das Wort gebeten.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz der fortgeschrittenen Zeit will ich das unterstreichen, was Herr Lennartz gesagt hat. Dies ist eine der wichtigsten Fragen, zu denen wir Christlichen Demokraten eine Antwort zu suchen haben. Dabei haben wir auch das Gesamtumfeld zu beachten. Es reicht bis hin zu dem Themenbereich, den unsere niederländischen Nachbarn ohne jede Zurückhaltung, weil sie nicht unsere Geschichte haben, mit dem Begriff „Euthanasie" verbinden. Ich finde, dieses Thema ist ganz wichtig. Das will ich noch einmal sagen. Man kann auf einem Parteitag nicht nur über Geld reden. Das ist eine ganz wichtige Sache. Das hat etwas mit dem Selbstverständnis der CDU zu tun.

(Beifall)

Mein Vorschlag ist – ich denke, Herr Lennartz, Sie sind einverstanden –, die Empfehlung der Antragskommission zu akzeptieren. Ich schlage des weiteren vor –

ich habe kürzlich im Vorstand der Adenauer-Stiftung darüber gesprochen –, daß wir eine eigene Fachtagung durchführen, auf der ein solches Thema ohne die Eile eines Parteitages behandelt wird. Erstklassige Fachleute sollen vor der deutschen Öffentlichkeit diskutieren, um überhaupt erst ein Bewußtsein dafür zu schaffen, wie sich bei manchen die Dinge verschieben und wie, wie ich fürchte, bei manchen auch Dämme brechen.

(Beifall)

Ich sage bewußt: Dämme brechen. Es muß hier ja gelten: Nicht alles, was machbar ist, darf auch gemacht werden.

Ich plädiere dafür, das Thema ernsthaft zu erwägen. Das können wir auf einem Parteitag nicht in ein paar Minuten machen.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Das ist sehr gut. Ich sehe, das wird von allen akzeptiert. Insofern können wir das so verabschieden. Wer dem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag H76. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Herr Lennartz. – Ich habe eine dringende Bitte an uns alle: Wir können jetzt den Weg wählen, die Anträge hier einzeln zu verabschieden. Ich fände es gut, wenn alle zusammenbleiben würden. Wenn wir aber zu jedem Antrag auch noch eine Diskussion führen, dann müssen wir darüber nachdenken, ob wir noch einen anderen Weg finden, wie wir hier jetzt verhandeln können. – Herr Lennartz hat das Wort.

Leo Lennartz: Herr Reul, wenn Sie nicht so lange versucht hätten, mich hier abzuwimmeln, dann wären wir ja schon wieder ein Stück weiter.

(Vereinzelter Beifall)

Es sind nun doch wirklich wichtige Themen, die hier behandelt werden. Der Herr Bundesvorsitzende selbst stimmt mir darin zu. Ich kann mich auch damit anfreunden, daß er sagt, daß eine besondere Fachtagung darüber durchgeführt werden soll. Aber dann muß das anders laufen als bei § 218, Herr Dr. Kohl, damit das auch einmal klar ist. Wir wissen doch, wie die Dinge gelaufen sind.

1988 ist auf dem Wiesbadener Parteitag eine halbe Stunde kontrovers über die extrakorporale Befruchtung diskutiert worden. Damals wurde in dem Sinne abgestimmt, wie die Antragskommission das hier schildert. Nur, der Punkt ist doch der, daß es Dinge in der Gesellschaft gibt, die sich der demokratischen Mehrheitsentscheidung entziehen. Darauf möchten wir noch einmal hinweisen. Die Zeugung des Lebens und die Weitergabe des Lebens ist etwas, mit dem wir viel sorgfältiger als bisher umgehen müssen.

Wir sind deshalb der Auffassung, daß wir die Entscheidung, die wir in Wiesbaden getroffen haben, in allernächster Zeit neu überdenken müssen. Wir hatten ja schon in Wiesbaden die Diskussion, ob das nur auf die homologe oder auch auf die heterologe Insemination ausgedehnt werden sollte. Die Diskussionsbeiträge von vor vier Jahren sind heute so aktuell wie damals.

Wir sind der Auffassung, daß wir uns diesem Thema unbedingt widmen müssen. Wir können nicht sagen, die Dinge seien abgehandelt. Die Bundespartei muß sich diesem wichtigen Thema erneut stellen.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Wir stimmen über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Angenommen.

Antrag H 77 – Herr Lennartz, bitte.

Leo Lennartz: Meine lieben Freunde, wer unsere Anträge liest, sieht doch, daß wir uns im Zentrum der gesellschaftlichen Diskussion befinden. Wir haben im Antrag H 77 § 8 des Embryonenschutzgesetzes auf der einen Seite und § 219 d StGB auf der anderen Seite erwähnt. Im Embryonenschutzgesetz steht, daß ein künstlich erzeugter Embryo von der ersten Sekunde seiner Existenz an geschützt ist. In § 219 d StGB steht, daß er in den ersten 14 Tagen seines Lebens nicht geschützt ist. Wenn man sich das vor Augen hält, merkt man, daß hier ein Widerspruch besteht, der nicht bestehenbleiben kann. Das hat der Bundesparteitag in Wiesbaden 1988 genauso gesehen. Es gibt einen ganz eindeutigen Beschluß des Parteitages von 1988, das zu ändern, d. h. § 219 d StGB zu streichen, um den vollen Schutz für den Embryo herzustellen.

Was ist passiert? Ich habe es jetzt auf dem Parteitag gelesen; man hat es mir vorher nicht gesagt. In der Mitteilung über die erledigten Anträge steht, die Bundestagsfraktion habe sich aus pragmatischen Gründen nicht in der Lage gesehen, einen solchen Schutz zu bewerkstelligen. Das heißt also, wir kapitulieren vor der technischen Schwierigkeit.

Dahinter steht natürlich auch der vorprogrammierte Krach mit der chemischen Industrie; denn dann muß über die Pille und deren Auswirkungen gesprochen werden, darüber, daß das nur noch in einer Komponente ein Verhütungsmittel und in zwei Komponenten ein Frühabtreibungsmittel ist. Diese Dinge müssen in unserer Gesellschaft wieder diskutiert werden. Deshalb unser Antrag. Wir können das so nicht lassen.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Wer stimmt der Empfehlung der Antragskommission zu Antrag H 77 zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Antrag H 78. – Antrag H 79. – Antrag H 80. – Antrag H 81. – Sie haben das Wort, Herr Ernst.

Dr. Siegfried Ernst: Liebe Parteifreunde! Ich möchte Sie vor der Ausgrenzung irgendwelcher Menschen warnen. Ich bin wahrscheinlich einer der wenigen hier, der sich einst weigerte, dem Befehl nachzukommen, nicht mehr mit Juden zu sprechen. Ich habe lieber eine Bestrafung riskiert.

Wenn wir z.B. mit den GRÜNEN Koalitionsverhandlungen in Baden-Württemberg führen, sehe ich keinen Grund, die Republikaner auszugrenzen, zu sagen, mit den Leuten reden wir überhaupt nicht. Da machen wir eine Dummheit. Der Wähler quittiert das nicht in dem Sinne, wie wir das meinen, sondern der wird wütend. Die 10 %, die die Republikaner gewählt haben, sagen, sie seien Demokraten. Sie lassen sich nicht so einfach ausgrenzen. Wir gewinnen damit gar nichts.

In unserem Volk kann eine Situation eintreten, in der wir den letzten anständigen Patrioten brauchen, um die Situation zu bewältigen. Solche Leute gibt es darunter, wenn auch viele Wirrköpfe unter ihnen sind. Zum Beispiel ist bei uns in Baden-Württemberg der Fraktionsvorsitzende ein Mann, mit dem man reden kann. Warum sollen wir nicht mit ihm reden und ihn zu uns herüberziehen? Warum sollen wir diese Menschen nicht in dem Sinne beeinflussen, wie wir es für richtig halten? Ich halte es für unchristlich, wenn man irgend jemand radikal ausklammert.

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

Antrag H 82. – Antrag H 83. – Anträge H 84 und H 92, die auf Empfehlung der Antragskommission gemeinsam behandelt werden sollen. – Antrag H 85. Das Wort hat Herr Goliasch.

Herbert Goliasch: Ich habe die Bitte an die Delegierten, der Empfehlung der Antgragskommission nicht zu folgen und dem Antrag des Landesverbandes Thüringen zuzustimmen.

Zur Begründung: Für uns ist es unerträglich, wenn sich Mitglieder unserer Partei mit den Spaltern unseres Volkes, mit denen, die Schuld an der Situation, in der wir sind, tragen, an einen Tisch setzen. Diese Menschen betreiben unter dem unerträglichen, perversen Vorwand, Gerechtigkeit üben zu wollen, schon wieder Volksverdummung. Wer das tut, sollte in unserer Partei keinen Platz haben.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Generalsekretär.

Peter Hintze, Generalsekretär der CDU: Wir haben uns entschieden, unser Votum zu korrigieren und dem Delegierten Goliasch zu folgen.

(Beifall)

Ich muß Ihnen sagen: Mir sind diese „Komitees für Gerechtigkeit", die in Wahrheit Tarnorganisationen der Partei sind, die gestern das deutsche Volk so kujoniert hat, und die sich heute als Gerechtigkeitswahrer aufspielen, ein starkes Ärgernis. Wir haben diese Empfehlung ausgesprochen, um ihnen keinen zusätzlichen Auftrieb zu geben, um sie nicht zu ehren. Aber damit kein Mißverständnis entsteht, sollten wir sagen: Das ist mit einer Mitarbeit in der CDU nicht vereinbar. Insofern korrigieren wir unser Votum und folgen Ihrem Vorschlag, Herr Goliasch.

(Beifall)

Herbert Reul, Tagungspräsidium: Ihrem Beifall entnehme ich, daß Antrag H85 angenommen ist.

Antrag H86. – Antrag H87. – Antrag H88. – Anträge H89 und H90 sind zurückgezogen worden, also erledigt. – Anträge H91 und H95, die auf Empfehlung der Antragskommission zusammen behandelt werden. – Antrag H93. – Antrag H94. – Initiativantrag H8. – Initiativantrag H100. – Initiativantrag H101. – Alle Anträge, die ich jetzt aufgerufen habe und zu denen keine weiteren Ausführungen gemacht wurden, sind entsprechend der Empfehlung der Antragskommission behandelt worden.

Damit haben wir diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen. Ich darf das Präsidium an Norbert Blüm weiterreichen.

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde, wir haben das Ende unseres Parteitages erreicht. Keine Angst, ich hebe nicht zur Kundgebung an. Bevor der Bundesvorsitzende das Wort erhält, möchte ich nur Ihnen allen Dank sagen für das große Engagement, die große Konzentration an diesen drei Tagen. Es war mit Sicherheit einer der besten Parteitage, die die Christlich Demokratische Union veranstaltet hat.

(Beifall)

Ich freue mich ganz besonders, daß auf diesem Parteitag Ost und West, alte und neue Bundesländer eine große Gemeinsamkeit gezeigt haben. Damit hat die CDU auf diesem Parteitag das Zusammenwachsen unseres Volkes vorgeführt. Ich bedanke mich dafür ausdrücklich bei Ihnen allen.

Ich bedanke mich bei all denjenigen, die diesen Parteitag in die Öffentlichkeit tragen – Presse, Rundfunk, Fernsehen –, mit allen guten Wünschen für diese Transportaufgabe.

Ich möchte mich ganz besonders bei den Arbeitnehmern dieser Stadthalle bedanken, die uns bedient, die für uns vor und hinter den Kulissen gesorgt haben, an den Gaderoben, im Restaurant.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei unseren Mitbürgern und der Polizei, die es schwer hatten. Sie alle sollen wissen, daß die Polizei der Freund ist. Die Polizei soll wissen, daß wir ihre Freunde sind. Die CDU steht hinter der Polizei. Die CDU dankt der Polizei für ihren Dienst.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei der Feuerwehr und dem Malteser Hilfsdienst, die für unsere Sicherheit gesorgt haben.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei allen Firmen, die für das leibliche Wohl gesorgt haben. Auch diesen sage ich ein Dankeschön.

Ich bedanke mich bei der Bundesgeschäftsstelle. Peter Hintze, das war Ihr erster Parteitag als Generalsekretär. Lieber Generalsekretär, wenn alles so gut weitergeht, dann weiß ich für Ihre Zukunft nur Gutes zu berichten.

Das war ein guter Parteitag. Der war sehr gut organisiert. Dazu hat der Bundesgeschäftsführer Staudacher beigetragen. Herzlichen Dank, Herr Hintze und Herr Staudacher. Gleichzeitig sage ich allen Mitarbeitern hinter und vor den Kulissen: Herzlichen Dank für die großartige Organisation.

(Beifall)

Liebe Delegierte, Sie wissen gar nicht, wieviel Kleinarbeit es kostet, einen Parteitag mit fast 1.000 Delegierten so gut über drei Tage zu steuern.

(Beifall)

Auf dem Höhepunkt des Dankes – das vergesse ich bestimmt nicht – danke ich Karl Schumacher. Es ist heute sein letzter Arbeitstag. Er war 30 Jahre hauptberuflich für die CDU tätig.

(Anhaltender Beifall)

30 Jahre Treue und Ausdauer zeichnen Karl Schumacher aus. Strohfeuer und Feuerwerker gibt es viele in der Politik. Aber Karl Schumacher ging auf diese lange Strecke – 17 Bundesparteitage, 4 Bundestagswahlen und 3 Europawahlkämpfe. Jedes dieser Stichworte ist wahrscheinlich Stoff genug für ein ganzes Buch. Großveranstaltungen, Fachkongresse, die Kundgebungen mit dem Bundeskanzler, die Öffnung der innerdeutschen Grenze und die Kundgebungen in den neuen Bundesländern – Herr Schumacher, es muß für Sie auch schön sein, in einer großen

Zeit, in einer so entscheidenden Zeit Ihren Dienst in der CDU geleistet zu haben. Dieses Bewußtsein, Geschichte durch Dienen gestaltet zu haben, ist wahrscheinlich sehr schön.

(Beifall)

Ich habe keine Titel zu verleihen. Wenn ich aber einen zu verleihen hätte, dann würde ich Ihnen den Titel „Die treue Seele der CDU – Karl Schumacher" verleihen.

(Beifall)

Dieser Dank und dieser Respekt und dieser Gruß – sicher mit etwas Wehmut auf Ihrer Seite und mit etwas Wehmut auf unserer Seite – gehen mit herzlichem Dank auch an Ihre Frau. Wir danken dafür, daß sie das alles mitgetragen hat. Ich bin ganz sicher, daß ihre Unterstützung Ihnen Ihr Amt erleichtert hat.

(Beifall)

Drei gute Tage für die CDU, drei gute Tage für unser Land – das letzte Wort hat der Bundeskanzler.

Bundeskanzler Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ein kurzes Wort zum Abschluß dieser drei wichtigen Tage in Düsseldorf. Norbert Blüm hat allen gedankt. Ich will das nicht wiederholen. Aber ich will ihm ganz persönlich für seinen Einsatz und für die Art, wie er diesen Parteitag geleitet hat, danken. Das war der unverwechselbare Norbert Blüm;

(Beifall)

offen, humorvoll und listig.

(Heiterkeit)

– Die Listigkeit gehört bei ihm immer dazu. Wir sind seit Jahrzehnten befreundet. Ich kenne ihn sehr genau.

Aber ein Parteitagspräsident muß ja auch wissen, daß es nicht nur um Abstimmungen und Diskussionen geht, sondern auch um das Klima auf einer solchen Veranstaltung. Viele Leute reden heutzutage über das Innenleben der Partei. Wer nie einen Parteitag gestaltet und vorbereitet hat wie Karl Schumacher, wer das nicht in Jahrzehnten immer wieder erlebt hat, der weiß gar nicht, was es für eine Arbeit und für eine Last ist, solche Tage als Parteitagspräsident durchzustehen. Lieber Norbert Blüm, herzlichen Dank.

(Beifall)

Diese drei Tage haben – ich behaupte: dies ist in keiner anderen deutschen Partei so – gezeigt: In den letzten zwei Jahren – dies ist der dritte Bundesparteitag der wiedervereinigten CDU Deutschlands – sind wir uns sehr viel nähergekommen. Wir sind wirklich e i n e Partei. Das ist das Verdienst vieler. Ich möchte Ihnen allen danken. Daß auch schwierige Wahlgänge in einer menschlich überzeugenden Weise möglich waren, das gehört zu diesen drei Tagen. Dafür danke ich ganz besonders herzlich.

(Beifall)

Es war ein Parteitag, der nicht auf das Jubeln angelegt war. Es war ein Parteitag, auf dem wir uns mit großer Nüchternheit und mit großem Ernst – die Diskussionsbeiträge haben das immer wieder deutlich gemacht – und mit großem Sachverstand über unseren christlich-demokratischen Standort im Blick auf Deutschland und Europa verständigt haben. Wir haben versucht, ehrliche Antworten zu geben, weil wir als

führende Regierungspartei in Deutschland in besonderer Weise aufgerufen sind, ehrliche Antworten auf drängende Fragen zu geben. Wir haben so intensiv wie selten zuvor auf einem Bundesparteitag über wirtschafts- und finanzpolitische Fragen diskutiert. Wir haben Entscheidungen getroffen. Diese Entscheidungen gelten. Ich sage noch einmal: Niemand hat das Recht, diese Entscheidungen umzuinterpretieren. Ich werde dies auch deutlich machen, wenn ich den Eindruck haben sollte, daß andere das so nicht verstehen.

(Beifall)

Wir haben uns darauf verständigt, meine Damen und Herren, auf andere politische Parteien und auf die anderen gesellschaftlichen Gruppen zuzugehen, um den Solidarpakt für Deutschland zu erreichen. Das wichtigste Ziel dieses Solidarpakts muß sein, ein möglichst hohes Maß an Gemeinsamkeit über wichtige Zukunftsfragen unserer Nation zu erreichen. Jetzt ist nicht die Zeit für Selbstprofilierungen - weder für einzelne noch für einzelne Gruppen noch für einzelne Parteien in Deutschland. Wir haben deutlich gemacht, was wir im Blick auf den Standort Deutschland ändern müssen. Das Thema „Standort Deutschland" betrifft nicht nur die Frage der Entwicklung in den neuen Ländern – so wichtig und so vordringlich diese ist –, sondern wir müssen auch über Fehler und Fehlentwicklungen in der alten Bundesrepublik nachdenken. Wir können jetzt die einmalige Chance nutzen – jedenfalls ist dies meine Überzeugung –, in dieser Umbruchzeit bestimmte Dinge wieder in Ordnung zu bringen.

Damit dies nicht untergeht, weil jetzt soviel von Ökonomie und Geld die Rede war, will ich noch einmal ausdrücklich auf meine Ausführungen vom Montag zu dem weiten Feld von Bildung und Ausbildung verweisen. Wenn wir in ein paar Monaten – Herr Kanther, ich glaube im März – zu einem eigenen Bildungs- und Ausbildungskongreß der CDU/CSU nach Wiesbaden einladen, dann soll das nicht im Unverbindlichen verschweben, sondern ich möchte erreichen, daß wir konkrete Beschlüsse fassen.

(Beifall)

Das betrifft z.B. die Frage der Lehrlingsausbildung, die Frage des Zustands deutscher Universitäten, die Dauer des Gymnasialunterrichts und anderes. Dies ist genauso wichtig wie die finanzpolitischen Fragen, die wir heute früh diskutiert haben.

(Beifall)

Es stellt sich sogar die Frage, liebe Freunde, ob auf längere Sicht diese Fragen nicht viel wichtiger sind als das, was wir aktuell über Steuerpolitik zu diskutieren haben.

(Beifall)

Wir haben über unsere Zukunft in Europa gesprochen. Ich habe Ihnen vortragen dürfen – und das hat breite Zustimmung gefunden –, wie wir in einer sich verändernden Zeit unseren Grundsätzen treu bleiben wollen. Wir haben darüber gesprochen, woran wir uns orientieren. Wir haben über unseren Werte-Kompaß gesprochen. Es geht hier auch um die Diskussion über die Neuformulierung unseres Grundsatzprogramms - über das was „christliches Menschenbild" im Blick auf unsere Politik von heute und morgen bedeutet. Ich will Sie auf diesem Parteitag herzlich einladen, dieses Programm intensiv zu diskutieren, wenn in ein paar Monaten der Entwurf dazu vorgelegt wird. Es soll eine lebendige Diskussion auf allen Ebenen unserer Partei - bis hin zum Ortsverband - werden. Wir dürfen nicht zulassen, daß auf der einen Seite die Pragmatiker – zuständig für die Tagespolitik – stehen und auf der anderen Seite jene, die für das Grundsätzliche da sind. Sie können keine vernünftige und verantwortbare Politik betreiben, wenn die Grundsätze nicht stimmen, wenn der Werte-Kompaß nicht stimmt.

(Beifall)

Deswegen ist die Arbeit an unserem Grundsatzprogramm von allergrößter Bedeutung. Ich weise noch einmal darauf hin: Unser Ziel ist es - und ich hoffe, wir können es mit gemeinsamen Bemühungen erreichen -, daß wir im Frühjahr 1994 in Hamburg zu einem Parteitag zusammenkommen, auf dem wir trotz Wahljahr - ich sage: trotz Wahljahr - das Grundsatzprogramm diskutieren und verabschieden. Ich halte eine solche Diskussion im Vorfeld der vielen Wahlen des Jahres 1994, nicht zuletzt der Bundestagswahl und der Europawahl, für eine glänzende Ausgangsposition. Die Menschen in Deutschland, die Wählerinnen und Wähler sollen in einer sich stürmisch verändernden Welt, in der sehr viel Labilität zu beobachten ist, wissen: Dies sind die Grundsätze der CDU Deutschlands.

Liebe Freunde, wir kehren nach diesen drei Tagen, die geprägt waren durch sehr gute Diskussionsbeiträge, durch den Austausch von Erfahrungen und auch durch menschliche Begegnungen, die wir hier im Saal und außerhalb des Saales miteinander hatten, mit Dankbarkeit zu unserer Arbeit zurück. Unsere Politik wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie nicht nur in den Inhalten überzeugend ist, sondern auch menschlich glaubwürdig gelebt wird. Unsere Kraft erwuchs in den vergangenen Jahrzehnten - seit der Gründung der Union 1945 in Berlin, in Köln und anderswo - immer aus unserer Gemeinsamkeit, aus unserer Fähigkeit, Politik aus einem „Wir-Gefühl heraus zu gestalten. Wir diskutieren offen, aber wir dürfen nie dem Zeitgeist nachgeben und Probleme zerreden. In einer Zeit, in der so viele unterwegs sind, die alles daransetzen, Menschen auseinanderzubringen, müssen wir Menschen zueinanderbringen. Wir haben uns immer als die große Volkspartei der Mitte verstanden. Das hat sich für Deutschland als ein Gewinn erwiesen. So soll es auch in Zukunft bleiben.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimkehr – und uns allen viel Gemeinsamkeit in den kommenden Wochen und Monaten, die viel Arbeit und manchen Verdruß bringen werden. Ich sprach von dem „Wir-Gefühl in unserer Partei. Wir, die Christlich Demokratische Union - die stärkste politische Kraft in Deutschland -, stehen für Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.

(Beifall)

Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne.

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm, Tagungspräsidium: Der Parteitag ist geschlossen.

(Schluß: 14.54 Uhr)

Anhang

Beschlußprotokoll
des 3. Parteitages der CDU Deutschlands
26.-28. Oktober 1992 Düsseldorf

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Stimmzählkommission
6. Grußworte
7. Abgabe der satzungsgemäß erforderlichen Berichte
   - 7.1. Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands
   - 7.2. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
   - 7.3. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
   - 7.4. Bericht des Bundesschatzmeisters der CDU Deutschlands sowie die nach § 23 Abs. 2 Parteiengesetz erforderliche Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1990
   - 7.5. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments
8. Aussprache zu den Berichten
9. Bericht der Mandatsprüfungskommission
10. Beratung und Beschlußfassung über Änderungen des Statuts der CDU, der Beitrags- und Finanzordnung, der Parteigerichtsordnung und der Geschäftsordnung der CDU
11. Bericht der Rechnungsprüfer
12. Entlastung des Bundesvorstandes

13. Wahl des Bundesvorstandes

    13.1. Wahl des Vorsitzenden

    13.2. Wahl des Generalsekretärs

    13.3. Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden

    13.4. Wahl des Bundesschatzmeisters

    13.5. Wahl der 7 weiteren Mitglieder des Präsidiums

    13.6. Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes

14. Wahl der Rechnungsprüfer

15. Neuwahl des Bundesparteigerichts

16. Beratung und Beschlußfassung über die europapolitischen Anträge des Bundesvorstandes

    16.1. Grundsatzrede
    Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB

    16.2. Beratung und Beschlußfassung über den Antrag:
    „WIE WIR UNS EUROPA DENKEN"

    16.3. Beratung und Beschlußfassung über den Antrag:
    „GEMEINSAM VERANTWORTUNG IN EUROPA UND IN DER WELT WAHRNEHMEN"

    16.4. Beratung und Beschlußfassung über den Antrag:
    „HARTE WÄHRUNG – STARK IM GEMEINSAMEN MARKT"

    16.5. Beratung und Beschlußfassung über den Antrag:
    „GRENZÜBERSCHREITENDE VERBRECHENSBEKÄMPFUNG"

    16.6. Beratung und Beschlußfassung über den Antrag:
    „ASYLPOLITIK"

    16.7. Zusammenfassung der Beratungsergebnisse:
    Dr. Egon A. Klepsch MdEP
    Präsident des Europäischen Parlaments

17. Anträge zum weiteren Aufbau der neuen Bundesländer

18. Wahl der Delegierten und ihrer Stellvertreter zum IX. EVP-Kongreß in Athen

19. Sonstige Anträge

20. Schlußwort
    des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des Parteitages am 26.10.1992 in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Tagungspräsident:
Dr. Norbert Blüm MdB

Beisitzer:
Diemut R. Theato MdEP
Klaus Landowsky MdA
Dr. Elke Hoffmann MdA
Martin Habermann MdL
Bernd Neumann MdB
Dirk Fischer MdB
Otti Geschka MdL
Josef Stock MdL
Horst Horrmann MdL
Manfred Carstens MdB
Dr. Berndt Seite
Irmgard Karwatzki MdB
Herbert Reul MdL
Wolfgang Schulhoff MdB
Elke Wülfing MdB
Prof. Gabriele Kokott-Weidenfeld MdL
Prof. Dr. Klaus Töpfer MdB
Dr. Fritz Hähle MdL
Carmen Stange
Dr. Ottfried Hennig MdL
Marion Walsmann MdL
Dr. Hans-Ulrich Klose MdL
Ingeborg Tamm
Hermann Gröhe
Pia-Madeleine Garitz
Hansjürgen Doss MdB
Helmut Sauer MdB
Dr. Bernhard Worms
Ulf Fink
Dr. Otmar Franz
Doris Pack MdEP
Hans-Gert Pöttering MdEP
Bernhard Sälzer MdEP

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 (3) GO-CDU eingesetzte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:
Peter Hintze MdB

Stellv. Vorsitzender:
Wilhelm Staudacher

Weitere Mitglieder:

Hermann-Josef Arentz MdL	Klaus Landowsky MdA
Dr. Christoph Bergner MdL	Marlene Lenz MdEP
Reimer Böge MdEP	Christine Lieberknecht MdL
Dr. Maria Böhmer MdB	Erich Maaß MdB
Christoph Böhr MdL	Dr. Hedda Meseke MdB
Dr. Ursula Braun-Moser MdEP	Laurenz Meyer MdL
Elmar Brok MdEP	Maria Michalk MdB
Regina van Dinther MdL	Dr. Dieter Murmann
Rainer Eppelmann MdB	Bernd Neumann MdB
Rudolf Friedrich MdL	Claudia Nolte MdB
Dr. Hans Geisler	Hartmut Perschau
Johannes Gerster MdB	Elmar Pieroth MdA
Dr. Reinhard Göhner MdB	Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl MdEP
Hermann Gröhe	Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP
Dr. Joachim Grünewald MdB	Heribert Scharrenbroich MdB
Dr. Fritz Hähle MdL	Birgit Schnieber-Jastram MdHB
Dr. Renate Hellwig MdB	Christa Thoben
Dr. Adolf Herkenrath MdB	Dr. Petra Uhlmann
Ruth Hieronymi MdL	Arnold Vaatz MdL
Heinz-Adolf Hörsken MdB	Rüdiger von Voss
Gudrun Hunecke MdL	Eckhard Wälzholz
Peter Jacoby MdL	Matthias Wissmann MdB
Ulrich Junghanns MdB	Dr. Karl von Wogau MdEP
Volker Kauder MdB	Dr. Bernhard Worms
Roland Koch MdL	Christian Wulff
Karl Lamers MdB	

Zu TOP 5: In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:
Hans-Joachim Woelke

Stellv. Vorsitzende:
Gabriele Krischel

Weitere Mitglieder:

Udo Abel
Bernhard Albrecht
Franz Becker
Hans Bender
Hubert Benning
Klaus G. Borchert
Siegfried Borgwardt
Georg Brokelmann
Günter Brummundt
Dieter Burfeind
Rose Marie Choitz
Manfred Dittmann
Heinz Doll
Hans-Peter Egger
Heinz-J. Engberding
Franz Feldmann
Konrad Frielingsdorf
Harry Glawe
Dieter Grimm
Karin Grzesik
Dietmar Haßler
R. Heidrich
Dieter Höbel
Eduard Jantos
Ottmar Jusa
Jürgen Jüttermann
Hans-Josef Kampe
Udo Kamperdick
Dietmar Krause
Wolf-Joachim Kühne
Stephan Lechner
Josef-Walter Lehnert
Günther Lenk
Eckart Lesch
Norbert Liermann
Josef Lipke
Manfred Luckey
Hajo Lübben
Johannes Machill
Reinhold Meisel
Heinrich August Mikus
Rudolf Nadler
Gerd Ozimek
Rudolf Patzenhauer
Hans-Georg Pelzer
Wilfried Pfeifer
Heidemarie Pilot
Joachim Pöppel
Gerhard Quast
Antonie Quinkert
Dieter Ramm
Lore Ruttkowski
Ludger Samson
Jürgen Schick
Hans Schuler
Günter Schulze
Helmut Schwartz
Rainer Sobetzki
Marianne Stauß
Klaus Thomas
Thomas Walker
Werner Warzecha
Paul Westeppe
Peter Wettenmann
Franz Wiemann
Bernd Wießel
Hermann Josef Wolff
Werner Wolff
Manfred Wynands
Mario Zeising
Wolfgang Zenkert
Werner Zimmermann
Josef Zollmann

Zu TOP 7.1./8: Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 7.2./8: Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Generalsekretärs, Peter Hintze MdB, zustimmend zur Kenntnis. Dem Bericht waren 3 Anlagen beigefügt.

Zu TOP 7.3./8: Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 7.4./8: Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Bundesschatzmeisters Walther Leisler Kiep zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 7.4./8: Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Rechenschaftsbericht 1990 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 7.5./8: Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP, zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9: **Mandatsprüfungskommission**

Vorsitzender: Erhard Hackler

Beisitzer:
Claus Bühnert
Ulf Leisner
Helmut Pflugradt MdBB
Hans-Georg Rosenstock
Siegbert Seitz
Karl Schumacher

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Die Mandatsprüfungskommission des 3. Parteitags erstattete am Montag, den 26. Oktober 1992, folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1000 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 17.10 Uhr von den 1000 voll stimmberechtigten Delegierten des 3. Parteitages 976 anwesend.

Der Parteitag ist beschlußfähig.

gez. Erhard Hackler
gez. Helmut Pflugradt
gez. Siegbert Seitz
gez. Ulf Leisner
gez. Hans-Georg Rosenstock
gez. Karl Schumacher"

Zu TOP 10: Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über die **Anträge auf Änderung des Statuts, der Finanz- und Beitragordnung, der Parteigerichtsordnung sowie der Geschäftsordnung der CDU Deutschlands** nach Aussprache in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge des Bundesvorstandes, einer Bundesvereinigung und von mehreren Kreisverbänden ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 3. Parteitages der CDU Deutschlands" abgedruckt.)

- Annahme der Anträge F1 und F2
- Annahme von Antrag F3 in der Fassung der Antragskommission (idF der AK)
- Überweisung der Anträge F3, F4, F7 und F12 an den Bundesvorstand
- Überweisung von Antrag F5 an die Finanzkommission der CDU
- Überweisung von Antrag F6 an die Organisationskommission der CDU
- Annahme von Antrag F8
- Überweisung von Antrag F9 an die Organisationskommission der CDU
- Ablehnung von Antrag F10
- Ablehnung von Antrag F11
- Ablehnung von Antrag F13
- Ablehnung von Antrag F14
- Ablehnung von Antrag F15
- Überweisung von Antrag F16 an den Bundesvorstand

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

(Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 3. Parteitages der CDU Deutschlands.)

Zu TOP 11: Der 3. Partei der CDU Deutschlands nahm den mündlichen Bericht der Rechnungsprüfer zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12: Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands erteilte dem Bundesvorstand auf Antrag der Rechnungsprüfer in offener Abstimmung einstimmig Entlastung für die Rechnungsjahre 1990 und 1991. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zu TOP 13: **Wahl des Bundesvorstandes**

Zu TOP 13.1.: **Wahl des Bundesvorsitzenden**

Es wurde gewählt:

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	956
Enthaltungen:	20
Ungültig:	–
Gültige Stimmen:	936
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	469
Ja:	856
Nein:	80

Zu TOP 13.2.: Wahl des Generalsekretärs

Es wurde gewählt:

Peter Hintze MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	942
Enthaltungen:	51
Ungültig:	–
Gültige Stimmen:	891
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	446
Ja:	742
Nein:	149

Zu TOP 13.3.: Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	969
Enthaltungen:	–
Ungültig:	1
Gültige Stimmen:	968
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	485

Es wurden gewählt:

1. Heinz Eggert	762
2. Dr. Angela Merkel MdB	762
3. Dr. Norbert Blüm MdB	672
4. Erwin Teufel MdL	562

Wahlergebnis des
nicht gewählten Kandidaten
Volker Rühe MdB 502

Zu TOP 13.4.: Wahl des Bundesschatzmeisters

Es wurde gewählt:

Brigitte Baumeister MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	802
Enthaltungen:	8
Ungültig:	–
Gültige Stimmen:	794
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	398
Ja:	785
Nein:	9

Zu TOP 13.5.: Wahl weiterer 7 Mitglieder des Präsidiums

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	945
Enthaltungen:	–
Ungültig:	2
Gültige Stimmen:	943
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	472

Die Kandidaten erhielten folgende Stimmen:

1. Rudolf Seiters MdB	749
2. Prof. Dr. Klaus Töpfer MdB	713
3. Dr. Heiner Geißler MdB	685
4. Volker Rühe MdB	642
5. Christa Thoben	587
6. Christine Lieberknecht MdL	458
7. Manfred Kanther MdL	449
8. Prof. Dr. Günther Krause MdB	449
9. Dr. Ottfried Hennig MdL	385
10. Hermann Gröhe	304
11. Dr. Sabine Bergmann-Pohl MdB	204

Danach sind als **Mitglieder des Präsidiums** in ersten Wahlgang gewählt:

1. Rudolf Seiters MdB
2. Prof. Dr. Klaus Töpfer MdB
3. Dr. Heiner Geißler MdB
4. Volker Rühe MdB
5. Christa Thoben

Es wurde eine **Stichwahl** zwischen folgenden Kandidaten erforderlich:

Christine Lieberknecht MdL
Manfred Kanther MdL
Prof. Dr. Günther Krause MdB

Die **Stichwahl** hatte folgendes Ergebnis:

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	886
Enthaltungen:	1
Ungültige Stimmen:	–
Gültige Stimmen:	885
Zur Wahl erforderiche Mehrheit:	443

Die Kandidaten erhielten folgende Stimmen:

Manfred Kanther MdL	503
Prof. Dr. Günther Krause MdB	474
Christine Lieberknecht MdL	388

Danach sind als **Mitglieder des Präsidiums** im 2. Wahlgang gewählt:

Manfred Kanther MdL
Prof. Dr. Günther Krause MdB

Zu TOP 13.6.: Wahl der weiteren 26 Mitgliedern des Bundesvorstandes

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	913
Enthaltungen:	4
Ungültig:	13
Gültige Stimmen:	896
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	449

Die Kandidaten erhielten folgende Stimmen:

Dr. Christoph Bergner MdL	536
Dr. Sabine Bergmann-Pohl MdB	505
Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf MdL	807
Eberhard Diepgen MdA	844
Ulf Fink	395
Dr. Hans Geisler	506
Dr. Reinhard Göhner MdB	721
Hermann Gröhe	636
Dr. Hanna-Renate Hellwig MdL	608
Dr. Ottfried Hennig MdL	778
Ulrich Junghanns MdB	404
Dr. H.-Renate Laurien MdA	745
Christine Lieberknecht MdL	757
Helmut Linssen MdL	698
Dr. Hedda Meseke MdB	622
Prof. Dr. Gerhard Milbradt	529
Prof. Dr. Werner Münch	750
Elmar Pieroth MdA	640
Peter Rauen MdB	573
Christa Reichard	637
Andreas Renner	514
Hans-Peter Repnik MdB	618
Herbert Reul MdL	545
Dr. Christian Schwarz-Schilling MdB	632
Alexander Graf von Schwerin	731
Josef Stock MdL	693
Dr. Bernhard Vogel	834
Dr. Horst Waffenschmidt MdB	691
Matthias Wissmann MdB	663

Danach sind als **weitere Mitglieder des Bundesvorstandes** gewählt:

1. Eberhard Diepgen MdA	844
2. Dr. Bernhard Vogel	834
3. Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf MdL	807
4. Dr. Ottfried Hennig MdL	778
5. Christine Lieberknecht MdL	757
6. Prof. Dr. Werner Münch	750
7. Dr. Hanna-Renate Laurien MdA	745
8. Alexander Graf von Schwerin	731
9. Dr. Reinhard Göhner MdB	721
10. Helmut Linssen MdL	698

11. Josef Stock MdL	693
12. Dr. Horst Waffenschmidt MdB	691
13. Matthias Wissmann MdB	663
14. Elmar Pieroth MdA	640
15. Christa Reichard	637
16. Hermann Gröhe	636
17. Dr. Christian Schwarz-Schilling MdB	632
18. Dr. Hedda Meseke MdB	622
19. Hans-Peter Repnik MdB	618
20. Dr. Renate Hellwig MdB	608
21. Peter Rauen MdB	573
22. Herbert Reul MdL	545
23. Dr. Christoph Bergner MdL	536
24. Prof. Dr. Georg Milbradt	529
25. Andreas Renner	514
26. Dr. Hans Geisler	506

Wahlergebnis der nichtgewählten Kandidaten

Dr. Sabine Bergmann-Pohl MdB	505
Ulrich Junghanns MdB	404
Ulf Fink	395

Zu TOP 14: Zu Rechnungsprüfern für die Jahre 1992 bis 1994 wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Henry Dreyer
Dr. Franz Möller MdB
Ferdinand Tillmann MdB

Zu TOP 15: Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen das Bundesparteigericht für die Amtszeit vom 07. November 1992 bis 06. November 1996:

Ordentliche Mitglieder:
Dr. Heinrich Barth (Vorsitzender)
Bernhard Hellner
Dr. Eberhard Kuthning
Dr. Heidi Lambert-Lang
Dr. Pia Rumler-Detzel

Stellvertr. Mitglieder:
Dr. Friedrich August Bonde
Lothar Freund
Helmut Rehborn
Friedrich W. Siebeke
Carl L. Sträter
Frank Strohscher
Dr. Günter Wiechens

Zu TOP 16.2.: Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands faßte nach eingehender Aussprache über den Leitantrag des Bundesvorstandes „WIE WIR UNS EUROPA DENKEN" in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut des Antrages des Bundesvorstandes sowie der dazugehörenden Anträge der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 3. Parteitages der CDU Deutschlands" oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativanträge I und Empfehlungen der Antragskommission" abgedruckt.)

Ziffer 1:
- Annahme der Anträge A1, A3 und A6 idF der AK
- Behandlung von Antrag A2 bei Antrag A60
- Behandlung von Antrag A5 bei Antrag A60
- Behandlung von Antrag A7 bei Antrag A41
- Ablehnung von Antrag A4

Ziffer 2 – Deutschland braucht Europa:
- Annahme der Anträge A8, A9, A12, A14, A15, A17, A22 und A24 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A13
- Überweisung von Antrag A11 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A10, A16, A18 bis A21 und A23

Ziffer 3:
- Annahme der Anträge A25, A26, A28 idF der AK
- Ablehnung von Antrag A27

Ziffer 4:
- Annahme der Anträge A29, A31, A34, A35 und A39 idF der AK
- Behandlung von Antrag A30 bei Antrag B3
- Behandlung von Antrag A32 bei Antrag B3
- Ablehnung der Anträge A33, A36 bis A38 und A40

Ziffer 5 – Die Europäische Union: subsidiär, föderal, demokratisch:
- Annahme der Anträge A41 bis A44 und A48 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A121
- Erledigung von Antrag A46 durch Beschlußfassung zu Ziffer 6
- Überweisung von Antrag A45 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Behandlung von Antrag A47 bei Antrag A71
- Ablehnung von Antrag A49

Ziffer 6:
- Annahme der Anträge A50, A51, A53 bis A55, A56, A58 und A64 idF der AK
- Ablehnung der Anträge A52, A57 und A59

Ziffer 7:
- Annahme der Anträge A60, A61, A63, A65, A66, A71, A72, A76, A82 bis A84, A87 und A112 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A2, A5, A47, A67, A69, A70, A73, A74, A77 bis A81 und A125
- Behandlung von Antrag A64 bei Antrag A50
- Ablehnung der Anträge A62, A68 und A75

Ziffer 8:
- Annahme der Anträge A85, A86 und A88 idF der AK
- Behandlung von Antrag A87 bei Antrag A60

Ziffer 9:
- Annahme der Anträge A89 bis A91, A93, A94, A98 bis A100, A122 und A123 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A96, A108, H5, H11 und H12
- Erledigung von Antrag A92 durch Beschlußfassung zu Ziffer 4
- Ablehnung der Anträge A95, A97, A101 bis A107, A109 und A110

Ziffer 10:
- Annahme der Anträge A111, A113, A114, A120 und A124 idF der AK
- Behandlung von Antrag A112 bei Antrag A60
- Erledigung von Antrag A115 durch Beschlußfassung zu Ziffer 7
- Ablehnung der Anträge A116 bis A119

(Die endgültige Fassung des Beschlusses „Wir wir uns Europa denken" ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 3. Parteitages der CDU Deutschlands.)

Zu TOP 16.3.: Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands faßte nach eingehender Aussprache über den Leitantrag des Bundesvorstandes „GEMEINSAM VERANTWORTUNG IN EUROPA UND IN DER WELT WAHRNEHMEN"
in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut des Antrages des Bundesvorstandes sowie der dazugehörenden Anträge der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 3. Parteitages der CDU Deutschlands" oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativanträge I und Empfehlungen der Antragskommission" abgedruckt.)

Ziffer 1:
- Annahme von Antrag B1
- Behandlung von Antrag B2 bei Antrag B26

Ziffer 2:
- Annahme der Anträge B3, B6 bis und B12 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A30, A32, B4, B10, B11, B15, B16, B18 und B19
- Ablehnung der Anträge B5, B9, B13, B14 und B17

Ziffer 3:
- Annahme der Anträge B20 bis B22, B24 und B25 idF der AK
- Ablehnung von Antrag B23

Ziffer 4:
- Annahme der Anträge B26 und B2 idF der AK
- Behandlung von Antrag B27 bei Antrag H 62
- Ablehnung der Anträge B28 bis B31

Ziffer 5:
- Annahme der Anträge B32, B33, B35, B37, B41, B42, B45 und E9 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge B34, B36, B38, B39, B43, B44, B46 und E13
- Mitbehandlung von Antrag B33 auch bei Antrag C37
- Ablehnung von Antrag B40

(Die endgültige Fassung des Beschlusses „Gemeinsam Verantwortung in Europa und in der Welt wahrnehmen" ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 3. Parteitages der CDU Deutschlands.)

Zu TOP 16.4.: Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands faßte nach eingehender Aussprache über den Leitantrag des Bundesvorstandes „HARTE WÄHRUNG – STARK IM GEMEINSAMEN MARKT" in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut des Antrages des Bundesvorstandes sowie der dazugehörenden Anträge der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 3. Parteitages der CDU Deutschlands" oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativanträge I und Empfehlungen der Antragskommission" abgedruckt.)

Ziffer 1:
- Annahme der Anträge C1, C3, C5 und C6 idF der AK
- Behandlung von Antrag C2 bei Antrag C19
- Ablehnung von Antrag C4

Ziffer 2:
- Annahme der Anträge C7, C9 und C20 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge C12, C14 bis C16, C18 und C21
- Ablehnung der Anträge C8, C10, C11, C13, C17 und C 38

Ziffer 3:
- Annahme der Anträge C2, C19, C22 und C23 idF der AK
- Ablehnung von Antrag C39

Ziffer 4:
- Annahme der Anträge C24 bis C26 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag C27

Ziffer 5:
– Annahme der Anträge C28 bis C31 und H1 idF der AK

Ziffer 6 (neu)/
Ziffer 7 (neu):
– Annahme der Anträge C32, C33, C37 und B33 idF der AK
– dadurch Erledigung von Antrag C35
– Erledigung von Antrag C34 durch Beschlußfassung zu Antrag B3
– Erledigung von Antrag C36 durch Beschlußfassung zu Antrag D1

Die Europäische Union: sozial und solidarisch

– Annahme der Anträge D1, H13, H14 idF der AK

(Die endgültige Fassung der Beschlüsse „Harte Währung – Stark im Gemeinsamen Markt" und „Die Europäische Union: sozial und solidarisch" ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 3. Parteitages der CDU Deutschlands.)

Zu TOP 16.5.: Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands faßte nach eingehender Aussprache über den Leitantrag des Bundesvorstandes „GRENZÜBERSCHREITENDE VERBRECHENSBEKÄMPFUNG" in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut des Antrages des Bundesvorstandes sowie der dazugehörenden Anträge der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 3. Parteitages der CDU Deutschlands" abgedruckt.)

Ziffer 1:
– Annahme der Anträge D2 und D3 idF der AK

Ziffer 2:
– Annahme der Anträge D4 bis D6 idF der AK

Ziffer 3:
– Annahme der Anträge D7 bis D10 und D13 idF der AK
– Überweisung von Antrag D11 an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments
– Ablehnung von Antrag D12

Ziffer 4:
– Annahme der Anträge D14, D16, D19 und D23 idF Fassung der AK
– dadurch Erledigung der Anträge D17, D 18, D20 bis D22
– Erledigung von D24 durch die geltende Rechtslage
– Ablehnung von Antrag D15

(Die endgültige Fassung des Beschlusses „Grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung" ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 3. Parteitages der CDU Deutschlands.)

Zu TOP 16.6.: Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands faßte nach eingehender Aussprache über den Leitantrag des Bundesvorstandes „ASYLPOLITIK"
in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut des Antrages des Bundesvorstandes sowie der dazugehörenden Anträge der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 3. Parteitages der CDU Deutschlands" abgedruckt.)

Ziffer 1:
- Annahme der Anträge E1, E3 bis E7 idF der AK
- Behandlung von Antrag E2 bei Antrag E16

Ziffer 2:
- Annahme der Anträge E8, E11 und E14 idF der AK
- Behandlung der Anträge E9 und E13 bei Antrag B32
- Ablehnung der Anträge E10, E12 und E15

Ziffer 3:
- Annnahme der Anträge E2, E16, E17 und H55, Ziffer 2, idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge E19 und E31
- Behandlung von Antrag E18 bei Antrag H57
- Ablehnung der Anträge E20 bis E22

Ziffer 4:
- Annahme der Anträge E23, E25, E27 (erster Spiegelstrich), E30 und E34 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag E26
- Behandlung von Antrag E31 bei Ziffer 3
- Erledigung von Antrag E24 durch Beschluß des Bundesvorstandes vom 5.10.1992
- Überweisung der Anträge E27, E32 und E33 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge E28 und E29

(Die endgültige Fassung des Beschlusses „Asylpolitik" ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 3. Parteitages der CDU Deutschlands.)

Zu TOP 17:

Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über die Anträge zum „WEITEREN AUFBAU DER NEUEN BUNDESLÄNDER" nach Aussprache in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut des Antrages des Bundesvorstandes sowie der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in den Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 3. Parteitages der CDU Deutschlands" oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Anträge und Initiativanträge II sowie Empfehlungen der Antragskommission" abgedruckt.)

- Annahme der Anträge G1, G25, G26, G28 bis G31 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge G2 bis G9, G14, G16, G17, G20, G23, G24 und G27
- Ablehnung von Antrag G13
- Annahme von Antrag G15

– Überweisung der Anträge G10, G18, G19, G21 und G22 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
– Überweisung der Anträge G11 und G12 an die Agrarkommission des Bundesvorstandes der CDU (als Material)

(Die endgültige Fassung des Beschlusses „Gemeinsam handeln für Deutschland – Vorfahrt für den Aufbau Ost" und der weiteren angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 3. Parteitags der CDU Deutschlands.)

Zu TOP 18:

Als CDU-Vertreter und ihre Stellvertreter aus den CDU-Landesverbänden wurden zu **Delegierten zum IX. EVP-Kongreß vom 11.-13. November 1992 in Athen** in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen offen gewählt:

Delegierte	**Ersatzdelegierte**
Dr. Karl A. Lamers	
Frieder Fundis	
Dr. Gero Pfennig MdB	Andreas Apelt MdL
Martin Habermann MdL	
Reinhard Metz MdB	Klaus Bürger
Inge Rauschning	
Horst Lutze	Siegbert Seitz
Günter Marten	Dr. Karl Hagemann
Jürgen Wahl	
Wilhelm Hogrefe	
Dr. Sigmund Heller	Dr. Melanie Piepenschneider
Hans-Werner Müller MdB	Prof. Rudolf Warnking MdL
Carmen Stange	Ilka Freytag
Klaus Welle	

Assoziierte Mitglieder des Europäischen Parlaments aus den neuen Bundesländern

Berlin	Dr. Albert Kosler
Brandenburg	Anne-Karin Glase
Mecklenburg-Vorpommern	Dr. Karl Hagemann
Sachsen	Jürgen Schröder
Sachsen	Dr. Lutz Goepel
Thüringen	Rolf Berend
Thüringen	Dr. Ing. Dieter-L. Koch

Zu TOP 19:

Der 3. Parteitag der CDU Deutschlands faßte nach eingehender Aussprache über die
„SONSTIGEN ANTRÄGE"
in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in den Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 3. Parteitages der CDU Deutschlands" oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Anträge und Initiativanträge II sowie Empfehlungen der Antragskommission" abgedruckt.)

- Annahme von Antrag H1 idF der AK bei Antrag C28
- Annahme von Antrag H2 und H15
- Annahme von Antrag H3 idF der AK
- Erledigung von Antrag H4 durch Beschlußfassung zum Antrag des Bundesvorstandes „Wie wir uns Europa denken"
- Erledigung von Antrag H5 durch Annahme von Antrag A89
- Annahme von Antrag H6
- Annahme von Antrag H7
- Überweisung von Antrag H8 an die CDU-Landtagsfraktionen
- Annahme von Antrag H9
- Überweisung von Antrag H10 an den Bundesvorstand (Bundesfachausschuß Europapolitik)
- Erledigung von Antrag H11 durch Annahme von Antrag A89
- Erledigung von Antrag H12 durch Annahme von Antrag A89
- Annahme von H13 und H14 idF der Ak durch Annahme von Antrag D1
- Annahme von Antrag H15 idF der AK durch Annahme von Antrag H2
- Überweisung von Antrag H16 an die Bundesfachausschüsse Entwicklungs-, Außen- und Wirtschaftspolitik
- Annahme von Antrag H17
- Annahme von Antrag H18
- Annahme von Antrag H19 idF der AK
- Überweisung von Antrag H20 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Erledigung von Antrag H21 durch Beschlußfassung zu Antrag H19
- Annahme von Antrag H22 idF der AK
- Erledigung von Antrag H23 durch Gesetzentwurf zum 3. Gesetz zur Änderung des SGB V (BT-Drs. 12/3210 vom 7.9.1992)
- Annahme von Antrag H 24 idF der AK
- Annahme der Anträge H25 und H31 idF der AK
- Annahme von Antrag H26
- Annahme der Anträge H27 und H30 idF der AK
- Überweisung von Antrag H28 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Antrag H29 wurde zurückgezogen
- Annahme von Antrag H31 idF der AK
- Überweisung der Anträge H32 und H33 an den Bundesfachausschuß Jugendpolitik (auch als Material für das vom 2. Parteitag in Auftrag gegebene Jugendpolitische Programm)
- Annahme von Antrag H34
- Annahme von Antrag H35 idF der AK
- Überweisung des Antrags H36 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung der Anträge H37 und H39 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag H38 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Landtagsfraktionen
- Behandlung von Antrag H39 bei Antrag H37

- Überweisung von Antrag H40 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an den Bundesfachausschuß Umweltpolitik (Bericht im Jahre 1994)
- Annahme von Antrag H41
- Annahme von Antrag H42
- Annahme von Antrag H43 idF der AK und Überweisung als Material an die Grundsatzkomission
- Überweisung der Anträge H44 bis H46 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag H47 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag H48 idF der AK
- Überweisung von Antrag H49 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag H50 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag H51 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag H52 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag H53
- Überweisung von Antrag H54 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Ziffer 1 des Antrags H55
- Annahme von Ziffer 2 des Antrags H55 idF der AK
- Behandlung von Ziffer 3 des Antrags H55 bei Antrag H57
- Erledigung von Antrag H56 durch die Beschlußfassung zum Antrag des Bundesvorstandes „Asylpolitik"
- Überweisung von Antrag H57 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Gruppe in der EVP-Fraktion
- dadurch Erledigung von Ziffer 3 des Antrags H55
- Annahme von Antrag H58
- Annahme von Antrag H59
- Annahme der Anträge H60 und H61
- Behandlung von Antrag H61 bei Antrag H60
- Überweisung der Anträge H62 bis H64 und B27 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag H65
- Annahme des 1. und 3. Absatzes von Antrag H66 und H67
- Überweisung des 2. Absatzes von Antrag H66 und H67 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag H68 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag H69 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag H70
- Überweisung von Antrag H71 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag H72
- Annahme von Antrag H73

- Erledigung von Antrag H74 durch den Beschluß des 36. Bundesparteitages „Über menschliches Leben darf nicht verfügt werden", Ziffer 17
- Annahme von Antrag H75 idF der AK
- Ablehnung von Antrag H76 (wegen entsprechender Beschlußfassung auf dem 36. Bundesparteitag 1988 in Wiesbaden)
- Erledigung von Antrag H77 durch entsprechende Beschlußfassung auf dem 2. Parteitag 1991
- Erledigung von Antrag H78 durch den Entwurf eines „Gesetzes zum Schutz des ungeborenen Lebens" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Drs. 12/1178)
- Überweisung von Antrag H79 an den Bundesvorstand
- Erledigung von Antrag H80 durch Beschlußfassung des 37. Bundesparteitages 1989 „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren", Ziffer 1
- Annahme von Antrag H81 idF der AK
- Annahme von Antrag H82 idF der AK
- Überweisung von Antrag H83 an die Organisationskommission der CDU
- Annahme von Antrag H84
- Annahme von Antrag H85
- Überweisung von Antrag H86 an die Organisationskommission der CDU
- Überweisung von Antrag H87 an den Bundesvorstand
- Überweisung von Antrag H88 an die Organisationskommission der CDU
- Antrag H89 zurückgezogen
- Antrag H90 zurückgezogen
- Annahme von Antrag H91 und H95 idF der AK
- Annahme von Antrag H92 idF der AK
- Annahme von Antrag H93
- Annahme von Antrag H94 idF der AK mit Ausnahme von Ziffer 7
- Überweisung der Ziffer 7 des Antrags H94 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme der Anträge H96 bis H98 zusammen mit Antrag H2 idF der AK
- Annahme von Antrag H97
- Annahme von Antrag H98
- Antrag H99 wurde nicht gültig eingebracht
- Annahme von Antrag H100 idF der AK
- Überweisung von Antrag H101 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

(Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 3. Parteitages der CDU Deutschlands.)

Beschluß Nr. A1

Wie wir uns Europa denken

1. Die Einheit Deutschlands und die Einigung Europas gehören zusammen. Neben der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands ist die europäische Einigung das vorrangige Ziel der CDU. Wir streben als Kern hierfür die Europäische Union an, in der die Völker, Staaten und Regionen nach dem Grundsatz der Subsidiarität gemeinsam ihre Zukunft gestalten.

2. Deutschland hat ein besonderes Interesse an der Einigung Europas. Seine Mittellage hat es immer wieder im Zentrum europäischer Auseinandersetzungen stehen lassen. Erst das klare Bekenntnis zu den kulturellen und politischen Grundwerten der westlichen Demokratien und die Integration in die Gemeinschaft europäischer Staaten hat alte Rivalitäten überwunden. Im Bewußtsein unserer deutschen Identität wollen wir im gleichberechtigten Zusammenwirken aller Nationen das geeinte Europa schaffen.

Das geeinte Deutschland muß die ruhige Mitte Europas sein. Gerade das wiedervereinigte Deutschland hat in der heutigen Zeit des Umbruchs eine besondere Verantwortung für die europäische Einigung. Unsere Politik muß darauf gerichtet sein, daß die Europäische Union für die beitrittsfähigen Staaten Europas offen ist und unsere Grenzen im Osten nicht eine Trennlinie zwischen Wohlstand und Armut bleiben.

Unser Kontinent ist mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes keine Insel des Friedens und des Wohlstandes geworden. Die Unwägbarkeiten des Übergangs, wirtschaftliche und soziale Instabilitäten, nationale und ethnische Konflikte und Bürgerkriege bedrohen die Sicherheit Europas. Neue Risiken sind im Osten und Südosten unseres Kontinents entstanden, auf die wir eine gemeinsame europäische Antwort finden müssen. Die Friedenssicherung durch die Herrschaft des Rechts war und ist das bedeutendste Ziel der europäischen Einigung. Der Vertrag von Maastricht bringt uns diesem Ziel näher.

3. Nationalstaaten können die existentiellen Probleme der Zeit nicht mehr allein lösen. Der europäische Einigungsprozeß ermöglicht es den europäischen Nationen und Regionen – erstmalig auf friedliche und vertragliche Weise – sich in einem weiteren Raum gemeinsam zu entfalten.

Nur eine Gemeinschaft, die mit einer Stimme spricht, kann ihre Interessen weltweit wahren und einen maßgeblichen Beitrag zur Freiheit, zum Frieden, zur Gerechtigkeit in der Welt und für die Bewahrung der Schöpfung leisten.

4. Mit dem Vertrag von Maastricht ist der Prozeß der europäischen Einigung in seine entscheidende Phase eingetreten. Wenn es jetzt nicht gelingt, die europäische Einigung zu verwirklichen, droht ein Rückfall in Nationalismus und Rivalitäten alter Prägung. Rechts- und Linksradikale schüren gleichermaßen Angst vor Europa und nähren die Illusion, die großen Zukunftsaufgaben in nationalen Alleingängen lösen zu können. Wir dürfen nicht zulassen, daß Strukturen und Entwicklungen in Europa bei den Menschen vor allem Ängste hervorrufen und die eigentlichen Chancen, die in einem geeinten Europa liegen, nicht mehr wahrgenommen werden. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands nimmt diese Herausforderung an: Wir treten entschieden für ein europäisches Deutschland ein. Deutschland braucht die Europäische Union.

5. Der Vertrag von Maastricht zur Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion ist ein Meilenstein in der europäischen Geschichte. Er muß mit Leben erfüllt werden. Die europäische Einigungspolitik bedarf der inneren Zustimmung der Unionsbürger. Wir wollen die Europäische Union subsidiär, föderal, solidarisch und demokratisch gestalten. Es gilt jetzt, die richtigen Weichen für die Regierungskonferenz 1996 zu stellen.

6. Die Europäische Union braucht eine Verfassung, in der die sie tragenden Ideen zum Ausdruck kommen. Sie muß auch – als Ausdruck einer freiheitlichen Gesellschaft – einen Grundrechtskatalog, eine Regelung der Entscheidungsverfahren zwischen den Institutionen der Union und eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedsstaaten mit ihren Ländern, Regionen und Kommunen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip enthalten. Das Tätigwerden der Union soll in der Verfassung auf das notwendige Maß konzentriert und in einem Katalog konkret aufgeführt sein.

Entsprechend dem neuartigen Charakter des Einigungsprozesses wird sein Ergebnis historisch neuartig sein. Das Ziel der Europäischen Verfassung läßt sich nicht mit herkömmlichen Begriffen fassen. Die CDU Deutschlands strebt jedoch insgesamt eine bundesstaatliche Lösung an. Entscheidend ist die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft dort, wo sie handeln muß.

Die Integration muß auch in Zukunft in der Form der Rechtsgemeinschaft mit eigener Gesetzgebung und Rechtssprechung erfolgen, weil nur auf diese Weise die notwendige Bindekraft sowie demokratische und rechtsstaatliche Kontrolle gewährleistet sind.

7. Es ist ein entscheidender Fortschritt, daß im Unionsvertrag von Maastricht die zentrale Forderung auf Verankerung des Subsidiaritätsprinzips als europäische Rechtsnorm und politische Leitidee erfüllt wurde. Das Subsidiaritätsprinzip garantiert die Bürgernähe und die nationale und regionale Vielfalt Europas. Das „Europa der Bürger" muß konkrete Gestalt annehmen. Was auf kommunaler, regionaler oder nationaler Ebene sachgerecht geregelt werden kann, darf nicht auf europäischer Ebene entschieden werden. Das vereinte Europa muß die nationale Identität, Kultur und Lebensweise eines jeden Volkes und Landes schützen und fördern. Die konsequente Beachtung des Subsidiaritätsprinzips bewahrt so vor Überreglementierung, bürokratischen Perfektionismus und Zentralismus. Es muß künftig Richtschnur für alle Organe der EG sein.

Dazu ist auch zu prüfen, welche Rechte auf die Ebene der Mitgliedsstaaten oder deren Länder bzw. der Regionen zurückübertragen werden können. Die Rechte der deutschen Länder dürfen nicht ausgehöhlt, sondern müssen entsprechend ihrer Zuständigkeit gestärkt werden. Die Stellung der deutschen Länder im bundesstaatlichen Aufbau Deutschlands soll erhalten bleiben. Die CDU begrüßt daher die vom Bundestag geplante Verankerung der Mitwirkungsrechte der Länder wie des Bundestages beim europäischen Prozeß; sie ist neben der Stärkung der Rechte des Europäischen Parlamentes ein unerläßlicher Beitrag zur demokratischen Kontrolle in der Europäischen Union. Im Ausschuß der Regionen sind die Belange der Kommunen durch die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände wahrzunehmen. Kommunalverfassungen sollen künftig den Abschluß rechtsverbindlicher grenzüberschreitender Vereinbarungen im Rahmen der Selbstverwaltungsaufgaben zulassen.

8. Die Respektierung der gewachsenen Traditionen in den Mitgliedsstaaten ist Maßstab für die politische Kultur der Gemeinschaft. Sie erfordert besonders sensiblen

Umgang mit der Sprache als wichtigstem Ausdruck kultureller Identität. Auch in Zukunft müssen alle Landessprachen der Gemeinschaft Amtssprachen sein, in denen sich die Bürger an die EG-Institutionen wenden können und in denen die EG-Gesetzgebung veröffentlicht wird. Deutsch muß gleichberechtigte Arbeitssprache in allen Institutionen der Gemeinschaft sein.

9. Die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments im Vertrag von Maastricht ist ein wichtiger Beitrag zur demokratischen Ausgestaltung der Gemeinschaft. Auf Dauer muß die Rolle des Europäischen Parlaments derjenigen entsprechen, die den Parlamenten in der europäischen demokratischen Tradition zukommt. Diese Rechte – einschließlich einem vollen Budget-Recht – müssen weiterentwickelt und spätestens bei der nächsten Überprüfungskonferenz 1996 institutionell ausgebaut werden.

Die Gesamtzahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments muß auf eine arbeitsfähige Größe begrenzt bleiben. Dabei muß jedoch die Zahl der Abgeordneten eines Mitgliedsstaates stärker als bisher an der Einwohnerzahl des jeweiligen Landes orientiert sein. Das wiedervereinigte Deutschland muß künftig 99 statt bisher 81 Abgeordnete in das Europäische Parlament wählen können. Die Aufstellung von Kandidaten für das Europäische Parlament sollte die regionale Gliederung berücksichtigen. Für die Wahl des Europäischen Parlaments ist ein einheitliches Wahlrecht zu suchen.

Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Gemeinschaft müssen auf Dauer gleichberechtigt an der Gesetzgebung im Sinne eines 2-Kammer-Systems mitwirken. Dazu ist notwendig, daß auch das Parlament ein legislatives Initiativrecht erhält und eine umfassende Kontrolle der Kommission als europäische Exekutive ausübt. Änderungen der Gemeinschaftsverträge sind zukünftig von der Zustimmung des Europäischen Parlaments abhängig zu machen. Der im Vertrag von Maastricht vorgesehene „Ausschuß der Regionen" muß bei der nächsten Regierungskonferenz gestärkt werden. Alle Organe der Gemeinschaft müssen eine sparsame, wirtschaftliche und sachgerechte Verwendung der Mittel der Gemeinschaft sicherstellen.

10. Die EG-Kommission ist die europäische Exekutive. Sie muß vom Vertrauen sowohl des Europäischen Rates als auch des Europäischen Parlaments getragen werden. Dementsprechend ist auch die Wahl des Kommissionspräsidenten auszugestalten. Das Europäische Parlament soll den Präsidenten der EG-Kommission auf Vorschlag des Rates wählen. Der Rat und das Europäische Parlament bestätigen die Kommissionsmitglieder.

Beschluß Nr. B1

Gemeinsam Verantwortung in Europa und in der Welt wahrnehmen

1. Die Europäer müssen in der Außen- und Sicherheitspolitik ihre Kräfte zusammenfassen, wenn sie ihre Interessen und Wertvorstellungen durchsetzen wollen. Als Schicksalsgemeinschaft sind sie in einer Welt, die immer mehr zusammenwächst und zu einer Welt wird, zunehmend aufeinander angewiesen. Kein Land der Erde kann heute die weltpolitischen Herausforderungen allein bewältigen. Zugleich ist Europas Beitrag zu Frieden und Stabilität in Krisenregionen gefordert.

2. Eine Vertiefung der Gemeinschaft steht nicht im Gegensatz zu ihrer Erweiterung, sondern ist ihre Voraussetzung. Die Europäische Gemeinschaft ist der Kern der Europäischen Einheit.

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft von Staaten, die durch ein gemeinsames geistiges und kulturelles Erbe verbunden sind. Als Kern des künftigen geeinten Europas muß sie allen beitrittswilligen Staaten offenstehen, die dieses Erbes teilhaftig sind und zusätzlich insbesondere folgende Bedingungen erfüllen: Einhaltung der Menschen- und Minderheitsrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie eine angemessene wirtschaftliche Basis, die – gegebenenfalls nach entsprechenden Übergangsfristen – eine harmonische Integration ermöglicht. Jeder Bewerber muß nicht nur den bereits erzielten Integrationsstand als bindend akzeptieren, sondern darüber hinaus bereit sein, an der politischen Vollendung der Gemeinschaft einschließlich einer gemeinsamen Verteidigungspolitik aktiv mitzuwirken.

Die CDU befürwortet die Anträge Österreichs, Schwedens, Finnlands und der Schweiz auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Wir setzen uns dafür ein, daß diese beitrittswilligen EFTA-Staaten zum 1.1.1995 Vollmitglieder werden.

Wir begrüßen die Assoziierungsverträge mit Ungarn, Polen sowie der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und setzen uns für eine umfassende Ausgestaltung der Zusammenarbeit ein. Gleichartige Verträge sollten auch mit den baltischen Staaten Litauen, Estland und Lettland sowie mit den von der internationalen Völkergemeinschaft anerkannten Staaten Slowenien und Kroatien angestrebt werden. Nach der Erlangung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität könnte das Angebot zur Zusammenarbeit auf europäischer Ebene diesen Ländern nach Jahrzehnten der Trennung vom Westen das Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa vermitteln und ihnen eine Ermutigung für die Zukunft sein.

Die Assoziierungsabkommen, die die Gemeinschaft mit den Staaten des ehemaligen Ostblocks abgeschlossen hat bzw. noch abschließen wird, sind die Vorstufe zu einem späteren Beitritt, der derzeit jedoch aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in diesen Staaten noch nicht möglich ist. Durch die umfassende Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit diesen Staaten können wir ihnen helfen, die notwendigen Anpassungen und Reformen so rasch wie möglich durchzuführen. Wir dürfen nicht zulassen, daß nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mitten in Europa anstelle der alten Mauern auf Dauer neue Wohlstandsgrenzen entstehen.

Denjenigen europäischen Staaten, die aufgrund der Verschiedenartigkeit ihrer Geschichte und Kultur auch in Zukunft nicht Mitglied der Gemeinschaft werden können, muß die EG im Rahmen von Assoziierungs- und Kooperationsabkommen die Aufrechterhaltung und Vertiefung bestehender Bindungen ermöglichen und ihnen bei der Überwindung ihrer wirtschaftlichen und politischen Probleme helfen. Die schon praktizierte Zusammenarbeit in den Gremien des Europarates, der NATO, der WEU und der KSZE zeigen Perspektiven künftiger Entwicklungen auf.

3. Sicherheit in und für Europa bleibt auch in Zukunft angewiesen auf eine funktionsfähige transatlantische Partnerschaft. In diesem Rahmen müssen die Europäer mehr eigene Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen. In der Perspektive der Europäischen Union wollen wir mit Hilfe der WEU eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickeln, zu der auch europäische Streitkräfte gehören. Die Stärkung der europäischen Verteidigungsidentität muß in enger und gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika erfolgen. Der Sicherheitsverbund und die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika einschließlich der Stationierung amerikanischer Streitkräfte auf europäischem Boden ist auch in Zukunft für uns von grundlegender Bedeutung. Mit unseren Freunden und Partnern knüpfen wir ein Netz europäischer Sicherheit, in dem sich Europäische Union, WEU, NATO und KSZE ergänzen.

Im Rahmen ihrer Zuständigkeiten soll die EG einen Kooperationsvertrag mit den USA abschließen.

4. Dem vereinten Deutschland fällt mit der Wiedererlangung seiner vollen Souveränität eine größere außenpolitische Verantwortung zu. Deutschland, das an der Nahtstelle des Ost-West-Konfliktes wieder zusammengewachsen ist, trägt eine besondere Verantwortung dafür, daß es in Europa keine Zone minderer Sicherheit und außer Kraft gesetzten Menschen- und Völkerrechtes gibt. Frieden, Demokratie und Wohlstand in ganz Europa sind vorrangiger Auftrag deutscher Politik.

Deutschland muß wie alle anderen Partner an der europäischen Verteidigung und den gemeinsamen Aufgaben im Rahmen des NATO-Bündnisses teilnehmen und die sich aus seiner Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen ergebenden Rechte und Pflichten in vollem Umfang wahrnehmen können. Europäische Streitkräfte erfüllen ihre Aufträge im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen.

Verteidigung umfaßt nicht nur Notwehr, sondern auch Nothilfe. Deshalb werden wir die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich Deutschland an friedenssichernden Aktionen und an Maßnahmen zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beteiligen kann. Wehrpflichtige werden zur Landesverteidigung eingesetzt. Die Verteidigung des Bündnisgebietes ist erweiterte Landesverteidigung. Weitergehende Einsätze Wehrpflichtiger erfolgen nur auf freiwilliger Basis.

5. Die Bekämpfung von Hunger, Not und Armut, von Unterentwicklung und Umweltzerstörung gehört zu den entscheidenden weltweiten Aufgaben der 90er Jahre. Die Hilfe für die Entwicklungsländer ist auch angesichts der Aufgaben des Wiederaufbaus in den ehemals sozialistischen Staaten Europas selbstverständliche ethische Verpflichtung für die demokratische Gemeinschaft der Europäer. Wir fordern den zügigen Abschluß der GATT-Verhandlungen. Konsequente Öffnung der Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern, der Abbau von Protektionismus sowie gezielte Hilfe vor allem bei der Aus- und Fortbildung sind die entscheidenden Instrumente, um die eigenen Kräfte dieser Länder zu mobilisieren. Hilfe zur Selbsthilfe, die den anderen als Partner begreift und ihn in seiner Eigenheit und seinem Eigenwert achtet: das ist der Weg zu einer globalen Partnerschaft, auf die beide Seiten gleichermaßen angewiesen sind. Dazu ist eine enge Kooperation und arbeitsteilige Entwicklungspolitik innerhalb der EG notwendig.

Die Entwicklungshilfe liegt zugleich im eigenen Interesse der Völker der Gemeinschaft. Die Alternative zu einer Stabilisierung der Verhältnisse in den wirtschaftlichen Krisenregionen hieße Armutswanderung in einem unkalkulierbaren Ausmaß mit der Gefahr einer wirtschaftlichen und sozialen Destabilisierung der EG-Mitgliedsstaaten.

Die Bundesrepublik Deutschland muß ihre entwicklungspolitischen Anstrengungen erhöhen mit dem Ziel, den Anteil von 0,7% des Bruttosozialproduktes an öffentlicher Entwicklungshilfe innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erreichen. Langfristig sollen alle Staaten Europas einen Anteil von 1% ihres Bruttosozialproduktes als öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen.

Das vereinigte Deutschland wird den Herausforderungen bei den Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa in ganz besonderem Maße gerecht. Die dabei erbrachten Leistungen müssen in diesem Zusammenhang ebenfalls gewürdigt werden.

Bundesdeutsche Entwicklungshilfe, die über Katastrophenhilfe hinausgeht, ist mit dem Einsatz für Menschenrechte, Demokratie, soziale Reformen, Umweltschutz und Abrüstung zu verbinden; dies gilt gerade für den in vielen Fällen notwendigen Schuldenerlaß.

Beschluß Nr. C1

Harte Währung – stark im gemeinsamen Markt

1. Wie beim Europäischen Binnenmarkt geht es auch beim Übergang zur einheitlichen europäischen Währung für uns Deutsche um die Erweiterung unserer Chancen und Möglichkeiten, da unsere Wirtschaft in hohem Maße von den wirtschaftlichen Bedingungen in Europa abhängt. Stabile Verhältnisse in den anderen Staaten der Gemeinschaft, vor allem stabiles Geld und solide Staatsfinanzen, entscheiden neben unserer gesamtdeutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik mit darüber, ob Wachstum und Beschäftigung bei uns auf Dauer gesichert werden können.

Den vollen Nutzen aus dem Europäischen Binnenmarkt können wir nur ziehen, wenn auch die Währungsgrenzen zwischen den Mitgliedsländern fallen und – wie im Vertrag von Maastricht vorgesehen – schließlich eine gemeinsame Währung in Europa eingeführt wird. Voraussetzung für die Wirtschafts- und Währungsunion ist die Politische Union.

2. Die Unabhängigkeit der künftigen Europäischen Zentralbank, ihre uneingeschränkte Verpflichtung auf das Ziel der Geldwertstabilität sowie das Verbot von Zentralbankkrediten an die öffentlichen Haushalte sind unverzichtbar für die Stabilität der künftigen europäischen Währung. Wir wollen, daß Preisstabilität in ganz Europa verwirklicht und die europäische Währung zu einem Symbol für den Wohlstand in Europa wird. Wir treten dafür ein, daß die Europäische Zentralbank ihren Sitz in Deutschland (Frankfurt/Main) erhält.

Die europäische Währung muß mindestens genauso stabil und hart sein wie die Deutsche Mark. Die CDU kann eine gemeinsame Währung nur dann akzeptieren, wenn sie mindestens genauso gut in der Lage ist, Geldwertstabilität zu garantieren wie die D-Mark. Zum Zeitpunkt des Beitritts zur Wirtschafts- und Währungsunion muß durch den Bundestag festgestellt werden, ob die Stabilitätskriterien erfüllt sind.

3. Dauerhafte Geldwertstabilität und solide öffentliche Finanzen müssen die wesentlichen Voraussetzungen für die Teilnahme an der Währungsunion bleiben. Auch die Regierungen, Gebietskörperschaften und gesellschaftlichen Gruppen in den Mitgliedstaaten müssen dazu ihren Beitrag leisten. Niedrige Inflationsraten, strikte Haushaltsdisziplin, hohe Wechselkursstabilität der eigenen Währung im europäischen Währungssystem und die Annäherung der langfristigen Zinsen sind unverzichtbare Kriterien für die Teilnahme. Wer die im Vertrag von Maastricht festgelegten Kriterien nicht erfüllt, kann an der Währungsunion nicht teilnehmen.

Eine europäische Währung darf jedoch nicht nur abstrakte Kriterien erfüllen, sondern muß auch von den Menschen angenommen werden. Dies gilt nicht zuletzt im Hinblick auf ihre Bezeichnung. Wir wissen, welch hohe Bedeutung für unsere Bürger das Vertrauen in die Stabilität der D-Mark hat. Deshalb müssen wir alles vermeiden, was den Eindruck erweckt als würden wir mit der Öffnung der Währung nach Europa diese Stabilität und dieses Vertrauen in die eigene Währung aufgeben.

4. Strikte Haushaltsdisziplin nimmt eine Schlüsselrolle bei der Schaffung einer dauerhaften Stabilitätsgemeinschaft ein. Mit dem Vertrag von Maastricht werden zum ersten Mal in völkerrechtlich verbindlicher Form Vorschriften zur Verhinderung übermäßiger Haushaltsdefizite festgelegt. Die im Vertrag festgelegten Regelungen, nach denen die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten weder für eine verfehlte nationale Wirtschaftspolitik noch für die Schulden einzelner Länder haften, müssen uneingeschränkt eingehalten werden. Eine Abwälzung der notwendigen Konvergenzanstrengungen einzelner Mitgliedsstaaten auf den EG-Haushalt darf es nicht geben.

Der Aufbau im Osten Deutschlands erfordert mittelfristig große finanzielle Anstrengungen der öffentlichen Hand. Um diese Herausforderungen gemeinschaftskonform zu bewältigen, ist es notwendig, die erforderlichen Finanzierungsspielräume durch eine konsequente Prioritätenbildung für den Aufbau in allen öffentlichen Haushalten zu schaffen.

5. Wir treten für eine an den bewährten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientierte europäische Wirtschaftspolitik ein. Ihre Aufgabe kann es nicht sein, direkt in die Wirtschaftsprozesse einzugreifen. Der Ruf nach dem Staat zur Korrektur unbefriedigender Marktergebnisse würde mittelfristig die Fähigkeit verringern, unternehmerische Antworten im Markt selbst zu finden.

Staatliche Lenkung hat sich schon auf nationaler Ebene nicht bewährt und führte, wie das Beispiel der ehemaligen DDR lehrt, zu katastrophalen Ergebnissen. Das Instrument der staatlichen Investitionslenkung kann auch in Europa nicht erfolgreich sein. Den Anforderungen einer modernen, industrialisierten Gesellschaft kann dauerhaft nur die wirksame Sicherung und konsequente Förderung eines fairen Wettbewerbs gerecht werden. Nur er sichert eine ausgewogene Struktur von leistungsfähigen Klein-, Mittel- und Großbetrieben. Staatlichem Dirigismus ist daher zu wehren; Konzentrationsbestrebungen in der Wirtschaft sind mit einem wirksamen Kartell- und Fusionsrecht zu unterbinden.

Zur Vollendung der inneren Einheit Deutschlands werden auf absehbare Zeit Anpassungs- und Umstellungshilfen erforderlich sein, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den neuen Bundesländern nachhaltig zu fördern. Die wirtschaftliche Ausnahmesituation erfordert wirtschaftspolitische Ausnahmeregelungen. Dazu zählen auch unkonventionelle Maßnahmen zur Sicherung und Schaffung von Absatzmärkten der neuen Bundesländer in ganz Europa. Die zeitliche Befristung der Ausnahmeregelungen verdeutlicht deren Übergangscharakter. Die Regelungsdichte und Bürokratie in Deutschland darf nicht zu einem existentiellen Hindernis unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit werden. Die Dauer der Genehmigungsverfahren bei Infrastruktureinrichtungen und bei der Realisierung von Investitionsentscheidungen zeigen deutlich die Grenze der Belastbarkeit auf. Im Rahmen der europäischen Einigung muß deshalb die Chance genutzt werden, von den unterschiedlichen nationalen Regelungen diejenigen zu übernehmen, die sicherstellen, das jeweils angestrebte Ziel in möglichst kurzer Zeit und ohne unnötigen bürokratischen Aufwand zu erreichen.

6. Alle führenden Industriestaaten haben in den letzten Jahren die Unternehmensteuern gesenkt. Die Steuerbelastung deutscher Unternehmen ist dagegen immer noch vergleichsweise hoch. Unser Ziel ist es daher, die Steuerbelastung deutscher Unternehmen auf ein international konkurrenzfähiges Niveau zu senken.

Die CDU begrüßt das von der Bundesregierung vorgestellte Konzept zur Unternehmensteuerreform, in dem eine Absenkung der Höchststeuersätze für Gewerbesteuerpflichtige beabsichtigt ist und das durch die Kürzung von Abschreibungen aufkommensneutral gestaltet werden soll. Gerade die im internationalen Vergleich hohen Spitzensteuersätze stellen ein psychologisches Investitionshemmnis für ausländische Investoren dar. Deshalb dient die Absenkung der Höchststeuersätze für Gewerbesteuerpflichtige der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit der Sicherheit der Arbeitsplätze. Im Interesse einer hohen Beschäftigung muß ein weiterer Anstieg der Lohnzusatzkosten vermieden werden.

7. Die EG steht in den 90er Jahren vor der gewaltigen Aufgabe, die gesamteuropäische Wohlstandsmehrung durch den wirtschaftlichen Binnenmarkt in umweltverträg-

liche Bahnen zu lenken und die Wirtschaftsgemeinschaft des Binnenmarktes zu einer Umweltgemeinschaft weiterzuentwickeln. Die Bundesrepublik muß angesichts ihrer hohen Bevölkerungs- und Industriedichte zu nationalen Schrittmacherdiensten im Umweltschutz bereit sein, die der Umwelt wie der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt der Zukunft dienen.

Die gemeinsamen Anstrengungen von Politik und Wirtschaft bei der Realisierung möglichst hoher Umweltstandards haben in Deutschland zu einem erheblichen Vorsprung in vielen Bereichen der Umweltpolitik geführt. Zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland kann in den Bereichen, in denen wir eine Vorreiterrolle übernommen haben, eine weitere Ausweitung dieses Vorsprunges nicht Ziel unserer Politik sein. In den vor uns liegenden Jahren kommt es vielmehr darauf an, durch Nutzung des technischen Fortschritts hohe Umweltstandards auf die neuen Bundesländer und die Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas auszudehnen. Dieser Umwelt- und Technologietransfer leistet bei gleichem finanziellen Aufwand einen wesentlichen höheren Beitrag zur Lösung der weltweiten Umweltprobleme als mögliche Verbesserungen in den alten Bundesländern.

Beschluß Nr. D1

Die Europäische Union: Sozial und Solidarisch

1. Das einige Europa wird nur in den Herzen seiner Bürger verankert sein, wenn es auch ein soziales und arbeitnehmerfreundliches Europa ist. Nur dann wird der Integrationsprozeß von den Bürgern gelebt und angenommen. Die Einbeziehung der sozialen Dimension ist wichtige Voraussetzung für eine breite Zustimmung zum Binnenmarkt, zur Wirtschafts- und Währungsunion und letzthin zur Politischen Union.

Die CDU begrüßt deshalb, daß durch den Vertrag von Maastricht auch der Einstieg in die Sozialunion erreicht wurde.

2. Die Bürger erwarten zurecht, daß ihnen die Notwendigkeit sozialpolitischer Entscheidungen auf Gemeinschaftsebene überzeugend begründet wird. Das erfordert besondere Sensibilität des europäischen Gesetzgebers beim Umgang mit den gewachsenen nationalen Sozial- und Arbeitsrechtssystemen, die für die Menschen ein vertrautes Stück ihrer sozialen Heimat sind.

Der Vertrag von Maastricht entspricht durch Anerkennung des Subsidiaritätsprinzips diesen Forderungen. Nur die strikte Anwendung dieses Prinzips durch alle Organe der Gemeinschaft – besonders auch des europäischen Gerichtshofes – garantiert eine europäische Sozialpolitik, die auch Akzeptanz bei den Betroffenen findet.

3. Die CDU bekennt sich zur Europäischen Gemeinschaft als Solidargemeinschaft. Solidarität bedeutet, den weniger entwickelten Mitgliedsstaaten dabei zu helfen, ihre eigene Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dafür sind die EG-Strukturfonds und der neue Kohäsionsfonds wirksame Instrumente.

4. Ein Solidarbeitrag über den Transfer von Sozialleistungen wäre dagegen der falsche Weg. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten sind auf die jeweiligen nationalen Territorien bezogen. Der Export von Sozialleistungen, mit denen das Territorialitätsprinzip durchbrochen wird, muß klar abgegrenzt und in jedem Einzelfall vom europäischen Parlament und Rat entschieden werden.

5. Ein Sockel von gemeinschaftsweiten Grundstandards ist Ziel einer europäischen Sozialpolitik. Sie verhindern Sozialdumping und überfordern keinen Mitgliedsstaat.

Sie erlauben jedem, sein soziales Leistungsniveau beizubehalten und entsprechend seiner Wirtschaftskraft fortzuentwickeln. Die Mindeststandards müssen einklagbare Rechte aller Arbeitnehmer in der EG darstellen. Das Konzept der Mindeststandards entkräftigt das Schlagwort eines europäischen Sozialabbaus.

6. Die Sozialpartner sind näher an der sozialen Wirklichkeit als jeder Gesetzgeber oder die europäische Verwaltung.

Die CDU begrüßt, daß der Vertrag von Maastricht die Rolle der europäischen Sozialpartner stärkt, indem der europäische Gesetzgeber zurücktritt, wenn sie selbst zu vertraglichen Regelungen auf Gemeinschaftsebene kommen wollen. Damit die Sozialpartner in Europa wirksam zusammenarbeiten können, müssen im Rahmen einer europäischen Verfassung die Tarifautonomie und Koalitionsfreiheit verankert werden.

7. Die europäische Sozialcharta und das sozialpolitische Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur sozialen Flankierung des Binnenmarktes müssen zügig umgesetzt werden. Die CDU anerkennt die bisherigen Ergebnisse, vor allem die europaweiten Regelungen zur Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer. Die CDU setzt sich dafür ein, daß die vorliegende Richtlinie über die Errichtung europäischer Betriebsräte mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet wird.

Beschluß Nr. D2

Grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung

1. Die Abschaffung der Kontrollen an den Binnengrenzen der Gemeinschaft ist ein bedeutender Schritt auf dem Weg zur Politischen Union Europa. Der Wegfall der Grenzkontrollen weckt bei vielen Menschen die Befürchtung, das Verbrechen habe es in einem Europa ohne Binnengrenzen leichter. In Wirklichkeit arbeiten die Organisierte Kriminalität, der Terrorismus und der Drogenhandel längst grenzüberschreitend. Eine wirksame Bekämpfung wird insoweit allein durch eine europaweite Zusammenarbeit der nationalen Polizeien, des Zolls und der übrigen Sicherheitsbehörden gewährleistet. Darüber hinaus sind gemeinsame Einrichtungen zur Bekämpfung der Kriminalität erforderlich. Der Schutz vor Verbrechen und Terrorismus ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Bürger Europas dem europäischen Einigungsprozeß zustimmen können. Die Europäische Gemeinschaft als Ganzes trägt Verantwortung für die Sicherheit ihrer Bürger.

2. Die europaweite Zusammenarbeit der nationalen Sicherheitsbehörden in den Mitgliedsstaaten der EG muß ausgebaut werden. Zwischen allen europäischen Nachbarn müssen Regelungen vereinbart werden, welche die grenzüberschreitende Fahndung sowie polizeiliches Eingreifen in der benachbarten Grenzregion zulassen. Als Ausgleich für den Wegfall der Binnengrenzen fordert die CDU einheitliche europäische Standards für die Kontrolle an den EG-Außengrenzen und wirkungsvolle Maßnahmen zur Verhinderung illegaler Einwanderung. Darüber hinaus muß die Zusammenarbeit der örtlichen Polizeidienststellen beiderseits der Grenzen erheblich verbessert und unbürokratischer gestaltet werden. Dies gilt insbesondere für die Bedingungen zur Einreise von Nicht-EG-Bürgern, für die Erteilung von Sichtvermerken, für Rauschgiftkontrollen und für Rechtshilfe- und Auslieferungsverfahren unter den EG-Mitgliedsstaaten.

3. Die CDU setzt sich für die möglichst umgehende Errichtung eines „Europäischen Polizeiamtes (EUROPOL)" ein. Diese Polizeibehörde der Gemeinschaft soll mit

exekutiven Befugnissen ausgestattet sein und insbesondere alle Formen der international organisierten Kriminalität bekämpfen. Die Angehörigen der zu schaffenden EUROPOL sollten einen einheitlichen EG-Ausbildungsstandard haben. Dabei ist eine besondere Einheit zur Bekämpfung des illegalen Drogenhandels zu schaffen. Damit die Ausübung hoheitlicher Befugnisse von EUROPOL rechtsstaatlicher Kontrolle unterliegt, muß das Europäische Polizeiamt der Exekutivverantwortung der EG-Kommission und der parlamentarischen Verantwortung des Europäischen Parlaments unterstellt werden.

EUROPOL soll neben der eigenständigen internationalen Verbrechensbekämpfung auch zentrale Service- und Koordinationsaufgaben für die nationalen Sicherheitsbehörden erbringen. Vor allem in den Bereichen Kriminaltechnik, Forschung, Erkennungsdienst und Informationsund Datenverwaltung kann das Europäische Polizeiamt die Arbeit der Polizeien der Mitgliedsstaaten wirkungsvoll unterstützen. Durch die Einrichtung von EUROPOL-Außenstellen bei den nationalen Polizeibehörden wird die europaweite Zusammenarbeit zum Schutz der inneren Sicherheit wirkungsvoll unterstützt. Eine engere Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Verbrechensbekämpfung ist über die Europäische Geemeinschaft hinaus auch durch Verträge mit den osteuropäischen Staaten, z.B. Polen, der CSFR und Ungarn zu vereinbaren.

Die CDU tritt darüber hinaus für eine Intensivierung der Zusammenarbeit der europäischen Zollverwaltungen bei der Bekämpfung des Rauschgiftschmuggels, der Embargo-Verletzungen und der illegalen Einfuhr gefährlicher Substanzen wie z.B. Plutonium ein. Durch den Aufbau europaweiter Zollinformationssysteme sollen die Erfahrungen und Erkenntnisse der einzelnen Zollverwaltungen aus der Überwachung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs und der Strafverfolgung besser genutzt werden.

Besondere Bedeutung kommt der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zu. Die Geldwäsche muß unmöglich gemacht werden. Dadurch kann der Sumpf organisierter Banden- und Drogenkriminalität ausgetrocknet werden. Kompetente und hochspezialisierte Sonderdienststellen von EUROPOL können in enger Verbindung mit nationalen Einrichtungen wirksamen Schutz geben. Sie können darüber hinaus helfen, illegalen Waffenhandel einzudämmen, Wirtschaftsembargos wirksam werden zu lassen und Mißbrauch bei Einsatz ausländischer Arbeitnehmer über Scheinarbeitsverhältnisse und Scheinfirmen zu verhindern.

4. Die CDU fordert EG-einheitliche Maßstäbe für die Abschiebung krimineller Ausländer in ihre Heimatländer. Innerhalb der Gemeinschaft soll das europäische Bürgerrecht auf Freizügigkeit bei schweren Straftaten entzogen werden können. Illegale erneute Zuwanderung krimineller Ausländer muß empfindlich bestraft werden. Eine rechtskräftige Verurteilung von Ausländern wegen eines Kapitalverbrechens oder der Teilnahme an organisierter Kriminalität sind regelmäßig Grund zur Abschiebung nach Strafverbüßung. Um die Rauschgiftszene auszutrocknen, müssen Drogen-Delikte von Ausländern in jedem Fall zur Abschiebung führen.

Beschluß Nr. E1

Asylpolitik

1. Wer aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen verfolgt wird, muß bei uns Asyl finden können. Wir werden dieses aus christlichem Menschenbild und geschichtlicher Erfahrung begründete Recht nicht preisgeben.

Schlechte Lebensbedingungen, Verletzung von Minderheitenrechten sowie kriegerische Auseinandersetzungenveranlassen zunehmend viele Menschen, ihre Heimat zu verlassen und in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft bessere Lebensbedingungen zu suchen. Dabei wird in Deutschland vielfach das Grundrecht auf Asyl in Anspruch genommen, um ein Bleiberecht zu erlangen und soziale Leistungen in Anspruch nehmen zu können. Der größte Teil der in Deutschland um Asyl nachsuchenden Bewerber ist aber in der Heimat keiner politischen Verfolgung mit Gefahr für Leib und Leben oder Beschränkungen der persönlichen Freiheit ausgesetzt gewesen. Vor allem Schlepperorganisationen nutzen unser Asylrecht für ihre kriminellen Geschäfte aus.

2. Die CDU setzt sich ein

- für ein vereinheitliches Asylrecht für politisch Verfolgte in allen Staaten der Europäischen Union. Politisch Verfolgte müssen Schutz und Zuflucht finden können;
- für eine gemeinschaftliche Regelung zur vorübergehenden Aufnahme von Bürgerkriegs- und anderen Kriegsflüchtlingen für die Dauer ihrer Bedrohung;
- für großzügige und langfristige Hilfsprogramme der Europäischen Union zur Beseitigung von Fluchtursachen in notleidenden Ländern und Regionen.
- für eine Politik der Europäischen Union und der Weltgemeinschaft zur Respektierung der Menschenrechte, insbesondere der Minderheitenrechte.

3. Unser Asylrecht muß funktions-, europa- und zukunftsfähig gemacht werden. Es muß so gestaltet werden, daß die wirklich politisch Verfolgten schnell anerkannt werden und die Asylbewerber, deren Anträge unbegründet sind, rasch in ihre Heimatländer zurückgeführt werden können.

Der wirtschaftliche Anreiz für politisch nicht verfolgte Ausländer, nach Deutschland zu kommen, muß gemindert werden. Die Leistungen sind grundsätzlich auf das Notwendige zu beschränken. Dabei muß die Sachleistung Vorrang vor der Geldleistung erhalten. Für Ausländer, die sich in Aufnahmeeinrichtungen aufhalten, ist die Gewährung von Sachleistungen verbindlich vorzuschreiben.

Alle bisherigen Maßnahmen und Überlegungen zur Einschränkung des Asylmißbrauchs sind an den Realitäten gescheitert. Die Möglichkeiten des Staates, im Rahmen des geltenden Verfassungsrechtes Asylverfahren durchzuführen und Asylbewerbern ein vorläufiges Bleiberecht zu gewähren, sind angesichts der erheblich gestiegenen Bewerberzahlen an ihre Grenzen gekommen. Verwaltungen und Gerichte stehen angesichts einer dramatisch zugespitzten Lage vor dem Kollaps.

Wir müssen deshalb den weltweit einzigartigen und praktisch schrankenlosen Rechtsschutz, den unser Grundgesetz Asylbewerbern bietet, durch den Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention ersetzen, wie dies auch in allen anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union der Fall ist.

Notwendig ist eine Grundgesetzänderung, die an die Stelle des Grundrechtes aus Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG eine institutionelle Asylrechtsgarantie auf der Basis der Genfer Flüchtlingskonvention treten läßt. Sie gibt dem Gesetzgeber den notwendigen Handlungsspielraum, um dem Mißbrauch des Asylrechts wirksam zu begegnen, gleichzeitig aber den tatsächlich Verfolgten zügig Schutz und Zuflucht zu gewähren. Zum Schutz des Asylrechts sollten daher bei offensichtlicher Unbegründetheit aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von der Entscheidung über einen hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden können.

Mit einer solchen Änderung des Grundgesetzes machen wir in einem Europa der offenen Grenzen unser Asylrecht europafähig. Damit wollen wir auch erreichen, daß künftig eine europäische Verteilung der durch Wanderungsbewegungen verursachten Lasten ermöglicht wird. So wie gegenwärtig Asylbewerber in Deutschland auf die Länder verteilt werden, muß in Zukunft eine Verteilung der Bewerber in der Europäischen Union möglich gemacht werden.

4. Auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention sollen folgende Fälle von dem bisherigen, aufwendigen Asylverfahren ausgeschlossen und in einem vereinfachten, beschleunigten Verfahren entschieden werden:

- wenn der Ausländer aus einem Drittstaat einreist, wo er Sicherheit finden konnte;
- wenn der Ausländer aus einem verfolgungsfreien Staat stammt und nicht plausible, in seiner Person liegende besondere Umstände vorträgt;
- wenn der Ausländer nicht unverzüglich nach der Einreise in Deutschland seinen Asylantrag stellt;
- wenn der Ausländer seine Identität und seine Staatsangehörigkeit verschweigt oder verfälscht oder unter verschiedenen Identitäten Asyl beantragt;
- wenn der Ausländer im Besitz von gültigen Einreisedokumenten für ein sicheres Drittland ist;
- wenn ein Asylantrag in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem anderen Staat, der die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention beachtet, bereits abgewiesen wurde;
- wenn und so lange dem Ausländer als Bürgerkriegs- oder Kriegsflüchtling ein anderweitiges Aufenthaltsrecht bewilligt wird;
- wenn aufgrund völkerrechtlicher Verträge ein anderer Staat für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist;
- wenn der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland in erheblicher Weise straffällig geworden ist;
- wenn aus schwerwiegenden Gründen die Annahme gerechtfertigt ist, daß der Ausländer ein Verbrechen gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder ein sonstiges schweres Verbrechen begangen hat bzw. sich Handlungen zuschulden kommen ließ, die den Grundsätzen und Zielen der Vereinten Nationen zuwiderlaufen.

In diesen Fällen wird ein vereinfachtes Verfahren eingeführt. Bei negativem Ausgang eines Verfahrens muß der Aufenthalt in Deutschland durch das zuständige Bundesland umgehend beendet werden. Auf diese Weise können Aufwendungen und Kosten in Milliardenhöhe eingespart werden, die zur Linderung von Not und Elend in der Welt und damit zur Begrenzung von Wanderungsbewegungen sinnvoller eingesetzt wären.

Beschlüsse zur Änderung des Statuts der CDU Deutschlands

Beschluß Nr. F1

A. Das Statut der CDU Deutschlands vom 27.04.1960, zuletzt geändert am 01.10.1990, wird wie folgt geändert:

1. Der Inhalt von § 17 (Exil-CDU) wird ersatzlos gestrichen; die Paragraphen-Ziffer bleibt als Leerziffer für spätere Statuten-Änderungen erhalten.

2. § 28 (Zusammensetzung des Bundesparteitages) erhält in seinem Absatz 1 folgende neue Fassung:

„(1) Der Bundesparteitag setzt sich zusammen aus 1000 Delegierten der Landesverbände, die von den Kreis-, Bezirks- oder Landesparteitagen gewählt werden, und den Ehrenvorsitzenden. Von den 1000 Delegierten der Landesverbände werden 200 im Verhältnis der bei der letzten Wahl zum Deutschen Bundestag für die einzelnen Landeslisten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands abgegebenen Zweitstimmen, 800 im Verhältnis der Mitgliederzahlen der einzelnen Landesverbände entsandt.

Die Verteilung der Delegiertensitze auf die einzelnen Landesverbände erfolgt bei allen Bundesparteitagen im Höchstzahlverfahren nach dHondt."

3. In § 28 (Bundesparteitag) wird in Absatz 2 der Unterabsatz 2 (Bedeutung der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin für den Delegiertenschlüssel) ersatzlos gestrichen.

4.1. In § 28 (Bundesparteitag) wird Absatz 3 (Stimmrecht der Exil-CDU) ersatzlos gestrichen.

4.2. Die folgenden Absätze werden neu beziffert.

5. § 29 (Zuständigkeiten des Bundesparteitages) Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„(2) Er wählt als Mitglieder des Bundesvorstandes in getrennten Wahlgängen:

1. den Vorsitzenden,
2. auf Vorschlag des Vorsitzenden den Generalsekretär,
3. vier Stellvertretende Vorsitzende,
4. den Bundesschatzmeister,
5. weitere sieben Mitglieder des Präsidiums,
6. weitere 26 Mitglieder des Bundesvorstandes."

6. In § 29 Absatz 2 behält Unterabsatz 4 folgende Fassung:

„Die unter Ziffer 1 bis 5 genannten Mitglieder des Bundesvorstandes und die Ehrenvorsitzenden sowie der Bundeskanzler, der Präsident oder der Vizepräsident des Deutschen Bundestages und der Vorsitzende ,der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages sowie der Präsident des Europäischen Parlamentes und der Vorsitzende der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes, soweit sie der CDU angehören, bilden das Präsidium."

7. In § 29 (Zuständigkeiten des Bundesparteitages) erhält Absatz 3 folgende Fassung:

„Er wählt den Vorsitzenden und vier Beisitzer sowie sieben stellvertretende Mitglieder des Bundesparteigerichts nach den Bestimmungen der Parteigerichtsordnung."

8. In § 29 (Zuständigkeiten des Bundesparteitages) behält Absatz 6 folgende Fassung:

„Er wählt drei Rechnungsprüfer nach den Bestimmungen der Finanz- und Beitragsordnung."

9.1. Im § 30 (Zusammensetzung des Bundesausschusses) wird in Absatz 1 die Ziffer 2 (Delegierte der Exil-CDU) ersatzlos gestrichen.

9.2. Die folgenden Ziffern und die entsprechende Angabe in § 30 Absatz 2 werden neu beziffert.

10. § 33 (Zusammensetzung des Bundesvorstandes) wird in seinem Absatz 1 wie folgt gefaßt:

„(1) Der Bundesvorstand setzt sich zusammen aus:

1. den Ehrenvorsitzenden, dem Vorsitzenden, dem Generalsekretär, den vier Stellvertretenden Vorsitzenden, dem Bundesschatzmeister, sieben weiteren Mitgliedern des Präsidiums sowie den weiteren 26 gewählten Mitgliedern des Bundesvorstandes,

2. dem Bundeskanzler, dem Präsidenten oder Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages sowie dem Präsidenten des Europäischen Parlamentes und dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes, soweit sie der CDU angehören,

3. den Vorsitzenden der Landesverbände, soweit nicht dem Bundesvorstand bereits Mitglieder aus dem jeweiligen Bundesland nach Ziffern 1 oder 2 angehören."

11. In § 43 (Wahlen) Abs. 2 Satz 1 werden die früheren Worte „sieben Stellvertretenden Vorsitzenden nach § 29 Abs. 2 Ziff. 3" ersetzt durch die Worte „vier Stellvertretenden Vorsitzenden nach § 29 Absatz 2 Ziffer 3 und der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums nach § 29 Absatz 2 Ziffer 5.

12. In § 43 (Wahlen) Abs. 3 Satz 1 wird der frühere Ausdruck „§ 29 Abs. 2 Ziffer 5" ersetzt durch „§ 29 Abs. 2 Ziffer 6".

13. § 50a (Übergangsvorschriften) wird gestrichen.

B. In § 19 (Rechenschaftsberichte) Abs. 1 Satz 3 und Absatz 4 der Finanz- und Beitragsordnung der CDU (FBO) vom 17.11.1969, zuletzt geändert am 01.10.1990, bleibt das Wort „beiden" ersatzlos gestrichen.

C. Der 4. Abschnitt – Bundesparteigericht – in der Parteigerichtsordnung der CDU (PGO) vom 05.10.1971, zuletzt geändert am 01.10.1990, erhält folgende Fassung:

„§ 5 (Zusammensetzung und Besetzung)

(1) Das Bundesparteigericht besteht aus fünf ordentlichen und sieben stellvertretenden Mitgliedern.

(2) Es tritt in der Besetzung mit dem Vorsitzenden und vier Beisitzern zusammen. Der Vorsitzende und zwei Beisitzer müssen die Befähigung zum Richteramt haben."

D. In § 6 (Antragsrechte) der Geschäftsordnung der CDU (CDU-GO) vom 23.6.1975, zuletzt geändert am 13.9.1989, werden in Abs. 1 Ziffer 4 die Worte „und der Exil-CDU" ersatzlos gestrichen.

Beschluß Nr. F3 a)

Der 3. Parteitag beauftragt den Bundesvorstand

1. zu prüfen, welche Konsequenzen aus der im Vertrag von Maastricht vereinbarten Unionsbürgerschaft (Artikel G, Abschnitt C) für das Satzungsrecht der CDU zu ziehen sind und

2. dem Parteitag einen entsprechenden Änderungs- und Ergänzungsvorschlag zuzuleiten.

Beschluß Nr. F3 b)

In § 4, Abs. 2, Satz 2 des Statuts der CDU Deutschlands wird der Satzteil „und ein Jahr vor der Aufnahme als Gast in der Partei mitgearbeitet hat" ersatzlos gestrichen.

Beschluß Nr. F8

§ 4, Absatz 3 des Statuts der CDU soll wie folgt lauten:

Die Mitgliedschaft in einer anderen Partei oder in einer anderen politischen, mit der CDU konkurrierenden Gruppe oder deren parlamentarischen Vertretung schließt die Mitgliedschaft und die Mitarbeit in der CDU aus.

Beschluß Nr. G1

Gemeinsam handeln für Deutschland

– Vorfahrt für den Aufbau Ost –

1. In den zwei Jahren seit der Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes haben wir in einer gemeinsamen großen Anstrengung bereits viel erreicht: Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind heute in ganz Deutschland selbstverständlich. In den neuen Bundesländern haben sich die Lebensverhältnisse erheblich verbessert; die Renten und Einkommen sind spürbar gestiegen. Die Erneuerung der Infrastruktur ist auf breiter Front in Gang gekommen. Der Grundstein für die Verwirklichung der inneren Einheit Deutschlands ist gelegt; die Weichen für die Zukunft sind richtig gestellt. Der notwendige Strukturwandel bringt aber für viele Menschen auch erhebliche persönliche Belastungen und Härten mit sich. Wir wollen alle Anstrengungen unternehmen, damit in Zukunft jeder in den neuen Ländern Anteil am Aufbauerlebnis hat. Im Osten Deutschlands machen sich viele vor allem Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Insbesondere junge Menschen haben es schwer, neue Orientierung und eine berufliche Perspektive zu finden. Im Westen besteht die Befürchtung, durch die Größe der Aufgaben, die zu bewältigen sind, überfordert zu werden.

In allen Bereichen unserer Gesellschaft muß die Einsicht wachsen, daß das gemeinsame Aufbauwerk gefährdet wird, wenn wir Deutschen uns im gegenseitigen Aufrechnen von Lasten und Opfern verlieren. Wir müssen erkennen, daß die Einheit ganz Deutschland erfaßt und verändert. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, reichen weit über die Lösung materieller Probleme hinaus. Das innere Zusammenwachsen des geeinten Deutschlands erfordert vor allem Begegnung, Dialog und Verständnis. Der 3. Parteitag fordert alle Gliederungen der CDU auf, Partnerschaften zwischen Ost und West intensiv zu pflegen und alle Möglichkeiten zu gemeinsamem Handeln zu nutzen.

Das 1991 verabschiedete Dresdner Manifest bildet die geeignete Grundlage für unsere Diskussion zur Vergangenheitsbewältigung. Nach der friedlichen Revolution in Ostdeutschland muß die CDU gerade in der jungen Generation dafür Sorge tragen, daß das sozialistische System nicht verharmlost wird. Heute vermischen sich oft die Sorgen und Probleme, die aus der Mißwirtschaft des ehemaligen SED-Regimes entstanden sind, mit den Schwierigkeiten im gegenwärtigen Umstrukturierungsprozeß. Aufklärung und Weiterbildung im Bereich der politischen Bildung sind und bleiben eine zentrale Aufgabe. Wir müssen die Betroffenheit der Opfer des stalinistischen Regimes wahrnehmen und die Täter zur Rechenschaft ziehen. Verweigerte Bildungschancen müssen nachgeholt werden können.

Gleichzeitig wird es eine der zentralen Aufgaben sein, all denen, die sich strafrechtlich nicht schuldig gemacht haben, die Eingliederung in das gesellschaftliche Leben zu ermöglichen. Wir dürfen nicht dauerhaft große Gruppen der Gesellschaft aus dem allgemeinen Prozeß ausgrenzen. Nicht jeder kann im öffentlichen Bereich tätig sein, aber alle sollen ihre Zukunft finden.

I. Die Dimension der Herausforderungen erkennen

2. Zwei Jahre nach der Verwirklichung der Deutschen Einheit tritt die CDU dafür ein, früher getroffene Entscheidungen vor dem Hintergrund der inzwischen gewonnenen Erfahrungen zu überprüfen, notwendige Korrekturen durchzuführen und klare Konzepte für die vor uns liegenden Herausforderungen zu formulieren. Notwendig ist eine

umfassende Bestandsaufnahme der Aufgaben und Herausforderungen, die Deutschland im Inneren sowie in Europa und in der Welt bewältigen muß. Wir brauchen einen realistischen Überblick über die künftig notwendigen Maßnahmen und die dafür erforderlichen Finanzmittel. Auf dieser Grundlage muß eine Neuordnung der Prioritäten unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik erfolgen. Die Menschen in Deutschland brauchen eine klare Perspektive für die vor uns liegenden Jahre.

3. Das SED-Regime in der ehemaligen DDR hat eine immense Erblast hinterlassen, deren ganzes Ausmaß erst nach und nach überblickt werden kann. Mehrere hundert Milliarden Mark werden noch notwendig sein, um allein die finanziellen Folgen dieser Erblast abzutragen.

Die Bewältigung dieser Erblasten und die Finanzierung des Aufbaus der neuen Länder erfordert erhebliche Mittel. Noch längere Zeit werden Finanztransfers aus den alten Bundesländern notwendig sein. In gesamtstaatlicher Verantwortung wollen wir die innere Einheit Deutschlands vollenden.

4. Diese Herausforderungen müssen in einer Zeit bewältigt werden, in der sich die ökonomischen Rahmenbedingungen erheblich verändert haben. Die Länder Mittel- und Osteuropas befinden sich durch den Umbruch zur Marktwirtschaft in einer Krise, zu deren Überwindung Deutschland einen erheblichen Beitrag leistet. In einer Reihe der westlichen Industrieländer verzeichnen wir seit längerer Zeit einen schwachen Konjunkturverlauf. In Deutschland hatte der Nachfrageschub aus den neuen Bundesländern zu einer positiven Sonderentwicklung geführt; jetzt wirkt sich die schwache Weltkonjunktur auch auf unsere exportorientierte Volkswirtschaft aus.

Mit Sorge stellen wir fest, daß wesentliche Daten der deutschen Volkswirtschaft signalisieren: Wir leben über unsere Verhältnisse. Es muß wieder nach dem Grundsatz gehandelt werden: Nur das kann ohne wirtschaftlichen Schaden konsumiert werden, was zuvor solide erwirtschaftet wurde. Dies erfordert konsequente finanzpolitische Weichenstellungen in allen öffentlichen Etats. Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften sowie die Bürger in ganz Deutschland müssen sich auf diese Perspektive einstellen.

II. Konzentration aller Kräfte notwendig

5. Wir befinden uns jetzt in einer entscheidenden Gestaltungsphase für die Entwicklung des Wohlstandes im Osten und die Sicherung des Wohlstandes im Westen. Beide Aufgaben stehen in einem inneren Zusammenhang. Ein verzögerter Aufbau der neuen Bundesländer würde die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Deutschland gefährden und alle Menschen in Ost und West betreffen. Zum anderen würde eine ungünstige Wirtschaftsentwicklung in den alten Bundesländern nicht ohne Auswirkung auf das Tempo des wirtschaftlichen Aufholprozesses in den neuen Bundesländern bleiben. Stabilität, Wachstum und Beschäftigung im östlichen und westlichen Teil Deutschlands sind nicht mehr voneinander zu trennen. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und der Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern sind daher zwei Teilaufgaben derselben großen nationalen Herausforderung.

6. Der außergewöhnliche Anstieg der öffentlichen Verschuldung in den zurückliegenden zwei Jahren war aufgrund der historisch einmaligen Situation, die mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gegeben war, unvermeidlich. Für die Zukunft steht das Instrument der Staatsverschuldung nur noch äußerst begrenzt zur Verfügung. Die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte muß deutlich zurückgeführt werden. Gerade die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit muß gestärkt

werden, damit Deutschland seine Chancen auf den Weltmärkten nutzen kann. Nur so können Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden; nur so kann das Netz der sozialen Sicherung leistungsfähig bleiben.

7. Wir brauchen ein drastisches Sanierungs- und Sparkonzept für alle Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen. Dies erfordert auch Eingriffe bei gesetzlichen Leistungen und anderen rechtlichen Verpflichtungen. Die Ausgabenzuwächse der öffentlichen Haushalte müssen für längere Zeit geringer ausfallen als der Zuwachs des Bruttosozialproduktes. Die Verwirklichung wünschenswerter Projekte im Westen muß zurückgestellt werden, um Mittel zugunsten dringender Vorhaben im Osten aufbringen zu können. Die Sozialversicherungen müssen sich wieder stärker auf die Absicherung der Risiken beschränken, die der einzelne nicht alleine tragen kann.

Zur soliden Finanzierung des Aufbaus der neuen Bundesländer müssen der strikte Konsolidierungskurs des Bundes fortgesetzt werden und die jährlichen Zuwachsraten des Bundeshaushalts auf durchschnittlich 2,5 Prozent beschränkt bleiben. Notwendig ist darüber hinaus, die jährlichen Steigerungsraten der Haushalte der westlichen Länder und Kommunen auf durchschnittlich drei Prozent zu begrenzen. Gemeinsam müssen Bund, Länder und Kommunen diesen Sparkurs konsequent fortführen.

Wer jetzt seinen Beitrag – beispielsweise zu Einsparungen und Umschichtungen – verweigert, trägt die Verantwortung dafür, wenn die Belastungen für den Bürger schon bald erhöht werden müssen.

8. Einsparungen und Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten werden alleine nicht ausreichen, die uns gestellten Aufgaben zu bewältigen. Um die Einsparziele in den öffentlichen Haushalten erreichen zu können und um eine Überforderung unserer Wirtschaft zu vermeiden, müssen auch die Tarifvertragsparteien einen solidarischen Beitrag erbringen. Notwendig sind eine langsamere Anpassung des Lohnniveaus in Ostdeutschland und geringere Lohnsteigerungen in Westdeutschland, flexiblere Arbeitszeiten und eine stärkere Orientierung der Tarifverträge an der Produktivität sowie an regionalen und betrieblichen Besonderheiten. Die Lohnschere zwischen Ost und West darf sich nicht vergrößern und muß in angemessener Frist geschlossen werden.

Wir brauchen einen Solidarpakt für Deutschland. In der außergewöhnlichen Situation unseres Landes ist es erforderlich und geboten, daß sich die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden sowie Wirtschaft, Gewerkschaften, Unternehmen, Tarifpartner und Parteien über die Größe und den Umfang der Aufgaben und die notwendigen Maßnahmen verständigen und zu gemeinsamem Handeln im Interesse unseres Landes kommen.

9. 1995 müssen die neuen Länder in den Bund-Länder-Finanzausgleich einbezogen werden. Dies erfordert insbesondere erhebliche Umschichtungen im horizontalen Ausgleich zwischen den Ländern.

Gleichzeitig ist ab 1995 die finanzielle Erblast des SED-Regimes abzutragen, deren Höhe derzeit auf 400 Milliarden DM geschätzt wird. Zur Bewältigung dieser Aufgaben sind Steuererhöhungen notwendig. Die Entscheidungen müssen im Zusammenhang mit den Gesprächen über den Solidarpakt bald getroffen werden, in die die Union ihre Vorstellungen einbringen wird.

Die Steuerpolitik muß weiterhin zum Ziel haben, günstige Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze zu setzen. Die CDU steht dafür ein, daß alle Lasten gerecht verteilt werden. Alle müssen zur Bewältigung der jetzt anstehenden Aufgaben einen Beitrag erbringen, der ihrer Leistungsfähigkeit entspricht.

Der Bundesparteitag empfiehlt, zur Bewältigung der Erblasten des SED-Regimes einen Erblasten-Fonds einzurichten, der gesamtstaatlich und zeitlich gestreckt entsprechend der jeweiligen Leistungsfähigkeit abgetragen wird.

III. Maßnahmen zum weiteren Aufbau der neuen Länder

10. Investitionen fördern

Die neuen Bundesländer sind ein lohnender Standort für Investoren. Sie liegen im Herzen Europas und haben damit die große Chance, eine Brücken- und Drehscheibenfunktion zwischen West und Ost zu übernehmen. Dazu bedarf es einer leistungsfähigen Wirtschaft und einer modernen Infrastruktur. Investitionen in die neuen Bundesländer sind Zukunftsinvestitionen.

Für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Ländern kommt es jetzt entscheidend darauf an, die Investitionstätigkeit zu stärken. Öffentliche und private Investitionen haben eine Schlüsselrolle für die dringend nötige Modernisierung der Wirtschaft und damit auch für die Schaffung rentabler und sicherer Arbeitsplätze.

- Angesichts des hohen Investitionsbedarfs in Wirtschaft und Infrastruktur der neuen Bundesländer ist die Fortsetzung und Verstetigung der Investitionsförderung für die nächsten Jahre unverzichtbar. In die Investitionsförderung sollen auch Aufwendungen für Lizenzgebühren einbezogen werden.

- Die Erfahrung hat gezeigt, daß die große Zahl der bestehenden Förderprogramme für viele Investoren - insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe - wenig durchschaubar ist. Um die Wirksamkeit der Fördermaßnahmen zu erhöhen, muß eine Konzentration auf wenige Instrumente erfolgen.

- Um die Wirkungsbreite der Investitionszulage deutlich zu vergrößern, soll diese Zulage für mittelständische Investoren aus den neuen Bundesländern - sofern sie auf die gleichzeitige Inanspruchnahme der Sonderabschreibungen verzichten - befristet aufgestockt werden.

- Um breiten Bevölkerungsschichten auch in den neuen Bundesländern eine Beteiligung am Produktivkapital zu ermöglichen, fordern wir die Tarifvertragsparteien auf, die vom Gesetzgeber angebotenen Möglichkeiten umfassend auszuschöpfen und eigene vermögenspolitische Initiativen zu ergreifen. Wir setzen uns dafür ein, daß die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Bildung von Produktivvermögen fortentwickelt werden. Insbesondere wollen wir für eine Übergangszeit Ausnahmeregelungen für den Anlegerschutz vorsehen.

11. Investitionshemmnisse abbauen

Zur Verstärkung der Investitionstätigkeit müssen in erster Linie noch bestehende Investitionshemmnisse beseitigt werden. Es hat sich gezeigt, daß die im Westen Deutschlands in Jahrzehnten gewachsene ausdifferenzierte Struktur der Rechts- und Verwaltungsvorschriften den schwierigen Bedingungen des Aufbaus im Osten nicht gerecht wird und Politik, Verwaltung und Wirtschaft dort überfordert. Es sind deshalb vereinfachte Rechts- und Verfahrensvorschriften erforderlich.

- Im Planungs-, Bau- und Genehmigungsrecht benötigen wir verkürzte und vereinfachte Verfahren. Von Genehmigungspflichten und Auflagen für städtebauliche, verkehrs- und umweltrechtliche Maßnahmen ist immer dann abzusehen, wenn der dadurch erzielte Zeitgewinn höher zu bewerten ist, als der mit der Vorschrift angestrebte Nutzen. Die Überprüfbarkeit von Bebauungsplänen im Rahmen von Normenkontrollverfahren ist für fünf Jahre auszusetzen.

● Die Klärung von offenen Eigentums- und Vermögensfragen in den neuen Bundesländern muß schneller als bisher erfolgen. Mit der Reform des Vermögensgesetzes ist es gelungen, bestehende Investitionshemmnisse abzubauen. Zur weiteren Beschleunigung der Klärung offener Vermögensfragen fordert die CDU eine rasche Bereinigung des Sachenrechts, Vereinfachungen im Grundbuchverfahren, die Möglichkeit, unvermessene Grundstücke in Innenstädten beleihen zu können, sowie eine Verkürzung und Straffung des Verwaltungsgerichtsschutzes. Wir setzen uns dafür ein, daß ein Entschädigungsgesetz rasch verabschiedet wird, um noch bestehende Rechtsunsicherheiten gerade auch für Investoren zu beseitigen.

● Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen darf nicht an ökologischen Altlasten scheitern. Notwendig ist daher eine Regelung, durch die die Kosten der Altlasten-Sanierung auf Treuhandanstalt, jeweiliges Bundesland und Erwerber umgelegt werden; dabei ist der Investor weitgehend finanziell zu entlasten.

● Positive Erfahrungen mit Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung in Ostdeutschland sollen in ganz Deutschland umgesetzt werden.

12. **Öffentliche Verwaltung stärken**

Die öffentlichen Verwaltungen in den neuen Ländern müssen so schnell wie möglich in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben in vollem Umfang und zügig zu erfüllen. Sie müssen vor allem alle Möglichkeiten ausschöpfen können, die ihnen eine Vereinfachung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften bieten.

● Die Verwaltungen in den neuen Ländern werden auch dann auf umfangreiche personelle Unterstützung durch westdeutsche Beamte angewiesen bleiben, wenn Verfahren beschleunigt und Rechtsvorschriften vereinfacht worden sind. Insbesondere bei den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen und bei den Grundbuchämtern sind personelle Verstärkungen durch die Verwaltungen in den westlichen Bundesländern weiterhin dringend erforderlich. Es müssen alle Möglichkeiten der Personalhilfe fortgeführt und verstärkt werden. Im Rahmen von Partnerschaften zwischen ost- und westdeutschen Ländern und Kommunen ist verstärkt von der Möglichkeit der Verwaltungshilfe Gebrauch zu machen, indem westdeutsche Verwaltungen für eine Übergangszeit einen Teil der Aufgaben ihrer Partner übernehmen.

● Beim weiteren Aufbau der Verwaltungen in Ostdeutschland ist ständig zu prüfen, ob bisher öffentlich wahrgenommene Aufgaben ganz oder teilweise auf private Anbieter übertragen werden können. Dafür in Frage kämen Aufgaben der Ver- und Entsorgung, des öffentlichen Personennahverkehrs, der Planung und Erschließung von Gewerbeflächen oder auch bei der Vorbereitung von Entscheidungen über offene Vermögensfragen.

13. **Infrastruktur ausbauen**

Der Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur ist unabdingbare Voraussetzung für private Investitionen, einen selbsttragenden Wirtschaftsaufschwung und für verbesserte Beschäftigungs- und Wachstumsbedingungen. Deshalb sind die Anstrengungen der neuen Bundesländer beim weiteren Aus- und Aufbau ihrer Infrastruktur intensiv zu unterstützen. Durch Umschichtungen der Bundesmittel sind die Aufwendungen zugunsten der Infrastruktur in den neuen Bundesländern zu verstärken.

Die Treuhandanstalt ist in die Lage zu versetzen, Grundstücke und Immobilien zur Förderung des Mittelstandes an regionale Gesellschaften, Landkreise und Kommunen zu günstigen Konditionen zu übergeben.

Mit der Abgabe nicht mehr für Bundeszwecke benötigter Liegenschaften trägt der Bund wesentlich zur Verbesserung der Infrastruktur von Ländern und Kommunen bei. Das Verbilligungskonzept des Bundes, wonach solche Grundstücke für bestimmte Aufgaben mit erheblichen Preisnachlässen veräußert werden können, hat sich bewährt.

14. **Wohnungen sanieren und bauen**

Der Aufschwung Ost wird in starkem Umfang durch die Bauwirtschaft getragen, wobei die Wohnungsinvestitionen, die bisher noch zu niedrig sind, weiter zunehmen müssen. Wohnungsinvestitionen kommen im besonderen Maß der heimischen Wirtschaft zugute. Voraussetzungen für mehr Wohnungsinvestitionen in den neuen Bundesländern sind insbesondere der schnellere Vollzug des Vermögenszuordnungsgesetzes und die vorrangige Entscheidung der Eigentumsfragen, wenn Bauinvestitionen beabsichtigt sind.

- Die Privatisierung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbestandes muß dringend vorangebracht werden. Auch die Treuhandanstalt ist aufgefordert, die ihr unterstellten Wohnungen und Liegenschaften beschleunigt zu privatisieren.

- Die Altschulden sind zentrales Hindernis für mehr Investitionen in der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft. Deshalb muß möglichst rasch eine Lösung der Altschuldenproblematik im Einvernehmen mit den Ländern gefunden werden. Die CDU spricht sich dafür aus, unverzüglich eine Regelung der Altschuldenproblematik zu treffen, die es der Wohnungswirtschaft ermöglicht, vordringliche Modernisierungen sofort vornehmen zu können. Die Privatisierung von Wohnungen kann einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung der Altschulden leisten. Die Entlastung von Schulden sind mit Privatisierungsauflagen zu verbinden.

- Mit der Privatisierung von Wohnungen wird ein wichtiger Beitrag zur Eigentumsbildung geleistet. Damit können auch im privaten Wohnungsbau neue Investitionsimpulse gesetzt werden. Vor allem für Haushalte mit niedrigem Einkommen muß die Möglichkeit des Eigentumserwerbs verbessert werden. Deshalb sprechen wir uns für die Aufstockung des Förderrahmens im sozialen Wohnungsbau und deren Zweckbindung für eigentumsbildende Maßnahmen aus. Darüber hinaus muß geprüft werden, ob der Kreditrahmen des Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramms der Kreditanstalt für Wiederaufbau noch einmal erweitert werden kann.

- Im Bereich des Bodenmarktes brauchen wir eine raschere Mobilisierung von Grundstücken, vor allem aus dem Bestand der öffentlichen Hand. Der praktische Verwertungsstop bei Liegenschaften der Westgruppe der ehemaligen sowjetischen Truppen ist durch rasche Verhandlungsregelungen über eine Entschädigung der Vermögenswerte zu überwinden. Die Kommunen sind aufgefordert, neben Gewerbeflächen verstärkt Wohnbauland auszuweisen. Fehlende städtebauliche Konzepte sind rasch zu entwickeln und zu beschließen. Zugleich sind die Planungshilfen für die Kommunen in den neuen Ländern zur schnelleren Bereitstellung von Wohngebieten und Einzelgrundstücken zu verstärken.

15. **Ausgewogene Wirtschaftsstruktur schaffen**

Eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur sowohl mit größeren industriellen Unternehmen als auch mit mittelständischen Betrieben bildet die Existenzgrundlage für die Bürger in den neuen Ländern. Deshalb kommt es gleichermaßen auf die Erhaltung sanierungsfähiger Unternehmen und den Aufbau eines gesunden Mittelstandes an. Umfangreiche Maßnahmen des Bundes fördern die privaten Investitionen in den

neuen Bundesländern. Die Kapitalbasis der Investoren aus den neuen Bundesländern ist jedoch zumeist schmal. Damit sind diese mittelständischen Unternehmen besonders krisenanfällig.

- Um günstige steuerliche Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu gewährleisten, sollen die bestehenden unternehmensbezogenen steuerlichen Präferenzen befristet verlängert werden.

- Zur Erhaltung wichtiger industrieller Bereiche müssen die Maßnahmen zur Förderung privater Investitionen und der Infrastruktur unvermindert fortgesetzt werden. Die Treuhandanstalt soll ihren konsequenten Privatisierungskurs beibehalten und durch innovative Privatisierungsformen weiterentwickeln. Sie soll die Sanierungsanstrengungen bei sanierungsfähigen, aber noch nicht unmittelbar privatisierbaren Unternehmen für die Sicherung einer breit gefächerten industriellen Basis in den neuen Bundesländern verstärken.

- Zum Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes können gezielte Maßnahmen zur Förderung der Investitionstätigkeit und zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung vor allem bei Existenzgründungen beitragen. Durch Konzentration der bisherigen Investitionsförderung sind entsprechende Maßnahmen zu ermöglichen.

- Ostdeutsche Existenzgründer, die schlüssige Unternehmenskonzepte vorweisen, dürfen nicht daran scheitern, daß sie keine ausreichenden Kredite aufnehmen können, weil sie die banküblichen Sicherheiten nicht bieten können. Die bereits vorhandenen Instrumente, wie z. B. Bürgschaftsbanken, müssen verbessert und breit angeboten werden.

- Um beim Erwerb von Grundstücken und Betrieben den Kapitaleinsatz für ostdeutsche Unternehmen zu vermindern, sollten verstärkt Mietkauf, Mietpacht und Kaufpreisstundungen als Instrumente eingesetzt werden.

- Nach dem weitgehenden Zusammenbruch der traditionellen Absatzmärkte ostdeutscher Unternehmen muß jetzt alles daran gesetzt werden, diesen Unternehmen neue Märkte in Westeuropa zu erschließen. Dies setzt voraus, daß ostdeutsche Unternehmen ihre Produkte und Produktionsverfahren für westliche Märkte wettbewerbsfähig machen und die dafür notwendige Phase der Umstellung bewältigen können. Dafür muß die Treuhandanstalt die Voraussetzungen schaffen. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollen für eine Übergangszeit Präferenzregelungen für ostdeutsche Anbieter gelten.

- Damit der Handel zwischen Deutschland und den osteuropäischen Ländern langfristig wieder belebt werden kann, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die noch vorhandenen Wirtschaftsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Dazu können auch zeitlich auseinanderfallende Gegenwarengeschäfte einen wichtigen Beitrag leisten. In diesem Zusammenhang befürworten wir deutsche Beteiligungen an der Energie- und Rohstofförderung in Osteuropa, die diesen Ländern die notwendigen Deviseneinnahmen für internationale Handelsbeziehungen verschaffen.

Beschluß Nr. A120

Die CDU Deutschlands dankt dem Bundeskanzler für seine Initiativen, die entscheidend waren für die positiven Ergebnisse des EG-Gipfels von Birmingham.

1. Nach Wochen der Unsicherheit bedeutet dies ein klares Signal des Vertrauens und des Zusammenhalts in der EG. Auf dieser Grundlage kann die Ratifizierung des Maastricht-Vertrages in seiner ausgehandelten Fassung, der schon mehrere Mitgliedsstaaten durch ihre Parlamente bzw. in Referenden zugestimmt haben, zum Abschluß gebracht werden.

2. Die Birmingham-Erklärung und die damit verbundenen Klarstellungen, sowie die Ziele für Edinburgh werden die Wiederaufnahme des Ratifizierungsverfahrens in Dänemark erleichtern.

3. Die Sorgen der Bürger wegen eines Zentralismus und des demokratischen Defizits der EG müssen ebenso ernst genommen werden wie die Ängste um den Verlust der nationalen Identität.

4. Die CDU begrüßt es deshalb, daß das Europäische Parlament und die EG-Kommission am 14.10.1992 sowie der Europäische Rat am 16.10.1992 wichtige Klarstellungen zu diesen Themen zum Ausdruck gebracht haben:

a) Das Subsidiaritätsprinzip, das in Maastricht-Vertrag verankert ist, ist ein wichtiges Instrument, um Fehlentwicklungen zu korrigieren, Zentralismus zu verhindern und den Föderalismus als entscheidendes Strukturprinzip in Deutschland zu sichern und in EG durchzusetzen. Das Gleichgewicht von Kommunen, Regionen, Nationalstaaten und EG kann auf diese Weise gewährleistet werden. Die Absicht vom Europäischen Parlament, Rat und Kommission, eine interinstutionelle Vereinbarung über diesen Grundsatz auszuarbeiten, die die drei Organe verpflichtet und sich sowohl auf den Gehalt dieses Begriffs als auch auf die Verfahren zu seiner Anwendung erstreckt, sollte bis zum Gipfel in Edinburgh im Dezember umgesetzt werden. Die Kommission muß jährlich dem Rat und dem EP einen Bericht über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips vorlegen.

b) Die nationale Identität wird auch in Zukunft ihren großen Stellenwert behalten. Jeder Bürger ist Europäer und gleichermaßen seiner heimatlichen Region und seiner Nation verbunden.

c) Das demokratische Defizit der EG muß durch den weiteren Ausbau der Rechte des EP beseitigt werden. Die nationalen Parlamente müssen von ihren Regierungen stärker an der Gestaltung der EG-Politik beteiligt werden.

5. Der Vertrag von Maastricht hat durch den Regionalausschuß (Beteiligung der Regionen und Kommunen), bei den Rechten des Europäischen Parlaments (Mitentscheidungsrecht bei einem Teil der Gesetzgebung, Recht auf Einsetzen von Untersuchungsausschüssen, verbindliches Recht, die Einsetzung der Kommission abzulehnen), durch das Sozialprotokoll, durch die Einführung einer europäischen Staatsbürgerschaft, durch die neuen gemeinsamen Zuständigkeiten in der Rechts- und Innenpolitik (z.B. Asylpolitik, Europol) und durch die Handlungsfähigkeit im Rahmen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wesentliche Fortschritte erbracht. Der Ausbau dieser Instrumente für mehr Bürgernähe und für Handlungsfähigkeit muß spätestens durch die für 1996 vorgesehen Regierungskonferenz erfolgen. Es ist zu prüfen, ob diese Regierungskonferenz nicht schon früher beginnen kann. Bei dieser

Gelegenheit müssen aus Gründen der Transparenz und der demokratischen Verantwortlichkeit Politikbereiche, die intergouvermental geregelt werden, in den Gemeinschaftsrahmen überführt werden.

6. Das Delors-II-Paket muß auch die anderen EG-Staaten verstärkt in die finanzielle Verantwortung für die Entwicklung Mittel- und Osteuropas einbeziehen, weil die Lasten nicht mehr in dieser unverhältnismäßigen Weise von Deutschland getragen werden können.

7. Die Turbulenzen auf dem Devisenmarkt der letzten Wochen haben das Konzept des Vertrages von Maastricht für die Wirtschafts- und Währungsunion eindrucksvoll bestätigt. Ein funktionsfähiger einheitlicher Währungsraum kann nur durch gleichgerichtete wirtschaftspolitische Anstrengungen, insbesondere über eine entschlossene Stabilitätspolitik jedes einzelnen Mitgliedslandes erreicht werden. Der Vertrag von Maastricht formuliert klare Stabilitätskriterien für den Eintritt in die Währungsunion, die von allen teilnehmenden Staaten eingehalten werden müssen.

Beschluß Nr. G15

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Programm zum Auf- und Ausbau freier Träger der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern in den Jahren 1993 und 1994 fortzuführen.

Beschluß Nr. H2

Agrarpolitik

National stehen wir vor der Herausforderung, die Umstrukturierung in eine auch in Zukunft leistungsfähige Landwirtschaft im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft zu sichern. Im europäischen Binnenmarkt kommt es entscheidend darauf an, daß die landwirtschaftlichen Unternehmen in den alten und in den neuen Bundesländern einen soliden Grundstein für wirtschaftlichen Erfolg legen. Dazu muß die Politik die Rahmendaten setzen.

Diese für sich besehen bereits schwierigen Anpassungen vollziehen sich in einer Zeit, in der die Europäische Gemeinschaft vor einer erneuten Erweiterung um mehrere Staaten steht. Gleichzeitig suchen die ehemals kommunistischen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas die Annäherung an die EG. Zur Bewältigung der tiefen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen sind sie auf eine kooperative Zusammenarbeit mit der EG angewiesen. Diese Anpassungsprozesse betreffen nicht nur die Landwirtschaft, sondern alle Wirtschaftsbereiche.

Die CDU erwartet, daß von allen beitretenden Staaten akzeptiert wird, daß die EG im Agrarsektor bei vielen Produkten mehr erzeugt als verbraucht und die Landwirtschaft in diesen Bereichen schmerzhafte Anpassungsprozesse vollziehen muß. Beitretende Länder und andere Handelspartner der EG müssen zur Marktstabilisierung bereit sein und dürfen die bereits erbrachten Leistungen der Landwirtschaft nicht mit einer überzogenen Produktion, niedrigen Produktionsstandards und einem unbegrenzten Exportwachstum unterlaufen.

Die EG-Agrarpolitik konnte in den letzten Jahren immer weniger ihren ursprünglich gesetzten Handlungszielen nachkommen. Die anhaltende Überschußproduktion bei allen wichtigen Agrarprodukten mit wachsenden Lagerbeständen, steigenden Marktordnungskosten und einem zunehmenden Druck auf die landwirtschaftlichen Ein-

kommen waren nicht weiter tragbar. Es war schließlich auch nicht mehr tragbar, daß die Erzeugerpreise aufgrund des Marktdruckes Jahr für Jahr zurückgegangen sind, ohne daß hierfür ein Ausgleich gezahlt worden wäre. Die aufgrund der EG-Überschußsituation notwendige hohe Exportsubventionierung hatte in zunehmendem Maße auch die Kritik der Welthandelspartner hervorgerufen. Darum war es unbedingt erforderlich, mengenbegrenzende Maßnahmen umzusetzen. Außerdem ist es richtig, der Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen bei der weiteren Entwicklung der Agrarpolitik eine große Bedeutung beizumessen.

Die im Frühjahr 1992 beschlossene Agrarreform setzt konsequent die bereits 1983 eingeleitete Neuorientierung der Agrarpolitik fort. Sie ist ein weiterer Schritt, um durch gemeinsame Maßnahmen aller EG-Mitgliedsländer die teure Überschußproduktion zu verringern und durch Ausgleichsleistungen trotz Preissenkungen der Landwirtschaft Perspektiven zu eröffnen. Deswegen müssen die Ausgleichszahlungen auf Dauer gesichert werden. Nur so kann die Landwirtschaft angemessene Einkommen erwirschaften. Es bleibt dennoch die Aufgabe auf dem Hintergrund praktischer Erfahrungen zu überprüfen, ob die agrarpolitischen Ziele der CDU mit den Entscheidungen der Reform erreichbar sind.

Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu stärken, fordert die CDU, daß die wettbewerblichen Rahmenbedingungen in der Europäischen Gemeinschaft überprüft und Verzerrungen abgebaut werden. Die Bindung der tierischen Produktion an die Fläche muß überall in der Gemeinschaft durchgesetzt werden.

Im gemeinsamen Markt muß den einzelnen Mitgliedstaaten der notwendige Spielraum für eigenständige Regelungen erhalten bleiben. Die EG-Agrarstrukturpolitik muß den regionalen Besonderheiten Rechnung tragen. Dazu muß die Verantwortung bei der politischen Ebene liegen, die mit den Problemen vertraut ist. Die CDU fordert daher einen größeren nationalen Spielraum für die Mitgliedstaaten. Die eigenständige Entwicklungsmöglichkeit der Regionen darf nicht durch schematisierte, zu enge Förderkriterien oder zu enge Auslegung bestehender Kriterien behindert werden. Die Zuständigkeiten und die Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedstaaten in diesem Bereich muß gewahrt bleiben.

Im europäischen Binnenmarkt kommt dem Verbraucherschutz eine besondere Bedeutung zu. Der künftige europäische Lebensmittelmarkt soll im Interesse der Verbraucher eine Versorgung auf hohem Qualitätsniveau gewährleisten. Wir wollen erreichen, daß von allen EG-Mitgliedstaaten und allen Drittlands-Importeuren Mindeststandards, die ein hohes Qualitätsniveau der landwirtschaftlichen Erzeugung garantieren, festgelegt und eingehalten werden."

Beschluß Nr. H3

Der 3. Parteitag begrüßt die umfangreichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Information über Europa und beauftragt die Bundespartei, die von ihr eingeleitete Informationskampagne „Wir machen uns stark für Europa" zu intensivieren. Der Parteitag fordert alle Gliederungen der CDU auf, europapolitischen Themen und Aktionen einen hohen Stellenwert einzuräumen.

Beschluß Nr. H6

Die globale Herausforderung – Perspektiven der europäischen Entwicklungspolitik

Präambel

1) Mit dem Zerfall des kommunistischen Systems und der fortschreitenden Einigung Europas stehen die Europäer vor einer neuen, globalen Herausforderung: sie dürfen sich nicht in eine „Festung Europa" zurückziehen, sondern müssen sich entwicklungspolitisch ihrer weltweiten Verantwortung stellen.

Die neuen Aufgaben dürfen nicht unbesehen Brüssel übertragen werden. Vielmehr gilt in der europäischen Entwicklungspolitik aus christdemokratischer Sicht das Prinzip der „doppelten Subsidiarität". Erstens: Die Europäische Gemeinschaft darf nur das in die Hand nehmen, was die Mitgliedsländer nicht selbst regeln können. Europa ist also vor allem dann gefragt, wenn es darum geht, das gemeinsame Gewicht der Gemeinschaft mit ihren 342 Millionen Bürgern in die Waagschale zu werfen. Zweitens: Der Staat darf - auf nationaler oder europäischer Ebene nur die Aufgaben an sich ziehen, die durch private Initiative nicht erfüllt werden können. Die CDU ist für Hilfe zur Selbsthilfe und räumt deshalb Nichtregierungsorganisationen und der Schaffung marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen einen hohen Stellenwert ein.

2) Die CDU begrüßt die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes zum 31. Dezember 1992. Zugleich tritt sie dafür ein, daß die Solidarität mit den Armen zu einem Markenzeichen der Gemeinschaft wird. Wir treten ein für eine Ethik des gemeinsamen Überlebens auf der Erde und die Bewahrung der Schöpfung.

3) Die CDU unterstützt die Reform der Europäischen Gemeinschaft auf der Grundlage des Vertrags von Maastricht auch aus entwicklungspolitischen Gründen. Dieser Vertrag bildet eine nützliche Zwischenstufe auf dem Weg zur europäischen Einheit. Er bietet die Chance, europäische Entwicklungspolitik aus einem Guß zu konzipieren und der neuen Verantwortung Europas für das friedliche Überleben der Menschheit nach dem Ende des kalten Krieges Rechnung zu tragen.

Nach dem Prinzip der Subsidiarität ist es auch in Zukunft vielfach möglich, europäisch zu denken und national zu handeln. Mit der Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen der EG sollten nach Möglichkeit nationale Institutionen und Nichtregierungsorganisationen betraut werden.

4) Die CDU verlangt die Beseitigung des demokratischen Defizits im Bereich der europäischen Entwicklungszusammenarbeit. In Zukunft muß das Europa-Parlament bei der Festsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien ein volles Mitentscheidungsrecht erhalten. Die im Maastrichter Vertrag eingeräumte Mitwirkung genügt nicht.

Die zentrale Forderung besteht darin, den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) zugunsten der AKP-Länder nicht länger aus den nationalen Etats zu finanzieren, sondern die Finanzmittel in den Gemeinschaftshaushalt einzubringen.

Außerdem sollte das Europäische Parlament einmal im Jahr eine Konferenz mit den privaten Hilfsorganisationen durchführen, um die Europapolitik möglichst bürger- und praxisnah zu gestalten.

5) In Zukunft müßte die Europäische Gemeinschaft die Vergabekriterien für die Entwicklungspolitik koordinieren. Diese Kriterien sind Grundlage einer gemeinsamen

Aktion, in der wirtschaftlicher Beistand (ausgenommen humanitäre Hilfe) im Falle diktatorischer Herrschaft, unverhältnismäßiger Rüstung und Verletzung von Menschenrechten verringert oder ganz ausgesetzt wird. In der Praxis sind jedoch die Fälle weitaus häufiger, in denen die Europäische Gemeinschaft zur Erhöhung der Lebenschance junger Demokratien stärker beitragen muß als bisher. Deshalb führt an der kontinuierlichen Erhöhung des EG-Entwicklungshilfeetats bis zum Jahr 2000 kein Weg vorbei. Die Europäische Gemeinschaft sprichtin Zukunft bei internationalen Organisationen mit einer Stimme. Bei der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds muß die EG durchsetzen, daß die Programme sozial abgefedert werden und die Ärmsten der Armen nicht zum Opfer der Sanierungsprogramme werden. In den Empfängerländern muß die Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten der EG zielstrebig verbessert werden, um zu verhindern, daß sie gegeneinander ausgespielt werden.

6) Die CDU fordert, daß die Hilfen für die Entwicklungsländer durch das stärkere Engagement in Mittel- und Osteuropa keine Einbußen erleiden. Die neue Ost-West-Kooperation sollte zum Aufbau einer weltweiten Partnerschaft zur Bekämpfung von Hunger und Armut, zur Bewältigung der globalen Umweltprobleme und zum Aufbau einer neuen Weltfriedensordnung genutzt werden. Die Bundesregierung wird ermutigt, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine Lastenteilung zur Unterstützung der Staaten in Mittel- und Osteuropa einzufordern. Ein globales entwicklungspolitisches Konzept der Europäischen Gemeinschaft enthält insofern eine Entlastungskomponente für Deutschland.

7) Die Abschaffung der Grenzen innerhalb der Gemeinschaft und die Vollendung des Binnenmarktes macht eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik der EG unausweichlich. Dabei wäre eine reine Defensiv-Strategie zur Abschottung der „Festung Europa" gegen den Flüchtlingsstrom zum Scheitern verurteilt. Die gezielte Bekämpfung der Fluchtursachen - vor allem Mißachtung der Menschenrechte, Armut, Krieg und Umweltkatastrophen - erfordert vermehrte Anstrengungen der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedsstaaten.

8) Die CDU begrüßt den Einstieg der Europäischen Gemeinschaft in die Agrarreform, doch sie verlangt eine konsequente Durchführung, nicht zuletzt im Hinblick auf faire Handelschancen für den Süden (GATT). Wir müssen den Entwicklungsländern faire Handelsbedingungen einräumen, damit sie aus eigener Kraft ihr wirtschaftliches Potential ausschöpfen können. Die Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft sollte nicht aus Überschüssen, sondern möglichst aus dem regionalen Markt stammen.

9) Der Europäischen Gemeinschaft kommt eine entscheidende Koordinierungsaufgabe zu, um politische Auswege aus der Schuldenfalle zu suchen, in der viele Entwicklungsländer stecken. Dabei ist es unerläßlich, auch die Banken stärker in die Pflicht zu nehmen, um auch im privaten Finanzsektor den Schuldenerlaß voranzubringen.

10) Die Europäische Gemeinschaft muß - wie in Rio vereinbart - mit gebündelter Kraft ökologisch verträgliche Technologien vorantreiben, die wir auch dem Süden anbieten können. Bei der Bekämpfung der globalen Umweltgefahren muß die Europäische Gemeinschaft mit gutem Beispiel vorangehen. Die CDU befürwortet steuerliche Anreize zur umweltverträglichen Gestaltung des Binnenmarktes. Insbesondere geht es darum, klimagefährdende Kohlendioxid-Emissionen einzudämmen. Dies kann zur Sicherung des Industriestandortes Deutschland nur europaweit verwirklicht werden.

Für alle Entwicklungsprojekte der Gemeinschaft muß eine Umweltverträglichkeitsprüfung eingeführt werden.

11) Im europäischen Binnenmarkt müssen gemeinsame Regeln für die Rüstungskontrolle und die Beschränkung bei der Ausfuhr von militärisch nutzbaren Zivilgütern entwickelt werden. Künftige EG-Regeln sind als gemeinsamer Sockel zu gestalten, auf dem strengere nationale Bestimmungen aufgebaut werden können. Die CDU unterstützt die Forderung des Europäischen Parlaments, die Ausnahmeklausel aus dem EWG-Vertrag zu streichen, die den Handel mit militärischen Gütern in der Schutzzone nationaler Kompetenz beläßt.

Beschluß Nr. H7

Die Bundesregierung wird gebeten, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die von der EG-Kommission beabsichtigte Beschränkung von Bananen-Importen aus Dritt-Ländern und die gleichzeitige Protektion des Fruchtimports aus EG-Ländern und angeschlossener Übersee-Gebiete zu verhindern.

Beschluß Nr. H9

Jugend in Europa

Grundlage für ein vereintes Deutschland wie ein vereintes Europa ist eine vereinte Jugend. Nachdrücklich unterstützt die CDU deshalb auch weiterhin Schüler- und Jugendaustauschprojekte in Europa. In den jungen Bundesländern besteht hierin noch ein großer Nachholbedarf. In einer verstärkten Förderung von Schüler- und Jugendaustauschprojekten in den jungen Bundesländern sieht die CDU auch einen Beitrag, der Angst vor Überfremdung entgegenzuwirken.

Beschluß Nr. H17

Die Bundesregierung wird gebeten, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um zu verhindern, daß die havarierten Kernkraftwerke auf dem Gebiet der GUS angefahren werden. Zugleich müssen Verhandlungen mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR und den übrigen Staaten des ehemaligen Ostblocks aufgenommen werden mit dem Ziel, schnellstens die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen, damit ein die gesamte Welt bedrohender Kernkraftunfall vermieden wird. Zugleich sollte geprüft werden, ob von der Bundesrepublik Deutschland bzw. der EG die erforderliche Hilfe geleistet werden kann.

Beschluß Nr. H18

Neue Chancen der Partnerschaft mit der Türkei

I. Die Beziehungen Deutschlands zur Türkei sind für uns von hohem Stellenwert:

– Deutschland und die Türkei sind durch jahrzehntelange freundschaftliche Beziehungen verbunden. Fast zwei Millionen Türken wohnen in Deutschland. Sie leisten dabei einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand auch unseres Landes und fördern die menschliche Verbundenheit unserer beiden Völker. Deutschland ist der größte Handelspartner und Entwicklungshilfegeber der Türkei und trägt wesentlich zur Verteidigungsfähigkeit dieses NATO-Partners bei.

- In den Jahrzehnten des Kalten Krieges hat die Türkei als unser Partner in der NATO unbeirrt und verläßlich für gemeinsame Sicherheit mit eingestanden. Auch im Golfkrieg hat sich die Türkei trotz hoher eigener wirtschaftlicher Belastungen auf die Seite der westlichen Allianz gestellt. Der Golfkrieg hat ferner gezeigt, daß die Türkei nach Ende des Ost-West-Konfliktes von eher noch größerer politischer und geostrategischer Bedeutung für Europa ist, und daß sie heute eine wichtige Brückenfunktion zur islamischen Welt erfüllt.

- Die Türkei steht vor der Notwendigkeit einer außenpolitischen Neuorientierung angesichts grundsätzlich veränderter politischer und geostrategischer Konstellation. Sie ist entschlossen, in der Schwarzmeerregion, in Zentralasien und im Nahen Osten neue Aufgaben zu übernehmen und eine regionale Führungsrolle anzustreben. Die Türkei wirkt in einer unruhigen Region als Faktor der Stabilität. Dies liegt auch in unserem Interesse.

- Der von der Türkei initiierte Schwarzmeer-Kooperationsrat leistet einen wichtigen Beitrag zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der gesamten Region. Um die Erwartungen, die an sie gestellt werden, zu erfüllen, bedarf die Türkei der verstärkten Zusammenarbeit mit Europa. Eine enge politische und wirtschaftliche Bindung der Türkei zu Europa und zum Atlantischen Bündnis sind daher Handlungsvoraussetzung für unsere türkischen Partner. Die Freundschaft mit Deutschland bleibt ein wichtiges Bindeglied.

- Die Türkei hat weitreichende wirtschaftliche Reformen durchgeführt und sich einem Programm der wirtschaftlichen Liberalisierung verpflichtet. Damit hat die Türkei als laizistischer Staat mit muslimischer Bevölkerung Modellcharakter insbesondere für die neuen zentralasiatischen Republiken. Die Türkei ist damit ein prädestinierter Partner, wenn es darum geht, diesen zentralasiatischen Republiken Hilfestellung beim Aufbau von demokratischen und pluralistischen Systemen zu leisten. Wirtschaftliche Prosperität ist hierfür eine entscheidende Voraussetzung.

- Der Einfluß der Türkei auf den Nahen und Mittleren Osten wächst weiter. Die CDU gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Türkei ihre Chance nutzt, einen konstruktiven Beitrag für den Aufbau dauerhafter friedlicher Strukturen im Nahen Osten zu leisten. Dazu gehört auch eine befriedigende Lösung des Wasser-Problems in der Region.

- Wir drücken die Erwartung aus, daß die Gespräche und Verhandlungen zwischen der Türkei und Griechenland sowie allen Beteiligten über eine Lösung des Zypern-Problems bald zu einem befriedigenen Abschluß kommen.

II. Die CDU begrüßt, daß sich die aus den letzten Parlamentswahlen vom 20. Oktober 1991 hervorgegangene Regierung verstärkt auf ein umfassendes Demokratisierungs- und Liberalisierungsprogramm verpflichtet hat, das insbesondere eine Verfassungsänderung sowie eine umfassende Strafrechtsreform einschließt.

- Wir unterstützen die Anstrengungen, einen demokratischen Rechtsstaat, der sich an europäischen Maßstäben orientiert, aufzubauen. Es muß sichergestellt werden, daß die Türkei in der Frage der Menschenrechte den Bedingungen der von ihr unterzeichneten Europäischen Menschenrechtskonvention (EUMK) gerecht wird. In Zukunft darf es in der Türkei keine Menschenrechtsverletzung mehr geben. Dieses ist die Grundlage einer noch engeren Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Türkei und Europa.

- Die CDU betrachtet die Unterstützung des Reformprozesses als eine wichtige Aufgabe deutscher und europäischer Politik. Wir wissen, daß dieser Reformprozeß in einem schwierigen Umfeld stattfindet. Militärisch ausgetragene Konflikte in unmittelbarer Nachbarschaft der Türkei ebenso wie eigenmächtiges Handeln der Sicherheitskräfte und ein erstarkender islamischer Fundamentalismus belasten den Reformprozeß. Die Kooperation mit den Reformkräften in der Türkei muß daher intensiviert werden.
- Die ungelöste Kurdenfrage bildet ein Sonderproblem. Die Türkei ist aufgerufen, deutliche Schritte zu unternehmen, um den Kurden die Wahrung ihrer Minderheitenrechte zu sichern. Maßnahmen, bei denen die Zivilbevölkerung zu Schaden gelangt, sind zu verurteilen. Terrorismus zur Durchsetzung von Minderheitenrechten lehnt die CDU entschieden ab.

III. Es ist zu begrüßen, daß der Gesprächsfaden zwischen Deutschland und der Türkei wieder fester geworden ist. Die Kooperation muß sich jetzt vor allem aber auch im Praktischen bewähren.

- Nach ausdrücklicher Zusicherung der türkischen Regierung, deutsche Waffen nur im Rahmen des NATO-Vertrages einzusetzen, konnte die Rüstungskooperation zwischen Deutschland und der Türkei wieder aufgenommen werden. Gleichwohl darf Rüstungskooperation nicht auf Materiallieferungen beschränkt werden. Immer wichtiger werden auch die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch über moderne Methoden der Menschenführung und die Integration der Armee in einen demokratischen Staat.
- Nach dem negativen Bericht der EG-Kommission zu einer türkischen EG-Vollmitgliedschaft gilt es jetzt, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Zusammenarbeit zu stärken. Die Türkei und die EG müssen endlich die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Möglichkeiten des Assoziierungsabkommens bis hin zur Zollunion voll ausgeschöpft werden können. Das IV. Finanzprotokoll der EG mit der Türkei muß wirksam werden.
- Die CDU unterstützt die Vorschläge der britischen EG-Präsidentschaft, die Beziehungen der Europäischen Gmeinschaft zur Türkei durch hochrangige Treffen zu institutionalisieren und eine gemeinsame politische Erklärung zu verabschieden. Die Assoziierung der Türkei an die Westeuropäische Union (WEU) sollte in diesem Zusammenhang ebenfalls weiterverfolgt werden. Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft müssen für eine zukunftsgerichtete Zusammenarbeit mit der Türkei gewonnen werden.
- Die CDU Deutschlands steht für die Entwicklung einer neuen Partnerschaft zwischen Europa und der Türkei. Die traditionellen Bindungen müssen weiter ausgebaut werden und der politische Dialog muß institutionalisiert werden. Für die CDU ist die konstruktive Weiterarbeit an einem freundschaftlichen und vertrauensvollen Verhältnis zwischen den beiden Ländern eine politische Aufgabe von hohem Rang.

Beschluß Nr. H19

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Familien mit mehreren Kindern besser als bisher zu fördern. Dabei soll das duale System der steuerlichen Entlastung und der Kindergeldzahlung wie folgt weiterentwickelt werden:

- Als nächster Schritt ist eine weitere Anhebung des Kindergeldes, insbesondere bei Mehrkinderfamilien, notwendig.

- Das Kindergeld ist so auszugestalten, daß Familien umso stärker gefördert werden, je niedriger ihr Einkommen und je höher die Kinderzahl ist.
- Der Familienlastenausgleich ist zu vereinfachen. Deshalb soll der Kindergeldzuschlag für Bezieher niedriger Einkommen in das Kindergeld einbezogen werden. In höheren Einkommensgruppen ist das Kindergeld zu vermindern.
- Das Existenzminimum von Kindern ist schrittweise durch einen entsprechend hohen Kinderfreibetrag von der Einkommensteuer völlig freizustellen, um Steuergerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen herbeizuführen (entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes).
- Die Familienleistungen sind ständig an die wirtschaftliche Entwicklung anzupassen.

Beschluß Nr. H22

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Die Familie ist einem tiefgreifenden Wandel unterworfen. Die Zahl der Scheidungen wächst, der Anteil der Ein-Kind-Familien nimmt ständig zu, und auch die Zahl der alleinerziehenden Väter und Mütter steigt.

Die Mehrheit der jungen Generation hat den Wunsch, eine Familie mit Kindern zu gründen. Dieser Wunsch wird jedoch heute immer später und immer seltener verwirklicht.

Politik muß Rahmenbedingungen schaffen, damit Väter und Mütter besser als bisher Familienarbeit und Erwerbsarbeit vereinbaren können. Dieses erfordert eine Anerkennung der Familientätigkeit als sozialversicherungsrechtliche Arbeit, die auch entsprechend entlohnt wird, damit Familienarbeit auch eine Alternative zur Erwerbsarbeit wird.

Wichtige Maßnahmen dabei sind zum Beispiel:

- Beurlaubungsmöglichkeiten mit Rückkehrgarantie für Frauen und Männer erweitern
- Möglichkeiten zur beruflichen Kontaktpflege und zur Erhaltung der beruflichen Qualifikation während der Beurlaubung eröffnen
- Verbesserte Schulungs- bzw. Umschulungsangebote vor der Rückkehr in die Erwerbstätigkeit schaffen
- Flexible Teilzeitarbeit auch in qualifizierten Berufen für Frauen und Männer anbieten
- Teilzeitarbeit auch für Männer (z.B. in 2/3-Stellen) attraktiv machen, flexible und familienfreundliche Arbeitszeiten gestalten
- Flexible Einkaufs- und Behördenzeiten einrichten
- Elternhausnahe oder auch betriebsnahe Kindergärten und Horteinrichtungen schaffen
- Rechtsanspruch des Kindes auf einen Kindergartenplatz verwirklichen
- Kindergartenöffnungszeiten flexibler gestalten
- Private Kinderbetreuungsmöglichkeiten (Tagesmüttermodell) fördern
- Ganztägig geöffnete Schulen mit Freizeitangeboten freier Träger sowie unabhängiger Gruppen und Vereine und volle Halbtagsschulen (mit Mittagstisch) ausbauen.

Beschluß Nr. H24

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Zusammenwirken mit allen Verantwortlichen darauf hinzuwirken,

1. daß die weitere Zunahme der Frauenarbeitslosigkeit gestoppt wird:

- durch ein faires Auswahlverfahren bei unverzichtbaren Entlassungen; hier sind die Betriebsrätinnen und Betriebsräte besonders gefordert.
- durch die Sicherstellung gleicher Chancen für Frauen bei der Übernahme von Belegschaftsmitgliedern in privatisierte Unternehmen.
  Die Treuhand hat darauf zu achten, daß nicht gegen Art. 3 GG verstoßen wird.
- durch spezielle Maßnahmen soll von Insolvenz bedrohten Betrieben die Möglichkeit gegeben werden, Frauenarbeitsplätze zu erhalten.
- durch keine weiteren Kürzungen der Mittel für Maßnahmen im Rahmen des AFG zur Haushaltssanierung.
- durch Bereitstellung sozial abgesicherter Teilzeitarbeitsplätze.

2. daß Frauen bei Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen berücksichtigt werden, und in der Berufsberatung über das gesamte Spektrum der Berufe informiert wird. Alte Rollenzuweisungen für Mädchen und Frauen dürfen keinen Platz haben;

3. daß ortsnahe Beratungsstellen umfassend und professionell über alle Möglichkeiten der Qualifizierung, Umschulung und Fortbildung informieren; über Voraussetzungen und Chancen von Existenzgründungen, über eine Berufstätigkeit im Rahmen von AB-Maßnahmen, in Sanierungs- und Beschäftigungsgesellschaften;

4. daß für Frauen im ländlichen Raum besondere Förderkonzepte, z.B. in der Landschaftspflege, im Fremdenverkehr, in der häuslichen Pflege, entwickelt werden, die auf die Region zugeschnitten sind. Dabei muß auch die Erhöhung der Mobilität durch Anpassung des öffentlichen Personennahverkehrs ein wichtiges Ziel sein;

5. daß die Lebens- und Berufserfahrung älterer Frauen genutzt wird durch Förderungs- und Beschäftigungskonzepte, die auf diese Frauen abgestimmt sind. Die stufenweise Einführung der Pflegeversicherung könnte älteren Frauen Arbeitsplätze ermöglichen.

Hilfreich wäre eine konzertierte Aktion der Arbeitgeber, Gewerkschaften und der Arbeitsverwaltung, der Kommunen und Kreise, der freien Träger und der Frauenbeauftragten auf lokaler Ebene.

Beschluß H25

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Bundesministerin für Frauen und Jugend bei der Umsetzung des Auftrags des Artikels 31 des Einigungsvertrages zu unterstützen. Hohe Priorität muß das Gleichberechtigungsgesetz haben. Dessen Eckpunkte müssen sein:

1. Der Grundsatz der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen (Art. 3 GG) muß in der Bundesverwaltung verwirklicht werden. Deshalb muß das Gesetz Vorgaben enthalten, wie unter der Berücksichtigung des verfassungsrechtlichen Vorrangs von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung dieses Ziel durch eine wirkungsvolle Frauenförderung erreicht werden kann. Für die Eignung sind auch soziale Fähigkeiten, wie sie z.B. in der Familienarbeit und in der Kindererziehung erworben wird, zu berücksichtigen.

2. Jede Dienststelle soll jährlich einen Frauenförderplan erarbeiten, in dem Zielvorstellungen über die notwendigen Fördermaßnahmen enthalten sind.

3. Stellenausschreibungen müssen in der Regel geschlechtsneutral und in Vollzeit- und Teilzeitform erfolgen. Das muß auch für Vorgesetzten und Führungsaufgaben gelten.

4. Es müssen die Grundlagen für flexible Arbeitszeiten und für eine Ausweitung der Teilzeitarbeit geschaffen werden. Teilzeitbeschäftigung muß auch in Vorgesetztenfunktionen und bei Führungsaufgaben möglich sein. Das Gesetz muß ein wirkungsvolles Benachteiligungsverbot bei Teilzeit und Beurlaubungen zur Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen enthalten. Teilzeitbeschäftigung darf berufliches Fortkommen nicht beeinträchtigen und sich nicht nachteilig auf die dienstliche Beurteilung auswirken.

5. In jeder Dienststelle mit mehr als 200 Beschäftigten oder mehr als 20 weiblichen Beschäftigten sollen Frauenbeauftragte gesetzlich vorgeschrieben werden. Ihre Position muß so ausgestaltet sein, daß sie etwa in gleicher Weise wie ein Mitglied des Personalrats geschützt sind. Ihnen müssen Rechte übertragen werden, die es ihnen erlauben, bei allen Fragen der Gleichstellung, insbesondere bei Personalangelegenheiten einschließlich der Vorbereitung und Entscheidung über Einstellung, Versetzung, Fortbildung und beruflichen Aufstieg mitzuwirken. Die Frauenbeauftragte muß ein unmittelbares Vortragsrecht bei der Leitung der Dienststelle erhalten.

6. Im Betriebsverfassungsgesetz und im Personalvertretungsgesetz muß die Mitwirkung des Betriebsrats bei einer wirkungsvollen Frauenförderung sowie die Mitwirkung bei Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verankert werden.

7. Das EG-Anpassungsgesetz zum Arbeitsrecht muß geändert werden. Ist streitig, ob die Benachteiligung eines Arbeitnehmers wegen seines Geschlechts erfolgt ist, so trifft den Arbeitgeber die Beweislast dafür, daß nicht auf das Geschlecht bezogene, sachliche Gründe eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen.

8. Ehrenamtliche Arbeit, die vor allem von Frauen in unserer Gesellschaft wahrgenommen wird, muß steuerlich begünstigt werden. Es geht nicht an, daß ehrenamtliche Tätigkeit im Steuerrecht unterschiedlich behandelt wird.

9. Haushaltsführende Männer und Frauen, die ohne eigenen Kranken- und Rentenversicherungsschutz sind, müssen gegen Unfälle im häuslichen Bereich unfallversichert werden.

Beschluß Nr. H26

Die Bundesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß Frauen gleiche Chancen bei Existenzgründungen haben und dazu ermutigt werden, den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen. Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Im Bildungswesen sollten Mädchen verstärkt an zukunftsorientierte Berufe, z.B. in technisch-naturwissenschaftlichen Bereichen, im Handwerk und im Umweltschutz, herangeführt werden sowie über Weiterbildungsmöglichkeiten und über die Wege in eine spätere Selbständigkeit informiert werden. Dabei kommt es vor allem darauf an, Vorurteile abzubauen und Leitbilder aufzuzeigen: Beispiele erfolgreicher Unternehmerinnen könnten hier hilfreich sein.
- Mittelständische Existenzgründungen sind in den neuen Bundesländern zu fördern.

- Informations- und Motivierungskurse sollen den Frauen die Möglichkeiten einer beruflichen Selbständigkeit aufzeigen und zu Klarheit verhelfen, ob ihre Vorstellungen von einer selbständigen Existenz mit ihren Wünschen und ihren privaten Vorstellungen vereinbar sind.
- Der Erfahrungsaustausch zwischen Unternehmerinnen und Existenzgründerinnen muß intensiviert werden – z.B. durch Informationsbörsen und Workshops –, damit Unternehmerinnen bei Existenzgründungen Rat geben und Hilfe leisten können und untereinander Erfahrungen austauschen können.
- Ständige Beratung und Begleitung vor Ort durch Beratungszentren in unterschiedlicher Trägerschaft, z.B. durch Industrie- und Handelskammern, Wohlfahrtsverbände oder dem Verband Deutscher Unternehmerinnen e.V. sind zu initiieren und zu fördern.
- Seminare für Existenzgründerinnen müssen auf die besondere Situation der Frauen zugeschnitten sein. Das gilt für die Vermittlung von Kenntnissen im kaufmännischen Bereich, Buchhaltung, betriebswirtschaftliches und steuerrechtliches Fachwissen. Das gilt auch für Kreditverhandlungen mit Banken, für den Abschluß von gewerblichen Mietverträgen oder die Einschätzung steuerlicher Belastungen.
- Für Frauen, die aus der Arbeitslosigkeit heraus sich selbständig machen wollen, müssen Kreditprogramme entwickelt werden, die ihnen den Start in die Selbständigkeit erleichtern. Dazu sind Darlehen zu einem niedrigen Zinssatz oder mindestens zu einem begünstigten Zinssatz zu ermöglichen.

Beschluß Nr. H27

Gleichberechtigungsgesetz

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen des geplanten Gleichberechtigungsgesetzes auch bestehende Ungleichgewichte zwischen erwerbstätigen und im häuslichen Bereich tätigen Frauen auszugleichen durch

- Regelungen zur Aufwertung des Ehrenamtes, z.B. durch eine Verbesserung der Altersvorsorge,
- Maßnahmen zum Schutz bei Unfällen im häuslichen Bereich.

Beschluß Nr. H34

Das Verständnis zwischen den Generationen fördern – Älteren Menschen mehr Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen

Eine Politik für alte Menschen muß mehr leisten, als Renten zu sichern und im Krankheitsfall eine Absicherung zu bieten.

Alte Menschen sind ein aktiver und wegen ihrer Erfahrung ganz wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Sie sollten ihr Wissen und ihre Erfahrungen verstärkt in die Partnerschaft der Generationen einbringen können. Politik muß alten Menschen Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen und dabei ihre besonderen Interessen berücksichtigen. Wichtig hierzu ist:

- die Lebensarbeitszeit flexibler zu gestalten, damit ältere Menschen auch nach dem 65. und 70. Lebensjahr bei verringerter Wochenstundenzahl beruflich tätig sein können

- vermehrte und vielseitigere Angebote von Weiterbildung, sozialem Engagement oder Sportmöglichkeiten für ältere Menschen schaffen
- Seniorenbeauftragte und Seniorenbeiräte in den Kommunen als Ansprechpartner für alte Menschen unterstützen
- die Hilfe- und Pflegeleistungen für ältere Menschen durch Familienangehörige höher anerkennen
- ein angemessenes Angebot an ambulanten, aber auch an qualitativ hochwertigen stationären Einrichtungen schaffen
- Altenpflegeberufe ideell und materiell aufwerten durch eine Verbesserung der Ausbildung und Vergütung.

Beschluß Nr. H35

Die Bundesregierung hat das ILO-Abkommen gekündigt. Daraus ergeben sich für die Zukunft erweiterte Möglichkeiten für private Arbeitsvermittlung. In der Arbeitsvermittlung brauchen wir eine höhere Effizienz. Wir begrüßen deshalb laufende Modelle, die teils durch die Arbeitsverwaltung selber, teils in Kooperation mit anderen Versuchen, diese Effizienz zu erhöhen.

Beschluß Nr. H41

Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, 1993 ein Bundesgesetz zur Regelung der Rahmenbedingungen für das Freiwillige ökologische Jahr im Bundestag einzubringen und zu verabschieden.

Beschluß Nr. H42

Die Bundesregierung wird aufgefordert, eine gesetzliche Neuregelung des Bauens im Außenbereich in die Wege zu leiten. Dabei sollen folgende Gedanken im Vordergrund stehen:

- Eine Bebauung für Zwecke der Wohnnutzung im Außenbereich ist gegenüber dem jetzigen Rechtszustand zu erleichtern für die Nutzung von bereits vorhandenen Gebäuden im Außenbereich wie auch für die bauliche Verdichtung sogenannter „Splittersiedlungen".
- Aufgegebene, früher landwirtschaftlich genutzte Gebäude müssen einer sinnvollen und substanzerhaltenden Nutzung zugeführt werden können. Dies gilt sowohl für eine verstärkte Wohnnutzung wie für andere Nutzungsänderungen im Gewerbe- und Dienstleistungsbereich.
- Die Entscheidungs- und Verantwortungskompetenz der örtlich zuständigen und betroffenen Stelle, i.d.R. der Kommunen, sollte zu diesem Zwecke erhöht werden, um eine, den jeweiligen örtlichen Verhältnissen angemessene Nutzung verstärkt zu ermöglichen.

Beschluß Nr. H43

Der 3. Parteitag beauftragt die Grundsatzprogrammkommission, bei der Überarbeitung des Grundsatzprogramms auch Aussagen zur grundsätzlichen Neuordnung der gesetzlichen Sozialversicherungssysteme aufzunehmen.

Beschluß Nr. H48

Für eine qualifizierte Altenpflege ist die Novellierung des Krankenpflegeausbildungsgesetzes zur Schaffung eines gemeinsamen staatlichen Ausbildungsganges erforderlich.

Beschluß Nr. H53

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, daß die Leistungen von Landwirten zum Naturschutz und zur Landschaftspflege noch stärker als bisher anerkannt und honoriert werden.

Beschluß Nr. H55

Mit Abscheu nimmt die CDU Deutschlands die Übergriffe auf Asylbewohnerheime in den letzten Monaten zur Kenntnis. Wir fordern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Gewalttäter vorzugehen. Dazu gehört für uns neben der Bekämpfung der sozialen Ursachen der Ausbau der Polizei und des Verfassungsschutzes, vor allem in den fünf neuen Ländern. Wir fordern die SPD und die Grünen auf, jede Gewaltanwendung zu tabuisieren, auch wenn sie für sich in Anspruch nimmt, politisch motiviert zu sein. Für uns steht fest: Gewalt ist kein Mittel der Politik. Wir verurteilen jeden Versuch, zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Situation, vor allem in den fünf neuen Ländern, und den Angriffen auf die Asylbewohnerheime einen entschuldigenden oder rechtfertigenden Zusammenhang herzustellen. Arbeitslosigkeit oder persönliche Orientierungslosigkeit ist kein Grund, anderen Menschen Brandsätze in die Schlafzimmer zu werfen.

Beschluß Nr. H58

Der Bundesparteitag fordert die Bundesländer, insbesondere die CDU- oder CSU-geführten Bundesländer nachhaltig auf, von den Gerichten abgewiesene Asylbewerber unverzüglich in ihre Heimatländer abzuschieben. Ausnahmen sollen nur in den Fällen noch möglich sein, wo aufgrund der aktuellen Situation (wie z.B. Jugoslawien) eine Abschiebung Gefahr für Leib und Leben der Betroffenen bedeutet.

Beschluß Nr. H59

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, noch in diesem Jahr eine Gesetzesvorlage zur Änderung des Grundgesetzes Artikel 16 (Asylrecht) in den Deutschen Bundestag einzubringen.

Beschluß Nr. H60

Bildung und Ausbildung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern

Die CDU Deutschlands bekräftigt die herausragende Bedeutung von Bildung und Ausbildung für die Sicherung der individuellen und gesellschaftlichen Zukunftsperspektive und die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden für diese Aufgabe.

Die verfassungsrechtliche Kompetenzverteilung mit der besonderen Verantwortlichkeit der Länder für Schulen und Hochschulen und der Verantwortung des Bundes für Berufsausbildung, Ausbildungsförderung und Hochschulrahmenrecht sowie die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau sowie Bildungsplanung und Forschungsförderung haben sich bewährt und lassen Raum für notwendige Weiterentwicklung und Reformen.

Die CDU Deutschlands lehnt eine Änderung der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung ab.

Beschluß Nr. H65

Ehemalige Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, denen wegen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR in den neuen Bundesländern gekündigt wurde, sind im öffentlichen Dienst der alten Bundesländer nicht wieder einzustellen oder, falls die Einstellung erfolgt ist, sofort wieder zu entlassen.

Das ist in Kommunen, Landkreisen, Ländern sowie bei den Beschäftigten des Bundes durchzusetzen.

Beschluß Nr. H66

Reform des Öffentlichen Dienstes

Die CDU Deutschlands tritt für eine gründliche Überprüfung und Neuordnung des öffentlichen Dienstrechtes ein, die starre, an Ausbildungsabschlüssen orientierte Eingruppierung (mittlerer Dienst, gehobener Dienst, höherer Dienst) und damit verbundene Besoldungsansprüche durch flexiblere Regelungen ersetzt, die sich stärker an der tatsächlichen Leistung der Beschäftigten bzw. Bewerber sowie an der Finanzkraft der öffentlichen Arbeitgeber orientieren.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Interesse der Chancengerechtigkeit für die nächste Generation von Beschäftigten im öffentlichen Dienst wie im Interesse der notwendigen Flexibilität und Finanzierbarkeit für die öffentlichen Hände, insbesondere in den neuen Ländern, gemeinsam mit den Ländern eine Reform des öffentlichen Dienstrechtes aufzugreifen und zu verwirklichen.

Beschluß Nr. H70

Die CDU Deutschlands begrüßt ausdrücklich, daß im „Verkehrskonzept der Zukunft" der umweltfreundliche Verkehrsträger Binnenschiffahrt eine große Rolle spielen soll.

Die Bundesregierung hat durch wichtige Investitionsentscheidungen dafür Sorge getragen, daß auch in Zukunft die Binnenschiffahrt auf Kanälen und Flüssen eine wichtige Transportfunktion ausüben kann.

Vor dem Hintergrund überlasteter Autobahnen und Straßen ist es dringend notwendig, im Güterverkehr Umstrukturierungen vorzunehmen!

Es sind noch wichtige Anpassungen bei den Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Binnenschiffahrt in einem Verkehrsmarkt erforderlich:

1. Die steuerlichen Rahmenbedingungen für die deutsche Binnenschiffahrt dürfen sich nicht von denen anderer europäischer Länder unterscheiden. Dies gilt unter anderem auch für die Besteuerung der Kraftstoffe.

2. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die deutsche Binnenschiffahrt sich an Verkehren in EG- und anderen Ländern zu gleichen Bedingungen beteiligen kann, wie dies Binnenschiffen aus EG- und anderen Ländern auf deutschen Gewässern erlaubt ist.

3. Die Gewährung von Subventionen an die Binnenschiffahrt in anderen Ländern der Gemeinschaft darf nicht zur Diskriminierung deutscher Wettbewerbe führen. Es ist anzustreben, daß die Transferleistungen in allen EG-Ländern auf ein vertretbares Maß zurückgeführt werden. Für die Binnenschiffe innerhalb der EG müssen einheitliche Ausrüstungs- und Sicherheitsstandards erarbeitet und umgesetzt werden, um durch Angleichung der Kosten Chancengleichheit zu sichern.

4. Die deutsche Binnenschiffahrt darf durch die nationale und die EG-Verkehrspolitik gegenüber anderen Verkehrsträgern nicht benachteiligt werden. Dies gilt insbesondere gegenüber der Schiene, die in erheblichem Maße aus öffentlichen Haushalten unterstützt wird. Die Möglichkeiten der Bahnunternehmen, über Ausnahmetarife die Binnenschiffahrt zu unterbieten, müssen eingeschränkt werden.

Mehr Güter gehören auf die Bahn und auf die Wasserstraßen.

Beschluß Nr. H72

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, erneut eine Kommission einzusetzen, die die Aufgabe hat zu prüfen, in welchen Bereichen und mit welchen Mitteln eine Verwaltungsvereinfachung des Bundes und ein Abbau der Bundesbürokratie möglich ist. Die Kommission sollte zum überwiegenden Teil mit nicht der Regierung oder dem Parlament angehörenden Fachleuten besetzt sein und der Regierung entsprechende Vorschläge machen.

Beschluß Nr. H73

Memorandum zur Deutschen Forschungspolitik

Forschung und Technologie im Dienste von Mensch und Umwelt

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik verfügt über eine hervorragende Grundlagenforschung, die international eine Spitzenstellung einnimmt. Sie stellt das Kernstück deutscher Forschungspolitik dar und ist Basis der angewandten Forschung. Der Grundlagenforschung wird international zunehmend ein erhöhter Stellenwert für die Erhaltung der technologischen und wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit eingeräumt. Es muß deshalb Ziel einer zukunftsweisenden Forschungspolitik sein, dieses Potential zu erhalten und zu verbessern.

Daneben muß auch der angewandten Forschung ein entsprechender Stellenwert eingeräumt werden. Der Anteil der angewandten, insbesondere der Industrieforschung an der Forschungsförderung des Bundes hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Diese Entwicklung muß gestoppt und umgekehrt werden.

Vor allem muß der Frage des Technologie- und Wissenstransfer in innovative und wettbewerbsfähige Produkte größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Obwohl Deutschland bei der Grundlagenforschung eine Spitzenstellung einnimmt, vollzieht sich die Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse in zu geringem Maße und schleppend. Dies ist ein echter Wettbewerbsnachteil, der behoben werden muß.

II. Forschungsfelder

Forschung und Technologie haben vorrangig der Lösung von Menschheitsproblemen zu dienen. Die staatliche Forschungsförderung muß sich an dieser Maxime orientieren. Da für die Forschungsförderung nicht unbegrenzt Finanzmittel zur Verfügung stehen, müssen diese Mittel schwerpunktmäßig eingesetzt werden.

Eine wesentliche Aufgabe der Forschungsförderung muß der Aufbau und die Fortentwicklung einer leistungsfähigen Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern sein. Der Aufbau der Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern ist in erstaunlich kurzer Zeit auf Grund des besonderen Engagements des Bundes und der Länder weitgehend geglückt. Im Gegensatz dazu ist die Industrieforschung fast

völlig zusammengebrochen. Hierauf muß die Bundesregierung reagieren. Der Aufbau einer leistungsfähigen, industriellen Struktur ist auf Dauer nur gewährleistet, wenn ein Kernbestand an Industrieforschung geschaffen wird. Dies wird umso eher erreicht, wenn die in Deutschland vorhandenen Forschungsressourcen voll ausgeschöpft werden.

Zu den prioritären Forschungsbereichen zählt auf jeden Fall auch die Gesundheitsforschung. Im Mittelpunkt sollte die Erforschung und Bekämpfung von sog. Volkskrankheiten, die Vorbeugung und Vermeidung von Krankheiten sowie die Rehabilitation stehen. Ein entsprechendes schlüssiges Forschungskonzept muß entwickelt werden.

Weiteres Kernstück zukünftiger Forschungspolitik muß darüber hinaus der Energiebereich sein. Die Forschung in den Bereichen rationelle Energieverwendung, Sicherung und Erschließung von Energiequellen, Reduzierung von Emissionen muß fortgesetzt und intensiviert werden. Eine stärkere Beteiligung der Industrie und der Energieversorgungsunternehmen an den Kosten der Energieforschung muß ins Auge gefaßt werden.

Ebenso muß dem Thema Verkehr mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der Verkehr wird auf der Straße, in der Luft und zu Wasser bis zur Jahrtausendwende erheblich zunehmen. Diese Verkehrsströme werden mit den bestehenden, technischen Möglichkeiten auf der Grundlage des vorhandenen Verkehrsnetzes nicht zu bewältigen sein. Insoweit besteht hier ein unabweisbarer Forschungsbedarf, dem staatlicherseits Rechnung getragen werden muß. Der Frage der Organisation und Koordinierung dieser Verkehrsströme wird dabei eine herausragende Bedeutung zukommen.

Auf dem Hintergrund sich abzeichnender Klimaveränderungen und der Zerstörung der Atmosphäre durch Spurengase kommt der ökologischen Forschung ein hoher Stellenwert zu. Neben der grundlagenorientierten Forschung müssen auch der Umwelttechnologie entsprechende Entwicklungschancen eröffnet werden. Eine Vorreiterrolle auf diesem Gebiet sichert nachhaltig die technologische und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Ein langfristiges Forschungs- und Entwicklungskonzept mit konkret definierten Zielvorstellungen, das der globalen Herausforderung gerecht wird und außerdem die wechselseitigen Beziehungen zwischen Gesundheit, Verkehr und Umwelt berücksichtigt, muß erarbeitet werden.

III. Strategie

Technische Fragestellungen werden zunehmend komplexer. Sie können meist nur noch auf der Grundlage eines interdisziplinären Ansatzes beantwortet bzw. gelöst werden.

Die aktuelle Diskussion über die Standortbedingungen von Wissenschaft und Forschung am Standort Deutschland hat zudem gezeigt, daß es für die Wettbewerbsfähigkeit der Forschung und der Wirtschaft immer stärker darauf ankommt, daß Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Politik in einen kontinuierlichen Dialog miteinander treten. Auf diese Weise müssen die forschungs- und technologiepolitischen Zielsetzungen im Wege einer Konsensbildung definiert und arbeitsteilig angegangen werden.

Um diesen Konsensbildungsprozeß in Gang zu setzen und in einem stetigen Prozeß zu optimieren, sollte ein Strategie-Forum „Forschung und Technologie" ins Leben gerufen werden. Diesem Forum sollten Vertreter aus Industrie und Wirtschaft, aus Wissenschaft und Forschung und aus der Politik bzw. dem öffentlichen Leben angehören. Moderiert werden sollte dieser Dialog und Konsensbildungsprozeß durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie.

Grundlage des Dialoges sollte eine dynamisch angelegte Befragung von Experten zu langfristigen, technischen und wissenschaftlichen Entwicklungen sein. Das Strategie-Forum formuliert Empfehlungen, die die Grundlage zukunftsorientierter Forschung sind.

Das Strategieforum Forschung und Technologie sollte in der Zusammensetzung und personellen Besetzung flexibel sein und außer der Organisation des oben beschriebenen Prozesses keine eigenständigen inhaltlichen Ziele verfolgen.

Beschluß Nr. H75

1. Organspenden können Leiden lindern und Leben retten. Organentnahmen bedürfen als körperliche Eingriffe zuvor der Einwilligung der Spenderin bzw. des Spenders.

2. Für die Spende eines eigenen Organs darf keine Bezahlung, sonstige Zuwendung oder Vergünstigung gefordert werden. Der gewerbsmäßige Handel mit menschlichen Organen muß unter Strafe gestellt sein. Ärzte und Krankenhäuser dürfen für die Hingabe eines Organes keine Bezahlung, sonstige Zuwendung oder Vergünstigung in Aussicht stellen oder gewähren.

3. In jedem Fall der Entnahme eines lebensnotwendigen Organs (z.B. Herz oder Leber) muß vor der Organentnahme feststehen, daß der Tod des Spenders eingetreten ist.

4. Liegt bei einem Verstorbenen keine Einwilligung in eine Organentnahme vor, muß die Zustimmung seiner Angehörigen eingeholt werden. Nur wenn diese trotz intensiven Bemühens unbekannt oder unerreichbar sind, kann auf das Einholen einer Einwilligung verzichtet werden.

5. Eine Organentnahme hat zu unterbleiben, wenn diese vom Verstorbenen durch letztwillige Verfügung untersagt worden ist.

Beschluß Nr. H81

Die CDU lehnt jede Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit und jede Koalition mit links- und rechtsradikalen Parteien ab, wie z.B. mit der PDS, DVU, den Republikanern oder ähnlichen Gruppierungen. Ein Verstoß gegen diesen Grundsatz ist mit den Zielen und der Mitgliedschaft in der CDU unvereinbar.

Beschluß Nr. H82

Die Bundesgeschäftsstelle gibt den Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden sowie den Bundesvereinigungen und Sonderorganisationen der CDU Entscheidungen des Bundesparteigerichtes in geeigneter Weise zur Kenntnis.

Beschluß Nr. H84

Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit. Sie setzt sich deshalb in besonderer Weise für die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands ein, indem sie zur Überwindung menschlicher Schranken zwischen Ost und West beiträgt. Partnerschaften zwischen CDU-Kreis- und Ortsverbänden sollen neu belebt werden.

Beschluß Nr. H85

Die Mitarbeit in den sogenannten „Komitees für Gerechtigkeit" ist mit der Mitgliedschaft in der CDU nicht vereinbar.

Beschluß Nr. H93

Der Werberahmen der CDU Deutschlands muß ein neues Profil erhalten. Umfangreiche Textpassagen sind zu vermeiden. Zu verwenden sind präzise Schlagworte, erkennbare Logos und eine kreative Werbemasse, um die Effizienz der Werbung zu erhöhen. Dabei sollte sich die Öffentlichkeitsarbeit auf drei wesentliche Säulen stützen: Trendforschung, Marktbeobachtung und Wettbewerbsanalysen.

Beschluß Nr. H94

Für mehr Anerkennung von Selbsthilfe, Ehrenamt und ehrenamtlichen Diensten

In unserer Gesellschaft werden eine Vielzahl von wichtigen Leistungen ehrenamtlich erbracht. Die Vielfalt an sportlichen, musischen und kulturellen Angeboten wäre ohne den konsequenten und überwiegend selbstlosen Einsatz engagierter Mitbürgerinnen und Mitbürger ebenso wenig denkbar, wie die Menge und Qualität der vorhandenen sozialen Dienste für die Hilfebedürftigen. In aller Regel vollzieht sich diese Hilfe bescheiden und unauffällig.

Derartige Hilfeleistungen tauchen in den üblichen wirtschaftlichen Rahmendaten, mit denen wir üblicherweise unsere Leistungsfähigkeit zu messen pflegen, zwar nicht auf, dennoch sind sie von höchster Bedeutung für das Zusammenleben in unserem Land. Denn die Verwirklichung des Subsidiaritätsgedankens fördert in entscheidendem Maß die allgemeine Lebensqualität. Wir alle wissen, daß die Menschen neben der materiellen Risikoabsicherung durch unseren hoch entwickelten Sozialstaat auch gesellschaftliche und persönliche Geborgenheit suchen. Auch der beste Sozialstaat kann auf die Zuwendung und Hilfe von Mensch zu Mensch, d.h. auf praktizierte Nächstenliebe, nicht verzichten. Daher braucht unsere Gesellschaft die Selbsthilfe und das soziale Ehrenamt. Sie braucht sie schon deshalb, weil es nicht möglich ist, die heute ehrenamtlich erbrachten Leistungen in vollem Umfang auf den Staat zu übertragen. Der Staat könnte selbst beim besten Willen nicht all das leisten, was derzeit auf vielen Feldern – insbesondere auch im sozialen Bereich – von den Bürgerinnen und Bürgern uneigennützig und ehrenamtlich geleistet wird.

Freiwillige soziale Hilfe hat heute viele Erscheinungsformen:

- familiäre Eigenhilfe
- organisierte Nachbarschaftshilfe
- Selbsthilfe in ihren verschiedenen Formen
- ehrenamtliche Hilfsdienste.

Wir stellen fest:

Der Bedarf an professionellen wie an freiwilligen sozialen Diensten nimmt dramatisch zu.

Die Ursache für diese Entwicklung ist eine tiefgreifende Veränderung der sozialen Wirklichkeit. Diese ist gekennzeichnet durch:

1. einen dramatischen Umbruch im Altersaufbau der Bevölkerung.

Bereits heute sind 21 % der Bevölkerung älter als 60 Jahre. Zur Jahrtausendwende werden es bereits 25 % sein. In 30 Jahren wird erwartet, daß jeder dritte Einwohner der Bundesrepublik Deutschland älter als 60 Jahre ist.

2. die kräftige Zunahme von Ein- und Zwei-Personen-Haushalten.

In Städten über 500.000 Einwohner sind heute in Deutschland bereits 42 % aller Haushalte Ein-Personen-Haushalte. Über 60 % aller Haushalte in Deutschland sind Ein- oder Zwei-Personen-Haushalte.

3. die aufgrund der höheren durchschnittlichen Lebenserwartung stark steigende Zahl der Pflegebedürftigen, d.h. der Kranken, der chronisch Kranken und der Behinderten.

Die Versorgungslage Hilfsbedürftiger, Kranker und behinderter Menschen und ihrer Angehörigen ist gekennzeichnet durch eine gute medizinische Versorgung, aber oftmals fehlende pflegerische, hauswirtschaftliche und psycho-soziale Hilfe.

Nach einer Untersuchung von Infra-Test, die vor wenigen Tagen veröffentlicht wurde, leben 1.123.000 Personen mit erheblichem Hilfs- und Pflegebedarf in privaten Haushalten. Das sind 1,4 % der Gesamtbevölkerung. Hinzu kommen noch einmal 1.262.000 Menschen mit gelegentlichem Pflegebedarf.

77 % der Schwerpflegebedürftigen werden zu Hause von einer Hauptpflegeperson – in der Regel dem Ehepartner oder einem anderen Familienangehörigen – versorgt. 83 % dieser Pflegenden sind Frauen.

Es kann weiterhin festgestellt werden:

Es besteht nicht nur ein dramatisch zunehmender Bedarf an Hilfe, Zuwendung und Pflege, sondern es besteht auch noch ein erhebliches, nicht genutztes Potential der Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung.

Nach einer Infra-Test-Umfrage „Bürger und Sozialstaat 1990" gibt es bereits heute in Deutschland ein höheres Maß an freiwilliger und ehrenamtlicher Hilfe als oft angenommen wird:

12 % arbeiten im Rahmen von Nachbarschaftshilfe
7 % in Kirchen und kirchennahen Organisationen
6 % in Bürgerinitiativen
6 % in Selbsthilfegruppen mit sozial- und gesundheitlichen Zielen
5 % in Jugendverbänden und Kindergruppen
je 3 % in Frauenverbänden sowie in Verbänden der Kriegsopfer, Sozialrentner und Behinderten.

Dies ergibt einen theoretischen Wert von 42 %, wobei allerdings Mehrfachnennungen ebenso wie gewisse Unschärfen in den Antworten der Befragten zu berücksichtigen sind.

Hauptsächliche Träger der freiwilligen sozialen Arbeit sind die Frauen mit 2/3 bis 4/5 aller ehrenamtlich Engagierten.

Viele Befragte, die nicht ehrenamtlich engagiert sind, bekunden ihre Bereitschaft, freiwillig zu helfen, wenn bestimmte Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Die CDU fordert deshalb ein Zehn-Punkte-Programm für mehr Anerkennung von Selbsthilfe und Ehrenamt. Bestandteil dieser konzertierten Aktion von Bund, Ländern und Gemeinden müssen sein:

1. Freiwillige Helfer müssen wissen, daß sie nicht als der „billige Jakob" der Sozialpolitik mißbraucht werden. Es muß klar sein, daß der Ausbau von Selbsthilfe und Ehrenamt der qualitativen Verbesserung des Sozialstaates und nicht seinem Abbau dient. Die erwünschte Verstärkung des sozialen Engagements der Bürger darf nicht mit einem Abbau sozialstaatlicher Leistungen gekoppelt werden.

2. Innerfamiliäre Hilfe, Nachbarschaftshilfe, Selbsthilfe und klassisches soziales Ehrenamt ergänzen einander und stehen nicht in Konkurrenz und Widerstreit zueinander. Die CDU bekennt sich deshalb klar und eindeutig zur Förderung aller Formen der freiwilligen Hilfe. Es darf auch keinen Argwohn gegen die Aktivitäten, Initiativen und Projekte im Bereich der sozialen Selbsthilfe geben.

3. Wir müssen alles tun, damit der gelegentlich immer noch zu treffende Konflikt zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen in der sozialen Arbeit aufgelöst werden kann. Die Hauptamtlichen sind nicht die Chefs der Ehrenamtlichen in der sozialen Arbeit, die Ehrenamtlichen nicht die Lückenbüßer für die möglicherweise ungeliebten Tätigkeiten. Die Kompetenz der freiwilligen Helfer als Ehrenamtliche oder als Betroffene muß von den Hauptamtlichen und den Verbänden noch stärker anerkannt werden.

4. Insbesondere im Hinblick auf den enorm hohen Anteil von Frauen bei den freiwilligen sozialen Diensten ist es notwendig, daß

- Frauen gleichberechtigt an verantwortlichen Positionen in ihrem Tätigkeitsbereich teilhaben;
- eine neue Aufteilung von Aufgaben in der Familie zwischen Mann und Frau stattfindet,
- freiwillige unbezahlte Arbeit nicht als Ersatz für den Anspruch auf Erwerbsarbeit angesehen wird,
- Frauen nicht zu alleinigen Trägern ehrenamtlicher Dienste werden, sondern auch Männer sich verstärkt daran beteiligen,
- ehrenamtliche Tätigkeiten Anrechnung in späteren beruflichen Tätigkeiten finden bzw. als Vorbereitung in den Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit dienen können.

5. Um eine „Neue Kultur des Helfens" zu schaffen, müssen die Menschen das Helfen lernen. Für Schüler aller Schularten sollte deshalb in allen Bundesländern ein Sozialpraktikum in sozialen Einrichtungen vorgesehen werden. Im Rahmen des Bildungsurlaubs sollte es auch die Möglichkeit zur Qualifikation für ehrenamtliches Engagement im Rahmen eines „Sozialurlaubs" für Erwachsene geben. Die Förderung der gemeinsamen Erziehung und Ausbildung behinderter und nicht behinderter Kinder dient ebenfalls dem Abbau von Hemmungen und Barrieren und der Erleichterung des Zugangs zur konkreten persönlichen Hilfe.

6. Nachhaltig müssen Bund und Länder sowohl das Freiwillige Sozialjahr als auch das Freiwillige Ökologische Jahr fördern. Die Teilnahme an einem solchen Jahr sollte verstärkt bei nachfolgenden Berufsausbildungen bzw. bei Bewerbungen um einen Studienplatz anerkannt und angerechnet werden. Ein soziales Pflichtjahr lehnt der Bundesfachausschuß Sozialpolitik der CDU dagegen entschieden ab. Hilfe am Nächsten kann und darf nicht bürokratisch verordnet und erzwungen werden.

7. Zur Stärkung von Selbsthilfe im sozialen Ehrenamt sind alle politischen Ebenen gefordert, ihre Beiträge zu leisten. Neben der Werbung geht es dabei insbesondere um die kostenfreie Qualifikation und professionelle Unterstützung ehrenamtlicher Helfer.

8. In Städten und Gemeinden muß eine ortsnahe Infrastruktur zur Förderung von Selbsthilfe, Familien- und Nachbarschaftshilfe sowie sozialem Ehrenamt aufgebaut werden.

In jeder Stadt sollte - möglichst durch einen freien Träger - mindestens ein Service-Zentrum für Selbsthilfe und Ehrenamt geschaffen werden. Zu seinen Aufgaben sollten u.a. die Vermittlung von hilfsbereiten Mitbürgern an Hilfsbedürftige, Gruppen und Verbände gehören, weiter die Vermittlung in kostenfreie Qualifikations- und Schulungsangebote, Gesprächskreise pflegender Angehöriger, kostenfreier Verleih von Hilfsmitteln und professionelle Beratung und Begleitung.

9. Die Sozialstationen müssen stärker als heute eine ihrer wichtigsten Aufgaben in der Verknüpfung von professioneller und ehrenamtlicher Dienstleitung sehen. Der notwendige weitere Ausbau der Sozialstationen muß deshalb auch zu einer Verstärkung der psycho-sozialen Komponente in der Betreuung Hilfsbedürftiger und ihrer Angehörigen führen. In jeder Sozialstation sollte für diese Aufgabe ein entsprechend qualifizierter Mitarbeiter (Sozialarbeiter o.ä.) beschäftigt werden.

Beschluß Nr. H95

Der CDU Bundesvorstand wird aufgefordert, Leitanträge zu Bundesparteitagen so rechtzeitig wie möglich zu veröffentlichen, daß eine Diskussion in den Gliederungen der Partei möglich ist.

Beschluß Nr. H100

Der 3. Parteitag fordert die Bundesregierung auf, für Heimatvertriebene, die nach 1945 in der ehemaligen DDR Aufnahme gefunden haben, umgehend eine Ausgleichsleistung vorzusehen.

Altmaier 199, 256

Bandmann 133, 280
Bardong 195
Baumeister, Brigitte 108
Baumeister, Frank 58
Berend 208
Bergmann-Pohl 118, 307
Bergner 137
Biedenkopf 64
Blüm 9, 13, 35ff., 99ff., 155ff., 293f., 304, 310ff., 340, 376ff.
Böhr 265
Born 346
Braun-Moser 187, 215
Brok 203, 221ff., 257
Bungert 11

Diepgen 138, 334
Dombrowski 63
Doss 254ff., 345
Dregger 181
Dreyer 95

Eggert 81, 260
Eisel 220, 368
Eisenhut 59
Eppelmann 83
Ernst 150, 309, 375

Filbinger 68
Fink 138, 330
Fischer 12ff., 289ff.
Franz 239ff., 246ff.
Fritz 215

Geisler 138
Gerster 264, 283
Göhner 138, 220
Gölter 369
Goliasch 58, 376
Greve 124, 200
Gröhe 90, 119, 237ff.
Grünewald 256

Hackler 95
Hähle 372
Hans 277
Haschke 342
Hellwig 113, 139, 228
Hennig 119, 184ff.
Henningsen 302
Hintze 39, 105, 376
Hörsken 88
Hohenberger 347
Hornhues 212
Hostert 130, 214
Hüppe 132, 371

Jäger 338
Jarzembowski 193, 273
John 275
Jungen 348
Junghanns 139

Kanther 120, 328
Karwatzki 125ff.
Keppelhoff-Wiechert 210
Kiep 54
Kittelmann 184, 216
Klaus 235
Klepsch 291
Klingbeil 298
Klinkert 129
Klose 364ff.
Köhler 240
Körtner 272
Kohl 7, 16, 56, 101, 106, 108, 118, 157, 162, 219, 357, 368, 373, 378
Kokott-Weidenfeld 89ff.
Krapp 104
Krause, Günther 120, 324
Krause, Rudolf 110

Laepple 370
Lamers 176
Landowsky 109ff., 295ff.
Laschet 282
Laurien 139
Lehmann-Brauns 111
Leikop 188, 190
Lennartz 98, 114, 365, 366, 367, 369, 372, 374, 375

Lenz 232
Lieberknecht 102, 121
Limbach 223
Linssen 140
Lorenz 131
Luster 192

Martens 36
Merkel 74
Mertens 286
Merz 252
Meseke 140
Metzeroth 231
Meyer 301
Milbradt 140, 352
Müller 127
Münch 91

Neuhaus 255
Neumann 95ff., 149ff., 324ff.
Noack 280

Orth 148, 238, 344
Ost 336
Ott 265

Pack 191, 257ff.
Pflüger 233
Pieroth 141, 339
Pinger 351
Pöttering 217, 225ff.

Quisthoudt-Rowohl 239

Rauen 142, 337
Reichard 142
Renner 143
Repnik 144
Reul 145, 354, 370ff.
Rinsche 158
Rönsch 271
Rühe 71, 225

Sälzer 157ff., 205ff.
Sager 127
Schäuble 46, 321
Scharrenbroich 298f., 355
Schede 206
Schneider 371
Scholz 284, 343
Schüle 217, 300
Schulze 189
Schwarz-Schilling 146, 356
von Schwerin 146
Seite 86, 101ff.
Selters 122, 267, 286
Stock 146
Stoltenberg 60
Stritzl 85
Süssmuth 179, 309

Teufel 78
Theato 263, 267ff.
Thoben 122, 247
Thomas 134, 297
Tillmann 333
Töpfer 53ff., 123, 300, 331
Tremmel 126, 278

Vogel 147

Wälzholz 93
Waffenschmidt 147
Waigel 311
Waldeck 277
Warnking 222
Wissmann 148, 255
von Wogau 250
Wülfing 74ff.
Wulff 99, 365ff.

Zeh 207
Zieschang 197
Zöllick 151